DER SPIEGEL

C 7007 C
Nr. 3
42. Jahrgang · DM 4,–
18. Januar 1988

Außer Kontrolle

CHIVAS REGAL. 12 JAHRE ALT. STOLZ DER ÄLTESTEN WHISKY DISTILLERY SCHOTTLANDS.

Man plaudert und plaudert, und plötzlich sind 12 Jahre vorbei.

HAUSMITTEILUNG

Datum: 18. Januar 1988 Betr.: Strauß, Israel

„Ich möchte wissen, wo haben denn diese Lumpen die Akten her?" polterte einst Franz Georg Strauß, ganz nach Vaters Art, vor CSU-Leuten über lästige SPIEGEL-Enthüllungen. Ärgerlicher als damals mag sich der Sohn des alten Ober-Bayern die Frage jetzt wieder stellen – diesmal ist er in höchst eigener Person betroffen. SPIEGEL-Redakteur Werner Dähnhardt, Spezialist für Medienpolitik im Deutschland-Ressort (D II), und Redakteur Heinz Höfl vom Münchner SPIEGEL-Büro sind der finanziellen Mißwirtschaft des Privatfernseh-Veranstalters Strauß jun. und den medialen Einflußnahmen des Ministerpräsidenten Franz Josef auf die Spur gekommen. Was sie bei ihren Recherchen herausgefunden haben, ist eine schöne Geschichte von versusten Geldern und machtvollen Interventionen nach der Melodie „Der Papa wird's schon richten" – so schön, daß die Geschichte als SPIEGEL-Titel eingeplant war, bis letzten Donnerstag abend die Meldungen vom neuen, brisantesten Skandal aus dem Hanauer Atomsumpf einen Titel-Wechsel erzwangen. Das Titelbild zur Strauß-TV-Durchleuchtung mußte weichen, der Text blieb im Heft (Seite 40).

Geplanter Strauß-Titel

+

Für ihre Erkundungsfahrt in den Gaza-Streifen mieteten sich SPIEGEL-Redakteur Bernd Dörler und Photograph Thomas Hegenbart in der vergangenen Woche einen Wagen einer palästinensischen Autoverleih-Firma. Dessen blaues Kennzeichen – israelische Wagen haben gelbe – sollte ihn vor Angriffen schützen. Vergebens, auch er wurde, vor allem von Jugendlichen und Kindern, mit Steinen beworfen. Die Palästinenser reagieren ihren Haß und ihre Hoffnungslosigkeit mittlerweile mit Steinwürfen auf jedermann ab. Nachdrücklich behindert wurden die Journalisten durch die israelische Besatzungsmacht. Von einem jungen Israeli-Soldaten bekamen sie zu hören: „Schlimm genug, was wir hier tun müssen. Aber noch schlimmer, daß uns die Welt dabei zuschaut." Dörlers Reportage über den Aufruhr im Gaza-Streifen in diesem Heft, Seite 103.

Dörler, verwundeter Palästinenser in Israel

TITELGESCHICHTE

Das kriminelle „Restrisiko" der Atomindustrie 18
Überforderte Kontrolleure 22
Wege zur Bombe 26
Pakistans „Islamische Bombe" 28

SPIEGEL-GESPRÄCH

Mit dem CDU-Vize und Ministerpräsidenten Lothar Späth über die Bonner Politik und seine Wahlchancen 89

SPIEGEL-ESSAY

Michael K. Nathan: Israel – ein jüdischer Staat? 106

DEUTSCHLAND

Waffenexport
Kieler U-Boot-Pläne nur Altpapier? 31
Berlin
Widerstand gegen Reagans Initiative 34
Konkurrenz für Pan Am? 36
Affären
Die Fernsehmacht des Familienpatrons Franz Josef Strauß 40
Millionen-Schlampereien beim TV-Unternehmer Franz Georg Strauß 50
„tv weiß blau" – ein Strauß-Programm zum Gähnen 56
Hamburg
Parteienstreit um Lauschaktion 61
Lehrer
Pädagogik-Blätter am Ende 73
Ärzte
NS-Verstrickung wird verdrängt 76
Justiz
Platzt der Kölner Opec-Prozeß? 80
Regierung
Kritik an Kohls und Stoltenbergs Steuerplänen 86
Intendanten
Nowottny zwischen den Stühlen 95
Volkszählung
Boykotteure als Staatsfeinde registriert 97
Städte
Frankfurt – Kraftzentrum der Republik 130

WIRTSCHAFT

Chemie
Profit durch Gift im Altöl 63
Konzerne
Thomson baut weiter ab 66
Energie
Stadtwerke gegen Strom-Konzerne 68
Konjunktur
Interview mit Landesbank-Chef Fahning über die Bonner Konzeptionslosigkeit 87
Unternehmen
Seagram will Martell und mehr 113
Video
Sony schwenkt auf VHS um 179

AUSLAND

Israel
Ratlose Regierung 102
SPIEGEL-Redakteur Bernd Dörler über den Haß im Gazastreifen 103
USA
Duell der Republikaner 108

IN DIESEM HEFT

Späth wünscht „eine Gesamtkonzeption" S. 86, 89

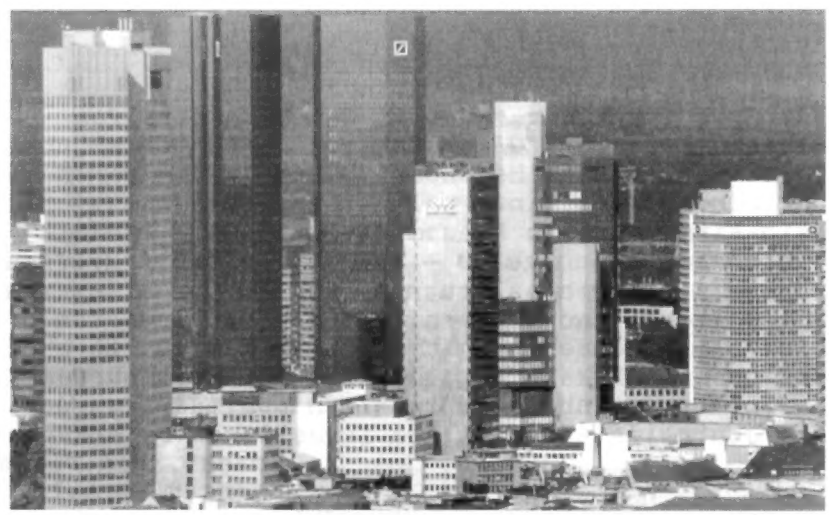
Späth, Stoltenberg

Mit Tadel für die Haushalts- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung meldet sich der baden-württembergische Wahlkämpfer Lothar Späth zu Wort. Im SPIEGEL-Gespräch bemängelt der CDU-Vize, er hätte „gerne das Ganze in einer Gesamtkonzeption gesehen", und nennt es „nicht gut", daß Bonn nun eine Grundsatzentscheidung für höhere Steuern getroffen habe. Mißmut auch in Bonn: CDU-Manager Geißler sieht sich überrumpelt, in der FDP wird über eine Ablösung des CDU-Finanzministers spekuliert. Stoltenberg äußert erstmals – leise – Kritik an Kanzler Kohl und beklagt einen Mangel an Führungskraft.

Verhindert „Carlos" den Opec-Prozeß? Seite 80

Die Auslieferung der Terroristin Gabriele Tiedemann zwingt die Kölner Justiz zur Entscheidung, ob der Mordprozeß wegen des Wiener Opec-Attentats jetzt eröffnet oder aus Sorge vor Terroranschlägen eingestellt werden soll. Wien will Zeugen zurückhalten. Mittäter „Carlos" hatte schon 1983 Rache angedroht.

Modell Frankfurt – Zukunft der Republik? S. 130



Frankfurter Skyline

Keine andere Stadt ist in ihrem Image so schnell von ganz unten nach ganz oben gekommen wie Frankfurt: vom mörderischen Chicago am Main zum Kraftzentrum der Republik. Und wie in keiner anderen Stadt führt dort die CDU einen beispielhaften Kampf um die Wende-Zukunft.

Ärzte: Unbequeme NS-Vergangenheit Seite 76

Die Ärzte-Quote in SA und SS war höher als die der Beamten; Ärzte halfen mit bei Zwangssterilisationen und „Euthanasie"; Menschenversuche fanden das Plazet der Fachwelt. Heute wird, wer die NS-Vergangenheit der Mediziner aufrollt, von Standesführern verleumdet und verfolgt.

Nowottny: „Stinker machen Stimmung“ Seite 95

Nowottny

Augenzwinkernd nahm er einst im Fernsehen die Bonner Ernsthaftigkeit auf die Schippe. Seit er Intendant des Westdeutschen Rundfunks ist, sind für Friedrich Nowottny die fröhlichen Zeiten vorbei: Kritiker von links werfen ihm vor, sich von CSU-Mäkeleien – etwa gegen kritische „Monitor“-Berichte – beeindrucken zu lassen und den größten Sender der ARD wankelmütig zu führen. Von rechts heißt es, Nowottny sei dem Job fachlich nicht gewachsen. Der WDR-Chef: „Ein paar Stinker machen Stimmung.“

Neue Strategie für Amerikas Militär Seite 109

Abkehr von der Flexible Response, Militäraktionen in der Dritten Welt, begrenzter Atomkrieg in Europa mit Vorstößen weit nach Osteuropa – eine Strategie-Studie für die US-Regierung hat die Nato in Aufruhr versetzt.

Boxmeister mit „mörderischen Absichten“ Seite 150

Seine Mutter hielt ihn für „scheu und sanft“. Er selbst hat bei sich im Ring zuweilen „mörderische Absichten“ festgestellt: Weltmeister Mike Tyson, 21, verteidigt diese Woche seinen Schwergewichts-Titel gegen Ex-Meister Larry Holmes, 38, der unerschrocken behauptet: „Tyson ist der richtige Mann für mich.“

Schwergewichtler Tyson (r.), Gegner

Krach bei den Klangkörpern Seite 160

Dirigent von Dohnányi

Großer Wirbel um die Orchester: In Deutschland streiten die Tarifpartner über Gehälter und Arbeitszeit („Schwindel“), in den USA will ein Top-Manager „Feuer in den Orchestergräben“ legen. In einem SPIEGEL-Gespräch äußert sich Dirigent Christoph von Dohnányi, Pultstar in Cleveland, zu Bezahlung, Qualität und Disziplin der Musiker: „Es geht doch immer darum, die Orchester aufzublähen.“

IBM will „Zahlenfresser“ bauen Seite 169

Zusammen mit dem genialen Computer-Konstrukteur Steve S. Chen, dem jahrelang engsten Mitarbeiter des Supercomputer-Bauers Seymor Cray, will IBM künftig auch „Zahlenfresser“ der allerhöchsten Klasse bauen.

Strategie
Neue Militärdoktrin für US-Streitkräfte? 109

Rüstung
Streit um SS-20-Photos 110

Großbritannien
Der Historiker Irving attackiert Winston Churchill 112

Design
Kaderschule am Genfer See 118

Kanada
Jagd auf alte und neue Nazis 124

Griechenland
Waffengeschäfte am Golf 125

Österreich
Pleite-Winter ohne Schnee 128

Raucher
Schwere Zeiten für Amerikas Nikotinsüchtige 129

SPORT

Boxen
Boxweltmeister Mike Tyson vor dem Titelkampf gegen Larry Holmes 150

Segeln
Schummelei greift um sich 154

KULTUR

Orchester
Streit um Bezahlung 160

SPIEGEL-Gespräch mit Dirigent Christoph von Dohnányi über Motivation und Disziplin von Musikern 161

Computer
IBM: Aufbruch in die „Parallel-Architektur“ 169

Werbung
Schlagabtausch in Anzeigen 170

Luftfahrt
Flugzeugwrack aus dem Polareis 172

Bücher
Eberhard Falcke über Christian Enzensbergers Roman „Was ist Was“ 173

Restaurants
Comeback des „Diner“ 176

Automobile
Neue Fünfer-Baureihe von BMW 178

Film
„Die Katze“ mit Götz George 180

„Sierra Leone“ von Uwe Schrader 181

Affären
Krach um Buchheim-Museum 184

Briefe 7
Panorama 16
Trends 101
Panorama Ausland 115
Szene 167
Bestseller 174
Spectrum 186
Personalien 188
Register 190
Fernseh-Vorausschau 192
Hohlspiegel/Rückspiegel 194
Impressum 14

DER SPIEGEL (USPS 154–520) is published weekly. The subscription price for the USA is $ 230,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DER SPIEGEL, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

HARRIS/3M

Die neue Gattung im Telefax

Keine ist schneller auf der Welt. Und wie kaum irgendwo sonst bedeutet dies für Sie kalkulierbare Vorteile. Konkret: Kostenersparnis und Zeitgewinn. Profitieren Sie von der Schnelligkeit der Harris/3M Telefax-Geräte.

Aus dem Stand befördern sie Ihre Dokumente, Zeichnungen und auch Fotos schnellstens in jede Stadt, jedes Land oder rund um die Welt. Anders ausgedrückt: Für jeden Standardbrief brauchen Sie jetzt nur noch etwas mehr als 10 Sekunden. Der Empfänger hat dann bereits Ihre Botschaft erhalten, vollständig und originalgetreu.

So machen Sie Ihrer Kommunikation die schnellstmöglichen Beine – ganz einfach per Knopfdruck.

Die Übertragungsqualität bleibt dabei gestochen scharf. Die neue Harris/3M Telefax-Gattung gibt Ihnen ein echtes Bild mit hoher Auflösung und 16-stufiger Grauskala.

Dabei ist sie nicht größer als Ihre Büroschreibmaschine, voll kompatibel mit allen Geräten der Gruppe II und III und mit allen Merkmalen fortschrittlichster Telefax-Technik ausgestattet.

Und sie ist erheblich wirtschaftlicher als deutlich langsamere Telex- und Telefax-Geräte. Bliebe noch der weltweite und effektive Harris/3M Service zu erwähnen. Den bieten Ihnen unsere qualifizierten Fachhändler oder Harris/3M direkt. Für mehr Informationen schreiben Sie bitte an:
Harris/3M, Document Products GmbH, Im Taubental 6, 4040 Neuss 1, Telefon: 0 21 01/3 87-0, Fax: 0 21 01/38 71 24

Name .....

Firma .....

Anschrift .....

.....

.....

SP 3 88

HARRIS/3M
DOCUMENT PRODUCTS GMBH
Kopierer und Telefax

BRIEFE

Teuflische Aura

(Nr. 52/1987, SPIEGEL-Titel: Gehirnlose Babys als Organbanken)

Ein beispielgebender Artikel für guten Wissenschaftsjournalismus! Man kann nicht oft genug auf die Fragwürdigkeit beziehungsweise wissenschaftsimmanente Problematik hinweisen, die eine nur lückenhafte Kenntnis der Funktion der bei Anenzephalen meist gut ausgebildeten Stammhirnanteile sowie die Todeskriterien respektive Hirntodfeststellung betreffen. In Anbetracht allein dieses Umstandes wäre eine breite Diskussion auf Expertenebene einschließlich der gesellschaftspolitischen Vertreter notwendig gewesen, als eine Voraussetzung ethischer Legitimation. Stellt sich doch das nunmehr gegebene Faktum in einem – noch – gesetzesfreien Raum dar; beziehungsweise es wird versucht, dadurch Druck auf den Gesetzgeber im Sinne einer „de jure Legitimation" auszuüben.

Es gilt überdies zu bedenken, daß vor dem Hintergrund der steigenden „Gütekriterien" an die zu transplantierenden Organe sich der Zeitpunkt des Einsetzens der intensivmedizinischen Organsicherung (Vitalerhaltung, Infektprophylaxe, „prämortale Organpräparation") immer mehr nach vorn verschiebt, das heißt, der sogenannte präfinale Zustand fällt immer stärker in den Verfügungsbereich der „Transplantationsingenieure". Somit wird das „synthetische Sterben" bald das zur ethischen Norm erhobene sein. Findet schon durch das gängige Hirntodkriterium eine Reduktion des im Grunde ganzheitlichen Prozeßgeschehens Sterben auf einen Moment, nämlich den des Hirntodes, statt, dann ist das potentielle Ausmaß der weiteren Vereinnahmung des Sterbens durch einen noch zu schaffenden Gebietsarzt für „Transplantationsthanatologie" kaum absehbar. Die letzten humanen Momente des Sterbens müßten der dann neuen „sittlichen Notwendigkeit" geopfert werden (zum Beispiel aus Sterilitätsgründen das Versagen der unmittelbaren, personalen Sterbebegleitung).

Stern

„Herr Professor Prätorius spricht jetzt über einen sehr wesentlichen Bereich ärztlichen Wirkens . . ."

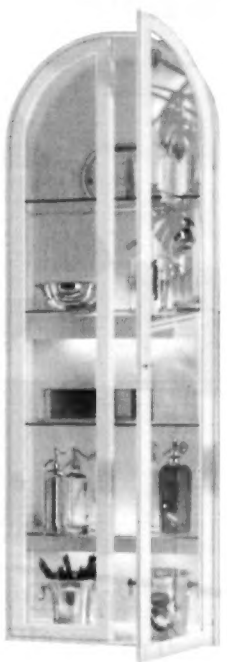
Bonn

DR. REINHARD BADEN
Neurochirurgische Klinik
der Albrecht-Ludwig-Universität

Professor Beller muß sich vorhalten lassen, daß er den Tod der großhirnlosen Säuglinge nicht bewiesen, sondern sie statt dessen zu Tode definiert hat, wohlwissend, daß die Hirnstammfunktionen ganz oder in Teilen vorhanden sind. Deshalb stimmt auch der in Ihrem Artikel angeführte Vergleich mit verunglückten hirntoten Kindern nicht, weil in diesen Fällen vor Organentnahme der irreversible Ausfall von Großhirn und Hirnstamm und somit der Tod zweifelsfrei festgestellt wird. Professor Beller muß sich fragen lassen, ob er lebenden Menschen Organe entnommen und da-

„My Home is my Castle."

Sir Edward Coke, 1552 - 1634



Dieser Richterspruch besiegelte die Unantastbarkeit der Wohnung. Der Wohnraum als Freiraum. Als Freiraum für individuelle Entfaltung. Mit Möbeln gestaltet der Mensch seine nächste, intimste Umgebung. hülsta-Möbel sind für individuelles Gestalten geschaffen. Als Einzelelemente. Als freie Kombinationen. Als komplette Systeme. hülsta-Möbel sind maßgefertigt. Sie haben die unterschiedlichsten Designs. Keine hülsta-Einrichtung wird einer zweiten gleichen. Allen gemeinsam ist die hohe Qualität. Und der Ausdruck von Individualität und Persönlichkeit.

Wollen Sie mehr über unsere Möbelansichten wissen, teilen Sie uns bitte Ihre Einrichtungswünsche mit. Wir senden Ihnen kostenlos Informationsmaterial. hülsta-werke, Postfach SP 83-8834,4424 Stadtlohn, Telefon 0 25 63/8 62 73.

hülsta.
Der Maßanzug für
Ihre m^2.

hülsta

Stichwort:

Transportmärkte

Die Themen

Entstehungsgeschichte der Kurier- und Expreßdienste

Internationale Kurierdienste – Bedeutung und Marktverhältnisse

Das weltweite Expreßmikado – Kuriergut/ Expreßfracht

Nationale und internationale Paketdienste

Reaktion der Speditionen auf veränderte Marktstrukturen

Stadtkurierdienste

Kurier- und Expreßdienstleistungen von Bundespost und Bundesbahn

Entscheidungsfindung – Welche Versandart ist optimal?

Anbieterübersicht

Ein Ersatzteil soll schnellstens in den Mittleren Osten expediert werden, Vertragsunterlagen müssen über Nacht nach New York, Warenmuster eines neuen Produkts sind innerhalb von 24 Stunden bundesweit zu verteilen, eine wichtige Nachricht soll garantiert am nächsten Morgen dem Geschäftspartner am anderen Ende der Stadt schriftlich vorliegen: Die versendende Wirtschaft setzt zur Lösung ihrer Logistikprobleme auf Schnelligkeit, garantierte Laufzeiten und ein Maximum an Dienstleistungen der Transportunternehmen.

Hier liegt die Erklärung für den Markterfolg der Kurier-, Paket- und Expreßdienste, die zu den am schnellsten wachsenden Serviceunternehmen gehören. Allerdings stellt die Vielfalt der Anbieter und die mangelnde Transparenz ihrer Preise und Leistungen die nachfragende Wirtschaft vor schwierige Entscheidungsprobleme.

Die neue SPIEGEL-Fachdokumentation „Transportmärkte", soeben als 13. Band der Reihe Märkte im Wandel erschienen, bietet Hilfe bei der Abwägung, welche Versandart im Einzelfall vorzuziehen ist.

Die einzelnen Kapitel des Bandes wurden von Fachautoren geschrieben, die mit der jeweiligen Materie besonders vertraut sind.

Die Dokumentation „Transportmärkte" hat einen Umfang von 146 Seiten (DIN A4) und kostet DM 36,– (inkl. Umsatzsteuer).

Lieferung gegen Vorkasse; im Inland portofrei. Überweisungen bitte mit dem Vermerk „Transportmärkte" auf das Konto 1413 004 (BLZ 200 304 00), Bankhaus Marcard, Stein & Co., Hamburg.

SPIEGEL-Verlag, Vertriebsabteilung, Postfach 11 04 20, 2000 Hamburg 11

durch getötet hat? Dabei ist unerheblich, daß diese großhirnlosen Säuglinge Stunden oder Tage später ohnehin gestorben wären. Es ist ein Unterschied, ob jemand nicht überlebensfähig oder tot ist. Wird etwa wieder definiert, was lebenswert und was lebensunwert ist?

Berlin
PRIVATDOZENT DR.MED. JÜRGEN LINK
Leitender Oberarzt der Klinik
für Anaesthesiologie und Operative Intensivmedizin
am Klinikum Steglitz der FU

Der Artikel Ihres Magazins ist durchaus sachlich. Unvoreingenommen werden medizinische, juristische und ethische Probleme angesprochen, mit Gespür wird erklärt, daß die moderne Medizin einige Grenzen versetzen kann und neue Definitionen erforderlich macht. Viele dieser Errungenschaften dürfen wir nicht kritiklos akzeptieren, die Situation beim Anenzephalus ist jedoch herausragend eindeutig: Bei schicksalhafter Entwicklung und absoluter Therapie-Unmöglichkeit ist eine Organspende heute die logische Konsequenz – das Einvernehmen der Eltern vorausgesetzt. Ist sie nicht sogar eine Hilfestellung der Natur anderen schwerkranken Individuen gegenüber? Alle juristischen Bedenken lassen sich umgehen, wenn diese Form der Organspende derjenigen von Unfallopfern expressis verbis gleichgestellt wird. In entsprechenden Gesetzestexten beziehungsweise Transplantations-Regelungen wäre dann von „hirntoten Patienten oder anenzephalen Neugeborenen" die Rede.

Würzburg DR.MED. MANFRED DOERCK
Oberarzt / Kinderklinik

Für Frauen, die einen großhirnlosen Fötus aus Nächstenliebe austragen, um ein fremdes Leben zu erhalten, habe ich größte Achtung. Ich würde den Mitgliedern des Kardinal-von-Galen-Kreises empfehlen, das menschliche Grauen einmal in der Kinderdialyse zu erleben. Daß sie die Definition für Mord nicht kennen, mag hingenommen werden, nicht jedoch ihre Nichtkenntnis für Nächstenliebe. Sie findet sich bei Lukas 10, 29-37.

Münster PROF. DR. UWE NAY
Interessengemeinschaft „Künstliche Niere"

Unser Verband geht seit Jahren auf die Straße und informiert über die Hintergründe der Organspende. Wir wollen Vorurteile abbauen und eine freiwillige Zustimmung zur Organentnahme erreichen, entweder durch den Spenderausweis oder durch die Einwilligung der Angehörigen. Inzwischen ist, wie Sie selbst anmerken, eine breite Zustimmung in der Bevölkerung gewachsen. Wir pochen weder auf „mehr und noch mehr Kontrollen", die doch immer lückenhaft bleiben, noch glauben wir an eine unanfechtbare moralische Integrität und Uneigennützigkeit bei Ärzten und betroffenen Patienten. Je erfolgreicher wir sind, um so geringer wird das Risiko, daß profit- oder ruhmsüchtige Einzelgänger auf die Organe Ungeborener oder Neugeborener aus sind oder „Or-

ganhandel mit Dritte-Welt-Ländern" betreiben. Die Organentnahme beim hirntoten Menschen hat vor diesem Hintergrund weder das Gespenstisch-Anmaßende der Faustschen Alchimistenküche noch die teuflische Aura des Leichenfledderers. Vielmehr ist sie ein Akt der Nächstenliebe über den Tod hinaus, der auch nach kirchlicher Meinung die Integrität des beseelten Menschen nicht beschädigt.

Mainz — ANDREAS GÖRNER
Interessenverband der Dialysepatienten und Nierentransplantierten Deutschlands e.V.

Wenige Monate bevor Ihr Bericht erschien, habe ich ein kleines Kärtchen zwecks Organspende ausgefüllt und meinem Ausweis beigelegt. Nach Lektüre Ihres Berichtes vernichtete ich dieses Kärtchen unverzüglich. Ich danke Ihnen.

Bad Harzburg — BÄRBEL STARKLOFF

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesärztekammer hat nach Prüfung der ethischen Probleme bei der Verwendung von Organen Anenzephaler zu Transplantationszwecken, ebenso wie die Arbeitsgemeinschaft der Transplantationszentren in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin-West e.V., eine klare Position eingenommen.

- ▷ Eine Organentnahme kommt nur bei toten Neugeborenen in Betracht.
- ▷ Ein anenzephales Neugeborenes kann nicht schon aufgrund seiner Fehlbildung als tot angesehen werden.
- ▷ Der Hirntod im Sinne des vollständigen und irreversiblen Ausfalls aller Hirnfunktionen muß zweifelsfrei festgestellt werden. Dafür gelten dieselben Kriterien wie bei jeder anderen Organentnahme. Diese Kriterien sind in der Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesärztekammer „Kriterien des Hirntodes" („Deutsches Ärzteblatt", Heft 14, vom 9. April 1982 und „Deutsches Ärzteblatt", Heft 43, vom 24. Oktober 1986) genau festgelegt.
- ▷ Die Arbeitsgemeinschaft der Transplantationszentren hält es trotz des wachsenden Bedarfs an verfügbaren Spendernieren nicht für erstrebenswert, Organe toter Neugeborener zu transplantieren. Sie hält es für ethisch unvertretbar, anenzephale Föten nur zum Zwecke der Organgewinnung von der Mutter austragen zu lassen.

Köln — DR. MED. PETER KNUTH
Ärztlicher Geschäftsführer in der Bundesärztekammer

Scheinheilige Sorge

(Nr. 51/1987, Kommentar von Rudolf Augstein: Die Abtreibung, ein Stellvertreter-Krieg)

Wie weit ist der Weg vom Absaugen eines Ihrer Meinung nach bewußtlosen Fötus bis zur Abschaffung zum Beispiel „bewußtlos" gewordener Unfallopfer? Ihr Artikel hat mir Brechreiz verursacht.

Neuss — DOROTHEA HÜBER

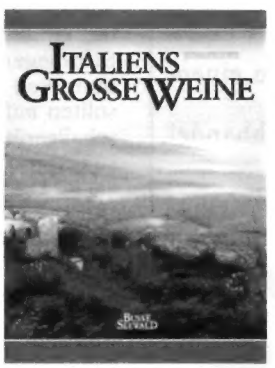
Carl Zimmerer
Wir Wirtschaftswunderknaben sind älter geworden
Verlag Busse-Seewald
Best.-Nr. 25.80970
DM 38.-

Linda Parry
William Morris – Textilkunst
Verlag Busse-Seewald
Best.-Nr. 25.80966
DM 148.-

Bernhard Friedmann
Einheit statt Raketen
Verlag Busse-Seewald
Best.-Nr. 25.81028
DM 32.-

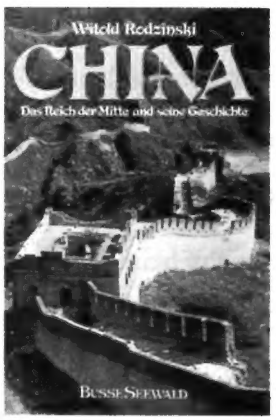
Karl Steinbuch
Der Zeitgeist in der Hexenschaukel
Unser Schicksal ist unsere Vernunft
Verlag Busse-Seewald
Best.-Nr. 25.81027
DM 32.-

Rolf Hasenclever
Mit dem Erfolg per Du
Ratschläge für den Weg nach oben
Verlag Busse-Seewald
Best.-Nr. 25.80971
DM 28.-

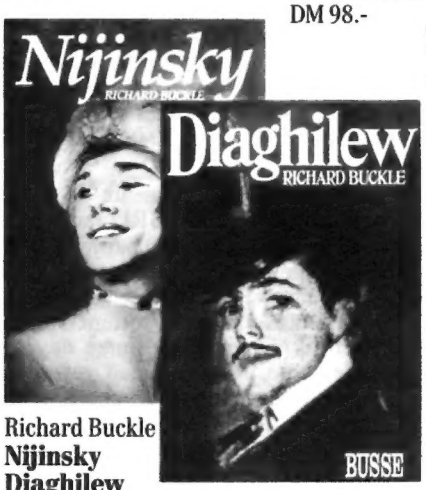


Jens Priewe
Italiens große Weine
Verlag Busse-Seewald
Best.-Nr. 25.80965
DM 98.-

Anne Green
Meine entflohenen Tage
Erinnerungen von Anne und Julien Green
Verlag Busse-Seewald
Best.-Nr. 25.80967
DM 38.-



Witold Rodzinski
China
Das Reich der Mitte und seine Geschichte
Verlag Busse-Seewald
Best.-Nr. 25.80176
DM 48.-



Richard Buckle
Nijinsky
Diaghilew
Verlag Busse-Seewald
Best.-Nr. 25.81025
DM 168.-

Panorama BücherService
aus dem Hause WESTFALEN-BLATT

Bestellschein
Bitte senden Sie Ihre Bestellung unter Angabe von Best.-Nr., Titel und Preis an den: **Panorama-Bücher-Service, Sudbrackstr. 14–18, 4800 Bielefeld 1**
Bei Bestellungen aus dem Ausland nur gegen Vorauszahlung per Scheck, zzg. DM 3.-
Absender nicht vergessen. Alle Bücher inkl. Versandkosten
Ich zahle:
☐ per Verrechnungsscheck
☐ per Nachnahme
☐ per Rechnung
☐ Den Gesamtbetrag können Sie von meinem Konto abbuchen. Der Bankbeleg ist gleichzeitig ein Rechnungsbeleg (bitte Bank, Bankleitzahl und Kontonummer angeben).
Datum/Unterschrift
(bei Minderjährigen Unterschrift des Erziehungsberechtigten)
SP 01 88

Kurze Tisch-Rede. Von COR.

Dürfen wir heute um Ihre geschätzte Aufmerksamkeit für »Combra« bitten: Das Tisch-, Stuhl- und Schrank-Programm von COR. In Esche natur, farbig gebeizt oder lackiert, soll es Ihnen Appetit auf Wohnlichkeit im Eßbereich machen.

Egal, ob Sie dabei auf Stühle ohne oder mit Armlehnen setzen, oder es rundum gepolstert lieben, »Combra« lädt Sie ein. Zu einem Besuch beim Möbelfachhandel. Oder einer Karte an *COR, 4840 Rheda-Wiedenbrück.*

COR
zum Sitzen

Hätte Herr Augstein die Rückstände mancher Abtreibung – verätzte und zerstückelte Embryonen – einmal selbst gesehen, sein Urteil wäre anders ausgefallen. Statt dessen macht er sich zum „Gegenpapst".

Frankfurt FLORIAN PAPSTHART

Haben nicht auch Kinder, die später einmal verhungern werden, das Recht auf Leben? Und wann beginnt bei Ihrer Argumentationsweise eigentlich das „Leben"? Hoffentlich nicht an dem Tag, an dem der Teenager das erste Mal vier Mark zum Kiosk trägt, um SPIEGEL und nicht „Bravo" zu kaufen!

Hildesheim DETLEF GRUNDTNER

Bedenken Sie, Herr Augstein: Auch bei Ihnen und mir hätte man einen Grund zur Abtreibung gefunden!

Würzburg GUIDO HEINEN, stud. theol.

Die Verlogenheit und Heuchelei der sich irrtümlicherweise „christlich" nennenden Kirche sowie derer Repräsentanten und der sich im Schlepptau befindlichen CDU/CSU-Parteien so auf den Punkt brillant zu skizzieren, verdient ein lautes Bravo!

Blasiwald (Bad.-Württ.) CHRISTA SCHILLING

Kindesabtreibung gibt es nicht. Es gibt die Abtreibung einer Leibesfrucht, den Schwangerschaftsabbruch, die Entfernung von Embryonalgewebe. Aber wir sollten aufhören, Embryos durch Ultraschallgeräte, Fötalchirurgie oder Verfassungsgerichtsurteile zu personalisieren, sie zu eigenständigen lebensfähigen Personen hochzustilisieren. Wir dürfen den absichtlichen Sprachentgleisungen und Sprachdiktionen der Späths, der Stoibers und der Lebensrechtler nicht aufsitzen. Durch ihre Sprache wollen sie ihr Bewußtsein schaffen. Dem müssen wir uns widersetzen.

Saarbrücken HEINZ KRÄMER
Pro Familia, Familienplanungszentrum

Es gibt denn Sachen, die, bei allem Elend im Thema, zu lesen Spaß macht. Die unglaubliche Arroganz der „Brüder" in Rom hat bei Überschlag mehr Menschen das Leben gekostet als die Kriege dieses Jahrhunderts.

Berndorf (Rhld.-Pf.) MICHAEL PREUTE

Ein „demokratischer und sozialer Rechtsstaat", der die BRD laut Grundgesetzartikel 28 sein soll, hat jede Gewissensentscheidung zu achten, also auch die für einen Schwangerschaftsabbruch. Darauf müssen die betroffenen Frauen beharren. Niemand hat ihnen da dreinzureden, am allerwenigsten rechtsreaktionäre katholische Kirchengläubige. Denn diese zumal, die sich so scheinheilig ums „ungeborene Leben" sorgen, seien daran erinnert, daß ihre Amtskirche zur millionenfachen Vernichtung geborenen Menschenlebens im Dritten Reich meist geschwiegen hat.

Leutkirch (Bad.-Württ.) HANS WITTEK

Eindeutig getrennt

(Nr. 53/1987, Hohlspiegel)

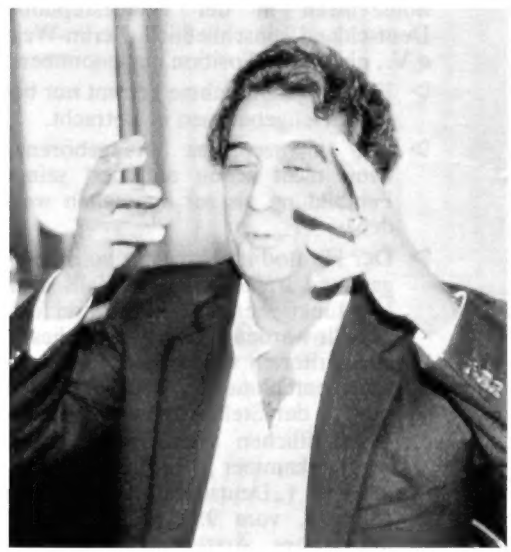
Der von Ihnen publizierte Ausriß zum Thema Vermummung entstammt nicht dem Amtsblatt der Stadt Karlsruhe, sondern dem Karlsruher Anzeigenblatt „Der Kurier" vom 4. Dezember 1987. Beide Publikationen werden zwar zusammen gedruckt und gelangen auch auf dem gleichen Vertriebsweg gemeinsam zum Leser. Sie sind jedoch zwei völlig selbständige Druckerzeugnisse und eindeutig voneinander getrennt. Quellenangaben sollten stimmen.

Karlsruhe HERMANN J. WINKLER
Leiter des Presse- und Informationsamtes der Stadt Karlsruhe

Bescheidenheit, Mortier!

(Nr. 52/1987, SPIEGEL-Gespräch mit dem Brüsseler Opernchef Gerard Mortier über mafiose Zustände im deutschen Musiktheater)

Die Aussagen des Brüsseler Opernchefs Gerard Mortier, die Wiener Staatsoper sei „oft tiefste Provinz", „Madame Butterfly" ein „Musical aus der verstaubten Ablage", Puccini sei „auszuschließen" und so weiter, gehören in die Weltgeschichte der Unkollegialität und Präpotenz. Aus seiner von ihm hochgejubelten „Otello"-Produktion konnte ich wegen der einem modernen Opernpublikum unzumutbaren Gesangsleistungen in meiner Fernsehdokumentation „100 Jahre Otello" keinen Takt verwenden. Er greift Plácido Domingo an, der in jeder Minute mehr modernes, erschütterndes Theater bringt als Mortiers starloses Regietheater. Opernhistorisch falsch ist sein Gerede über die kleinen Gagen von früher – Jenny Lind bekam 1850 eine Abendgage, die heute ungefähr 200 000 Mark entspricht. Altmodisch ist Mortiers Wettern gegen das Musical im Opernspielplan – er hätte von Leonard Bernstein lernen sollen, daß hier die



Opern-Star Domingo
In jeder Minute erschütterndes Theater

Das gute Klima eines Hauses fängt mit Techem an.

Mietern, die sich gut verstehen, begegnet man überall dort, wo Techem im Hause ist. Denn dort können sich alle darauf verlassen: Jedem wird immer nur exakt die Heizwärme berechnet, die er verbraucht hat. Keiner bezahlt für den anderen mit.

Techem erfaßt den Wärmeverbrauch mit mikroelektronischer Genauigkeit und legt pünktlich die Abrechnung vor. Diese ist so klar, übersichtlich und verständlich, daß jeder Empfänger sie nachvollziehen kann. Das ist Gerechtigkeit, wie Techem sie zuverlässig sicherstellt. Mit einer zukunftsweisenden Technologie. Mit einem umfassenden Heizkörperwissen. Und mit einem vorbildlichen Service.

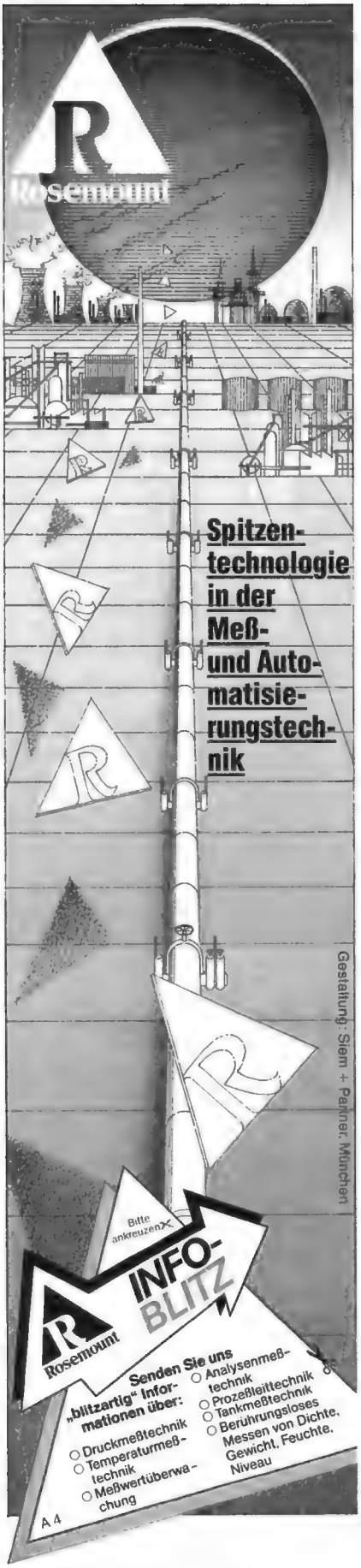
Über 30 Jahre Erfahrung haben Techem als Wegbereiter der gerechten Heizkostenabrechnung zum führenden Unternehmen gemacht. Techem erfüllt diesen Anspruch täglich aufs neue.

Was nicht zuletzt dem guten Klima in der Hausgemeinschaft zugute kommt.

techem

Wir sorgen für gerechte Heizkostenabrechnung.

Techem GmbH, Saonestr. 1, D-6000 Frankfurt/M. 71 ● Techem Meßtechnik AG, Rychenbergstr. 82, CH-8400 Winterthur ● Techem Meßtechnik GmbH, St.-Bartlmä 2 A, A-6040 Innsbruck



Coupon einsenden an:
Rosemount Engineering GmbH,
Schulstr. 29, 8031 Weßling,
Tel.: 08153/27-0, Tx: 526424

Nachfolge der früheren populären Oper liegt. Der Oper droht nur dann der Kollaps, wenn solche Intendanten den Glanz der Meisterwerke und der menschlichen Stimme verachten. Wirtschaft, Horatio? „Bescheidenheit, Mortier!"

Wien — DR. MARCEL PRAWY
Ehrenmitglied und Leiter des Bildungsprogramms der Wiener Staatsoper

Exzellent, Herr Mortier! Endlich wird der abgehobenen deutschen Opernszene und ihrer widerwärtigen Subventionspolitik ein Spiegel vorgehalten. Wann kommen Sie nach Deutschland?

Hamburg — PETER BUSCHMANN

Rapide verschlechtert

(Nr. 53/1987, Diplomaten: Rechnungshof rügt Auslandszulagen; Nr. 1/1988, Beamte: Streit um die Diplomaten)

Das AA ist kein exklusiver Verein, der sich auf dem Umweg über ein Gesetz neue „Wohltaten" zuschanzen will. Wir wollen lediglich, daß unsere dem Dienstherrn erbrachten Leistungen marktgerecht entgolten werden. Den Beweis dafür, daß dies bisweilen nicht der Fall ist, finden Sie in den sinkenden Bewerberzahlen für unseren Dienst und den wachsenden Schwierigkeiten, Posten in Ländern der Dritten Welt zu besetzen.

London — DR. BERND VON WALDOW
Botschaftsrat

Das durchschnittliche Berufsleben eines Angehörigen des Auswärtigen Dienstes bedeutet acht bis zehn Auslandsversetzungen und -umzüge, wovon zumindest einige in Länder mit einer Lebensqualität wie im Tschad, Libyen, Nicaragua, Iran oder Afghanistan gehen. Das bedeutet um die sechs Schulwechsel für Kinder bis zum Abitur, die hohe Wahrscheinlichkeit von Malaria- und Hepatitiserkrankungen, Verzicht auf Berufstätigkeit des Ehepartners mit entsprechenden Einkommensverlusten. Wovon berichtet denn der SPIEGEL Woche für Woche? Krieg, Mord und Totschlag an allen Ecken der Welt! Das ist das Arbeitsfeld des Auswärtigen Dienstes, nicht die Cocktailparty. Mitarbeiter privater Firmen einschließlich der SPIEGEL-Korrespondenten im Ausland werden für solche Belastungen erheblich besser honoriert. Wir suchen noch die Beamten des Bundesrechnungshofes, die mit einem Kaufkraftausgleich von 25 Prozent (in Buchstaben: minus) nach Beirut gehen.

Bonn — THEODOR ZENS
Vorsitzender ÖTV – Auswärtiger Dienst

Was das Phantasiegemälde vom Luxusleben im Ausland betrifft, so ist der SPIEGEL offenbar den Einflüsterungen von Leuten erlegen, die ihren beruflichen Ehrgeiz daransetzen, den Auswärtigen Dienst so kurz wie möglich zu halten. Alles in allem ist an dem üppigen Leben im Ausland nichts dran. Die Angehörigen des Auswärtigen Dienstes sind vielerorts statt dessen das Opfer sich rapide verschlechternder Lebens- und Arbeitsbedingungen. Einkommen und Aufwandsentschädigung einer Handvoll von Top-Botschaftern liegen übrigens weit unter den Gehältern für Spitzenmanager in der Industrie.

Bonn — UWE SCHRAMM
Vorsitzender des Personalrats des Auswärtigen Amtes

19mal glücklich

(Nr. 52/1987, Autoren: Wird Feuchtwangers Haus gerettet?)

Wer (wie ich) den Geist dieses Ortes noch zu Lebzeiten von Marta Feuchtwanger, der großen alten Dame der deutschen Exilliteratur, spüren durfte, kann ermessen, welchen Verlust der Verkauf der Villa Aurora mit sich bringen wird.

Die University of Southern California kann den Hals offensichtlich nicht voll

Times

Feuchtwanger, Refugee From Europe, Gives First Interview on World Affairs

Haven Found in Southland

Lion und Marta Feuchtwanger*
Mißgeschick, Betrübnis und Schmerz

genug kriegen. Lion und Marta Feuchtwanger hinterließen ein millionenschweres Haus und unschätzbare bibliophile Werte. Sie wünschten sich ihr „Nest im kalifornischen Weimar" als lebendige Erinnerungs- und Forschungsstätte auch über ihren Tod hinaus. Lion Feuchtwangers Kommentar zu diesem Kulturskandal hätte sicherlich gelautet: Der Schriftsteller Lion Feuchtwanger war 19mal in seinem Leben vollkommen glücklich und 14mal abgründig betrübt. 584mal schmerzte und verwirrte ihn bis zur Betäubung die Dummheit der Welt, die sich durch keine Ziffer ausdrücken läßt (der Autor über sich selbst, 1935). Es kommt also auf die Deutschen an, für ein weiteres Mißgeschick, Betrübnis oder Schmerz zu sorgen.

Offenbach (Hessen) — MICHAEL MARTELL

* Titelblatt der „Los Angeles Times" vom 21. März 1941.

DER UNGLÄUBIGE THOMAS.

(Oder warum Sparen mit Bundeswertpapieren unglaubliche Vorteile bietet.)

Warum sollte ich mir Bundeswertpapiere kaufen? *(Das sind grundsolide Geldanlagen bei Vater Staat.)* **Was Sie nicht sagen!**

(Es gibt sie als Bundesschatzbriefe, Bundesobligationen, Finanzierungs-Schätze und Bundesanleihen bei jeder Bank oder Sparkasse.)

Ach ja? *(Bei der Laufzeit können Sie auswählen: zwischen 1 und 10 Jahren.)* **Tatsächlich?** *(Aber das Beste an der Sache ist: Sie machen unbesorgt einen ordentlichen Zinsgewinn.)*

Moment ... sagen Sie das noch mal!

An den Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 900409, 6000 Frankfurt 90, Telefon (069) 77 70 13.

Ich suche eine risikolose, gewinnbringende Geldanlage. Bitte informieren Sie mich ausführlich über Bundeswertpapiere.

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Eine solide Geldanlage.
Für alle Fälle.
Bundeswertpapiere.

Aufhebung unerwünscht

(Nr. 52/1987, Selige: Streit um Nazi-Urteil gegen Jesuitenpater Rupert Mayer)

Ich habe mich als Mitarbeiter der SPD-Bundestagsabgeordneten Grunenberg und de With im Frühjahr 1987 mit der bevorstehenden Seligsprechung des Paters Rupert Mayer befaßt. Von einem Ministerialbeamten im Bayerischen Staatsministerium der Justiz erfuhr ich, daß weder die katholische Kirche noch die Familie des Paters eine Aufhebung des Strafurteils wünschen. Denn dieses wird von seinen Angehörigen als eine Auszeichnung und Anerkennung des Widerstandes gegen den nationalsozialistischen Unrechtsstaat gesehen. Den Tagebuchaufzeichnungen des Paters aus seinen letzten Lebenstagen soll ebendiese Auffassung zu entnehmen sein. Eine Aufhebung des Urteils wäre daher auch nicht in seinem Sinn.

Bonn — THOMAS STURMHEIT, Rechtsanwalt

Verhauene Werbung

(Nr. 50/1987, Serie Landwirtschaft: SPIEGEL-Gespräch mit Agrar-Wissenschaftler Onno Poppinga)

Sie veröffentlichen auf Seite 92 ein Bild, das „Werbung für EG-Milchpulver" illustrieren soll. Leider hat sich da Ihr Archiv gleich zweimal verhauen:

- Die erwähnten Nestlé-Produkte werden allesamt mit einheimischer, das heißt mit von zimbabwischen Kühen produzierter Milch hergestellt.
- Das gezeigte Plakat verschwand schon vermutlich 1977, bestimmt aber Anfang 1978. Das geht aus den dargestellten Produkten, aber auch aus der Graphik hervor.

Vevey (Schweiz) — F.X. PERROUD, Vizedirektor der Nestlé AG

Einer Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe ist ein Prospekt des KANADISCHEN FREMDENVERKEHRSAMTES, Frankfurt, beigeklebt.

Einer Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe ist ein Prospekt des VISA CARD SERVICES, Frankfurt, beigeklebt.

Die Redaktion des SPIEGEL behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

2000 Hamburg 11
Postfach 110 420
Brandstwiete 19/Ost-West-Straße
Telephon (040) 3007-1, Telex 2 162 477, Telefax (040) 3007-247,
Telegramm Spiegelverlag
Postgiro-Kto. Hamburg Nr. 7137-200
BLZ 200 100 20

HERAUSGEBER
Rudolf Augstein

CHEFREDAKTION
Erich Böhme, Dr. Werner Funk

REDAKTION
Ariane Barth, Rolf Becker, Dieter Bednarz, Wolfram Bickerich, Ulrich Bieger, Wilhelm Bittorf, Peter Bölke, Jochen Bölsche, Dr. Hermann Bott, Stephan Burgdorff, Werner Dähnhardt, Werner Dageför, Dr. Thomas Darnstädt, Bernd Dörler, Dr. Martin Doerry, Adel S. Elias, Nikolaus von Festenberg, Dr. Michael Fischer, Uly Foerster, Klaus Franke, Angela Gatterburg, Hans Jakob Ginsburg, Henry Glass, Rudolf Glismann, Wolfgang Gust, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg, Dietmar Hawranek, Manfred W. Hentschel, Ernst Hess, Heinz Höhne, Joachim Hoelzgen, Dr. Jürgen Hohmeyer, Siegesmund von Ilsemann, Ulrich Jaeger, Urs Jenny, Dr. Wolfgang Kaden, Dieter Kampe, Dr. Hellmuth Karasek, Klaus-Peter Kerbusk, Hans Werner Kilz, Dr. Walter Knips, Siegfried Kogelfranz, Klaus Kröger, Karl Heinz Krüger, Bernd Kühnl, Wulf Küster, Dr. Romain Leick, Heinz P. Lohfeldt, Andreas Lorenz, Armin Mahler, Dr. Wolfgang Malanowski, Hans Hermann Mans, Dr. Hans-Peter Martin, Gerhard Mauz, Dr. Renate Merklein, Fritjof Meyer, Rolf S. Müller, Bettina Musall, Hans-Georg Nachtweh, Irma Nelles, Dr. Renate Nimtz-Köster, Hans-Joachim Noack, Gunar Ortlepp, Stephan Paetow, Rainer Paul, Christoph Peck, Jürgen Petermann, Norbert F. Pötzl, Joachim Preuß, Günter Rau, Klaus Reinhardt, Dr. Rolf Rietzler, Dr. Gerd Rokkel, Kurt Röttgen, Valeska von Roques, Dr. Fritz Rumler, Marie-Luise Scherer, Peter Schille, Tom Schimmeck, Heiner Schimmöller, Arnd F. Schirmer, Hans Joachim Schöps, Bruno Schrep, Diethelm Schröder, Harald Schumann, Helmut Sorge, Lutz Spenneberg, Mareike Spiess-Hohnholz, Hans Gerhard Stephani, Hans-Wolfgang Sternsdorff, Günther Stockinger, Peter Stolle, Willy Theobald, Dr. Rainer Traub, Dieter G. Uentzelmann, Klaus Umbach, Hartmut Volz, Dr. Manfred Weber, Rainer Weber, Alfred Weinzierl, Sibylle Weischenberg, Erich Wiedemann, Dr. Harald Wieser, Dr. Dieter Wild, Helene Zuber

REDAKTIONSVERTRETUNG BONN
Winfried Didzoleit, Dr. Richard Kiessler, Dirk Koch, Jürgen Leinemann, Dr. Paul Lersch, Heiko Martens, Hartmut Palmer, Olaf Petersen, Hans-Jürgen Schlamp, Tina Stadlmayer, Alexander Szandar, Klaus Wirtgen, Dahlmannstraße 20, 53 Bonn, Tel. 26703-0, Telex 886 630

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND
Berlin (West): Wolfgang Bayer, Christian Habbe, Axel Jeschke, Kurfürstenstraße 72–74, 1 Berlin 30, Tel. 26 10 61, Telex 184704 · Berlin (DDR): Ulrich Schwarz, Leninallee 175, 16–06, DDR-1156 Berlin, Tel. 372 10 75 und 375 41 44 · Düsseldorf: Georg Bönisch, Hans Leyendecker, Manfred Müller, Richard Rickelmann, Rudolf Wallraf, Immermannstraße 15, 4 Düsseldorf 1, Tel. 1 68 90-0, Telex 8 582 737 · Frankfurt a. M.: Peter Adam, Stefan Baron, Wolfgang Bittner, Ulrich Manz, Jürgen Scherzer, Oberlindau 50, 6 Frankfurt a. M., Tel. 71 71 81, Telex 413 009 · Hannover: Wolfgang Becker, Jürgen Hogrefe, Rathenaustraße 16, 3 Hannover, Tel. 32 69 39, Telex 922 320 · Karlsruhe: Rolf Lamprecht, Amalienstraße 25, 75 Karlsruhe 1, Tel. 225 14, Telex 7 825 471 · Kiel: Manfred Ertel, Dietrich Lachmund, Niemannsweg 18, 23 Kiel, Tel. 56 30 66, Telex 299 859 · Mainz: Wilfried Voigt, Rheinstraße 101, 65 Mainz, Tel. 23 24 40, Telex 4 187 507 · München: Heinz Höfl, Dr. Joachim Reimann, Michael Schmidt-Klingenberg, Stuntzstraße 16, 8 München 80, Tel. 470 10 54, Telex 522 501 · Stuttgart: Dinah Deckstein, Peter Stähle, Kriegsbergstraße 11, 7 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telex 722 673

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
Athen: Kostas Tsatsaronis, Omirou 13, 10672 Athen, Tel. 363 6577 und 363 6737, Telex 215 418 · Basel: Jürg Bürgi, Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. 22 63 63, Telex 825 391 · Brüssel: Marion Schreiber, Bd. Charlemagne 45, Residence Roncevaux, 1040 Brüssel, Tel. 230 6108 und 230 6217, Telex 25 294 · Kairo: Volkhard Windfuhr, 18, shari' El-Fawakeh, Muhandisin, Kairo, Tel. 71 22 10 und 70 40 15 · Kapstadt: Paul M. Schumacher, 4th Floor, Protea Assurance House, 31 Adderley Street, Kapstadt 8001, Tel. 45 57 57, Telex 520 393 und 524 955 · London: Hans Hielscher, Economist Building, 7th Floor, 25 St. James's Street, London SW 1 A 1 HA, Tel. 839 7666 und 930 1604, Telex 25 278 · Madrid: Elisabeth Guth, Marques de Cubas 12, Madrid 14, Tel. 429 8964, Telex 45 383 · Mexiko: Armin Wertz, Alfonso Caso 278–7 bis, Col. Tlacopac, 01040 Mexico, D. F., Tel. 550 1297, Telex 1 773 310 (Presseclub) · Moskau: Jörg R. Mettke, Krutizkij Wal 3, Kw 36, Moskau, Tel. 274 00 09, Telex 413 288 · Neu-Delhi: Sri Prakash Sinha, 35 B Nizzamuddin East, Neu-Delhi, Tel. 61 97 33, Telex 3 162 469 · New York: Dr. Werner Meyer-Larsen, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N. Y. 10036, Tel. 221 7583, Telex 237 723 · Paris: Lutz Krusche, 17 Avenue Matignon, 75008 Paris, Tel. 4256 1211 und 4256 1972, Telex 650 086 · Peking: Dr. Stefan Simons, Qijiayuan 7. 2. 31, Peking, Tel. 52 35 41, Telex 22 736 · Rio de Janeiro: Walter Tauber, Avenida São Sebastião, 157 Urca, 22291 Rio de Janeiro (RJ), Tel. 275 1204, Telex: 2 130 706 · Rom: Birgit Kraatz, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. 679 7522, Telex 622 257 · Stockholm: Hermann Orth, Scheelegatan 4, Stockholm, Tel. 50 82 41 · Tel Aviv: Henri Zoller, Harechesch Street 12, Tel Aviv (Afeka), Tel. 42 73 65, Telex 342 663 · Tokio: Dr. Tiziano Terzani, 3–31–9 Kamimeguro, Meguro-ku, Tokio, Tel. 791 8011 · Washington: Hans Hoyng, Dr. Martin Kilian, Suite 702, 1015 15th Street, N. W. Washington, D. C. 20 005, Tel. 347 5222, Telex 440 214 · Wien: Dr. Inge Cyrus, Telekygasse 13, 1190 Wien, Tel. 36 15 92 und 36 35 37, Telex 115 888

ILLUSTRATION
Martina Blume, Barbara Bocian, Ludger Bollen, Katrin Bollmann, Thomas Bonnie, Regine Braun, Manuela Cramer, Josef Csallos, Peter Nils Dorén, Volker Fensky, Rüdiger Heinrich, Karin Kahlisch, Ingeborg Molle, Ursula Morschhäuser, Walter Pomikalko, Monika Rick, Chris Riewerts, Manfred Schniedenharn, Frank Schumann, Karin Weinberg, Rainer Wörtmann, Jürgen Wulf, Monika Zucht

SCHLUSSREDAKTION
Rudolf Austenfeld, Horst Beckmann, Jens Eggers, Horst Engel, Hermann Harms, Rolf Jochum, Herbert Kanthack, Karl-Heinz Körner, Heinz Kohl, Inga Lembcke, Reimer Nagel, Andreas M. Peets, Wolfgang Polzin, Gero Richter-Rethwisch, Thomas Schäfer, Wilhelm Schöttker, Claus Schüler, Ingrid Seelig, Hans-Eckhard Segner, Hans-Jürgen Vogt, Holger Wolters, Peter Zobel

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR
dieser Ausgabe für Panorama, Waffenexport, Berlin, Regierung, Späth-Gespräch: Wolfram Bickerich; für Titelgeschichte (S. 18), Affären, Hamburg, Lehrer, Justiz, Volkszählung: Uly Foerster; für Chemie, Konzerne, Energie, Fahning-Interview, Trends, Unternehmen, Video: Peter Bölke; für Titelgeschichte (S. 22, S. 28), Israel (S. 102), SPIEGEL-Essay, USA, Strategie, Rüstung, Großbritannien, Panorama Ausland, Kanada, Griechenland, Österreich, Raucher: Dr. Romain Leick; für Orchester, Dohnányi-Gespräch, Szene, Bücher, Bestseller, Film, Affären, Fernseh-Vorausschau: Christoph Peck; für Titelgeschichte (S. 26), Ärzte, Computer, Werbung, Luftfahrt: Rolf S. Müller; für Automobile: Rudolf Glismann; für Intendanten, Segeln, Restaurants, Spectrum: Joachim Preuß; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Personalien, Register, Hohlspiegel, Rückspiegel: Ulrich Bieger; für Titelbild: Rainer Wörtmann; für SPIEGEL-Verlag/Hausmitteilung: Rolf Becker (sämtlich Brandstwiete 19/Ost-West-Straße, 2000 Hamburg 11)

DOKUMENTATION
Jörg-Hinrich Ahrens, Werner Bartels, Sigrid Behrend, Dr. Jürgen Bruhn, Lisa Busch, Armin Dirks, Heinz Egleder, Dr. Herbert Enger, Johannes Erasmus, Wolfgang Fischer, Marianne Friedrichs, André Geicke, Ille von Gerstenbergk-Helldorff, Hartmut Heidler, Wolfgang Henkel, Gesa Höppner, Jürgen Holm, Christa von Holtzapfel, Joachim Immisch, Günter Johannes, Petra Kleinau, Sonny Krauspe, Hannes Lamp, Marie-Odile Jonot-Langheim, Ilse Lange-Henckel, Walter Lehmann, Michael Lindner, Leonore Lohse, Sigrid Lüttich, Roderich Maurer, Günther von Maydell, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Wolfhart Müller, Christel Nath, Anneliese Neumann, Werner Nielsen, Paul Ostrop, Nora Peters, Peter Philipp, Ulrich Rambow, Anke Rashatasuvan, Dr. Mechthild Ripke, Hedwig Sander, Rolf-G. Schierhorn, Carl-Heinz Schlüter, Ekkehard Schmidt, Marianne Schüssler, Christel Schulz, Werner Siegert, Margret Spohn, Anja Stehmann, Monika Tänzer, Dr. Eckart Teichert, Jutta Temme, Dr. Iris Timpke-Hamel, Carsten Voigt, Ursula Vollmann, Horst Wachholz, Dieter Wessendorff, Andrea Wilkens, Georg Wöhner
Leitung: Karl-H. Schaper, Harald Schütz

NACHRICHTENDIENSTE
AP, dpa, Los Angeles Times/Washington Post, Newsweek, New York Times, Time

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG
Büro des Herausgebers: Wolfgang Eisermann; verantwortlich für Anzeigen: Horst Görner; gültige Anzeigenpreisliste Nr. 42 vom 4. Januar 1988, Abonnementspreise (Normalpost, inklusive USt.): Inland sechs Monate DM 104,–, zwölf Monate DM 208,–. Normalpost Europa: sechs Monate DM 135,–, zwölf Monate DM 270,–; Seepost Übersee: sechs Monate DM 140,20, zwölf Monate DM 280,40; Luftpostpreise auf Anfrage. Abonnement-Service: Tel. (040) 30 07-445
Verlagsgeschäftsstellen: Düsseldorf: Immermannstraße 15, 4000 Düsseldorf, Tel. 16 89 0-0, Telex 8 382 737; Frankfurt a. M.: Oberlindau 80, 6000 Frankfurt a. M., Tel. 72 03 91, Telex 411 977; Hamburg: Brandstwiete 19, 2000 Hamburg 11, Tel. 3007-1, Telex 2 162 477; München: Stuntzstraße 16, 8000 München 80, Tel. 470 10 54, Telex 522 501; Stuttgart: Kriegsbergstraße 11, 7000 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telex 722 673
Druck: Druckhaus Ahrensburg, Ahrensburg bei Hamburg, und Darmstadt

VERLAGSLEITUNG
Helmut Wallbaum, Christian Wenger

GESCHÄFTSFÜHRUNG
Rudolf Augstein, Adolf Theobald

DIE WELT IM GESPRÄCH

Mitterrand an die Deutschen: „Eine unumstößliche Tatsache – Ihr seid ein großes Volk"

Heute

Für François Mitterrand ist die 25jährige deutsch-französische Partnerschaft solide, gemessen an den Zeiträumen der Geschichte freilich erst an ihrem Anfang. Wie definiert er die Identität Europas? Wer gehört zum „Europäischen Haus"? Wie sieht er die Zukunft der gemeinsamen Verteidigung? Ist Jalta wieder aktuell? Welche Rolle spielt der Präsident der fünften Republik in Frankreich heute?
DIE WELT im Gespräch mit Persönlichkeiten von Weltrang. Wir bieten Ansichten. Wissen. Kompetenz in einem Umfeld unabhängiger Berichterstattung. DIE WELT: Tageszeitung für Deutschland mit Sitz in der Bundeshauptstadt. Wir geben detaillierte Informationen, konfrontieren mit dezidierter Meinung. DIE WELT - die große Zeitung mit dem Mut zum Standpunkt.

Lesenswerter denn je

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Deutsch-französisches Manöver 1987

Mehr Soldaten

Frankreich wird vom 1. Oktober an seine Truppenpräsenz in der Bundesrepublik (48 000 Mann) um rund 1000 Soldaten verstärken. Ein Infanterie- und ein Panzerbataillon sollen dann zu der deutsch-französischen Brigade stoßen, deren Aufstellung Kanzler Helmut Kohl und Präsident François Mitterrand Ende dieser Woche in Paris formell beschließen wollen. Die Bundeswehr kommandiert ein Infanterie- und ein Artilleriebataillon zu dem mit rund 4500 Soldaten ungewöhnlich starken Verband ab, dessen Hauptquartier im schwäbischen Böblingen liegen wird.

Strahlendaten per Hand

Zwei Jahre nach Tschernobyl hat das Bundesumweltministerium den Bundesländern noch immer keine reibungslose Übertragung von Strahlenmeßwerten aus den 38 bundesweiten Meßstellen in die Münchner Zentralstelle ermöglicht, für NRW-Umweltminister Klaus Matthiesen eine „unverständliche Schlamperei". Um alle Meßdaten von Umwelt-Radioaktivität zentral auswerten zu können, hatte sich der Bund Ende 1986 im Strahlenschutz-Vorsorgegesetz vorbehalten, die Übermittlungsmethode und die dafür notwendigen Geräte für die Bundesländer selbst zu bestimmen. Doch bislang stehen weder Methode noch Hardware fest. Nach dem derzeitigen Zeitplan kann das „Integrierte Meß- und Informationssystem" auch nicht vor Ende 1989 einsatzfähig sein. Sicher ist nur, daß die Übermittlung der Meßdaten aus Kostengründen primitiver ausfallen soll als geplant: Die Daten sollen zeitraubend und fehleranfällig nicht vollautomatisch, sondern per Hand in die Übermittlungsgeräte eingegeben werden. Matthiesen: „Ein Minimalkonzept für eine Sache von höchster Brisanz."

Weitsichtige Entscheidung?

Als Klitterer allerjüngster Vergangenheit erweist sich Bundespressesprecher Friedhelm Ost. In einem Faltblatt des Presseamts mit dem Titel „Stunde der Abrüstung", in dem die „Sicherheitspolitik vor und nach der Null-Lösung" dargestellt und die Rolle der Bundesregierung gefeiert wird, heißt es: „26. August 1987, Bundeskanzler Kohl ebnet mit seiner weitsichtigen Pershing-1A-Entscheidung den Weg zum Abkommen." Damit es kein Vertun gibt, legt Ost noch eins drauf: „Diese Entscheidung ermöglichte den Durchbruch bei den Genfer Verhandlungen und hat deshalb in Ost und West Anerkennung gefunden." Tatsächlich hatte sich alle Welt über das monatelange Lavieren und Taktieren des entscheidungslahmen Helmut Kohl und seiner Regierung mokiert. Denn das deutsche Festhalten an den veralteten Raketen der Bundeswehr war letztes Hindernis auf dem Weg zu einem Vertrag zur Verschrottung der atomaren Mittelstreckenwaffen.

Hubschrauber-Falle

Beim Chile-Besuch der Kommission des Auswärtigen Amtes, die Ende 1987 die Zustände in dem berüchtigten Lager der deutschstämmigen „Colonia Dignidad" untersuchen wollte, hat sich ein brisanter Zwischenfall ereignet. Nach einem AA-Bericht bestand „Lebensgefahr", als ein chilenischer Hubschrauber, an Bord Kommissionsmitglied Bischof Emil Stehle, Bonns Botschafter Horst Kullak-Ublick und ein ranghoher Offizier der Carabineros, in eine Falle geriet und beinahe abstürzte. Auf dem Landeplatz des Lagers waren Platten ausgelegt worden, die beim Niedergehen hochgewirbelt wurden und die Rotoren beschädigen sollten. Vertreter der Lagerleitung warfen den unerwünschten Besuchern Hausfriedensbruch vor und drohten, sie würden für die Entlassung des chileni-

FJS: Unberechenbare US-Politik

Moskau-Heimkehrer Franz Josef Strauß hat die Bonner CSU-Landesgruppe durch antiamerikanische Töne in Erstaunen versetzt. Auf der Kreuther Klausur der Abgeordneten am vorletzten Wochenende verkündete der CSU-Chef, die Politik der westlichen Führungsmacht sei „unberechenbar", die Politik der Sowjet-Union hingegen „berechenbar" geworden.

Im Gegensatz zu US-Präsident Ronald Reagan und Bundeskanzler Helmut Kohl, die das amerikanisch-sowjetische Abkommen über den Abbau von Mittelstreckenwaffen als geschichtliches Ereignis feierten, lehnte Strauß es ausdrücklich ab, von einer historischen Vereinbarung zu sprechen. Strauß: Statt der doppelten Null-Lösung bei den Raketen wäre ihm ein Teilabzug amerikanischer Truppen aus Europa lieber gewesen. Kritik übte Strauß dabei auch an Kohls Entscheidung, die „Pershing 1A" der Bundeswehr in das Abkommen einbeziehen zu lassen. Die Bundesrepublik sei dadurch außenpolitisch in den Rang eines Kleinstaates zurückversetzt worden.

Beeindruckt zeigte sich der bayrische Ministerpräsident davon, wie wenig Wert seine Moskauer Gesprächspartner auf Vergangenheitsbewältigung gelegt hätten. Die Sowjets verhielten sich da „vernünftiger" als die Amerikaner. So habe er, berichtete Strauß, Generalsekretär Michail Gorbatschow erzählt, daß er während des Zweiten Weltkriegs bis in dessen damalige Heimat vorgerückt sei. Gorbatschow habe nicht betroffen reagiert, sondern die Mitteilung gelassen hingenommen.

Strauß in Kreuth

schen Polizeioffiziers sorgen. Bonns Diplomaten hoffen nun, der Zwischenfall werde dazu beitragen, daß auch die chilenischen Stellen entschlossen gegen die Kolonie vorgehen.

Hohle Phrasen

Das gestörte Verhältnis zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und der britischen Premierministerin Margaret Thatcher belastet die Beziehungen zwischen Bonn und London. Seit über einem Jahr mochten sich die beiden nicht mehr zu

Margaret Thatcher, Kohl

einem der sonst regelmäßigen Gipfeltreffen zusammensetzen. Ein für nächsten Monat geplantes Treffen ist bereits geplatzt – offiziell aus Termingründen. Die Londoner „Times" zitierte letzte Woche britische Diplomaten, die den wahren Grund für den „Kalten Krieg" zwischen Kohl und Thatcher zu kennen glauben: Die Premierministerin halte den Kanzler für einen „Schwafler" mit einer „Vorliebe für hohle Phrasen", Kohl die Lady für „zu nationalistisch" und „zu sachlich".

Letzte Spenden-Verfahren

Mehr als zehn Jahre nach Beginn der Parteispendenaffäre schließt die Bonner Staatsanwaltschaft bis zum Sommer die letzten 30 von mehr als 2000 Verfahren ab. Zunächst bearbeiten die Ermittler die restlichen Verfahren gegen Verantwortliche großer Konzerne, dann kommen die mutmaßlichen Drahtzieher in der Affäre – die Akquisiteure der Parteien und Geldwaschanlagen – dran. Auf der Liste der Kassierer stehen rund ein Dutzend Namen, darunter CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep, Kieps Generalbevollmächtigter Uwe Lüthje, CSU-Kassierer Karl-Heinz Spilker, die Lambsdorff-Adjutanten Friedrich Karl Patterson und Joachim-Friedrich von Stojentin sowie Ex-Gewerkschaftsbankier Walter Hesselbach. Die meisten von ihnen müssen mit Anklagen rechnen.

CREATION DIE INTERNATIONALE COLLECTION

Die neuen Formen des Komforts.

CC 1024

Die charmante „Récamière" im Hintergrund gehört zu den viel bewunderten Einzelstücken in einem neuen großen Programm: Alle Ideen einer langen Polstermöbel-Entwicklung und alle Wünsche phantasievoller Einrichter wurden darin verwirklicht. Das Besondere liegt in einer fast unerschöpflichen Variabilität der formschönen Anreihelemente, die losen Kissen geben dem permanenten Verwandlungsspiel den zusätzlichen Reiz. „Ein neues Komfort-Paradies tut sich auf". Lesen Sie mehr darüber im Journal „Creation" von Rolf Benz, Postfach 34824 in 7270 Nagold, Telefon 07452-601220.

Ausstellung und Information für die Schweiz: Benz+Elsener, 8056 **Zürich**, Wehntaler Str. 283, Telefon 01-57 88 88. Österreich: H. Fuhrmann, 1150 **Wien**, Vogelweidplatz 10, Telefon 02 22-92 21 88.

Das 100-seitige Journal erhalten Sie kostenlos. Sie erfahren auch, wo Sie unsere „Creationen" im Original sehen und den perfekten Fachgeschäft Service nutzen können.

ROLF BENZ
® CREATION

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Hanauer Nuklearkomplex: „Eine Fischbrat-

Titelgeschichte

„Selbstmord des Atoms"

Der größte Skandal in der Geschichte der westdeutschen Atomindustrie hat internationale Dimensionen angenommen: wegen des Verdachts, aus der Bundesrepublik könnte Bombenstoff in Krisenregionen der Dritten Welt gelangt sein. Die ganze Nuklearindustrie, die auch Klimapflege im Bonner Forschungsministerium betrieb, scheint außer Kontrolle geraten.

Voller Mißtrauen löcherte Bundeskanzler Helmut Kohl in den vergangenen Tagen immer und immer wieder seine Spezialisten im Bonner Umweltministerium mit der Frage, was denn eigentlich hinter dem Hanauer Atommüllskandal stecke. Der Kanzler, instinktsicher, wenn es um drohende Beschädigung seiner Macht und seines geliebten Amtes geht, sah aus dem Hessischen eine Lawine auf seine Regierung zurollen.

Die täglich neuen Enthüllungen, daß in den Atomfirmen Nukem und Transnuklear, Zentren des bundesdeutschen Brennstoffkreislaufs, unglaubliche Schlampereien im Umgang mit Strahlenmaterial aller Art die Regel waren, daß der Bombenstoff Plutonium unkontrolliert über europäische Grenzen wanderte, daß in der angeblich so sicherheitsbewußten Atomindustrie ein illegaler Abfallkreislauf in Gang gekommen war – das alles waren nach Ansicht Kohls nur „Unregelmäßigkeiten". Stärker trieb ihn, nach allen Erfahrungen mit Korruptionsaffären in der Bundesrepublik, eine nüchterne Kalkulation um.

Weshalb die Nukem-Tochter Transnuklear, die 80 Prozent aller Transporte von radioaktiven Strahlstoffen in der Bundesrepublik kontrollierte, denn Millionen-Schmiergelder an Sicherheitsbeauftragte, Atommanager und sogar Buchhalter in Kernkraftwerken bezahlt habe, nur um die vorschriftswidrige Behandlung von ein paar Tonnen Atommüll zu vertuschen – das erschien dem Kanzler ökonomisch nicht plausibel. Da müsse viel mehr dran sein. Ungläubig räsonierte der Regierungschef: „21 Millionen Mark für das bißchen Zeug?"

Daß Kohls Instinkt intakt ist, führte Hessens CDU-Ministerpräsident Walter

* Am Donnerstag voriger Woche vor dem Bonner Umweltausschuß mit dem Ausschußvorsitzenden Reinhard Göhner (r.).

Reaktorminister Weimar, Töpfer*: „Ungeheuerlicher Verdacht"

Küche wird besser kontrolliert"

Wallmann, nach dem Tschernobyl-Supergau erster Bundesumweltminister, der Öffentlichkeit vor. Erstmals in der immer weiter wuchernden Affäre setzte Wallmann einen „ungeheuerlichen Verdacht" (Bonns Umweltminister Klaus Töpfer) in die Welt, der nicht nur die Frage beantworten könnte, warum denn in den hessischen Skandalbetrieben Spaltstoffe verschwunden sind, sondern auch wohin: Zur Waffenherstellung geeignetes Nuklearmaterial, so Wallmann, könne unter deutscher Beteiligung in die krisengeschüttelten Dritte-Welt-Länder Pakistan oder Libyen geschmuggelt worden sein, die seit langem zur Atombombe drängen.

Bomben aus Hanau? Geliefert von geschmierten Atomindustriellen der Bundesrepublik? Bonn auf der Anklagebank von 135 Nationen, die sich allesamt im Atomwaffensperrvertrag verpflichtet haben, weder Nuklearbomben noch Teile davon irgendwohin zu exportieren? Der vage Verdacht wurde von der Bundesregierung sogleich ernst genommen, ein Kanzlerberater: „Das kriegt natürlich sofort eine Überdimension, wenn der Atomwaffensperrvertrag wirklich verletzt worden ist."

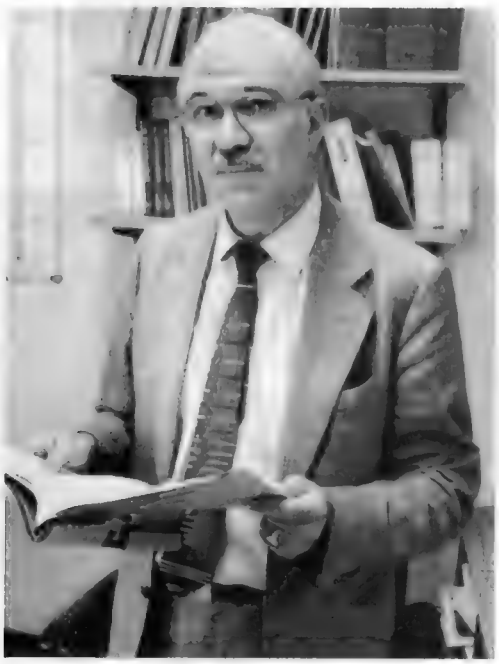
Die Nachrichten über eine mögliche Pakistan-Connection sorgten auch in Washington für Unruhe. Dort hatte US-Präsident Ronald Reagan gerade langfristige Auslandshilfe für den mit Indien verfeindeten Staat zugesichert, erklärtes Ziel: Diese Unterstützung sei „extrem wichtig", um „das Risiko zu verringern", daß Pakistan die Bombe entwickle.

Die Berichte aus Bonn, so Paul Leventhal vom Nuclear Control Institute nach Gesprächen mit Politikern und Wissenschaftlern, hätten ein „Gefühl von

Brennelemente-Produktion bei Nukem: „Gefühl von Schock"

Schock“ ausgelöst. Stephen Solarz, Abgeordneter der Demokraten im Repräsentantenhaus und besonders für die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen engagiert: „Handlungsweisen“, wie sie nun Nukem zugeschrieben würden, könnten „weltweit die Sicherheit aller Nationen gefährden“.

Daß die Bonner nicht von vornherein ausschließen mochten, an der Vermutung über heimliche Geschäfte mit Pakistan oder Libyen könne was dran sein, zeigt deutlich wie nie zuvor, daß die Gefahren des atomaren Kreislaufs, über Jahre von Lobby und Politikern zum „Restrisiko“ verniedlicht, kaum beherrschbar sind: Weder nationale noch internationale Aufsichtsbehörden erfüllen ihre Aufgaben hinreichend – nicht nur Nukem, die ganze Atomindustrie ist außer Kontrolle geraten.



Fahnder Farwick
Geheimnisvoller Informant

Der politisch-atomare Komplex in der Bundesrepublik steht vor seiner ersten wirklichen Existenzkrise. Gerate diese ganze Industrie ins Rutschen, sorgte sich Kanzler Kohl, der vor schwierigen Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein steht, dann könnte er selbst in den Strudel gerissen werden.

Schon vor Weihnachten entschied Kohl sich zu einer Doppelstrategie, um den Schaden zu begrenzen. Er selbst hielt sich aus dem Krisenmanagement heraus, das Bundesumweltminister Klaus Töpfer und Ministerpräsident Wallmann zu erledigen hatten.

Kohl ermutigte seinen Reaktorsicherheitsminister, öffentlichkeitswirksame Entscheidungen zu treffen: Erst ließ Töpfer, vor vier Wochen, den Atomtransporteuren von Transnuklear die atomrechtliche Genehmigung entziehen. Dann machte er vorige Woche die Hanauer Nukem dicht. Der Bundestagsabgeordnete Otto Schily von den Grünen, die seit Jahren die Schließung der hessischen Atomklitschen fordern: „Soweit sind wir ja offenbar gekommen, daß wir einer Regierung dankbar sein müssen, daß sie sich an die gesetzlichen Vorschriften hält.“

Der Vorwurf, die von Pakistan und Libyen ersehnte „Islamische Bombe“ (siehe Seite 28) werde mit Bombenstoff aus Deutschland gefüllt, wäre, so der frühere Bundesforschungsminister Volker Hauff (SPD), „eine politische Katastrophe für unser Land“. Die Lebenslüge der internationalen Atomwirtschaft würde platzen: Die Nutzung der Kernenergie zu „friedlichen“ Zwecken, so hatte eine ganze Generation von Reaktorbauern und Kernphysikern die Welt glauben machen wollen, könne strikt von ihrem militärischen Einsatz getrennt werden. Zum Vertrauensverlust für die Industrie im Inneren kommt, bewahrheitet sich der Verdacht, ein Vertrauensverlust für die Bonner Friedenspolitik nach außen hinzu.

Ohnehin galten die Christdemokraten in ihrer Haltung zum Atomwaffensperrvertrag, der 1970 in Kraft trat, als unsichere Kantonisten. Daß aus dem Kontrollsystem mit den internationalen Aufsichtsbehörden IAEO und Euratom, das zu dem Pakt gehört, nicht viel wurde (siehe Seite 22), daran tragen vor allem bundesdeutsche Regierungen die Schuld. Ihre Delegationen hatten, mit immer neuen Änderungsvorschlägen, das Vertragswerk ausgehöhlt. Alt-Bundeskanzler Konrad Adenauer, der Wiederbewaffner, grollte gegen einen Bonner Beitritt: „Ich hoffe, daß die Bundesrepublik nicht ihr Todesurteil unterschreibt.“ Und CSU-Chef Franz Josef Strauß, der damals eigene Atomwaffen für die Deutschen forderte, kommentierte: „Das ist ein neues Versailles, und zwar eines von kosmischen Ausmaßen.“

Erst Ende 1969, als die Sozialliberalen an die Macht gekommen waren, unterzeichnete Bonn den Vertrag. Die politische Auseinandersetzung mit den Konservativen pflanzte sich bis in den Mai 1975 fort, als das Abkommen nach der Ratifizierung durch den Bundestag auch für Bonn gültig wurde.

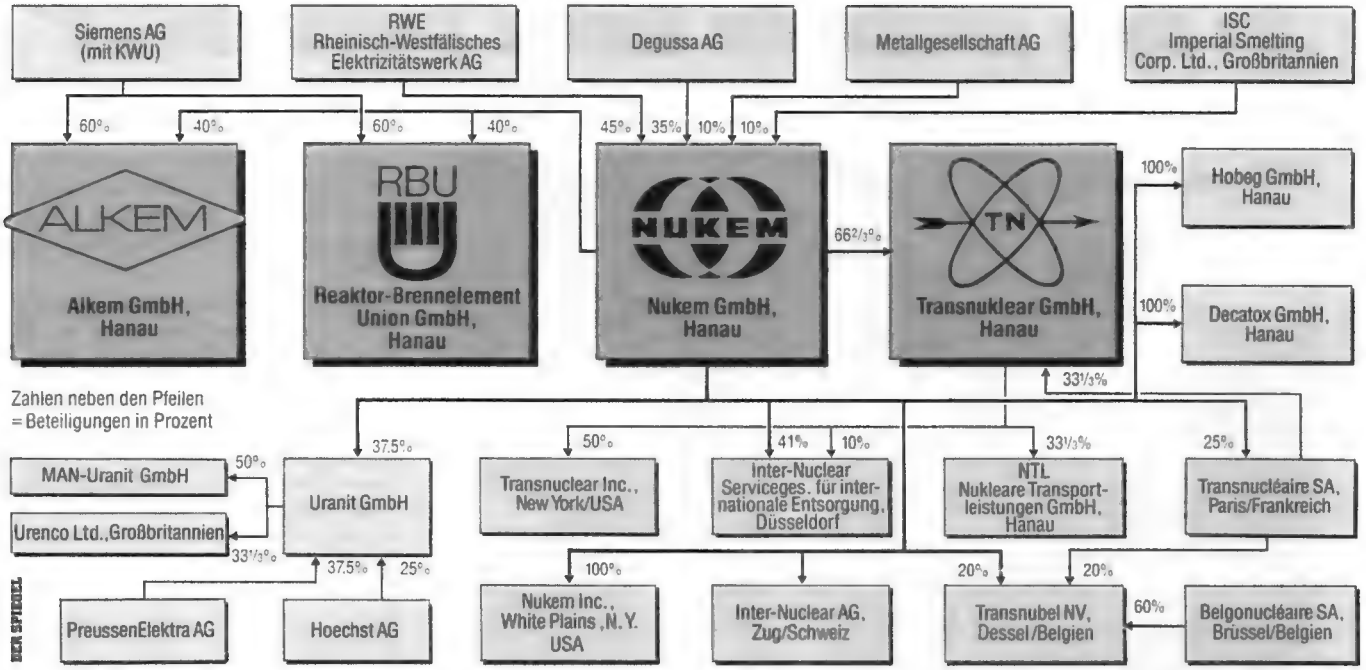
Die Deutschen waren schon einmal in Verdacht gekommen, sie nähmen den Sperrvertrag nicht sonderlich ernst, als Ende der siebziger Jahre die deutsche Kraftwerk Union (KWU) in Argentinien einen Atommeiler baute und die erforderliche Fabrik für Schweres Wasser, das im Reaktor zur Kühlung erforderlich ist, von der neutralen Schweiz geliefert wurde. Nie ist der Verdacht entkräftet worden, daß Bonner Beamte diese Umgehung des Vertrages mit KWU und Argentinien ausgeheckt haben.

Ob nun auch die Hanauer Skandal-Manager gegen internationales Recht verstoßen haben, konnten bis Ende voriger Woche weder Ministerien noch Justiz beantworten. Die Frage, worauf sich der Verdacht stütze, daß mit deutscher Beteiligung spaltbares Material nach Pakistan und Libyen gelangt sei, war schon in der Nacht zum Donnerstag in einer Sondersitzung des Umweltausschusses des Bundestages von SPD und Grünen immer wieder gestellt worden.

Hessens Umweltminister Karlheinz Weimar verwies mystisch auf Hinweise, die er am Mittwochnachmittag bekommen und an die Staatsanwaltschaft weitergegeben habe. Um die Fahndung nicht zu gefährden, könne er nicht mehr sagen. Der geheimnisvolle Informant war der Bonner Chefredakteur eines Branchen-Blatts („Energiereport“):

Polizeikontrolle bei Nukem: „Schlimmer als Flick“

DER HANAUER ATOMFILZ



Dieter Kassing, der sich seinerseits auf Recherchen von Schweizer Journalisten beruft.

Töpfer, der bereits zum zweiten Mal innerhalb einer Woche eine Regierungserklärung abgeben mußte, ließ am Freitag morgen einen Abteilungsleiter bei den zuständigen Hanauer Staatsanwälten Albert Farwick und Thomas Geschwinde telephonisch nachforschen. Die hessischen Strafverfolger, die einen internationalen Skandal ohne Beispiel aufklären sollen, waren verwundert.

Er habe, so Farwick, „keinerlei verwertbare Tatsachen", der Anfangsverdacht seiner Behörde beruhe ausschließlich auf einer „telephonischen Unterrichtung des Staatsanwaltes Geschwinde durch Minister Weimar", der „Kenntnisse aus dem journalistischen Bereich" weitergegeben habe.

Farwick ließ nach den vagen Hinweisen, daß angeblich Nukem am Atomschmuggel beteiligt gewesen sei, dort einige Büroräume am frühen Freitag morgen durchsuchen. Die Aktion förderte nichts Rechtes zutage. Sozialdemokrat Hauff behauptete zwar, nachdem er einen brisanten Hinweis aus seriöser Quelle erhalten habe, jetzt gebe es „Beweise für die Lieferung von Atommaterial nach Pakistan". Die Staatsanwaltschaft jedoch dementierte umgehend.

In dem Bonner Wirrwarr spielte Umweltminister Töpfer am Freitag voriger Woche den Verdacht einer Hanauer Aktion „Bomben für Pakistan" langsam wieder herunter. Die Nukem-Schließung, so Töpfer, sei nicht entfernt mit dem Verdacht der unzulässigen Weitergabe Spaltmaterials an Drittländer zu begründen.

Da war in der Tat genug anderes zusammengekommen. Hinter den „Unregelmäßigkeiten" verbergen sich

- ▷ Hunderte von Transporten zwischen Deutschland und dem belgischen Atomforschungszentrum Mol, deren Ladung stärker strahlte, als die Papiere aussagten;
- ▷ Hunderte von Gegentransporten in die Bundesrepublik, die angeblich behandelten deutschen Atommüll brachten, mit denen in Wirklichkeit aber die Belgier ihren Abfall loswurden;
- ▷ Schmiergelder in Millionenhöhe, mit denen Transnuklear fast alle Beteiligten des illegalen Abfallkreislaufs bestochen hatte.

Zwei, die in die Machenschaften verstrickt waren, setzten ihrem Leben ein Ende. Im Dezember letzten Jahres schnitt sich der Transnuklear-Manager Hans Holtz, der persönlich Kernkraftexperten seiner Firmenkundschaft mit Sach- und Geldgeschenken geschmiert hatte, in seiner Zelle in der Justizvollzugsanstalt Hanau die Pulsader auf und verblutete. Holtz war, wegen Verdachts der Veruntreuung von Firmen-Millionen, bereits im April von Transnuklear gefeuert, aber erst wenige Tage vor seinem Freitod verhaftet worden.

Vor ihm hatte bereits Ende April, als erste Informationen über die Affäre publik geworden waren, ein 46jähriger Angestellter der PreussenElektra den Tod gesucht. Der Mann stand im Verdacht, Schmiergelder von Transnuklear angenommen zu haben und war deshalb entlassen worden; er warf sich in Hannover vor einen Zug.

Neue Enthüllungen zwangen die Politiker in Bonn und Wiesbaden vorige Woche zum Handeln:

- ▷ Die Transnuklear-Mutterfirma Nukem hatte von den deutsch-belgischen Schlampereien gewußt, die Behörden aber nicht informiert;
- ▷ bei Nukem waren verstrahlte Abfälle unzulässig manipuliert worden;
- ▷ Nukem konnte nur unzulänglich erklären, was es mit zwei Behältern mit hochaktivem Uran auf sich hatte, die bei einem Transport vom belgischen Kernforschungszentrum Mol nach Hanau verschwunden waren.

Zumindest im hessischen Umweltministerium waren die neuen Vorwürfe, die zur „Notschlachtung" (der Grüne Joschka Fischer) des Nukem-Vorstandes führten, seit Wochen bekannt. Einen Tag vor Weihnachten bereits hatte der Wiesbadener Umweltstaatssekretär Manfred Popp – Minister Weimar war erschöpft in Urlaub gereist – erfahren, daß Nukem schon drei Jahre lang über die Schlampereien mit deutschem Atommüll im belgischen Mol informiert war. Mehr noch: Popp lernte von seinen Atombeamten auch, wie bei Nukem strahlende Abfälle vermischt und falsch deklariert wurden.

Doch mit Popp funktionierte wieder einmal, was der Atomwissenschaftler Klaus Traube die „strukturelle Kumpanei von Staat und Atomwirtschaft" nennt: Der Staatssekretär fand an den Praktiken von Nukem nichts auszusetzen.

Während Wallmann letzten Donnerstag im Brustton der Empörung der Nukem die gesetzlich geforderte „Zuverlässigkeit" absprach, weil sie die Aufsichtsbehörde nicht „umgehend und umfassend informiert hat, wie es ihre Pflicht" gewesen wäre, verharrte Popp auch noch in Untätigkeit, als er die Informationen frei Haus bekam.

Daß der Staatssekretär wochenlang so unkritisch mit den Nukem-Enthüllungen verfuhr, überrascht Kenner der deutschen Atomszene nicht. Vor seinem Amtsantritt in Wiesbaden hatte Popp jahrelang dem Referat „Spaltstoff-Fluß-

„Da hätte jemand die Bombe bauen können“

Ein geheimer Bericht enthüllt das Versagen der internationalen Atom-Kontrolleure

IAEO-Generaldirektor Blix (l.) beim Nukem-Besuch*: „Lebensnotwendige Aufgabe“

In der Bundesrepublik Deutschland steht jede einzelne Atomanlage unter unserer Kontrolle“, behauptete der Sprecher der Wiener Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), Hans-Friedrich Meyer, noch am vorigen Donnerstagabend, als der Verdacht auftauchte, spaltbares Material sei aus Hanau nach Pakistan gelangt. „Unseren Inspektoren müßte auffallen, wenn da etwas wegkommt.“

Schön wär's. Tatsächlich überprüfen 250 IAEO-Beamte, sogenannte Safeguards, seit dem Inkrafttreten des Atomwaffen-Sperrvertrages 1970 Nuklearanlagen in aller Welt. Sie sollen „nachweisen, daß Länder, die sich gegenseitig verpflichtet haben, keine Nuklearwaffen zu produzieren, dies auch nicht tun“, so der Generaldirektor Hans Blix.

96 Nationen haben mittlerweile Safeguards-Abkommen mit der 1956 von der Uno gegründeten IAEO abgeschlossen. Um guten Willen zu demonstrieren, unterwarfen sich sogar fast alle Kernwaffenstaaten der Kontrolle. Von den Ländern, die offiziell nicht über die Atombombe verfügen, weigerten sich nur Pakistan, Israel, Argentinien und Brasilien, alle ihre Atomeinrichtungen den IAEO-Prüfern zu öffnen.

Insgesamt werden derzeit 910 Atomanlagen von der IAEO mit Hilfe von Buchprüfungen, Spezialkameras, hochempfindlichen Meßgeräten und Probenentnahmen ständig überwacht. Schon in den vergangenen Jahren sind wiederholt Zweifel an der Wirksamkeit dieser Kontrollen laut geworden. Nun aber läßt sich erstmals im Detail belegen, daß die IAEO bei der Erfüllung ihrer „lebensnotwendigen Aufgabe“ (Generaldirektor Blix) weitgehend versagt:

In einem bisher geheimgehaltenen, 1987 erstellten Tätigkeitsbericht listete die IAEO selbst auf 66 Seiten penibel eine Vielzahl schwerwiegender „Probleme“ auf, mit denen sie zu kämpfen hat.

So wußte die IAEO im März 1986 nichts vom Verbleib von 188 „signifikanten Mengen“ (SQ)** spaltbaren Materials, die 1985 in den verschiedensten Ländern von einer Kernanlage zu einer anderen transportiert worden waren. Jede dieser SQ, so die Definition, reicht aus, um damit eine Atombombe zu basteln.

Es dauerte bis Ende 1986, bis alle Transportwege rekonstruiert werden konnten. „In dieser Zeit“, erschreckt sich der Physiker Helmut Hirsch von der Gruppe Ökologie aus Hannover, „hätte leicht jemand die Bombe bauen können, ohne daß es irgendwem aufgefallen wäre.“ Bislang hatte man angenommen, die IAEO sei vom Verschwinden einer SQ binnen zehn Tagen informiert.

Im März 1987 fehlten der IAEO erneut 70 Atombomben-Äquivalente in den Kontrollbüchern – diesmal aus dem Jahre 1986. Insbesondere vermerkte der IAEO-Bericht „zweideutige Export-Verständigungen aus zwei Kernwaffenstaaten“.

Dabei kontrolliert die IAEO ohnehin nicht so umfassend wie bisher angenommen. Sechs Großanlagen – jede von ihnen bearbeitet jährlich mindestens ein Atombomben-Äquivalent – dürfen die Safeguards gar nicht inspizieren, weil zu den längst abgeschlossenen Rahmenverträgen noch immer die Ausführungsbestimmungen fehlen. Um welche Betriebe es sich dabei handelt, wird im IAEO-Bericht allerdings verschwiegen.

Bei der Mehrzahl der 147 Atomanlagen, die mit Photo- oder Videokameras überwacht werden, kann die IAEO überhaupt nicht feststellen, ob spaltbares Material abgezweigt wird oder nicht. Oft liegt es an der Beleuchtung in den Bunkern: Sie ist mangelhaft oder fällt zeitweise ganz aus. „Das öffnet Manipulationen Tür und Tor“, befürchtet Physiker Hirsch. So könne etwa in der Dunkelheit ein Faß mit spaltbarem Material ohne weiteres heimlich ausgetauscht werden. „Derzeit ist nicht vorhersehbar, wann dieses Problem gelöst sein wird“, heißt es dazu im IAEO-Bericht.

Auf Schwierigkeiten stößt die IAEO auch bei der Bestellung neuer Kontrolleure. Die Länder, in denen die Beamten tätig werden sollen, müssen den Ernennungen jeweils zustimmen. Zwölf Vertragsstaaten reagierten aber mehr als ein Jahr lang nicht auf entsprechende Anfragen. In sieben Ländern erschwerte 1986 der Inspektorenmangel die Arbeit erheblich. Der IAEO-Bericht zählt „dieses Problem zu den wichtigsten, was Effizienz und Glaubwürdigkeit der Safeguards betrifft“.

Selbst wenn die 250 Kontrolleure ihre Inspektionen ordnungsgemäß durchführen können, liegen die Untersuchungsberichte im Durchschnitt erst 85 Tage später vor. Wenn vor Ort Untersuchungsproben gezogen werden, dauert die Prozedur wegen der Überlastung der Labors noch viel länger. Ein Land, das die Atomtechnologie beherrscht, könnte in diesem Zeitraum in einer Wiederaufarbeitungsanlage unbemerkt einen atomaren Sprengkörper zusammenbauen.

Auch in der IAEO-Bürokratie liegt vieles im argen: Obwohl nunmehr schon seit fast 20 Jahren Safeguard-Inspektionen durchgeführt werden, gehen die IAEO-Leute bei ihren Überprüfungen nicht einmal nach einem einheitlichen Schema vor.

* Mit dem bisherigen Nukem-Geschäftsführer Karl Gerhard Hackstein im Mai 1987.

** Eine SQ („significant quantity“) entspricht acht Kilogramm Plutonium oder 25 Kilogramm angereichertem Uran 235 oder acht Kilogramm Uran 233.

Dabei nimmt der Arbeitsdruck ständig zu. Inzwischen hat sich auch im Bereich der friedlichen Kernnutzung ein gewaltiges Atomwaffen-Potential angesammelt: Allein die abgebrannten Kernbrennstäbe, denen die IAEO weltweit nachspüren soll, enthalten fast 160 Tonnen Plutonium. In den verschiedenen Lagern der Kernkraftbetreiber befinden sich außerdem 8,4 Tonnen abgetrenntes Plutonium, dazu 13,2 Tonnen stark und 22 201 Tonnen schwach angereichertes Uran 235 sowie 32 802 Tonnen sonstiges Spaltmaterial – theoretisch wäre das genug für 31 710 Atombomben.

Wie hilflos die IAEO dem wachsenden Arbeitsanfall gegenübersteht, läßt sich aus dem Tätigkeitsbereich errechnen: Bei 306 größeren Atomanlagen hat die Kontrollorganisation 1986 nicht einmal ihre eigenen, ohnehin bescheidenen „Inspektionsziele" erreicht. Nur bei 19 Prozent aller kontrollierten Atomeinrichtungen, die mit signifikanten Mengen Spaltmaterial hantieren, konnte die IAEO ihre Arbeit zufriedenstellend erledigen. Der alarmierende Trend: Je größer das Atomprogramm eines Landes, desto häufiger tappen die IAEO-Prüfer im dunkeln.

Daß die Safeguards nicht erfolgreicher arbeiten, liegt nicht zuletzt an der Hartnäckigkeit bundesdeutscher Atompolitiker: Bei den Verhandlungen zum Atomwaffen-Sperrvertrag sorgten die Unterhändler aus Bonn dafür, daß die Kontrollen gegen den Mißbrauch von Atomanlagen nicht allzu rigoros ausfielen – dem eigenen nuklearen Geltungsdrang sollte damals kein Riegel vorgeschoben werden.

Deshalb fallen nicht, wie ursprünglich vorgesehen, Atomeinrichtungen als Ganzes, sondern nur noch die Kontrolle von Uran und Plutonium in die Zuständigkeit der IAEO.

Der Sperrvertrag kann außerdem leicht durch eine Reihe von „Schlupflöchern" umgangen werden, wie der Hamburger Politologe Matthias Küntzel herausfand.

So dürfen Anlagen, von denen die Regierung behauptet, sie seien stillgelegt oder enthielten kein spaltbares Material, nicht überprüft werden. Kernmaterial, das angeblich zu nichtnuklearen Zwekken verwendet wird, ist ebenfalls der Kontrolle entzogen. Außerdem kann unter besonderen Umständen Spaltmaterial zu nichtexplosivem militärischen Gebrauch verwendet werden – etwa für Schiffsantriebe.

Weil ohne den Beitritt der Bundesrepublik der Vertrag nicht viel Wert gehabt hätte, konnten die Deutschen noch eine andere Bedingung durchdrücken: In der Bundesrepublik hat nicht die IAEO, sondern die zu anderen Zwecken gegründete Euratom-Organisation der EG-Staaten bei der Kontrolle die Federführung. In deren Statut aber ist die militärische Nutzung der Atomanlagen – wegen der Mitgliedschaft Frankreichs – ausdrücklich erlaubt.

Bis 1973 wurde an einem Verifikationsabkommen zwischen Euratom und IAEO gefeilt. David Fisher, ehemaliger hochrangiger IAEO-Mitarbeiter, erinnert sich, daß damals „Euratom den größten Teil seiner Anstrengungen darauf konzentrierte, die Rolle der IAEO auf ein Minimum zu reduzieren".

Protestobjekt Nukleartransport (in Lübeck): „Mantel des Schweigens"

kontrolle" im Bundesforschungsministerium vorgesessen. Millionenschwere Forschungsaufträge an Nukem und die Hanauer Plutoniumfirma Alkem tragen seine Unterschrift.

Der Spitzenbeamte repräsentiert das „innige Verhältnis" (Traube) zwischen Atomaufsehern und Nuklearindustrie, das vergangene Woche erst schlagartig aufplatzte, als Weimar, aus dem Urlaub zurückgekehrt, die Nukem-Aufsicht wieder zur Chefsache machte.

Daß der Wiesbadener Umweltminister die Atomfirma nicht selbst kurzerhand dichtmachte, sondern die Entscheidung, über Wallmann, dem Bonner Atomminister zuschob, hat sich Töpfer selber zuzuschreiben. Weimar hatte vergangenen Sommer bereits die Nukem wegen ihrer Mauscheleien mit Behörden („schlimmer als Flick") dichtmachen wollen. Damals untersagte Töpfer die Schließung.

Weil strahlende Abfälle verdünnt, Atommüllfässer falsch deklariert und hin- und hergeschoben wurden, ja sogar verschwanden, wurde Nukem vorige Woche stillgelegt. Wallmann setzte den Gesellschaftern der Firma eine 36-Stunden-Frist, binnen der personelle Konsequenzen gezogen werden müßten. Das hessische Umweltministerium sah die nach dem Atomgesetz erforderliche Zuverlässigkeit des Unternehmens und seiner Geschäftsführer Karl-Gerhard Hackstein und Peter Jelinek-Fink nicht mehr gegeben. Zu tief, stellte sich heraus, war nach Transnuklear auch das Mutterunternehmen in die mit krimineller Energie betriebenen Schiebereien verstrickt.

Kein Fahrzeug konnte mehr den Hanauer Nuklearpark verlassen, ohne daß

Lagerung von Nuklear-Müllbehältern: „21 Millionen für das bißchen Zeug?"

die Polizei Insassen und Ladung durchsuchte. Der Hanauer Landrat Karl Eyerkaufer (SPD) hatte die Aktion angeordnet. Er wollte „verhindern, daß Beweisunterlagen aus dem Werk geschafft werden". Am Zaun der Firma hatten Kernkraftgegner auf einem Transparent den Kommentar angebracht: „Selbstmord des Atoms. Begrabt es."

Genau das will Töpfer nicht. Intern läßt der Bonner Umweltminister Pläne entwerfen, wie er seine Ankündigung über die Hanauer Atombetriebe wahr machen kann: „Unser Ziel ist die Gesundung, nicht der Tod des Patienten." Der Minister weiß, daß er nur eine Chance hat, wenn er mehr Transparenz in die Eigentumsverhältnisse der vielfältig verflochtenen Gesellschaften bringt, nicht nur in Hanau. Seine Pläne gehen so weit, sogar eine Änderung der Eigentumsverhältnisse zu erzwingen, Konzerne zu „entflechten" und die Aufsicht zu verschärfen.

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Gerhart Baum kritisierte, die staatlichen Behörden würden der Machenschaften der Atomindustrie nicht mehr Herr. „Eine Fischbratküche", so Baum, „wird in unserem Land besser kontrolliert." Auf Vorschlag der Freidemokraten soll eine zentrale Behörde für Reaktorsicherheit installiert werden.

Denn da war einiges hinter dem Rükken der amtlichen Kontrolleure, deren Zuständigkeiten im föderalen System zersplittert sind, gedreht worden. So stand Nukem schon 1982 vor einem Problem. Mobiliar aus dem Kontrollbereich, das entsorgt werden mußte, hatte eine hohe Anreicherung mit Uran 235, so daß es wie Kernbrennstoff behandelt werden mußte und deshalb im belgischen Mol nicht verarbeitet werden konnte.

Doch den Nukem-Technikern fiel eine Lösung ein. Sie schütteten harmloseres Uran 238 auf den zerkleinerten Uranmüll, bis die zulässige Mischung erreicht war. Für dieses Verfahren, das Nukem bis 1985 betrieb, hatte die Firma „interne Richtlinien" erlassen.

Was die Belgier mit dem Gemisch anstellten, überraschte selbst die Nukem-Experten. Eigentlich war es nur die Aufgabe des belgischen Kernforschungszentrums, durch Verbrennen das Volumen des uranhaltigen Mülls zu verkleinern und den Stoff zurückzuschicken.

Doch die retournierte Fracht, 50 Fässer, hatte es in sich. Eine Messung ergab, daß 26 der Container Kobalt und Cäsium 137 enthielten, radioaktive Stoffe, die in dem nach Mol geschickten Material nicht enthalten waren.

Nukem regelte auch diese heikle Angelegenheit auf eigene Weise. Die Firma verweigerte formell die Annahme der Fässer und lagerte sie in einer dafür nicht ausgewiesenen Halle bei Transnuklear. Das Unternehmen unterließ es aber, so Weimars Vorwurf, die Schlamperei zu melden. Und Nukem hielt es auch für überflüssig, nach der gemessenen Cäsiumstrahlung die Tonnen auf eine Verunreinigung mit Plutonium zu überprüfen. So sei, erregte sich Weimar, „die Chance versäumt worden, auf Grund der Beprobungen die skandalösen Vorgänge in Mol frühzeitig zu erkennen".

Erst zwei Jahre danach, am 23. Oktober vergangenen Jahres, untersuchten die Nukem-Ingenieure die Behälter auf Plutonium. Sie zogen aus den Fässern Nummer 8 und Nummer 38 je ein Kilogramm, so heißt es in einer Nukem-Notiz, des „festgebackenen schwarzen Materials" und füllten es in zwei Zwei-Liter-Behälter.

Doch eilig hatten es die Prüfer offensichtlich nicht. Auch vorletzte Woche lag noch kein Ergebnis vor, weil, so lautete die Entschuldigung von Nukem, „das analytische Labor" der Schwesterfirma Alkem „überlastet war".

Ebenfalls ohne es der Aufsichtsbehörde zu melden, hatte Nukem im Juli 1986 zwei Portionen aus den Mol-Fässern entnommen und zur Uranaufarbeitungsanlage ins rheinland-pfälzische Ellweiler verschickt, deklariert als vergleichsweise harmlose „Asche mit Natururananreicherung". Und zwei der Container aus Mol, die 1984 zurück nach Hanau kommen sollten, sind „trotz intensiver Suche" (Umweltministerium) in der Registratur nicht zu finden.

Nukem behauptet, der Inhalt dieser zwei Fässer sei auf nicht ganz volle andere Behälter verteilt worden. In einem Papier an das hessische Umweltministerium lautet die Formulierung: „Abfall zu Abfall, Asche zu Asche." Dazu Staatssekretär Popp sarkastisch: „Fehlt nur noch ‚Staub zu Staub'."

Als Töpfer Mitte Dezember der Speditionsfirma Transnuklear wegen ihrer Schmiergeldzahlungen und der Abfallschiebereien mit Belgien die Transportgenehmigung entzog, hätte im Wiesbadener Atomministerium ein Blick in die Akten genügt, um zu erkennen, daß längst auch die Mutterfirma Nukem fällig gewesen wäre.

In den Organisationsplänen von Transnuklear, die dem Ministerium pflichtgemäß zugeleitet wurden, ist säuberlich aufgelistet, daß die Firma ihre „Finanzdisposition" sowie „Anlagebuchhaltung, Jahresabschlüsse, Steuererklärungen, Prüfungsbetreuungen" bei Nukem erledigen läßt, deren Finanzkontrolleure auch für den Transnuklear-Bereich zuständig sind. Und der Nukem-Einkauf, auch dies ergibt sich aus dem Organisationsplan, beschaffte die meisten Bestechungsgeschenke, die Transnuklear in der europäischen Atomindustrie streute.

Die Verteilung des Schmiergeldes besorgten die Transnuklear-Bediensteten nach einem exakt ausgeklügelten „Bedarfsplan". Um Aufträge für den Transport von schwach- und mittelaktivem Abfall zu ergattern, flossen Bargeld und Geschenke anfangs ausschließlich an Manager der großen Stromversorgungsunternehmen wie Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk (RWE) und PreussenElektra.

Kaum waren die Transporte nach Belgien angelaufen, mußten mißtrauische Strahlenschutzbeauftragte und Kontrolleure aus deutschen Atomkraftwerken zum Schweigen überredet werden. Das war zwar teuer, aber wirkungsvoll: Bis

zu 500 000 Mark in bar zahlte Transnuklear an Kernkraftmanager, damit die falsch deklarierten Fässer – bisher wurden 2438 wiedergefunden – ungehindert die Kontrollstellen passieren konnten. Im staatlichen belgischen Kernforschungszentrum Mol wurden selbst Abfälle akzeptiert, die dort überhaupt nicht verarbeitet werden konnten.

In Deutschland und Belgien zumindest wurde, wie die Brüsseler Regierung eingesteht, „die Umgehung sämtlicher Sicherheitsvorschriften mit Schmiergeld erkauft". Folge: Sogar der Bombenstoff Plutonium, angeblich Milligramm für Milligramm unter Kontrolle, konnte ungehindert über die deutsch-belgische Grenze verschoben werden.

Mit Bestechungssummen aus Hanau wurden nicht nur schwach- und mittelaktive Materialien aus Kernreaktoren beiseite geschafft. Der Geldsegen zielte direkt auf die internationale Nuklearindustrie. Nukem schmierte Mitarbeiter des französischen Plutoniumbrüters „Superphénix", dirigierte Bargeld in Höhe von „TDM 50" (50 000 Mark) an unbekannte Empfänger der „Versuchsanlage Pamela" in Mol, wo deutsche und belgische Atomfirmen unter Führung der DWK, Erbauer der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf, mit plutoniumhaltigen Brennelementen hantieren.

Wie die von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmten Bücher ausweisen, war die Nukem bei der Beschaffung und Bereitstellung der Schmiergeld-Millionen behilflich. Das Hanauer Atomunternehmen zahlte selber Millionensummen für fiktive Leistungen an Scheinfirmen auf Schweizer Konten. Das rückfließende Geld füllte die Bestechungskasse der Transnuklear.

Ein Nukem-Jurist erfand ein besonders subtiles Bestechungsmodell. Nach seinen Entwürfen wurde eine Scheinfirma mit Sitz in Nordrhein-Westfalen gegründet, deren anstandslos bezahlte Rechnungsbeträge nicht einmal in schwarze Kassen zurückflossen. Das Geld blieb direkt bei zwei „stillen Gesellschaftern", leitenden Reaktorangestellten in den Kernkraftwerken Würgassen und Philippsburg.

Neben Bundesumweltminister Töpfer wird sich auch Forschungsminister Heinz Riesenhuber intensiver als bisher mit der Hanauer Atomfabrik Nukem befassen müssen. Es gibt konkrete Hinweise, daß leitende Beamte seines Ministeriums auf der Bestechungsliste des Nuklearbetriebes stehen.

In einer eidesstattlichen Erklärung, die dem SPIEGEL vorliegt, berichtet ein ehemaliger Nukem-Mitarbeiter von lukrativen Einladungsreisen, die ein Bonner Ministerialbeamter auf Kosten der Nukem unternommen habe. So waren Mitarbeiter der Nukem-Zentralabteilung Projekte (ZAP) stets bemüht, Forschungsaufträge vom Bundesministerium für Forschung und Technologie zu erhalten. Um Zuschüsse aus Bonner Kassen zu bekommen, waren besondere Anstrengungen erforderlich.

Ein leitender Beamter des Forschungsministeriums, der eine Fachtagung in Amerika besuchte, wurde anschließend zu privaten Rundreisen eingeladen. Dabei stellte die Nukem nicht nur den Reisebegleiter, auch die Kosten für Hotel und Bewirtung wurden übernommen. Auf speziellen Wunsch des Ministerialdirektors mußte ein ZAP-Mitarbeiter ihn zum Grand Canyon chauffieren und mit in die Schlucht herabsteigen. Nach Rückkehr aus den USA lamentierte er vor Kollegen, was er alles auf sich nehmen müsse, um Projekte für die Nukem zu akquirieren.

Strahlenkontrolle von Atommüll: „Festgebackenes schwarzes Material"

Anti-Atomdemonstranten (in Lübeck): „Der Müll strahlt 240 000 Jahre"

Mit Nukem hat es ein Unternehmen getroffen, das seit Jahren nicht mehr aus den Schlagzeilen herausgekommen ist. Die „Nuklear-Chemie und Metallurgie GmbH" ist die Mutter der so heftig umstrittenen Nuklearbetriebe, mit denen die deutsche Kernkraftwirtschaft eng vernetzt ist.

Ohne Nukem und Alkem, ohne Reaktor-Brennelement Union (RBU) und Transnuklear, das wußten Politiker und Atommanager gleichermaßen gut, konnten die deutschen Atomkraftwerke nicht arbeiten. In Hanau wurden Plutonium, Thorium und Uran verarbeitet und gelagert, Brennelemente gebaut und Entsor-

„Das Amateur-Design paßt in ein Auto“

Der zivile Atombetrieb liefert den Rohstoff für die Bombe

Mit einer fiktiven Unfallmeldung übers Radio erhielt der Täter das Signal: Die geforderten 30 Millionen Dollar würden an der vereinbarten Stelle, nahe der Stadt Northampton (US-Staat Massachusetts), am Straßenrand deponiert. Es war im Juli 1975, ein Fall versuchter Atomerpressung (der Täter machte dann doch nicht Ernst und holte das Geld nicht ab).

Der zuständigen Bundespolizei FBI war damals von Kernwaffen-Technikern geraten worden, auf die Forderungen des Unbekannten einzugehen: Seinem Erpresserbrief hatte die detaillierte Konstruktionszeichnung einer Amateur-Atombombe beigelegen, und die Experten fanden, das Ding hätte funktioniert.

Lange Zeit hatten die Verantwortlichen in der Atomwirtschaft und in allen westlichen Regierungen den Alptraum einer atomaren Erpressung verdrängt. Die Nutzung der zivilen Kernenergie, so das Atomstrom-Kredo der sechziger und frühen siebziger Jahre, schließe einen Mißbrauch von Spaltstoffen, die kommerziellen Reaktoren entstammen, aus.

Doch wie die Fabel vom billigen Atomstrom, wie die Mär von der technischen Beherrschbarkeit der Reaktoren und der schadlosen Beseitigung des strahlenden Mülls, so erwies sich auch diese Fiktion der Kernenergie-Industrie als Lebenslüge: Die zivile Atomnutzung, ein Abkömmling des militärischen Atomprogramms der USA, brachte zwangsläufig auch diese Bedrohung in die Welt – die Gefahr einer Atomerpressung durch Gruppen oder Staaten, die den Bombenstoff Uran oder Plutonium aus dem Brennstoffkreislauf der zivilen Atommeiler abzweigen.

Daß solcher Mißbrauch möglich ist, lieferte letzte Woche den beklemmenden Hintergrund für alle Spekulationen über eine mögliche Connection zwischen westeuropäischer Kernindustrie und Ländern wie Pakistan und Libyen.

Den Rohstoff, der für Bomben taugt, erzeugen Reaktoren vom Typ Biblis, mit 1200 Megawatt Leistung gleichsam der Prototyp bundesdeutscher Atommeiler, unablässig in ihrem Innern. Jeder Brennstab enthält in Form von Tabletten (Pellets) etwa 97 Prozent schwer spaltbares Uran 238 und drei Prozent des leicht spaltbaren Urans 235, des eigentlichen Reaktorbrennstoffs. Und während die Kettenreaktion im Uran 235 die atomare Energie erzeugt, brütet zugleich das Uran 238 den Bombenstoff Plutonium.

Meiler vom Biblis-Typ erzeugen auf diese Weise jedes Jahr gut 200 Kilogramm Plutonium. Das Uran 235 dagegen – neben Plutonium der zweite zum Bau einer Bombe geeignete Spaltstoff – wird im Reaktor bis auf geringe Reste aufgezehrt.

Die Gewinnung von Bombenrohstoff wäre praktisch ausgeschlossen worden, wenn es die Atomwirtschaft dabei belassen hätte, die Brennelemente nach dem Abbrennen im Reaktor nicht mehr anzurühren, sondern sie als strahlenden Müll zu verwahren: Das Uran 235 taugt in so geringer Konzentration nicht für die Bombe; und auch das Plutonium, das sich in den Brennstäben anreichert, wäre vor Mißbrauch sicher.

Doch beim Einstieg in die Kernenergienutzung ebneten die Bonner Regierungen den Zugriff auf bombentaugliche Spaltstoffe gleich zweifach:

- ▷ Mit dem Entschluß, das Konzept der Wiederaufarbeitung verbrauchter Brennstäbe zu verfolgen, nahmen sie in Kauf, daß der Bombenrohstoff Plutonium freigesetzt wird.
- ▷ Mit der Entscheidung, die Entwicklung einer deutschen Reaktorspezialität, des Hochtemperaturreaktors, voranzutreiben, wurde Uran 235 in bombentauglicher Konzentration zum Bestandteil des normalen Reaktorbetriebs.

Im Kern des „Thorium-Hochtemperatur-Reaktors-300“ in Hamm-Uentrop erzeugen Uran und Thorium, in faustgroße Kugeln gepreßt, den Atomstrom. Jede Kugel enthält 1,1 Gramm Uran 235 und 10,3 Gramm Thorium 232. Bei der Erstbeladung des Reaktors 1983 wurden 675 000 solcher Kugeln in den Reaktorkern geladen: schwarze Murmeln, die nahezu 750 Kilogramm Bombenstoff in seiner reinsten Form enthalten.

Denn eigens für den „THTR“ wurde das Uran 235 in sogenannten Anreicherungsanlagen (in denen das Uran 235 Schritt um Schritt vom schwer spaltbaren Uran 238 getrennt wird) bis auf 93 Prozent konzentriert. Das aber entspricht dem Qualitätsstandard in US-Atombomben. Die heikle Aufgabe, den puren

Bomben-Forscher Oppenheimer (l.)*: Alptraum durch den Abkömmling der Bombe

* 1945 am Ort der ersten Atomexplosion.

Bombenspaltstoff zu Kugeln zu verarbeiten, oblag der Firma Nukem.

Der Bombenstoff Plutonium andererseits fällt nun schon seit mehr als einem Jahrzehnt in Wiederaufarbeitungsanlagen an, wie sie in der französischen Atomfabrik La Hague und in der deutschen Pilotanlage des Kernforschungszentrums Karlsruhe betrieben werden. Um Plutonium für Brutreaktoren – aber auch als Zusatz für die „Mischoxidelemente" der Biblis-Meiler – zu gewinnen, treiben Techniker dort eine hochriskante Kocherei: In brodelnder Salpetersäure werden Brennelemente aufgelöst, über weitere Trennschritte wird sodann Plutonium aus dem Sud gewonnen.

Bis Ende der siebziger Jahre blieb die Atomlobby dabei, zu beteuern, ihr Plutonium tauge nicht für die Bombe. Doch die Experten der Industrie wurden schließlich von Profis widerlegt.

Als US-Wissenschaftler unter Leitung von Robert Oppenheimer 1945 die erste Atombombe („Trinity") zündeten, explodierte im Kern des atomaren Sprengsatzes eine baseballgroße Kugel aus metallischem Plutonium, das zu 93,5 Prozent aus dem Isotop 239 bestand – das war der ideale Bombenstoff.

Einen Spaltstoff dieser Reinheit erbrüten zivile Reaktoren nur dann, wenn ihre Brennelemente weniger als ein halbes Jahr im Reaktorkern verbleiben. Mit jedem zusätzlichen Monat verunreinigen andere Plutonium-Isotope den Bombenstoff Pu-239.

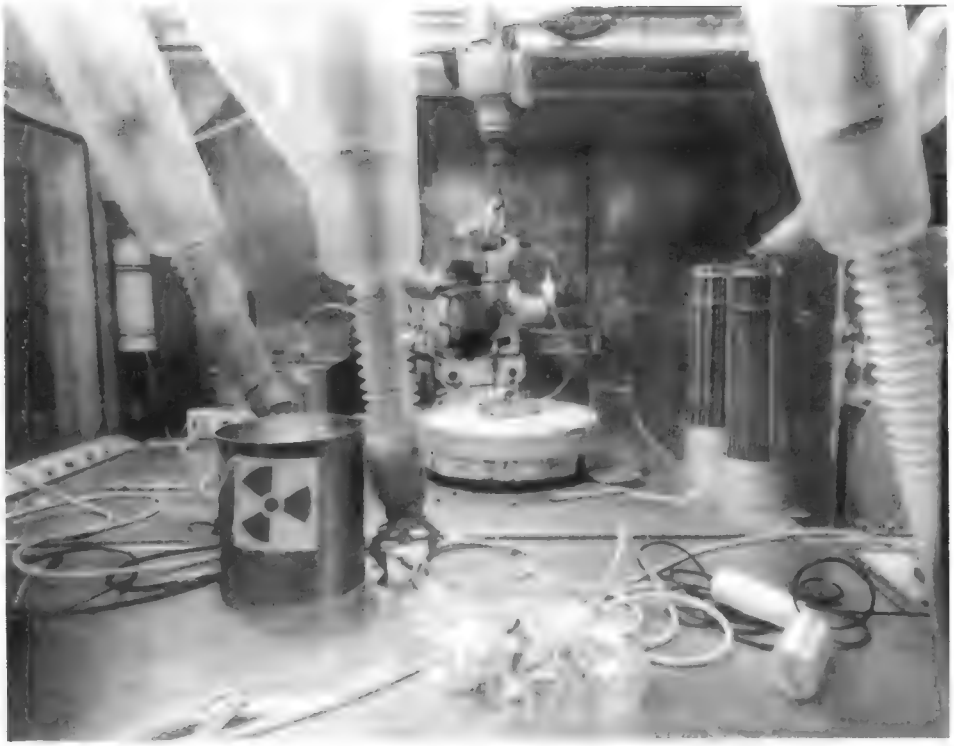
Gewöhnlich nutzen Betreiber von kommerziellen Reaktoren ihre Brennelemente etwa drei Jahre lang. Plutonium aus solchen Brennstäben ist ein Gemenge verschiedener Isotope: etwa 60 Prozent Pu-239, 25 Prozent Pu-240, 11 Prozent Pu-241, dazu noch andere Plutonium-Beimengungen.

Kein Stoff für Bomben also? Die kalmierende Behauptung galt allenfalls bis 1977: In jenem Jahr zündeten die USA zum erstenmal eine Waffe, die aus „Reaktor-Plutonium" gefertigt war. Die Experten kamen zu dem Schluß, daß nicht einmal Plutonium in metallischer Form nötig sei – auch das etwa von der Alkem in Hanau verarbeitete Plutonium-Oxid taugt für die Bombe.

Eindringlich warnte damals, 1977, der US-Kongreß: „Militärisch brauchbare Atombomben" seien mit „vergleichsweise einfachen technischen Mitteln aus Reaktor-Plutonium" herzustellen.

„Eine kleine Gruppe von Leuten", führte die Kongreß-Studie weiter aus, könne „mit dem Maschinenpark eines Handwerksbetriebs" und einer „auf dem Markt für weniger als eine halbe Million Dollar käuflichen Ausrüstung" eine Bombe bauen.

Kernwaffen-Techniker präzisierten die Horror-Vision: Das „Amateur-Design", erklärten sie, „paßt in ein Auto".



Atommüll-Behandlung im belgischen Mol: „Abfall zu Abfall, Asche zu Asche"

gungspläne erstellt. Dort, 20 Kilometer von Frankfurt entfernt, liegt Europas größte Zusammenballung von Nuklearbetrieben – „das Herzstück der deutschen Atomindustrie", so die Kernkraftbefürworter; eine „Schwarzbrennerei", mit deren Hilfe sich die Bundesrepublik zur „Atomwaffenmacht" wandeln könne, so die Kernkraftgegner.

Die Einwände der Kritiker, daß in Hanau die notwendigen Sicherheitseinrichtungen fehlen und ohne rechtliche Grundlage gearbeitet wird, stießen bei den Verantwortlichen auf taube Ohren. Weil es um die Existenz der Atomwirtschaft ging, durften solche Vorwürfe nicht ernst genommen werden. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Holger Börner ließ 1987 lieber seine Koalition mit den Grünen platzen, als zu versuchen, den schon damals erkennbaren Sumpf von Schlampereien und illegalen Tätigkeiten trockenzulegen.

Das hessische Wirtschaftsministerium als zuständige Genehmigungsbehörde sah sich stets mehr als Förderer denn als Kontrolleur des Atomparks. Zwischen Wiesbaden und Hanau wucherte Filz, zwangsläufiges Resultat der staatlichen Atomförderpolitik. Weil mächtige Bonner Ministerien und ebenso mächtige Großkonzerne wie das RWE, die Degussa, Siemens und die KWU sich gemeinsam für ihr Ziehkind Atomwirtschaft einsetzten, fehlten die unabhängigen und kritischen Kontrollinstanzen.

Die hessischen Sozialdemokaten ließen sich nicht einmal von den zahlreichen Pannen beeindrucken, die ständig aus Hanau gemeldet wurden und die Zuverlässigkeit der Betriebe in Frage stellten:

- ▷ Nur so zum Spaß schmuggelten im September 1980 zwei Werkstudenten drei Uranbrennstofftabletten aus den Räumen der RBU;
- ▷ ein RBU-Mitarbeiter ließ Ende 1985 versehentlich 240 000 Liter uranverseuchtes Schmutzwasser in die öffentliche Kanalisation ab;
- ▷ eine mit Plutonium verunreinigte Urantablette gelangte im März 1987 unbemerkt in die Verarbeitung bei der Firma Nukem und setzte hochgiftige Dämpfe frei, die knapp 70 Beschäftigte verseuchten.

Wo immer es mit der risikobehafteten Kernenergie in Europa Sicherheitsprobleme gibt, die Nukem ist dabei, manchmal sogar weltweit. Wallmanns Äußerungen über „Verdachtsmomente" jedenfalls, Transnuklear und Nukem hätten mit der Lieferung von „spaltbarem Material" nach Pakistan oder Libyen den Atomwaffensperrvertrag unterlaufen, lösten in Fachkreisen kaum noch Überraschung aus.

Acht Tage zuvor hatte die Brüsseler „Ondraf", das staatliche Amt für radioaktive Abfälle, bei Recherchen herausgefunden, daß knapp 700 Fässer mit deutschen Strahlrückständen in Belgien spurlos verschwunden sind, nachdem sie beim belgischen Transnuklear-Tochterunternehmen „Smet-Jet" angeliefert worden waren. Der belgische Energie-Staatssekretär Firmin Aerts wollte danach „weder ausschließen noch versichern, daß nicht noch andere Überraschungen in Mol aufgedeckt werden".

Flämische Grüne internationalisierten den Verdacht. Sie sprachen von „gefährlichen Drahtziehern" in Genf und Luxemburg, die dafür gesorgt hätten, daß Strahlenmaterial von Mol nach Pakistan

„Die Katze schnurrt in Kahuta“

Mit einem Crash-Programm entwickelt Pakistan die „islamische Atombombe“

Vortrag im Presseraum des pakistanischen Außenministeriums in Islamabad. „An der Front“, teilte ein Regierungssprecher vorigen Donnerstag mit, „herrscht Ruhe, am Siachen-Gletscher ist nicht geschossen worden.“

Unweit dieses Eisstroms im äußersten Norden Kaschmirs verläuft eine Waffenstillstandslinie, die die beiden Erzrivalen Pakistan und Indien trennt. Dreimal schon führten die beiden Mächte seit Teilung des Subkontinents im Jahr 1947 gegeneinander Krieg.

Der vom Rest der Welt kaum beachtete Konflikt um den Siachen-Gletscher belegt, wie tief die Feindschaft zwischen

Pakistanischer Staatschef Zia ul-Haq
„Wir können die Bombe bauen“

Neu-Delhi und Islamabad sitzt. Pakistan dient der abgelegene Krisenherd als Beweis dafür, daß es indische Hegemonieansprüche abwehren muß. Indische Militärs wollen an dem öden Schauplatz zugleich Entschlossenheit gegenüber China demonstrieren, dessen Staatsgrenze sich am oberen Ende des Gletschers befindet.

Nördlich von dem umstrittenen Grenzgebiet, in der Takla-Makan-Wüste, hatte 1964 ein atomarer Rüstungswettlauf begonnen: China zündete dort seinen ersten atomaren Sprengsatz. Nun aber, mehr als zwei Jahrzehnte später, haben Indien und Pakistan die Distanz zu China und den ganz großen Atommächten verringert. Indien, das 1974 den ersten unterirdischen Atomversuch unternahm, arbeitet heute vermutlich bereits an der Entwicklung einer Wasserstoffbombe (das Land zählt zu den größten Aufkäufern des Wasserstoff-Isotops Deuterium und schweren Wassers). Pakistan hat offenbar aus eigener Kraft genug Uran 235 und Plutonium erzeugt,

Libyscher Revolutionsführer Gaddafi
Millionen Dollar bereitgestellt

um jederzeit mehrere Atombomben montieren zu können.

Das Uran von Nukem, falls es tatsächlich nach Pakistan geliefert worden ist, könnte die nukleare Kapazität Pakistans beträchtlich steigern. Weil es so stark angereichert ist, daß es in Atommeilern als Kernbrennstoff verwendbar wäre, könnte es als neues, besonders potentes Ausgangsmaterial für die pakistanische Hauptbombenfabrik, die Anreicherungsanlage Kahuta bei Islamabad, benutzt werden. „Pakistan könnte seine Produktion von waffenfähigem Uran 235 dramatisch steigern, wenn es leicht angereichertes Uran statt Natur-Uran benutzt“, vermutet David Albright, Atomwaffen-Analytiker der Federation of American Scientists in Washington.

Der Grund dafür liegt in der sogenannten Kaskaden-Technologie Kahutas, die sich in der Vergangenheit, wegen häufigen Stoppens und Wiederanfahrens der rasend rasch rotierenden Anreicherungszentrifugen, als störanfällig erwiesen hat – zahlreiche Zentrifugen explodierten. Mit schon angereichertem Uran dagegen kann die Anlage schonender und damit effizienter betrieben werden.

Die Nukem-Nachrichten aus Deutschland kamen am gleichen Tag, an dem die amerikanische Carnegie-Friedensstiftung eine beklemmende Bilanz aufmachte: Indien wie Pakistan, heißt es darin, seien in der Lage, die gegnerischen Atomwaffen-Schmieden aus der Luft mit Atomwaffen anzugreifen.

Die jüngsten Nachrichten führten auf dem Subkontinent Ende letzter Woche zu einer Atomwaffen-Psychose – grotesk genug am Beginn einer Ära, in der die Supermächte dabei sind, ihre nuklearen Arsenale zu verkleinern.

In Islamabad jedenfalls verurteilte der Sprecher des Außenministeriums den nächsten Rüstungsschub des indischen Kontrahenten: den geplanten Kauf von vier atomgetriebenen sowjetischen U-Booten durch Delhi. Diese Anschaffung und der Erwerb des englischen Falkland-Flugzeugträgers „Hermes“ bewiesen die „stürmische Militarisierung“ Indiens, behauptete der Sprecher.

Das aber gilt erst recht für Pakistan, das keine Mittel scheut, in den USA und Westeuropa an exotische Legierungen, Elektronik und atomare Spaltstoffe heranzukommen – ausgestattet mit Dollar-Millionen, die ein den Pakistanern durch den islamischen Glauben verbündeter Staatschef schon Mitte der siebziger Jahre für nukleare Einkaufsexpeditionen spendiert hatte: Muammar el-Gaddafi, der selbst auf Atomwaffen versessene Revolutionsführer von Libyen.

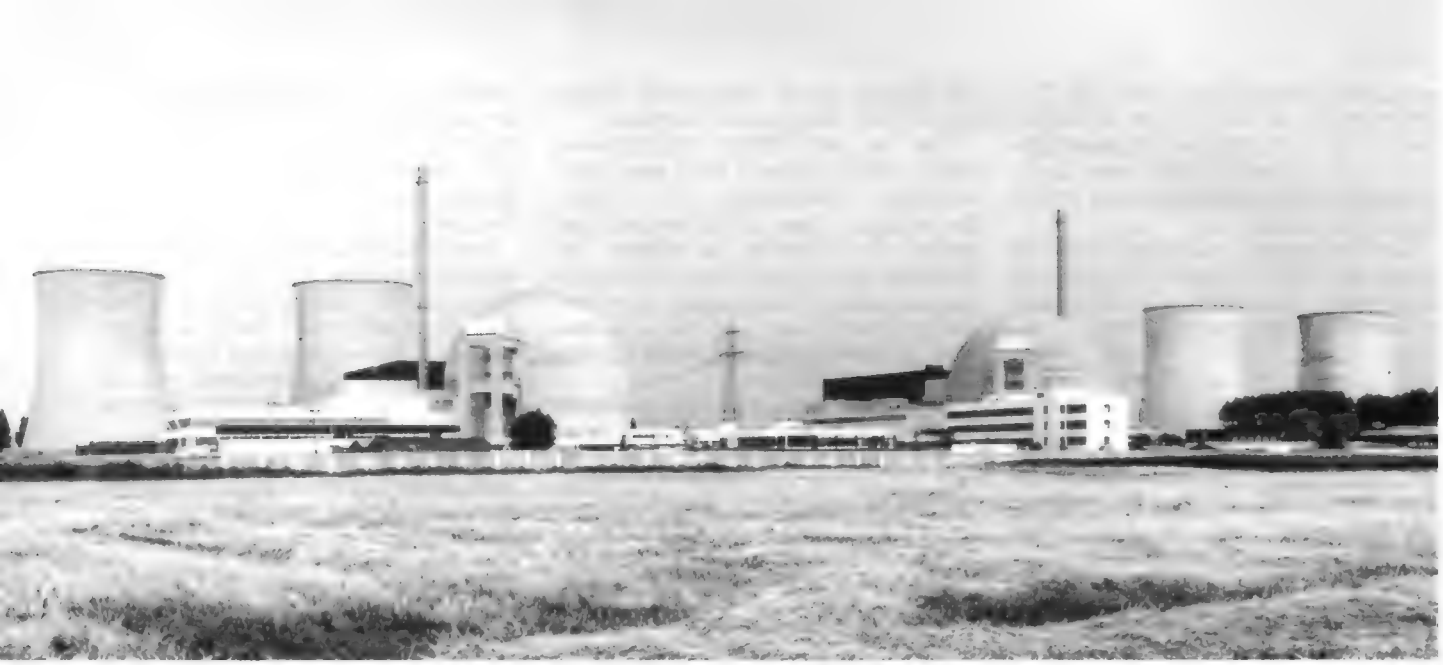
Gaddafis Atomträume kreisen um die Wunschvorstellung einer „islamischen Bombe“, die auch schon Sulfikar Ali Bhutto umgetrieben hatte. Pakistans ehemaliger Präsident wies seinem Land den Kurs mit der Bemerkung: „Wir

Pakistanischer Atomforscher Khan
Als „neuer Einstein“ verehrt

werden eine Atombombe bauen, selbst wenn wir Gras fressen müssen.“

1972 hatte Bhutto die Elite der pakistanischen Wissenschaftler in die Stadt Multan zitiert, um das ein Jahr zuvor von Indien im Krieg um Ostpakistan geschlagene Land moralisch und militärisch wiederaufzurüsten – er gab den Befehl, Pakistan in eine Atommacht zu verwandeln. Bhutto startete ein Crash-Programm, wie es die Dritte Welt bis dahin nicht erlebt hatte.

Bhuttos Wissenschaftler und eine libysche Delegation unter Führung Gaddafis



Kernkraftwerk Biblis: „Kumpanei von Staat und Atomwirtschaft"

und seines Stellvertreters Abd el-Salam Dschallud führten Geheimverhandlungen mit dem Ziel, die Anstrengungen zum Bau einer A-Bombe zu koordinieren. 1974, auf der ersten islamischen Gipfelkonferenz im pakistanischen Lahore, schlossen Bhutto und Gaddafi einen Vertrag. Inhalt: Pakistan solle die Bombe entwickeln, Libyen einen Teil der Kosten übernehmen.

„Wenn es eine Hindu-Bombe, eine jüdische, eine christliche und eine kommunistische Bombe gibt", schrieb Bhutto später in seinen Memoiren (er selber wurde 1979 im Distriktgefängnis von Rawalpindi hingerichtet), „warum nicht eine islamische?"

Das Vermächtnis wurde von Bhuttos Feind und Amtsnachfolger General Zia ul-Haq übernommen. Zia, im Vergleich zu Bhutto ein religiöser Eiferer, schuf alle Voraussetzungen, um das Atomstaatsprojekt im geheimen noch rascher voranzutreiben – er verbot jede Opposition und untersagte freie Wahlen.

Die Infrastruktur zum Bau der Bombe gab es schon: das Atomversuchslabor Pinstech bei Rawalpindi, das über einen Forschungsreaktor und eine Wiederaufarbeitungsanlage verfügt. Die wird mit Brennelementen eines in Kanada gekauften „Candu"-Reaktors gespeist. Der Reaktor sollte angeblich Strom für die Millionen-Metropole Karatschi erzeugen, war dann aber zum Erbrüten von Plutonium umgewandelt worden.

Abgesehen von ihrer relativ einfachen Bauweise, bieten die Reaktoren des Candu-Typs bestimmte Vorteile, falls sie zur heimlichen Produktion von Atomwaffen beitragen sollen: Im Gegensatz zu anderen Reaktortypen müssen die Candu-Reaktoren beim Wechsel der Brennelemente mit Hilfe ferngesteuerter Greifer nicht abgeschaltet werden. Dadurch ist es für Kontrollbehörden äußerst schwierig, genau festzustellen, wieviel spaltbares Uran tatsächlich durch den Reaktor geht; atomares Material kann leicht abgezweigt werden.

Doch Kontrollen brauchte Pakistan, das den Atomwaffen-Sperrvertrag nie unterzeichnet hat, nicht zu fürchten. Das Geheimhaltungsgebot gilt erst recht für das noch ehrgeizigere, großindustrielle Projekt der Uran-Anreicherungsanlage von Kahuta. Dort herrscht mit Abd el-Kadir Khan ein Mann, der sein Know-how in der holländischen Uranbrennstoff-Fabrik von Almelo erworben hat, einem Gemeinschaftsunternehmen der Bundesrepublik, Großbritanniens und der Niederlande.

Batterien von Ultrazentrifugen produzieren hier Uranbrennstoff, indem sie das schwere Isotop 238 herausschleudern und dadurch den Reaktorbrennstoff U 235 anreichern. Pakistans Doppelstrategie mit der Produktion von Plutonium in Pinstech und von Uran 235 in Kahuta erwies sich als erfolgreich.

Khan, in seinem Heimatland als „neuer Einstein" verehrt, gab im Frühjahr letzten Jahres zu, die Konstruktion der A-Bombe im Griff zu haben. Es sei nun gelungen, den für Uranbomben des Hiroschima-Typs nötigen Anreicherungsgrad von 93,5 Prozent zu erreichen.

„Jeder glaubte, Pakistan würde das nie können, man bezweifelte auch meine Fähigkeiten", sagte Khan dem Londoner „Observer", „nun, wir haben es trotzdem geschafft." Nicht gerade sehr charmant bedankte sich Pakistans Dr. Seltsam bei den westlichen Lieferanten: „Sie bettelten förmlich darum, daß wir ihre Ausrüstungen kaufen sollten."

Auch Präsident Zia ul-Haq bestätigte, was sein Chefwissenschaftler behauptet hatte: „Sie können schreiben, daß Pakistan die Bombe bauen kann, wann immer es will", sagte er dem „Time"-Korrespondenten Ross Munro. „Wir wollen die Katze nicht aus dem Sack lassen", so Zia ul-Haq, „aber sie schnurrt in Kahuta."

gelangt sei. Eine „entscheidende Rolle", so der belgische Grünen-Sprecher Paul Staes, habe dabei der Lübecker Hafen gespielt. „Konkrete Hinweise auch in Form von Verträgen" wiesen darauf hin, daß die Brennstoffe, von Transnuklear angeliefert, „mit finnischen Schiffen" außer Landes gebracht worden seien. Die Hanauer Staatsanwaltschaft schaltete Interpol ein.

Tatsächlich ist Lübeck seit Anfang der siebziger Jahre zentraler Verladeplatz für „Kernbrennstoffe und spaltbare Substanzen", wie es bei der Braunschweiger Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) amtlich heißt. Die gefährliche Fracht entstammt entweder westdeutschen Atomkraftwerken und ist für das schwedische Zwischenlager CLAB bei Oskarshamn bestimmt. Oder es werden, im Gegenzug, schwedische Kernbrennstäbe vom Schiff auf Bahn oder Lastkraftwagen umgeladen, die in der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague behandelt werden sollen.

Seit bekannt wurde, daß über den Lübecker Hafen auch die hochradioaktiven, mit Plutonium versetzten Mischoxid(MOX)-Brennelemente verschifft werden, entwickelte sich die norddeutsche Trave-Stadt wiederholt zum Schauplatz von Demonstrationen und Störaktionen gegen den „Euro-Nuklear-Tourismus". Mal ketteten sich Kernkraftgegner auf einer Klappbrücke über der Trave an, um den eigens konstruierten Spezialfrachter „Sigyn" (3923 Bruttoregistertonnen) aufzuhalten, mal turnten sie mit Transparenten auf Baugerüsten des Hauptbahnhofs herum, um den „Mantel des Schweigens" (Lübecker Initiative gegen Atomtransporte) zu lüften.

Aktivisten der Umweltschutzorganisation Greenpeace versuchten in Schlauchbooten die Fracht zu stoppen: „Atommüll strahlt 240 000 Jahre". Doch zum Höhepunkt des „Widerstands gegen die Atomtransporte" kam es am Mittwoch vergangener Woche. In den frühen Mor-

genstunden mühten sich rund 500 Demonstranten, mit Mahnwache und Blokkaden, die Verladung von 23 abgebrannten MOX-Brennelementen der Kernkraftwerke Gundremmingen und Obrigheim aufzuhalten.

Kernkraftgegner hangelten sich an Seilen von einer Bahnbrücke herab und blockierten Bahnschienen – brennende Autoreifen lagen auf Gleisen, Steinbrocken auf Weichen. Polizeibeamte räumten unter Einsatz von Schlagstökken den Schienenweg.

Einen Erfolg konnten die Kernkraftgegner dennoch verbuchen. Die Fährlinie Travemünde–Trelleborg lehnte es letzte Woche ab, mehrere Lkw-Ladungen mit radioaktiven Abfällen nach Schweden zu verschiffen.

Der Bomben-Verdacht gegen Transnuklear schien sich noch zu verdichten, mit Wissen Bonns, über Jahre hinweg mehr als 600 Kilogramm Plutonium.

Von der mit Nukem verflochtenen Belgonucléaire stammt auch eine kerntechnische „Pilotanlage", die Anfang der siebziger Jahre in Pakistan errichtet wurde. Der Reaktor, so erklärte der Präsident der pakistanischen Atomenergiekommission, Munir Khan, habe den moslemischen Staat „in die Lage versetzt, das notwendige Plutonium für eine Bombe zu produzieren".

Ergänzend dazu hat das staatliche Kernforschungszentrum Mol über Jahre hinweg „Praktikanten" und „Hospitanten" aus Libyen und Pakistan ausgebildet und finanziert. Die Aufsichtsbehörden erfuhren erst im nachhinein, daß die vermeintlichen Lehrlinge aus der Dritten Welt vielfach hochkarätige Atomexperten waren.

Süddeutsche Zeitung

Deutscher Monopol-Betrieb

als bekannt wurde, daß die Braunschweiger PTB dem Unternehmen den Transport von hochaktivem Material nach Lahore in Pakistan gestattet hatte. Mit vier Genehmigungen, allesamt bis zum 31. Januar 1989 gültig, hatte die Bundesbehörde den Hanauern den Transport unbegrenzter Mengen von „Co-60 und/oder Cs-137", also Kobalt und Cäsium, mit allen denkbaren Verkehrsmitteln erlaubt – „Material für rein medizinische Zwecke", wie ein Sprecher bei Transnuklear beteuerte.

Seit Jahren und ganz offiziell versorgt die Brüsseler Atomfirma Belgonucléaire (BN) das Schwellenland Pakistan mit kerntechnischem Know-how. BN wiederum ist mit Nukem und Transnuklear eng verflochten (siehe Graphik Seite 21). Bei BN versteckte auch die Hanauer Nukem-Schwester Alkem, hinter dem Rücken der belgischen Regierung, aber

Ungeniert traf der Direktor des Forschungszentrums Mol, Séverin Amelinckx, vor zwei Jahren im pakistanischen Islamabad auch mit den Organisatoren des militärischen Kernforschungsprogramms zusammen, darunter dem Leiter der Gruppe „Waffen" und dem technischen Direktor des Projekts für die Plutoniumgewinnung zur militärischen Anwendung.

Die pakistanische Waffenforschung wiederum ist von der Nukem-Tochter Inter-Nuclear im schweizerischen Zug erleichtert worden. Sie lieferte unter Umgehung des Atomwaffensperrvertrags das notwendige Schwere Wasser in den islamischen Staat. Im Verwaltungsrat des Unternehmens überwachte der Hanauer Nukem-Geschäftsführer Manfred Stephany das Geheimgeschäft.

Die Aktivitäten der Firma Nukem auf dem Atomsektor sind weltweit und allumfassend. So handelt das Hanauer Unternehmen (Werbeslogan: „Wir haben eigene Methoden entwickelt und kennen die internationalen Maßstäbe") mit Kernbrennstoffen, ein einträgliches Geschäft.

Das Hanauer Unternehmen und seine hundertprozentige US-Tochter „Nukem Incorporated" beherrschen rund 80 Prozent des Weltmarktes. Das Makeln von Uran- und Plutoniumposten wickelten in Hanau gerade 20 Mitarbeiter ab, die rund die Hälfte des Nukem-Gewinns erwirtschafteten.

Der Handel mit den sensiblen Stoffen wird freilich kaum weniger skrupellos betrieben als die Atommüllbeseitigung. Geschäftspapiere, die dem SPIEGEL vorliegen, belegen, wie Nukem die Spaltstoffe an internationalen Sperrklauseln vorbei verschachert – teilweise sogar mit Wissen der europäischen Aufsichtsbehörde Euratom.

Satte Gewinne macht Nukem mit südafrikanischem Uran, das unter US-Embargo steht und deshalb einen niedrigen Weltmarktpreis hat (17 statt 21 Dollar je US-Pfund). Der Trick dabei: Nukem liefert ständig Südafrika-Brennstoff nach Nordamerika, tauscht aber unterwegs das Ursprungszeugnis aus. Mal wird das Zertifikat mit dem RWE getauscht, das eine gleiche Menge Uran australischen Ursprungs auf Lager hat. Zu Diensten ist sogar das Bonner Forschungsministerium mit Herkunftsbescheinigungen aus Südamerika oder Kanada.

Betrogen wird auch der Uranproduzent Australien, der alle seine ausländischen Abnehmer verpflichtet, den Rohstoff nicht zu waffenfähigem Brennstoff anzureichern. Ausnahmen davon muß die Regierung in Canberra erteilen, was sie nur selten tut.

Bei einem Deal mit australischem Stoff, der vertragswidrig hoch angereichert werden sollte, wandte sich Nukem hilfesuchend an Euratom. Um das „Risiko bei der erforderlichen Genehmigungsprozedur mit Australien" auszuschließen, beantragte Nukem bei Euratom, ohne australische Einwilligung „den australischen Ursprung zu tauschen". Die europäische Aufsichtsbehörde machte mit und wiegte Nukem in Sicherheit. „Im Falle einer Inspektion", so das Amt, werde Nukem rechtzeitig „entsprechend benachrichtigt".

Aus Papieren der Euratom, „angesichts der Brisanz streng vertraulich zu behandeln", ergibt sich, daß die Kontrollbehörde die vertragswidrigen Praktiken ständig duldet. Die Kontrollinstanz denkt nicht sicherheitstechnisch, sondern wirtschaftlich. Sie will der Industrie, so ist in einem Protokoll vom 19. November 1987 niedergelegt, „erheblichen Aufwand" ersparen.

Euratom und die europäische Nuklearindustrie treibt dabei nur die Sorge, erwischt zu werden. Man müsse, so das erklärte „Ziel der Sitzung", auf jeden Fall „vermeiden, daß das Material öffentlich nachweisbar ‚gewaschen' wird".

Export-U-Boot der Klasse 209 bei HDW in Kiel: „Verletzung der deutschen Gesetze"

WAFFENEXPORT

Wunschgemäß geäußert

Die Drohungen haben offensichtlich gewirkt: Die Oberfinanzdirektion Kiel stellte Ermittlungen wegen der Lieferung von U-Boot-Plänen nach Südafrika ein.

Die Meldungen aus Kiel alarmierten den deutschen Diplomaten am Kap. „Citissime" erbat Klaus Wild, Wirtschaftsattaché der deutschen Botschaft in Pretoria, im November 1986 von seiner Bonner Zentrale eine „Sprachregelung". Südafrikanische Zeitungen hatten, unter Berufung auf die „Kieler Nachrichten", den bis dahin geheimgehaltenen Verkauf von deutschen U-Boot-Bauplänen an das Apartheid-Regime publik gemacht.

Die Antwort aus Bonn kam postwendend: „Ein solcher Export wäre eine klare Verletzung deutscher Gesetze und würde mit allen rechtlichen Mitteln aufgeklärt und verfolgt."

Seit letzter Woche muß Außenminister Hans-Dietrich Genscher neue Sprachregelungen erfinden. Das U-Boot-Geschäft mit dem international geächteten Rassisten-Regime – im November 1986 noch eine „klare Verletzung deutscher Gesetze" – zählt offiziell nicht einmal mehr als Ordnungswidrigkeit.

Mit Verfügung vom 11. Januar 1988 stellte die Oberfinanzdirektion (OFD) in Kiel das Bußgeldverfahren „wegen des Verdachts der ungenehmigten Lieferung von U-Boot-Blaupausen (Fertigungsunterlagen) in die Republik Südafrika" ein. Weder Lutz Nohse, der seinerzeit verantwortliche Chef des Ingenieurkontors

U-Boot-Bauer Nohse
„Antwort: Nein, Indien"

Lübeck (IKL), noch Klaus Ahlers und Peter Hansen-Wester, die damals verantwortlichen Manager der Howaldtswerke-Deutsche Werft Kiel (HDW), müssen einen Pfennig Bußgeld zahlen.

„Nach dem Ergebnis der Ermittlungen der OFD Kiel", so teilte Präsident Svend Olav Hansen am vergangenen Dienstag mit, „reichen die gelieferten Blaupausen nicht aus, um damit ein U-Boot oder wesentliche Teile davon zu bauen."

Die Worte sind genau gewählt. Sie gehören zur Verteidigungsstrategie des Ingenieurkontors in Lübeck, das in den turbulenten November-Tagen des Jahres 1986 – als durch eine Indiskretion das anrüchige Geschäft bekanntgeworden war – eine eigene „Sprachregelung" entwickelte.

Wie diese von den Behörden aufgegriffen und übernommen wurde, läßt sich in den IKL/HDW-Akten nachlesen, die Bonn vorsorglich geheim gestempelt hat. Unter dem 27. November machte IKL-Chef Nohse eine Notiz über ein Telephongespräch, das er mit dem Direktor Paul Scholze vom Koblenzer Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) geführt hatte.

Zunächst habe Scholze sich erkundigt, um welchen Typ U-Boot es sich handele und ob es der gleiche sei, den auch die Türkei erhalten habe. Nohse: „Meine Antwort: Nein, Indien." Dann sei es um das bereits laufende OFD-Verfahren gegangen. Nohse:

> Ich habe mich wunschgemäß der OFD gegenüber derart geäußert, daß mit diesen Unterlagen kein Schiff gebaut werden kann. Herr Scholze benötigte diese Angaben für Herrn Dr. Jores, der einen Bericht an das Verteidigungsministerium zu geben hat.

Damit war die Schiene gebaut, auf der jetzt die Oberfinanzdirektion fährt. Nach dem Außenwirtschaftsgesetz und den dazu erlassenen Verordnungen wäre eine Ausfuhrgenehmigung nur erforderlich, „wenn wenigstens ein funktionsfähiger Teil eines U-Bootes bzw. Fertigungsunterlagen dafür geliefert werden". Juristisch mag diese Beweisführung hingehen. Mit der Realität aber stimmt sie nicht überein.

Denn wenn es wahr wäre, was die OFD-Prüfer jetzt glauben machen wollen, dann hätten IKL und HDW ihrem Geschäftspartner in Südafrika für 45 Millionen Mark Altpapier geschickt. „Ich kann mir nicht vorstellen", spottete letzte Woche der FDP-Abgeordnete Burkhard Hirsch, „daß jemand so viel Geld zahlt, um hinterher erstaunt festzustellen, wie die Umrisse eines U-Bootes auf dem Papier aussehen."

Unerfindlich bleibt außerdem, warum die Südafrikaner fünf Tonnen hochwertigen Spezialstahl aus Kiel orderten, wenn

mit den Plänen angeblich nichts anzufangen war.

Die Prüfer-Logik ist auch in anderen Punkten nicht gerade überzeugend. Der Werft am Kap hätten zum Bau von U-Booten, so die OFD, „sämtliche als geheim eingestuften Unterlagen, die Schweißvorschriften für besondere U-Boote und andere Stähle, die Überwachungsinstruktionen und Toleranzen für den Bau eines U-Boot-Druckkörpers, das als Einbauunterlage für Rohrleitungs-, Kabel- und Lüftungssysteme dienende Konstruktionsmodell im Maßstab 1:5, sowie Unterlagen über Gewichts-, Volumen-, Stabilitäts-Trimmberechnungen und über Qualitätssicherung“ gefehlt.

Daß man ohne die als „geheim“ eingestuften Unterlagen kein U-Boot bauen könne, gilt in der Branche als schlechter Witz. „Geheim“, wissen die Experten, seien eigentlich nur die Vorschriften, die sich auf das Waffensystem beziehen. Da aber hatten die Südafrikaner von Anfang an eigene Sonderwünsche.

Die für den U-Boot-Bau angeblich unerläßlichen Schweißvorschriften des Tüv hat ein erfahrener U-Boot-Konstrukteur ebenso im Kopf wie die zulässigen Toleranzen beim U-Boot-Bau. Und seit dem 1. April 1986 befindet sich der nach den Firmenunterlagen lediglich beurlaubte HDW-Oberingenieur Gerd Rademann am Kap – angeblich um Ölbohrinseln bauen zu helfen, von denen aber in Südafrika niemand weiß, ob sie jemals entstehen sollen.

Auch das Konstruktionsmodell im Maßstab 1:5 läßt sich, so versichern die Experten, nach den Blaupausen anfertigen. Die OFD-Fahnder erhielten die Auskunft, ein solches Modell sei für Südafrika gar nicht erst gebaut worden. Vielleicht war dies nicht nötig: Aus dem früheren Geschäft mit Indien gibt es noch Konstruktionsmodelle. Nach ihnen fragten die OFD-Beamten nicht.

Für wirklich unverzichtbar halten die Fachleute nur die genauen Trimmvorschriften und die Unterlagen über die Qualitätssicherung. Aber gerade zu diesen Dokumenten finden sich in den – geheimgehaltenen – Akten Hinweise, die Zweifel an der Version zulassen, die Unterlagen seien nicht geliefert worden.

Ex-HDW-Chef Ahlers
Ohne formelle Genehmigung

So heißt es in einem Gutachten des Verteidigungsministeriums wörtlich: „Gemäß dem Vertrag wurde das Qualitätssicherungshandbuch 1 und 2, HDW, mit Zulassung BWB GP II 3 – 75 – 50 – 25 geliefert.“

Die Beteuerungen von HDW und IKL, ihre gelieferten Unterlagen seien zu nichts nutze, hatten bei der Oberfinanzdirektion Kiel zunächst auch keinen Glauben gefunden; der zur Betriebsprüfung ausgesandte Zollamtmann Harro Kohl war nach ersten Ermittlungen noch zu einem ganz anderen Ergebnis gekommen.

Und in den ersten Entwürfen des Prüfbescheides folgte auch die Leitung der OFD seinem Argument, daß wohl doch eine schriftliche Genehmigung des für solche Exporte zuständigen Bundesamtes für Wirtschaft (BAW) erforderlich gewesen wäre. So heißt es in dem ersten Zwischenbericht vom 30. Mai 1986:

> Die Firma IKL hat an die Firma L & S Maritime Technologies (Pty) Unterlagen über die Fertigung von U-Booten des Typs 1650 ausgeliefert. Da die Unterlagen allgemein nicht zugängliche Kenntnisse i.S. von § 45 Abs. 3 AWV (Außenwirtschaftsverordnung – die Red.) enthielten, war ihre Weitergabe an den Vertragspartner in Südafrika genehmigungsbedürftig. Eine schriftliche Genehmigung der zuständigen Genehmigungsstelle (BAW) konnte nicht vorgelegt werden.

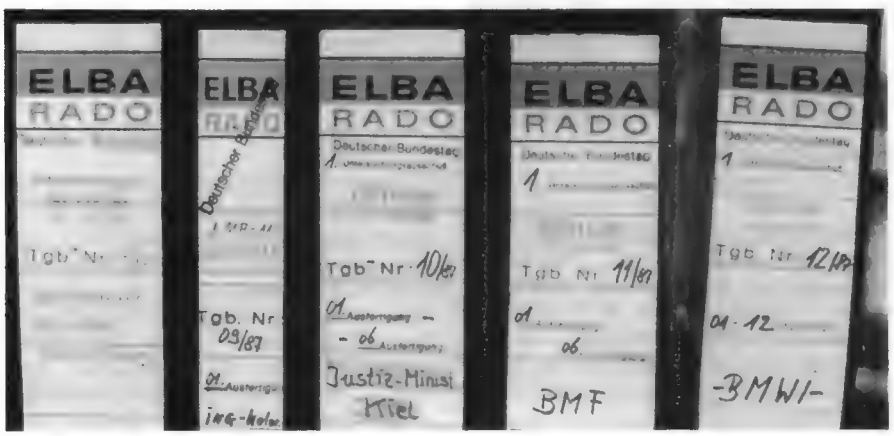
Nohses Rechtsanwalt Sepp-Jörg Zoglmann, Sohn des Rüstungslobbyisten und früheren FDP-, später CSU-Abgeordneten Siegfried Zoglmann, könnte zu dem Sinneswandel der OFD beigetragen haben. Von einem Besuch Zoglmanns am 3. Dezember 1986 – wenige Tage nach den vorher in Umlauf gesetzten „Sprachregelungen“ – notierte der OFD-Abteilungsleiter Manfred Budrat, Zoglmann habe von Papieren gesprochen, die seinen Mandanten entlasten können. Ob er sie vorlegen werde, „hänge davon ab, wie die OFD derzeit den Fall und das voraussichtliche Ergebnis des Verfahrens einschätze“.

Zoglmann hat, wie aus dem Vermerk weiter hervorgeht, offensichtlich mit Enthüllungen gedroht. „Herr Dr. Z. erklärte“, so heißt es wörtlich, „man wolle nicht mehr offenbaren, als für die Entlastung seines Mandanten erforderlich sei, da jede neue Einzelheit naturgemäß auch mit Indiskretionen bezüglich Dritter verbunden sei. Er wolle jedoch ausdrücklich darauf hinweisen, daß sein Mandant zwar ohne formelle Genehmigung, nicht aber ohne Kenntnis offizieller Stellen, gehandelt habe und sich erforderlichenfalls noch erheblich besser als bisher verteidigen könne.“

Über einen Umweg allerdings könnte das anrüchige Blaupausengeschäft doch noch ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwälte auslösen. Bereits vor Wochen fragte die Kieler Staatsanwaltschaft bei der Bonner Hardthöhe an, ob eventuell ein Geheimschutzabkommen zwischen Bonn und Indien verletzt worden sei. Darin hatten sich die Deutschen verpflichtet, Unterlagen für U-Boote des nach Indien gelieferten Typs nur dann an andere Staaten weiterzuverkaufen, wenn die Regierung in Neu-Delhi einverstanden sei. Vor dem Blaupausenverkauf an Südafrika wurden die Inder nicht gefragt.

Wochenlang hat Bonn überhaupt nicht geantwortet. Nun soll, so die letzte Bonner Auskunft, Manfred Wörners Staatssekretär Holger Pfahls klären, ob Geheimhaltungsvorschriften verletzt wurden.

Bislang, so die sonst so auf Diskretion bedachte Hardthöhe, sehen die Militärs keine Verletzung von Geheimvorschriften. Und ob die Kieler Staatsanwälte dann noch eine Strafverfolgung für erforderlich halten, müßten sie selber wissen. ◆



Beschlagnahmte Akten im Bundestag: Vorsorglich geheim gestempelt

WER BANKNOTEN VERLIERT
ODER PLÖTZLICH
OHNE BANKNOTEN, GLEICH
WELCHER WÄHRUNG, DASTEHT,
IST GENUG BESTRAFT.
WER ABER JETZT DIE VISA-KARTE
TESTET, WIRD MIT
EINER ERSPARNIS IN HÖHE VON
22,50 MARK BELOHNT*

22.50

* Jetzt können Sie die VISA-Karte 3 Monate lang kostenlos testen. Die Karte ist ein Jahr gültig. Die Berechnung der anteiligen Jahresgebühr erfolgt garantiert erst nach drei Monaten, wenn Sie die Karte über das Testende hinaus behalten haben –
Sie sparen im ersten Jahr DM 22,50!

VISA

Falls der für Sie eingeklebte Antrag bereits von jemandem genutzt wurde, schreiben Sie uns:
VISA Card Services Banco de Santander S. A., Postfach 110351, Ludwig-Landmann-Str. 405, 6000 Frankfurt 11. Oder rufen Sie an: Tel. 069/79122 45

Amateure am Werk

Ronald Reagans Berlin-Initiative vom Juni vorigen Jahres erweist sich als Flop – mit womöglich schädlichen Folgen.

Drei Tage vor dem Fernsehereignis gab ein Kurier der amerikanischen Botschaft ein vertrauliches Sendschreiben im Bonner Kanzleramt ab. US-Präsident Ronald Reagan kündigte darin dem „lieben Helmut" an, er wolle den Sowjets in seiner Rede vor dem Brandenburger Tor eine „Berlin-Initiative" des Westens unterbreiten.

Der überraschte Kohl war zufrieden – sein Freund Ron hatte sich an die Regeln gehalten und ihn vorab unterrichtet. Im Bonner Sprachgebrauch heißt so etwas „Konsultation" – auch wenn der Bündnispartner gar nicht um seine Meinung gefragt wird.

Der Präsident hielt Wort. Seine Landsleute daheim sahen ihn live im TV, als er, das Brandenburger Tor und die Mauer dekorativ im Rücken, seinem Widerpart im Kreml am 12. Juni vorigen Jahres zurief: „Herr Gorbatschow, öffnen Sie dieses Tor!" Und: „Herr Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer nieder!"

Die Antwort kam prompt. „Daraus wird nichts!" giftete die „Prawda": „Der antifaschistische Schutzwall bleibt."

Unkommentiert ließ das Moskauer Parteiblatt damals, was der Führer des Westens über seine „öffentlichen Gefühlsergüsse" („Prawda") hinaus noch vorzuschlagen hatte:

- ▷ West-Berlin zu einem Luftkreuz „im gesamten Mitteleuropa" zu machen;
- ▷ die Inselstadt als Veranstaltungsort für Tagungen der Vereinten Nationen oder „Konferenzen über Menschenrechte und Rüstungskontrolle" zu nutzen;
- ▷ „Sommeraustauschprogramme" und „kulturelle Veranstaltungen für junge Berliner aus dem Osten" zu fördern;
- ▷ „in naher Zukunft die Olympischen Spiele in Berlin, im Osten und im Westen, abzuhalten".

Helmut Kohl freute sich über die „weithin sichtbare Geste der Freundschaft". Und sein Parteifreund, der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen, schwärmte von einer „Zukunftsvision voller Hoffnungen und Zuversicht".

Mit Ausnahme des Luftverkehrs (siehe Kasten Seite 36) sind Reagans Vorschläge wenig erfolgversprechend. Sie sind unrealistisch und illusionär, vielleicht sogar schädlich.

West-Berlin zur Konferenzmetropole herauszuputzen gilt Bonner Ost-Experten als „alter Hut" aus den siebziger Jahren, als es auch schon nicht gelang, diese Pläne umzusetzen. Grund: Alles, was „staatlich" sei – also auch internationale Konferenzen –, argumentieren zum Beispiel die Franzosen, widerspreche dem Berlin-Status und sei mithin unerwünscht.

Berlin-Besucher Reagan*: „Herr Gorbatschow, öffnen Sie dieses Tor"

Der Aufruf zum Jugendaustausch zwischen Ost- und West-Berlin ist bloßer PR-Gag, das Veto aus dem Osten bereits gesichert: Auf solche Ideen könne nur jemand kommen, lästert ein deutscher Berlin-Experte, „der die Konservativen im Zentralkomitee der SED auf die Barrikaden treiben will".

Die Olympischen Spiele in beide Teile Berlins zu holen stößt nicht nur in Bonn auf Statusbedenken, weil vor aller Welt offenkundig würde, daß West-Berlin unter Besatzungsrecht steht. Auch die DDR hat mit ihrem Anspruch auf die Hauptstadt Berlin den Gedanken an einen geteilten sportlichen Wettstreit verworfen.

Ein halbes Jahr nach Reagans Ankündigungen wachsen in Bonn und in den Hauptstädten der drei anderen Schutzmächte Berlins die Zweifel am Sinn dieser hastigen Initiative aus Washington. Selbst enge Vertraute des Bonner Kanzlers setzen intern in Reagans Vorstoß „keine großen Erwartungen".

In Hans-Dietrich Genschers Auswärtigem Amt gelten Reagans Berlin-Pläne als ausgesprochener „Flop": Die gesamte Berlin-Initiative, so die Experten, sei unbedacht, übereilt und voller Risiken für den Status von Berlin. „Da sind Amateure und Kontrolleure am Werk", lästert ein Genscher-Vertrauter.

Zwar überreichte Frankreichs Moskau-Botschafter im Namen der drei West-Alliierten nach Weihnachten im sowjetischen Außenministerium ein Aide-mémoire mit den Vorschlägen des US-Präsidenten. Aber alle Beteiligten wissen, wie zufrieden gerade die auf ihren Status als Besatzungsmacht pingelig bedachten Franzosen mit dem Status der Halbstadt sind. Nicht einmal zur Verbesserung des Luftverkehrs, dem noch erfolgversprechendsten Ansatz der Reagan-Initiative, wollen die Franzosen sich äußern oder gar eigene Vorschläge präsentieren.

Auch die Briten fühlten sich überrumpelt. Ihr Bonner Botschafter Sir Julian Bullard warnte seine Regierung, am Status des Viermächte-Regiments zu kratzen. Die „relative Ruhe" um Berlin sei gut, und dabei solle es bleiben. In Moskau macht sich schon Schadenfreude

* Mit Bundestagspräsident Philipp Jenninger und Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Brandenburger Tor am 12. Juni 1987.

Mit drei Klassen in allen Flugzeugen hat die Swissair etwas, das Geschäftsleute besonders schätzen:

Gestatten Sie uns den Business-Jargon, aber unsere Unique Selling Proposition bringt Ihnen als Geschäftsreisenden den Consumer Benefit, selbst auf Kurzstrecken zwischen besonders ökonomischem, komfortablem und luxuriösem Fliegen wählen zu können. Wobei Sie in unserer First und Business Class eine Atmosphäre antreffen, in der Sie sich ebenso gut konzentrieren wie entspannen können. Ja, warum Dinge wie USP, Cash Flow oder Return on Investment für einmal nicht einfach vergessen? Unterstützen wird Sie dabei die zuvorkommende Betreuung durch unser Personal, dem eine erfreuliche Attitüde anzumerken ist – ob Sie nun First Class, Business Class oder Economy Class fliegen.

swissair

Konkurrenz für die „Reichsbahn der Lüfte“?

Kommerz-Interessen könnten den Berlin-Luftverkehr ankurbeln

Ronald Reagans Vision von West-Berlin als einem europäischen Zentrum der Luftfahrt bedeutete, würde sie Wirklichkeit, einen gewaltigen Luftsprung. Der Berliner Flugverkehr, 5,2 Millionen Passagiere 1987, nimmt weltweit erst Ranglistenplatz 77 ein und kommt auch im Bundesvergleich hinter Frankfurt (über 20 Millionen Fluggäste), Düsseldorf oder München nur ins deutsche Mittelfeld.

Auch die bundesdeutsche Lufthansa (LH), die vor allem wegen der Überflug-Verweigerung der DDR immer noch nicht den 1971 im deutsch-sowjetischen Luftfahrtabkommen in Aussicht genommenen Zwischenstopp in Tegel einlegen kann, hofft nun auf grünes Licht.

Die LH sucht schon Bodenberührung vor Ort: Bei der Privatisierung des Berliner Verkehrsamtes, streut Wirtschaftssentaor Elmar Pieroth, ist sie als Gesellschafter im Gespräch.

West-Berliner Flughafen Tegel: Vision vom gewaltigen Luftsprung

Allgemeine Hochstimmung macht sogar vor bisherigen Essentials nicht halt: Der ehemalige Ost-Unterhändler Egon Bahr (SPD) etwa denkt vor, daß die Lufthansa „über oder neben“ den Korridoren fliegen könne. Bürgermeister Eberhard Diepgen möchte es lieber beim Nord-Süd-Flugverkehr belassen; die Korridore müßten frei, die wirtschaftliche Basis der alliierten Monopollinien müsse gesichert bleiben.

Eine Expansion verhinderten bisher die noch heute gültigen Viermächte-Befugnisse wie auch der Nachbar DDR. Keine Maschine nimmt Kurs auf, wenn sie den Sowjets nicht spätestens drei Minuten vor Start oder Korridoreinflug gemeldet ist. Die geben zusammen mit den westlichen Gewahrsamsmächten auch ihr Plazet beim Erreichen des 20-Meilen-Radius der „Berliner Luftkontrollzone“. Das Zusammenspiel der vier in der Schöneberger Luftsicherheitszentrale, heute einziges funktionierendes Überbleibsel der Viermächte-Verwaltung in West-Berlin, klappte sogar während der Berlin-Blockade.

Allein Gesellschaften der West-Alliierten dürfen nach dem Statut auf den 20 Meilen breiten Korridoren aus Richtung Frankfurt, Hannover oder Hamburg, Gipfelflughöhe 3000 Meter, verkehren. Jeder Flug außerhalb der Korridore bedarf einer Genehmigung der DDR. Umgekehrt darf nach westlichem Verdikt auch die deutsch-deutsche Grenze neben den Korridoren nicht überflogen werden. Neue Flüge wären deshalb vor allem auf der Nord-Süd-Route, etwa zwischen Skandinavien und Österreich, denkbar.

Dagegen sperrten sich bislang Sowjets und DDR – um die politische Aufwertung West-Berlins zu blockieren ebenso wie aus wirtschaftlichem Kalkül. Denn die Flugrouten-Defizite im Westen erschließen Devisenquellen im Osten. Den konkurrierenden DDR-Zentralflughafen Schönefeld nutzen Jahr um Jahr rund 500 000 Billig-Flieger aus dem Westen.

Westlichen Fluggesellschaften, die in Schönefeld landen dürfen, sind die Wünsche nach Parallelflügen vom und zum West-Berliner Flughafen Tegel stets abgewiesen worden. So hatten die skandinavische SAS, die österreichische AUA oder die türkische THY von den West-Alliierten zwar die Tegel-Anflugrechte erhalten, doch die östliche Seite bestand jeweils auf Grundsatzverhandlungen unter Einschluß der DDR, was der Westen ablehnte.

Die Erfolgsaussichten des Reagan-Vorstoßes sind angesichts jahrzehntelangen Vorgeplänkels schwer kalkulierbar. Zumindest für Gesprächsbereitschaft spricht, daß die Ausklammerung des Tabu-Themas Berlin-Verkehr bislang allen geschadet hat.

So steht ein deutsch-deutsches Luftverkehrsabkommen aus, das für die Vertragspartner im jeweils anderen Teil Lande- oder Überflugrechte sichern würde. Die DDR-Gesellschaft Interflug könnte auf ihren westlichen Routen wesentlich billiger verkehren, wenn sie generell die Bundesrepublik überfliegen dürfte.

Auch für Reisende von und nach Tegel wären Verbesserungen nötig; die West-Berliner brauchen nicht nur neue Flugrouten, sondern auch mehr Wettbewerb in den Korridoren. Komfort- und Service-Einbuße waren Folge der alliierten Monokultur. Beim Marktführer Pan Am kommen sich Vielflieger oft lieblos verschaukelt vor – einschlägiger Spitzname: „Reichsbahn der Lüfte“.

Westalliierte Luftverkehrsexperten befürchten freilich, bei kommenden Luftkreuzgesprächen drohe ein „Status quo minus“.

Der Zivilverkehr – 100 Millionen Fluggäste seit 1946 – wird von den Sowjets lediglich stillschweigend geduldet. Formal vereinbart haben die Siegermächte 1945 nämlich nur den Militärtransport in die westlichen Besatzungsgebiete.

Alltägliche Sowjetvorbehalte bekommen die West-Alliierten denn auch bei Linienflügen zwischen West-Berlin und dem europäischen Ausland zu spüren. Die versehen die sowjetischen Majore im „Operations Room“ der Luftsicherheitszentrale wie eh und je mit Standard-Protest. Die Anmeldekarten mit den Flugplandaten werden mit dem Stempel „nicht garantiert“ zurückgereicht.

über das Dilemma im West-Lager breit: Wenn die West-Alliierten das Viermächte-Abkommen von 1971 antasten wollten, amüsieren sich sowjetische Diplomaten, könne das nur zum Nachteil des Westens ausgehen. „Bei uns", so ein sowjetischer Berlin-Experte vorletzte Woche, „sind eine Menge Wünsche offen."

Bloß Reagans Bonner Statthalter Richard Burt wischt alle Bedenken beiseite: „Es liegt nicht im amerikanischen Charakter, den Status quo zu akzeptieren und Änderungen zu fürchten." Die Initiative seines Dienstherrn, versichert der US-Botschafter, sei „wohlüberlegt" und keine bloße „Geste des guten Willens".

Wohlüberlegt ist der amerikanische Vorstoß in der Tat: Er kommt dem Ziel Reagans entgegen, die Russen weltweit vorzuführen und in die Defensive zu treiben – in Afghanistan wie an der Mauer in Berlin.

Die US-Verbündeten wollten wohl auch ein paar Rechtskonservative in den Reihen der Bonner christliberalen Koalition ruhigstellen. Die hegen – wie CDU/CSU-Fraktionsführer Alfred Dregger – den Verdacht, mit dem Rückzug ihres nuklearen Potentials aus Europa setzten sich die mit den Sowjets einigen Amerikaner über die Interessen ihrer europäischen, vor allem aber der deutschen Partner hinweg.

Das Engagement für die Halbstadt, das der inzwischen zum stellvertretenden Nato-Botschafter avancierte frühere Berliner US-Gesandte John Kornblum austüftelte, ist aber vor allem eine Reaktion auf den glücklos agierenden CDU-Bürgermeister Eberhard Diepgen. Den halten sämtliche westlichen Alliierten, voran die Franzosen, für ungeschickt und vorlaut.

Genervt hatte Diepgen die Besatzer mit seiner Entschlossenheit, den DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker aus Anlaß der 750-Jahr-Feier nach West-Berlin zu bitten und im Gegenzug einer Einladung des DDR-Vorstehers in den Ostteil der Stadt zu folgen.

Als diese, von Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble unterstützte, deutsch-deutsche Besuchsdiplomatie scheiterte, reizte der Regierende seine Vormächte mit ungeschickten Vorstößen: Er ließ Uralt-Ideen von der Direktwahl der Berliner Bundestagsabgeordneten und der Gewährung des vollen Stimmrechts für das Land Berlin im Bundesrat wiederaufleben.

Die westlichen Signatarmächte des Berlin-Abkommens schickten daraufhin demonstrativ ihre Staatsoberhäupter zu den Jubelfeiern nach West-Berlin, um klarzustellen, wer dort das Sagen hat. Nach Meinung des Bonner Außenministers hat das auch so zu bleiben; um keinen Preis dürfe am Viermächte-Abkommen gerüttelt werden. „Niemand weiß", warnt Genscher, „wie das ausgeht." ◆

Kein Zweifel

Dem Herrn Professor Hermann Müller aus dem schweizerischen Thurgau verdankt jene Rebe ihren Namen, die in Deutschland heute am meisten angebaut wird. Aber noch immer ist der Streit der Fachleute nicht endgültig entschieden, ob unser Müller-Thurgau einer Kreuzung zwischen Riesling und Silvaner entstammt, zwischen Riesling und Riesling, oder ob er etwa dem Formenkreis Riesling–Muskateller–Gutedel zuzurechnen ist. Doch wie auch immer – der Müller-Thurgau wird in seinem Sortenwert nicht mehr angezweifelt, und man sagt von ihm, daß er die Milde des Silvaners mit der Blume des Rieslings verbinde.

Die Züchtung dieses Weines liegt etwa einhundert Jahre zurück, also nahezu gleich lange wie die Entstehung jenes Weinbrandes, den Hugo Asbach damals schuf und dem er seinen Namen gab. Heute steht er, der Asbach Uralt aus Rüdesheim am Rhein, ebenfalls unter seinesgleichen an der Spitze, und seine Qualität wird von niemandem angezweifelt; vielmehr wird er bei uns und auch in vielen anderen Ländern ob seines milden weinigen Geschmackes, seiner vollen Blume und seiner sanften Glut von allen Kennern – wie natürlich auch Kennerinnen – gelobt... und von ihnen gern getrunken.

Asbach Uralt

Im Asbach Uralt ist der Geist des Weines!

Diesem Computer, meine Herren, gibt man die Befehle
Uno. Europas beliebtester Kompakter.

Abb.: Uno 75 Super i.e. Kat.

Der Uno 75 i.e. Kat. ist ein 170 km/h schneller PC. Herzstück seiner Hardware ist die elektronische Benzineinspritzung von Bosch. Sie vergleicht alle relevanten Motordaten wie U/min oder °C, um Spritbedarf und idealen Zündzeitpunkt festzustellen. Resultat: Die

nicht in BASIC oder LOGO, sondern mit den Zehenspitzen.

55 kW/75 PS verbrauchen und verbrennen nicht einen Tropfen zuviel und sind 41 Monate steuerfrei (ca. 1.107,– DM). Gas-, Brems- und Kupplungspedal werden Joysticks. Software-Kurse beim Fiat-Händler.

FIAT

Strauß-TV: „Abgleiten nach links verhindern“

Mit massiven politischen Eingriffen versucht Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß einen gescheiterten Unternehmer zu retten: seinen Sohn Franz Georg und dessen marode Münchner Fernsehfirma „tv weiß blau“. Bundesweit möchte die bayrische Staatskanzlei das Privatfernsehen auf Rechtskurs trimmen. Der Staatsminister und Medienbeauftragte Edmund Stoiber achtet auf die „Anbindung an das konservative Lager“.

Wenn es um das Schicksal Bayerns geht, um notleidende Konzerne oder neue Märkte für den heimischen Gewerbefleiß, läßt sich Franz Josef Strauß von niemand übertreffen. Ob die oberpfälzische Maxhütte dahinsiecht, der Ottobrunner Konzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm in Rüstungsgeschäfte einsteigt oder dem Airbus mit Milliarden-Subventionen auf die Schwünge geholfen wird – der Industrieförderer Strauß kümmert sich stets persönlich um das wirtschaftliche Wohl seines Freistaats.

Um so verwunderlicher klingt, was bayrische Amtsträger, Regierungsbedienstete und selbst Familienmitglieder über einen der wichtigsten neuen Wachstumszweige berichten: In der zukunftsträchtigen Medienbranche, beteuern Vertraute des Ministerpräsidenten übereinstimmend, trete der umtriebige Landesvater so gut wie nie in Erscheinung.

Helmut Schwaabe beispielsweise, der Sprecher der Münchner Staatskanzlei, wimmelt Anfragen nach Strauß-Zitaten zur Medienentwicklung unwirsch ab: „Ich bin doch kein Archivar.“ Auch Strauß-Sohn Franz Georg bestätigt die väterliche Untätigkeit: „Er hält sich aus der Medienpolitik, wie Sie wissen, fast völlig raus.“ Der Vater, sagt der Filius, überlasse die Welt der Kabel- und Satellitenprogramme dem Chef seiner Staatskanzlei: „In allen Fragen nimmt Edmund Stoiber Stellung.“

Diese Arbeitsteilung, die alle Beteiligten demonstrativ nach außen bekunden, hängt erkennbar mit den beruflichen Ambitionen des jüngsten Strauß-Sohnes zusammen. Denn Franz Georg Strauß, 26, steuert in München ein Sende-Unternehmen, an dem er selber mit 30 Prozent beteiligt ist: die „tv weiß blau Fernsehprogramm-Anbieter GmbH“.

Doch der sorgsam erweckte Schein der sauberen Trennung trügt. Interne Schriftwechsel zwischen Strauß und Stoiber belegen, wie massiv sich der Regierungschef für die Geschäftsinteressen des Juniors einsetzt. In Briefen an den „lieben Edmund“ macht der Ministerpräsident „auf grundsätzliche medienpolitische Probleme“ aufmerksam, „die für die bayrische Medienpolitik von erheblicher Bedeutung sind“.

So gefällt ihm nicht, daß „die Anbieter auf dem Münchner ‚Kanal 4‘“, zu denen Franz Georg gehört, „in erhebliche Finanznot geraten sind, da der Zeitraum, der für Vorlaufverluste eingeplant war, unnötig um ein ganzes Jahr verlängert worden ist“. „Mit freundlichen Grüßen Dein Franz Josef“.

Weil seine Hinweise meist so klingen, als habe der Werbekaufmann und „tv weiß blau“-Gesellschafter Franz Georg Strauß dem Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß die Feder geführt, weiß Edmund Stoiber, 46, genau, was er zu tun hat. Der Kanzleichef, der neben dem majestätisch unnahbaren Strauß durch

Fernsehpolitiker Strauß, Sohn Franz Georg (l.)*: „In erheblicher Finanznot“

* Im Januar 1986 auf einem Faschingsball.

Münchner Fernsehstation Olympiaturm, „tv weiß blau"-Sendungen: „Medienpolitisch unseren Wünschen sehr nahe"

eifrige Beflissenheit so bubenhaft-zappelig wirkt, legte dem Alten ausgiebig dar, wo es künftig langgehen und wie der Sender des Jüngsten über die Runden kommen soll. Mit den Machtmitteln der bayrischen Regierungszentrale begab er sich unverzüglich ans Werk und meldete dem „sehr verehrten Herrn Ministerpräsidenten", was er alles unternommen und erreicht hat.

Als beispielsweise im Frühjahr 1986 „tv weiß blau" enorme „wirtschaftliche Schwierigkeiten" hatte, weil längst nicht so viele Münchner das Strauß-Programm empfangen konnten, wie zum Geldverdienen nötig gewesen wäre, wandte sich Stoiber direkt nach Bonn. „Ich habe den Postminister bis zur Grenze des Möglichen bedrängt", berichtete der Staatsminister dem „lieben Franz Josef" am 15. Juli 1987 in einem 18seitigen Brief, und „das Drängen hatte schließlich Erfolg" – München bekam die „erste Fernsehfrequenz für private Anbieter in Deutschland".

Ganz so, als könnten sie Sendefrequenzen nach eigenem Gusto verteilen, nehmen Strauß und Stoiber auch Einfluß auf die Programme der großen privaten Fernsehgesellschaften im Bundesgebiet. Sie dirigieren den Netzaufbau neuer Fernsehsender durch die Bundespost in Bayern, steuern die dortige Medienentwicklung und sorgen dafür, daß der Fernsehunternehmer Franz Georg Strauß zum größten bayrischen Lokalfernseh-Anbieter werden kann.

Der Fall ist paradox. Denn noch haben alle Bemühungen nicht gereicht, den Nachwuchs-Unternehmer vor einem Mißerfolg zu bewahren. Das kostspielige Programm verschlingt Millionen, die Werbeeinnahmen blieben bislang mager. Andere Geschäftsleute hätten, ohne politische und finanzielle Protektion des Landesherren, ihre Aktivitäten längst einstellen und womöglich den Weg zum Konkursrichter antreten müssen. Mit den Mitteln seiner politischen Macht versucht der Vater deshalb, das Geschäft des glücklosen Sohns anzukurbeln (siehe Seite 50).

In einem Elf-Punkte-Katalog, mit dem Strauß dem Staatsminister Stoiber die Stützungsaktionen erläuterte, hat der Ministerpräsident praktisch die gesamte Richtung der bayrischen Medienpolitik für jetzt und später vorgegeben. Wenn die Bundespost zum Jahresanfang 1988 endlich genügend Sendestärke für priva-

L&P

Er ist robust,

unermüdlic

besonders wirtschaftlich,

und kinderleicht zu bedienen.

Der RICOH FT 3320 ist der ideale A4-Kopierer. Perf

h,

Schicken Sie uns den Coupon. Wir informieren Sie postwendend.

☐ Informieren Sie mich über den FT 3320.

☐ Informieren Sie mich über das RICOH Kopierersortiment.

☐ Welcher RICOH Fachhändler ist für mich zuständig?

Name Position

Firma

Straße

Ort

Telefon

Sp3/88

außergewöhnlich kompakt

Würden Sie sich einen Sportwagen kaufen, wenn Sie einen Transporter brauchen?

Mit einem Kopierer ist es wie mit einem Auto. Für die verschiedensten Ansprüche gibt's die unterschiedlichsten Modelle.

Der FT 3320 z. B. ist ideal für kleine Betriebe oder als Zusatzkopierer in großen Unternehmen. Zuverlässig liefert er Tag für Tag gestochen scharfe A4-Kopien. In seinen Funktionen beschränkt er sich auf das Wesentliche. So wird die Bedienung auf einen Knopfdruck reduziert. Und Sie zahlen nur für das, was Sie wirklich brauchen.

Ganz in Ihrer Nähe finden Sie einen RICOH Fachhändler. Er führt Ihnen den FT 3320 (und natürlich auch alle anderen RICOH Kopierer) gern vor. Und er garantiert immer den optimalen Service.

RICOH Deutschland GmbH
Geschäftsbereich Kopierer
Mergenthalerallee 45–47
6236 Eschborn
Telefon 0 61 96/70 22-0

ekt in Leistung und Service.

RICOH
Die Welt der Kommunikation

Der Bayerische Ministerpräsident

8000 München 22
Prinzregentenstraße 7
Tel. (089) 21630 · FS 05-23809

2. JUNI 1987

Herrn
Staatsminister
Dr. Edmund Stoiber

München

In Abdruck
Herrn
Franz Georg Strauß

Lieber Edmund!

Ich möche Dich auf grundsätzliche medienpolitische Probleme, die für die bayerische Medienpolitik von erheblicher Bedeutung sind, aufmerksam machen:

Olympiaturm notwendig wäre. Die Folge hiervon ist, daß die Anbieter auf dem Münchner "Kanal 4" in erhebliche Finanznot geraten sind, da der Zeitraum, der für Vorlaufsverluste eingeplant war, unnötig um ein ganzes Jahr verlängert worden ist. Die Anbieter des "Kanal 4" hatten

5. Bei beiden nationalen Anbietern muß geprüft werden, inwieweit sie auf bayerische Interessen Rücksicht nehmen. Dies setzt bei SAT 1 voraus, daß bei Informationssendungen mehr bayerische Belange berücksichtigt werden. Hier muß noch einmal geprüft werden, inwieweit

Mit freundlichen Grüßen

Dein

Franz Josef

DR. EDMUND STOIBER
STAATSMINISTER

Bayer. Staatskanzlei
• Ministerpräsident •
Eing. 15. JULI 1987
Kr. MP
Beil.:

PRINZREGENTENSTRASSE 7
8000 MÜNCHEN 22
TELEFON (0 89) 21 65 0

PRIVAT:
GARTENSTRASSE 49
8000 WOLFRATSHAUSEN

An den
Bayerischen Ministerpräsidenten
Herrn Dr.h.c. Franz Josef Strauß

im Haus

15.7.1987 #277

MPr. ☒ Original ☐ Abschrift vorgelegt
Schlußzeichnung ☐ MPr. ☐ StM ☐ StO ☐
☐ BMPr..... vor Auslauf ☐ Sachstand
☐ Abschrift an
☐ Erledigung im allgemeinen Geschäftsgang
BMPr.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Franz Josef!

München einzusetzen, wobei betont wurde, daß jede Woche wichtig sei. Ich habe den Postminister bis zur Grenze des Möglichen bedrängt. Schließlich hatte sich die Staatskanzlei (als erste im Bundesgebiet) schon seit Februar 1984 um diese Frequenz bemüht. Das Drängen hatte schließlich Erfolg, in München stand die erste Fernsehfrequenz für private Anbieter in Deutschland

Jahres 1987 möglich werden wird. Ich darf bei der Gelegenheit auch auf die fast destruktive Haltung des Präsidenten der OPD München (Dipl.-Ing. Alfred Meier) hinweisen, was mich zu vielfältigen Interventionen bei Bundespostminister Dr. Schwarz-Schilling und Staatssekretär Dr. Florian veranlaßt hat. Staatssekretär Dr. Florian hat mir hierzu letzten Freitag berichtet, daß Bundespostminister Dr. Schwarz-Schilling und er den Präsidenten ins Ministerium nach Bonn zitiert und ihm die Zwangsversetzung nach Hamburg eröffnet hätten, was nun wohl zu

Mit freundlichen Grüßen

Dein Schmidt

Briefwechsel Strauß/Stoiber (Ausrisse): „Den Postminister bis zur Grenze des Möglichen bedrängt"

te Fernsehprogramme zur „Vollversorgung Münchens" besorgt habe, so der Regierungschef, dürfe es nicht noch lange Satzungs- und Ordnungsdebatten über die „medienrechtlichen Voraussetzungen" geben. Es komme darauf an, solche Vorbereitungen vorher zu erledigen, „damit der Sendebetrieb sofort aufgenommen werden kann".

In allgemeinverständliches Deutsch übersetzt, verrät die Korrespondenz, um was es dem Kanzleichef und seinem Gebieter in Wahrheit geht: Wie schaffen wir am geschicktesten ein ertragreiches Lokalfernsehen, bei dem die marode Straußsche „tv weiß blau"-GmbH, die eigentlich schon im Frühsommer vorletzten Jahres pleite war, heil aus der finanziellen Klemme kommt und schließlich doch noch ein geschäftlicher Erfolg wird.

Außerdem legen es Strauß und Stoiber darauf an, das Privatfernsehen über München und Bayern hinaus bundesweit in den Griff zu bekommen. Dabei nutzen sie den Einfluß, den sie bei der Zuteilung bayrischer Sendefrequenzen an einheimische wie überregionale Fernsehgesellschaften haben – die Spur des Alten reicht weit.

Strauß favorisiert unter den nationalen Anbietern das konservative Sat-1-Programm. Dort haben der Axel Springer Verlag und ein Strauß-Duzfreund, der Münchner Filmgrossist Leo Kirch, das Sagen. Es müsse „darauf hingewirkt werden", animierte der Bayern-Regent seinen Kanzleichef, daß Sat 1 „die hiesigen Erstfrequenzen zugewiesen bekommt", also die beste Sendekette mit der größten Reichweite in Bayern.

Am liebsten würde der CSU-Vorsitzende gleich die ganze Sat-1-Nachrichtenredaktion aus Hamburg abziehen, die dort von einer Beteiligungsgesellschaft der deutschen Zeitungsverleger, dem „Aktuell Presse Fernsehen" (APF), eingerichtet worden ist. Strauß an Stoiber: „Hier muß noch einmal geprüft werden, inwieweit die Nachrichtenzentrale APF nach München verlagert werden kann." Vor seinem Tod im September 1985 aber hatte der Verleger Axel Springer gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden Peter Tamm entschieden, die Nachrichtensendung (Titel: „Blick") in Hamburg zu produzieren. Stoiber dazu:

> Ich darf Dich an Dein Gespräch mit Axel Springer von 1985 erinnern, der aber leider seine Standortentscheidung Hamburg nicht mehr umstoßen wollte. In all meinen Gesprächen mit Tamm oder Leo Kirch weise ich immer wieder auf die Notwendigkeit der Verlegung nach München hin und bekomme auch langfristige Versprechungen. Allerdings glaube ich nicht daran.

Geschaßter Postpräsident Meier
Staatliche Denunziation

Staatsminister Stoiber will, wie er seinem Kabinettschef erläuterte, den Sender Sat 1 „ohne sichtbare Gegenleistungen hinsichtlich Standort, Nachrichtenzentrale, Produktion usw." nicht allzusehr bevorzugen. Lieber sei es ihm, den bayrischen Einfluß auf den in Luxemburg gegründeten Konkurrenzsender RTL plus zu verstärken, wo neben dem 40-Prozent-Gesellschafter Bertelsmann inzwischen auch der Münchner Burda-Verlag mit zwei Prozent eingestiegen sei. Stoibers Strategie:

> Unsere Politik bezüglich RTL war darauf ausgerichtet, eine Anbindung von RTL an das konservative Lager zu sichern bzw. ein Abgleiten von RTL nach links zu verhindern . . . Die Beteiligung von Burda an

RTL plus würde trotz des geringen prozentualen Anteils den Aufbau des Standorts München von RTL plus weiter sichern, eine deutsche Mehrheit in der Gesellschaft schaffen und auch politisch positiv wirken (die „FAZ" hat bereits 1 Prozent der Anteile).

Bei all seinen Interventionen hat Stoiber stets darauf geachtet, den Strauß-Freund Leo Kirch bei Laune zu halten. Er habe jeden Schritt „mit Leo Kirch im einzelnen besprochen und auf größtmöglichen Konsens geachtet", versichert er dem Chef: „Kein Gespräch mit RTL oder Bertelsmann ist ohne diesbezügliche Information geführt worden." Ohnehin werde es zu „einer gewissen Bevorzugung von Sat 1 bei der Frequenzverteilung" kommen.

Worum es bei all den komplizierten Absprachen geht, ist klar: Überall im Bundesgebiet toben Verteilungskämpfe um neue Funk- und Fernsehkanäle, an denen sich Medienkonzerne und Zeitungsverlage, Radiohändler, Banken und Zahnärzte beteiligen. Nach dem Beginn der großflächigen Verkabelung, die nur relativ langsam vorankommt, gab die Post inzwischen auch drahtlose Frequenzen frei, die von Funkmasten und Fernsehtürmen direkt in die Hausantennen strahlen sollen. Die ersten Privatfernseh-Sender sind in Betrieb, etwa in Mainz und Berlin, Koblenz und München, weitere werden gebaut oder geplant.

Bundesweit sollen in rund 65 Großstädten und Dutzenden kleinerer Gemeinden mindestens zwei nationale private Vollprogramme senden:

- ▷ das Mainzer Sat 1, ein Zusammenschluß von rund 140 Presseverlagen und der Frankfurter DG Bank, die auch den Filmgroßkaufmann Leo Kirch finanziert, und
- ▷ das Luxemburger RTL plus, das unter deutscher Beteiligungsmehrheit (neben Bertelsmann und Burda die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung") seit Jahresbeginn überwiegend aus Köln gesendet wird; in München entsteht, gemäß Absprache mit Stoiber, ein süddeutsches Betriebszentrum.

Die Sendungen der beiden überregionalen Konkurrenten, die den ganzen Tag lang nebeneinander und gegeneinander Filme, Shows und Nachrichten ausstrahlen, werden in Ballungsgebieten frühabends zeitweise ausgeblendet und durch Lokalprogramme ersetzt. Diese sogenannten lokalen und regionalen „Fenster" finanzieren sich durch Werbeaufträge einheimischer Möbelmärkte, Autohäuser und Brauereien – möglichst üppig, versteht sich, denn nur so kann in München der Hauptanbieter gedeihen, der Privatsender „tv weiß blau" des Werbekaufmanns Franz Georg Strauß.

In der Bayern-Hauptstadt sendet Sat 1 seit rund 15 Monaten auf kabelunabhängiger Frequenz. Und im Vorabendprogramm, wenn die Sat-1-Sendungen in Mainz, Berlin oder Koblenz weiterlaufen, geht in München auf der Sat-1-Welle das erste lokale Fernsehfenster der Republik auf.

Medienbeobachter Stoiber*: „Auch politisch positiv wirken"

Sichtbar wird da um 17.50 Uhr ein musikalisch eingeläutetes Buchstaben-Mosaik mit dem Signum des Senders, das sich auf 20 bayrischen Rauten ins Bild schwingt: „tv weiß blau". Doch dann folgt in der privat finanzierten Telestunde „Guten Abend München" oft nur noch gähnende Langeweile (siehe Kasten Seite 56). Nach Ende der lokalen Sendezeit setzt um 18.45 Uhr in München das ausgeklinkte Sat-1-Programm wieder ein.

Bei dieser Technik des Ein- und Ausklinkens vollzog sich am Montag letzter Woche ein Wechsel, den Vater und Sohn Strauß für überaus wichtig halten – sozusagen die Wende im Schicksal des bislang so erfolglosen Medienkaufmanns Franz Georg Strauß.

Bisher war das Münchner Lokalprogramm von einem Postsender in Hauptbahnhofnähe ausgestrahlt worden, dessen Sendeleistung die Straußens für zu schwach hielten und den sie deshalb für die Pechsträhne von „tv weiß blau" wesentlich mitverantwortlich machten. Jetzt aber strahlt das Lokalfernsehen hoch vom Olympiaturm auf die Bayern-Metropole und die angrenzenden Trabantengebiete hinunter, so daß nach Berechnungen der Experten wesentlich mehr TV-Zuschauer erreichbar sind als bisher: mindestens anderthalb, vielleicht sogar zwei Millionen statt der zuletzt angeblich nur 400 000 Zuschauer.

Damit, so hofft die Strauß-Firma, werde nun endlich die Not bei „tv weiß blau" ein Ende haben, denn mehr Zuschauer können höhere Einschaltquoten für die lokale Fernsehwerbung bringen, und daran hat es bisher gehapert.

Franz Georg Strauß wurde von einer erhofften Schicksalswende allerdings schon einmal enttäuscht. Bis zum Oktober 1986 war sein Programm auf das Strippennetz des zuschauerarmen Kabelpilotprojekts im Münchner Südosten angewiesen. Schließlich hatte sich Edmund Stoiber beim Bundespostminister mächtig ins Zeug gelegt, um den kabelunabhängigen Sendestart zu beschleunigen. In größter Eile wurde der provisorische Postsender nahe dem Bahnhof, in der Münchner Blutenburgstraße, in Betrieb genommen, auf dessen Sendestart Stoiber anfangs so stolz war.

Seither gab es allabendlich bei der Münchner Post die gleiche Prozedur: Am frühen Abend lief über den Blutenburgsender zunächst das Programm der Münchner „Musicbox", die inzwischen bundesweit unter dem Namen „Tele 5" gesendet wird. Dann folgte das damalige Münchner Lokalfernsehen: jeden Tag 105 Minuten Programm von verschiedenen TV-Firmen, allein 75 Minuten täglich von „tv weiß blau". Vom Ende der München-Sendungen bis zum Programmschluß ging dann Sat 1 über den

* Am 13. Oktober 1986 beim Start von 5000 Luftballons zum Sendebeginn des Fernseh-„Kanal 4" in der Münchner Blutenburgstraße.

EPSON bringt es auf den Punkt.

Die Entwicklung des Unternehmens EPSON zum Hersteller für modernste Drucktechnik ist beinahe genauso faszinierend wie die Entstehung der modernen europäischen Kunst. EPSON präsentierte immer rechtzeitig genau die Neuentwicklung, die vom Markt gefordert wurde.

Den ersten Personal Computern stellten wir die erforderlichen Arbeitsplatzdrucker zur Seite. Jahr um Jahr verfeinerten wir das Druckbild bis zur perfekten LQ-Schönschrift. Mit vielen neuen Schriftarten und Varianten. Zugleich machten wir die Bedienung immer einfacher und komfortabler.

So erlaubt es jetzt die geniale neue EPSON Papiersteuerung mit einem Handgriff von Endlospapier- auf Einzelblatt-Betrieb umzuschalten. Von den in Europa produzierten EPSON Druckern dürfen Sie noch mehr solcher zeitgemäßen Entwicklungen erwarten.

Ihr EPSON Fachhändler setzt Sie gern ins Bild. Punkt für Punkt.

EPSON®

SEIKO EPSON CORPORATION: Suwa-shi, Japan; Tel.: (0266) 52-3131; Telex: 3362435 **EPSON DEUTSCHLAND GmbH:** Düsseldorf, Bundesrepublik Deutschland; Tel.: (0211) 56030; Telex: 8584786 **EPSON (U.K.) LTD.:** London, Großbritannien; Tel.: (01) 902-8892; Telex: 8814169 **EPSON FRANCE S.A.:** Paris, Frankreich; Tel.: (1) 47.57.31.33; Telex: 610657 **EPSON ITALIA s.p.a.:** Mailand, Italien; Tel.: (2) 670-9136; Telex: 315132 **EPSON-STI, S.A.:** Barcelona, Spanien; Tel.: (3) 440 – 34 00; Telex: 50129

Sender. Doch der erhoffte Triumph mit dem Drahtlos-Programm wurde zum Fehlschlag. Der Fernsehsender in der Blutenburgstraße konnte angeblich, weil zu schwach, nur ein Drittel der Münchner Haushalte ohne Antennenzusatz erreichen. Entsprechend scharf fiel der Protest aus, den der Ministerpräsident im Juni letzten Jahres, ein gutes halbes Jahr nach dem drahtlosen Sendebeginn, dem Staatsminister Stoiber schrieb:

> Nach nunmehr mehr als einem halben Jahr Sendebetrieb vom Blutenburgturm aus steht fest, daß alle Bedenken, die vor einem Jahr gegen den Blutenburgturm vorgebracht worden waren, richtig waren. Von einer Vollversorgung Münchens, die zugesagt war, kann nicht gesprochen werden.

Richtig wäre es gewesen, belehrte Strauß seinen Kanzleichef, statt dessen gleich einen weiterreichenden TV-Sender auf dem Olympiaturm zu installieren, der für ganz München und Umgebung ausgereicht hätte, statt über den „Blutenburgturm" nur Teile der Stadt zu versorgen.

Doch diese Strauß-Version war so falsch, daß sogar Stoiber ihr widersprechen mußte. Denn vom Olympiaturm konnte wegen notwendiger Vorarbeiten nicht vor Anfang dieses Jahres, vom 11. Januar an, gesendet werden. Deswegen, verteidigte sich Stoiber, hätten ihn die „tv weiß blau"-Macher auch „massiv bedrängt", sich vorrangig um den Sender Blutenburgstraße zu bemühen, weil „jede Woche wichtig sei". Immerhin hielt es der Staatsminister für angebracht, dem gereizten Vater Strauß einen Sündenbock für die Misere des Sohnes zu präsentieren – eine staatliche Denunziation mit Folgen. Stoiber wörtlich:

> Ich darf bei der Gelegenheit auch auf die fast destruktive Haltung des Präsidenten der OPD München (Dipl.-Ing. Alfred Meier) hinweisen, was mich zu vielfältigen Interventionen bei Bundespostminister Dr. Schwarz-Schilling und Staatssekretär Dr. Florian veranlaßt hat. Staatssekretär Dr. Florian hat mir hierzu letzten Freitag berichtet, daß Bundespostminister Dr. Schwarz-Schilling und er den Präsidenten ins Ministerium nach Bonn zitiert und ihm die Zwangsversetzung nach Hamburg eröffnet hätten.

Der Münchner Postpräsident Meier, 54, soviel ist damit klar, fiel einer politischen Intrige zum Opfer – was Stoiber nicht wahrhaben will. Die Post sei unter der Regie von Meier „sehr zögerlich, sehr zurückhaltend und sehr bürokratisch vorgegangen". Aber, so Stoiber: „Ich habe niemals deswegen gesagt, der Meier muß weg." Albert Meier arbeitet jetzt, nach seiner Zwangsabordnung, beim Fernmeldetechnischen Zentralamt in Darmstadt.

Das Debakel mit der Blutenburg-Welle ging in Wahrheit auf das Konto der Programm-Macher selbst. „Ökonomischer Erfolg" beim Rundfunk beruhe „nicht allein auf der Reichweite", hatte Geschäftsführer Wolf-Dieter Ring von der Bayerischen Landeszentrale für Neue Medien (BLM) schon vorher erklärt, sondern „in gleichem Maße auf Fähigkeit und Können bei der Präsentation der Sendungen". Gerade daran fehlte es bei „tv weiß blau", und deshalb wollte auch kaum jemand das Programm sehen. Mit dem abermaligen Senderwechsel, nun auf den Olympiaturm, soll es richtig losgehen. Doch Franz Josef Strauß, der gewiefte Taktiker, hatte zuvor eine besondere Gefahr erkannt: Vom Olympiaturm senden nämlich, statt der einen Welle vom Blutenburgturm, gleich zwei lokale Fernsehfrequenzen. Tagsüber befehden sich dort Sat 1 und RTL plus. Am frühen Abend können dann zwei lokale Fenster nebeneinander gesendet werden – drohende Konkurrenz also für das Strauß-Programm.

Es sei „zu prüfen", wies deshalb der Ministerpräsident seinen Stoiber an, „ob zwei zeitgleich sendende lokale Informationsprogramme Aussicht auf wirtschaftliche Tragfähigkeit haben oder ob eine solche Lösung nicht lokale Programme unmöglich macht". Besser wäre es vielleicht, so Strauß, „auf beiden Frequenzen ein identisches Fenster" zu senden. Das hieß nichts anderes, als daß „tv weiß blau" ohne zeitgleiche Konkurrenz einfach auf beiden Münchner TV-Wellen untergebracht werden sollte.

Wenn es aber doch zu lokaler Konkurrenz käme, so die Strauß-Alternative, dann sollte es auf „einer Frequenz ein lokales Programm" geben, also München-Fernsehen mit „tv weiß blau", auf der anderen Frequenz aber „ein Spartenprogramm" – ein Sammelsurium kleinerer Programmanbieter, die seit längerer Zeit jede Woche mal ein Wirtschafts-, Touristen- und Sportmagazin beisteuern, aber auch Minderheitenprogramme für Behinderte oder den Kirchenfunk.

Diese Sendungen hält Strauß selber für so unattraktiv und kommerziell unergiebig, daß nach seiner Ansicht deren „Plazierung im Umfeld werbefinanzierter Programme Unsinn" wäre. Gerade diese Sendungen aber hatte Strauß für das mit „tv weiß blau" konkurrierende Lokalprogramm vorgesehen – mithin für die RTL-plus-Frequenz.

Auf diese Weise würde Sat 1 mit den seichten, aber vielleicht verbesserungsfähigen „weiß blau"-Sendungen immer noch besser abschneiden als RTL plus mit dem Gewusel vieler uneinheitlicher Spartenanbieter, einem Programm ohne Perspektive. Der zuständige Medienrat, das Proporzgremium der Landesmedienzentrale BLM, setzte die Wunschalternative von Franz Josef Strauß Ende November in einen Beschluß um. Eine

Fernseh-Pressekonferenz bei „tv weiß blau"*: Wettbewerb für andere, Konkurrenzschutz für Strauß

* Im Mai 1987.

Sind die Prognosen für Jahr 2000 noch zu änd

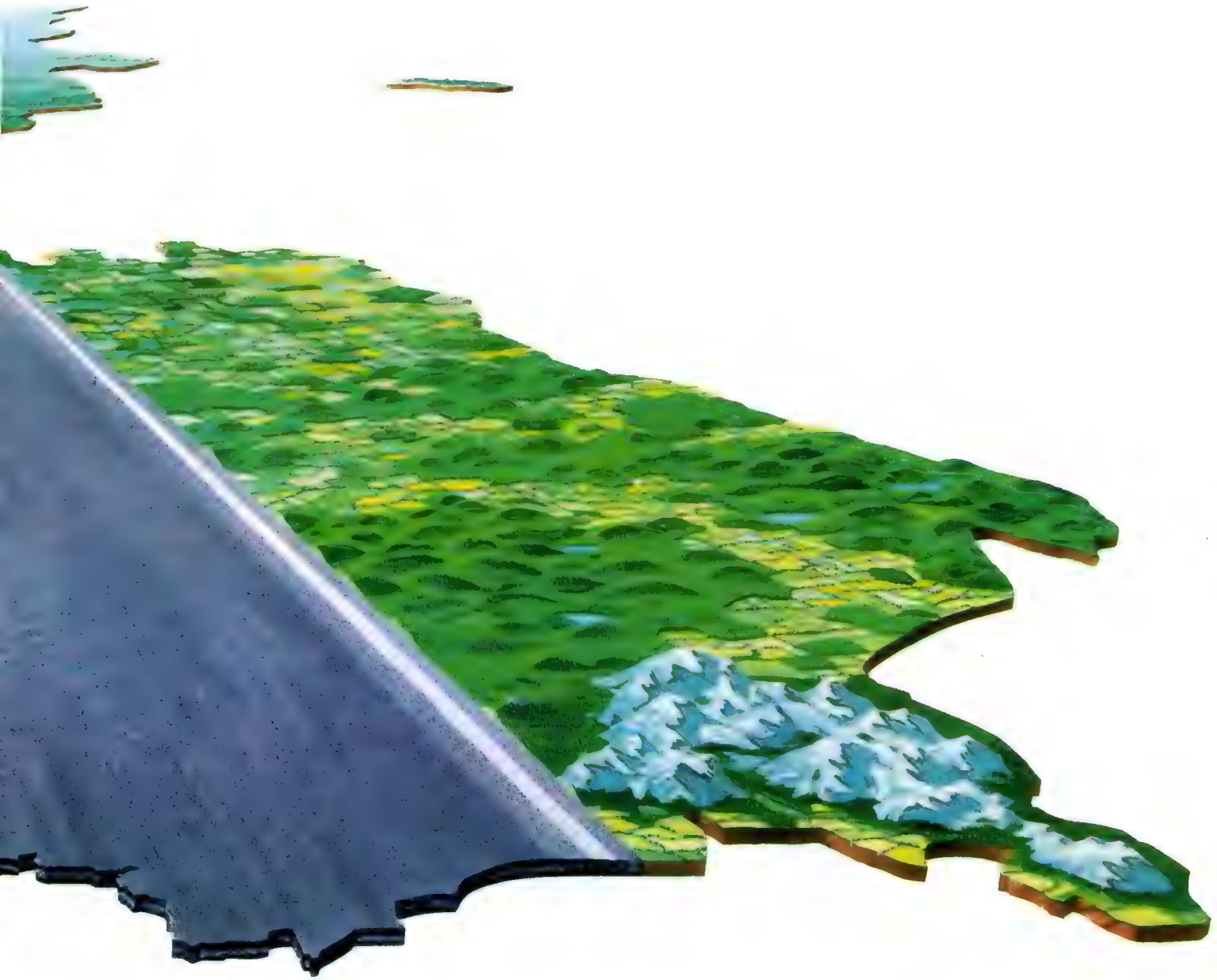
LINTAS:FRANKFURT B 1/88

Laß mal die Bahn ran.

Heute ist schon eine Fläche zweimal so groß wie das Saarland mit Straßen zubetoniert. Jahr für Jahr kommen laut Bundesverkehrswegeplan 100 km Autobahnen, 500 km Fernstraßen und 1000 km Straßen aller Art hinzu.

Schöne Aussichten. Prognosen besagen, daß der Straßengüterfernverkehr im Jahr 2000 mit ca. 475 Mio. t eine Leistung erbringen soll, die mehr als doppelt so hoch ist wie 1970. Der Güterverkehr auf der Schiene wird kaum höher sein als heute, also ca. 300 Mio. t. Die Güterbahn hat ein gut ausgebau-

den Gütertransport im
ern?



tes Schienennetz mit einer Beförderungskapazität von weit mehr als 300 Mio. t. Wird noch die eine oder andere Strecke gebaut, beträgt der Flächenbedarf hierfür 3,1 Hektar je Kilometer im Gegensatz zu 9,2 Hektar je Kilometer Autobahn.
Denn die Trassen der Schienen sind schmal und somit die Eingriffe in die Landschaft gering.

Deutsche Bundesbahn

DB

darauf basierende Entscheidung vom Freitag vorletzter Woche brachte „tv weiß blau" gleich doppelten Vorteil: Erst sendet die Strauß-Welle, sechsmal die Woche, auf beiden Frequenzen gleichzeitig ein 25minütiges Münchner Informationsprogramm. Danach präsentiert „tv weiß blau" eine halbe Stunde lokale Familienunterhaltung nur auf der Sat-1-Frequenz. Währenddessen läuft auf dem RTL-plus-Kanal als wenig attraktive Konkurrenz das Sammelsurium des Sparten- und Magazinprogramms.

Alle Beteiligten fügten sich der schlau eingefädelten weißblauen Lösung, obwohl anderen Anbietern, etwa im Hörfunkbereich, soviel medienpolitische Fürsorge nicht zuteil geworden war. Dort gilt für „Programme, die sich auf Dauer gesehen als wirtschaftlich nicht tragbar erweisen und damit regelmäßig nicht erhalten bleiben", die BLM-Linie des freien Wettbewerbs.

Edmund Stoiber, vom SPIEGEL auf seine Medienpolitik und die Korrespondenz mit Strauß angesprochen, beharrt darauf, daß Bayern „auf die Vielfalt gesetzt" habe. Stoiber: „Zur Relativierung von Meinungsmacht muß ich möglichst viele Anbieter haben."

Anders als in anderen unionsregierten Ländern, sagt der Freistaatsminister, habe es in Bayern keine Distanz zu RTL plus, etwa wegen „linkstendierender Teilhaber", und keine „Präferenz für Sat 1" gegeben. Er habe sich, um „aus dem blöden Schwarzweiß-Denken herauszukommen", dagegen „gewehrt, eine einseitige Medienpolitik zu betreiben".

Im Lokalfernsehen aber, dem Betätigungsfeld von Strauß junior, müsse die „Konkurrenz strukturiert" werden, weil hier „die wirtschaftliche Tragfähigkeit ein wesentliches Element" sei. Stoiber: „Wenn ich ruinöse Konkurrenz nicht verhindern kann, riskiere ich, daß sich lokales Fernsehen überhaupt nicht entwickeln kann."

„Banktechnisch sehr ungewöhnlich"

Die finanzielle Mißwirtschaft des Fernseh-Veranstalters Franz Georg Strauß

Mit seinen leuchtendblauen Augen wirkt Franz Georg Strauß, 26, treuherzig bis zur Harmlosigkeit. Doch bienenfleißig und erfolgshungrig, wie er nun mal ist, wollte sich der stattliche Bayernbub, 1,93 Meter groß, stets gegen den bulligen Übervater profilieren.

Nach Lehrjahren bei der Frankfurter Werbeagentur Benton & Bowles eröffnete der gelernte Werbekaufmann seine eigene Agentur M2 Media, dachte von Beginn seiner beruflichen Laufbahn ans große Geldverdienen. Denn Tüchtigkeit und Leistung gehören durchaus zum bodenständigen Bewußtsein des Juniors, der auf Personalbögen seine Staatsangehörigkeit kokett mit „bayerisch" und seinen Familienstand salopp mit „gesund, aber ledig" angibt.

Als der Funker Franz Georg Strauß Mitte 1984 seinen Bundeswehrdienst abgeleistet hatte, war Marianne Strauß gerade bei einem Autounfall tödlich verunglückt. Eigentlich wollte der Zweitgeborene nicht wieder zu Hause einziehen, doch nach dem Tod der Mutter rückten die Kinder daheim beim Vater in Sendling zusammen, wo Franz Georg auch jetzt noch wohnt.

Die gutturale Strauß-Stimme klingt im jugendlichen Redefluß hörbar durch. Und den deftigen Sprachschatz des Vaters beherrscht der Zögling auch, wie er schon vor sechs Jahren bewies, als er bei der CSU im Landkreis Erding politische Widersacher zwei Stunden lang als „Rindviecher" und „Lumpen" beschimpfte und die sozialliberale Bonner Regierung als die „Deppen da droben" abtat.

Das Charakterbild des Poltergeistes, eines im Grunde „liebenswerten Chaoten", wie ihn Mitarbeiter schildern, spiegelt sich in den Akten des Fernsehsenders „tv weiß blau". Selbst Vater Franz Josef scheint von den kaufmännischen Qualitäten des Sohnes nicht sonderlich überzeugt. Denn „unbedingt zugeraten", sagt Franz Georg über die Haltung des Alten zum Fernsehgeschäft des Jungen, „hat er mir nicht".

Strauß junior ließ sich nicht entmutigen und startete einen Sender, der nun in München Stadtnachrichten, lokale Showeinlagen und Ratespiele mit Sport und Werbung zum besten gibt – auch wenn es um „tv weiß blau" wahrlich nicht zum besten steht. Die Lokalwelle des Jungunternehmers, die sich im Firmennamen mit den Amtsfarben des Freistaats schmückt, leidet bis heute unter einer mißlungenen Medienstrategie.

Die Verheißung des Bundespostministers Christian Schwarz-Schilling, auf beherzte Fernsehunternehmer warte ein „Investitionsstau" von fünf Milliarden Mark, erwies sich schon vor Jahren als leichtfertiges Versprechen.

Doch der junge Strauß, am Privatsender mit 30 Prozent beteiligt, legte beim Sendestart im November 1985 enthusiastisch los. Im Münchner Kabelpilotprojekt, dem unter Führung des Strauß-Spezis Rudolf Mühlfenzl damals gerade

„tv weiß blau"-Partner Hardt, Strauß: „Geldgeber nicht nennen"

APOLLINARIS THE QUEEN OF TABLE WATERS

AUS DIESER QUELLE TRINKT DIE WELT

5000 Haushalte angeschlossen waren, sendete „tv weiß blau“ ein aufwendiges Zweieinhalb-Stunden-Programm. Geld spielte keine Rolle, die Gehälter und Honorare des Senders galten bei den 50 festen und etwa 20 freien Mitarbeitern als „hervorragend“. Ein Moderator, 24 Jahre alt, kassierte pro Monat 5000 Mark, ein freier Mitarbeiter täglich 350 Mark. Die geleaste Studio-Ausstattung verschlang gut drei Millionen Mark – allerhand Geld für wenig Zuschauer bei einer überaus mickrigen Reichweite.

In angemieteten Büros und Studios in einem Gewerbegebiet des Stadtteils Waldtrudering, nahe dem Flughafen Riem, spielten die weißblauen Pioniere allabendlich Fernsehen. Die Geschäftsführung übernahm Hubert Wagner, vorher Kulturreferent der CSU-Landesleitung, der – wie Franz Georg Strauß – 30 Prozent der Anteile hielt. Den Rest teilten sich der CSU-Bundestagsabgeordnete und Medienexperte Josef Linsmeier (20 Prozent) und der Programmproduzent Norbert Handwerk (20 Prozent), der CSU vielfältig verbunden.

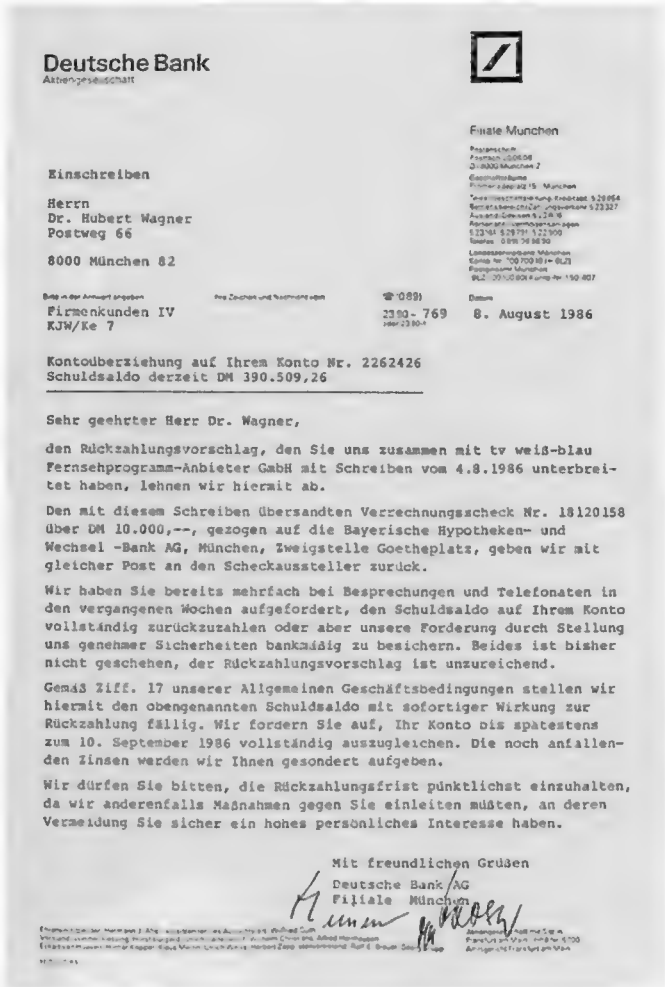
Die vier Gesellschafter, die insgesamt nur ein dürftiges Stammkapital von 100 000 Mark einbrachten, suchten verzweifelt nach Geldgebern, um die lokale TV-Station finanzieren zu können. Aus einem in der Schweiz aufgelegten Kapitalfonds hatte das Fernsehquartett ursprünglich 40 Millionen Dollar beschaffen wollen. Das Finanzkonzept, knapp die Hälfte sollte von amerikanischen Investoren kommen, stammte von dem Münchner Finanzmakler Uwe Woitzig, der dann auch Linsmeiers 20-Prozent-Anteil übernahm.

Strauß mußte später dem weißblauen Herrgott danken, daß sich der Fonds-Plan zerschlug. Denn Woitzig hatte in seinem verwegenen Anlageplan („Akquisition des Kapitals“) mit US-Schatzbriefen und -Schuldverschreibungen famose Sicherungen eingebaut, etwa für den Fall, daß der Dollar-Kurs bis Dezember 1987 „von derzeit 2,61 auf beispielsweise 2,40 fällt“.

Letzten Monat lag der Dollar-Kurs bei 1,60 Mark, und Woitzig sitzt wegen Verdachts der Millionenbetrügerei in anderen Fällen in Untersuchungshaft.

Doch auch ohne den Finanzjongleur, der als Gesellschafter bald wieder ausschied, kam der Strauß-Sender schwer ins Rutschen. Der christsoziale Teilhaber und Geschäftsführer Hubert Wagner, 42, entpuppte sich als glatte Fehlbesetzung.

Der „tv weiß blau“-Chef leistete nicht nur sich selber einen Dienstwagen, auch seine Ehefrau durfte, wie erst später herauskam, mit einem Leasing-Auto auf Geschäftskosten umherfahren. Wagner benutzte einen Euro-Piepser, genehmigte sich selber Darlehen und verteilte großzügig Honorare. Die unbezahlten Rechnungen, darunter „Bewirtungskosten“ des Münchner Restaurants „Valpolicella“ in Höhe von 5000 Mark, die noch ausstehenden Mietzahlungen und Firmenforderungen addierten sich zu



Deutsche Bank
Aktiengesellschaft

Filiale München

Einschreiben

Herrn
Dr. Hubert Wagner
Postweg 66

8000 München 82

Firmenkunden IV
KJW/Ke 7

☎ (089)
2393-769

8. August 1986

Kontoüberziehung auf Ihrem Konto Nr. 2262426
Schuldsaldo derzeit DM 390.509,26

Sehr geehrter Herr Dr. Wagner,

den Rückzahlungsvorschlag, den Sie uns zusammen mit tv weiß-blau Fernsehprogramm-Anbieter GmbH mit Schreiben vom 4.8.1986 unterbreitet haben, lehnen wir hiermit ab.

Den mit diesem Schreiben übersandten Verrechnungsscheck Nr. 18120158 über DM 10.000,--, gezogen auf die Bayerische Hypotheken- und Wechsel -Bank AG, München, Zweigstelle Goetheplatz, geben wir mit gleicher Post an den Scheckaussteller zurück.

Wir haben Sie bereits mehrfach bei Besprechungen und Telefonaten in den vergangenen Wochen aufgefordert, den Schuldsaldo auf Ihrem Konto vollständig zurückzuzahlen oder aber unsere Forderung durch Stellung uns genehmer Sicherheiten bankmäßig zu besichern. Beides ist bisher nicht geschehen, der Rückzahlungsvorschlag ist unzureichend.

Gemäß Ziff. 17 unserer Allgemeinen Geschäftsbedingungen stellen wir hiermit den obengenannten Schuldsaldo mit sofortiger Wirkung zur Rückzahlung fällig. Wir fordern Sie auf, Ihr Konto bis spätestens zum 10. September 1986 vollständig auszugleichen. Die noch anfallenden Zinsen werden wir Ihnen gesondert aufgeben.

Wir dürfen Sie bitten, die Rückzahlungsfrist pünktlichst einzuhalten, da wir anderenfalls Maßnahmen gegen Sie einleiten müßten, an deren Vermeidung Sie sicher ein hohes persönliches Interesse haben.

Mit freundlichen Grüßen
Deutsche Bank AG
Filiale München

Bank-Mahnschreiben an „tv weiß blau“-Chef Wagner
„Anderenfalls Maßnahmen“

einer so hohen Summe, daß die Hausbank rebellierte.

Auch Seine Königliche Hoheit Ernst-Leopold Prinz von Sachsen-Coburg und Gotha, seit Februar 1986 Mit-Geschäftsführer bei „tv weiß blau“ und schon bald gefeuert, schwärzte seinen Kollegen Wagner bei Franz Georg Strauß an. Der Anwalt des Prinzen berichtete von „Ungereimtheiten“ in der Geschäftsführung und speziell davon, „daß angeblich bis zu drei Millionen unbezahlte Rechnungen herumlagen oder versteckt waren“ – was, wie sich Strauß junior erinnert, in der Größenordnung „nicht falsch sein muß“.

Streit gab es beispielsweise um 24 000 Mark für Büromaterial. Prinz von Coburg hatte den Betrag zunächst per Firmenscheck bezahlt, der aber von Wagner gesperrt wurde, und dann „aus Liebenswürdigkeit“ (so sein Anwalt) von einem eigenen Konto überwiesen – weil „tv weiß blau“ damals „zahlungsunfähig war“, so Armin Freiherr von Oefele, der Anwalt des Prinzen.

Wagner aber weigerte sich nach dem Hinauswurf des Prinzen, die 24 000 Mark vom Konto der Fernseh-Gesellschaft abbuchen zu lassen. Er gab der Bank kurzerhand Order, die bereits umgeschriebene Lastschrift wieder auf das Privatkonto des Prinzen zurückzubuchen – „banktechnisch, gelinde gesagt, sehr ungewöhnlich“, so Freiherr von Oefele. „Lieber Herr Strauß“, schrieb Prinz von Coburg, als die Sache vor das Arbeitsgericht ging, „ist diese Entwicklung in Ihrem Sinne?“

Das war sie natürlich nicht. Denn in den Monaten vor der bayrischen Landtagswahl 1986 sollte auf alle Fälle vertuscht werden, daß der jüngste Sohn des Ministerpräsidenten vor der Pleite stand. Schließlich hatte der ältere Strauß-Sohn Max Josef, 28, der seinen Vater gelegentlich ins Morgenland begleitet und dort mißliebige Botschafter vorlaut zusammenstaucht („Seien Sie doch bitte still!“), bei Spekulationen in Kanada gerade drei Millionen Mark aus dem Familienvermögen in den Sand gesetzt.

Nach einer Diskussion im Familienrat sprach Vater Strauß, wie die Zeitschrift „Tempo“ erfuhr, „ein Machtwort“. Jedenfalls flog nach Ernst-Leopold Prinz von Sachsen-Coburg und Gotha bei „tv weiß blau“ nun auch Wagner als Geschäftsführer raus – in gegenseitigem Einvernehmen, versteht sich.

Vorsorglich ließ sich die Strauß-GmbH von Wagner eine eidesstattliche Versicherung über Zahlungsverpflichtungen geben, um auf weitere finanzielle Forderungen vorbereitet zu sein. Wagner mußte alles auflisten, was noch zu bezahlen war, darunter eine Telephon-Anlage der Firma Nixdorf Computer AG, die „mietzinsfrei für 24 Monate“ zur Verfügung gestellt worden war, für die aber „Service-Leistungen und Umbaukosten“ angefallen waren. Wagner-Notiz: „Bisher in Rechnung gestellt wurden DM 11 643,98; bisher bezahlt: 0.“

Wie sein Widersacher Prinz Coburg machte auch Wagner bei seinem erzwungenen Abgang geltend, er habe Privat-

Medienunternehmer Kirch: „Ein guter Freund von meinem Papa"

geld für die Firma verbraucht – nur ein bißchen mehr. Auf seinem Konto Nummer 2262426 bei der Deutschen Bank, Filiale München, hatte sich ein Kreditsaldo von 390 509,26 Mark angesammelt. Die „tv weiß blau" GmbH mußte dafür geradestehen.

Doch mit dem Vorschlag, den Kontokorrent-Kredit in monatlichen Raten von 10 000 Mark abzutragen, war die Bank wegen fehlender Sicherheiten nicht einverstanden. Sie stellte den Schuldsaldo, obwohl „tv weiß blau" ihn akzeptierte, „mit sofortiger Wirkung zur Rückzahlung fällig" und bat Wagner schroff, die einmonatige Frist „pünktlichst einzuhalten, da wir anderenfalls Maßnahmen gegen Sie einleiten müßten, an deren Vermeidung Sie sicher ein hohes persönliches Interesse haben".

Franz Georg Strauß, der Gesellschafter blieb und vorübergehend 60 Prozent der Anteile hielt, mußte dringend neue finanzstarke Teilhaber suchen. Er begnügte sich, vom Sommer 1986 an, wieder mit 30 Prozent. Die restlichen 70 Prozent an der TV-Firma übernahm der Münchner Filmproduzent Claus Hardt, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Fernsehfilmproduzenten; das Stammkapital wurde auf zwei Millionen Mark erhöht. Doch Hardt gibt ohne Umschweife zu, daß er nur als Strohmann fungiert: „Ich will meine Geldgeber nicht nennen, aber ich bin das nicht."

Wer der Retter nun war, der die Pleite mit einer Finanzspritze abwenden half, läßt auch Franz Georg Strauß offen. Der Münchner Baulöwe Josef Schörghuber, versichert er, sei es trotz gegenteiliger Gerüchte „auf keinen Fall". Über den Rosenheimer Fleischfabrikanten Josef März, einen Freund der Familie, äußert er sich weniger entschieden. Doch der ist es offenbar auch nicht.

Denn März, in dessen Villa Franz Josef Strauß letztes Jahr seinen 72. Geburtstag feierte, lehnte die Mäzenatenrolle ab. Die leitende „tv weiß blau"-Mitarbeiterin Renate Piller, zeitweise zuständig für die Fernsehwerbeeinnahmen, hatte sich von den März-Firmen Marox und EKU (Brauerei in Kulmbach) Werbeaufträge für die wöchentliche Sportsendung erhofft. Der Fleischhändler zeigte in einem Brief an die „sehr verehrte Frau Piller" zwar „großes Verständnis" für die Anfrage, verwies aber auf die „großen Beträge", die er in das Rosenheimer Eishockey investiere, und bedauerte, „eine solche Sache nicht aus der Hand schütteln zu können".

Dabei ist die Dame, die bei „tv weiß blau" stets mit „i.A. Piller" zeichnete, der Familie Strauß besonders verbunden. Die Salzburgerin, 43 Jahre alt, attraktiv, geschieden und den Münchner Journalisten als frühere Pressedame der Mode-Woche wohlbekannt, begleitete den Ministerpräsidenten im vergangenen Jahr bei allerlei öffentlichen Veranstaltungen und auch privat. Sie war bei Empfängen, im Biergarten des Feine-Leute-Wirts Käfer und beim Wiener Opernball dabei. „Bild" stellte die Österreicherin als „die Neue an der Seite von FJS" vor, und nach gemeinsamem Urlaub in Spanien orakelte auch die „Zeit": „Flirt? Liebe? Heirat?"

Die Verbindung zu Strauß senior ist geblieben, die zu Sohn Franz Georg hat sich gelockert. Im Spätsommer letzten Jahres schied die Werbe-Koordinatorin Renate Piller aus, obwohl sie – so die Geschäftsführung – „zum einen eine sehr qualifizierte, zum anderen eine unentbehrliche Angestellte" war.

Auch in der Redaktion gab es personelle Umbesetzungen. Dem Chefredakteur und Programmdirektor Julian Gyger, einst Pressesprecher der FDP- und künftig der SPD-Landtagsfraktion, wurde gekündigt, mit ihm zwei Redakteurinnen. Gyger hatte sich geweigert, sechs seiner elf Mitarbeiter zu feuern, und daß eine Reihe von Gehalts- und Honorarschecks geplatzt waren, hatte ihm auch nicht gepaßt.

Doch als im Sommer vorletzten Jahres 40 festangestellte und freie Fernsehschaffende schon mit ihrer Kündigung rechneten, war plötzlich wieder Geld und auch ein neuer Chefredakteur da: Waldemar Hartmann, ein Reporter des Bayerischen Rundfunks, der sich im Freistaat mit militant konservativen Tiraden gegen Demonstranten am Bauzaun in Wackersdorf hervorgetan hatte.

Auch der neuberufene „tv weiß blau"-Geschäftsführer Hermann Mayer, ein

Medienmanager Mühlfenzl, Wagner
„Ist diese Entwicklung in Ihrem Sinne?"

Es lebe die Flexibilität

Renault 21 Nevada Familiale **mit Platz für Sieben**

Mit dem Renault 21 Nevada kommen für Anhänger der Vielseitigkeitstheorie jetzt völlig neue Aspekte ins Spiel. Denn bei seiner Konzeption entwickelten Renault-Techniker eine sehenswerte Synthese aus Combi und Limousine. So setzten Sie den Nevada nicht nur stylistisch gekonnt ins Bild, sondern

verlängerten seine Mitte um 15 Zentimeter und vergrößerten seinen Radstand. Ergebnis: großzügige Platz- und Heimvorteile in punkto Raumangebot, Fahrkomfort, Kurven- und Fahrsicherheit.

Erstaunlich vielseitig auch die Verwandlungsfähigkeit des Renault 21 Nevada Familiale: Er bietet Platz für Sieben. Sein Gepäckraum läßt sich in drei Stufen bis auf 1,7 Kubikmeter Fassungsvermögen vergrößern. Bei 530 Kilo erlaubter Zuladung nimmt der Nevada so mit Leichtigkeit noch jede Menge Koffer oder Hobbyausrüstung mit auf die Reise. Vorausgesetzt, Sie verwandeln die dritte Sitzreihe nicht in eine gepolsterte Spielwiese für die nachste Hockey-Saison.

Renault 21 Nevada – zukunftsweisende Technologie mit Motoren von 1,8 l bis 2,2 l (48 kW/67 PS bis 79 kW/108 PS). Als Benziner mit Katalysator, als Diesel oder Turbo-Diesel.

Fragen Sie Ihren Renault-Partner. Er zeigt Ihnen gerne viele Mittel und Wege, Ihre Flexibilität voll ausspielen zu können, informiert über Leasing- und Finanzierungsangebote der Renault-Bank und den neuen Plus-Garantievertrag (3 Jahre ab Erstzulassung, max. 100.000 km). Schließlich ist jeder Renault nicht nur eine Klasse für sich, sondern ganz individuell auch eine für Sie. Renault 21 Nevada TL Kat (Fünfsitzer) für DM 21.100,–. Unverbindliche Preisempfehlung ohne Überführung. Renault in Btx * 25151 #.

RENAULT

Autos zum Leben.

Renault empfiehlt elf Motorenöle.

„Echte Alternative zum Jodeln“

Das Programm des Münchner Privatsenders „tv weiß blau“

Nach einer etwas elegischen Kennmelodie müht sich der Münchner Privatsender „tv weiß blau“ stets um die rechte Komposition seiner Lokalnachrichten.

Einem Film über die jährliche „Volkszählung im Tierpark Hellabrunn“ und einer Werbeeinblendung für „Sheba“-Katzenfutter folgt ein Bericht über grüne Proteste gegen die Speicherung der Daten von Volkszählungsgegnern – vom Nachrichtensprecher folgendermaßen auf die Reihe gebracht: „Vom Tier zurück zum Menschen, auch wenn dieser Unterschied nicht immer offensichtlich ist.“

Über Fußball und Tennis findet die Nachrichtenschau „Guten Abend München“ unschwer zum Neujahrsempfang des Ministerpräsidenten Strauß – auch dies ja körperliche „Schwerstarbeit für alle Beteiligten“. Das stundenlange Defilee muß sogar der sonst eher stoff- und themenarme Sender im Zeitraffer laufen lassen, was den festlich gekleideten Gästen Possierlichkeit nach Stummfilm-Art verleiht.

Beim Interview mit Strauß geht's dann aber im Normaltempo weiter, sonst hätte man womöglich in der Fistel-Stimmlage eines Schlumpfs hören können, was Franz Josef Strauß, leicht sibyllinisch, über seine Wünsche für 1988 äußert: „Ich hab' am Beginn eines Jahres immer Vorsätze und Wünsche, die sind aber so privat, daß ich sie am Fernsehen nicht äußern würde.“

Den größeren Teil der Abendsendung von „tv weiß blau“ verschlang dann, Mittwoch letzter Woche, die Serie „Kein Pardon für Engel“, diesmal unter dem Titel „Ein falsch gefalteter Fallschirm“ ein heißer Entführungsfall.

Trotz neuem Jahr und neuem Sender (auf dem Münchner Olympiaturm) also das alte Strickmuster für das Programm – nach wie vor Serien aus den USA, Kurznachrichten und Tips für Heizöl und Hundesteuer, dazu ein paar selbstproduzierte Filmberichte, je nichtiger, um so länger.

So ist schon erstaunlich, wie lange ein „Oberkellner des Jahres“ das Publikum unterhalten kann. Die Darstellung eines genüßlich ausgedehnten Serviervorgangs mit mehreren Gängen bis hin zur Ausfertigung der Rechnung bringt ordentlich Sendezeit.

Die ausgewalzte Kellner-Saga aus der Vorweihnachtszeit ist freilich noch lange nicht das längste Werk des Abends. „tv weiß blau“ hat in seiner Lokalschau auch noch zwölf Minuten lang die „Isar-Möven“ zu bieten, die ausgerechnet im Münchner Hofbräuhaus die „musikalische Flagge der Matrosen hochhalten“ – laut Sender „eine echte Alternative zum Jodeln“.

Von den gesanglichen Darbietungen einmal abgesehen, läßt sich im Interview mit einem Chor natürlich allerhand zeitgenössisches Gedankengut unterbringen – bis hin zur Gleichberechtigung der Frau: „Bei uns dürfen Damen sogar selber mitsingen.“

Und wenn im Wetterbericht mal ein Fehler unterläuft, etwa die „Schneefallgrenze auf 2000 Mark ansteigt“, dann tritt ziemlich zerknirscht gleich der Chefredakteur des Senders ans Mikrophon: „Ja, das ist schon ein unbarmherziges Geschäft hier im Studio vor der Kamera. Nichts wird einem verziehen, jeder Fehler registriert.“

Etwas so Besonderes ist das aber auch wieder nicht, denn Chefredakteur Hans-Peter Ziegler ist ja auch der Nachrichtensprecher und der Moderator, sozusagen der Mann für alles bei „tv weiß blau“ – eine kostensparende Ein-Mann-Konstruktion.

Ministerpräsident Franz Josef Strauß wird bei „tv weiß blau“ eher selten vorgezeigt. Einen Exklusiv-Videofilm vom Besuch des Vaters im Moskauer Kreml hat Strauß-Sohn Franz Georg „nur als Familienerinnerung“ gedreht.

Für das weniger Offizielle im Sender sorgt Stephan Keßler, Sohn des langjährigen Staatskanzlei-Chefs Rainer Keßler. In seiner Ratesendung „Olaf go!“, bei der Zuschauer die Fahrtrichtung einer gefilmten Autofahrt voraussagen sollen, trifft er den richtigen Ton: „Magst a Jeans? Sag bloß net naa!“

Und in der nötigen werbewirksamen Breite vermag er den Hauptpreis darzubieten: ein Essen in der von CSU-Generalsekretär Gerold Tandler mitgegründeten Bavaria Hotelfachschule in Altötting.

Die Serien, die das Programm von „tv weiß blau“ zeitlich wie qualitativ überlagern, sind natürlich keine Eigenleistungen, sondern Leihgaben des großen Bruders Sat 1. Eine Passage aus der Serie McGyver klingt nicht nur für „tv weiß blau“ beinahe anzüglich: „Wenn wir den Zentralcomputer abschalten, werden automatisch alle Programme gelöscht.“

Eine schöne Fiktion.

Früherer „tv weiß blau“-Chef Hartmann
„Sender in schiefem Licht“

gewiefter Rechtsanwalt, brachte als Schatzmeister der Jungen Union Oberbayern den erforderlichen Stallgeruch mit. Ihm zur Seite als Geschäftsführer stand fortan Dietrich Langbein, dem die „Süddeutsche Zeitung“ einen Werdegang bescheinigt, der „direkt zu dem Münchner Filmhändler Leo Kirch“ führe.

Den Namen Kirch, sagt Franz Georg Strauß lächelnd, wolle er weder bestätigen noch dementieren: „Kirch ist, wie man weiß, ein guter Freund von meinem Papa.“ Es seien „mehrere Finanziers“ im Spiel, was auch Mitgesellschafter Hardt bestätigt: „Private Geldgeber und Banken.“ Das „Ziel der Finanzierung“ sei aber nicht, betont der Junior, daß die Gesellschafter Strauß und Hardt „später für einen anderen zurücktreten, wir sind keine Treuhänder“. Allenfalls könnte mal „ein Dritter hinzukommen“.

Auffällig ist jedenfalls die Vorzugsbehandlung, die Sat 1 dem Münchner Sender angedeihen ließ, offenbar unter Kirchs Patronat. „tv weiß blau“ erhielt über ein Jahr lang die Sat-1-Nachrichten vertragsgemäß „unentgeltlich“ zur Ausstrahlung und bekommt amerikanische Serien im Gegengeschäft für Filmmaterial aus München. Auch wurde den Münchnern das Recht eingeräumt, lokale Programme auf Sat-1-Frequenzen künftig bayernweit zu verbreiten. Vor lauter Goodwill für „tv weiß blau“ übersah Sat-1-Geschäftsführer Jürgen Doetz, daß solche Rechte bereits anderen bayrischen Sat-1-Gesellschaftern zustehen.

So spricht vieles dafür, daß der Medienzar Leo Kirch, der die Filmgruppe Beta/Taurus dirigiert und am Axel Springer Verlag beteiligt ist, insgeheim auch bei „tv weiß blau“ Geld investiert und für Strauß-Sohn Franz Georg bürgt. Dessen Kredite werden jedenfalls, wie

der Junior versichert, „normal verzinst". Claus Hardt bedient seinen 70-Prozent-Anteil, für den er selbst nicht geradesteht, mit regelmäßigen Überweisungen, die der junge Strauß dann „im Auftrag von und für Herrn Claus Hardt" in den Geschäftsbetrieb einspeist – so beispielsweise jene 500 000 Mark Anfang 1987, die Franz Georg Strauß ausdrücklich als „nicht von mir persönlich oder der M2 Media Werbegesellschaft mbH" deklarierte.

Doch auch die Hilfe fremder Finanziers konnte Strauß junior nicht von der Lotterwirtschaft seiner Agentur M2 Media befreien. Noch im Februar 1987 stellte er der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank eine selbstschuldnerische Bürgschaft aus – für deren „Ansprüche gegen Firma M2 Media Werbegesellschaft" bis „zur Höhe von DM 1 600 000,-- zuzüglich Zinsen usw.", so ein Schreiben der Bank. Doch inzwischen hat Inhaber Strauß das Personal seines defizitären Ladens verringert und führt die Gesellschaft als juristische Person weiter, bei der unverändert sein 30-Prozent-Anteil an „tv weiß blau" geparkt ist.

Im Hauptjob ist der Werbemann jetzt Geschäftsführer der Gesellschaft Private Rundfunkwerbung, die anstelle der M2 Media die Fernsehwerbung für „tv weiß blau" akquiriert. Zugleich fungiert der Jung-Manager bei „tv weiß blau" praktisch als Generalunternehmer und Ansprechpartner der beiden Geschäftsführer, der sich um alles kümmert.

Der Filius des Ministerpräsidenten, der laut offizieller Vereinbarung für seine Werbetätigkeit monatlich 7000 Mark Honorar bezieht, spielte aus Furcht vor der Pleite plötzlich den Sparkommissar. TV-Mitarbeitern empfahl er, Besprechungen „nicht unbedingt in den teuersten Lokalen" abzuhalten. Und „nicht jedes Team, das einen kurzen Dreh im Hilton macht", mahnte er, „muß dort gleich die Bar intensiv frequentieren".

Als Werbekaufmann entfaltete Franz Georg Strauß besondere Aktivitäten, um schnell an Geld zu kommen. Bei der Kraftwerk Union AG (KWU) in Erlangen, die für die politische Rechte gern etwas abzweigt, fand er werbewillige Geschäftspartner. Die Atommanager schalteten 31 Spots (Motto: „Tschernobyl ist nicht überall") für insgesamt 339 264 Mark, bei denen nicht klar zu erkennen war, ob es sich um bezahlte Werbung oder redaktionelle Beiträge zum Wohle des Kernkraftunternehmens handelte.

Die „Häufigkeit der Werbeschaltung", täglich Kernkraftfilme von fünf bis sieben Minuten Länge, schien selbst dem Chefredakteur Hartmann sehr „problematisch". Es bestehe „die Gefahr", schrieb er in einer „internen Mitteilung" an die „tv weiß blau"-Geschäftsführer, „daß das Bild unseres Senders wegen einer wirtschaftlich sicherlich wichtigen Entscheidung in ein schiefes Licht gerät". Er traue sich zwar zu, „mögliche Diskussionen" innerhalb der Redaktion „in den Griff zu bekommen", aber die massive KWU-Werbung mache eine „Image-Verbesserung des Senders in Zukunft sehr schwierig".

Immer wieder legten Strauß-Mitarbeiter ihrem Chef Aktennotizen auf den Tisch, in denen sie über das „Negativ-Image" des Senders und der Agentur berichteten. „Wußten Sie nicht", wurde eine Kollegin „im Rahmen eines Finanzierungsgesprächs" unterrichtet, „in welchen finanziellen Schwierigkeiten sich Herr Franz Georg Strauß auf Grund seines Senders befindet?"

So spendabel wie die KWU war sonst niemand, mehr als ein paar tausend Mark nahm der Sender pro Tag selten ein, manchmal auch weniger. Alle vier Wochen addierte sich das Defizit auf 800 000 Mark, wovon der zeitweilige Programmpartner von „tv weiß blau", die „Mediengesellschaft Bayerischer Tageszeitungen" (mbt), jeweils die Hälfte übernahm. Doch als nur „spektakuläre Kosten" anfielen, ohne daß sich die „Süddeutsche Zeitung", Hauptgesellschafter der mbt, im Programm „aktiv präsentieren" konnte, wie der beteiligte „Abendzeitung"-Verleger Johannes Friedmann monierte, stieg die Zeitungsgruppe Ende Juni letzten Jahres aus dem weißblauen Verbund wieder aus.

Strauß junior konnte die vorher geteilten Programmkosten allein nicht tragen und mußte seine „tv weiß blau"-Zuschauer fortan mit einem Rumpfprogramm bedienen – weniger aktuelle Filmnachrichten, mehr fremdproduzierte Serien, viele Wiederholungen und kaum noch selbstrecherchierte Beiträge, bei alledem zu wenig Werbung wie bisher.

Franz Josef Strauß ärgerte sich, daß ein so reiches Haus wie der Süddeutsche Verlag den Sohn im Stich gelassen hatte. Der CSU-Regierungschef wandte sich gegen die Zeitungsverleger und bestärkte seinen Medienkontrolleur und Staatsminister Edmund Stoiber in der Absicht, „daß der Anteil der Verlagshäuser in den Neuen Medien begrenzt gehalten werden soll" (Strauß).

Nach einer Neufassung des bayrischen Medienerprobungsgesetzes, der Grundlage des Privatfunks und -fernsehens im Freistaat, dürfen marktbeherrschende Presseverlage im Verbreitungsgebiet nur noch Drittelanteile an den Programmen erwerben – damit, so Strauß, keine „multimedialen Meinungsmonopole Platz greifen". Alle Verlagsproteste gegen die Beschränkung fruchteten nichts. Der gekränkte Landesfürst hatte es ihnen heimgezahlt.

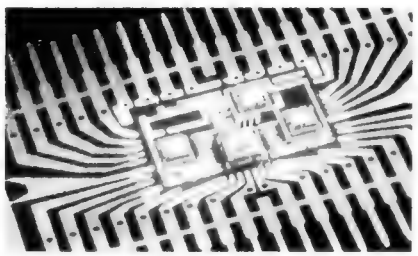
Ex-„tv weiß blau"-Mitarbeiterin Piller, Freund*: „Eine unentbehrliche Angestellte"

Bis heute wirkt sich in der Mangelwirtschaft bei „tv weiß blau" der Fehlstart des Jahres 1985 aus – mit einem Budget, das schon für die ersten Sendemonate Ende 1985 die stattliche Summe von 2,23 Millionen Mark vorsah.

Anschließend sollten jährlich 7,68 Millionen Mark für Programm, Personal und Material ausgegeben werden – viel zu hohe Beträge für ein lokales Sendevorhaben auf Pump, die dann durch Wagners Mißwirtschaft auch noch außer Kontrolle gerieten.

Selbst finanzstarke Unternehmen kalkulieren wesentlich vorsichtiger. Die

* Mit Franz Josef Strauß auf dem Wiener Opernball im Februar 1987.



EIN LAND NIMMT KURS
AUF DAS JAHR 2000.

Mit der Geburt der Europäischen Gemeinschaft haben sich die Perspektiven für das Land Rheinland-Pfalz einschneidend verändert. Aus dem strukturschwachen Grenzland wurde eine europäische Zentralregion.

Mit entsprechenden Konsequenzen für die Wirtschaftskraft des Landes. 1960 noch Schlußlicht unter den Bundesländern, hat das Land seitdem einen steilen Aufschwung vollzogen – Resultat einer konsequenten Strukturpolitik.

Seit 1969 wurden z.B. rund 110.000 neue Arbeitsplätze mit öffentlichen Mitteln in mehr als 5.700 Betrieben eingerichtet. Das Innovationsklima wurde gezielt verbessert. Mit bis zu 50 Prozent beteiligt sich das Land heute an der Entwicklung vielversprechender neuer Produkte und Verfahren. War früher die Chemie in Rheinland-Pfalz allein führend vertreten, so nehmen heute der Automobilbau und seine Zulieferindustrien sowie die Mikroelektronik wichtige Positionen ein.

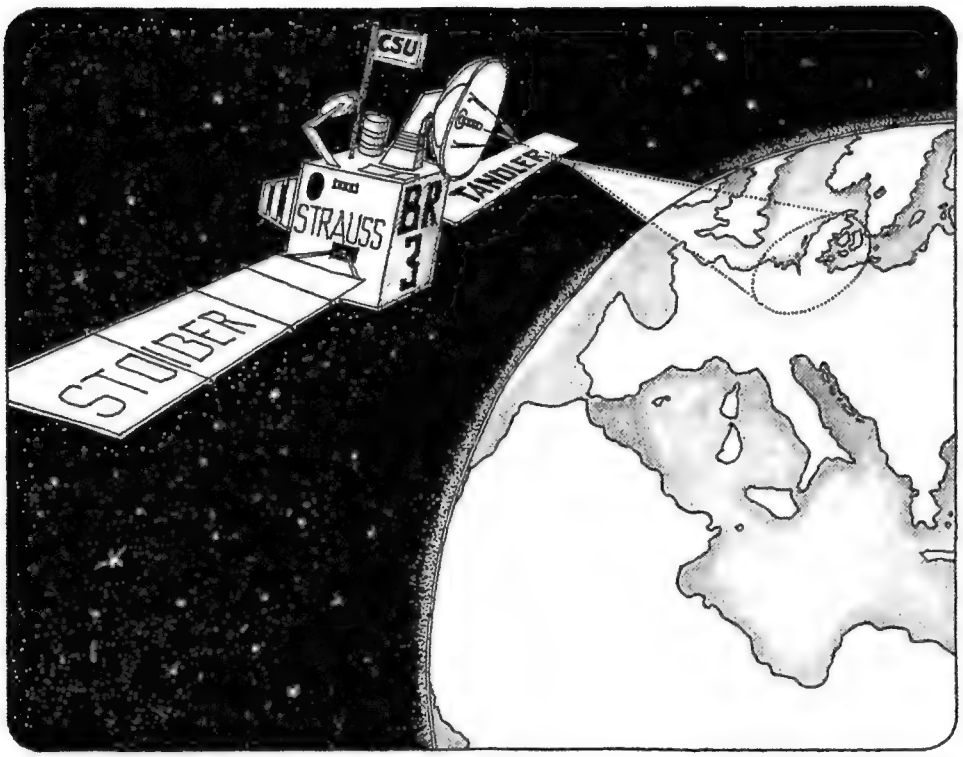
Allein die IBM-Ansiedlung in Mainz – eine der bedeutendsten Produktionsstätten des Unternehmens in Europa – hat den Zuzug einer ganzen Reihe von weiteren Unternehmen der Mikroelektronik bewirkt.

Zentrale Lage in Europa, exzellente Verkehrsanbindungen, überproportional gut ausgebildete Arbeitskräfte, dazu ein Markt von rund vierzig Millionen Verbrauchern im Umkreis von 100 Kilometern – Rheinland-Pfalz ist heute attraktiv. Die wachsende Zahl von Existenzgründungen in den vergangenen zehn Jahren belegt dies.

Landesbank in einem Land zu sein, in dem sich so viel bewegt, ist für uns eine besondere Herausforderung. Denn es verlangt, daß wir uns als flexible, vielseitige und innovationsfreundliche Gesprächspartner bewähren, wo immer wir im Rahmen dieser Entwicklungen als Bank und Partner der Wirtschaft gefragt sind. Wir wünschen uns, daß auch Sie diese Erfahrung mit uns machen, möglichst nicht erst im Jahr 2000.

LANDESBANK RHEINLAND-PFALZ

DUVENBACK GUENTHER BAGINSKI & PARTNER



Süddeutsche Zeitung

Endlich Bayerisches Fernsehen auch für die „Preissn"

Mannheimer Haas-Gruppe („Mannheimer Morgen") etwa setzt bei ihrem Rhein-Neckar Fernsehen die Untergrenze für ein Lokalprogramm bei fünf Millionen Mark an. In München aber sollten nach dem Startbudget der weißblauen Mikrowelle von September 1985 bis Ende 1988 insgesamt 25,27 Millionen Mark verbraten werden.

Durch die „beabsichtigte Reduzierung des redaktionellen und technischen Personals", schrieb Chefredakteur Hartmann im Mai letzten Jahres der Geschäftsführung, könne er „keine Gewähr mehr für die bisherige Sendeform geben". Hartmann schied im Spätsommer aus.

Franz Georg Strauß hatte sich zwischenzeitlich von Thomas Zecher, Werbefachmann der Münchner „Blue Box Videoproduktionsgesellschaft", ein neues Konzept zur Programmgestaltung fertigen lassen, das „Voraussetzungen für den finanziellen Erfolg" auflistete. Das Konzept war klar: Werbekunden bestimmen das Programm.

Weil die „tv weiß blau"-Sendungen „mangelhaft in der Konzeption, im Inhalt und in der technischen Ausführung" seien, so Zechers „Bestandsaufnahme", sei „eine dauerhafte, für den Kunden sinnvolle Werbung nicht erreichbar". Um eine „Signalwirkung für andere Werbekunden" zu erzielen, erfand Zecher („zu Händen von Herrn Strauß") das Projekt „Hertie Sportschau" – eine Fernsehsendung, die im bundesdeutschen TV-Programm einmalig ist.

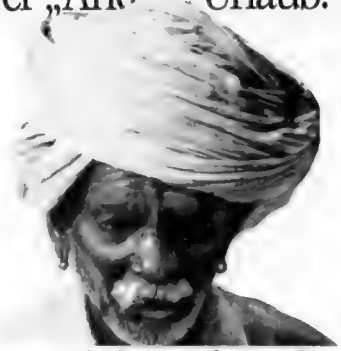
In der „Hertie Sportschau", die aus dem Kaufhaus gesendet wird, darf laut Sendekonzept neben Sportbeiträgen „nur regionale, mit Hertie abgesprochene Werbung laufen" – Devise: „Kein Schappi". Die Vorzugsbehandlung belohnt der Kaufhauskonzern jeden Montag mit 6000 Mark Programmzuschuß.

Beschränkungen im Münchner Privatsender kommen auch anderweitig vor. In Ingolstadt, wo die „weiß blau"-Gruppe bis Mitte November im lokalen Kabelfernsehen mitsendete, wurde von der Münchner Geschäftsführung sogar ein harmloser Aprilscherz zensiert. Ein Skript, das die örtlichen Programm-Macher zur Genehmigung vorlegten, enthielt ein kleines Rollenspiel der Moderatoren:

> Benny: Aus aktuellem Anlaß übergebe ich nun zu Nicole Menz.
>
> Nicole Menz: Auf Anregung unseres Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß führt OB Peter Schnell einen jahrelangen Brauch, den sogenannten Zehnten, wieder in Ingolstadt ein. Alle Gewerbetreibenden und Landwirte werden hiermit laut Beschluß des Stadtrates von Ingolstadt aufgefordert, morgen Vormittag um zehn Uhr beim Pförtner des alten Rathauses ihren Zehnten in Naturalien abzugeben. Auch kleine Gaben sind willkommen. Lebende Tiere wie Hühner, Gänse und Ferkel sind in einem geschlossenen Käfig abzugeben. Die Naturalien werden nach Eingang unverzüglich an karitative Einrichtungen weitergegeben.

Humorlos reagierte Geschäftsführer Hermann Mayer, 32, in einer Aktennotiz an Strauß junior, er werde „Frau Menz bitten, wie geplant zu verfahren, ohne jedoch auf den Bayr. Ministerpräsidenten Bezug zu nehmen. Meinetwegen könnte die ‚Anregung' von einem Bundesminister ausgehen". ◆

Studiosus.
Der „Andere Urlaub."



Das Erlebnis, fremde Länder in ihrer ganzen Vielfalt zu begreifen.

Bei allen Reiseformen, ob Studienreisen, Wander-Studienreisen oder Studienferien, ist es **der Studiosus Studienreiseleiter,** der es versteht, sein Wissen auf ganz persönliche Weise zu vermitteln; er ist es, der neben dem Blick auf das Sehenswerte auch Einblicke verschafft in Kunst und Kultur, in Geschichte und Gegenwart bis hin zu den Menschen im besuchten Land.

Über 270 Studienreisen zur Auswahl:

z. B. in der Türkei	
Große Türkeireise, 15/22 Tg.	ab **2240,–**
Von Istanbul bis Ephesus, 9 Tg.	ab **1640,–**
z. B. in Ägypten/Israel	
Klassisches Ägypten, 15 Tg.	ab **2695,–**
Nilkreuzfahrten, 9/12/14 Tg.	ab **2490,–**
Israel – Heiliges Land, 9 Tg.	ab **2130,–**
z. B. in Griechenland	
Insel Kreta, 8/15 Tg.	ab **1515,–**
Zwischen Athos und Mistra, 15 Tg.	ab **2635,–**
Klassisches Griechenland, 8/15 Tg.	ab **1575,–**
z. B. in Marokko/Tunesien	
Marokko – Hoher Atlas, 15 Tg.	ab **2330,–**
Königsstädte in Marokko, 8 Tg.	ab **1720,–**
Große Tunesienreise, 14 Tg.	ab **2395,–**
z. B. in Indien/ Ferner Osten	
Erlebnis Indien, 15/19 Tg.	ab **4980,–**
Nordindien – Nepal, 21 Tg.	**6450,–**
Burma – Thailand, 22 Tg.	**6480,–**
Große Indonesienreise, 22 Tg.	**6490,–**
z. B. in China	
Peking – Xian – Guilin, 22 Tg.	ab **6150,–**
Höhepunkte Chinas, 24 Tg.	ab **7650,–**

Bei allen Reisen Linienfluganreise, gute bis sehr gute Hotels, viele Reisetermine.

Den ausführlichen Katalog (370 Seiten), Beratung und Buchung in **jedem guten Reisebüro** oder bei

Studiosus Studienreisen
Unverwechselbar in Niveau und Substanz
Postfach 20 22 04, 8000 München 2
Telefon 0 89 / 500 600

Minolta · Weltmarke für Bürokommunikation.

Auf Knopfdruck:

Zoom-Kopien, Farb-Kopien, Kopien von A6–A3. Der Kompakt-Kopierer Minolta EP 370Z macht alles ganz einfach.

In dieser Kopiererklasse sucht er seinesgleichen. Denn wo noch finden Sie einen so leistungsstarken, kostengünstigen DIN A3-Kopierer mit einem so breit ausgelegten Funktionsangebot: Zoom-Automatik für stufenlose Vergrößerungen und Verkleinerungen zwischen 64,0 und 142,0 % von A6 auf A3 und umgekehrt. Mit 4 Schmuckfarben neben Schwarz – wobei auf Tastendruck wechselweise eine 2. Farbe angewählt werden kann. Mit Möglichkeiten zum Editieren, Buchseiten trennen, Stauchen und Strecken, Heftrand bilden. Auf Wunsch auch mit Duplex- und Overlay-Funktion. Und mit einem umfangreichen System-Zubehör. Seine Kopiergeschwindigkeit: 15 piekfeine A4-Kopien/min. – Unter der Bezeichnung Minolta EP 370 gibt es diesen Kopierer auch ohne Zoom-Technik.

Jetzt neu: Telefaxen in Minolta-Qualität!

☐ Bitte informieren Sie mich ausführlich über den Kompakt-Kopierer Minolta EP 370Z.
☐ Bitte informieren Sie mich ausführlich über den Kompakt-Kopierer Minolta EP 370 ohne Zoom-Technik.
☐ Mich interessiert Ihr Gesamtprogramm.

Firmenstempel:

Gesprächspartner: _____

Tel.: _____

Minolta · Abt. SP 8803
Postfach 1460 · 3012 Langenhagen 1

MINOLTA

AWM

Knackpunkt umgeschaltet

Staatsschützer belauschten Hamburgs Regierungschef Klaus von Dohnanyi bei der Lösung des Hafenstraßen-Konflikts. Die CDU fordert die Abhörprotokolle jetzt als Beweismaterial gegen ihn.

Am Hamburger Elbrand herrschte chaotisches Gewusel. Reporter aus dem In- und Ausland baggerten nach Informationskrümeln, umherstreifende Abgeordnete verfolgten gespannt die Lage vor Ort, herbeigeeilte Bürger organisierten Hilfsaktionen.

Die Telephone rund um die umkämpften Häuser an der Hafenstraße, seit Jahren Festung für Besetzer, Punks und Alternative, waren Mitte November letzten Jahres ständig belagert. Bewohner wie Beobachter schilderten den Schauplatz vor der erwarteten Räumung durch rund 6000 hochgerüstete Polizisten und Bundesgrenzschützer.

Abhör-Objekt Dohnanyi: „Hektische Tage"

In den „hektischen Tagen", so berichtet der damals begehrteste Gesprächspartner, Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD), wurde „bald alle Viertelstunde aus der Hafenstraße angerufen".

Der Regierungschef des Stadtstaates hatte zuletzt sein politisches Überleben an die friedliche Lösung des Konflikts geknüpft, der die ganze Republik in Atem hielt. Doch bei seinen Bemühungen wurde Dohnanyi Tag und Nacht von eben jenen belauscht, deren Einsatz er zu vermeiden suchte: Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen – die rebellischen Hafensträßler hatten sich hinter Barrikaden verschanzt – schalteten Postler im Hamburger Fernmeldeamt 3 mindestens sechs Telephonanschlüsse rund um die Hafenstraße, auch öffentliche Telephonzellen, auf die zentrale Abhöranlage im Polizeipräsidium der Stadt.

Nachdem der „Knackpunkt umgeschaltet" war, bekennt ein Sprecher der Staatsanwaltschaft, machten Polizisten auf Geheiß der Strafverfolger „'ne TÜ", eine Telephonüberwachung, „wegen Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung". Gefahr war angeblich im Verzuge: Erst drei Tage nach Beginn der Lauschoperation holten sich die Ermittler eine Genehmigung bei Gericht. Hunderte von Gesprächen liefen zwischen dem 14. und 20. November im Polizeihauptquartier auf, einem Stützpunkt des rechten Dohnanyi-Gegenspielers und SPD-Innensenators Volker Lange. Für die Staatsschützer der Polizei-Fachdirektion 7 ein interessantes Hör-Spiel: Über die angezapften Anschlüsse sprachen Hafensträßler, deren Rechtsanwalt Rainer Blohm, sozialdemokratische und grüne Abgeordnete mit Dohnanyis Kommandozentrale tagelang sensible Details der angestrebten friedlichen Lösung durch.

Obwohl „undifferenziert alles aufgezeichnet" wurde, wie Staatsschutzchef Volker Heinze bekennt, weihten die Verantwortlichen den Regierungschef, dessen Stimme über den Lautsprecher im Abhörraum häufiger erscholl, erst nach Abschluß der Aktion ein. „Eine Vorabinformation an potentielle Gesprächsteilnehmer der überwachten Anschlüsse", rechtfertigt die Staatsanwaltschaft den bundesweit wohl einmaligen Vorgang, „ist mangels vorheriger Kenntnis dieser Personen nicht möglich."

Auch dem SPD-Justizsenator Wolfgang Curilla erstattete die politische Abteilung der Staatsanwaltschaft erst gut einen Monat später Bericht – als erste Meldungen über die Lauscherei in der Lokalpresse aufgetaucht waren.

Abschriften der zahlreichen abgelauschten Telephongespräche möchte nun der CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Karl-Heinz Ehlers für einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuß beiziehen, der den Komplex Hafenstraße behandeln soll. Ehlers will damit beweisen, daß Dohnanyi mit seiner Lösung „den Rechtsstaat zur Disposition der Gewaltbereiten" gestellt habe. Der ehemalige Geschichtslehrer Ehlers, Vizevorsitzender des Gremiums: „Ich habe meine Lektion von Weimar gelernt."

Zudem möchte die Hamburger CDU-Opposition durchsetzen, daß der sozialliberale Koalitionssenat nur dann Sanierungsgelder für die heruntergekommenen Häuser zahlt, wenn Ehlers und der minder interessierte Rest des Untersuchungsausschusses dort zur Inspektion anrücken dürfen.

Abhör-Objekt Telephonzelle
„Im Wege eines Rundumschlages"

Ein fragwürdiges Ansinnen, findet jedenfalls der Hamburger Strafrechtsprofessor Gerhard Fezer, der den Ausschuß in einem Gutachten beschied, mit dem Besuchswunsch würden „zum Teil rechtswidrige Ziele verfolgt".

Im Untersuchungsausschuß, der letzte Woche sein üppiges Jahrespensum in Angriff nahm, setzte die CDU daraufhin durch, daß die Hafenstraßen-Bewohner nun höflich, aber bestimmt aufgefordert werden sollen, die Parlamentarier in ihre Wohnzimmer zu lassen. Zwar wolle er, beschwichtigt Ehlers, dort „niemandem unter die Bettdecke schauen" und auch „in keinen Schrank gucken, wenn es da so was gibt". Dafür interessiere ihn, rein sanierungstechnisch, „wie der Fußboden aussieht". Ehlers: „Ich will da rein."

Der Dauerstreit um die Hafenstraße wird noch einmal aufflackern, wenn der Senat voraussichtlich diese Woche entscheidet, daß die Abhörprotokolle der Staatsanwaltschaft dem Untersuchungsausschuß nicht herausgegeben werden dürfen. Bürgermeister Dohnanyi kann sich solche Preisgabe „nicht vorstellen".

Nach Ansicht des Hamburger Datenschutzbeauftragten Claus Henning Schapper ist die staatsanwaltschaftliche Lauschaktion „dringend überprüfungsbedürftig". Doch als er den Vorgang jetzt untersuchen wollte, ließen ihn die Ermittler erst mal abblitzen. „Im Wege eines Rundumschlages", so Schapper, wurde ihm von der Staatsanwaltschaft „jegliche Kompetenz bestritten". Der Datenschützer allerdings will nicht nachgeben: „Da geht's ums Prinzip." ◆

KölnMesse
Messen von Mensch zu Mensch

KölnMesse, Messeplatz 1, D-5000 Köln 21, Telefon (0221) 8211, Telex 8 873 426 mua d, Telefax 3/a (0221) 8 21-2574, Btx • 61502 #

... Zustrom kalter Meeresluft ... anhaltendes Tiefdruckgebiet ... weiterer Temperaturrückgang ... Falls Sie die Absicht haben, dem hiesigen Wetter eine Weile den Rücken zu kehren, der Saab 9000 ist der perfekte Reisebegleiter. Bereits beim

Die schönste Form von Fernweh. Saab 9000.

Gepäckeinladen. Der Zugang zu seinen mit Teppich ausgekleideten beachtlichen 625 Litern wird Ihnen nicht durch eine hohe Ladekante erschwert. (Und wenn Ihnen das nicht reicht, legt er durch Umklappen der Rückbank eben noch mal knapp 1000 l zu.) Sie steigen ein und fühlen sich auf Anhieb geborgen. Zum einen, weil Sie als Fahrer ein funktionales Cockpit klassischer Machart vor sich finden. Und unter sich einen individuell einstellbaren Langstreckensitz, der Ihnen festen Halt und einen warmen Rücken gibt. Denn eine Automatik-Sitzheizung ist serienmäßige Selbstverständlichkeit. Zum anderen, weil es dieses Automobil versteht, außer einem großgewachsenen Fahrer auch 4 genauso großgewachsene Mitfahrer mit aller Bequemlichkeit zu beherbergen. Uns ist das stetige Körperwachstum der Kunden nicht unbemerkt geblieben. Beim Stichwort bemerken: Der Saab 9000 hat nicht die schlechte Angewohnheit, seine Insassen deutlichst auf Straßenmängel – z.B. Bodenwellen – hinzuweisen. Denn sein vorbildlich abgestimmtes Fahrwerk

Wenn Sie wissen möchten, wo Saab Ihnen am nächsten ist, rufen Sie bitte an oder schreiben: Saab Deutschland GmbH, Berner Str. 89, 6000 Frankfurt/M. 56, Tel. (069) 5006-1.

Achtlos weggekippt

Hochgiftiges Altöl wird oft auf dunklen Wegen beseitigt – Experten warnen vor einer neuen Umweltkatastrophe.

Der Tanklastzug kam aus Österreich und hatte Altöl geladen – so jedenfalls stand es in den Begleitpapieren. Die bundesdeutschen Zöllner entnahmen eine Probe, dann ließen sie den Wagen passieren.

Nur wenige Stunden später löste der Grenzschutz eine bundesweite Fahndung aus. Die Analyse im Labor hatte ergeben: Die Fracht bestand zum größten Teil aus polychlorierten Biphenylen, einem der gefährlichsten Umweltstoffe, bekannt unter dem Kürzel PCB.

Die Fahnder verfolgten die Spur der gefährlichen Fracht bis Wilhelmshaven. Als sie dort eintrafen, war die heiße Ware bereits umgeladen worden. Die 28 000 Liter befanden sich wieder auf der Autobahn, diesmal Richtung Osnabrück. Auf dem Firmengelände der zum Stahlkonzern Klöckner-Werke gehörenden Georgsmarienhütte wurde der Tankzug schießlich von der Polizei gestellt. Der Fahrer war gerade dabei, die hochtoxische Ladung in die Öltanks für den Hochofenbetrieb zu pumpen. Rund 4000 Liter hatte er bereits abgefüllt.

PCB-Alarm herrschte Anfang Dezember 1987 auch im niederrheinischen Emmerich. Gleich 100 Polizeibeamte rückten zu einer Razzia bei der Ölentsorgungsfirma Rako GmbH aus. Sie stellten fast eine Million Liter PCB-verseuchtes Altöl sicher.

Auch im westfälischen Kamen ließ die Kripo einen Ölpanscher hochgehen. Er hatte jahrelang seine Fahrer angewiesen, das normale Heizöl in den Tankzügen mit PCB-haltigen Ölen zu strecken.

Die krummen, aber einträglichen Ölgeschäfte haben in alarmierendem Maße zugenommen. Ob in Berlin, Baden-Württemberg, Niedersachsen oder Hamburg – die Öko-Kriminalfälle mit dem übelriechenden Gift häufen sich.

Mit PCB werde es noch, befürchten Experten im Berliner Umweltbundesamt, ein Umweltdesaster geben. Nordrhein-Westfalens Umweltminister Klaus Matthiesen hält PCB für „eines der größten Umweltprobleme, mit denen wir es in den nächsten Jahren zu tun haben werden".

Weit über 500 000 Tonnen durch PCB verseuchtes Altöl fallen jährlich in der Bundesrepublik an. Hauptlieferanten sind die beiden PCB-Großverbraucher Bergbau und Elektroindustrie; sie nutzen das synthetische Öl als Hydraulik- oder Kühlflüssigkeit für Kondensatoren oder Transformatoren.

Die Beseitigung der Chemikalie in den wenigen Verbrennungsanlagen für Sondermüll ist teuer – bis zu 3500 Mark je Tonne. Um diese Kosten zu sparen, mischen viele der PCB-Benutzer oder ihre Abnehmer die hochtoxische Substanz ins Altöl.

Auf dem Markt ist inzwischen kaum noch ein Liter Altöl zu haben, in dem nicht Spuren oder sogar hohe Konzentrationen von PCB zu finden sind. Immer häufiger auch entdecken Kontrolleure das Gift im schweren Heizöl, mit dem die großen Feuerungsanlagen der Industrie betrieben werden. Selbst im leichten Heizöl, das Hausbesitzer verfeuern, wurde häufig PCB gefunden.

Tausende von Firmen- und Privattanks sind nach Ansicht von Fachleuten ohne Wissen der Betreiber mit verseuchtem Heizöl gefüllt. Viele kriminelle Händler und Ölaufbereiter werden so auf einträgliche Weise ihre Bestände an verseuchtem Altöl los. Kräftig verdient wird am Schmuggel mit PCB-Öl, das mit falschen Zolldokumenten hauptsächlich aus Holland und Österreich importiert wird.

Der Stoff, mit dem in der Bundesrepublik so lässig umgegangen wird, hat schon viele Schäden verursacht. Das synthetische Öl löste 1968 in Japan die sogenannte Yusho-Krankheit aus. Etwa 1000 Japaner, die PCB-verseuchtes Reisöl verzehrt hatten, erlitten Nieren- und Hautschäden.

Schon bei geringen Dosierungen werden Leber, Milz und Nervensystem angegriffen. Die Substanz steht zudem im Verdacht, ein Krebserreger zu sein. Bei der Verbrennung von PCB kann das Seveso-Gift Dioxin entstehen.

Von dem Chemieöl, das zum ersten Mal 1929 zum Verkauf kam, wurden weltweit inzwischen über eine Million Tonnen hergestellt. Es ist, ähnlich dem Pflanzenschutzmittel DDT, überall verbreitet – auf allen Kontinenten, in allen Meeren und in vielen Lebensmitteln.

PCB ist in bedenklich hohen Konzentrationen bereits in Fischen, Eiern, im Wild, im Geflügel und in Margarine gefunden worden. Es wurde vielfach im menschlichen Fettgewebe und in der Muttermilch nachgewiesen.

Die Herstellung von PCB wurde in den USA 1977 eingestellt, erst 1983 schloß sich die Bundesrepublik an. Die Schäden, die das Gift anrichtete, werden erst in den neunziger Jahren voll zu spüren sein. Polychlorierte Biphenyle werden erst in Jahrzehnten abgebaut.

Auf vielen Deponien lagern, bisher noch unentdeckt, einige hunderttausend Tonnen PCB-haltiger Abfälle. Überall sind Flüsse und Erdreich durch PCB-haltiges Wasser verseucht, das bei der Aufbereitung dem Altöl entzogen wurde. Rund 8000 Tonnen Altöl werden zudem jährlich von Autofahrern, die selbst Öl wechseln, achtlos weggekippt.

Die Bundesregierung verhält sich schon seit Jahren so, als handele es sich um einen Bagatellfall. „Das PCB-Problem", meint ein Fachmann aus dem Umweltbundesamt, „wird in Bonn auf fahrlässige Weise negiert."

Lediglich den PCB-Grenzwert für wiederaufbereitbares Altöl hat die Bundesregierung ab Anfang November 1987 von bis dahin 100 ppm (parts per million – Teile pro Million Teile) auf 20 ppm gesenkt. Zu umfangreichen Kontrollen, mit denen die PCB-Kriminalität eingedämmt werden könnte, mochte sie sich nicht entschließen. Die Beseitigung des

Ölentsorgungsfirma*: Die Razzia war erfolgreich

* Rako GmbH in Emmerich.

Altöls, war aus dem Kabinett Kohl zu hören, sei Sache der Mineralölwirtschaft. Die Bundesregierung bevorzuge ein privatwirtschaftliches Entsorgungssystem. Das allerdings hätte die Bonner Koalition schon lange haben können.

Die Manager der großen Mineralölkonzerne schlugen bereits vor Jahren ein Lösungsmodell vor, das die Probleme mit dem PCB-Öl drastisch vermindert hätte. Aus Angst vor Imageschäden waren die sogenannten Frischölhersteller bereit, auf ihre Raffinerieprodukte Sonderabgaben zu leisten. Damit sollte die Entsorgung des Umweltgiftes finanziert werden. Bonn zeigte kein Interesse.

In Nordrhein-Westfalen sowie in Bayern laufen inzwischen Versuche, wie das PCB beseitigt werden könnte. Doch schon ist in der Ölbranche ein neues Öko-Problem aufgetaucht: Tetrachlorbenzyltoluol, Produktkürzel Ugilec 141, Nachfolgestoff des nicht mehr produzierten PCB.

Bei Stichproben wird im Altöl und im Heizöl immer häufiger Ugilec nachgewiesen, oftmals sogar in höheren Konzentrationen als PCB. Die Pansherei mit der neuen Substanz aber, die ähnliche Wirkungen wie PCB erzeugt, ist völlig legal – der Gesetzgeber hat noch keine Grenzwerte festgelegt.

KONZERNE

Schamfrist abgelaufen

Betriebe in Villingen und Hannover sollen dichtgemacht werden – der französische Elektronikkonzern Thomson zieht sich aus Deutschland zurück.

Die Nachricht verbreitete sich in Windeseile unter den fast tausend Beschäftigten der ehemaligen Saba-Fernsehgeräte-Fabrik, heute Elektronic-Werke Deutschland (EWD), in Villingen-Schwenningen. Ein Speditionsunternehmen, so hieß es Anfang Dezember 1987, hole Maschinen ab.

Es war mehr als eines der üblichen Gerüchte, die seit Jahren in den deutschen Betrieben des französischen Elektronikmultis Thomson kursieren. In der

Thomson-Generaldirektor Gomez
„Wir wollen Profit machen"

Tat hatten die Thomson-Vorstände in Paris beschlossen, vier hochwertige Maschinen in ihrem Villinger Zweigwerk abzubauen.

Die Automaten, die Chassis für TV-Geräte mit Kondensatoren und anderen elektronischen Bauteilen bestücken, waren nicht zum Verschrotten vorgesehen. Sie sollten schon einige Tage später in französischen und britischen Dependancen des Staatskonzerns die Produktion steigern. In Villingen wären 60 Prozent der Kapazität weggefallen.

Doch die Konzernchefs im fernen Paris hatten die Rechnung ohne die Belegschaft gemacht. Die EWD-Werker gingen unter Berufung auf eine 1986 getroffene Betriebsvereinbarung sofort vor Gericht. Per einstweiliger Verfügung untersagte das Arbeitsgericht des Schwarzwald-Städtchens die Demontage.

EWD-Personalchef Gerald Pelkert versuchte den in letzter Minute verhinderten Abbau der „Kleinstmaschinen" herunterzuspielen: Das sei doch nichts anderes, als wenn „ein Locher von einer Abteilung zur anderen getragen" werde – und „das machen wir täglich".

Doch Sprüche dieser Art können die bittere Wahrheit nicht mehr verschleiern: Die 7000 Beschäftigten der Thomson-Werke in Deutschland müssen mit dem Schlimmsten rechnen.

Wenn die Thomson-Spitze am Dienstag kommender Woche mit dem EWD-Aufsichtsrat über die seit langem geplanten „Restrukturierungsmaßnahmen" debattiert, wird das Ergebnis wahrscheinlich noch härter ausfallen als bislang erwartet. Zehn Jahre nach dem Einstieg in Deutschland bläst Thomson offenbar zum endgültigen Rückzug. Setzt sich der für die Unterhaltungselektronik zuständige Thomson-Chef Georges Golan durch, dann werden nicht nur ein paar Maschinen abgezogen, ganze Fabriken werden geschlossen.

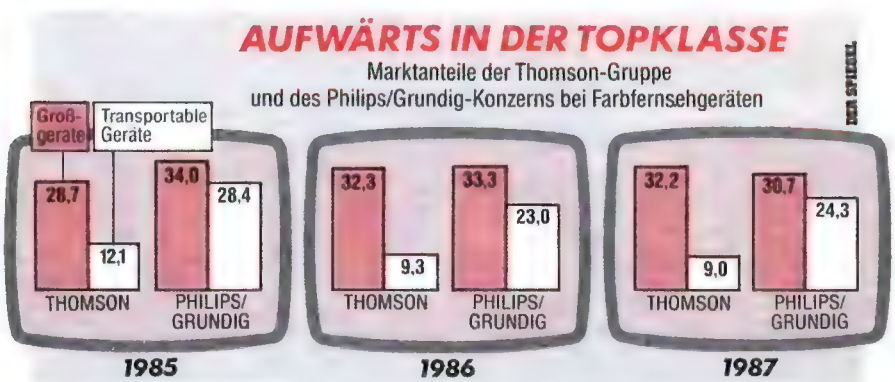
Nach den Plänen, die derzeit in der Zentrale kursieren, soll in Villingen nahezu die gesamte Fabrikation stillgelegt werden. Das elektronische Herzstück der TV-Geräte, in der Branche Chassis genannt, soll dann aus Fernost kommen. Für die eventuell in Villingen verbleibende Leiterplattenfertigung werden dann allenfalls noch 100 Leute benötigt.

Das ehemalige Telefunken-Werk in Hannover, wo derzeit noch knapp tausend Beschäftigte elektronische Bauteile wie Trafos und Fernbedienungen herstellen, sollte ursprünglich ebenfalls ganz dichtgemacht, die Produktion auf französische Werke übertragen werden. Neuere Pläne sehen vor, daß zumindest ein Teil der Belegschaft weiterbeschäftigt wird.

Zunächst unangetastet bleiben sollen das Gehäusewerk in Braunschweig und das ehemalige Telefunken-Werk in Celle, wo die großen TV-Geräte der deutschen Thomson-Marken vom Band rollen. Doch wenn Thomson die Produktion in Fernost immer weiter ausbaut, könnte schon bald auch die letzte Fabrik in Deutschland geschlossen werden.

Übrig blieben dann nur noch ein paar hundert Leute, die für den Vertrieb der zusammengekauften Marken Nordmende, Saba und Telefunken zuständig sind. Die unter deutschen Markennamen verkauften Fernseher und Hi-Fi-Geräte würden dann ausschließlich aus dem Ausland, vor allem aus dem Fernen Osten, stammen.

Schon im November vergangenen Jahres sollte der EWD-Aufsichtsrat das Fabriksterben beschließen. Nur mit Rücksicht auf taktische Einwände deutscher Manager wurde das Thema wieder von der Tagesordnung gestrichen. Die zu erwartende Unruhe in der Belegschaft, aber auch beim Handel hätte so kurz vor Weihnachten das Geschäft empfindlich stören können. Nächste Woche jedoch



TBWA

verbindet auf perfekte Weise aktive Sicherheit mit Komfort. Auf breiten, geschwungenen Hauptstraßen fühlt sich ein Saab genauso wohl wie auf engen, kurvenreichen Nebenstrecken. Beide 9000er-Modelle. Der Turbo-16-Ventiler (175 PS/129 kW ohne, 160 PS/118 kW mit Katalysator) wie der 16-Ventil-Einspritzer (128 PS/94 kW ohne, 125 PS/92 kW mit Katalysator).

Wenn Sie nach diesem Urlaub erst einmal dringend Urlaub vom Urlaub brauchen, dann liegt das sicherlich an anderen Gründen – aber ganz bestimmt nicht am Automobil.

Auf langen Strecken zu Hause. **SAAB 9000**

Der blend-a-med Unterschied:

Zahnfleischbluten.
Parodontose droht.

Kein Zahnfleischbluten.
blend-a-med beugt vor.

Was mit Zahnfleischbluten beginnt, kann mit Zahnausfall enden: Parodontose! Gut zu wissen, daß es eine Zahncreme gibt, die Zahnfleischerkrankungen wirksam vorbeugt: blend-a-med! Mit ihrer speziellen Zusammensetzung unterstützt blend-a-med die natürliche Schutzschichtbildung des Zahnfleisches. So bleibt es fest und gesund. Damit Sie auch morgen noch kraftvoll zubeißen können.

DIE MEISTEN ZAHNÄRZTE GEBEN IHRER FAMILIE BLEND-A-MED.

läuft die Schamfrist ab. Dann machen die Franzosen Ernst – der niedrigen Lohnkosten wegen wollen sie mehr und mehr ihrer Produktion nach Asien verlegen. Vor allem Singapur, wo die Franzosen unter anderem ihre tragbaren TV-Geräte herstellen, soll sich dabei zum neuen Mittelpunkt im Thomson-Reich entwickeln. Sie gehen damit den entgegengesetzten Weg wie die Japaner, die immer mehr Fabriken in Europa einrichten.

Nur mit den niedrigen Produktionskosten in den fernöstlichen Schwellenländern glauben die Franzosen gegen die harte Konkurrenz in der Unterhaltungselektronik bestehen zu können. Dabei verlieren die Lohnkosten in der Branche immer mehr an Bedeutung.

In der hochautomatisierten Fertigung von TV-Geräten beispielsweise liegt der Anteil der Löhne an den Gesamtkosten nur noch zwischen fünf und zehn Prozent.

Marketing und technische Raffinesse werden statt dessen immer wichtiger. Daran jedoch mangelt es bei den Franzosen. „Wir wollen Profit machen", kontert Thomson-Generaldirektor Alain Gomez, „und nicht das Blaue Band in der Technologie gewinnen."

Über die Art und Weise, wie diese Profite am besten zu erzielen sind, gab es in der Thomson-Zentrale jedoch immer wieder so große Meinungsverschiedenheiten, daß selbst wohlmeinende Branchenexperten bei Thomson kein klares Konzept erkennen konnten.

Auch im Marketing beeindruckten die Franzosen vor allem durch ihre Widersprüche. Einerseits sollte die Selbständigkeit der eingekauften deutschen Marken erhalten bleiben, andererseits näherten sich die Fernseher von Saba, Nordmende und Telefunken immer mehr einander an. Die Marktanteile schrumpften zeitweise zur Bedeutungslosigkeit.

Die Managementfehler hatten vor allem die Arbeiter in den Fabriken auszubaden. Von den gut 17 000 Beschäftigten, die im Jahre 1980 bei den fünf von Thomson übernommenen Firmen arbeiteten, sind heute noch etwa 7000 übriggeblieben.

Nach der spektakulären Schließung des Ulmer Videocolor-Bildröhrenwerks im Jahre 1982 war das Personal in den Thomson-Fabriken weitgehend in aller Stille abgebaut worden. Stets wurden Rationalisierungsmaßnahmen bis zum letzten Moment geheimgehalten. Statt Massenentlassungen gab es schleichende Personaleinsparungen. Und nach jeder neuen Personalreduzierung betonten die Thomson-Manager, nun sei die optimale Betriebsgröße erreicht.

Doch obwohl schon drei deutsche Fabriken stillgelegt wurden und sich die Arbeit auf immer weniger Betriebe konzentrierte, schrumpfte die Produktion. Stellten die deutschen Thomson-Ableger 1983 gut 1,5 Millionen TV-Geräte her, so sind es jetzt gerade noch 800 000.

Noch hoffen die Betriebsräte und Manager der deutschen Thomson-Ableger die auch in Paris nicht unumstrittenen Sparpläne stoppen und einen Teil der Produktion vor der Verlagerung nach Fernost retten zu können. Die Argumente der deutschen Thomson-Statthalter sind gewichtig.

Die deutschen Verkaufsmanager haben bewiesen, daß sich die angeblich zu teure deutsche Wertarbeit sehr wohl lukrativ absetzen läßt. Zumindest bei den in Deutschland hergestellten Großbildfernsehern konnten sie in den beiden vergangenen Jahren beachtliche Erfolge erzielen.

Bei den großen Tischgeräten haben die Marken der Thomson-Gruppe inzwischen sogar den führenden Philips-Grundig-Konzern überrundet (siehe Graphik Seite 66).

Daß dieser Aufwärtstrend schnell wieder umkippt, wenn die großen Thomson-Fernseher nicht mehr das immer noch verkaufsfördernde Zeichen „made in Germany" tragen, davon sind viele Händler fest überzeugt.

Doch die Chancen, den Abbau in letzter Minute zu verhindern, sind schlecht. Diesmal nämlich haben die Franzosen ihren Rückzug gut vorbereitet.

Auf lautstarke Unterstützung etwa durch Baden-Württembergs Ministerpräsidenten Lothar Späth dürfen die Thomson-Beschäftigten offenbar nicht mehr hoffen. Späth ist seit Wochen in die Thomson-Pläne für Villingen eingeweiht – doch er schweigt. Im März hat er Landtagswahlen zu bestehen.

ENERGIE

Große Verlockung

Viele Stadtwerke wollen wieder selbst Strom erzeugen und verteilen. Die großen Energieversorgungsunternehmen versuchen, das Streben nach Selbständigkeit abzublocken.

Die Abstimmung im Plenarsaal des Detmolder Rathauses bot ein ungewohntes Bild: Einmütig hoben grüne und christdemokratische, liberale und sozialdemokratische Ratsmitglieder die Hand.

Die Abgeordneten stimmten gemeinsam, und das bei der sonst so kontroversen Energiepolitik, für den Ausstieg der Stadt Detmold aus dem Versorgungsvertrag mit dem regionalen Elektrizitätswerk Wesertal GmbH. Sie beschlossen den Kauf des Leitungsnetzes und den Ausbau der Detmolder Stadtwerke zu einem selbständigen Stromversorgungsunternehmen.

Stadtwerke-Chef Masny: An neuen Energiearten interessiert

Doch was da im Dezember 1984 so einvernehmlich begann und auf schnelle Umsetzung hoffen ließ, steckt seitdem fest im regionalen Interessenfilz. Vom Aufkauf des städtischen Stromnetzes sind die Detmolder Stadtwerke ebensoweit entfernt wie von einer eigenen Stromerzeugung.

Das regionale Energieversorgungsunternehmen Wesertal, Eigentümer des Leitungsnetzes, wehrt sich gegen den Kauf mit rechtlichen Einwänden und überhöhten Preisforderungen. Der Kreis Lippe, Miteigentümer der Wesertal, macht politisch mobil gegen das Autono-

mie-Streben der Stadt. Die SPD, Mehrheitsfraktion in Kreis und Stadt, zögert den Konflikt zwischen städtischen und ländlichen Genossen hinaus.

„Wir haben das Recht auf unserer Seite und auch die energiepolitische Vernunft", klagt ein Manager der Detmolder Stadtwerke, „aber die jahrzehntelang gewachsenen Machtverhältnisse sind gegen uns."

Mittlerweile warten viele Städte der Nachbarschaft, aber auch anderswo in der Bundesrepublik, gespannt auf das Ergebnis des Detmolder Vorstoßes. Gelingt das Aufbegehren gegen den regionalen Stromversorger, hätte dies Signalwirkung. Die deutsche Stromszene würde sich gründlich wandeln.

Fast sechshundert Stadtwerke haben ihre Stromversorgung über Konzessionsverträge an regional tätige Versorgungsunternehmen übertragen. Wenn die Städte diese Verträge kündigen und wieder selbst die Stromverteilung übernehmen, dann wird manches regionale Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) überflüssig. Wenn dann noch ein Teil dieser Stadtwerke in kleinen dezentralen Anlagen selbst Strom erzeugt, dann werden zusätzliche Großkraftwerke, die ohnehin nur noch unter erheblichen politischen Schwierigkeiten durchzusetzen sind, nicht mehr gebraucht.

Der Detmolder Vorstoß könnte zum Vorbild werden. Demnächst laufen viele Konzessionsverträge ab, die das Stromgeschäft zwischen EVUs und Kommunen regeln.

Ursache: Die Monopolkommission hatte beklagt, daß zwischen den Stromproduzenten zuwenig Wettbewerb herrsche; die EVUs hätten ihre Kunden, die Städte und Gemeinden, mit bis zu 50 Jahren laufenden Konzessionsverträgen an sich gebunden. Daraufhin drang das Bundeskartellamt in Berlin auf neue Gesetze.

Mit der 4. Kartellrechtsnovelle begrenzte der Bundestag 1980 die Laufzeit von Konzessionsverträgen auf 20 Jahre, selbst für die Ewigkeit abgeschlossene Verträge müssen nun bis Mitte der neunziger Jahre auslaufen. Der Wettbewerb um die Versorgungsgebiete soll belebt werden.

Daß in dieser scheinbar banalen Regelung viel Sprengstoff steckt, wußten zunächst nur diejenigen, die ihr auf alle Ewigkeiten gesichertes Liefermonopol gefährdet sahen: die acht großen überregionalen Stromkonzerne, die rund 70 Prozent der in der Bundesrepublik verbrauchten Elektrizität produzieren; und die 40 regionalen Stromunternehmen, die selbst nur noch acht Prozent des Stroms herstellen, hauptsächlich aber von der Verteilung an die kommunalen Stadtwerke und die Endabnehmer leben (siehe Graphik).

Die betroffenen Groß-Hersteller starteten sofort eine aggressive Vorwärtsverteidigung. Günther Klätte vom Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk, dem größten Stromproduzenten der Bundesrepublik, warnte Städte und Gemeinden davor, aus „kommunalem Stolz" eigene Kraftwerke zu bauen; die „Stromerzeugung in kleinen Einheiten" sei nur in Ausnahmefällen konkurrenzfähig.

Die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke plädierte gegenüber dem Bonner Wirtschaftsminister für den Verzicht auf Marktwirtschaft. „Eine Öffnung für brancheninternen Wettbewerb", schrieb der Verband an Bangemann, „ist unvereinbar mit den Erfordernissen einer möglichst sicheren und preiswürdigen sowie umwelt- und ressourcenschonenden Elektrizitätsversorgung."

Von den Adressaten der Kritik, den Ratsherren in den Städten, wußten nur wenige, worum es eigentlich geht. Seit den zwanziger Jahren hatten immer mehr Stadtwerke die Stromverteilung und -erzeugung aufgegeben. Die Kosten für Kraftwerke und Leitungsnetze waren ihnen zu hoch. Sie überließen den überregionalen und regionalen Verteilern diese Aufgabe.

Für das Wegerecht – also die Zustimmung, daß die EVUs ihre Versorgungsleitungen durch die Städte führen durften – kassierten die Kommunen jährlich eine ordentliche Konzessionsabgabe.

Erst die Ölpreisschocks der siebziger Jahre und die Diskussion über neue Wege der Energieerzeugung ließen viele Stadtväter und Stadtwerke-Chefs aufwachen. Sie zeigten Interesse an der als energiesparend und umweltfreundlich gerühmten Kraft-Wärme-Koppelung.

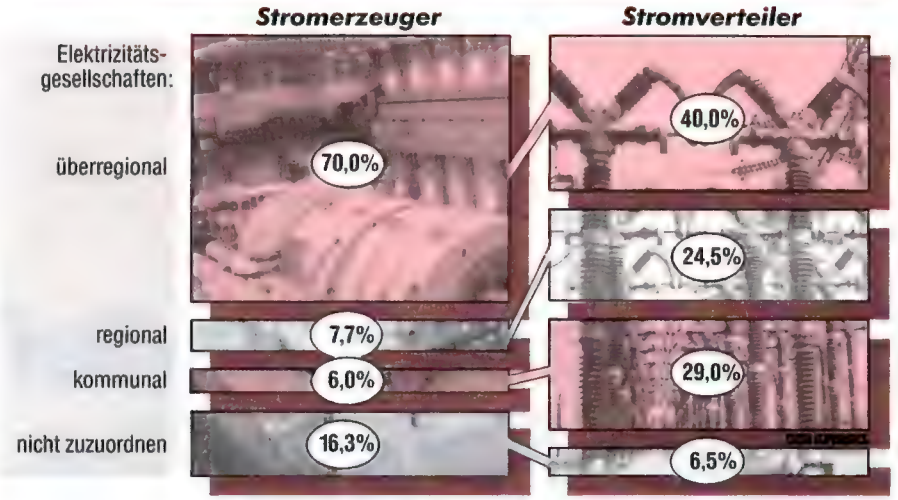
Heizkraftwerke, so sprach sich herum, erzeugen Wärme und Strom billiger als die traditionellen Großkraftwerke. Mit solchen Stromfabriken lassen sich, neben der Elektrizitätsherstellung, städtische Einrichtungen wie Krankenhäuser oder Schulen und zusammenhängende Siedlungsgebiete mit Fernwärme versorgen. Doch alle Überlegungen einzelner Kommunalpolitiker endeten beim Blick ins Kleingedruckte der Konzessionsverträge. Dort wird den meisten Kommunen verboten, selbst in die Stromerzeugung einzusteigen. Lediglich 650 Kommunen haben, als sogenannte A-Gemeinden, das Recht, zum Teil auch noch die Möglichkeit, als Stromproduzent tätig zu werden.

Die per Kartellrecht verfügte Laufzeitkürzung der Konzessionsverträge machte die Stadt- und Gemeindeväter wieder beweglicher. Statt gezwungenermaßen weiterzumachen wie bisher, konnten sie nun überlegen,

- ▷ einen anderen Stromlieferanten zu wählen;
- ▷ mit dem bisherigen Versorgungsunternehmen bessere Konditionen auszuhandeln;

DIE GROSSEN PRODUZIEREN, DIE KLEINEN VERTEILEN

Stromerzeugung in der Bundesrepublik 1986



Energie-Berater Röhricht
„Die Übernahme rechnet sich"

HONDA

Fortschritt ist unser Anspruch.

Ein neues Kapitel nobler Fahrkultur.

Schon die Honda Legend V6-Limousine hat einen neuen Standard für Produktqualität, technologisches Know-how und Leistung gesetzt. Ein Automobil, das eingefahrene Konventionen für überholt erklärt. Deshalb wird es anspruchsvolle Fahrer besonders freuen, jetzt das entsprechende Coupé entdecken zu können: das Honda Legend V6 2.7i Coupé. Dieses Automobil ist ein äußerst individuelles Luxus-Coupé der Spitzenklasse mit aufregend sportivem Charakter. Kultivierte Dynamik verbindet sich im Legend Coupé elegant mit erstklassigem Stil. Seine Konstrukteure haben alles getan, um Fahrer, Automobil und Straße perfekt miteinander zu vereinen.

Honda-Triebwerke haben es dem Williams/Honda-Team ermöglicht, die Formel-1-Konstrukteurs-Weltmeisterschaft aufeinanderfolgend 1986 und 1987 zu gewinnen. Technologie mit der absoluten Kraft zur Spitze. 1988 werden Honda-Triebwerke dem Lotus- und McLaren-Team helfen, ganz vorne mitzufahren. Und zu gewinnen.

Schon seine äußere Form beeindruckt durch ästhetische Optik und einen bemerkenswerten Cw-Wert von 0,30. Die luxuriöse Innenausstattung schafft ein Ambiente, in dem vitales, kraftvolles Fahren zu einem ganz neuen Erlebnis wird.
Das hochmoderne Legend V6-Triebwerk wurde für das Coupé noch kräftiger dimensioniert:
2,7 Liter Hubraum mit 24 Ventilen, obenliegende Nockenwelle und elektronische, programmierte Kraftstoffeinspritzung (PGM-FI) sorgen für kraftvolle Beschleunigung, kultivierten Drehmomentverlauf und niedrigen Geräuschpegel bei hoher Reisegeschwindigkeit.

Die Fahrwerkskomponenten des Legend V6 2.7i Coupé gewährleisten ein der hohen Leistung entsprechendes Fahrverhalten und Handling. Die in der Formel 1 bewährte "Double-Wishbone"-Radaufhängung an allen vier Rädern sorgt für beispielhafte Fahrstabilität. Vier Scheibenbremsen und das Antiblockier-Bremssystem A.L.B. bringen das Legend Coupé jederzeit sicher zum Stehen. Das Legend V6 2.7i Coupé dokumentiert den hohen Standard wegweisender Automobil-Technologie, den Honda heute setzt.

HONDA
LEGEND
COUPE

Honda Deutschland GmbH, Offenbach/M.

- ▷ das Leitungsnetz zu kaufen oder
- ▷ selbst mit einem eigenen Kraftwerk die Stromproduktion aufzunehmen.

In Lemgo und Krefeld, in Osnabrück und Wetzlar, Ratingen, Moers, Brühl und in vielen anderen Städten drängten die Stadtparlamente auf Übernahme der Leitungsnetze oder auf Selbstversorgung. Bundesweit wurde der Wunsch sichtbar, die Strompolitik wieder zur städtischen Angelegenheit zu machen.

Der Detmolder Stadtrat entschied sich, den 1990 auslaufenden Konzessionsvertrag nicht zu verlängern und das Leitungsnetz zu kaufen. Für die Stadt, glauben die Detmolder Energieexperten, entstehen dadurch viele Vorteile. So würden die Stadtwerke als neue Netzbetreiber dem Kämmerer eine höhere Konzessionsabgabe zahlen als der bisherige Versorger. Profitieren werde der Stadthaushalt auch von der Gewerbesteuer, die das neue Versorgungsunternehmen zu entrichten habe.

Die Stadt könne endlich das realisieren, was seit vielen Jahren immer gefordert werde: eine geplante, umweltfreundliche und energiesparende Versorgungspolitik.

Irgendwann, führen die Stadtwerke als stärkstes Argument an, könne auch für Detmold die Kraft-Wärme-Koppelung attraktiv werden. „Solche Aussichten bleiben für Städte ohne eigene Stromverteilung versperrt", erläutern die Sachkenner.

Auch die in naher Zukunft wirtschaftliche Eigenerzeugung von Strom und Wärme aus Deponiegas oder aus Biomasse sei nur nutzbar, wenn die Stadt als Leitungsbesitzer die Einspeisung der neuen Energiearten ins Netz zulasse, meint Stadtwerksdirektor Detlef Masny.

„Die Faustregel heißt: Die Übernahme rechnet sich immer", bestätigt der Bielefelder Wirtschaftsprüfer Kurt Röhricht die Rechnungen der Detmolder.

Röhricht hat sich darauf spezialisiert, Städte bei der Übernahme der Stromversorgung zu beraten. „Die Frage kann höchstens sein", schränkt der Experte ein, „ab wann sich die Übernahme rechnet."

Die Rentabilitätsrechnung hängt davon ab, zu welchem Preis eine Stadt die Versorgungsleitungen kaufen kann. Die jetzigen Besitzer möchten sie am liebsten zum Wiederbeschaffungs- oder Neupreis verkaufen. Die Städte möchten nur den Buchwert zahlen, der berücksichtigt, daß die Anlagen zum größten Teil bereits abgeschrieben und über die Strompreise von den Abnehmern schon bezahlt sind.

Trotz des Widerstandes der Regionalverteiler glaubt Wirtschaftsprüfer Röhricht, daß immer mehr Städte die Stromversorgung wieder in eigene Hände nehmen werden: „Die höheren Einnahmen für den Stadt-Etat sind eine zu große Verlockung."

Fernwärme-Leitungsbau: Die Problembereiche blieben

Andere Experten, wie Stephan Kohler vom Freiburger Öko-Institut, haben beträchtliche Gewinne errechnet. Demnach sind die Überschüsse eines kommunalen Energieversorgungsunternehmens, die an die Gemeindehaushalte gehen, doppelt so hoch wie die bisher erhaltenen Konzessionsabgaben.

Der Vorwurf der Regionalversorger, die Städte würden sich nun auf Kosten anderer einen profitablen Wirtschaftszweig einverleiben, hält Peter Hennicke, Referent im hessischen Wirtschaftsministerium, für absurd. „Die Regionalversorger haben doch Rosinen gepickt und den Kommunen das lukrative Stromgeschäft weggenommen", stellt der Ökonomieprofessor richtig. „Die teuren Problembereiche Gas, Fernwärme, Abwässer und Nahverkehr hingegen hat man den Städten gern gelassen." Die Wiedereingliederung der Stromwirtschaft gebe vielen Stadtwerken die Möglichkeit, endlich aus den roten Zahlen herauszukommen.

Die Erhaltung des erfolgreichen Monopols, das zeigen viele Beispiele, ist den Stromkonzernen eine Menge wert. In Detmold bot die Wesertal der Stadt den Bau eines repräsentativen Gebäudes und eine Teilverlagerung der Verwaltung an. In Bremen und Hannover warb die PreussenElektra mit Strompreisen, die fünf Prozent unter den Eigenerzeugungskosten der Städte liegen – egal, wie niedrig die sein würden.

„Die Pflege einzelner Entscheidungsträger", so ein Branchenkenner aus dem Rheinland, „nimmt oft schon groteske Formen an."

Reiseeinladungen, Bewirtungen und die Zusicherung gut dotierter Beirats- und Aufsichtsratsposten, von den Stromwerken schon immer zur Pflege der politischen Landschaft eingesetzt, werden gegenwärtig verstärkt ausgeteilt.

Das ist verständlich. Große Versorgungsgebiete zu verlieren können sich die Stromkonzerne nicht erlauben. Sie sitzen alle auf Überkapazitäten, viele bundesdeutsche Kernkraftwerke laufen nicht mit voller Leistung, weil der Strom nicht abzusetzen ist.

In Gundremmingen etwa mußten während des Jahres 1986 beide Kraftwerksblöcke an den Wochenenden, auch im Winter, auf 60 Prozent der Nennleistung zurückgefahren werden. Eine höhere Stromnachfrage war nicht vorhanden. Das 1200-Megawatt-Kraftwerk Biblis A wurde mehrmals unter 800 Megawatt Leistung heruntergefahren.

Die Hoffnung der kernkraftorientierten Stromfabrikanten ist, ihren Strom für Elektroheizungen verkaufen zu können, um die überschüssige Elektrizität loszuwerden. Fallen aber demnächst einige hundert Städte und Gemeinden als Stromabnehmer aus, weil lokale Stadtwerke selbst Strom und Wärme produzieren, kommen die Männer vom Strom in Bedrängnis. Nicht ausgelastete Kraftwerke kosten Geld.

Auch die Versuche der Wesertal GmbH, die Stadt Detmold von der Kündigung des Versorgungsvertrages abzubringen, haben mit Stromüberschüssen zu tun. Wesertal besitzt ein Sechstel des Kernkraftwerks Grohnde, das seine rund um die Uhr bereitgestellte Grundlast nur unter Schwierigkeiten absetzen kann; in Grohnde muß die Kraftwerksleistung oft gedrosselt werden.

Würde Detmold, wie Stadtwerksdirektor Detlef Masny ankündigte, in einigen Jahren in die Kraft-Wärme-Koppelung investieren und so Strom und Fernwärme für den eigenen Bedarf produzieren, wären die Absatzchancen der Wesertal doppelt verbaut: Die Stadt bezöge weniger Strom vom Lieferanten Wesertal, und die neuen Fernheizungsnetze würden Wesertals Hoffnung, eines Tages

doch noch mit dem Überschuß-Strom in den Wärmemarkt eindringen zu können, endgültig zunichte machen.

Die Zahl der ausstiegswilligen Kommunen wird in den nächsten Jahren eher noch ansteigen. Viele Strommanager versuchen daher, schon jetzt neue Versorgungsverträge abzuschließen, selbst wenn die alten Verträge bis 1995 laufen. Dabei wird mit allerlei gelockt. Regionalversorger offerieren den Stadtwerken, die ein Netz aufkaufen wollen, häufig eine Unternehmensbeteiligung. Diese hilfreiche Geste erleichtert den Netzkauf, weil der Regionalversorger Kapital mitbringt. Derlei Hilfsbereitschaft zeigen beispielsweise derzeit die Renag gegenüber der Stadt Wetzlar und die Isar-Amperwerke gegenüber Ingolstadt.

Doch der Edelmut hat einen Haken: Hält der stromliefernde Regionalversorger erst einmal Anteile der Stadtwerke, ist der nächste Schritt in die energiepolitische Autonomie verbaut. Einer Stromerzeugung durch die Stadtwerke, also einer Konkurrenz für die Mutterfirma, wird der neue Partner niemals zustimmen.

In Detmold herrscht derzeit Zufriedenheit. Wenn das Ergebnis eines Schlichtungsverfahrens von beiden Seiten angenommen wird und der Schlichter einen akzeptablen Preis nennt, kann die neue energiepolitische Freiheit zwar nicht 1990, aber immerhin 1995 beginnen. Die Stadtwerke werden dann wieder selbständiger Stromverteiler.

LEHRER

Nur Wehklagen

Der Markt für Pädagogik-Zeitschriften ist zusammengebrochen: Die Lehrer sind der endlosen Theoriedebatte überdrüssig.

Die Studienassessorin Inge Beckermann, 30, hielt es für einen Irrtum der Post: Im Briefkasten lag ein buntes Magazin mit Ökosprüchen und einer Möwe im Sturzflug auf dem Cover. Schlagzeile: „Wandern im Watt".

Erst nach längerem Herumblättern wurde der Spaichinger Junglehrerin klar, daß sich ihr Pädagogen-Blatt „betrifft: erziehung" („b:e") zeitgeistmäßig verpuppt hatte. Wo bisher nur von Didaktik und Curriculum die Rede war, fanden sich plötzlich Abenteuerreportagen aus aller Welt. Chefredakteur Peter Kalb: „Wir wollen Farbe in den grauen Schulalltag bringen."

Doch mit der Wattwanderei, einer Verzweiflungstat der um Leser kämpfenden „b:e"-Redaktion, trat das Lehrerblatt im Mai 1986 seine letzte Reise an. 1968 gegründet, erreichte „b:e" 1974 eine Spitzenauflage von 47 335 Stück, 1987 waren es nur knapp 6000. Und am Jahresende mußte das zuletzt noch in „Pädagogik heute" umgetaufte Magazin sein Erscheinen einstellen.

Zeitgleich warf auch die komplette Konkurrenz das Handtuch. Die „Pädagogischen Beiträge" waren in zehn Jahren von 12 000 auf 6000 geschrumpft, die „Demokratische Erziehung" von 8000 auf 4000 und „päd.extra" gar von 16 000 auf 3800 Exemplare. „Wenn ich mir unsere letzte Auflage so ansehe", sinnierte Extra-Verlagsgeschäftsführer Georg Beck, „dann wird mir schlecht."

Den Lesern muß es wohl schon vorher so ergangen sein. Ganze Lehrerkollegien kündigten innerhalb weniger Monate ihre Abos. Und Beck kann sie verstehen: „In diesen Blättern steht seit zehn Jahren immer dasselbe drin."

„Damals in den siebziger Jahren", erinnert sich Rita Teske, Ex-Redakteurin der „Pädagogischen Beiträge", „war das so eine allgemeine Zeitströmung. Da interessierten sich fast alle für pädagogische Theorien, und unsere Autoren konnten den größten Quatsch schreiben, ohne daß dies der Auflage schadete."

Die Gelegenheit wurde genutzt. Die Hefte waren übervoll mit trockenen Elaboraten über „Generalrevision der Lehrpläne" oder „Gruppendynamik in der Lehrerbildung". Weder der „Deutschunterricht als auf Praxis zielende Praxis" noch tiefsinnige Analysen der „Bewußtseinsveränderung bei Junglehrern" konnten die Leser verprellen.

Die Junglehrer waren es, die den Boom der pädagogischen Zeitschriften ermöglichten. Zwischen 1970 und 1975 zogen etwa 200 000 neue Lehrer in die Schulen. „Diese Leute", meint Beck, „die frisch von der Uni kommen und nach Orientierung suchen, die gibt's doch heute gar nicht."

Die Lehrer der späten achtziger Jahre sind vielmehr mit ihren alltäglichen Unterrichtsproblemen beschäftigt. „Die wollen praktische Hilfestellung", glaubt Dieter Wunder, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, „theoretisch Hintergründiges lesen die Kollegen dagegen viel zuwenig."

Mit schlichten Tips für den Schulalltag soll denn auch die aussterbende Spezies Lehrerzeitung zu guter Letzt gerettet werden. Am Jahresbeginn fusionierten die vier einst großen Blätter zu zwei kleinen Blättchen – einziger Unterschied: die politische Couleur.

Im Weinheimer Beltz-Verlag erschien bereits das erste Heft der sozialliberalen „Pädagogik", Nachfolgeorgan von „Pädagogik heute" und den „Pädagogischen Beiträgen". Der DKP-nahe Pahl-Rugenstein Verlag in Köln will Ende Januar die erste gemeinsame Ausgabe von „Demokratische Erziehung" und „päd.extra" auf den Markt bringen – eine überraschende Fusion: Die grün-alternativen „päd.extra"-Redakteure ließen sie „nur mit Wehklagen" (Kalb) über sich ergehen.

„Pädagogik"-Redakteurin Rita Teske: „Durchhalteparolen ausgegeben"

Die Themen der beiden neuen Magazine sind ansonsten austauschbar: Unterrichtseinheiten, Friedenserziehung, Alternativschulen, Lehrernöte und aktuelle standespolitische Forderungen.

Daß mit diesem Programm ein neuer Markt zu erschließen ist, bezweifelt selbst Rita Teske, jetzt Textchefin bei „Pädagogik": „Wir haben Durchhalteparolen ausgegeben und setzen auf Radikalpädagogik. Wenn dann Anfang der neunziger Jahre wieder Lehrer eingestellt werden, dann rollt die neue Welle – und auf der schwimmen wir hoch." ◆

Nach wenigen Wochen kann mit Pentadecan erhöhter Haarausfall reduziert werden. Beste Ergebnisse ergeben sich nach ca. 4–6 Monaten. Ab sofort in allen Apotheken. DM 69,– (unverbindliche Preisempfehlung). Ausführliche Informationen erhalten Sie vom Pentadecan-Service, Düsseldorf. Rufen Sie an: **02 11/ 7 97 60 02** oder schreiben Sie an Henkel Lion GmbH, Hair Research Laboratory, Postfach, 4000 Düsseldorf 1.

Haar-ausfall

Hilfe aus Japan

Tokio/Düsseldorf. Mit Pentadecan präsentiert sich eine neue vielversprechende Formel, die das vorhandene Haar pflegt, stärkt, erhöhtem Haarausfall und fortschreitender Glatzenbildung vorbeugen kann. Pentadecan ist in Japan entwickelt worden und jetzt in Deutschland erhältlich. Nur in Apotheken.

Ärzte unter Hitler: „Mission verraten“

Seit Kriegsende vertuschen und verdrängen die Standesführer der Ärzteschaft die von Medizinern während der Nazi-Zeit begangenen Verbrechen. Kollegen, die – wie jüngst der hessische Arzt Hartmut Hanauske-Abel – versuchen, die dunklen Vorgänge aus jener Zeit aufzuklären, werden verleumdet und rüde verfolgt.

Dr. med. Josef Mengele, SS-Arzt im Rang eines Hauptsturmführers, liebte seinen Dienst an der Rampe des Konzentrationslagers Auschwitz. Hellwach, stets nüchtern, „selektierte“ er in Stundenfrist oft tausend Menschen: Jeweils 900, häufig auch mehr, wurden direkt in die Gaskammern geführt, die anderen kamen zum Arbeitseinsatz.

Aus jedem Transport suchte sich der Mediziner jedoch mit sicherem Blick noch ein paar besondere Opfer heraus: Zwillinge, Zwerge oder miteinander verwandte Behinderte. Ihnen galt das „wissenschaftliche“ Interesse des Mörders.

Die aus dem tödlichen Mahlstrom vorerst herausgenommenen Menschen, meist Kinder, wurden sorgsam vermessen, untersucht, registriert – und dann unter größtmöglicher Schonung der Organe ums Leben gebracht. Mengele, vor seiner Auschwitz-Zeit Assistenzarzt im angesehenen „Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik“ in Berlin-Dahlem, ließ die Organe zur weiteren Diagnostik dorthin expedieren, versehen mit dem Stempel „Kriegswichtig – Dringend“. In Dahlem freuten sich Mengeles zivile Kollegen über das umfangreiche Forschungsmaterial.

Auch andernorts profitierte die medizinische Wissenschaft vom Massenmord:

- Vor fast einhundert Teilnehmern der Tagung „Ärztliche Fragen bei Seenot und Winternot“ referierten 1942 in Nürnberg Professor Ernst Holzlöhner und sein Assistent Sigmund Rascher über die „Pathologie der Unterkühlung“ – tödliche („terminale“) Experimente an Insassen des KZ Dachau. Höchstes Lob spendete damals das „Zentralblatt für Chirurgie“.
- Ohne ein Wort des Tadels ließen sich im Mai 1943 mehrere hundert Ärzte bei einer zweitägigen Veranstaltung der Militärärztlichen Akademie in Berlin über „humanexperimentelle“ KZ-Versuche zur Erregung schwerster bakterieller Entzündungen (samt den dadurch ausgelösten Todesfällen) unterrichten. Unter den Zuhörern saßen der weltberühmte Chirurg Ferdinand Sauerbruch und Reichsärzteführer Leonardo Conti.

„Deutsche Mediziner mochten die Forschungsmöglichkeiten nicht missen, die ihnen der Massenmord bot“, kommentiert Dr. med. Hartmut Hanauske-Abel, 36, die Praxis der NS-Ärzte. „Die industrialisierte Menschenabschlachtung wurde medizinisch organisiert.“

Diese unbestreitbare, schändliche Wahrheit publizierte der hessische Arzt 1986 im britischen Fachblatt „The Lancet“, der weltweit angesehensten Medizinerzeitschrift. Seither lernt Hanauske-Abel, wie gefährlich es für einen deutschen Arzt sein kann, am bestgehüteten Tabu seines Standes zu rühren.

Der angehende Kinderarzt wurde im „Deutschen Ärzteblatt“ – Auflage: 197 000 und jedem westdeutschen Arzt als „Pflichtblatt“ ins Haus geschickt – als eine Art vaterlandsloser Geselle, als Nestbeschmutzer und Ignorant vorgeführt: in einem Interview, bei dem das Medizinerblatt über acht Seiten den Präsidenten der Bundesärztekammer, Karsten Vilmar, höchstpersönlich und unter-

Luftwaffenärzte Holzlöhner, Rascher bei Unterkühlungsversuch an Häftling in Dachau: Lob von der Fachpresse

Tod eines Häftlings bei Unterdruckversuch: „Die Menschenabschlachtung . . .

. . . wurde medizinisch organisiert": **Opfer von Menschenversuchen im KZ**

tänigst befragte. Die für Hanauske-Abel zuständige Bezirksärztekammer Rheinhessen strich den Kollegen umgehend aus ihrer Mitgliederliste. Ruck, zuck und in zeitlicher Koinzidenz verlor er auch die Berechtigung, am ärztlichen Notfalldienst teilzunehmen; Verdienstausfall bisher: rund 60 000 Mark.

Auf amtlichem Papier verbreitete der „Wissenschaftliche Beirat der Bundesärztekammer" über den jungen Forscher den unbelegten Satz: „Diverse Falschaussagen sind von ihm hinreichend bekannt." Die Verleumdung hat sich inzwischen bis in die USA verbreitet, wo der wahrheitsliebende Doktor seit kurzem an der Kinderklinik der Harvard Medical School in Boston arbeitet.

Gewöhnlich verleihen ein Artikel im altehrwürdigen „Lancet" und die Anstellung an der berühmten Harvard-Universität einer akademischen Ärzte-Karriere beträchtliche Schubkraft. Die bundesdeutschen Standespolitiker scheinen jedoch entschlossen, auch 43 Jahre nach dem Ende des NS-Regimes eine ernsthafte Erörterung der Ärzteverbrechen und der vielfältigen Verwicklungen der Standesführung in die Mordmaschinerie zu unterbinden und Heilkundige, die gegen diese ungeschriebene Standesregel verstoßen, rüde einzuschüchtern. Dieses Vorgehen hat Tradition und – immerhin seit 1945 – Erfolg.

„Von 1966 bis 1979 erschienen weltweit 422 Publikationen zum Themenbereich ‚Medizin im Nationalsozialismus'", rechnete Hanauske-Abel den Lesern des „Lancet" vor, „nur zwei wurden in der Bundesrepublik Deutschland verfaßt."

Aus der Sicht des bundesdeutschen Ärztepräsidenten ist das in Ordnung, denn „wir haben uns", lobt er, „schon lange, schon sehr lange" mit „diesem Problem beschäftigt".

Im übrigen hätte sich während der NS-Zeit nur ein kleiner „Clan von Ärzten" – 350, höchstens 400 Mann – verbrecherisch betätigt. Die „große Mehrheit der Ärzte", habe sich, behauptet Vilmar, auch „im Dritten Reich selbstlos für eine auch unter schwierigsten Bedingungen möglichst gute Versorgung der Patienten eingesetzt, oft unter Gefahr für das eigene Leben".

Was Vilmar verschweigt, „Lancet"-Autor Hanauske-Abel aber nicht für alle Zeiten verdrängen und vertuschen helfen will:

- ▷ Mit fliegenden Fahnen liefen die Standesführer Anfang 1933 zu den Nazis über, „freudigst" stellten sie sich „in den Dienst der großen vaterländischen Aufgabe als Diener der Volksgesundheit". Der Führer belohnte seine getreuen Paladine 1936 mit der „Reichsärztekammer".
- ▷ Rund 45 Prozent aller Ärzte waren NSDAP-Mitglieder (Lehrer: 22 Prozent); jeden vierten Arzt zog es in die SA, und Tausende (siebenmal mehr als im Bevölkerungsdurchschnitt) schworen „Dir, Adolf Hitler" als SS-Männer „Treue und Tapferkeit" sowie „Gehorsam bis in den Tod".
- ▷ Die „Entjudung" der Medizin, rigorose Praktiken bei Zwangssterilisationen im Rahmen der sogenannten Erbgesundheitspflege, die gutachtliche Vorauswahl von Hunderttausenden „Euthanasie"-Opfern – an dieser „Medizin ohne Menschlichkeit" (Psychoanalytiker Alexander Mitscherlich) wirkten Zehntausende deutscher Ärzte als große oder kleine Täter reibungslos mit.

„Wie keine andere akademische Disziplin hat sich die Medizin unter dem Nationalsozialismus dem Vorwurf ausgesetzt, ihre Mission in entscheidender Hinsicht verraten zu haben", urteilt der kanadische Geschichtsprofessor Michael H. Kater, der weltweit beste Kenner der NS-Ärzte-Verbrechen. Noch in diesem Jahr wird Kater ein Buch „Doctors under Hitler" publizieren. Zur gleichen Zeit erscheint im Verlag Klett-Cotta die

Brillengläser von Zeiss

... Qualität für gutes Sehen.

Ab dem 40. Lebensjahr sieht man das Nahe oft nicht mehr so gut. Gleitsichtgläser von Carl Zeiss bieten wieder optimales Sehen – stufenlos über alle Sehbereiche hinweg, mit einer Brille für alle Entfernungen.

Fragen Sie Ihren Augenoptiker nach Zeiss Gleitsichtgläsern.

Zu Ihrem Nutzen: Die Leistung des Augenoptikers und die Qualität von Zeiss.

ZEISS
West Germany

Zeiss für meine Augen.

Symbol für Zeiss Qualität.

Dongowski & Simon

deutsche Übersetzung des aufsehenerregenden US-Bestsellers „The Nazi Doctors"**.

Autor Lifton, ein amerikanischer Psychiater, hat ausführlich mit 29 noch lebenden NS-Ärzten gesprochen, darunter etlichen, die als SS-Offiziere in Auschwitz und anderen KZs tätig waren.

Die Angehörigen der SS, erklärt Karsten Vilmar, 57, seien „eine Minderheit" – „man kann mit Recht auch von einem (makabren) ‚Orden' sprechen" – gewesen und hätten dem „Ansehen unseres Standes" ohne Zweifel „Schande" zugefügt.

Was Vilmar wohlweislich unerwähnt läßt: Sein Vorgänger als Präsident der Bundesärztekammer, der Dachauer Internist Hans Joachim Sewering (Amtszeit: 1973 bis 1978), war ebenso Mitglied der SS wie dessen Amtsvorgänger, der Hamburger Laborarzt Ernst Fromm (Amtszeit: 1959 bis 1973).

Sewering, Jahrgang 1916, trat schon am 1. November 1933 der SS bei (Sturm 2/I/31; Mitgliedsnummer: 143 000). Parteigenosse der NSDAP wurde er am 1. August 1934 (Mitgliedsnummer: 1858805). Er gehörte ferner der „NS-Volkswohlfahrt" und dem „NS-Altherrenbund" an. Die NSDAP-Kreisleitung München und die „Gauleitung München-Oberbayern" beurteilten 1942 den Parteigenossen Dr. med. Sewering so: „In politischer sowie sozialer Hinsicht einwandfrei".

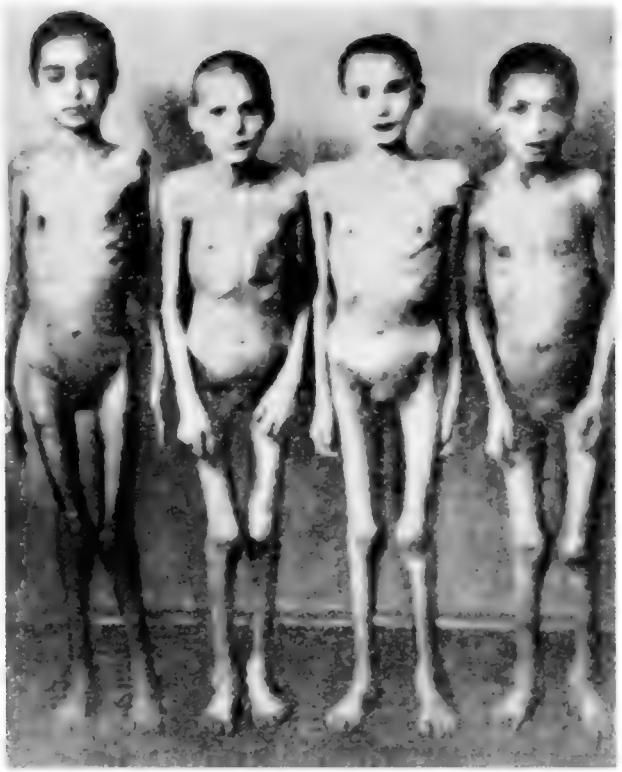
Der Multifunktionär wurde 1978 von seinen Kollegen als Ärzteführer abberufen – der SPIEGEL (21/1978) hatte damals Sewering seine Verwicklung in die „Euthanasie" nachgewiesen. Ein „Ärztliches Zeugnis", das die Verlegung eines 14jährigen Mädchens aus der katholisch geleiteten „Pflegeanstalt für geistig und körperlich Erkrankte" in Schönbrunn bei Dachau nach Eglfing-Haar bewirkte, trägt Sewerings Unterschrift. In dieser staatlichen Anstalt wurde „lebensunwertes Leben" im Rahmen der „Euthanasie" organisiert „ausgemerzt".

15 Tage nach ihrer Einweisung war die Patientin tot, ermordet durch eine Überdosis des Schlafmittels Luminal.

Trotz seiner Vergangenheit wacht der aus Bochum stammende Sewering in Bayern noch immer über Ethos und Einkommen aller weiß-blauen Doktoren. Er ist in Personalunion Präsident der Bayerischen Landesärztekammer und Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern und brachte dem Nachwuchs als Honorarprofessor die ärztliche Rechts- und Berufskunde bei. Seit er Adolf Hitler die Treue aufgekündigt hat, steht er, mittlerweile Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes, fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, nunmehr als CSU-Mann und Mitglied des Bayerischen Senats, der Ständekammer des Freistaats.

Sewerings Amtsvorgänger Ernst Fromm, geboren 1917 in Hamburg-Altona, zog es schon im September 1933 in die Marine-SA. Als diese NS-Truppe, nach dem Röhm-Putsch 1934, in schweres Wetter geriet, musterte Fromm im November 1934 bei der SS an. Später brachte er es zur Mitgliedschaft im Wehrmedizinischen Beirat der Bundeswehr und zum Ehrenzeichen des Deutschen Roten Kreuzes.

Als man ihn, wegen allzu großer Nähe zu einem Immobilien-Skandal, nach 14jähriger Präsidentschaft 1973 stürzte (sein alter SS-Kamerad Sewering half kräftig mit), klagte Fromm im Tonfall eines altgriechischen Tragöden der Welt sein Leid: „Über ein Jahrzehnt habe ich unbeirrt Angriffe, Prozesse, Haussuchungen etc. im Kampf für die Ärzteschaft und ihre Standesorganisationen ertragen."



Kinder im KZ Auschwitz*
Wissenschaftliche Interessen eines Mörders

KZ-Arzt Mengele
Blick für besondere Opfer

Undank war sein Lohn. Dabei hinterließ Fromm in Köln eine mächtige Lobby, die Bundesärztekammer. Für diesen – trotz des hochtrabenden Namens – schlichten, nicht einmal rechtsfähigen Verein steht der Feind immer noch links, schon deshalb, weil im Apparat der Standesführung die alten Parteigenossen die Macht bewahren konnten.

Prototyp dieser ärztlichen Berufspolitiker war schon Dr. med. Karl Haedenkamp, NSDAP-Mann, Antisemit und Militärarzt. In den dreißiger Jahren sorgte der alte Kämpfer als Hauptgeschäftsführer der Reichsärztekammer für die „Entjudung" des Ärztestandes – seither hat die deutsche Medizin ihre Weltgeltung verloren – und für „strenge Ordnung und Standeszucht".

Stolz präsentierte sich Haedenkamp beispielsweise schon 1935 den Lesern des „Deutschen Ärzteblattes" in SA-Uniform, mit einer Danksagung an seinen Führer: „Niemals hätte der überwundene Parteienstaat dem Arzt gegeben, was des Arztes ist."

Nach 1945 wurde Haedenkamp sofort wieder Hauptgeschäftsführer der neuen Bundesärztekammer und Vorsitzender des Präsidiums des Deutschen Ärztetages. Stolz trug er das Große Bundesverdienstkreuz. Nach seinem Tode wurde, auf Wunsch der Ärzteführung, eine Kölner Straße nach dem alten Kämpfer benannt.

Erst im Dezember 1985 ist diese Haedenkampstraße, gegen den erbitterten Widerstand von Vilmar und Kollegen, nach dem jüdischen Arzt Herbert Levin, einem ins KZ Verschleppten, umbenannt worden.

Sewering, Fromm, Haedenkamp und die anderen Standesführer konnten sich stets auf die Loyalität rangniederer Zuarbeiter und Provinzfürsten verlassen – auch dort hatten die alten NS-Kameraden oft eine stabile Mehrheit. Der lang-

* Aufnahme aus der Sammlung des KZ-Arztes Mengele.

** Robert Jay Lifton: „The Nazi Doctors: Medical Killing and the Psychology of Genocid". Verlag Basic Books, New York; 564 Seiten; 19,95 Dollar.

Mediziner Hanauske-Abel
Das Verdrängte kehrt wieder

jährige Hartmannbund-Chef Gerhard Jungmann war ebenso NSDAP-Mitglied wie der Buchhandelsgehilfe Volrad Deneke, bis 1984 Hauptgeschäftsführer der Bundesärztekammer.

In der alten Reichshauptstadt Berlin hatte 1975 der ehemalige SA-Standartenführer Wilhelm Heim das Kommando über die Landesärztekammer übernommen. Sein NS-Lebenslauf ist typisch für viele Karrieren ärztlicher Standesfunktionäre: Zwei Tage vor den letzten freien Reichstagswahlen, am 3. März 1933, trat der damals 26jährige Heim der SA bei. Sieben Tage nach dem Ermächtigungsgesetz, am 31. März, wurde er Mitglied der NSDAP (Nummer 1771278). Als der Sieg der Alliierten dem Nationalsozialismus ein Ende machte, kommandierte Dr. Heim 2500 SA-Männer.

Im „Deutschen Ärzteblatt" – „Lancet" illustrierte den Kommentar seines Autors Hanauske-Abel mit dem Titelblatt vom 1. Juli 1933, das den Aeskulapstab und die Hakenkreuzfahne in trauter Eintracht zeigt – sucht der Leser vergebens nach Fakten aus der NS-Vergangenheit seiner Standesführer. Das Blatt veröffentlicht fast jede Woche seitenweise biographische Lobhudeleien, aber das Tausendjährige Reich bleibt ausgeblendet. „Das westdeutsche Ärzte-Establishment duldet keine historische Forschung über seine Rolle während der Nazizeit", urteilt der kanadische Historiker Kater.

Die Bundesärztekammer zahlt die stattlichen Pensionen für alle ehemaligen Funktionäre der Reichsärztekammer. Auf der anderen Seite verhindern Mitglieder der Ärzteschaft, daß den (wenigen) überlebenden Opfern des „Erbgesundheitsgesetzes", die zwangsweise sterilisiert wurden, die ihnen gesetzlich zustehende Entschädigung von 5000 Mark ausgezahlt werden kann. Die ärztliche Schweigepflicht, so argumentieren beispielsweise die bayrischen Bezirks-Nervenkrankenhäuser, verbiete bedauerlicherweise die Herausgabe der Adressen.

Die kontroverse Debatte zwischen Vilmar und Hanauske-Abel ist vom „Deutschen Ärzteblatt" mittlerweile einseitig, jedoch offiziell mit einem „Schlußwort" des Präsidenten beendet worden. „Wir haben die Aussprache zu diesem Komplex abgeschlossen", teilte die Redaktion apodiktisch mit.

Das wird nicht lange gutgehen. Dr. med. Sigmund Freud, der Entdecker des Unbewußten, den die Nazis als 82jährigen ins Exil trieben, hat seinen Kollegen eine Erkenntnis hinterlassen, die auch ärztliche Standesführer einholt: „Das Verdrängte kehrt unerledigt wieder."

JUSTIZ

Brief mit Finger

Aus Furcht vor Terroranschlägen und politischen Erpressungen wollen Kölner Juristen den Prozeß über das Wiener Opec-Attentat von 1975 platzen lassen. Zeugen aus Österreich sollen nicht aussagen.

Es war ein grauer Morgen, als am Freitag vor Weihnachten auf dem Berner Flughafen Belpmoos Kripo-Kommandos aus der Schweiz und der Bundesrepublik zur „Übergabe" zusammentrafen. Eine Frau, nur 1,55 Meter groß, mit Schußwaffen gesichert, wurde in bundesdeutschen Gewahrsam genommen.

Drei Stunden später traf Gabriele Tiedemann, 36, am Bestimmungsort ein: Justizvollzugsanstalt Köln-Ossendorf. Der Fall berührt seit Jahren sicherheitspolitische Interessen auch der Schweiz und Österreichs. Er beschäftigt das Auswärtige Amt in Bonn und hat jetzt die deutsche Justiz in Zugzwang gebracht.

Als der CDU-Politiker Peter Lorenz im Februar 1975 in Berlin entführt wurde, saß Gabriele Tiedemann, damals noch mit dem Terroristen Norbert Kröcher verheiratet, im Essener Gefängnis ein. Zwei Jahre zuvor war sie wegen versuchten Mordes und anderer Delikte zu acht Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden. Beim Versuch, sich nach dem Diebstahl von Kfz-Kennzeichen der Festnahme zu entziehen, hatte sie in Bochum auf Polizeibeamte geschossen.

Die Lorenz-Entführer forderten für die Freilassung des gekidnappten Politikers, die damals inhaftierten Terroristen Horst Mahler, Gabriele Kröcher-Tiedemann, Rolf Heißler, Rolf Pohle, Ingrid Siepmann und Verena Becker nach Frankfurt zu bringen und von dort in den Südjemen auszufliegen. Der Pastor und Berliner Ex-Bürgermeister Heinrich Albertz vermittelte.

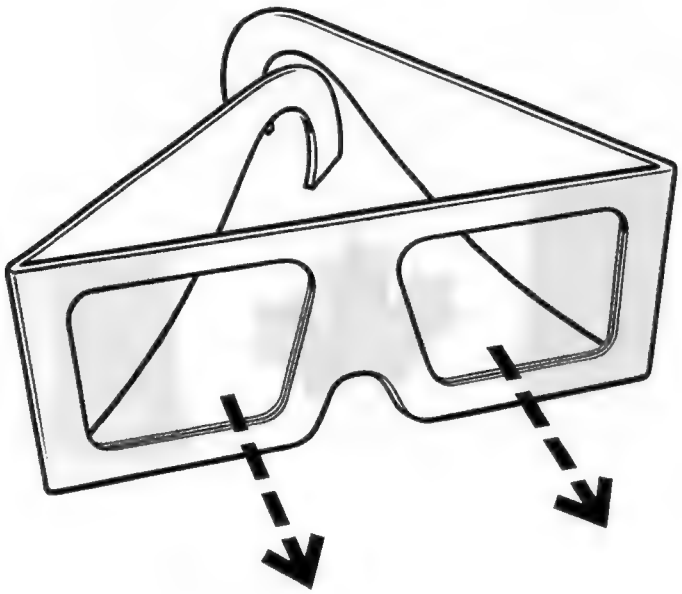
Mahler verweigerte die Mitreise und sagte sich bei dieser Gelegenheit öffentlich von der RAF los. Auch Gabriele Kröcher-Tiedemann wollte sich zunächst nicht freipressen lassen. Doch nach mehreren – vom Staatsschutz abgehörten – Telephongesprächen aus der Essener Haftanstalt mit alten Gesinnungsgenossen gab sie dem massiven Gruppendruck schließlich nach. In der Schweiz wurde sie knapp drei Jahre später wieder gefaßt.

Ihrer Auslieferung, die von der Bundesrepublik schon seit Jahren mehr oder weniger hinhaltend betrieben wurde, hatte sich Gabriele Tiedemann mit allen

* Vor dem Abflug der freigepreßten Terroristen am 3. März 1975 in Frankfurt.

Vermittler Albertz, Gabriele Tiedemann*: Rückkehr zum Mord?

Werfen Sie mal einen Blick in Ihren nächsten Urlaub.



Sollte der 'Canada Info-Pass' hier nicht eingeklebt sein – wir senden Ihnen gerne das komplette Info-Paket 'Urlaub in Canada' mit vielen Tips, Hinweisen und Angeboten sowie den wichtigsten Flugpreisen.
Schreiben Sie einfach an: Kanadisches Fremdenverkehrsamt, Abt. Urlaub in Canada, Postfach, 6457 Maintal 2.

Canada

Die Freiheit erleben. Das Leben genießen.

denkbaren juristischen Schritten zu widersetzen versucht. Aus verständlichen Gründen: Von der deutschen Justiz hat sie nichts Gutes zu erwarten.

In der Bundesrepublik muß sie zunächst noch mehr als drei Jahre ihrer Reststrafe, die durch die Freipressung unterbrochen war, absitzen. Zudem steht ihr wahrscheinlich ein neuer Prozeß bevor – wegen Doppelmords.

Seit fast fünf Jahren liegt dem Kölner Schwurgericht eine Anklageschrift gegen Gabriele Tiedemann vor. Darin wird sie beschuldigt, sie habe schon neun Monate nach ihrer Freipressung als Mitglied eines internationalen Terroristen-Kommandos im Dezember 1975 beim Überfall auf die Konferenz der Opec-Erdölminister in Wien mitgemacht und dabei zwei Menschen erschossen. Der Anschlag war die bisher spektakulärste Terroraktion in Europa: drei Tote, mehrere Verletzte, elf ausländische Minister als Geiseln nach Afrika entführt.

Anführer des Kommandos von Wien war der Venezolaner Ilich Ramírez Sánchez, genannt „Carlos", der als internationaler Top-Terrorist weltweit für Schlagzeilen sorgte. „Carlos" ist seither nirgends wieder aufgetaucht; Sicherheitsexperten aller Länder rätseln darüber, ob er sich von einem Erdölstaat bestechen ließ, unter neuer Tarnung seine blutigen Hände weiterhin im internationalen Terrorismus hat oder bereits tot ist.

Mit dabei in Wien war auch der Frankfurter Hans-Joachim Klein. Durch einen Bauchschuß war er bei dem Anschlag selber lebensgefährlich verletzt und dann, nach einer Notoperation in Wien, mit seinen Komplizen nach Algerien ausgeflogen worden.

Über Brutalität und Unmoral der bewaffneten Kämpfer entsetzt, wurde er zum ersten prominenten Aussteiger, schickte seine Waffe an das SPIEGEL-Büro in Rom und erteilte 1978 in einem SPIEGEL-Gespräch aus dem Untergrund dem Terrorismus eine radikale Absage. In mehreren Sprachen erschien später sein Buch „Rückkehr in die Menschlichkeit" (SPIEGEL 49 bis 51/1979). Mit Frau und Kind hält sich Klein seither verborgen.

Neben drei bis heute unbekannt gebliebenen Arabern war auch eine Frau mit dem Kommando-Namen „Nada" am Wiener Überfall beteiligt – nach Ansicht der Ermittler Gabriele Tiedemann.

Die drei Toten von Wien, nur soviel ist sicher, sind nicht durch Schüsse von Klein ums Leben gekommen. Ein libyscher Opec-Mitarbeiter wurde im Konferenzraum von „Carlos" erschossen.

Der irakische Leibwächter Ala Saced Al-Khafazi befand sich in der Rezeption des Opec-Gebäudes und versuchte, von dort zum Ausgang zu gelangen. Er verblutete nach einem aus nächster Nähe abgefeuerten Schuß, der Gesicht und Hals zerfetzte.

Opec-Terroristin „Nada"*: Todesschuß im Lift

Dem österreichischen Kriminalbeamten Anton Tichler, 60, war es im ersten Stock des Konferenzgebäudes gelungen, bis zur Fahrstuhltür zu kommen. Sie stand offen, Tichler stieg in die Liftkabine ein, wollte hinunterfahren und sich in Sicherheit bringen.

Ein Kommando-Mitglied trat hinzu, fragte „Are you a policeman?" und gab aus drei Metern Entfernung einen Schuß ab, der Tichler im Nacken traf, Rückenmark und Halsvene verletzte und eine tödliche Herzlähmung auslöste. Das Projektil trat am Unterkiefer wieder aus und blieb in der Verkleidung der Aufzugskabine stecken. Mit dem tödlich getroffenen Kriminalbeamten glitt der Lift ins Erdgeschoß hinab.

Al-Khafazi und Tichler, so die Kölner Staatsanwälte, seien von „Nada" getötet worden. Wie alle anderen Attentäter konnte auch „Nada" damals entkommen, weil die Wiener Regierung sämtliche Forderungen erfüllte. Die Terroristen wurden zusammen mit den gekidnappten Opec-Ministern nach Algier ausgeflogen.

Zwei Jahre später, am 20. Dezember 1977, wurde Gabriele Tiedemann im schweizerischen Delémont verhaftet. Sie war mit ihrem Komplizen Christian Möller beim unerlaubten Grenzübertritt beobachtet worden und hatte geschossen, um sich ihrer Festnahme zu entziehen. Ein Schweizer Beamter wurde dabei lebensgefährlich verletzt.

Wegen „fehlgeschlagener Mordtat" verurteilte sie ein Schwurgericht in Pruntrut daraufhin zu 15 Jahren Haft. Nach Verbüßung von zwei Dritteln dieser Strafe wäre sie nun vor Weihnachten in der Schweiz auf freien Fuß gekommen, wenn die Bundesrepublik nicht auf ihrer Auslieferung bestanden hätte.

In ihrer langen Haft in der Schweiz hat Gabriele Tiedemann Abstand zum Terrorismus gewonnen. Der bewaffnete Kampf ist heute für sie kein Mittel mehr, die politischen Verhältnisse zu verändern. In einem Schreiben der Polizeidirektion des Kantons Bern wird darauf hingewiesen, daß die Inhaftierte seit Sommer 1985 ein deutlich verändertes Verhalten zeige und ein „diskret bekundeter Gesinnungswandel" offenbar geworden sei.

Aus der ideologisch verhärteten, auch persönlich abweisenden und schroffen Terroristin von einst ist eine nachdenkliche, gefühlsbetonte Frau geworden, der die eigenen Aggressionen von früher kaum noch verständlich sind.

Vor drei Jahren freundete sie sich mit dem heute 31jährigen Züricher Journalisten Jan Matthias Morgenthaler an, der sie damals als Redakteur der linksalternativen „WochenZeitung" – einer Art Schweizer „taz" – in der Haft besuchen durfte. Vor einem Jahr teilten beide mit, sie wollten heiraten. Doch die Schweizer Behörden widersprachen, weil Gabriele Tiedemann mit der Heirat angeblich nur ihre Einbürgerung anstrebe und damit der Auslieferung entgehen wolle.

„Die Kategorisierung eines Menschen als Terrorist", schrieb die ehemalige Terroristin, „ermöglicht eine vollständige Denunzierung nach der Devise: Wo es keine Gefühle geben darf, kann es nur Berechnung geben." Jan Morgenthaler will die Inhaftierte auch jetzt noch heiraten, notfalls sogar in der Kölner Strafanstalt.

Die Schweizer Regierung jedenfalls ist heilfroh, Gabriele Tiedemann endlich loszusein, denn ihr Fall ist nach wie vor brisant. Schon vor vier Jahren, am 24. Januar 1984, hatte der Opec-Prozeß in Köln beginnen und die Angeklagte dorthin überstellt werden sollen. Aber das

* Beim Verlassen des Opec-Gebäudes in Wien am 22. Dezember 1975.

Bonner Justizministerium ließ damals, aus zunächst mysteriös erscheinenden Gründen, das Überstellungsersuchen an die Schweiz nicht hinausgehen – der Opec-Prozeß platzte, weil die Anklagebank leergeblieben war.

Noch im vergangenen Monat sorgten sich Schweizer Regierungsmitglieder, sie müßten Gabriele Tiedemann im Lande behalten, falls sie mit ihren Einsprüchen gegen die Auslieferung doch noch durchkäme. Mögliche Konsequenz: Nach einer europäischen Übereinkunft zur Bekämpfung des Terrorismus wäre die Schweiz gezwungen gewesen, den Opec-Prozeß im eigenen Lande zu führen. Das aber wollte sie um keinen Preis.

Auch Österreich, obwohl Tatort, hatte daran kein Interesse. Seit Jahren ist die Wiener Regierung bemüht, den Opec-Prozeß am besten gar nicht und vor allem nicht im eigenen Land stattfinden zu lassen. Sonst, so fürchten die Experten, könnte die Alpenrepublik erneut der Schauplatz internationaler Terroranschläge werden.

Ganz abwegig ist der Gedanke nicht. Im Oktober 1983 war bei der Deutschen Botschaft im saudiarabischen Dschidda ein Drohbrief eingegangen: Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann werde ermordet, falls Gabriele Tiedemann vor Gericht müsse. Absender: „Carlos".

SPIEGEL-Titel 32/1978
Zeuge im Untergrund

Die Sicherheitsbehörden hielten den Brief für authentisch; jedenfalls war der Fingerabdruck des gefürchteten Top-Terroristen darauf zu finden. Wann er aufs Papier kam, womöglich blanko vor langer Zeit, und ob dieser „Carlos" noch als Terrorist aktiv ist, ließ sich freilich bis heute nicht klären.

Damals jedenfalls reichte der Brief schon aus, den Kölner Prozeß platzen zu lassen, indem die Bundesregierung durch Nichtstun dafür sorgte, daß die Angeklagte im Ausland blieb. Ende 1987 aber konnte weitere Untätigkeit nicht mehr helfen, sonst wäre Gabriele Tiedemann in der Schweiz aus der Haft entlassen worden und womöglich untergetaucht.

Ob der Opec-Prozeß nun in Köln beginnen wird, steht gleichwohl noch nicht fest. Zwischen Justiz und Sicherheitsbehörden ist darüber ein Konflikt ausgebrochen.

Die Beweise gegen Gabriele Tiedemann waren von Anfang an dürftig. Obwohl die Täter beim Opec-Überfall keine Handschuhe trugen, wurde am Tatort kein einziger Fingerabdruck gesichert. Die Fahrstuhlkabine mit dem steckengebliebenen Projektil aus „Nada" Waffe ist angeblich längst verschrottet worden. Die Video-Aufnahmen von den Tätern beim Verlassen des Opec-Gebäudes sind so schlecht, daß „Nada" nicht identifiziert werden kann.

Opec-Terrorist „Carlos" (1975)
Morddrohung an die Botschaft

Der Tatbeteiligte Hans-Joachim Klein lebt irgendwo im Untergrund und ist nicht greifbar. In Interviews und in seinem Buch hat er jede konkrete Beschuldigung sorgfältig vermieden, weil er nicht zum Verräter werden wollte.

Für die beiden Morde von Wien gibt es nur zwei wirkliche Tatzeugen: einen irakischen Sicherheitsbeamten der Opec mit Sitz in Wien und eine österreichische Angestellte, die den Delegierten Kaffee zu bringen hatte. Der Iraker hat „Nada" nur der Gestalt nach beschreiben können, schießen sah er sie nicht. Die Kaffee-Frau allerdings stand neben Tichler im Fahrstuhl, als „Nada" auf den Kriminalbeamten schoß. Sie hat eine weibliche Stimme gehört, Gabriele Tiedemann auf Vergleichsphotos wiedererkannt, sich aber auch in Widersprüche verwickelt.

Schon als vor vier Jahren der Prozeß starten sollte, hatten zahlreiche Zeugen aus dem Ausland erklärt, sie würden weder aussagen noch anreisen. Rechtliche Mittel, sie zu zwingen, gibt es nicht.

Deutsche Sicherheitsexperten haben in den letzten Wochen in Wien über die Beweislage verhandelt. Ergebnis: Die österreichischen Behörden haben angeordnet, daß kein im Staatsdienst tätiger Zeuge zur Verfügung steht. Andere Zeugen dürfte es ohnehin kaum danach drängen, sich durch Aussagen mit Namen und Anschrift möglichen Repressalien auszusetzen.

Käme es trotz allem zum Kölner Prozeß, scheint zwar ein Freispruch von Gabriele Tiedemann mittlerweile unausweichlich. Doch das Risiko, die Bundesrepublik könnte schon vor und während eines solchen Verfahrens Ziel erpresserischer Anschläge oder politischer Nötigungen aus dem arabischen Raum werden, ist damit nicht aus der Welt geschafft.

Inzwischen rangeln Sicherheitsexperten mit Strafverfolgern, ob sich der heikle Prozeß nicht schon im Vorfeld begraben läßt. Kölner Juristen lassen durchsickern, die Schwurgerichtskammer habe den Staatsanwälten einen Wink gegeben, sie sollten ihre Anklage zurücknehmen und das Verfahren einstellen.

Das ist – eine Durchbrechung des Legalitätsprinzips – aus Opportunitätsgründen nach Paragraph 153c der Strafprozeßordnung bei einer im Ausland begangenen Tat dann möglich, „wenn die Durchführung des Verfahrens die Gefahr eines schweren Nachteils für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführen würde oder wenn der Verfolgung sonstige überwiegende öffentliche Interessen entgegenstehen".

In der Kölner Staatsanwaltschaft sind die Ansichten dazu geteilt. Es gibt Ankläger, die Gabriele Tiedemann für schuldig halten und gerade in diesem Fall, bei dem eine freigepreßte Terroristin wenig später zur Doppelmörderin geworden sei, auf unerbittliche Härte pochen. Andere Juristen geben zu bedenken, es dürfe kein Anlaß für neue Terroranschläge geliefert werden, und man könne zunächst einmal abwarten: Frau Tiedemann müsse ohnehin erst noch ihre alte Reststrafe absitzen.

Im Düsseldorfer Justizministerium spottet ein Experte: „Bis wir die Frau laufenlassen müssen, haben wir ja noch gut drei Jahre Zeit. Vielleicht lesen wir bis dahin eine Todesanzeige von ‚Carlos' – das macht unserer Justiz dann wieder Mut." ◆

Welch ein Anblick.

BEGA GANTENBRINK-LEUCHTEN OHG D-5750 Menden.

Leonhardt & Kern

BEGA

Leuchten für alle Bereiche der Außenwelt. Licht für Haus und Garten. Für Straßen, Parks und Sportstätten. Vorbildliche Außenleuchten in zeitlosen Formen und dauerhafter Technik.
BEGA Leuchten gibt es beim Elektrohandwerk und im Elektrofachhandel.

BEGA – Licht draußen.

Welch ein Lichtblick.

So ein Ei

Kanzler Kohls Ankündigung, mit höheren Steuern die Staatsverschuldung zu senken, stößt auf breite Kritik. Selbst der Finanzminister äußert vorsichtigen Mißmut über Kohl.

Krönender Abschluß der CDU-Wahlkampfveranstaltung im Konzerthaus Ravensburg waren die Angriffe gegen Bonn. Baden-Württembergs CDU-Ministerpräsident Lothar Späth weiß, wie sich derzeit der stärkste Beifall auch bei Anhängern der C-Partei einheimsen läßt – mit Hohn und Spott über die Koalitionsregierung Helmut Kohls, die Deutsch Süd-West nur ja mit ihren Regierungskünsten verschonen soll.

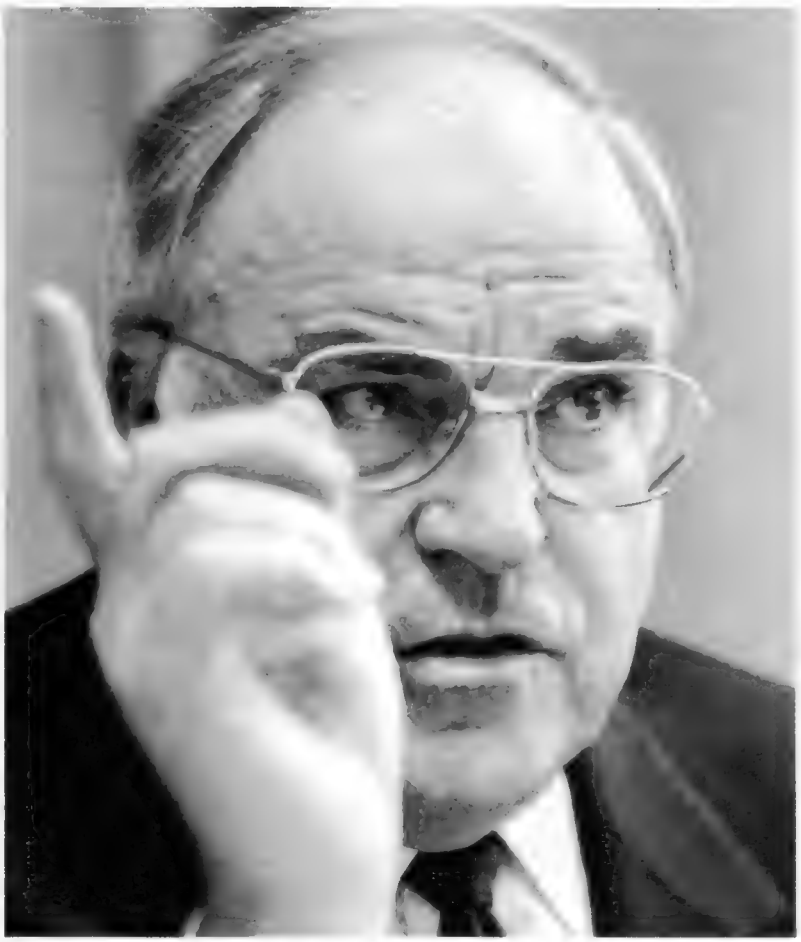
Die Leut' sollten „mal gucken, was die in der Koalition an Auftritten erzeugen, bis sich jeder profiliert hat und die dann den Kompromiß zum Abstimmen des Profils gefunden haben". Und: „Wo die noch schwätzen, da schaffen wir in Baden-Württemberg bereits was." Oder: „Glauben Sie nicht, daß in Bonn entschieden wird, was für Baden-Württemberg gut ist."

Störfall Bonn. Damit will CDU-Vize Späth, dem Kohls Ankündigung von höheren Steuern und größeren Staatsschulden den Auftakt des Landtagswahlkampfs verhagelt, rein gar nichts zu tun haben: „Meinen Amtseid habe ich nicht auf die Partei, sondern auf Baden-Württemberg geleistet." Redet sich Kohl heraus, „die Lage ist über uns gekommen", hält Späth dagegen, die gegenwärtigen Konjunkturprobleme seien „ganz normal". Der Absturz des Dollar sei vorhersehbar gewesen, „wir haben gut gelebt vom starken Dollar, jetzt laufen sie plötzlich alle mit Tränen rum".

Kalte Wut hatte Späth bei seinem ersten Wahlkampfauftritt am vorigen Dienstag abend immer noch im Bauch, obwohl er sich schon tags zuvor im Bonner CDU-Präsidium Luft gemacht hatte. „Wir können doch nicht im November sagen, wir hätten die Steuerdiskussion abgeschlossen", blaffte er da Kohl an, „und dann bringen wir so ein Ei."

Außer Finanzminister Gerhard Stoltenberg war keiner der CDU-Häuptlinge vom Kanzler vorgewarnt oder gar um Rat gefragt worden. Selbst den CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hatte Kohl übergangen.

Der schimpfte los. „Unfug", „rundum falsch" seien Zeitpunkt und Inhalt des Kabinettsbeschlusses aus der Vorwoche, die Neuverschuldung auf die Rekordmarke von 40 Milliarden Mark hochzutreiben und die Bürger obendrein mit höheren Verbrauchsteuern zu erschrekken.



Kanzler Kohl*: „Ein Gütesiegel, daß wir keine Schulden machen"

Die Parteizentrale sei überrumpelt worden, klagte Geißler den Vorsitzenden an. Nichts sei vorbereitet, um den Mitgliedern draußen das Argumentieren zu erleichtern. Dabei ist sich Geißler im klaren, daß es da nichts zu beschönigen gibt. Der Generalsekretär muß zusehen, wie das Zutrauen der Bürger zu dem CDU-Slogan zerrinnt, nur die Unionschristen könnten, anders als die Sozialdemokraten, mit Geld umgehen. Geißler sieht in diesem Verlust an Glaubwürdigkeit die wirkliche Gefahr, und da sei – ausweislich jüngerer Umfragen – die Union schon länger auf abschüssigem Wege.

Wider die eigenen Gebote hatte die CDU-geführte Regierung schon Ende 1987 gesündigt. Jahrelang waren die Konjunkturprogramme der SPD-Zeit von der CDU-Propaganda als Geldvergeudung angeprangert worden. Bis dann Kohl, auch schon ohne Vorwarnung an die eigene Partei, unter anderem Namen ein eigenes Konjunkturprogramm vorlegte, Zinsverbilligung für Mittelstand und Gemeinden bei einem Kreditvolumen von 21 Milliarden Mark. „Zack, kam der Schwenk", so ein hoher Parteifunktionär, „und wir wußten nicht mehr, was wir sagen sollten."

Noch schlimmer findet Geißler den Umfall bei der Schuldenwirtschaft. War es doch die Union gewesen, die aus der Staatsverschuldung einen Wahlkampfhit gegen die Sozis gemacht hatte. Jetzt weiß die CDU-Zentrale nicht, wie sie den Wählern einen Unterschied zwischen Schulden der Roten und der Schwarzen erklären soll.

Es kann noch dicker kommen. Späth, der schon im letzten Mai vor den Risiken bei der Finanzierung der Steuerreform gewarnt und damit recht behalten hatte, mahnte am Montag letzter Woche die CDU-Präsidien wieder: Im Herbst 1988 werde es wahrscheinlich mit der Konjunktur gefährlich bergab gehen. „Legt euch nicht fest, und tut nicht so, als ob alles abgeschlossen sei" – Bonn solle sich Spielraum für weitere Konjunkturhilfen erhalten.

Wenig später, vor der Bundespressekonferenz, spielte Kohl, so ist er nun einmal, seine liebste Rolle – den starken Helmut. Neugierige Fragen nach der vorangegangenen Putz- und Flickstunde im Parteipräsidium beschied er pompös, aber abschlägig: „Das war ein absolut verträgliches und überhaupt nicht in irgendeiner Form kontroverses Gespräch." Keine Differenzen, allenfalls „Nuancen" zwischen den einzelnen Ländern habe er herausgehört.

Tatsächlich hat sich Kohl im Alleingang zwischen alle Stühle gesetzt. Der Kanzler will Konjunktur, Staatsfinanzen und die Stimmung anturnen mit einem Mix aus Speedies und Tranquilizern. War eben noch Wachstum das Gebot der Stunde, so müssen jetzt die Steuern –

* Auf der Pressekonferenz am Montag letzter Woche.

„Im nächsten Jahr wird es noch schlimmer"

SPIEGEL-Interview mit dem Hamburger Landesbank-Chef Hans Fahning über Konjunktur-Gefahren

SPIEGEL: Herr Fahning, steuert die deutsche Wirtschaft auf eine Rezession zu?

FAHNING: Ja, wir nähern uns einer Rezession. Ich gehe davon aus, daß sich das wirtschaftliche Wachstum 1988 wesentlich abschwächt. Ich schätze, die deutsche Wirtschaft wird im Durchschnitt des Jahres nur noch um ein Prozent wachsen. Ende 1988 werden wir mindestens 2,5 Millionen Arbeitslose haben – das sind gut zehn Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung. Zu dem Zeitpunkt sind wir sicherlich bei Nullwachstum.

SPIEGEL: Und 1989 wird noch schlimmer?

FAHNING: Ja, wenn in Bonn nichts geschieht, sicher. Deswegen ist es Augenwischerei, wenn Bundeswirtschaftsminister Bangemann sagt, 1988 werde die Bundesrepublik sich noch auf einem Wachstumspfad befinden, daher bestehe jetzt kein politischer Handlungsbedarf. Wenn wir erst einmal bei Nullwachstum angelangt sind, wird es viel schwieriger, das Steuer herumzureißen. Man kann nicht mehr sagen, es ist fünf Minuten vor zwölf, sondern die Uhr hat schon zwölf geschlagen.

SPIEGEL: Geht es nur noch darum, die wirtschaftliche Krise abzukürzen, Schlimmeres – etwa eine Depression – zu verhindern?

FAHNING: Ja, dies fürchte ich, denn die Gefahr einer Depression ist keineswegs auszuschließen.

SPIEGEL: Hat die Bonner Regierung in den vergangenen Monaten geschlafen?

FAHNING: Bonn ließ in den zurückliegenden Wochen und Monaten ein beachtliches Führungsdefizit erkennen. Die Regierung hat nicht gesehen, daß die Geldpolitik mit ihren Möglichkeiten am Ende ist und es ganz entscheidend darauf ankommt, die Fiskalpolitik konjunkturstützend einzusetzen.

SPIEGEL: Hat die Regierung inzwischen den Ernst der Lage erkannt?

FAHNING: Ich glaube nicht. Andernfalls ist gar nicht zu erklären, daß sie jetzt ankündigt, 1989 das Haushaltsdefizit um zehn Milliarden zurückführen zu wollen. Im nächsten Jahr wird es um die Konjunktur doch noch schlimmer stehen als heute.

SPIEGEL: Ist die Regierung bei einem Haushaltsdefizit von 40 Milliarden noch handlungsfähig?

FAHNING: O ja. Man kann den Bundeshaushalt heute weniger als je zuvor unter Spargesichtspunkten sehen. Die Regierung muß in dieser Situation bereit sein, auch ein noch größeres Defizit hinzunehmen.

Landesbankier Fahning
„Die Uhr hat schon zwölf geschlagen"

SPIEGEL: Die Ankündigung Bonns, 1989 die Verbrauchsteuern zu erhöhen, ist also falsch?

FAHNING: Ja, das ist in der gegebenen Situation nicht konjunkturgerecht.

SPIEGEL: Was halten Sie davon, die Steuerreform vorzuziehen?

FAHNING: Das wäre zu pauschal. Es geht jetzt darum, den Massenkonsum zu stabilisieren, nach Möglichkeit zu vergrößern. Deshalb sollten die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen stärker begünstigt werden.

SPIEGEL: Schuld an der schwierigen Lage, sagt der Bundeskanzler, sei der Kursverfall des Dollar.

FAHNING: Sicher ist der Dollarverfall eine Ursache der Misere, aber nicht die alleinige. Und außerdem hat sich Bonn den Dollarverfall zu einem guten Teil selbst zuzuschreiben. Hätte Bonn schon früher etwas für das Wachstum der Binnenwirtschaft getan, wie es die Verantwortung der drittgrößten Industrienation für die Entwicklung der Weltwirtschaft geboten hätte und wie es die Amerikaner daher zu Recht immer wieder verlangt haben, wäre der Dollar heute sicher mehr wert. Und dem Bundesfinanzminister fehlten nicht die sechs Milliarden Mark Bundesbankgewinn in seiner Kasse.

SPIEGEL: Es reichte offenbar nicht, daß Bonn allein darauf abzielte, die Investitionsbedingungen für die Unternehmen zu verbessern?

FAHNING: Das reichte nicht. Die Rahmenbedingungen für Investitionen waren selten so günstig wie heute. Ich nenne die niedrigen Zinsen, die steigenden Unternehmereinkommen, die hohe Liquidität der Unternehmen. Dazu gehört auch die Preisstabilität und die Tatsache, daß die Lohnstückkosten von allen Industrieländern, ausgenommen Japan, in der Bundesrepublik in der letzten Zeit am langsamsten gewachsen sind. Dennoch wird unzureichend investiert.

SPIEGEL: Warum?

FAHNING: Ganz einfach: Es wurde zuwenig für die Nachfrage getan. Die Unternehmen können ihre Waren im Inland nur begrenzt absetzen, und im Export können sie, nachdem die Mark international immer teurer geworden ist, nicht mehr ausreichend hohe Preise erzielen. Also lassen sie Erweiterungsinvestitionen bleiben.

SPIEGEL: Eine allgemeine Nachfrageschwäche sehen Sie nicht?

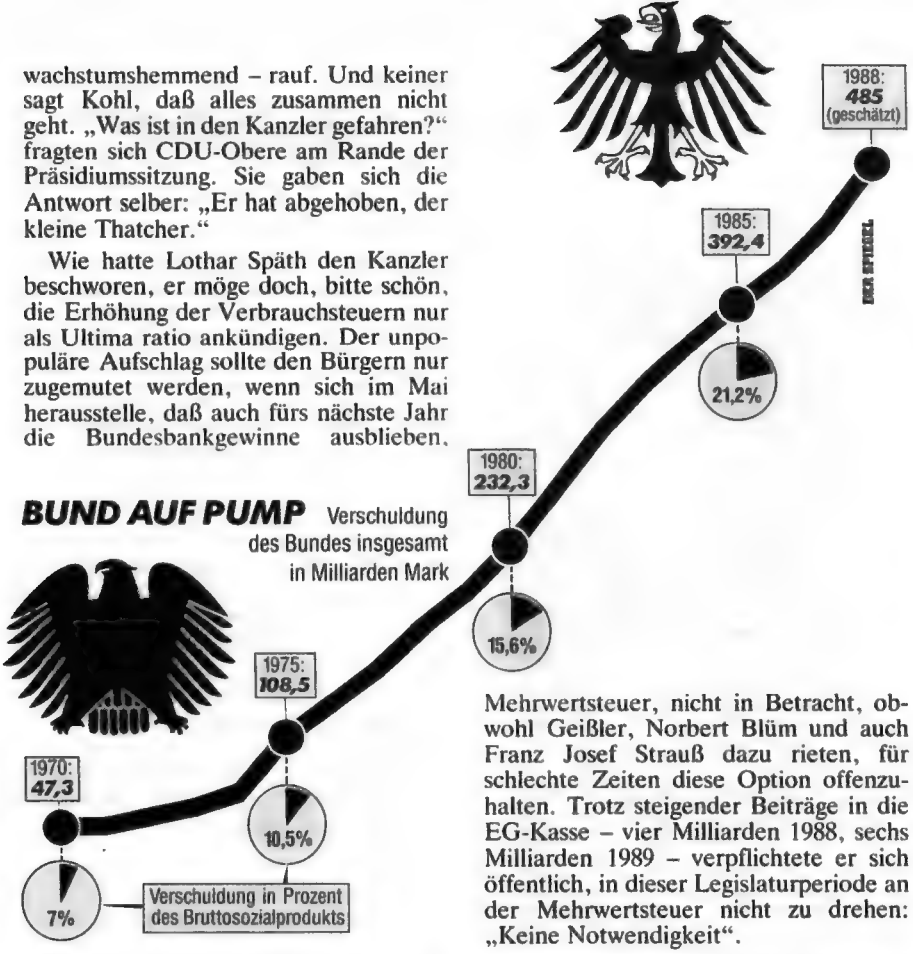
FAHNING: Nein, ich halte die These von der allgemeinen Marktsättigung für nicht überzeugend. Es gibt auch in der Bundesrepublik noch viele unbefriedigte Bedürfnisse. Es fehlt nur an dem nötigen Einkommen.

SPIEGEL: Und dafür soll jetzt Bonn sorgen?

FAHNING: Ja, dafür gibt es durchaus Möglichkeiten. So könnte die Regierung für einen Zeitraum von zwei Jahren allen abhängig Beschäftigten die Möglichkeit einräumen, ihre Schuldzinsen von der Steuer abzuziehen. Dies wäre sicher ein kräftiger Anreiz, langlebige Gebrauchsgüter zu kaufen, und würde die Nachfrage spürbar beleben. Darüber hinaus sollte Bonn ein Investitionsprogramm für die Städte und Gemeinden auflegen; ich denke an zehn Milliarden für zwei Jahre. Das wäre bei der hohen Verschuldung der Gemeinden – anders als das Zinsverbilligungsprogramm – wirklich effizient. Bisher hat die Regierung nur versucht, die Probleme auszusitzen. Damit sind wir doch erst in die jetzige Misere hineingeraten.

wachstumshemmend – rauf. Und keiner sagt Kohl, daß alles zusammen nicht geht. „Was ist in den Kanzler gefahren?“ fragten sich CDU-Obere am Rande der Präsidiumssitzung. Sie gaben sich die Antwort selber: „Er hat abgehoben, der kleine Thatcher.“

Wie hatte Lothar Späth den Kanzler beschworen, er möge doch, bitte schön, die Erhöhung der Verbrauchsteuern nur als Ultima ratio ankündigen. Der unpopuläre Aufschlag sollte den Bürgern nur zugemutet werden, wenn sich im Mai herausstelle, daß auch fürs nächste Jahr die Bundesbankgewinne ausblieben.



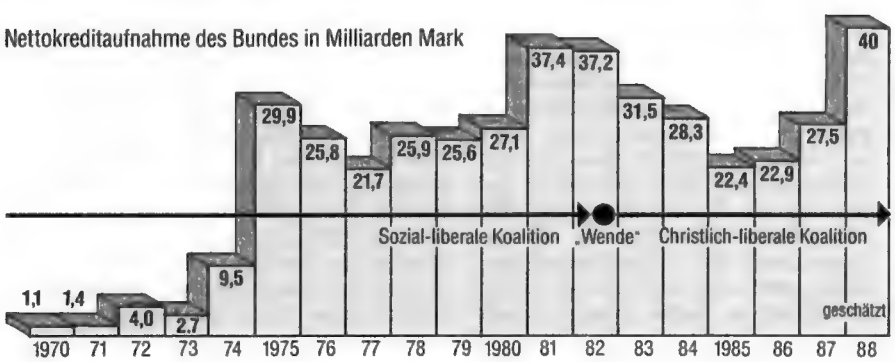
Ausgabenkürzungen und Subventionsabbau keine Milliarden in die Kasse brächten (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 89).

Der Stuttgarter Ministerpräsident bestieg am Montag die Maschine heim ins Ländle im guten Glauben, der Kanzler habe seinem Wunsch entsprochen und ihm noch ein Beruhigungsmittel für aufgeregte Wähler überlassen. Doch Späth war noch nicht zu Hause gelandet, da tönte der Kanzler („ganz klar meine Entscheidung als Regierungschef“) offen und selbstbewußt: Wer nicht auch „die Frage von spezifischen Verbrauchsteuern“ zur Finanzierung jener „mindestens“ zehn Milliarden in Betracht ziehe, um die im nächsten Jahr die Neuverschuldung sinken soll, „der leugnet einfach die Tatbestände, wie sie da sind . . . Das heißt, diese Summe muß aufgebracht werden“.

Seltsamerweise zog der Kanzler einen anderen Kassenfüller, die Anhebung der Mehrwertsteuer, nicht in Betracht, obwohl Geißler, Norbert Blüm und auch Franz Josef Strauß dazu rieten, für schlechte Zeiten diese Option offenzuhalten. Trotz steigender Beiträge in die EG-Kasse – vier Milliarden 1988, sechs Milliarden 1989 – verpflichtete er sich öffentlich, in dieser Legislaturperiode an der Mehrwertsteuer nicht zu drehen: „Keine Notwendigkeit“.

Auch vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekannte sich Kohl gleichzeitig zu verschiedenen Zielen – zu Stabilität und Solidität, zu höheren Steuern später und mehr Schuldenmachen jetzt, um die Wirtschaft in Fahrt zu halten. Rätselhaft indessen blieb des Kanzlers Wort zu dem schicksalhaften 40-Milliarden-Loch im Haushalt: „Wir sind damit angetreten – und wir bleiben natürlich dabei, das ist, wenn Sie so wollen, ein Gütesiegel dieser Regierung, daß wir keine Schulden machen.“

Offen ließ Helmut Kohl allerdings, ob er denn, wie geplant, in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode mit einigen sozial- und familienpolitischen Gesetzen für gute Stimmung bei der Bundestagswahl sorgen wird. Besonders Geißler und Blüm, aber auch Familienministerin Rita Süssmuth wollen beim Kindergeld drauflegen, die Kriegsopferversorgung verbessern und das Erziehungsgeld statt auf ein für zwei Jahre bewilligen. Kosten: etwa drei Milliarden Mark.



Kohls Hausmeier Wolfgang Schäuble will von einer Verbindlichkeit dieser Absprache nichts mehr wissen. Im Bonner Konrad-Adenauer-Haus, wo Geißler das Sagen hat, wird für den Verweigerungsfall vorsorglich „Krieg“ angekündigt. Einigkeit gibt es bisher nur über einen Termin: Die Entscheidung fällt erst im Herbst, nach den Landtagswahlen.

Der Finanzminister sagte im CDU-Präsidium zu allem ja und amen, was der Kanzler zur Verteidigung seines Kabinettstückchens vorbrachte: Dem Volk müsse ehrlich die Kassenlage beschrieben werden, der Schuldenrekord sei ein „Ausreißer“, der gewiß im folgenden Jahr korrigiert werde.

Dabei hatte sich Gerhard Stoltenberg noch in der Kabinettssitzung am vorletzten Donnerstag verzweifelt dagegen gewehrt, jetzt schon mit der Wahrheit über Schulden und höhere Steuern zu kommen. Er brauche noch Zeit, müsse alles durchrechnen können. Kohl setzte seinen Willen durch, Stoltenberg ließ die Gelegenheit zur ehrenvollen Demission verstreichen.

Nach außen hin vertritt der Kassenwart seitdem des Kanzlers Entscheidung. Doch ob sich Kohl weiter auf seinen Finanzminister, auch in der Rolle des Prügelknaben, verlassen kann, scheint nicht mehr sicher. Intern nörgelt Stoltenberg am Führungsstil des Kanzlers. Er hält die Milliarden-Belastung, die ihm mit den Zahlungen an die Trümmerfrauen aufgebürdet wurde, für falsch und sagt es auch. Als kapitalen Fehler sieht er es an, auf die in der Koalitionsvereinbarung bereits festgeschriebene Steuererhöhung zugunsten der EG-Kasse im Jahr 1988 zu verzichten. Neidvoll beobachtet Stoltenberg, wie Franzosen und Engländer einmal beschlossene Steuerpläne zügig durchsetzen – Führungskraft, die er in Bonn schmerzlich vermißt.

Doch nach draußen, fürs Publikum, bleibt Stoltenberg – noch? –, was er immer war: loyal bis in die Knochen, dem Kanzler treu ergeben. Noch steckt er die Hiebe weg, die auch aus seiner Sicht eigentlich dem Regierungschef gebührten.

Auch der Koalitionspartner macht mit beim Hauen und Stechen. Im Präsidium der FDP trug Finanzfachmann Hermann Otto Solms vor, in der Regel sei ein Finanzminister nach vier, fünf Jahren von der Last des Amtes verschlissen. Es sei an der Zeit, sich über einen Nachfolger für Stoltenberg Gedanken zu machen; der ist ja schließlich seit Herbst 1982 im Amt. Niemand widersprach.

Vor der FDP-Fraktion fällte dann der Abgeordnete und Finanzexperte Hans Gattermann ein bündiges Urteil über die Qualität des Regierungsschaffens der Herren Kohl und Stoltenberg: „Das ist nicht professionell gemacht worden.“

„Ich rechne mit dem schlechtesten Fall“

Der CDU-Vize und Ministerpräsident Lothar Späth über die Bonner Politik und seine Wahlchancen

Späth (M.) beim SPIEGEL-Gespräch*: „Ich hätte gerne eine Gesamtkonzeption“

SPIEGEL: Herr Ministerpräsident, wie fühlt man sich als Amateurpolitiker? Gerhard Stoltenberg hat Ihnen ja, wie anderen Kritikern seiner Finanzpolitik, im CDU-Präsidium vorgeworfen, sich wie „ein Amateurklub“ aufzuführen.

SPÄTH: Ich kann mich nicht an den Vorwurf erinnern.

SPIEGEL: Wollen Sie ihn überhören?

SPÄTH: Ach wo, ich überhöre selten etwas. Aber ich fühle mich in der Politik, wie jeder weiß, eigentlich ganz wohl. Wenn nun jemand meint, daß mein Verhalten amateurhaft sei, dann würde ich das als eine zusätzliche sportliche Attitüde ansehen.

SPIEGEL: Werden Sie Ihre Landsleute auf den Plakaten zur Landtagswahl in Baden-Württemberg am 20. März mit den jetzt von Bonn versprochenen Steuererhöhungen auf Schnaps, Benzin, Tabak begeistern?

SPÄTH: Nein, das werde ich ganz sicher nicht. Es ist nicht gut, daß man jetzt eine Grundsatzentscheidung getroffen hat. Besser wäre es gewesen, die neue Finanzlage im Mai abzuwarten.

SPIEGEL: Also Ihren Wahl-Termin abzuwarten?

SPÄTH: Im Mai will Bonn seine gesamte mittelfristige Finanzplanung vorlegen. Wenn dann der Bundesbankgewinn weg ist, die Tarifabschlüsse, die konjunkturelle Entwicklung, die Ergebnisse der Steuerschätzung zeigen, daß wir in eine Schieflage in den nächsten Jahren kommen, dann hätte man sich Gedanken machen müssen, wie das in Ordnung zu bringen ist. Dabei hätte man auch mit dem Gedanken spielen können, wegen zusätzlicher EG-Kosten etwa im Verbrauchsteuer-Bereich notfalls etwas zu machen.

SPIEGEL: Warum haben Kanzler und Finanzminister anders entschieden und die Erhöhung dieser Verbrauchsteuern jetzt schon verbindlich angekündigt?

SPÄTH: Mich stört, daß man jetzt sagt, wir werden spezifische Verbrauchsteuern erhöhen, und zwar quasi ohne Bedingung – und was wir wirklich machen, das sagen wir in ein paar Monaten. Der Kern des Problems macht mir keine großen Schwierigkeiten. Denn ich war ja derjenige, der schon im Mai letzten Jahres gesagt hat: Laßt uns Umfang und Zeitpunkt der Steuerreform noch einmal gründlich überlegen im Hinblick auf die Finanzierbarkeit.

SPIEGEL: Der Kanzler hat eine Erhöhung der Mehrwertsteuer in dieser Legislatur verbindlich ausgeschlossen. Hätten Sie das auch so getan?

SPÄTH: Ich will jetzt nicht darüber nachdenken.

SPIEGEL: Und wenn wir Sie dennoch darum bitten?

SPÄTH: Der Bundeskanzler hat abschließend entschieden, und damit ist der Punkt abgehakt.

SPIEGEL: Bedauern Sie diese Festlegung, weil sie den finanziellen Handlungsspielraum des Staates einengt?

SPÄTH: Die Entscheidung hat einen Vorteil. Jetzt gibt es keine neuen Spekulationen, demnächst werde man an die Mehrwertsteuer gehen.

SPIEGEL: Und der Nachteil?

SPÄTH: Was heißt „Nachteil“? Dies bedeutet eben, daß wir, wenn die wirtschaftliche Lage besonders schwierig wird, mit relativ hohen öffentlichen Defiziten eine Weile leben müssen. Das muß im übrigen kein Nachteil sein. Nur, eigentlich hätte ich gerne das Ganze, was die Bonner Koalition will, in einer Gesamtkonzeption gesehen.

SPIEGEL: Sie sehen in Bonn handwerkliche Fehler?

SPÄTH: Ich will jetzt als Amateur nicht den Profis dreinreden; aber ich hätte es gern gesehen, daß man das

* Mit Redakteuren Dirk Koch, Klaus Wirtgen.

Big Bank.

Es genügt heute für eine Bank nicht mehr, groß auf gut deutsch zu sein. Big macht uns vor allem unsere Kreativität und unsere internationale Präsenz. Deshalb haben wir uns auch im Schatten von Big Ben, in der Londoner Queen Victoria Street, etabliert.

Dort arbeitet ein HYPO-Team, um unsere Kunden und ihre britischen Partner in jeder Form zu unterstützen. Ein spezieller Service der HYPO-London ist das Lock Box System, mit dem jedes Pfund umgehend auf Ihrem Konto gutgeschrieben wird und so Wertstellungsgewinne von einer Woche und mehr ermöglicht werden können. Und nachdem die HYPO in London ein echtes Kind ihrer bayerischen Mutter ist, finden Sie dort vor allem auch unseren wichtigsten Service: den HYPO-Brain-Trust.

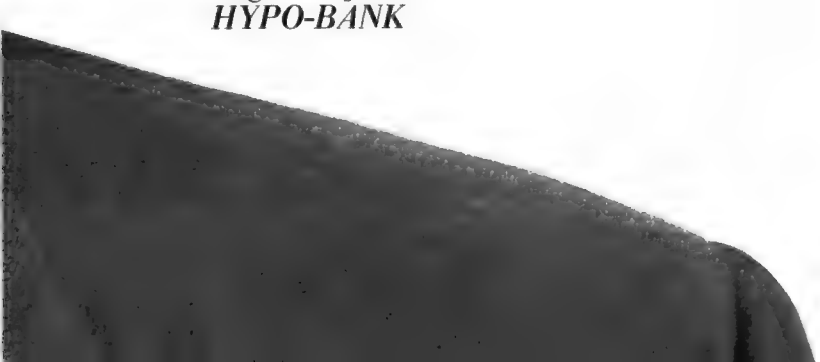
Auf gut deutsch: die kreativen Ideen, die für Sie Great in Britain sind.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.

HYPOBANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft

Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.

Roger Wolf
HYPO-BANK



umfassender abgestimmt hätte.

SPIEGEL: Sind Sie gefragt worden?

SPÄTH: Nee.

SPIEGEL: Eine Grundsatzentscheidung für die Ehrlichkeit hat der Kanzler das genannt.

SPÄTH: Unabhängig davon, daß es mich geärgert hat, wieder so ein Thema in der politischen Auseinandersetzung zu haben, das mir ein Stück weit die Möglichkeit nimmt, jetzt mal die positiven Seiten der Steuerreform darzustellen, unabhängig davon halte ich es für richtig und gut, daß der Kanzler den Bürgern die Wahrheit sagt: Es fehlen zehn Milliarden.

Bosch-Chef Bierich
„Kritik an Bonn ist berechtigt"

SPIEGEL: Würden Sie deshalb die Steuerreform ändern?

SPÄTH: Nein. Die Koalition hat die Steuerreform beschlossen. Jetzt wird sie so durchgezogen. Ich würde es für völlig falsch halten, die Steuerreform wieder aufzurollen.

SPIEGEL: Sie soll auch nicht zeitlich vorgezogen werden, wie Wirtschaftsminister Bangemann es anregt?

SPÄTH: Das war wieder so ein Schnellschuß von dem. Man darf in der Politik nicht dauernd an etwas herummontieren. Wenn man konjunkturell etwas machen muß, dann nicht bei der Massenkaufkraft, auf der Verbrauchsseite. Unser Problem ist, wie wir die Investitionen ankurbeln.

SPIEGEL: Sie haben im CDU-Präsidium angekündigt, daß die Situation wohl schon in diesem Herbst da ist.

SPÄTH: Ich habe nur vorsorglich gesagt, wir sollten uns auf eine im Herbst möglicherweise noch ein bißchen negativer aussehende Konjunkturlage einstellen.

SPIEGEL: Warum?

SPÄTH: Ich bin zwar ein relativ optimistischer Mensch, aber in Finanzfragen rechne ich mit dem „worst case", also dem schlechtesten aller denkbaren Fälle. Deshalb war ich in den letzten Jahren immer der Pessimist in dieser Runde. Ich meine ganz einfach, daß die Amerikaner die Defizite in ihrer Handelsbilanz und wahrscheinlich auch in ihrem Staatsbudget nicht wesentlich verringern können. Vor den amerikanischen Wahlen sehe ich kaum Chancen für massive Konsolidierungsentscheidungen. Eher könnte es in USA weitere Unruhe geben, könnten die Zinsen steigen. Ein solcher Trend aus USA würde uns noch zusätzliche Probleme bescheren.

SPIEGEL: Der Bundeskanzler hat ja ausdrücklich das Worst-case-Denken abgelehnt . . .

SPÄTH: . . . glaub' ich nicht.

SPIEGEL: Er hat verkündet, man gehe auch im privaten Leben nicht vom totalen Krisenfall als Normalität aus.

SPÄTH: Er hat insoweit recht, als ich es auch nicht für vernünftig halte, jetzt die Leute in Panik zu versetzen. Allerdings sage ich: Wir müssen Vorsorgearbeit leisten und eine Prognose stellen. Das Jahr 1988 – jetzt spricht wieder Pessimist Späth – wird nur ein Prozent Wachstum des Sozialproduktes bringen.

SPIEGEL: Stoltenbergs Steuerschätzungen legen 2,2 Prozent für 1988 und 2,5 Prozent für die folgenden Jahre zugrunde.

SPÄTH: Das ist der Grund, warum ich sage: Wir werden sehr wahrscheinlich im Mai noch mal unsere Steuereinnahmen nach unten korrigieren müssen. Das Jahr 1987 hat mit einem Wachstum von 1,7 Prozent abgeschlossen. Ich sehe bei der gegenwärtigen Lage nach allem, was ich an Investitionsplanungen und -entscheidungen kenne, was ich über die Auftragslage der Industrie weiß, kein zweiprozentiges Wachstum für das laufende Jahr. Deswegen habe ich gesagt: Laßt uns die Leute beruhigen, es gibt keinen Grund zur Panik. Die Probleme sind übersehbar. Aber laßt uns rechnen!

SPIEGEL: Ein Prozent weniger Wachstum reduziert die Steuereinnahmen um zwei Milliarden Mark.

SPÄTH: Das bringt uns doch nicht um, aber wir müssen damit rechnen. Wir müssen Varianten überlegen. Was passiert, wenn die Exportkonjunktur noch stärker hinkt? Dann darf beispielsweise nicht auch noch die Bauwirtschaft, ein besonders starker Träger der Binnenkonjunktur, in Schwierigkeiten geraten.

SPIEGEL: In Bonn werden Steuererhöhungen angekündigt. Sie wollen die Konjunktur ankurbeln. Sie haben ja bereits das Steuerreformkonzept kritisiert, weil es zuwenig Erleichterungen für die Unternehmen enthalte.

SPÄTH: Richtig.

SPIEGEL: Wachstumspolitik heißt für Sie Steuererleichterungen, Investitionshilfen . . .

SPÄTH: Richtig.

SPIEGEL: Bleiben Sie bei Ihrer Forderung, investierte Gewinne steuerlich zu begünstigen?

SPÄTH: Ich habe immer für eine Art „tax credit" plädiert: Wer jetzt inve-

Daimler-Benz-Produktion*: „Es gibt den Faktor Gerechtigkeit"

* In Sindelfingen.

stiert, soll Steuer- und Abschreibungserleichterungen bekommen. Das würde den Mittelstand zum Investieren bringen und unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken. Dafür, nicht bloß zum Stopfen von Haushaltslöchern, wäre ich bereit gewesen, auch Verbrauchsteuern zu erhöhen. Aber das ist jetzt natürlich Schnee von gestern.

SPIEGEL: Das heißt aber doch: Sie sind in Ihren Wahlkampf hineingegangen mit der Forderung nach Steuererleichterungen und müssen ihn mit der Aussage Ihres Kanzlers fortsetzen: Die Steuern werden erhöht.

SPÄTH: Nee.

SPIEGEL: Wie bitte? Wollen Sie uns weismachen, Kohl komme von den Steuererhöhungen wieder runter?

SPÄTH: Ich sehe noch zwei Spielräume. Erstens: Vielleicht pendelt sich der Dollar bis zu der Bestandsaufnahme im Mai bei 1,60 Mark ein. Dann können wir wahrscheinlich für das nächste Jahr wieder einen Bundesbankgewinn von etwa sechs Milliarden als Haushaltseinnahme verbuchen. Es könnte also durchaus sein, daß wir im Mai dank dieser Überweisungen aus Frankfurt auf die Verbrauchsteuererhöhung verzichten können. Eine Möglichkeit.

SPIEGEL: Die Hoffnung auf künftige Bundesbankgewinne ist doch aber nicht die auch von vielen Unternehmern angemahnte langfristig solide Finanzpolitik?

SPÄTH: Nein, sicher nicht. Aber ich kann natürlich nicht sagen, der Bundesbankgewinn, der früher mit Beträgen zwischen 10 und 13 Milliarden zur Haushaltsdeckung beigetragen hat . . .

SPIEGEL: . . . unter dem Geschrei der damaligen CDU/CSU-Opposition.

SPÄTH: Die Opposition schreit immer, egal, wer es ist. Aber Tatsache ist, daß der Bundesbankgewinn über Jahre hinweg Bestandteil der Haushaltsdispositionen gewesen ist, und deshalb ist es legitim, ihn auch wieder einzubeziehen.

SPIEGEL: Wo sehen Sie einen zweiten Spielraum?

SPÄTH: Mein Hinterkopf-Gedächtnis sagt: Die FDP hat mal behauptet, sie hätte eine Liste mit 25 Milliarden an Subventionen, die gestrichen werden könnten. Die sollen die Liberalen jetzt mal aus dem Tresor holen. Stellen Sie sich mal vor, wir könnten zehn Milliarden Subventionen abbauen! Bei der Finanzierung der Steuerreform haben wir ja bisher nur Einnahmen gekappt, keine Ausgaben. Also muß es doch noch Reserven geben! Wenn sich jetzt tatsächlich zeigen sollte, daß wieder Bundesbankgewinne kommen, daß Subventionsabbau möglich ist, dann haben wir doch völlig neue Spielräume und könnten zu einer alternativen Finanzplanung kommen.

SPIEGEL: Sie belieben zu scherzen. Die Subventionen werden doch eher steigen als fallen, wir nennen Kohle und Stahl, wir nennen Bauern und Airbus. Die Kosten der Arbeitslosigkeit wachsen. Zudem stehen in der zweiten Hälfte der Legislatur neue, kostspielige Gesetze an, beispielsweise die Verlängerung des Erziehungsgeldes auf 24 Monate.

SPÄTH: Der Bundeskanzler hat sich dafür verbürgt, daß er – und da hat er recht – sagt: Ein Defizit von 40 Milliarden im Jahr 1988 kann nicht in 1989 problemlos weitergeschrieben werden, weil wir sonst Gefahr laufen, das Vertrauen der Leute in die Solidität unserer Finanzen zu verlieren. Bei der aktuellen Finanzlage wird die Bundesregierung wohl allerdings, was ich besonders bedauern würde, auf bestimmte Leistungen verzichten müssen, die sie für die zweite Hälfte der Legislaturperiode versprochen hat.

SPIEGEL: Geißler und Blüm drohen mit Krach, wenn die Koalition ihr Versprechen bricht.

SPÄTH: Es hilft doch nicht. Wir müssen uns da ganz normal die Leistungen und die Einnahmen angucken, wir brauchen im Mai ein Konzept, das die Binnenkonjunktur, die weltwirtschaftliche Entwicklung, die Haushaltssituation nach Steuerschätzung und den Tarifabschluß bei der ÖTV berücksichtigt.

SPIEGEL: Wir haben den Eindruck, daß Sie gut zwei Monate vor den Landtagswahlen die Lage schönreden. Tatsächlich muß die CDU fürchten, ihren Ruf zu verlieren, sie könne besser und solider mit Geld umgehen als die SPD.

SPÄTH: Eines ist klar: Noch keine Bundesregierung hat die Ausgaben so strikt begrenzt . . .

SPIEGEL: Nicht strikt. Die Haushaltsführung war, wie Sie selbst früher angemerkt haben, riskant.

SPÄTH: Sie war strikt und ist nun in Risiken geraten. Sie war in der letzten Phase für mich etwas zu optimistisch im Hinblick auf die Konjunkturlage. Natürlich ist es schwierig, den Leuten jetzt zu erläutern, daß die jetzigen Schulden unter anderen Konstellationen – also bei stabilen Preisen – entstanden sind als die Defizite der sozialliberalen Koalition. Unter Inflationsbedingungen steigen natürlich dauernd die heimlichen Steuereinnahmen, und die Haushalte kriegen nominale Spielräume. Da haben wir Darstellungsprobleme, das will ich doch gar nicht bestreiten.

SPIEGEL: Hat sich der Wahlkämpfer Späth damit abgefunden, daß im Bonner Kabinett ausgerechnet vier Tage vor dem Wahltag die „Lex Daimler" beschlossen wird – die Einschränkung der Steuerfreiheit für Jahreswagen?

SPÄTH: Wenn sie so beschlossen wird, wie ich mir das vorstelle und wie wir uns wohl auch einigen werden, kann man damit leben.

SPIEGEL: Bislang kann ein Daimler-Benz-Mitarbeiter jedes Jahr steuerfrei einen Rabatt von 21 Prozent kassieren.

SPÄTH: Nach dem derzeitigen Stand liegt der Steuerberechnung der Listenpreis zugrunde. Wir wollen aber einen

Stahlarbeiter-Protest in Rheinhausen: „Wir müssen die Investitionen ankurbeln"

fünfprozentigen Nachlaß vom Listenpreis dafür berücksichtigen . . .

SPIEGEL: Stoltenberg will nur drei Prozent bewilligen.

SPÄTH: Wir bleiben bei fünf. Das ist unter anderem die Entschädigung dafür, daß der Werksangehörige das Fahrzeug selber abholt und damit Vertriebskosten und ähnliches einspart. Der Rabatt auf diesen Nachlaß soll steuerfrei sein, die gesamte Steuerschuld für den Jahreswagen entsprechend niedriger.

SPIEGEL: Herr Subventionsabbauer persönlich haben gesprochen. Die Steuer auf den Jahreswagenrabatt wird doch eingeführt, um Stoltenbergs Kasse zu füllen. Wieviel kostet das Spielchen?

SPÄTH: So scharf habe ich noch nicht gerechnet.

SPIEGEL: Jetzt wollen Sie endlich mal eine Subvention abbauen, und schon wird sie wieder hinaufmanipuliert. Sie wollen uns einreden, 1989 könnten bis zu zehn Milliarden durch Subventionsabbau reingeholt werden, und man müsse gar nicht an die Verbrauchsteuern ran?

SPÄTH: Es gibt auch den Faktor Gerechtigkeit. Sie können doch nicht den Leuten bei Daimler-Benz von einem Tag auf den anderen sagen wir mal von 10 000 Mark 7600 wegnehmen. Punkt! Aus! Schluß! Das können Sie doch nicht machen!

SPIEGEL: Bei Krupp in Rheinhausen müssen die Arbeiter nicht nur Einbußen hinnehmen, sie verlieren ihren Job.

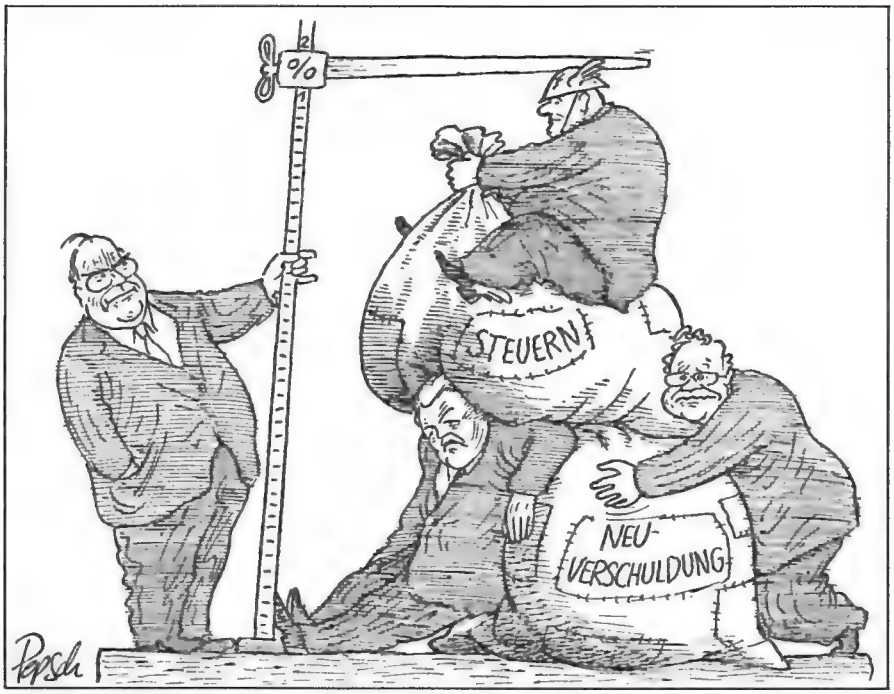
SPÄTH: Entschuldigung, stimmt doch überhaupt nicht! In den hochsubventionierten Betrieben des Ruhrgebietes sind die Löhne nicht niedriger als in Baden-Württemberg.

SPIEGEL: Noch. Die Leute müssen dort auch Einbußen hinnehmen. Wie beurteilen Sie denn die Auswirkungen einer möglichen Erhöhung der Mineralölsteuer auf die Absatzmöglichkeiten der Automobilindustrie insgesamt?

SPÄTH: Gering. Mir gefällt zwar derzeit vor allem aus psychologischen Gründen eine Diskussion über eine Verbrauchsteuer-Erhöhung nicht. Aber im übrigen muß man natürlich eins sagen: Gucken Sie mal die Entwicklung des Automarktes an, als die Ölscheichs zugegriffen haben. Da haben ganz andere Beträge zur Debatte gestanden. Kein Mensch kann behaupten, daß jede Mineralölsteuer-Erhöhung zum Desaster der Automobilindustrie führt.

SPIEGEL: Sie gelten ja unter den Unionschristen als derjenige, der sich am besten in den Management-Etagen der Wirtschaft auskennt. Haben Sie dort auch das „defensive Denken" entdeckt, das Gerhard Stoltenberg an investionsunlustigen Unternehmern gerügt hat?

SPÄTH: Aus vielen Gesprächen mit der Wirtschaft kenne ich die zunehmende Sorge, daß die Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb der Steuer- und Standortsysteme nicht mehr gut abschneidet. Das muß uns Sorge machen und muß uns beschäftigen.



Süddeutsche Zeitung

Wachstums-Prozeß

SPIEGEL: Der Chef der Robert Bosch GmbH, Marcus Bierich, klagt: „Eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die die internen Wachstumspotentiale fördert und nicht auf kurzfristige Konjunkturstimulierung beschränkt bleibt, wäre der beste Beitrag zur Lösung der weltweiten Wirtschaftsprobleme. Sie ist aber trotz mehrfacher Ankündigung seit 1982 nicht verwirklicht worden. Die internationale Kritik an der deutschen Wirtschaftspolitik ist deshalb berechtigt." Meinen Sie das auch?

SPÄTH: Nein. Aber wir dürfen diese Sorgen nicht einfach beiseite schieben. Bei Unternehmen spielt schon eine gewaltige Rolle, welche Auflagen, auch umweltpolitische, der Staat verhängt und welche Steuerpolitik wir betreiben. Ich bin natürlich von solchen Gesprächen beeinflußt. Wobei die Wirtschaftler die Kritik oft sehr viel rigoroser formulieren, weil sie in diesem politischen Geflecht nicht zu Hause sind.

SPIEGEL: Ihr Kabinett hat in der vorigen Woche ein Konjunkturprogramm beschlossen, 1,3 Milliarden vorgezogene Investitionen. Ist das eine Konjunkturpolitik gegen Bonn?

SPÄTH: So kann man das nicht sagen. Wir wollten ein Signal setzen, das den Leuten klarmacht, wir haben noch Reserven, und die setzen wir auch ein. Das gibt Klarheit, die Leute wissen: Die Regierung handelt, und wenn es sein muß, werden wir noch mehr tun. Ich will Vertrauen und Stabilität sichern.

SPIEGEL: Weil Bonn ausfällt, muß Stuttgart handeln?

SPÄTH: Stuttgart nutzt seine Möglichkeiten, die es für richtig hält.

SPIEGEL: Teilen Sie unseren Eindruck, daß Kohl ohne Rücksicht auf die Landtagswahlkämpfe der CDU in den Jahren 1988/89 die Grausamkeiten hinter sich bringen will, um dann freie Hand zu haben für die Bundestagswahl 1990?

SPÄTH: Ich sehe überhaupt keinen Grund zu der Annahme, daß man auf Baden-Württemberg keine Rücksicht nimmt.

SPIEGEL: Sollen wir das glauben?

SPÄTH: Ja, bitte.

SPIEGEL: Danke, nein.

SPÄTH: Aber ich sehe andererseits ganz klar, daß eine Bundesregierung natürlich ihre Legislaturperiode im Auge haben muß und nicht auf jeden Landesfürsten Rücksicht nehmen kann. Einer, der hart im Geben und Nehmen ist, ist der Baden-Württemberger.

SPIEGEL: Ja, Sie teilen gern aus gegen Bonn, besonders gerne gegen Kohls Partner FDP, die mit Ihnen hier koalieren will.

SPÄTH: Die FDP sagt, man bräuchte die Koalition in Baden-Württemberg, um dann die Bonner Beschlüsse direkt übertragen zu können. Das ist schon verrückt, wenn die daherkommen und mit mir in die Koalition wollen, um mich davon abzuhalten, meine eigenen Ideen im Interesse Baden-Württembergs zu verfolgen. Dazu sage ich: Ich bin nicht die Marionette der Bonner.

SPIEGEL: Damit erfüllt die FDP die Wünsche Ihres Parteifreundes Kohl, der auch Sie unter Kontrolle bringen will.

SPÄTH: Der Generalsekretär der FDP, der Herr Haussmann, übermittelt mir dauernd die Grüße meines Kanzlers, daß der nicht gerne sähe, was ich da sage. Ich habe ein so offenes Verhältnis

zu Helmut Kohl, daß der mir das selber sagen kann und das sicher auch tut.

SPIEGEL: Vielleicht *beschließt* ja der Bundeskanzler nicht nur Sachen, von denen Sie keine Ahnung haben, sondern *sagt* auch Sachen, von denen Sie keine Ahnung haben – und zwar über Sie.

SPÄTH: Das weiß ich nicht. Aber ich glaube das nicht. Ich habe eher das Gefühl, der Haussmann erfindet, was er sich wünscht, was der Bundeskanzler ihm sagen sollte, daß er es mir sagt.

SPIEGEL: Was machen Sie denn, wenn Sie nach der Wahl nicht anders können, als mit den Freidemokraten ein Bündnis zu schließen?

SPÄTH: Trotzdem keine Marionette werden.

SPIEGEL: Das liegt dann nicht mehr allein an Ihnen.

SPÄTH: Aber sehr wohl liegt das an mir. Entweder einigen wir uns in Verhandlungen über die Art, wie wir Politik machen, oder mit mir gibt's keine Koalition.

SPIEGEL: Also mit jemand anderem aus der CDU?

SPÄTH: Schließe ich dann nicht aus.

SPIEGEL: Mit Manfred Rommel? Mit dem Stuttgarter Oberbürgermeister hätten Kohl und die Liberalen keine großen Probleme.

SPÄTH: Darüber brauchen wir nicht zu spekulieren. Ich glaube, daß wir nicht den Weg gehen, daß wir uns von der FDP etwa Empfehlungen geben lassen, wer in der CDU das Sagen hat.

SPIEGEL: Sie wollen frei sein, mit allen Parteien des Landtags sprechen zu können, also auch mit der SPD, falls Sie die absolute Mehrheit verfehlen. Wie ernst ist das gemeint?

SPÄTH: Ganz ernsthaft.

SPIEGEL: Auch mit den Grünen?

SPÄTH: Nee, das halte ich nicht für erforderlich. Aber ein Meinungsaustausch etwa mit der SPD ist für mich ganz normal, wobei es ein Irrtum ist, wenn jemand glaubt, ich wollte jetzt eine große Koalition in Baden-Württemberg haben. Ich sehe dafür so wenig Ansätze wie Notwendigkeiten für eine Koalition mit der FDP. Deshalb ist es auch völlig sinnlos, in der Gegend herumzuspekulieren: Was macht er, wenn?

SPIEGEL: Sie wollen sich alle Optionen offenhalten?

SPÄTH: Natürlich.

SPIEGEL: In Stuttgart sagt man Ihnen Ambitionen auf den Chefsessel des Siemens-Konzerns nach.

SPÄTH: Meine potentiellen Arbeitgeber wechseln dauernd. Aber damit eines klar ist: Ich habe kein anderes Ziel, als wieder Ministerpräsident von Baden-Württemberg zu werden, allerdings nicht um jeden Preis. Und um mich persönlich braucht sich niemand Sorgen zu machen.

SPIEGEL: Herr Späth, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

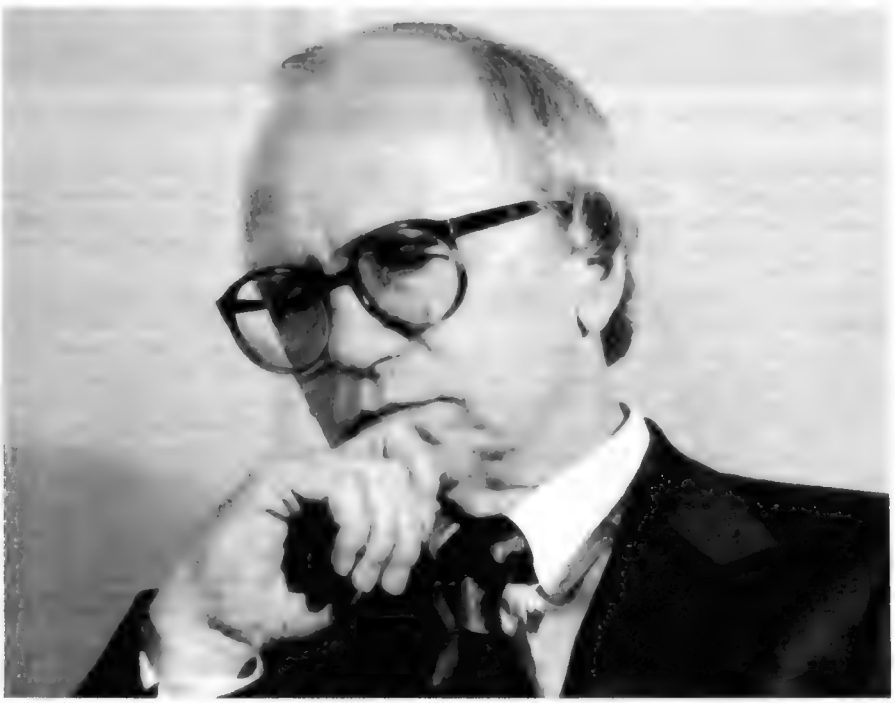
INTENDANTEN

Zwischen den Stühlen

Aus Friedrich Nowottny, dem ehemals lockeren Fernsehstar, ist als WDR-Intendant ein verbissener Einzelkämpfer geworden.

Die beiden obersten Fernsehmacher der Nation trafen sich in Bonn beim Kanzlerfest, und ihr Dialog war lebensnäher als der übliche Bericht aus Bonn.

„Haben Sie Ihre Prügel schon bekommen?" fragte WDR-Intendant Friedrich Nowottny seinen Kollegen Dieter Stolte vom ZDF. „Nein", sagte der Mainzer, „ich war noch nicht dran."



Bedrängter Nowottny: „Ein paar Stinker machen Stimmung gegen mich"

Als der einstige Bildschirm-Liebling sich dem Kanzler näherte, war Helmut Kohl schon einigermaßen aufgekratzt. „Setzen Sie sich zu uns, Herr Nowottny. Ihre Kollegen am Tisch sind schon verhauen worden." Das sei, kommentierte der Eingeladene knapp, „die geballte Fröhlichkeit" des Regierungschefs beim Anblick von Intendanten.

Nowottny, 58, der als Bonn-Berichter 18 Jahre lang verschmitzt und respektlos die steril-aufgeregte Wichtigkeit der Bonner Würdenträger aufspießte, kann sich an den neuen Umgang mit den Hoheiten schwer gewöhnen. Manchmal sagt er: „Ich komme eigentlich zu nichts mehr, was man als besonders angenehm empfinden könnte." Die „Fülle der Arbeit" sei „gewaltig, die Tage sind lang, die Stoffe zäh".

Vor knapp zwei Wochen beim Kölsch im Kölner „Sancta Clara-Keller" erkundigte sich Außenminister Hans-Dietrich Genscher besorgt: „Geht es Ihnen denn gut?" Der frühere Bonn-Beobachter knapp: „Ja." Genscher hakte nach: „Vermissen Sie Bonn?" Nowottny einsilbig: „Nein." Genscher: „Na, na."

Der WDR-Intendant steckt, zweieinhalb Jahre nach seinem Amtsantritt, in Turbulenzen – wie ein richtiger Politiker. An seinem Stuhl wird, was in Bonn nie möglich war, gerüttelt.

Der „Münchner Merkur" im fernen Bayern entdeckte, gespickt von CDU-Fernsehräten, Amtsmüdigkeit bei Nowottny. Der frühere sozialdemokratische NRW-Ministerpräsident Heinz Kühn, Mitglied des Rundfunkrats, denkt über einen neuen Intendanten nach. Sein Nachfolger Johannes Rau, selbst mal als Intendant im Gespräch, hat seinen Medienexperten angekündigt, er wolle mit ihnen mal über die Lage beim Landessender sprechen.

Nowottny hat an Ansehen eingebüßt. Weil er mehrfach den Kotau vor CSU-Politikern machte, gilt er selbst bei Freidemokraten als wankelmütig. Wenn Angriffe von draußen kamen, so der Vorwurf, sei er beiseite getreten und habe zugeschaut.

An Gewicht verloren hat er auch in seinen Kontrollgremien, dem Rundfunk- und dem Verwaltungsrat. Als er das Kabelpilotprojekt Dortmund wegen der hohen Kosten auslaufen lassen wollte, geriet die Angelegenheit zu einem Machtkampf. Nowottny hatte die Stimmung falsch eingeschätzt und mußte aufstecken. Da habe er sich, konstatierte er, „eine Beule geholt".

Offenbar aus Angst vor den Regierenden wurde ein Film wie der Polit-Thriller „Gambit" geschoben. Bonn in der Hand

Ex-Fernseh-Direktor Höfer, Fernseh-Programm-Macher Struve, Bednarz, Bausch: Zwangsläufig mit einer Fraktion über Kreuz

atomarer Erpresser war vor der letzten Bundestagswahl, mit einmontiertem Kanzler Kohl und Innenminister Friedrich Zimmermann, ein zu heikles Thema. Offiziell hieß es, in dem Stück hätten acht Sekunden Schleichwerbung gestrichen werden müssen.

Dabei hat sich Schleichwerbung tatsächlich unter der Ägide Nowottnys in Köln eingenistet. In dem Tatort-Krimi „Freunde" mit Götz George als Schimanski wurde offen für Hustenbonbons, Bier, Aspirin und Zigaretten geworben. Nowottny monierte den Fall und beteuerte, er habe davon nichts gewußt.

Das war offenbar nur die halbe Wahrheit. Bavaria-Chef und WDR-Auftragsproduzent Günter Rohrbach sagt, das Product Placement für den Krimi sei „mündlich abgesprochen" worden. Sowohl Nowottny als auch Fernseh-Programmdirektor Günter Struve seien „durchaus für ein Ausprobieren" gewesen, das „erzielte Geld" sei verabredungsgemäß „der Produktion zugeflossen". In Köln werde nicht mit „offenen Karten" gespielt.

Nowottny, werfen ihm seine zahlreichen Kritiker im Sender vor, habe den Ehrgeiz, bei Fehlern nicht erwischt zu werden, überdies wolle er sich nicht festlegen lassen. Der Intendant sei ein „Ausgewogenheitsapostel". Nowottny keilt zurück: „Ein paar Stinker machen Stimmung gegen mich."

Nicht nur im Kölner Haus gibt es dicke Luft. Am Donnerstag wird sich der nordrhein-westfälische Landtag in einer Sondersitzung mit dem WDR befassen. Anlaß ist der jähe Fall des „Frühschoppen"-Moderators Werner Höfer.

Auf einer Vollversammlung des Senders gab es Kritik gegen Nowottny. Im WDR ist allzu bekannt, daß der Intendant den „Frühschoppen" gern selbst gemacht hätte. Nowottny wird vorgeworfen, Höfer zu schnell fallengelassen zu haben. Mit dem Satz, man könne nicht „zu jedem Fall eine eigene Sendung machen", hatte er Höfer einen „‚Frühschoppen' in eigener Sache" verwehrt.

Nowottny forderte den 74jährigen früheren Fernsehdirektor auf, notfalls zu klagen, und versagte dann seinem ehemaligen Chef jeden Rechtsschutz. Von geplanten Sendungen mit Höfer, so steht es in einem WDR-Protokoll, sei „Abstand" zu nehmen. Kurz darauf wiederum konnte der TV-Journalist in seinem alten Sender zwischen drei Auftritten zur Selbstverteidigung wählen, die er dann freilich allesamt ablehnte. Daß Höfer vergangenen Donnerstag abend im ZDF auftrat, empfindet Nowottny „natürlich als Niederlage – das tut weh".

Die Ägide Nowottny ist bislang von Widersprüchlichkeit geprägt. Nach außen hin gibt er sich unerschrocken und warnt regelmäßig vor der Einmischung der Politiker in Programme. Dann wiederum kuscht er, wie es bislang beim WDR, der letzten liberalen Bastion in der ARD, nicht üblich war.

Als WDR-Moderator Klaus Bednarz („Monitor") einen kritischen Kommentar zu „Tempo 100" sendete und Zimmermann als „Ankündigungsminister" bezeichnete, beschwerte sich der Bayer in Köln. Nowottny schrieb zurück und erklärte Verständnis für Zimmermanns Zorn. Bednarz kam anderthalb Jahre als Kommentator nicht mehr zu Wort.

Nach einem „Monitor"-Beitrag über Wackersdorf drohte Nowottny, er sei „ganz allergisch, wenn es um Verharmlosung von Gewalt geht, denn so hat schon einmal alles angefangen im Deutschen Reich".

Der populäre TV-Mann, den Fernseh-Ekel Alfred Tetzlaff „Grinsrübe" nannte, tut sich schwer mit Leuten wie Bednarz, die investigativen Journalismus wollen und Affären aufgedeckt haben.

Nowottny hat in seinen 18 Bonner Jahren mit der „ehrwürdigen Tradition des ‚muckraking'", wie Hans Magnus Enzensberger schrieb, nichts im Sinn gehabt. Er war despektierlich, aber immer nur ein bißchen. Er war weder Büttel noch Erfüllungsgehilfe, aber ein Schauspieler allen Textes zwischen den Zeilen. Sein Augenzwinkern schien immer etwas mehr zu vermitteln, als die Worte besagten. Um eine Meinung oder einen Standpunkt, den ein Intendant wohl braucht, schiffte er meist sorgsam herum.

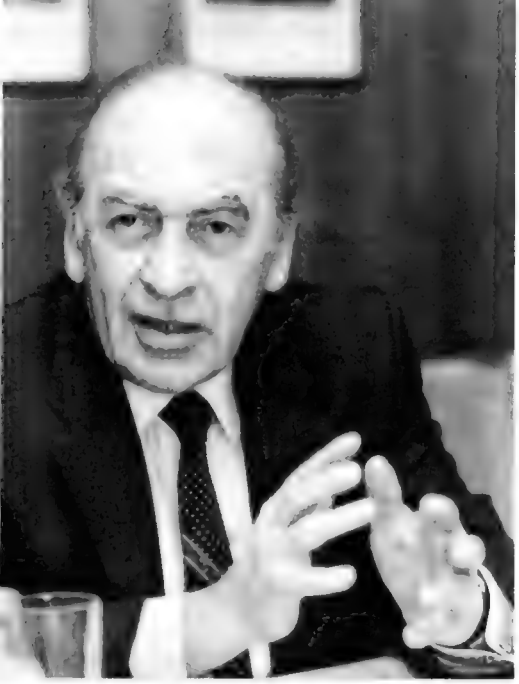
Den Kollegen Fritz Pleitgen, an dem die Union seit Jahren mit schönster Regelmäßigkeit Anstoß nimmt, respektiert er zwar, aber in der WDR-Hierarchie hielt er ihn auf Distanz.

Als Nowottny die wichtigen Posten des Fernsehdirektors und des TV-Chefredakteurs zu besetzen hatte, waren kritische Journalisten wie Amerika-Korrespondent Pleitgen ohne Chance.

Der Kölner Sender offerierte lediglich Provinzplätze. In Münster, bekam Pleitgen zu hören, könne er als Studioleiter nach dem Bischof gleich der zweite Mann sein, das Studio Düsseldorf werde auch bald frei. Fernsehdirektor wurde der Sozi Struve, der sich als „toleranter Konservativer" preist und bislang vor allem in der Furche des Frohsinns tiefe Spuren hinterlassen hat.

Die flache Fernseh-Kurzweil „Wortschätzchen" oder „Donnerlippchen", Tiefpunkt der Volksbelustigung, hat er als „das derzeit lebendigste und innovationsfreudigste" Entertainment ausgegeben. Früher fiel der WDR mit Späßen wie „Klimbim" auf oder produzierte „Kir Royal", jetzt zielt der Spaß mehr aufs Kleinhirn.

Struve schaffte eine Neuerung in der Geschichte des WDR. Als Redakteure den Südwestfunk-Intendanten Willibald



geraten

Hilf zum Fall des „Report"-Moderators Franz Alt interviewen wollten, schaltete sich der Fernsehdirektor ein. Er wolle mit Hilf reden, denn er recherchiere so gern. Die Redakteure verzichteten, der Beitrag platzte, und Struve erzählte, er habe nur Spaß machen wollen.

Nowottny selbst findet sich gar nicht schlecht. Er habe „Hervorragendes zustande gebracht". Die „letzte Phase der Regionalisierung" habe er eingeleitet, den Hörfunk reformiert, das Dritte Programm neu zugeschnitten. Hörfunkwerbung habe er durchgesetzt, sich um die Finanzen gekümmert. Vieles sei in Unordnung gewesen, nicht einmal der Fernseher in seinem Büro habe funktioniert.

Fleißig war der Mann mit den „Goldenen Kameras" immer, aber jetzt rackert er manchmal bis zur Erschöpfung. Frühmorgens kurz nach sechs steht er auf, spätabends schleppt er noch Akten mit nach Hause. Dabei bezieht er zwar mit rund 28 000 Mark monatlich das Doppelte von dem, was er in Bonn bekommen hat, aber mit Vorträgen bei Sparkassen und Handelskammern habe er „mehr verdient als heute".

Populärer war er auch. Er wisse, daß der Bildschirm-Ruhm „vergänglich" sei, ein bißchen populär möchte er bleiben.

Bei der Einweihung jedes Sendemastes ist er vor Ort, in Pfarrgemeinden spricht er – der „Intendant muß zum Publikum". Autogrammkarten hält er parat, selbst beim Empfang für den DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker schrieb er eifrig seinen Namen. Bei „den einfachen Leuten bin ich noch beliebt". Der einst so locker-selbstbewußte TV-Star vermittelt das Gefühl, glücklichen Tagen hinterherzulaufen und überfordert zu sein. Die administrative Arbeit macht ihm zu schaffen, er spürt kleinsten Vorgängen nach und hat inzwischen die Verwendung von ein paar tausend Mark, etwa für Programmprospekte, zur Chefsache erklärt.

Der Mann, der nach dem Einjährigen die Schule verließ, ist Prinzipal eines Medien-Monstrums geworden. Der größte ARD-Sender hat 4413 Mitarbeiter, der Etat liegt bei rund 1,4 Milliarden Mark. Tag für Tag sendet die Anstalt 14 Stunden Fernsehen und 106 Stunden Hörfunk – soviel läßt kein anderer europäischer Sender in den Äther strömen.

Der Kollege Hans Bausch vom Süddeutschen Rundfunk, der schon fast 30 Jahre Intendant ist, hat Nowottny gelegentlich spüren lassen, daß er ihn nicht für voll nimmt. Als er nach Köln umzog, stichelte der Stuttgarter selbstgefällig, Nowottny werde jetzt einen neuen Beruf lernen müssen.

Weil er die Besserwisserei von Bausch leid war, giftete Nowottny Anfang des Jahres zurück. „Die Belehrungen an meine Adresse", schrieb er nach einem Streit über den Finanzausgleich in der ARD, gingen ihm zu weit. Bausch habe „die Attitüde des überlegenen Oberlehrers". Für ihn sei jetzt die „Grenze des Hinnehmbaren" erreicht.

An Friedrich Nowottny enthüllt sich das Dilemma eines Fernsehchefs auf einprägsame Weise: Er kann nicht Journalist und Manager sein, sondern ist längst auch eine politische Schachfigur. Der WDR-Intendant darf sich darüber nicht beklagen. Schließlich gelang ihm der Sprung in seinen Job nur mit politischer Hilfe: Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher drückten ihn im SPD-Land Nordrhein-Westfalen durch. Bei dem Versuch, es allen recht zu machen, muß Nowottny nun zwangsläufig mit einer Fraktion über Kreuz geraten. Als „Monitor" kürzlich die ARD kritisierte, Helmut Kohl zum Washingtoner Friedensgipfel in die „Tagesschau" gelassen zu haben, jaulten die rechten Beobachter auf. Fassungslos erklärte Kohls Schutzmann Hilf intern, der Kölner Kollege sei offenbar „nicht bereit oder nicht in der Lage", so was zu verhindern. Nowottny, von den sozialdemokratischen Räten mißtrauisch beäugt, sah sich genötigt, Bednarz in Schutz zu nehmen. Der Beitrag habe auf „handfesten Recherchen" beruht.

Kohls Intendanten-Kamarilla schafft womöglich, daß der lavierende Nowottny sich doch noch festlegen wird. Als er neulich bei einem Glas Champagner die Halbzeit seiner Amtszeit feierte, waren von ihm nachdenkliche Töne zu hören. Als Journalist, so der WDR-Mann, müsse man zwischen den Stühlen sitzen, als Intendant sei das womöglich nicht der richtige Platz.

VOLKSZÄHLUNG

Großes Kaliber

Trotz massiver Vorbehalte von Datenschützern werden Zensus-Boykotteure in einer Polizeidatei gespeichert – eine neue Spezies von Staatsfeinden.

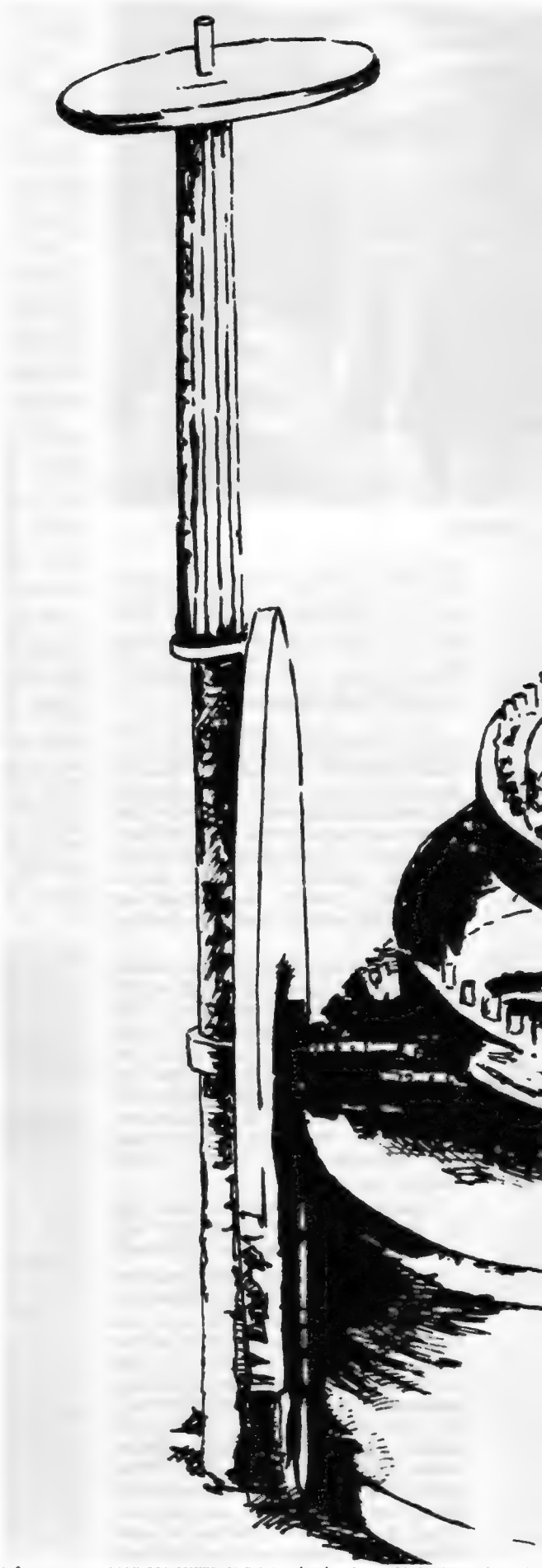
Der Hamburger Datenschutzbeauftragte Claus Henning Schapper hatte die feste Zusage der Polizei: „Volkszählungsboykotteure erfassen wir nicht, die sind für uns uninteressant." Schapper: „Das habe ich denen erst mal abgenommen." Ein Fehler. Anfang letzter Wo-

* An der Mauer in West-Berlin.

Protest von Volkszählungsgegnern*: „Gezielte Kriminalisierung der Bewegung"?

LACHEN

Lieber Leonardo da Vinci, wir, ein kleiner, erlesener Kreis Florentiner Bürger, müssen Euch heute, anno 1505, eines sagen: Es ist schade, daß Ihr es nicht lassen könnt, ständig neue Ideen im Kopf zu haben. Eure sogenannten „Konstruktionen“ und „Erfindungen“ behaltet in Zukunft bitte für Euch. Wem nützt denn dieses seltsame Gebilde, das Ihr „Schneckengetriebe“ nennt? Niemandem. Alle Welt weiß doch, daß es sowieso nicht möglich ist, die Kraft einer sich waagerecht drehenden Achse auf eine senkrechte zu übertragen. Wobei Ihr auch noch die Umdrehungszahl verändern wollt! So etwas funktionierte doch noch nie. Aber genau das glaubt Ihr für die Zukunft, lieber Leonardo. Wir bitten Euch: Macht Euch nicht zum Gespött des Volkes. Wenn das alles nicht so traurig wäre, lieber Leonardo, wäre es wirklich zum Lachen.



Das Apple Symbol, die Namen Apple und Macintosh sind lizensierte Warenzeichen von Apple Computer Inc.

Informationen: APPLE COMPUTER GMBH, Ingolstädter Straße 20, 8000 München 45

MACHEN

TEAM/BBDO Hamburg

Lieber Leonardo da Vinci, wir, ein kleiner, erlesener Kreis internationaler Computer-Fachleute, müssen Ihnen heute, im Januar '88, eines sagen: Es ist schade, daß Sie nicht in unserer Zeit leben. Zwar wird auch in unserer Zeit das Undenkbare viel zuwenig gedacht. Aber es gibt ein paar mehr Leute, die sich darum bemühen. Uns zum Beispiel. Wir lachen nicht, wir machen. Und das von jeher. Leider werden wir nie erfahren, was Sie zu unserem neuen Macintosh II gesagt hätten. Aber glauben Sie uns: Er ist Ihrer würdig.

Apple Computer

The power to be your best.™

che gab der Datenschützer bekannt, daß wider alle amtlichen Zusagen aus der Innenbehörde mehr als hundert Volkszählungsgegner im Polizeicomputer gespeichert wurden. Nicht nur in Hamburg.

Auch Kollegen aus anderen Bundesländern vermeldeten Boykotteur-Eintragungen. Allein in Berlin speicherte die Polizeibehörde 225 Namen, in Bayern hatte das Landeskriminalamt (LKA) 131 Zensus-Gegner registriert, im hessischen Landesamt waren „51 personenbezogene Datensätze" eingegeben worden, und selbst im Stadtstaat Bremen standen zehn Volkszählungsfeinde im Polizeicomputer.

Bundesweit, schätzten Datenschützer Ende letzter Woche nach ersten Prüfungen der Polizeidateien, wurden etwa tausend Aktivisten des Volkszählungsboykotts (Vobo) erfaßt. Schapper: „Ein Datenmißbrauch ohnegleichen."

Notiert wurden die Verweigerer vorwiegend wegen Nichtigkeiten, etwa weil sie Volkszählungsplakate mit Boykott-Parolen überklebt hatten. Doch registriert waren sie, wie der niedersächsische Datenschutzbeauftragte Klaus Tebarth kritisiert, in einer „Datei für große Kaliber" – der für Staatsfeinde und Terroristen eingerichteten „Arbeitsdatei PIOS (Personen Institutionen Objekte Sachen) Innere Sicherheit"; Polizeikürzel: „APIS".

Die Computer-Kartei, in der seit 1986 die bis dahin getrennt gespeicherten Informationen aus der Terroristenfahndung und dem polizeilichen Staatsschutz gesammelt werden, wird vom Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden geführt. Aber auch die Landeskriminalämter haben Zugriff auf das Datennetz, um Informationen einzugeben oder abzurufen.

Daß auch Zensus-Feinde in die Staatsfeinde-Sammlung aufgenommen werden, hatte die baden-württembergische Datenschutzbeauftragte Ruth Leuze bereits im April letzten Jahres bei einer Prüfung der Dateien des LKA Stuttgart entdeckt. Das Amt hatte zuvor eigens zur Volkszählung eine „Nachrichten- und Informationsstelle" eingerichtet und alle Polizeidienststellen aufgefordert, „Erkenntnisse über Aufrufe, Aktionen und Veranstaltungen zum Boykott der Volkszählung unverzüglich mitzuteilen".

Folge der Dienstanweisung waren, so Ruth Leuze, „Datenspeicherungen, die das Maß des Zulässigen bei weitem überschritten". Dem Amt lagen bereits 130 Meldungen vor, die zum Teil in einem gesonderten Aktenordner abgeheftet, in vier Fällen jedoch auch in APIS gespeichert waren.

Auf die von der Erfassungsschützerin vorgetragenen massiven Vorbehalte reagierte die Landesregierung des christdemokratischen Ministerpräsidenten Lothar Späth nicht. Statt, wie gefordert, die „exzessive Datensammlung" aufzulösen, ließ das Innenministerium die Polizei weiterhin Zensus-Verweigerer speichern. Bei einer zweiten Prüfung im Oktober umfaßte die LKA-Sammlung schon 653 Meldungen, waren bereits 158 Personen in APIS registriert.

Publik wurden die Boykott-Listen, als Ruth Leuze Ende vorletzter Woche ihren Jahresbericht 1987 vorstellte, in dem auch die APIS-Praktiken kritisiert werden – die Kollegen in anderen Bundesländern zogen mit einschlägigen Berichten prompt nach. Nur im Saarland und in Nordrhein-Westfalen hieß es entschieden: „Keine Eintragungen."

Datenschützerin Ruth Leuze
„Maßlose Überreaktion"

In die Terroristen-Datei gerieten die Volkszählungsgegner wohl vor allem deshalb, weil die Eingabe-Gründe für das APIS-Netz in der „Errichtungsanordnung" des BKA nur „vage beschrieben" sind, wie der hessische Datenschutzbeauftragte Spiros Simitis bemängelt. Anlaß für eine Registrierung sind nicht nur objektive Straftatbestände wie etwa „Hochverrat" oder „Straftaten gegen Verfassungsorgane".

Zur Speicherung reichen auch schon geringe Vergehen, sofern sie wegen der „Angriffsrichtung" oder des „Motivs des Täters" den bloßen Verdacht einer terroristischen oder staatsgefährdenden Absicht wecken.

Bei einem derart großen Deutungsspielraum aber, mahnte Simitis schon vor der Einrichtung der Datei, könne „jeder Straftatbestand grundsätzlich von dem einzelnen Polizeibeamten als Staatsschutzdelikt qualifiziert werden", und er warnte vor der „Gefahr, daß hier eine umfangreiche Sammlung von Daten über politisch kritisch eingestellte Bürger entsteht".

Tatsächlich legten Beamte bei Vobo-Vorkämpfern denn auch „schon bloße Bagatelldelikte" (Schapper) als bedrohlichen Angriff auf den Staat aus. So waren vom Stuttgarter LKA „in den allermeisten Fällen" (Ruth Leuze) Personen gespeichert worden, die etwa auf Demonstrationen Plakate mit zerschnippelten Erhebungsbögen trugen oder dazu aufgefordert hatten, vor Abgabe der Unterlagen in den Boykott-Stellen die Kennziffern herauszuschneiden.

Die Beamten sahen mit solchen Aktionen den Straftatbestand der „Sachbeschädigung" oder der Aufforderung dazu erfüllt – obgleich etliche Staatsanwaltschaften entsprechende Anzeigen wegen Geringfügigkeit gar nicht erst weiterverfolgen. Ruth Leuze: „Eine maßlose Überreaktion."

Zwar verurteilte auch der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Reinhold Baumann, die Speicher-Praxis als „nicht zulässig". Doch sind die Datenschützer nicht darüber einig, wer in die Kartei gehört. So würde etwa der Hamburger Datenschützer Schapper eine Datei-Aufnahme „frühestens bei Gewalttätigkeiten gegen Zähler akzeptieren". Doch selbst dann hat er Bedenken: „Wer einen Zähler angreift, muß doch noch keine Terroristen-Karriere starten."

Der Münchner Datenschützer Sebastian Oberhauser hingegen, von den bayrischen Grünen gern als „Nullösung in Sachen Datenschutz" verspottet, wähnt den Freistaat eher gefährdet. Bereits bei Bogen-Zerstörern sieht er eine „nicht unbeträchtliche kriminelle Energie" und hält eine „staatsfeindliche Zielsetzung zumindest nicht für ausgeschlossen" – will wohl sagen: Wer schnippelt, gehört in den BKA-Computer.

Vobo-Organisatoren wie Roland Appel vom Bonner Koordinierungsbüro gegen die Volkszählung vermuten hinter der Erfassung „die gezielte Kriminalisierung der Bewegung", und in einigen Bundesländern hat die Datenschützerkritik denn auch erste Konsequenzen.

In Bremen ließ Innensenator Bernd Meyer (SPD) sämtliche Boykott-Aktivisten löschen; in Rheinland-Pfalz gab der christdemokratische Innenminister Rudi Geil dem LKA die gleiche Order. In Hamburg wurden alle Registrierungen wegen „bloßer Sachbeschädigung" (Innenbehörde) gestrichen; Zähler-Schläger und Brandstifter aber bleiben, vorerst jedenfalls, in der Kartei.

Auch Ruth Leuzes oberster Dienstherr Lothar Späth hat mittlerweile erkannt, daß die APIS-Erfassungen „nicht richtig" waren. Doch einen Lösch-Befehl hat er noch nicht ausgegeben.

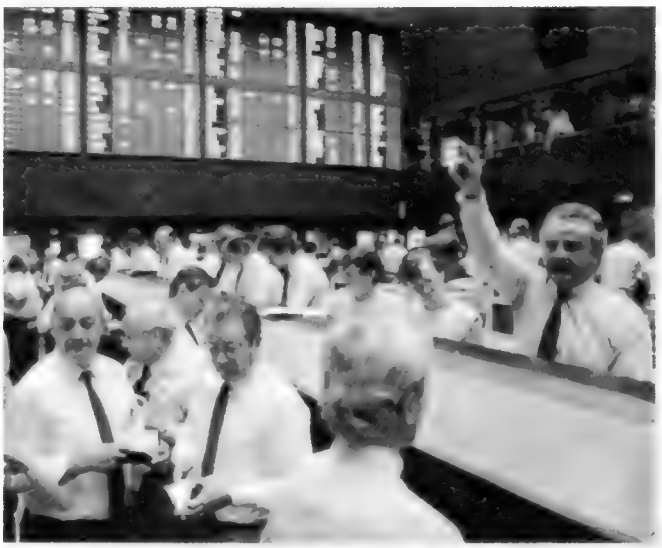
Späths Polizisten sollen jetzt, so Landespolizei-Präsident Alfred Stümper, „jeden Fall noch mal prüfen".

Amexco gerät unter Druck

Der Kreditkarten-Konzern American Express (Amexco) bekommt zunehmend Probleme mit seinen Partnern in der Gastronomie. Schon lange klagen Restaurants über die teuren Amexco-Dienste, die mit fünf bis sieben Prozent Umsatzabgaben entschieden höher liegen als bei Konkurrenten wie Diners Club oder Eurocard. Jetzt drohen Restaurants Amexco mit Rausschmiß, um die Amerikaner zu günstigeren Konditionen zu zwingen. Die Steakhaus-Kette Churrasco etwa, die in ihren 28 deutschen Filialen allein mit Plastikgeld jährlich mehr als 20 Millionen Mark umsetzt, akzeptiert seit Anfang des Jahres keine Amexco-Karten mehr.

Kaufrausch zur falschen Zeit

Die deutschen Aktionäre haben, berichtet die Deutsche Bundesbank, den Börsenkrach ganz anders erlebt, als bisher gedacht wurde. Im Oktober vergangenen Jahres haben Inländer, das zeigen die Analysen der Zentralbanker, so viele Aktien dazugekauft wie noch nie in einem



Frankfurter Börse

Monat zuvor: für 7,3 Milliarden Mark. Die heimischen Anleger hatten, wohl in der Hoffnung, der Tiefststand der Aktienkurse sei erreicht, die von den Ausländern in Panik abgestoßenen Papiere übernommen. Sogar Kleinaktionäre, so Axel Haubrok von der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz, hätten während des Krachs „waschkörbeweise Kauforders" zu den Banken geschleppt. Inzwischen ist klar, wer, weitaus stärker als die Kleinaktionäre, den Kaufrausch verursachte: Die meisten Orders kamen, auf Anraten der Bankexperten, von den Aktienfonds und von Industriekonzernen. Es war ein teurer Rat: Der Kurssturz ging trotz der umfangreichen Kauforders weiter.

Eine Kneipe für Leningrad

Eines der ersten deutsch-sowjetischen Joint-venture-Unternehmen ist eine Kneipe. Die Hamburger Bavaria-St.-Pauli-Brauerei („Astra", „Jever") will im Frühsommer in der Leningrader Innenstadt eine Gaststätte eröffnen. Direktor und Bedienung werden Sowjet-Bürger sein, die von einem Hamburger Kneipier angeleitet werden. Inneneinrichtung und Zapfanlagen für das über eine Million Mark teure Projekt kommen aus der Hansestadt. Die Leningrader werden von dem für 150 Gäste konzipierten Wirtshaus nichts haben: Faßbier und norddeutsche Speisen sind nur gegen Devisen erhältlich.

Bildschirmtext: Ziel verfehlt

Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling konnte auch 1987 noch nicht den hunderttausendsten Teilnehmer im Netz von Bildschirmtext (Btx) begrüßen. Mit knapp 96 000 Btx-An-

Btx-Werbung

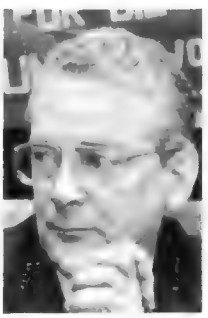
schlüssen blieb die Teilnehmerzahl erneut hinter allen Erwartungen zurück. Nach den Prognosen, die noch 1984 veröffentlicht wurden, müßten längst eine Million Bundesbürger mit Bildschirmtexten versorgt sein. Zwar wurden 1987 fast 38 000 neue Teilnehmer gewonnen, doch waren es überwiegend Unternehmen, etwa Versicherungen, die mit Btx ihre innerbetriebliche Kommunikation verbessern wollen. Die Masse der Verbraucher dagegen gibt sich offenbar mit dem vom Fernsehen ausgestrahlten Videotext zufrieden: Ende 1987 gab es in deutschen Haushalten bereits 2,2 Millionen TV-Geräte mit Empfangsmöglichkeit für Videotext.

IG Metall wird flexibel

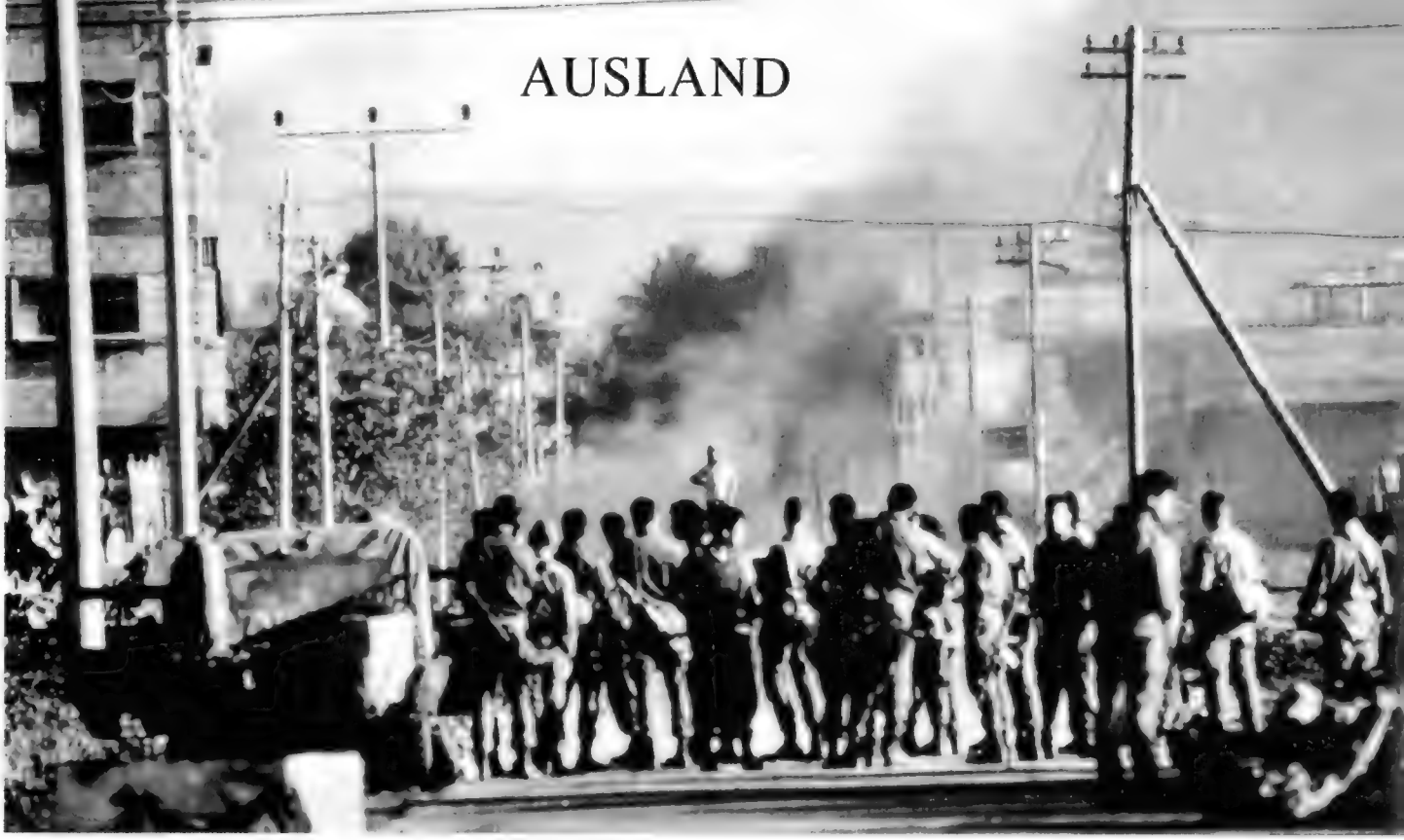
Vor drei Jahren mußte eine Einigungsstelle den Streit um die Arbeitszeit schlichten, jetzt einigten sich die Partner friedlich und geräuschlos: Noch im alten Jahr schlossen Unternehmensleitung und Betriebsrat des württembergischen Motorsägenherstellers Andreas Stihl eine Betriebsvereinbarung über die Umsetzung der 37,5-Stunden-Woche ab. Sie tritt am 1. April in Kraft und enthält Flexibilisierungen sowie Differenzierungen der Arbeitszeit. Spezialisten sollen künftig 39, Meister und Facharbeiter 38,5, alle anderen 37 Stunden arbeiten. Die neue Freizeit wird in Form von Freischichten gewährt. Derartige Betriebsvereinbarungen versuchten die IG Metall und ihr Vorsitzender Franz Steinkühler bisher mit allen Mitteln zu verhindern.

Steinkühler

Die Arbeitgeber, allen voran ihr Sprecher Hans Peter Stihl, ziehen die Gewerkschafter des Vertragsbruchs, denn Flexibilisierungen waren bereits in der Tarifrunde 1984 vereinbart worden. Der Verhandlungsführer der Arbeitgeber suchte seitdem den persönlichen Kontakt zur Gegenseite. Offensichtlich mit Erfolg: Die Arbeitgeber glauben, allen Sprüchen aus der Frankfurter Gewerkschaftszentrale zum Trotz, daß die IG Metall nun auch andernorts der Flexibilisierung und Differenzierung der Arbeitszeit zustimmen wird.



Stihl



Militäreinsatz gegen Palästinenser: „Die Lage wird nie wieder so werden, wie sie vorher war"

Israel: „Zustände wie in Beirut"

Die Militärmacht Israel wird nicht mit dem Aufstand vornehmlich jugendlicher Palästinenser fertig, das Kabinett ist so tief zerstritten wie nie zuvor: Premierminister Schamir will keinen Zollbreit weichen, Außenminister Peres sieht nur die Alternative zwischen Verhandlungen und der „Libanisierung" der besetzten Gebiete.

Verteidigungsminister Jizchak Rabin empfahl Geduld. Die seit sechs Wochen anhaltenden Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten seien zwar „schlimmer und langwieriger als anfangs angenommen". Aber die Wiederherstellung der Ruhe sei letztlich doch nur eine Frage der Zeit.

Seine Soldaten würden „allen Aufrührern die Zwecklosigkeit jedes Aufstandes beweisen". Nur dürfe man auf die Entspannung nicht „mit der Stoppuhr in der Hand" warten.

Noch zuversichtlicher tat der Vormann des rechtskonservativen Likud-Blocks, Premier Jizchak Schamir. Er versprach vollmundig Sicherheit „für alle Juden und Araber"; nach Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung müßten „Verhandlungen über eine Autonomie" für die eineinhalb Millionen Palästinenser in der Gazazone und im Westjordanland aufgenommen werden.

Doch Verhandlungspartner dafür sind nicht in Sicht, und wie die Rückkehr zur Normalität erfolgen soll, weiß auch Israels rechts-linke Regierungskoalition nicht.

Für den rechten Regierungschef sind Gespräche mit den Palästinensern erst nach einer völligen Beruhigung denkbar. Vizepremier und Außenminister Schimon Peres von der Arbeitspartei hingegen denkt an Verhandlungen „gleichzeitig mit dem Kampf gegen den jetzigen Volksaufstand".

Schamir – der 1979 den Friedensschluß zwischen Ägypten und Israel abgelehnt hatte – erstrebt jetzt „eine volle Autonomie laut Camp David". Peres hingegen propagiert „eine wahre Autonomie", die bedeutend großzügiger ausfallen soll als Schamirs Zugeständnisse.

Unter der Selbstverwaltung der Palästinenser versteht jeder etwas anderes. Für den Premier und sein nationalistisches Likud-Lager beschränkt sie sich auf einige kommunale Kompetenzen, „eine Müllabfuhr-Autonomie" (so arabische Bürgermeister), die den Palästinensern schon vor dem Aufstand nicht genügte und seither erst recht nicht: Die totale Unfähigkeit der Militärmacht Israel, mit einem Aufstand vornehmlich unbewaffneter Jugendlicher fertig zu werden, hat bei den Palästinensern jähe Freiheitshoffnungen geweckt und dem Judenstaat seine bislang schwerste innere Krise beschert.

Die israelische Regierung war noch nie so zerstritten wie jetzt, zehn Monate vor der nächsten Wahl. Auf einer turbulenten Kabinettssitzung am vergangenen Mittwoch brachen die Feindseligkeiten offen aus, pöbelten Peres und Industrieminister Scharon einander hemmungslos an.

Peres hatte den Ultra Ariel Scharon wegen dessen Übersiedlung in die Ostjerusalemer Altstadt kritisiert: Das sei „eine sinnlose Provokation". Scharon gab zurück, sein Umzug habe Israels Sicherheit gestärkt. Peres sei wohl gewillt, Ostjerusalem den Jordaniern zu überlassen.

Peres zu Scharon: „Sie sind ein Lügner." Scharon zu Peres: „Sie sind der größte aller Lügner und völlig aus dem Häuschen geraten."

Nach dem harten Wortwechsel blieb das Kabinett beschlußunfähig. Etwas Derartiges habe er noch nie erlebt, stöhnte hinterher ein Minister.

„Der Preis für unsere Beteiligung an dieser Koalition wird allzu hoch", bedauerte Einwanderungsminister Jaakow Zur von der Arbeitspartei, der mystische Nationalismus des Likud blockiere jede Chance auf einen Friedensdialog.

Sein Parteifreund, Polizeiminister Chaim Bar-Lev, sieht düstere Schatten über Israels Zukunft: „Die Lage wird nie wieder so werden, wie sie vor dem Aufstand war." Und Frankreichs „Le

„Monde“ stellte fest, der Konflikt ähnle wieder dem vor der Staatsgründung im Jahre 1948 – als eine Gesellschaft, die jüdische, Krieg führte gegen eine andere, die arabische.

Längst ist die blutige Bilanz des Aufbegehrens gegen die Besatzungsmacht zu einer schweren moralischen Belastung für den Judenstaat geworden – im Ausland gehen viele Glaubensgenossen auf Distanz (siehe Essay Seite 106).

Doch in ihrer Ratlosigkeit wußte sich die Regierung in Jerusalem nicht anders zu helfen als mit verschärfter Repression. Bei jeder Ruhestörung wurden von den Militärbehörden systematisch Ausgehverbote – „eine militärische und wirtschaftliche Blockade“ (so die liberale Zeitung „Haaretz“) – verhängt. Nahezu 300 000 palästinensische Lagerbewohner litten, oft tagelang, unter dieser neuen Schikane.

Gleichzeitig zeigte der Generalstreik der Palästinenser (nur Bäckereien und Apotheken blieben geöffnet) Wirkung, stiegen für die Israelis die wirtschaftlichen Kosten der fast zur Normalität gewordenen Anarchie.

Die Hälfte der über 100 000 arabischen Arbeiter aus den besetzten Gebieten blieben den Fabriken im jüdischen Kernstaat fern. „Lieber an Hunger als an Unterdrückung sterben“, proklamierte trotzig eine Inschrift auf den Mauern des Flüchtlingslagers Kalandija nördlich von Jerusalem.

Die Produktion in zahlreichen israelischen Betrieben ist um ein Drittel zurückgegangen. Mehrere Unternehmen beantragten Einreisegenehmigungen für Arbeitskräfte aus dem Libanon, aus Zypern, Griechenland oder Portugal. Sogar die Zitrusernte scheint gefährdet, weil es an Pflückern fehlt.

Die Unruhen wurden noch angeheizt, als Israel vorige Woche seine Drohung wahr machte, Palästinenser des Landes zu verweisen:

Vier palästinensische Aktivisten, die auf eine Berufung vor Gericht verzichtet hatten („Wir haben kein Vertrauen in die israelische Justiz“), wurden vergangenen Mittwoch per Hubschrauber in den Südlibanon ausgeflogen. Falls die Deportierten versuchen sollten zurückzukehren, dann „schießen wir“, so die israelischen Sicherheitsorgane.

Die auch in Israel umstrittene Landesverweisung löste weltweite Empörung aus. Schließlich stammt die Strafe aus der Zeit der britischen Mandatsherrschaft über Palästina und war damals vor allem gegen Juden verhängt worden.

Auch Schamir hatte unter ihr gelitten: 1946 war er von den Mandatsbehörden wegen Terrorismus-Verdachts nach Eritrea deportiert worden.

Israels Politik verstoße gegen die Resolutionen 607 und 608 des Uno-Sicherheitsrates, stellte der Generalsekretär Peréz de Cuéllar fest. Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes brandmarkten „den Bruch der 4. Genfer Konvention“. Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft wollen die Ratifizierung eines Zollabkommens mit Israel blockieren.

Sogar die amerikanische Schutzmacht rügte Israels Härte. Zum dritten Mal seit Beginn des Aufstandes weigerten sich die USA am Donnerstag im Uno-Sicherheitsrat, ein Veto gegen eine Verurteilung Israels einzulegen.

Einig sind sich die Israelis zwar über die Notwendigkeit, die Situation so rasch wie möglich unter Kontrolle zu bekommen. „Sonst könnten in den Gebieten Wildwest-Zustände wie in Beirut entstehen“, befürchtete Staatspräsident Chaim Herzog.

Premier Schamir, Vize Peres
Pöbelnde Minister

Aber die innenpolitischen Gegensätze haben sich seit den Unruhen noch verhärtet. Peres schimpft über die „politische Pleite des Likud“, Schamir attakkiert „die Ausverkaufspolitik der Arbeitspartei“. In dem Bruderzwist erkennt der Autor Jishar Smilanski „die traditionelle jüdische Unfähigkeit, Realitäten zu akzeptieren“.

Bewegung in die festgefahrenen Fronten können allenfalls die Wahlen im November bringen – sofern sie zu einem klaren Ergebnis führen, was seit Jahren nicht der Fall ist.

Eine internationale Friedenskonferenz als Auftakt zu einem direkten Dialog mit dem jordanischen König Hussein, wie sie Außenminister Peres vorschwebt, wäre, wenn überhaupt, nur nach einem Wahlsieg der Arbeitspartei möglich. Doch der Aufstand der Palästinenser und die wachsende Beunruhigung der Israelis begünstigen die rechtsradikalen, maximalistischen Strömungen, die sich allein auf militärische Stärke verlassen wollen.

Der Mahner Peres, der sehr wohl sieht, daß ein Festhalten an den besetzten Gebieten auf Dauer Israels jüdische Identität gefährden müßte, findet deshalb noch nicht viel Gehör im Lande. Was für Jerusalem auf dem Spiel steht, machte er erst vorige Woche wieder deutlich: Israels Alternative, so der Außenminister, sei „Jordanisierung“ (also eine zumindest teilweise Rückgabe) der eroberten Gebiete – oder eine „Libanisierung“.

„Einfach draufhalten, wie auf Tiere“

SPIEGEL-Redakteur Bernd Dörler über den Haß im Gazastreifen

Manchmal übertreiben Prospekte nicht: Das Katif Beach Hotel liegt wirklich „am schönsten Gestade Israels“ – einem kilometerlangen weißen Sandstrand; wuchtige Dünen, bepflanzt mit Akazien und Palmen, das Meer ist sauber und selbst im Januar warm genug zum Baden.

Auch das Freizeitangebot ist reichhaltig: Segeln, Surfen, Tauchen, ein eigener Reitstall, Sauna und Jacuzzi. „Wir haben hier ein Stückchen Paradies geschaffen“, schwärmt Jizchak Amitai, 32, der Manager des Vier-Sterne-Hauses.

Überhaupt: Er könne sich für sich, seine Frau und die vier Töchter „absolut keinen idealeren Platz zum Leben“ vorstellen, und auch „keinen sichereren“.

Sieht der Mann die Realität nicht? Meint er das etwa nur zynisch? Oder spricht aus ihm die Arroganz von Kolonialherren – ähnlich der weißer Buren im Apartheidstaat Südafrika, die sich, umzingelt von einer schwarzen Mehrheit, immer noch in satter Selbstsicherheit wiegen?

Denn Gusch Katif, die größte jüdische Siedlung im Herzen des besetzten Gazastreifens, ist ein israelisches Getto – umgeben von über 650 000 Palästinensern, die auf engstem Raum, gegängelt von einem harten Besatzungsregime, ihr Dasein fristen.

3500 Siedler leben und arbeiten in Gusch Katif hinter Stacheldraht und hohen Sicherheitszäunen, die nachts grell angestrahlt sind und von israelischen Soldaten kontrolliert werden.

Und auch im Katif Beach Hotel, von den Siedlern finanziert und im August

1987 eröffnet, kann richtige Urlaubsstimmung kaum aufkommen. Direkt neben dem Bungalow-Komplex liegt ein Marinestützpunkt. Knatternde Hubschrauber patrouillieren Tag und Nacht im Tiefflug die Küste entlang. Selbst auf der Sonnenterrasse vor der Hotel-Rezeption hält ein Soldat in voller Kampfmontur Wache.

Da ist es nicht verwunderlich, daß die Geschäfte bislang flau liefen. Einige Siedler vom besetzten Jordan-Westufer kamen mit ihren Familien, dazu ein paar unerschrockene Wochenend-Urlauber aus dem 120 Kilometer entfernten Tel Aviv. Aber die wohlhabenden amerikanischen Juden, mit denen Manager Amitai die Wintersaison über seine 114 Zimmer auslasten wollte, sind weggeblieben.

Dafür macht Amitai weniger den palästinensischen Volksaufstand gegen die Besatzer verantwortlich – „wegen der paar schreienden Araber, die mit Steinen schmeißen und Autoreifen anzünden, muß man doch nicht seinen Urlaub verschieben". Schuld an den schlechten Geschäften sei vielmehr die Jerusalemer Regierung mit ihrer „feigen und dummen Politik gegenüber diesen Verrückten. Die Palästinenser wissen ganz genau, daß unsere Armee den Befehl hat, nicht scharf auf sie zu schießen. Deshalb haben sie auch keine Angst vor uns".

Israelischer Hotel-Manager Amitai
„Ein Stückchen Paradies geschaffen"

Da seien die Ägypter auf der anderen Seite des nur fünf Kilometer entfernten Grenzortes Rafija viel konsequenter, meint Jizchak Amitai. Die würden Zusammenrottungen von Palästinensern gleich mit scharfen Schüssen auflösen, denn nur so seien diese „Unbelehrbaren" zu zähmen: „Einfach draufhalten, wie auf Tiere."

So wie Amitai denken die meisten der Bewohner von Gusch Katif, überwiegend Anhänger der orthodoxen Misrachim-Bewegung. Diese national-zionistische Gemeinschaft gehört in Israel nicht einmal zu den ultrarechten Gruppierungen. Die Siedler von Gusch Katif – und den anderen jüdischen Wehrdörfern im Gazastreifen – fühlen sich als Pioniere und „wahre Juden". Für sie ist Gaza, der 45 Kilometer lange und bis zu 13 Kilometer breite Landstrich am Mittelmeer, kleiner als der Stadtstaat Bremen, Teil des biblischen Israel und gehört deshalb seit jeher den Juden.

Die Okkupation des Gazastreifens im Sechstagekrieg von 1967, so die Siedler-Begründung, sei notwendig gewesen, weil hier „der ganze Terror gegen unser Volk begonnen hat". Erst wenn diese „Terroristen" beseitigt seien, könne wieder Ruhe einkehren. Jizchak Amitai: „Die Welt muß uns glauben: Wir haben nichts gegen die Palästinenser. Aber sie sind in *unserem* Land. Wenn sie uns in Frieden lassen und ohne Haß mit uns leben wollen, ist genug Platz für alle da."

Er hat gleich ein Beispiel parat für die friedliche Koexistenz, wie er sie gerne hätte: Ata und Mahmud, zwei Palästinenser, die in seinen vier Treibhäusern arbeiten – ein lukrativer Nebenverdienst für den Hotelmanager, aber überlebenswichtig für die Palästinenser. Er bezahlt den beiden knapp 30 Mark pro Tag. Ein Großteil der arabischen Bewohner des Gazastreifens schafft, gegen Niedriglöhne, für Israelis. Die Alternative zu den begehrten Arbeitsplätzen wären Arbeitslosigkeit und damit 24 Stunden Untätigkeit in der qualvollen Enge der überfüllten Flüchtlingslager.

Das Verhältnis zu seinen Arbeitern sei gut, nach der Geburt seiner jüngsten Tochter vor acht Monaten habe er die beiden in sein Siedlungshaus zu einem kleinen Umtrunk eingeladen, erzählt Amitai. Solange sie jeden Morgen pünktlich im Treibhaus erscheinen, gebe es keine Probleme, sagt der junge Chef. Aber wenn sie auch nur einmal zu spät oder gar nicht kommen, „dann ist es gleich aus. Dann hole ich mir sofort neue Leute". Denn: „Personalmangel gibt es hier wirklich nicht."

Deshalb leben die Palästinenser Ata und Mahmud, beide sind Familienväter, in der ständigen Angst, den Job zu verlieren. Sie wohnen am Rande des Flüchtlingslagers Chan Junis, das nur wenige Steinwürfe von der Judensiedlung Gusch Katif entfernt liegt.

Auf dem Weg zu den Treibhäusern müssen sie jeden Morgen mehrere israelische Militärkontrollen passieren und ihre Personalausweise vorzeigen. Ein falsches Wort, vielleicht auch nur ein falscher Blick – und schon kann sich der Sicherheits-Check über Stunden hinziehen. Und der Job ist weg.

Es ist nicht nur die schiere Präsenz der Besatzer mit ihren Kasernen, mitten in palästinensischen Wohngebieten, die vor allem bei den jungen Arabern jahrelang den Haß auf die Israelis geschürt hat. Es sind vielmehr die kleinen alltäglichen Gemeinheiten und Schikanen, welche die Unversöhnlichkeit auf beiden Seiten verfestigen.

Das wichtigste Dokument für diese paß- und staatenlosen Palästinenser ist der Personalausweis. Damit dürfen sie sich innerhalb Israels und der besetzten Gebiete bewegen. Ohne dieses Papier können sie nicht einmal ihr Lager oder ihr Dorf gefahrlos verlassen. Denn ein Palästinenser, der von der israelischen Polizei oder einer Militärstreife ohne Personalausweis angetroffen wird, landet ziemlich sicher zumindest für eine Nacht im Gefängnis.

Diese Erfahrung machte vergangene Woche Ghasman Salam, 28. Er betreibt mit seinen Eltern in der Stadt Gaza, an der Hauptgeschäftsstraße Umar el-Muchtar, ein Drogeriegeschäft. Damit gehören die Salams zu der dünnen palästinensischen Mittelschicht, die der bitteren Not in einem der acht Gaza-Lager entkommen ist.

Natürlich beteiligte sich auch der Drogist Ghasman an dem Generalstreik, der Ende vorletzter Woche in allen größeren Städten der besetzten Gebiete ausbrach. Der Protest war Teil einer Strategie des „zivilen Ungehorsams", mit der sich die Palästinenser gewaltlos gegen die Unterdrücker wehren wollten.

Tagelang war die Umar-el-Muchtar-Straße, sonst voll von orientalischem Treiben, wie ausgestorben. Die Ladenbesitzer hatten die Eisengitter vor ihren Geschäften heruntergelassen. Israelische Offiziere gingen von Haus zu Haus und befahlen den Kaufleuten, aufzumachen, vergebens. Willkürlich und ohne erkennbare Kriterien nahmen sie einige der Streikenden mit – darunter Ghasman Salam, der überdies seinen Ausweis nicht gleich griffbereit hatte. Nach einer Nacht im Zentralgefängnis von Gaza-Stadt, eingesperrt zusammen mit etwa 30 Palästinensern in einer kleinen Zelle, „wo wir aus Platzmangel nur stehen konnten", ließen ihn die Israelis wieder laufen – mit der Auflage, sein Geschäft nun zu öffnen. Doch der Laden blieb zu,

Militärkontrolle vor Flüchtlingslager Rafija: Nur Frauen dürfen passieren

genauso wie die anderen in der Umar-el-Muchtar-Straße.

Tags darauf kamen die israelischen Soldaten wieder und rissen mit an Jeeps befestigten Eisenketten die Gitter aus ihrer Verankerung – allein vergangenen Montag demolierten sie so 15 Geschäfte. Doch kaum waren die Besatzer weg, kamen Handwerker und schweißten die Gitter wieder fest. Seither traute sich Ghasman nicht mehr aus der elterlichen Wohnung über der Drogerie – ein israelischer Soldat hatte ihm angedroht, seinen Personalausweis „vor meinen Augen" zu zerreißen, wenn er ihn nochmals auf der Straße antreffen würde.

Diese Schikane ist bei den Gaza-Bewohnern besonders gefürchtet: Denn es kann acht Wochen dauern, bis die israelische Militärbehörde das Dokument erneuert.

Für Ghasman Salam, der viele Kunden mit seinem Auto beliefert, wäre der Verlust des Ausweises eine finanzielle Katastrophe: „Das schlimmste ist, daß du den Soldaten so hilflos ausgeliefert bist. Die können dich mit einem Handgriff ruinieren."

Die Ohnmacht der Gaza-Einwohner gegenüber der israelischen Besatzungsmacht zeigte sich dieser Tage besonders deutlich bei der hastigen Beerdigung von Palästinensern, die während der Unruhen von israelischen Soldaten getötet wurden. Um Kundgebungen bei den Begräbnissen zu verhindern, durften die Familien ihre Toten nur nachts bestatten – unter strengen Kontrollen und Auflagen der Israelis.

Der Schacher um die Leiche des 18jährigen Schülers Raïd Schihada aus dem Lager Schati bei Gaza-Stadt weckte besondere Empörung. Raïd, der jüngste

Palästinensischer Drogist Salam
„So hilflos ausgeliefert"

von vier Söhnen des Schuhmachers Hassan, wurde von einem Schuß aus einem Hubschrauber, der Tränengaskanister über einer Demonstrantenmenge ausleerte, in den Mund getroffen. 18 Tage lang hörte seine Familie nichts von ihm. Sie erfuhr lediglich, daß die Armee ihn abtransportiert hatte.

Dann, am Sonntag vorvergangener Woche, erhielt der Vater von einem Offizier telephonisch die Nachricht, der Junge sei im Saruka-Krankenhaus der israelischen Stadt Beerscheba gestorben. Am nächsten Abend, um 23 Uhr, werde ihm im Lager der Leichnam übergeben. Das Begräbnis müsse sofort stattfinden. Nur er und seine Söhne, keineswegs die Mutter oder eine der Schwestern, dürften teilnehmen. Sonst, schildert Hassan Schihada die Drohung des Offiziers, „würden sie meinen Sohn gleich wieder mitnehmen und irgendwo im Sand verscharren".

Am nächsten Abend wartete die kleine Trauergesellschaft vergebens auf den Toten.

Den Leichnam brachten die Israelis – ohne Begründung – erst in der Nacht darauf. Nach der Beerdigung – „in fünf Minuten war alles vorbei" – eröffnete der Offizier, es sei noch eine Rechnung über 50 000 Schekel (48 000 Mark) offen. Soviel habe der Hubschraubertransport des Verletzten nach Beerscheba und dessen 18tägige Behandlung gekostet. Hassan Schihada: „Von mir bekommen die nicht einen Schekel. Was sind das bloß für Menschen? Erst bringen sie meinen Sohn um, dann soll ich auch noch zahlen."

Anfang vergangener Woche verhängte der israelische Militärkommandant über das Lager Schati eine strikte Ausgangssperre. Nur ältere Frauen, die sich außerhalb des Lagers mit Brot für ihre Familien versorgen, lassen die Soldaten passieren.

Die meisten der im Gazastreifen eingesetzten Israelis sind jung und ersichtlich durch ihre Aufgabe überfordert. „Es ist manchmal wie ein Alptraum", erzählt ein 19jähriger Soldat erschöpft bei einer Zigarettenpause, „du patrouillierst durch eine völlig fremde Stadt, durch ausgestorbene Straßen, wo es nach verbrannten Reifen und Müll stinkt, und mußt dich gegen Kinder und Frauen wehren, die Steine auf dich schmeißen und dich hassen."

Viele Soldaten beklagen sich über die oft widersprüchlichen Befehle ihrer Vorgesetzten und fragen nach dem Sinn ihres Einsatzes.

„Die Palästinenser, die hier in den Lagern durchdrehen, sind verrückt. Ich habe Angst vor ihrem Fanatismus, und ich möchte am liebsten weg", bekennt ein 22jähriger Israeli, Mitglied der Spezialeinheit Gilati und an diesem Tag zur Wache vor dem Schifa-Hospital von Gaza-Stadt abkommandiert.

Aber, so der Soldat weiter: „Ich frage mich immer öfter, ob manche unserer Offiziere und Politiker nicht ebenso verrückt sind, genauso fanatisch und voller Haß wie die Palästinenser. Beide Seiten erkennen nicht, wie aussichtslos die Situation geworden ist."

Nur eines, so meint er, sei „absolut sicher:

Das Schauspiel, das wir der Welt derzeit bieten, ist für unser Land eine Katastrophe. Was jetzt passiert, wird schlimme Vorurteile wieder aufleben lassen". ◆

SPIEGEL *Essay*

Israel – ein jüdischer Staat?

von Michael K. Nathan

Michael K. Nathan, 49, Israeli und Soziologe, lebt als Journalist in Hamburg.

Die Unruhen in den besetzten Gebieten, die durchaus als Volksaufstand gelten können, zwingen Israel – kurz vor den Feiern zum 40. Jahrestag der Staatsgründung –, über das eigene Selbstverständnis nachzudenken.

1986 hatte das israelische Parlament ein Gesetz mit dem unscheinbaren zentralen Satz „Der Staat Israel ist der Staat des jüdischen Volkes" verabschiedet. Von den rechtsgerichteten Initiatoren war er damals lediglich als nationalistische Deklaration gedacht gewesen, eine praktische politische Bedeutung schien das Gesetz nicht zu haben.

Als aber einige Monate später der amerikanische Jude Jonathan Pollard wegen Spionage für Israel in den USA zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, bekam das scheinbar überflüssige Gesetz brisante Bedeutung. Verunsichert und verängstigt begann die jüdische Gemeinschaft in den USA eine lebhafte Diskussion über ihre „doppelte Loyalität": Sind die jüdischen Staatsbürger der USA, die sich schon immer engagiert zu ihrer jüdischen Identität bekannten, ihrem Heimatstaat USA zur Loyalität verpflichtet, oder eher (oder auch) dem „jüdischen Staat" Israel, wie auch immer dieser politisch auftritt?

Hat der israelische Führungsoffizier des Agenten Pollard einen Amerikaner zum Verrat an seiner Heimat verleitet, oder hat er nur von seinem jüdischen Glaubensbruder dessen natürliche Loyalität zu Israel – dem Staat der Juden – eingefordert?

Hier werden unvermutet Fragen nach dem Selbstverständnis der in der Diaspora lebenden Juden aufgeworfen, welche die Existenz des Staates Israel berühren, vielleicht auch langfristig bedrohen.

Diese von den Diaspora-Juden verlangte Loyalität zu Israel wird angesichts des Palästinenser-Aufruhrs zur politischen Nagelprobe, da die einstige „Verteidigungsarmee Israels" (so die offizielle Bezeichnung) Polizeidienste gegen rebellierende Jugendliche leistet.

Ist Israel denn wirklich „der Staat der Juden"? Kann es diesen Anspruch überhaupt realisieren? Lassen sich die Juden der Diaspora politisch vereinnahmen, trotz – oder wegen – aller emotionalen Bindungen zu Israel?

Sind durch das neue israelische Gesetz Bruno Kreisky und Heinz Galinski, der Pianist Vladimir Horowitz oder der vom Judentum zum Katholizismus konvertierte Jean-Marie Lustiger, inzwischen Kardinal und Erzbischof von Paris, israelische Staatsbürger geworden?

Mehr noch: Was heißt das, ein Jude sein? Wer ist Jude, wer Israeli?

Als der Staat Israel vor fast 40 Jahren gegründet wurde, war ein wesentliches Motiv neben anderen, den in der Welt zerstreuten und verfolgten Juden eine nationale und staatliche Heimat zu schaffen. Das israelische Rückkehrgesetz gibt jedem Juden das Recht, nach Israel einzuwandern und automatisch israelischer Staatsbürger zu werden.

Doch der Traum des Staatsgründers Ben-Gurion, viele Millionen Juden im neuen Staat zu versammeln, ging nur bedingt in Erfüllung. Nach den ersten Einwanderungswellen, in denen vor allem Juden aus den arabischen Ländern sowie aus dem durch Krieg und Vernichtung zur Unheimat gewordenen Europa zu Hunderttausenden nach Israel kamen, ging die Einwanderung dramatisch zurück.

In den achtziger Jahren waren es nur noch wenige, trotz massiver propagandistischer Anstrengung der israelischen Regierung. Und in den letzten Jahren ist die Abwanderung israelischer Juden in die Diaspora – vorwiegend in die USA und nach Westeuropa – stärker geworden als die Einwanderung nach Israel. Von den rund 13 Millionen Juden, die es in der Welt gibt, leben immer noch 73 Prozent in der Diaspora und nur 27 Prozent im „versprochenen Land": 3,6 Millionen Menschen.

Das Verhältnis der Israelis zu ihren „Brüdern und Schwestern" in der Diaspora ist seit vier Jahrzehnten zwiespältig. Die traumatische Erfahrung der Judenvernichtung und der Neid wegen der gefüllten Fleischtöpfe im Vergleich zum inflationsgeschüttelten Israel sind nur zwei von vielen Aspekten dieses Zwiespalts.

Dazu gehört auch das Gefühl vieler Israelis, gewissermaßen stellvertretend für die Juden in aller Welt eine Fluchtstätte für schlechte Zeiten aufgebaut zu haben und bereitzuhalten. Denn das Rückkehrgesetz gibt vielen Juden der Diaspora das Gefühl, jederzeit ein offenes Flugticket nach Tel Aviv zu besitzen – eine Versicherungspolice gegen befürchtete künftige Verfolgung.

Die Staatsgründung im Jahr 1948 hatte noch ein anderes, wichtigeres Motiv: den Wunsch nach einer eigenen nationalen Identität. Denn seit dem Untergang Judäas im Jahr 73 sowie bedingt durch Vertreibung und Verfolgung beruhte die jüdische Identität ausschließlich auf der Religion.

Für den Gründer des Zionismus, den Wiener Journalisten Theodor Herzl, war aber die Religion nicht der bewegende Grund für seine Vision gewesen. Im Gegensatz zur heutigen politischen Realität in Israel strebte Herzl eine klare Trennung von Staat und Synagoge, zwischen Staatsmännern und Rabbinern an.

Die ersten Zionisten, die um die Jahrhundertwende in das damals vom osmanischen Reich regierte Palästina einwanderten, hatten sozialistische, keine religiösen Vorstellungen von ihrem künftigen Staat. Die in der Frühzeit gegründeten Kibbuzim sind bis heute die wesentlichen Träger des – allerdings noch immer nicht realisierten – Verlangens nach einer klaren Trennung von Staat und Synagoge.

Im Laufe der vergangenen 90 Jahre hat sich eine Entwicklung vollzogen, die in der Geschichte moderner Staaten vermutlich einmalig ist: Bedingt durch den Kampf um eine staatliche Existenz, entwickelte sich innerhalb Israels eine eigenständige Identität, ein eigenes israelisches Volk.

In Israel selbst gab es immer wieder Versuche, dieses neu sich entwickelnde Volk, die israelische Bevölkerung jüdischer Abstammung, zu definieren und zu beschreiben. Um die Eigenständigkeit von Sprache und landesbezogener Kultur zu verdeutlichen, bezeichnen sich viele Israelis als Hebräer. Auf jeden Fall ist nicht die Religion das eigentliche Bindeglied der heutigen Israelis.

Denn obwohl die kleinen religiösen Parteien aus koalitionstaktischen Gründen einen weit über ihre zahlenmäßige Stärke hinausgehenden politischen Einfluß haben, definiert sich die überwiegende Mehrheit der Israelis jüdischer Abstammung als nicht religiös. Die strengen Gebote und Verbote der Religion werden nur von einer Minderheit des Staatsvolkes befolgt.

Dieser Prozeß hat seine entscheidenden Impulse bereits lange vor der Staatsgründung bekommen. Die psychologische und politische Trennung zwischen den Juden in der Diaspora und „uns", den Israelis, war das konsequente Resultat einer langen Entwicklung. Schon während meiner eigenen Kindheit wurde der hebräische Begriff für den typischen „Diaspora-Juden" – *jehudi galuti* – als boshaftes Schimpfwort verwendet. Es diente der Ausgrenzung. Wir, die wir in der sich entwickelnden Freiheit eigener staatlicher Institutionen und nationaler Eigenständigkeit aufwuchsen, wollten nicht sein „wie die".

Hebräisch war für uns die selbstverständliche Muttersprache, auch wenn die eingewanderten Mütter sie mühevoll von uns Kindern lernen mußten. Wir waren selbstbewußt und kämpferisch aggressiv. Und unser Wissen über die Juden in der Diaspora orientierte sich am Bild des orthodoxen Juden Osteuropas.

Da unsere Lehrer und Eltern, unsere politischen und militärischen Führer fast

alle aus Osteuropa stammten, wußten und lernten wir nichts oder nur sehr wenig über das blühende kulturelle Leben der Juden in den Staaten des Mittleren und des Nahen Ostens. Und auch das Selbstbewußtsein der aufgeklärten jüdischen Gemeinden im Westen Europas, ob in Amsterdam, Hamburg oder London, wurde uns kaum vermittelt.

Die psychisch wenig verarbeitete systematische Vernichtung der Juden durch das Dritte Reich hat einerseits zwar die Solidarität zur Diaspora verstärkt, andererseits aber auch das Bedürfnis, „anders zu sein". Das fehlende Wissen über jüdischen Widerstand gegen die Vernichtung durch das Deutschland Hitlers, beziehungsweise die absolute Erfolglosigkeit dieses Widerstandes, hat diese Entwicklung zu einem traumatischen Generationenkonflikt gesteigert.

Die eigene israelische Identität führte zu der von vielen – vor allem jungen – Israelis auch heute noch gebrauchten Formulierung: „Ich bin kein Jude, ich bin ein Israeli!" Nur wenige der ausgewanderten Israelis finden den Weg zu den jüdischen Gemeinden. In den großen Städten der USA, in denen sich die Mehrheit der ausgewanderten jüngeren Israelis niedergelassen hat, gibt es inzwischen neben den traditionellen jüdischen eigene „israelische" Gemeinschaften. Die Abgrenzung zwischen religiösen Juden und nichtreligiösen Israelis ist zu einem israelischen Exportgut geworden.

„Wer ist ein Jude?" Diese für einen Deutschen fast makaber klingende Frage ist für die israelische und für die jüdische Existenz von großer Bedeutung. Nach den Regeln der jüdischen Religion kann man aus dem Judentum nicht „austreten". So ist Edith Stein, vom römischen Papst im Mai 1987 seliggesprochen, zwar katholische Nonne gewesen, aber auch Jüdin geblieben.

Die Besonderheit der jüdischen Religion besteht zu einem wesentlichen Teil darin, daß sie nicht eine Religion für jedermann ist. Eine Mission im christlichen Sinn gibt es nicht. Deswegen ist Assimilation ein existenzbedrohendes Problem; Abtrünnige werden von frommen Juden betrauert.

Politisch führt das zu einer Komplikation, weil das Bekenntnis zum Judentum sich auf die Religion, auf den eigenen Glauben, zugleich aber auf die Zugehörigkeit zum jüdischen Volk bezieht. Die Einheit von Volk und Staat, für viele Israelis eine der wichtigsten Errungenschaften ihrer staatlichen Existenz, konfrontiert die nicht in Israel lebenden Juden mit einem kaum zu lösenden Konflikt: Das Bekenntnis zur eigenen Religionsgemeinschaft wird zwangsläufig auch zu einer gewissen Solidarität mit einem durchaus fremden Staat.

Andererseits wird die Israel-Solidarität der Diaspora-Juden von Israel nicht immer honoriert. Zwar versuchen manche israelische Botschaften, „ihre" Juden für die eigene Politik einzuspannen. Gleichzeitig wird ihnen häufig die kalte Schulter gezeigt. Der frühere israelische Botschafter in Bonn, Yohanan Meroz, wies den Zentralrat der Juden in Deutschland immer wieder schroff zurecht, wenn dieser ungefragt versuchte, Israels Politik durch eigene Aktivitäten zu unterstützen. Er brach auch die Beziehungen zur Deutsch-Israelischen Gesellschaft ab, weil diese sich in einigen Verlautbarungen nicht an seine Richtlinien hielt.

Konsequent zu Ende gedacht, führt die Existenz des Staates Israel zu einer Trennung zwischen der Religionsgemeinschaft und dem Volk der Juden. Die Juden der Diaspora, die es, aus welchen Gründen auch immer, vorziehen, nicht in Israel zu leben, und somit auch keine Israelis werden können und wollen, werden damit zur Integration in die jeweiligen Staatsvölker gezwungen und zu Mitgliedern von reinen Religionsgemeinschaften umfunktioniert. Reformierte und liberale jüdische Gemeinden, vor allem in England und in den USA, haben diese Entwicklung längst vollzogen.

Die in den letzten Jahren immer stärker werdende Auseinandersetzung zwischen radikalreligiösen Juden und freidenkenden Israelis um die politische und soziale Gestaltung des Staates ist zu einem großen Teil auf diese Gefahr einer Trennung zwischen religiöser Verbundenheit und staatlicher Existenz zurückzuführen.

Die Entwicklung wird durch die Demographie beschleunigt. Heute leben im israelischen Kernland (ohne die 1967 militärisch besetzten Gebiete) über 700 000 palästinensische Araber. Es sind Palästinenser, die bei der Staatsgründung 1948 weder flüchteten noch vertrieben wurden. Diese Araber, 17 Prozent der Einwohner Israels, sind Staatsbürger mit allen Rechten und Pflichten, aber sie fühlen sich deklassiert. Erstmals haben sie sich jetzt, zum Erschrecken vieler jüdischer Israelis, mit den Palästinensern in den besetzten Gebieten solidarisiert.

Da ihre Geburtenrate wesentlich höher ist als die der jüdischen Israelis, die Auswanderung jüdischer Israelis weit größer als die arabischer Staatsbürger, wird sich die Relation zwischen Arabern und Juden im Kernland in den kommenden Jahren weiter zugunsten der Araber verschieben. Schon im Verlauf einer Generation könnte Israel zu einem Zweivölkerstaat werden, wie ihn der jüdische Philosoph Martin Buber schon vor über 40 Jahren vorausahnte und politisch forderte.

Dennoch wird Israel, auch im Ausland, auch in der Berichterstattung des SPIEGEL, als „jüdischer Staat", als „der Staat der Juden" angesehen, der von der jüdischen Bevölkerung (ob religiös oder nicht) dominiert wird.

Israel als moderner Staat, mit einem Staatsvolk, das aus zwei unterschiedlichen ethnischen Herkunftsvölkern besteht – Juden und palästinensischen Arabern –, wird die Bindung zu den Juden in der Diaspora neu definieren müssen: Die Juden der Diaspora werden zu einer Religionsgemeinschaft, deren emotionale Bindungen an Israel nur dann politisch und national relevant werden, wenn eine Umsiedlung nach Israel tatsächlich bevorsteht.

Und Israel wird zu einem „normalen" Nationalstaat, mit eigenem Staatsvolk. Die Solidarität zur Religionsgemeinschaft der Juden in der Diaspora würde zwar nur noch historisch und religiös bedeutsam sein. Aber als Schutz vor Verfolgungen würde sie dennoch auch politisch weiter wirken.

Ein solcher Staat könnte und müßte sich in den Nahen Osten integrieren – daß dieser Staat kein „Groß-Israel" sein kann, wie von den Rechtsradikalen erträumt, zeigt der Aufstand in den besetzten Gebieten dramatisch. Schon davor gab es sowohl in der israelischen Friedensbewegung als auch innerhalb der gemäßigten Kreise der PLO utopiebeladene Diskussionen über einen gemeinsamen orientalischen Markt mit Israels Wirtschaftspotenz als Kristallisationselement.

Wird Israel aber zum klerikalen Staat der orthodoxen Juden, wird es immer mehr von der Abwanderung ausgezehrt. Es gäbe dann für Juden nur noch einen religiösen und emotionalen, keinen politischen oder staatstragenden Grund, in Israel zu leben. Das würde die absolute politische und regionale Isolierung bedeuten, für Israel die existenzbedrohende Gefahr schlechthin.

Um dieser Isolierung zu entgehen, sind klare Entscheidungen dringender denn je – über das eigene Selbstverständnis und über das Verhältnis zum palästinensischen Volk.

Das christliche „Königreich Jerusalem", von fanatisierten europäischen Kreuzrittern 1099 gegründet, bestand knapp 90 Jahre. Es konnte nicht länger existieren, da die europäischen Christen sich im Orient weder integrieren konnten noch wollten. Nicht nur ihren Nachschub an Nahrung, Waffen und Menschen, sondern auch ihre moralische und politische Motivation bezogen sie aus Europa.

Es wäre ein tragischer historischer Irrtum, wenn sich kaum 900 Jahre später eine andere, aber vergleichbare Entwicklung wiederholen sollte.

SPIEGEL *Essay*

Erhabene Gedanken

Bruderkrieg in der Republikanischen Partei im Kampf um die Nachfolge Ronald Reagans: Senator Robert Dole bedrängt Vizepräsident George Bush.

Immer wenn George Bush in den Wahlkampf zieht, breitet sich in den USA ein Hauch von Klassenkampf aus. Keiner seiner Gegner kann es sich verkneifen, den wohlhabenden Patriziersohn als verwöhnt, verweichlicht und verzogen, also kurz als irgendwie unamerikanisch darzustellen.

Vor vier Jahren glaubte seine demokratische Gegenkandidatin Geraldine Ferraro dadurch Punkte sammeln zu können, daß sie sich öffentlich zur „Hausfrau aus Queens" verharmloste. Damals blieb es Bush-Gattin Barbara überlassen, der „Zicke" deren eigene Millionen vorzurechnen und spitz zu fragen, wann die „Hausfrau" wohl das letzte Mal einen Supermarkt betreten habe.

Diesmal ist es Robert Dole, 64, Minderheitsführer im Senat und Mitbewerber um die Präsidentschaftskandidatur der Republikaner, der mit dem Slogan „Einer von uns" wirbt. Die Parole macht den Gegner Bush natürlich zu einem von denen, und nichts bringt den wohlerzogenen George so sehr in Rage wie Anspielungen auf seine familiäre Herkunft.

Der verehrte Mitbewerber, so der Vizepräsident in einer Kandidatendebatte am Freitag vorletzter Woche, möge doch auch mal seine Einkommensteuererklärungen veröffentlichen. Dann werde ja klar, daß Dole ebenfalls Millionär sei.

Seither bietet die Honoratiorenpartei der Republikaner das seltsame Schauspiel, daß ihre beiden aussichtsreichsten Bewerber das Millionärsdasein ihres jeweiligen Gegners kritisieren – kein Zweifel, das Zeitalter Ronald Reagans geht zu Ende.

Sein eigenes „bißchen Erfolg", konterte Dole vor Fernsehkameras, sei doch nur „Teil des Amerikanischen Traums". Dann, ganz ruhig, ganz leise und ganz kalt: „Niemand hat mir das geschenkt. *Ich* hatte keine reichen und mächtigen Eltern. *Ich* habe das auf die harte Tour geschafft – mit Arbeit."

Das saß. Im Bundesstaat Iowa, wo die Wähler am 8. Februar auf Parteiversammlungen erstmals das Feld der Präsidentschaftsbewerber sortieren können, liegt Dole jetzt deutlich vorn.

Für die beiden republikanischen Spitzenreiter steht viel auf dem Spiel: Dole muß in Iowa gewinnen, um zu zeigen, daß der Vizepräsident, der bisher in landesweiten Umfragen die Führung hält, zu schlagen ist. Bush wiederum darf nicht zu spektakulär verlieren – sonst könnte es zu Absetzbewegungen unter seinen Anhängern kommen.

Doles Populismus ist mehr als eine Wahlkampfmasche. Mit ihm meldet sich eine Richtung innerhalb der Republikaner in der Debatte um die Nachfolge Reagans zu Wort, die am meisten unter den Wahl- und Publizitätserfolgen der Reagan-Rechten gelitten hat.

Ihr gehören Republikaner an, deren vornehmlich ländlich geprägte Lebenserfahrung durch die Spendierfreudigkeit liberaler Demokraten genauso verletzt wird wie durch die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik der Reagan-Anhänger. Diesem rundheraus altmodischen Republikaner will der Gedanke nicht einleuchten, daß man einen Dollar ausgeben kann, bevor man ihn verdient hat, und in ihrem Programm steht deshalb ganz obenan die Forderung nach einem ausgeglichenen Haushalt.

Präsidentschaftsbewerber Bush: Verwöhnt, verweichlicht und verzogen?

Dole, aus der 5400-Einwohner-Kleinstadt Russell im Bundesstaat Kansas, das Elternhaus geprägt von der Großen Depression, ist so etwas wie die Verkörperung dieses ländlichen Konservativismus: „In jedem", pflegt der Senator zu sagen, „bleibt etwas Kleinstadt erhalten."

Aus wenig begüterter Familie stammend (die Eltern mußten zuweilen in den Keller ziehen, um den Rest des Hauses vermieten zu können), hat Dole seiner Heimatstadt viel zu verdanken: Nachbarn, Freunde und Bekannte legten zusammen, damit der im letzten Kriegsjahr in Italien verletzte Soldat Dole in Chicago operiert und so wenigstens sein linker Arm halbwegs geheilt werden konnte (der rechte ist weitgehend gelähmt).

Auch die Politikerkarriere startete in Russell. Mit dem ehrgeizigen künftigen Anwalt, der zudem ein ausgewiesener Kriegsheld war, glaubten örtliche Parteigrößen, einen attraktiven Stadtvertreter für das Kansas-Parlament gefunden zu haben. Von da aus gelangte Dole über das Repräsentantenhaus in den Senat.

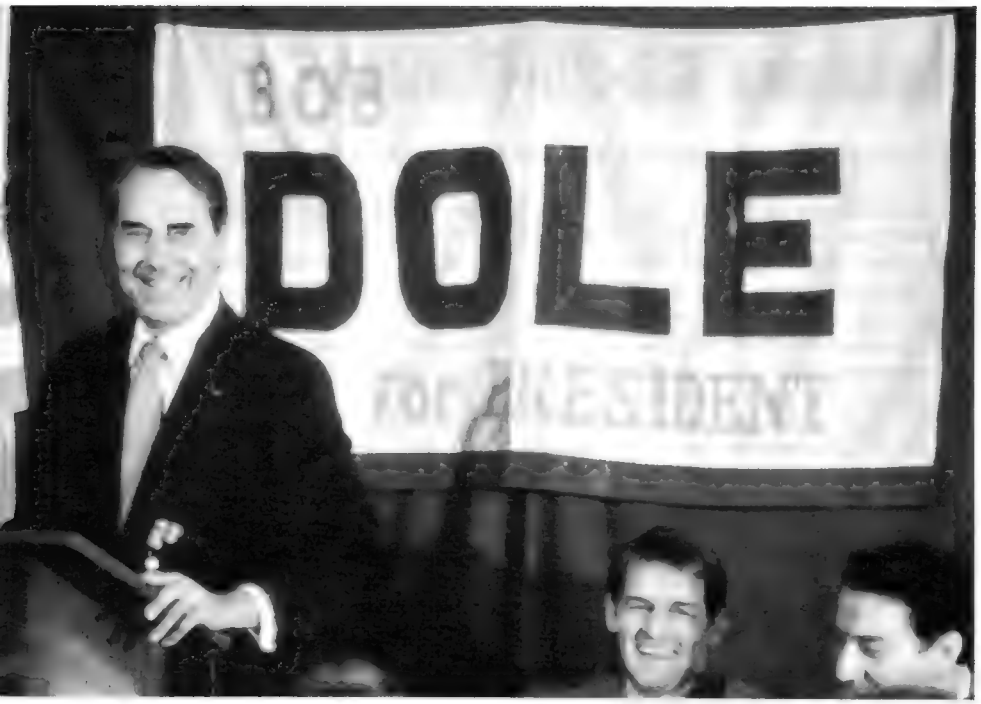
Doles Konservativismus zeigt sich aber nicht nur in seinem Hang zu solider Haushaltspolitik. Ein Sinn für Fairneß, für das Gebot, auch Zukurzgekommenen eine Chance offenzuhalten, zeichnete von je die Republikaner des Mittelwestens aus.

In 27 Washingtoner Kongreß-Jahren stimmte Dole meistens für Bürgerrechte, für Wohlfahrtsprogramme, für Behinderte, Alte und vor allem für Farmer.

Doch dieses Bild ländlich-sittlicher Anständigkeit kann keiner so gut beschädigen wie der „böse Dole", den es immer neben dem „guten Dole" gegeben hat. Dole, der politische Scharfrichter mit der bösen Zunge, kommt hauptsächlich dann zum Vorschein, wenn sein rücksichtsloser Ehrgeiz nicht durch seine politische Intelligenz im Zaum gehalten wird.

Als Gerald Fords Kandidat für die Vizepräsidentschaft lastete er zum Beispiel im Wahlkampf 1976 den Demokraten pauschal die Verantwortung für alle US-Kriege im 20. Jahrhundert an und wollte seinem Gegenspieler Walter Mondale die Schuld für 1,6 Millionen verwundeter und gefallener US-Soldaten dieser „Demokratenkriege" zuschieben. Zwei Jahre zuvor, als er einen Senatswahlkampf zu verlieren drohte, ließ er seinen Gegner, einen Arzt, mit der Frage diffamieren, wieviel Abtreibungen er schon durchgeführt habe.

Rücksichtslos kann Dole auch im persönlichen Bereich sein. Seine erste Ehe beendete er nach 23 Jahren mit dem Satz: „Ich will raus." „Mit einem wie



Präsidentschaftsbewerber Dole: „Niemand hat mir das geschenkt"

Bob Dole argumentiert man nicht", sagt seine erste Frau Phyllis, die dennoch ihren Ex-Gatten bei der Präsidentschaftsbewerbung unterstützt.

Den „bösen Dole" zumindest in Wahlkampfzeiten unter Kontrolle zu halten fällt ihm schwer. Er scheint zuweilen unfähig, die Verachtung für seine Mitbewerber zu verbergen. Die Berufsdeformation vieler Politiker prägt auch ihn: ein zu groß geratenes Ego.

Jemand wie er, dem selbst das alltägliche Schuheschnüren und Hemdenzuknöpfen zu kleinen (und publizierten) Triumphen über seine physische Behinderung geraten, hat nichts übrig für Leute, denen der Erfolg zu leicht gemacht wurde.

Gegenüber Vizepräsident Bush hat Dole es deshalb besonders schwer, das richtige Maß zu halten. Alte Verletzungen wirken nach: Obwohl er sich als republikanischer Parteichef tapfer für den Watergate-beschädigten Präsidenten Richard Nixon geschlagen hatte, mußte Dole dieses Amt aufgeben – hauptsächlich, weil es den amtsmüden Uno-Botschafter Bush nach neuen Aufgaben drängte.

Die beiden Rivalen verbindet aufrichtige Abneigung. Politisch hält Dole den Konkurrenten für eine Null und höhnt, Bush sei als Vizepräsident so gut, daß er ihn am liebsten in dem (politisch bedeutungslosen) Amt behalten möchte.

Was er sonst noch von Bush hält, belegt der von seinem Wahlkampfbüro weder bestätigte noch dementierte Spruch, Bush gehöre zu jener Sorte Männer, „die ihre Socken anbehalten, wenn sie mit einer Frau ins Bett gehen".

Dabei können sich die beiden republikanischen Spitzenreiter ihren Kleinkrieg eigentlich nicht leisten, denn beide sind, ihren politischen Positionen nach, keine natürlichen Erben für Ronald Reagan.

Beide müssen sich im angelaufenen Wahlkampf vor allem nach rechts absichern. Den strammen Ideologen ist der Pragmatismus der beiden ein Ärgernis.

Das geht nicht ohne peinliche Verrenkungen ab. Wenn Dole sich lautstark für Reagan-Anliegen wie SDI und Contra-Unterstützung einsetzt, wenn er Abtreibungen verbieten und das Schulgebet wieder einführen will, versucht Bush ihn zu übertrumpfen, indem er die abgetakelten Helden des Iran-Contra-Skandals, Oliver North und John Poindexter, zur Weihnachtsfeier in sein Haus einlädt.

Und beide haben ähnliche Schwierigkeiten, ihren potentiellen Wählern klarzumachen, warum ausgerechnet sie Präsident werden müssen. Beiden geht eine Fähigkeit ab, die Reagan meisterhaft ausspielte – das Bild eines heilen, starken Amerika zu zeichnen, das sie und nur sie verwirklichen könnten. In der Fachsprache der professionellen Wahlkampftechnokraten: Sie sind „schwach in Visionen".

Versucht haben sie es natürlich. Dole zum Beispiel berichtet von einem einsamen Augenblick, allein auf der Terrasse des Capitols. Im Anblick der Hauptstadt mit ihren geschichtsträchtigen Monumenten habe auch er sich „so erhabene Gedanken" gemacht, warum er denn nun Präsident werden wolle.

Dabei ist allerdings nicht viel herausgekommen. Nach eigenem Eingeständnis reduzierten sich die hehren Gedanken sehr schnell auf eine Frage – die nächstliegende: „Wie kann ich George Bush schlagen?"

STRATEGIE

Höllische Mehrkosten

Kampfeinsätze in der Dritten Welt, Vorstöße tief nach Osteuropa, begrenzte Atomkriege – die Amerikaner denken über eine neue Militärdoktrin nach.

Großer Bahnhof im Weißen Haus: Zum Empfang seiner „Kommission für integrierte Langzeitstrategie" hatte Ronald Reagan seinen Vize George Bush, Verteidigungsminister Frank Carlucci und Sicherheitsberater Colin Powell aufmarschieren lassen. Nach 15monatiger Arbeit überreichten die 13 Kommissionsmitglieder, allesamt hochkarätige Verteidigungsexperten, dem Präsidenten am vorigen Dienstag ihren Bericht über eine „abgestufte Abschreckung" (Discriminate Deterrence).

Die Thesen gerieten prompt in die Schlagzeilen. „Neue Raketenstrategie gefordert", berichtete etwa die „International Herald Tribune", und das Nachrichten-Magazin „Newsweek" sah in dem Werk schon einen Entwurf für die „Verteidigungspolitik nach Reagan".

Offiziere der Bonner Hardthöhe, Sitz des designierten Nato-Generalsekretärs

Strategе Wohlstetter
„Eine selbstmörderische Politik . . .

Strategе Iklé
. . . ist keine verläßliche Abschreckung"

Wie echt sind Moskaus SS-20-Photos?

US-Kritiker des Vertrags über den Abbau der Mittelstreckenwaffen mißtrauen den sowjetischen Unterlagen

Wie „Blinde von der Farbe" hätten die Amerikaner jahrelang über die vermeintliche Wunderwaffe der anderen Supermacht geredet, spottete ein hoher Nato-Offizier. Mit immer neuen, immer höheren Zahlen von Moskaus Mittelstreckenrakete SS-20 hatten US-Experten ein Schreckensbild entworfen, das die europäischen Nato-Partner zur nuklearen Nachrüstung mit Pershing-2-Raketen und landgestützten Marschflugkörpern veranlaßte.

In Wäldern lauernde, mobile Abschußfahrzeuge mit gefährlich aufgerichteten Startcontainern, aus denen Raketen in den Himmel zischen – so hatten phantasievolle Militär-Zeichner die SS-20 zu Papier gebracht. Photos jedoch bekamen lange Zeit nicht einmal die engsten Verbündeten zu sehen.

Dennoch bestand für westliche Experten kein Zweifel, daß Washington wußte, was es zeichnen ließ. Selbst als das Pentagon 1986 völlig unscharfe Photos preisgab, die eher einen Eierkocher aus volkseigener Produktion zu zeigen schienen als ein atomares Geschoß, wurde das mit dem für Geheimdienste unabdingbaren Quellenschutz erklärt.

Doch in Wirklichkeit besaßen Washingtons Späh-Profis kaum etwas Besseres. Alles, was die Amerikaner über die von Moskau RSD-10 genannte Rakete wußten, hatten sie aus Beobachtungen von Testschüssen errechnet.

Hoch erfreut berichtete Anfang November 1987 ein US-Diplomat dem SPIEGEL, die Sowjets hätten bei den Genfer Verhandlungen über den Abbau der Mittelstreckenwaffen endlich einen „Packen Photos über den Tisch geschoben" – doch es waren nur Hochglanzbilder des sechsachsigen Trägerfahrzeugs mit dem darauf montierten Startbehälter.

Über aussagekräftige Photos von der Rakete selbst verfügten die Amerikaner nicht einmal kurz vor dem Dezember-Gipfel, auf dem die weltweite Verschrottung dieser Raketen und ihrer amerikanischen Gegenstücke besiegelt wurde. Öffentlich mahnte Washington das fehlende Bilddokument an.

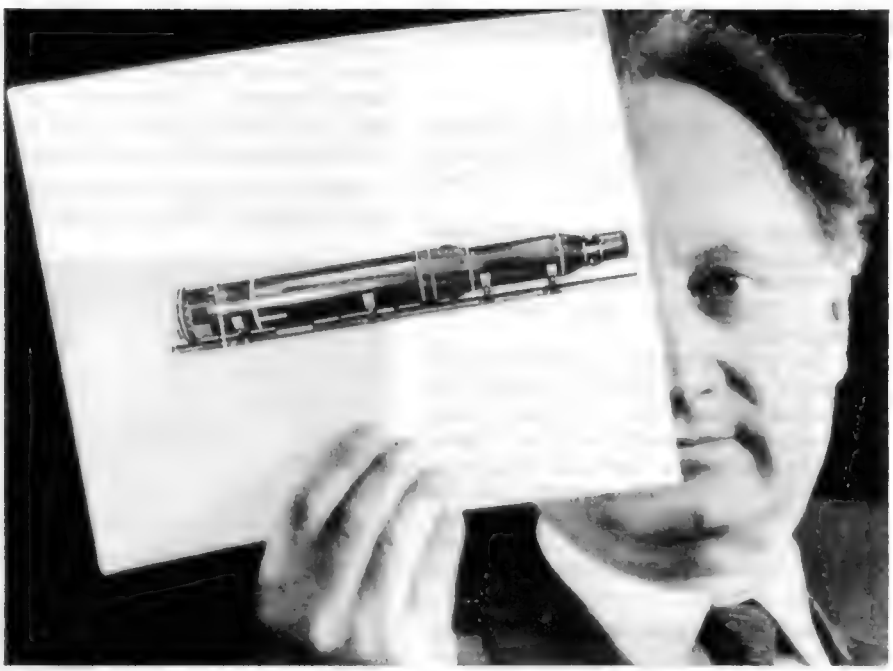
In letzter Minute legten die Sowjets schließlich ein Photo vor – eine Telekopie von miserabler Qualität. Um das Treffen der Staatsmänner nicht zu belasten, erklärte Washington den Bilderstreit zwar für beigelegt. Intern verlangten die verärgerten Amerikaner jedoch weiterhin exakte Photos.

Der Kreml ließ sich zwei weitere Wochen Zeit, ehe er dem amerikanischen Botschafter neue Aufnahmen übergab. Erleichtert reichte das Außenministerium die Bilder zusammen mit den übrigen Unterlagen dem US-Senat zur Vertragsratifizierung ein.

Skeptiker aus dem Kongreß verbreiteten daraufhin, die Regierung Reagan habe sich beim Bilder-Poker von den Sowjets düpieren lassen. Die ominöse Photographie der SS-20 stelle eine Fälschung dar, schrieb der republikanische Abgeordnete Jack Kemp empört an Außenminister George Shultz: Der Kopf der abgebildeten Rakete sei für drei Sprengköpfe zu klein. Es handele sich möglicherweise um eine Attrappe, munkelten mißtrauische Experten; die echten, dreiköpfigen SS-20-Spitzen könnten auf Moskaus neuer mobiler Fernrakete SS-25 Verwendung finden.

Auch Kemps rechtslastiger Parteifreund Senator Jesse Helms reichte schriftlichen Protest bei Ronald Reagan gegen die „Fälschungen" ein. Wie Kemp monierte Helms außer dem SS-20-Bild noch eine Aufnahme von Moskaus Kurzstreckenrakete SS-23.

Derentwegen hatte das State Department schon am Freitag vorletzter Woche in Moskau protestiert. Die Sowjets klärten auf: Der als „zu kurz" beanstandeten



Telekopie eines SS-20-Photos*: „Wie beim Bilderaustausch . . .

. . . fürs Familienalbum": **SS-20-Startfahrzeug**

* Präsentiert von Sowjet-Sprecher Gennadij Gerassimow beim Gipfeltreffen am 8. Dezember 1987 in Washington.

Einschlag eines Marschflugkörpers: Konventionelle Sprengköpfe gegen Raketensilos

SS-23 auf dem Photo fehle das Verbindungsstück zum Sprengkopf, für den kein Bild vorgelegt werden mußte. Das Zwischenstück aber kann nach Expertenmeinung sowohl zur Rakete als auch zum Sprengkopf gerechnet werden.

Die Zweifel am SS-20-Photo ließ das Außenministerium dagegen nicht gelten – wohl zu Recht. Denn nur die *ersten* Stufen von SS-20 und SS-25 ähneln sich zum Verwechseln. Zudem entspricht das sowjetische Photo ziemlich genau den früheren US-Zeichnungen.

Fraglich wäre ohnehin, was Moskau mit einem Bilderbetrug erreichen könnte. Zu den 130 Anlagen, die US-Inspektoren nach Inkrafttreten des Mittelstrekkenvertrags in der Sowjet-Union kontrollieren dürfen, gehören sowohl Produktionsanlagen für SS-25-Raketen als auch SS-20-Stellungen.

Die SS-25 bereite ihm keine Sorgen, meinte Reagans Unterhändler Maynard Glitman. „Wenn wir Bedenken haben, bedienen wir uns der Zentren zur Verringerung atomarer Risiken", die im vergangenen Jahr in Moskau und Washington eingerichtet wurden.

Über sie würden die Sowjets im Zweifelsfall aufgefordert, binnen sechs Stunden „die beweglichen Dächer der Hangars zu öffnen und die Raketen herauszufahren. Das ist praktisch eine Überraschungsinspektion mit nationalen technischen Mitteln", so Glitman. Denn der Zeitpunkt der Überprüfung könne perfekt auf die Überflugzeiten von Aufklärungssatelliten abgestimmt werden.

Da zudem die Vernichtung der Raketen nur unter den Augen des Vertragspartners vollzogen werden dürfe, könnten die Sowjets mit der Präsentation Potemkinscher Raketenstufen niemanden auf Dauer täuschen.

Manfred Wörner, wiegelten dagegen ab. Der 69-Seiten-Report enthalte „keine grundsätzlich neuen oder gar revolutionären Gedankengänge", versicherte Wörners Führungsstab in einer ersten handschriftlichen „Kurzbewertung".

Damit wenigstens hatten die Bonner recht. In ihren Leitlinien, die nach den Vorstellungen der Kommission Amerikas Militär- und Sicherheitspolitik mindestens für die nächsten 20 Jahre bestimmen sollen, haben die US-Fachleute so ziemlich alle Ideen aufgegriffen, die schon in den vergangenen sieben Reagan-Jahren die Bündnispartner immer mal wieder verschreckt hatten.

Gedanken aus der umstrittenen US-Führungsvorschrift „AirLand Battle" finden sich in dem Papier ebenso wie Optionen für den begrenzten Nuklearkrieg. Da wird ein Militäreinsatz der Nato auch außerhalb des vertraglich festgelegten Bündnisgebietes gefordert und die Ausweitung regionaler Konflikte auf andere Weltregionen vorgeschlagen. Weiteren Abrüstungsschritten werden enge Grenzen gezogen, und Entspannung als politisches Prinzip wird gar zum „Rezept für Desaster" deklariert.

Die Brüsseler Nato-Zentrale, so ein ranghoher Offizier, geriet denn auch in „hellen Aufruhr" über den Report. Nach außen gab man sich jedoch gelassen – wie in Bonn. Dort verließen sich Wörners Experten auf die alte Erfahrung, daß die Suppe schon nicht so heiß gelöffelt werde, wie sie gekocht worden sei.

Obwohl die Auffassung der US-Regierung zu der von ihr in Auftrag gegebenen Studie noch nicht bekannt ist, stellten die Bonner erst mal erleichtert fest: „Es ist kein Papier mit offiziellem Charakter." Vielmehr handele es sich um „*eine* Meinungsäußerung in der amerikanischen strategischen Debatte".

Für politische Durchschlagskraft ist gleichwohl gesorgt: Mit Henry Kissinger, Zbigniew Brzezinski und William Clark hatte 1986 der damalige Verteidigungsminister Caspar Weinberger gleich drei ehemalige Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates in die Arbeitsgruppe berufen. Zusammen mit Spitzenmilitärs und anderen Experten sollten sie ein Strategie-Konzept liefern für Reagans ungebrochenen Aufrüstungsdrang.

Den Vorsitz der Kommission übernahmen zwei erprobte Prediger militärischer Stärke: die graue Eminenz der amerikanischen „Defense Community", Albert Wohlstetter, und der ultrakonservative Weinberger-Vize Fred Iklé. Ihre Empfehlungen stoßen gleich reihenweise Allianz-Dogmen um.

„Die Nato braucht eine zusammenhängende Strategie, die auf lange Sicht lebensfähig ist", rät die Expertise – und gibt damit indirekt zu, daß die geltende Doktrin der flexiblen Erwiderung überholt ist. Glaubenssätze, an die man sich im Bündnis seit Jahrzehnten klammert, stellen die Autoren rhetorisch in Frage: „Kann sich die Nato auf Eskalationsdrohungen verlassen, die, würden sie ausgeführt, zur eigenen Vernichtung führten?"

Kann sie nicht, denn „die Drohung mit einem Atomwaffeneinsatz, der sowohl die USA als auch die Sowjet-Union verwüsten würde, ist keine verläßliche Abschreckung", sondern „selbstmörderische Politik" (Wohlstetter). Wenn es um begrenzte Konflikte gehe, etwa den Angriff auf nur einen Bündnispartner der Allianz, ergänzte Iklé, sei die Vernichtungsdrohung für die USA „nicht mehr akzeptabel".

Um letzte Zweifel über das ihrer Meinung nach überfällige Ende der Abschreckung als Schutzgarantie für alle zu beseitigen, stellt die Studie klar: „Die Allianz sollte Atomwaffen nicht benutzen, um damit ausgedehnte Vernichtung anzudrohen, sondern hauptsächlich als ein Instrument, um den angreifenden Sowjet-Truppen den Erfolg zu verwehren."

Atomsprengköpfe als Kriegführungsmittel also – für das potentielle Schlachtfeld Deutschland ein fatales Konzept. Dazu sollen kleinere Atomwaffen angeschafft werden, die sich in „abgestuften Nuklearschlägen" auch wirklich einsetzen ließen.

Besser aber noch wäre nach Kommissionsmeinung ein Waffengang ohne nukleare Eskalation, ein Krieg, in dem „High-Tech"-Waffen und „konventionelle Gegenoffensiven tief ins feindliche Territorium" der Nato den Sieg bringen sollen. Daß Moskau in seinem westlichen Vorfeld statt leistungsstarker Bündnispartner nur unsichere Kantonisten unter der Knute halte, müsse die West-Allianz auf jeden Fall ausnutzen.

Amerikas Fähigkeit zum Kriegführen wird laut Studie auch dadurch vergrö-

ßert, daß wegen der immer besseren Zielgenauigkeit schon 1995 konventionell bestückte Fernraketen all jene Raketensilos und Kommandobunker ausschalten könnten, für deren Zerstörung heute noch Atomsprengköpfe nötig seien.

Um große Kriege, glaubt die Kommission, werde es in Zukunft kaum gehen. Die Szenarien jedenfalls, auf die sich Bündnismilitärs seit Jahren vorbereiten, ein massiver konventioneller Angriff der Sowjets in Europa oder ein Atomschlag gegen die USA, gelten als „äußerst unwahrscheinlich". Realistischer erscheinen den Top-Strategen Konflikte in der Dritten Welt oder sowjetische Übergriffe an den Nato-Flanken.

Bei der Bewältigung derartiger Krisen sollten die USA nicht allzuviel Rücksicht auf die Bedenken der Partner nehmen: „Die Planer haben das Problem der Uneinigkeit im Bündnis bei begrenzten Teilangriffen vernachlässigt", rügt die Studie, als gelte es, durch beherzte militärische Führung das Zaudern einzelner Nato-Regierungen zu überwinden.

Da die „Unsicherheit von Alliierten und Freunden bei der Gewährung von Stützpunkten und Überflugrechten" sich nachteilig auf die amerikanische Schlagkraft auswirken könne, plädieren die Experten für mobile US-Streitkräfte mit großer Reichweite, die nur „minimal von Überseestützpunkten abhängig sind".

Voraussetzung für die Verwirklichung der „Discriminate Deterrence" sei „die Überprüfung der amerikanischen Verpflichtung, in Europa umfangreiche Streitkräfte zu unterhalten". Bereits einen Tag nach der Berichtsübergabe setzte sich mit Reagans Marineminister James Webb ein weiteres Regierungsmitglied für einen Abzug von US-Truppen aus Europa ein. Käme es bei der Truppenpräsenz zu keinen Abstrichen, würde nach Meinung eines Kommissionsmitarbeiters die neue Globalstrategie „höllische Mehrkosten" verursachen.

Den Europäern bleibt trotzdem ein Trost: Der zuverlässigste Schutz gegen die Planspiele aus USA liegt darin, daß sie wohl so oder so unbezahlbar bleiben.

Eine von der Kommission in Auftrag gegebene Vorausschätzung des Militäretats ergab ein derart horrendes Defizit, daß diese Passage vorsichtshalber gleich wieder aus dem Berichtsentwurf gestrichen wurde:

Falls das Pentagon bei seinen derzeitigen Beschaffungsplänen bleibt, ergäbe sich selbst ohne jede Umrüstung auf neue Waffen bis zum Jahr 2010 eine Finanzierungslücke von 3600 Milliarden Dollar – weit mehr, als Reagans Hochrüstung bislang gekostet hat.

Da versteht es sich fast von selbst, daß auch die Denkarbeit der Kommission nicht ganz billig ausfiel: Ihr Etat betrug 1,6 Millionen Dollar, das macht pro Berichtsseite mehr als 20 000 Dollar.

GROSSBRITANNIEN

Torpedo los

Weil er in Europa und Amerika keinen Verleger fand, ließ der umstrittene Historiker David Irving sein neuestes Buch in Australien drucken: Es ist ein Frontalangriff auf Winston Churchill.

Frachtflug OR 269 aus Sydney brachte die heiße Ware nach London. Im Airbus der griechischen Olympic Airways lagerten neben Gemüse- und Weinkisten 10 000 Exemplare eines in Australien gedruckten Buches: „Churchill's War", das neueste Werk des berühmtberüchtigten Historikers David Irving.

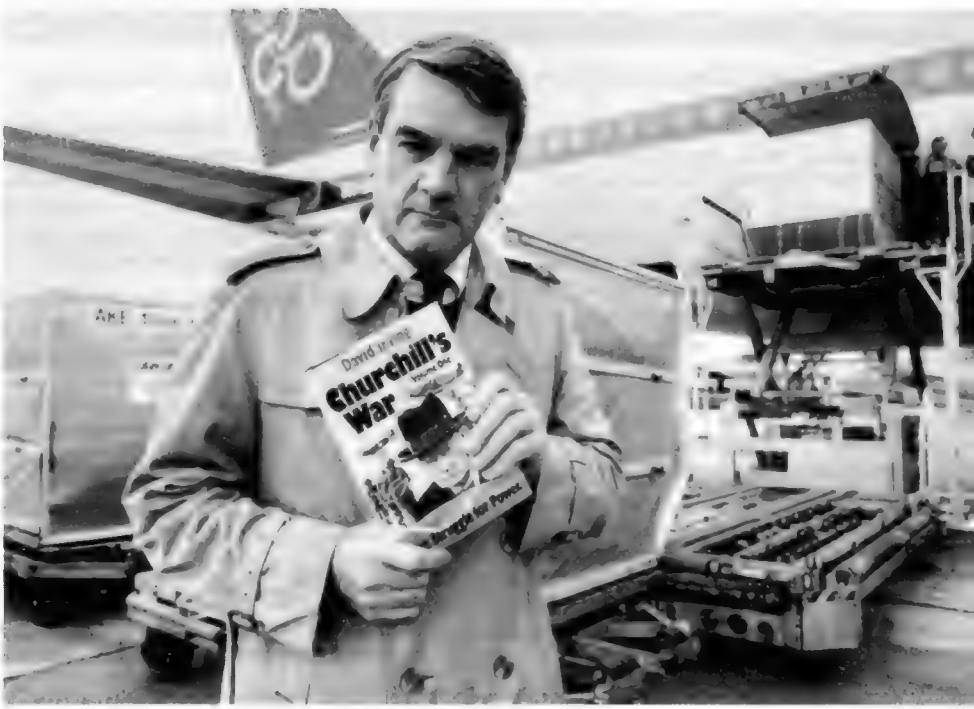
Der Autor nahm die Fracht vorletzten Sonntag in Heathrow persönlich entgegen. Eine erste Sendung von 2000 Exemplaren hatte Irving innerhalb von zehn Tagen verkauft, indem er im Miet-Lkw von Buchhandlung zu Buchhandlung reiste. „Die britischen Verleger haben das Buch gemieden wie die Pest. Dann verschwieg die Presse, daß es in Australien erschienen ist", sagt Irving. Nun aber sei der „Torpedo los".

Das Geschoß – fast 700 Seiten stark, der zweite Band kommt im Herbst – soll die Heldenlegende von Winston Churchill zerfetzen: Der Kriegspremier sei ein machtbesessener, ruhmsüchtiger Zyniker gewesen, nicht der Retter, sondern der Totengräber des Empire.

Mit provozierenden Thesen sorgt Irving, 49, seit 25 Jahren für Aufsehen. Er schrieb internationale Bestseller wie „Der Untergang Dresdens" und „Rommel". Weil er politisch zunehmend ins rechte Fahrwasser geriet und bei seinen Recherchen Fachliteratur ignoriert, sehen viele Wissenschaftler ihn als Außenseiter ihres Fachs. Als er in „Hitlers Krieg" gar bestritt, daß der Führer den Holocaust befohlen habe, wurde sein Renommee weiter angeschlagen.

Auch in seinem neuesten Werk verkündet der eifernde Forscher waghalsige Thesen:

- Churchill hätte das Empire retten können, wenn er 1940 mit Hitler Frieden geschlossen hätte – mag sein, nur konnte man eben mit Hitler keinen Frieden schließen.
- Churchill habe sich lieber an Stalin gehalten, der den Briten bei jeder Begegnung unter Alkohol gesetzt und über den Tisch gezogen habe, „während die Rote Armee Europa methodisch aufrollte". Auch dies ein Vorwurf, der nicht trifft – Churchill hatte nach dem deutschen Angriff auf die Sowjet-Union 1941 gar keine andere Wahl, als sich mit Hitlers Feind zu verbünden.



Autor Irving auf dem Flughafen Heathrow: „Netz des Schweigens zerrissen"

Zusätzlich gibt es eine Menge teils enthüllender, teils amüsanter Episoden:

So habe Churchill 1940 die Hauptstadt verlassen, wenn ihn seine Abwehr über geplante Angriffe der Luftwaffe auf London unterrichtete. Und seine berühmte Durchhalte-Rede („Wir werden niemals kapitulieren") sei getürkt über die BBC gelaufen: Der Schauspieler Norman Shelley, bekannt als „Larry das Lamm" aus dem Kinderprogramm, habe den Premier mimen müssen, weil der zu betrunken gewesen sei, um selbst vor das Mikrophon zu treten.

Kriegspremier Churchill (1944): Totengräber des britischen Empire?

Irving will das von dem inzwischen verstorbenen Shelley erfahren haben. Churchills Flucht aus London bei Luftangriffen rekonstruierte er aus Terminkalendern, die er beim Patensohn des ehemaligen Churchill-Leibwächters Tommy Thompson auftrieb und gegen 5000 Pfund photokopieren durfte.

Insgesamt investierte Irving in die beiden Churchill-Bände 100 000 Pfund und zehn Jahre Arbeit. Da traf es ihn hart, daß sich nach Erscheinen seines Hitler-Buches die Verlage von dem Erfolgsautor abgesetzt hatten:

Viking Penguin kündigte Pläne auf, Irving-Bücher in den USA als Paperback herauszubringen; Doubleday in New York stieg aus dem Churchill-Projekt aus und verlangte 100 000 Dollar Vorschuß zurück.

In Großbritannien sagte Irvings Stammverleger Michael Joseph nein zu Churchill. Auch der Verlag Macmillan war nicht interessiert – Irving meint, aufgrund des Eingreifens von Firmen-Senior Lord Stockton, des (inzwischen verstorbenen) Ex-Premiers Harold Macmillan.

Irving mußte seinen Rolls-Royce verkaufen, und das High-Society-Magazin „The Tatler" berichtete gar, der Autor könne seine Wohnung im vornehmen Londoner Mayfair-Viertel nicht mehr halten.

Das stimmt nicht. Irving hat sein Domizil in der Duke Street – mit dem angeblich einzigen Selbstporträt Hitlers an der Wand – eben erst renovieren lassen. Der Autor fühlt sich wieder im Aufwind, nachdem „Churchill's War" nun doch erschienen ist.

Das verdankt Irving dem Veritas-Verlag von Raymont White im australischen Bullsbrock. Zu dessen Erzeugnissen gehören Bücher über „Rassenlehre", die Firma unterhält informelle Verbindungen zu rechtsextremen Gruppen.

Irvings Australien-Tour war zwar ein Publicity-Erfolg, aber der größte Teil der Fachwelt nimmt das Buch nicht zur Kenntnis. „Ich arbeite gegenwärtig am achten Band", sagt Martin Gilbert, seit 1968 offizieller Churchill-Biograph, „bis Mai habe ich keine Zeit, mich mit anderen Dingen zu beschäftigen."

Die Cambridge-Historikerin Zara Steiner dagegen hat das Churchill-Opus gelesen: „Er baut auf wackligem Grund, doch gewissen Grund hat er schon." Wissenschaftlich sei Irvings Arbeit nicht seriös, weil er darauf hinwirke, Vorurteile zu bestätigen, und oft „triviale und unzuverlässige Quellen" anführe. Zara Steiner: „Irving will mit seinen Büchern vor allem Geld machen."

Neal Ascherson, „Observer"-Kolumnist und studierter Historiker, sieht dagegen in Irving einen Ideologen, der ein „enormes Langzeit-Projekt" verfolge: Er wolle Hitler und das Dritte Reich rehabilitieren. Zu diesem Zweck müsse er die Motive der westlichen Allianz im Zweiten Weltkrieg diskreditieren, die nach Irving lieber den Bolschewismus hätte bekämpfen sollen als die Nazis.

Nachdem durch Presseberichte nunmehr das „Netz des Schweigens" in England „zerrissen" sei, erwartet Irving einen Siegeszug seines Churchill-Buches.

In der Bundesrepublik dürfte der Erfolg noch auf sich warten lassen. Die deutschen Rechte hatte 1976 der Hoffmann und Campe Verlag erworben. 1984 gab er sie zurück, 58 000 Mark Vorschuß und 30 000 Mark Übersetzungskosten mußten abgeschrieben werden. „David Irving", so der heutige Verlagschef Lothar Menne, „paßt nicht ins Programm eines liberalen Hauses."

Eine Option auf das Churchill-Buch hat daraufhin Rowohlt für seinen Wunderlich-Verlag gekauft – als Vermittler fungierte Irvings Freund und Churchill-Kritiker Rolf Hochhuth.

Auf Ausschau

Die kanadische Firma Seagram, die sich Cognac Martell einverleiben möchte, ist längst zum größten Alkoholhändler der Welt geworden.

Für Edgar Miles Bronfman, den Chef des kanadischen Wein- und Spirituosen-Giganten Seagram, schien das Spiel gelaufen, ehe es begonnen hatte. Ohne viel Aufhebens hatte Bronfman den stets lauernden Konkurrenten ein Juwel vor der Nase weggeschnappt.

Vor dem Notar und nur im Familienkreise schloß der Seagram-Boß mit Frankreichs Cognac-Brenner René Firino-Martell einen Vertrag. Für 2500 Franc (740 Mark) je Aktie wollte er jene 41 Prozent des Martell-Kapitals übernehmen, die sich noch in Familienbesitz befinden.

Aus dem privaten Handel wurden öffentliche Händel. Kaum war die beabsichtigte Transaktion publik geworden, begann „eine anglo-kanadische Schlacht" („Le Figaro") um das Traditionsunternehmen in Cognac. Auch die Kammer der französischen Börsenmakler und die staatlichen Investitionskontrolleure zogen mit ins Gefecht.

„Die Veräußerung von Aktien der Familie Martell", verkündete Georges Chavanes, Minister für Handel und Gewerbe, „kann nur über die Börse, nicht vor dem Notar erfolgen." Die Regierung werde die Genehmigung verweigern, „damit hier kein Präzedenzfall geschaffen wird".

Genau das wollten auch die Börsenmakler. Sie beriefen sich auf ein Gesetz, nach dem sie nahezu ein Monopol für die Abwicklung von Aktiengeschäften haben. Bei geplanten Firmenübernahmen muß eine sogenannte Offre publique d'achat, ein öffentliches Kaufangebot, über die Börse gemacht werden. Der Privatdeal zwischen Bronfman und Martell sei rechtswidrig.

Der Widerstand der Börsenmakler kam einem Erzrivalen der kanadischen Getränkefirma sehr zupaß: Britanniens Grand Metropolitan. Der Spirituosen-, Lebensmittel- und Hotelriese (Intercontinental Hotels) hatte seit vergangenem Sommer schon 19,9 Prozent der Martell-Aktien gekauft. Seagram hatte es dagegen bislang nur auf knapp 12 Prozent gebracht.

Ganz im Stil amerikanischer Übernahmekämpfe an der Wall Street lockte Grand Met die Martell-Aktionäre mit immer höheren Kaufangeboten. Seagram reizte mit. Vergangene Woche war Seagram bereits bei 2975 Franc pro Aktie. Dafür wollten die Kanadier sämtliche Martell-Anteile kaufen. Grand Met hielt am Freitagnachmittag mit 3300 Franc dagegen. Doch Seagram, waren Börsenexperten überzeugt, würde sich

Cognac-Herstellung bei Martell: „Exportieren ist unsere zweite Natur"

nicht geschlagen geben und Grand Met nochmals übertrumpfen.

Schon der bisherige Preis war beachtlich: Er entspricht einem Unternehmenswert von 4,5 Milliarden Franc – bei einem Martell-Umsatz von zuletzt 1,8 Milliarden und einem Gewinn von 137 Millionen Franc.

Martell ist, nach Hennessy, der zweitgrößte Cognac-Produzent der Welt. Rund 1400 Beschäftigte stellen jährlich etwa 23 Millionen Flaschen Cognac her. Einen Großteil exportiert Martell in 135 Länder.

„Exportieren", sagt René Firino-Martell, „ist unsere zweite Natur." Doch Familienunternehmen haben es im beinharten Wettbewerb auf den Weltmärkten schwer, gegen Giganten wie Grand Met und Seagram zu bestehen.

Sogar Marktführer Hennessy, zu dem auch der Champagner-Hersteller Moët & Chandon gehört, ging einen Vertriebsverbund mit Britanniens Getränke-Riesen Guinness ein. Courvoisier wurde vom britischen Konzern Allied-Lyons geschluckt. Und Rémy Martin möchte 60 Prozent der Prestige-Firma Bénédictine übernehmen.

Martell schien den expansionsfreudigen Kanadiern schon lange ins Konzept zu passen. Wie kein anderer Konzern der Branche hat der Alkohol-Riese aus Kanada sich in den achtziger Jahren eine führende Schnaps-, Wein-, Sekt- und Champagner-Marke nach der anderen einverleibt.

Seagram-Chef Edgar Bronfman
„Was hätte Vater getan?"

Heute produziert oder vertreibt Seagram über 190 Spirituosen-Marken sowie 600 Wein-, Champagner- und Sektsorten.

Klangvolle Namen gehören dem Konzern mit Sitz in Montreal und New York: die Schotten-Whiskys Chivas Regal und Glenlivet, die Champagner Mumm und Perrier-Jouët, Sherry und Portwein von Sandeman.

„Wir sind unentwegt auf der Ausschau nach guten Marken und Beteiligungen", erläutert Edgar M. Bronfman die Existenzphilosophie.

In der Bundesrepublik kaufte Bronfman im vergangenen Jahr die Weinbrennerei Scharlachberg Sturm & Co. in Bingen. Die Weinkellerei Julius Kayser an der Mosel, die Sektkellerei Burgeff, die Sektmarken Mumm und Matheus Müller übernahm ebenfalls Seagram.

Bronfman will das Geschäft auch künftig vor allem durch Zukauf angesehener Marken ausweiten. Geld dafür ist reichlich vorhanden. Seagram erwirtschaftete im vergangenen Geschäftsjahr 423,5 Millionen Dollar Gewinn, gut 104 Millionen Dollar mehr als im Jahr davor (bei einem Umsatz von 3,3 Milliarden Dollar).

Das meiste Geld verdiente Seagram allerdings nicht mit Alkoholika. Mehr als 323 Millionen Dollar strich Seagram aus einer Finanzbeteiligung an Amerikas größtem Chemie-Konzern DuPont ein.

Zur Chemie war der größte Schnapsbrenner der Welt 1981 gekommen. Damals hatte der reiche Familien-Clan Bronfman, seit 1928 Herrscher über Seagram und noch heute mit 38,5 Prozent größter Einzelaktionär, große Teile der US-Ölgesellschaft Conoco über die Börse aufgekauft. Dann machte DuPont ein Übernahmeangebot: Im Tausch gegen Conoco bekamen die Bronfmans gut 20 Prozent des DuPont-Aktienkapitals.

Im Jahre 1980, auf dem Höhepunkt der Energiekrise, hatte Bronfman bereits Milliarden eingenommen, als er sich von der Ölgesellschaft Texas Pacific trennte. Die Firma verfügte zwar über reiche Öl- und Gasreserven, doch Bronfman glaubte damals, sein Management werde durch das unbekannte, risikoreiche Arbeitsfeld überfordert.

Texas Pacific wurde – für 2,3 Milliarden Dollar – verkauft. „Wir fühlten uns wie kleine Kinder", erinnert sich Charles Bronfman, Edgars Bruder und Vizechef des Konzerns, „denen man 100 Dollar in die Hand drückt und damit in einen Spielzeugladen schickt."

An Geld hatte es den Brüdern Bronfman und ihren zwei Schwestern allerdings nie gefehlt. Sie sind Sprößlinge einer der reichsten jüdischen Familien Kanadas. Vater Samuel, russischer Abstammung, machte schon während der Prohibition in den USA mit in Kanada gebranntem Whiskey ein Vermögen. Als das Alkoholverbot 1933 fiel, verfügte „Mr. Sam" in den USA über die besten Absatzkanäle.

Edgar Bronfman übernahm 1975 die Führung des Konzerns. Er leitet die Geschicke des Unternehmens vorzugsweise von New York aus.

Im Seagram-Building in Manhattan, 1954 von Ludwig Mies van der Rohe erbaut, läßt sich Bronfman – der die amerikanische Staatsbürgerschaft erhielt und seit 1981 auch Präsident des Jüdischen Weltkongresses ist – nach eigenem Bekunden von einer schlichten Maxime leiten: „Was hätte Vater getan?"

Im aktuellen Fall gibt's keinen Zweifel: Cognac Martell gekauft.

Anarchie in Corys Reich

Blutiger Wahlkampf auf den Philippinen: Während der Auseinandersetzungen vor den allgemeinen Regional- und Kommunalwahlen, die für den 18. Januar angesetzt waren, wurden mehr als 80 Menschen aus politischen Motiven ermordet, darunter mindestens 34 Kandidaten; mehrere Dutzend Lokalpolitiker wurden durch Schüsse verletzt, etliche entführt. In keinem einzigen Fall konnten Polizei und Militär die Täter ermitteln. Nach Ansicht des Stabschefs der Streitkräfte, General Fidel Ramos, gehen die meisten Morde auf das Konto der kommunistischen Untergrundbewegung „Neue Volksarmee". Aber auch Politiker lassen unliebsame Rivalen von gedungenen Mördern beseitigen. Hilflos appellierte die Präsidentin an die Bevölkerung, nicht für Kandidaten zu stimmen, die Gewalt anwenden. „Es stimmt mich traurig", sagte Cory Aquino, „daß Kandidaten im Wahlkampf zu den Waffen greifen." Weil das Militär die Sicherheit nicht garantieren konnte, setzte die Regierung die Wahl in 11 von 73 Provinzen sowie in drei Städten auf Mindanao vorerst aus.

Kommunistische Guerilla-Kämpfer, Opfer

Japan: Mehr Geld für die Dritte Welt

Die Wirtschaftsgroßmacht Japan, oft wegen ihres zögerlichen Engagements für die Dritte Welt gescholten, hat sich zum spendabelsten Entwicklungshelfer aufgeschwungen. Im nächsten Haushalt sind 9,9 Milliarden Dollar für die Dritte Welt vorgesehen. Das ist erstmals mehr als das amerikanische Entwicklungshilfe-Budget von derzeit 8,8 Milliarden Dollar. Allerdings werden rund 40 Prozent der japanischen Unterstützung als rückzahlbare Kredite vergeben; bei der US-Hilfe dagegen nur etwa zehn Prozent.

Schweden: Wein gegen Kanonen

Ein Milliardengeschäft des schwedischen Rüstungskonzerns Bofors mit der indischen Regierung hat den Kunden der staatlichen schwedischen Alkoholgesellschaft Systembolaget einen ungewöhnlichen Gaumenkitzel beschert: Sekt der Marke „Marquise de Pompadour" aus Indien. Die Regierung in Neu-Delhi bestand darauf, Haubitzen aus Schweden teilweise mit Warenlieferungen im Wert von vier Milliarden Kronen (rund 1,1 Milliarden Mark) zu bezahlen, darunter auch mit dem exotischen Sekt. In der Öffentlichkeit heißt er mittlerweile „Kanonen-Wein".

Moskau lobt die Bundespost

Minister Christian Schwarz-Schillings oft kritisierte Bundespost hat einen neuen Bewunderer – die „Prawda". Das sowjetische Parteiorgan lobte in einem Korrespondentenbericht den staatlichen Monopolbetrieb als vorbildliches „kommerzielles Unternehmen", das auf der Basis von „wirtschaftlicher Rechnungsführung und Selbstfinanzierung" funktioniere. Auf diese Prinzipien sollen nach dem Willen von Parteichef Michail Gorbatschow im Rahmen der Wirtschaftsreform bald alle sowjetischen Betriebe umgestellt werden. Wenn die sowjetischen Postler wie ihre westdeutschen Kollegen arbeiteten, so die „Prawda", würde die Zahl der „berechtigten Klagen" von Kunden „auf Null sinken". Ironie der Geschichte: Schon Revolutionsvater Lenin hatte die Deutsche Reichspost als Vorbild für die „ganze Volkswirtschaft" gelobt.

Amnestie für Terroristen?

Italienische Parteien erwägen eine Amnestie für die linksextremistischen Terroristen der Roten Brigaden. Zwei Gründungsmitglieder der Untergrundorganisation, Renato Curcio und Mario Moretti, erhielten in ihren Gefängniszellen vor kurzem Besuch von Ex-Innenminister Oscar Luigi Scalfaro. Auf eine Begnadigung hoffen auch etwa 200 bis 300 vorwiegend nach Frankreich geflüchtete Sympathisanten der Roten Brigaden, die sich um eine Rückkehr nach Italien bemühen. Der Christdemokrat Flaminio Piccoli, aber auch ein sozialistischer und ein kommunistischer Parteivertreter sprachen sich in einer öffentlichen Diskussion in Rom für eine Amnestie aus. Die Begnadigung der Ex-Terroristen wäre für den Staat heute „ein Zeichen von Stärke", so der Sozialist Salvo Andò.

Terroristen der Roten Brigaden vor Gericht (1983)

Eigene Anreise, Selbstverpflegung, ohne Service. Schöne Ferien.

Wo kann man ungezwungener Urlaub machen als in einem Ferienhaus?

Wer sich im Urlaub von vorn bis hinten bedienen lassen will, der ist bei Scharnow falsch. Wer aber die Ungezwungenheit und private Atmosphäre eines eigenen Ferienhauses sucht, der kommt mit Scharnow auf seine Kosten. Sie können aufstehen, essen und schlafen, wann Sie wollen. Herumlaufen, wie Sie wollen.

Zum Beispiel in einem **Ferienhaus** in Case Montagni (Foto) in der **Toskana**. Für 8 Personen ab **DM 824,–** pro Woche. Oder in einem **Ferienappartement** in Santa Maria de Llorell an der **Costa Brava**. Für 4 Personen ab **DM 399,–** pro Woche. Beide bei eigener Anreise. Oder in einem unserer vielen Tausend anderen Feriendomizile. Ihr TUI-Reisebüro wird Sie gern beraten. Ist das ein Service?

SCHARNOW

Urlaub privat.

TUI

„Wir haben eine elitäre Lust aufs Lernen“

SPIEGEL-Redakteur Joachim Hoelzgen über die Design-Kaderschmiede Art Center Europe am Genfer See

Joseph R. Henry dürfte eigentlich mit Fug und Recht behaupten, Herr über eine der bestgestylten Chefetagen in der Schweiz zu sein. Schließlich ist er Direktor der ersten privat organisierten Design-Hochschule in Europa und schon aufgrund dieser Funktion verpflichtet, in seiner Umgebung auszudrücken, was hier Sache ist: nicht das Ästhetisch-Subversive und auch nicht vornehme Eleganz, sondern die kühlen Formen aus der High-Tech-Welt.

Dem Mann aus Kalifornien liegt an der praktischen Beweisführung. Er hat keinen Chefsessel, sondern sitzt „secretary style“ auf einem Bürostuhl mit Stahlrohrfuß, ein Erzeugnis mit Werkstoffen aus der Weltraumfahrt, die der Star-Designer Emilio Ambasz zusammenfügte.

Der Stuhlrücken reagiert auf den geringsten Druck. Eine eingebaute Stütze schmiegt sich an Rückgrat, Darmbeinkamm und Becken, die neuralgische Problemzone der Schreibtischmenschen.

Nun fürchtet Henry, 2,04 Meter groß, nicht mehr um sein langes Rückgrat. Aber er bedauert Sekretärinnen, die sich langsam verkrümmen, nur weil sie auf den falschen Stühlen sitzen. „Viele Bürostühle sehen so aus, als hätten sich ihre Designer nie darauf gesetzt“, befindet er, „das Ästhetische war ihnen wohl wichtiger.“

Henry legt die Meßlatte des Funktionellen aber nicht nur wegen seiner Körpergröße an. Er kommt von der Kaderschmiede seiner Szene, dem Art Center College of Design in Pasadena, Amerikas größter Designerschule (200 Dozenten, 1200 Studenten), an der Disziplin und Einfallsreichtum gleichsam als quasi-religiöse Geisteshaltung gelten. Auf dem Campus vor der Kulisse des San-Gabriel-Gebirges hoch über Los Angeles herrscht ein Drill-Regime, das den Studenten früh ins Gedächtnis hämmert: Produkte müssen funktionell, sicher und bestens verkäuflich sein.

Darauf legt die Industrie wert, die den größten Teil des College-Etats finanziert und Forschungsprojekte nach Pasadena vergibt, bei denen die Jung-Designer Schulter an Schulter mit Firmeningenieuren und -designern arbeiten. Den größten Nutzen zieht daraus Amerikas Autoindustrie, die aus den Pasadena-Klassen die Hälfte ihres Designer-Nachwuchses bezieht. Aber auch japanische und europäische Firmen entsenden Talentsucher oder vergeben Auftragsarbeiten, jüngst zum Beispiel fürs Design des neuen BMW-Roadsters Z 1.

Henrys Aufgabe ist es, die erste Auslandsfiliale des kalifornischen Design-Mekkas zu managen: das Art Center Europe in La Tour-de-Peilz am Genfer See, wo auf den Hügeln zwischen Vevey und Montreux leicht angestaubte Herrschaftshäuser wie Filmkulissen verstreut liegen, diskret versteckt zwischen Linden und Zypressen.

Zehn Millionen Franken kostete der Umbau eines der schönsten Anwesen am See, des Château de Sully, in dem das Gegenstück zu dem Glas- und Stahlkomplex von Pasadena angesiedelt wurde – dank der Kantonskasse des Waadtlands, der Banken und der Industrie, die zunächst einfach die Kosten vorgeschossen haben, um sich die Hochschule zu sichern.

Geld ist genug da. An der Küste mit den steilen Weinbergen boomt es, gedeihen in mildem Steuerklima internationale Firmenhauptquartiere wie das des schwedischen Verpackungsriesen Tetra Pak, der sich in Pully bei Lausanne mit einem futuristischen Bauwerk aus silberglänzendem Glas niederließ.

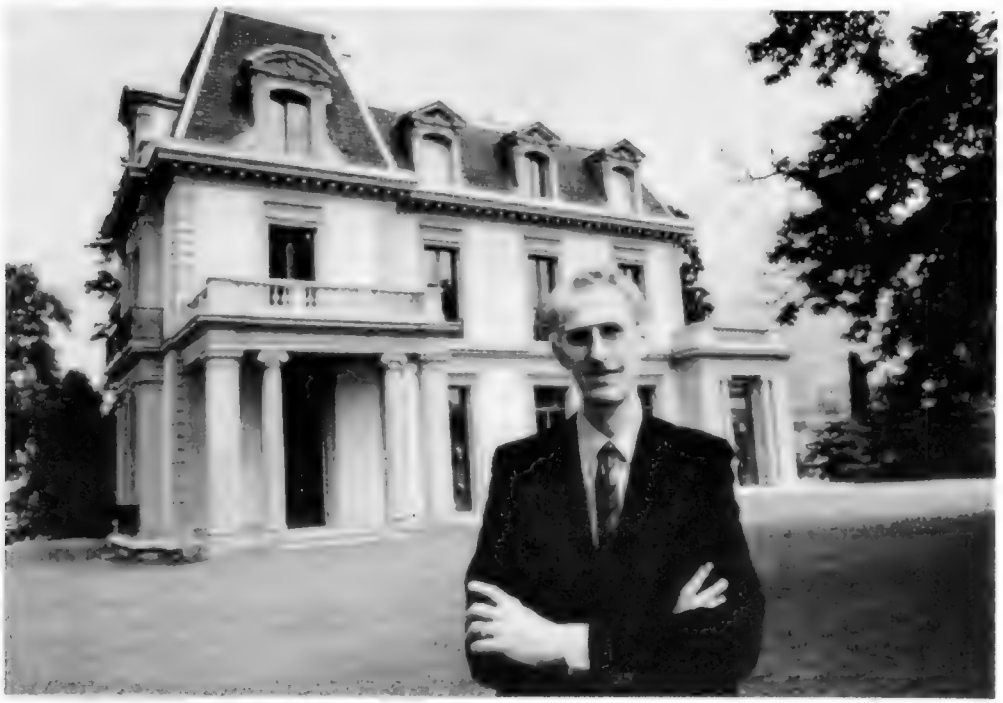
„Selbstinteresse“ sei durchaus ein Motiv, das Art Center der Amerikaner finanziell zu unterstützen, sagt Bernard Daniel, ein Vizepräsident des noch größeren Giganten Nestlé in Vevey. Der Weltkonzern (Jahresumsatz: 45 Milliarden Mark) hat viel zu verpacken und verspricht sich vom Art Center Europe Denkanstöße für wohlgeformte Suppenschachteln, Dosen, Gläser und Kartons.

Eine gestalterische Verfeinerung des Firmen-Images erhoffen sich auch so unterschiedliche Sponsoren wie die Schweizerische Bankgesellschaft, Osram, Electrolux, Gaggenau, Samsonite und Nestlé-Konkurrent Kraft.

Auch die Autoindustrie erweist sich als großzügig, zum Beispiel Porsche, dessen Chefdesigner Anatole Lapine in Pasadena das Design-Handwerk erlernte, dazu Volkswagen, Opel, Fiat, Austin Rover, Peugeot, Citroën, Renault und Ford. Citroën-Generaldirektor Xavier Karcher glaubt, daß „die Versorgung der europäischen Industrie mit hochqualifizierten, schöpferisch orientierten Nachwuchskräften“ dank dem Art Center gesichert sei.

Rein äußerlich scheinen die Startbedingungen der neuen Design-Brutstätte ideal. Jedenfalls fehlt auf Schloß Sully nichts, was anderswo Etatzwängen und ministerialbürokratischen Erlassen unterliegt: von Netzwerk-Computern, marmorfarbigen Waschtischen aus Acryl-Kunststoff bis hin zu den „expanded line“-Leuchtröhren von Arteluce-Flos, einem designerischen Traum.

Das Château, von einem Genfer Hugenotten-Adligen erbaut, war 1929 von einem schwerreichen Käufer in ein Lustschloß verwandelt, dann aber dem Ver-



Design-Hochschule in La Tour-de-Peilz, Direktor Henry: Disziplin als Geisteshaltung

Art-Center-Studentin: 48 000 Franken für die Ausbildung

fall überlassen worden, weil die Mätresse des Besitzers lieber in den Salons der Schokoladen-Millionäre von Vevey verkehrte und das ihr zugedachte Luxus-Mausoleum nie betrat. Nun wurde aus dem Säulenbad im Schloßkeller ein Hörsaal, stehen in den Umkleideräumen, zum früheren Pool hin offen, die Computer.

Die Studenten des Art Center Europe, derzeit 130, bis 1989 aber 380, formen Modellierton-Mischungen und feilen Holzteile in Werkstätten und Studios, die sich in einem ehemaligen Waadtländer Bauernhof im Park des Châteaus befinden. Neu angebaute Pavillons aus Glas, T-Träger mit kreisrunden Öffnungen nach Märklin-Art und mächtigen Röhren, durch die Leitungen und das Ventilationssystem verlaufen, lassen den Komplex wie eine Miniversion des Pariser Centre Pompidou erscheinen – mit Blick auf den Genfer See und die Savoyer Alpen.

Die Dozenten kommen vom US-Hauptquartier in Pasadena, um in La Tour-de-Peilz vier Hauptstudiengänge – Werbe-, Graphik-, Verpackungs- und Industriedesign – zu unterrichten. Nach vier Semestern im Fach Industrie-Design steht es den Studenten frei, zwischen den Spezialdisziplinen Produkt- und Transport-Design zu wählen und sich etwa dem Kühlschrank- oder Autobau zu widmen.

Die didaktische Verbindung mit dem Art Center College of Design in Pasadena geht so weit, daß nicht nur die Lehrpläne, sondern auch der jeweilige Beginn der Semester zeitlich gleichgeschaltet wurde; wer es sich leisten kann, soll das Studium in Kalifornien weiterführen können.

Wer lieber im Waadtland bleibt, braucht es wohl kaum zu bereuen. Ein 56köpfiger Beraterstab, zu dem Top-Designer wie Giorgio Guigiaro, Art Blakeslee und Hartmut Esslinger gehören, der im württembergischen Altensteig das Design für Sony-Fernseher und Apple-Computer konzipiert, soll den Dozenten und Studenten die jeweiligen Trends aus erster Hand vermitteln.

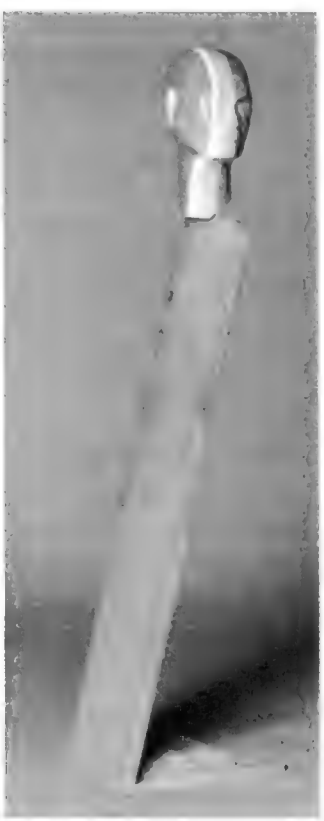
Von Forschungsprojekten, deren Vorgaben von den Autoherstellern gestellt werden, verspricht sich Henry einen „Wissensvorsprung bis zu zehn Jahren" im Vergleich zu staatlichen Design-Hochschulen.

Darauf arbeitet auch Ausbildungsleiter Uwe Bahnsen hin, ehemals Chefdesigner bei Ford. Bahnsen, 57, war zunächst skeptisch, ob ein praxisorientiertes, breit angelegtes Design-Studium nach amerikanischem Konzept auf Europa übertragbar sei. Aber dann reizte es ihn doch, den Spitzen-Job bei Ford gegen eine Lehrtätigkeit einzutauschen, unter anderem auch deshalb, weil es ihn „stets aufs neue verblüfft" hat, daß ausgerechnet in der Bundesrepublik an kaum einer Hochschule das Design des Nationalfetischs, des Automobils nämlich, gelehrt wurde.

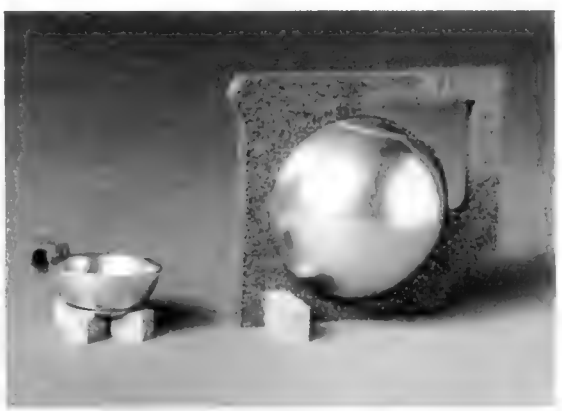
Bahnsen, der früher schon Berater in Pasadena war und dort Talente ausgehoben hatte, übernahm das harsche Ausbildungsregime des Art Center College of Design, das deutsche Studenten, an einen eher lässigen Betrieb gewöhnt, als akademische Zwangsjacke empfinden würden.

Ihre Schloß-Kommilitonen müssen von 8.30 Uhr an die Zeichenplatten besetzt halten, Anwesenheitslisten unterschreiben oder, bei unentschuldigtem Fernbleiben, den Stoff nacharbeiten. Abends wird der Unterricht mit Geschichte, Kunstgeschichte und Soziologie fortgesetzt. Nur die Hausaufgaben – Bahnsen: „im klassischen Sinn" – dürfen daheim erledigt werden.

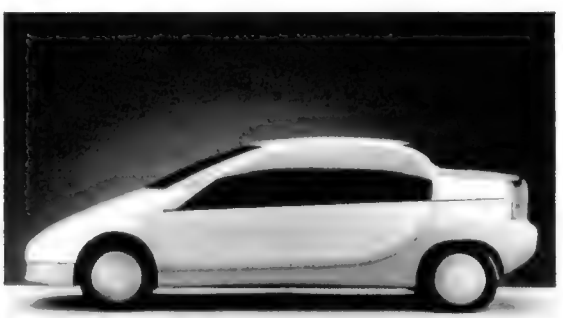
Schon die Erstsemester sollen etwa die Vorteile und Mängel von Campingarti-



Kopfplastik



Teeservice



Citroën-Modell

Art-Center-Entwürfe: Talentsucher von der Industrie

Ein Beitrag der Informationsreihe »Die außergewöhnliche bulthaup Kücheneinrichtung«

Warum in jeder Küche von bulthaup ein Stück Ulm steckt

Die Ulmer Hochschule für Gestaltung gehörte zu den eindrucksvollsten kulturellen Unternehmungen der 50er und 60er Jahre.

Die »Ulmer« setzen die Tradition des Bauhauses fort, sie wollten eine der heutigen Gesellschaft verpflichtete Kultur, »in der nicht länger Leben weniger Geltung haben solle als Kunst, Materie weniger als Geist, zweckgebundene Ästhetik weniger als zweckfreie«.

Die Ideen von Ulm sind heute so lebendig wie vor 25 Jahren. Wer mit offenen Augen durch die Welt geht, entdeckt in den Zentren der Zivilisation erstaunlich viele Gegenstände, Produkte und Zeichen, die den Geist von Ulm atmen.

In einer Zeit, in der von den Dingen, die uns umgeben, neben der Gebrauchsfunktion auch eine emotionale Funktion erwartet wird, erfreuen sich überlegt gestaltete und sorgfältig hergestellte Produkte wie das Kücheneinrichtungs-System von bulthaup besonderer Wertschätzung.

Küchen von bulthaup entsprechen in ihrer Gebrauchstüchtigkeit den Forderungen des »Industrial Design« und in ihrer Formschönheit den Ansprüchen zeitgemäßer Innenarchitektur. Und das kommt nicht von ungefähr:

Ehemalige »Ulmer« wie Otl Aicher, Initiator und Mitbegründer der Hochschule, und seine Schüler haben bis auf den heutigen Tag tätigen Einfluß auf Entwicklung und Gestaltung dieser Produkte. Darum verkörpern Küchen von bulthaup einen besonderen Wert. Darum sind Küchen von bulthaup sichtbar gewordene Philosophie. Darum steckt in jeder Küche von bulthaup ein Stuck »Ulm«.

Die gute Form ist nicht tot! Wer sich dieser Maxime verpflichtet fühlt, wer zwischen modern und modisch zu unterscheiden versteht, sucht das Gespräch mit den Fachleuten von bulthaup, wenn es um die Einrichtung der Küche geht. Bei bulthaup hat man Verständnis für den Wunsch nach außergewöhnlichen Lösungen und Leistungen. Das hat sich herumgesprochen: in Deutschland und in vielen anderen Landern. Bei Menschen, die ihre Umwelt bewußt, sensibel und sorgfältig gestalten. Bei Menschen, die in ihrem Lebensstil individuelle Vorstellungen von Kultur verwirklichen.

Claus A. Froh

Alles, was Sie wissen müssen, bevor Sie eine neue Küche kaufen, sagt Ihnen bulthaup.

Lassen Sie sich das aktuelle »Informationspaket« kostenlos und portofrei zusenden!

Viele neue, realistische Einrichtungs-Beispiele, Bilder, Skizzen, Texte und Tips geben Ihnen wertvolle Entscheidungshilfe beim Planen einer Küche, die Ihrem Bedarf und Ihren Wünschen entspricht. Damit Sie sich mit einem Fachmann über das Kücheneinrichtungs-System von bulthaup unterhalten können, bekommen Sie außerdem die genaue Adresse des kompetenten Küchenspezialisten in Ihrer Nähe.

Rufen Sie unter dieser Nummer 0130/2324 (zum Ortstarif!) an. Oder senden Sie eine Postkarte an bulthaup, D-8318 Aich.

bulthaup

bulthaup in der Schweiz: bulthaup Kuchen AG, Badener Strasse 78, CH-8952 Schlieren, 01 7309242
bulthaup in Österreich: W. Lackmeier, Grafenbergstraße 26, A-8051 Graz, 0316/55554

keln untersuchen, „um früh", wie Bahnsen fordert, „ein Feeling für den Markt und dessen Produkte zu entwickeln". Andere werden aufgefordert, ein exotisch klingendes Problem zu durchdenken, beispielsweise die Entwicklung eines Fahrrads, das über eine Welle und nicht mehr über eine Kette angetrieben wird.

Das Unterrichtstempo, verschärft durch den Fortfall der Semesterferien im Sommer, soll die Studenten an den Hochleistungs-Rhythmus ihrer späteren Berufe gewöhnen. Andernfalls, so hat Bahnsen während seiner Zeit als Manager beobachtet, würden sie in der Praxis „Opfer eines mächtigen Kulturschocks" und benötigten eine „lange Phase der Assimilation", wenn sie mit Markteinflüssen, dem Verhalten von Verbrauchern und neuartigen Werkstoffen konfrontiert würden.

Den Einwand, mit dem knallharten Programm gleichsam die Kreativität schulmeistern zu wollen und Design-Büttel der Industrie zu züchten, weisen die Manager des Art Center Europe weit von sich. Nicht gerade selbstquälerisch grübelnd, wie es in der Szene oft der Fall ist, machen sie sich für einen Pragmatismus stark, bei dem Zweifel am designerischen Tun als Schwächezeichen gelten. „Philosophisches Wortgewölk führt nur zur Abgrenzung", doziert Bahnsen. Ihm gehe es mit seinem Kurs darum, „Eitelkeiten, intern und nach draußen", zu vermeiden.

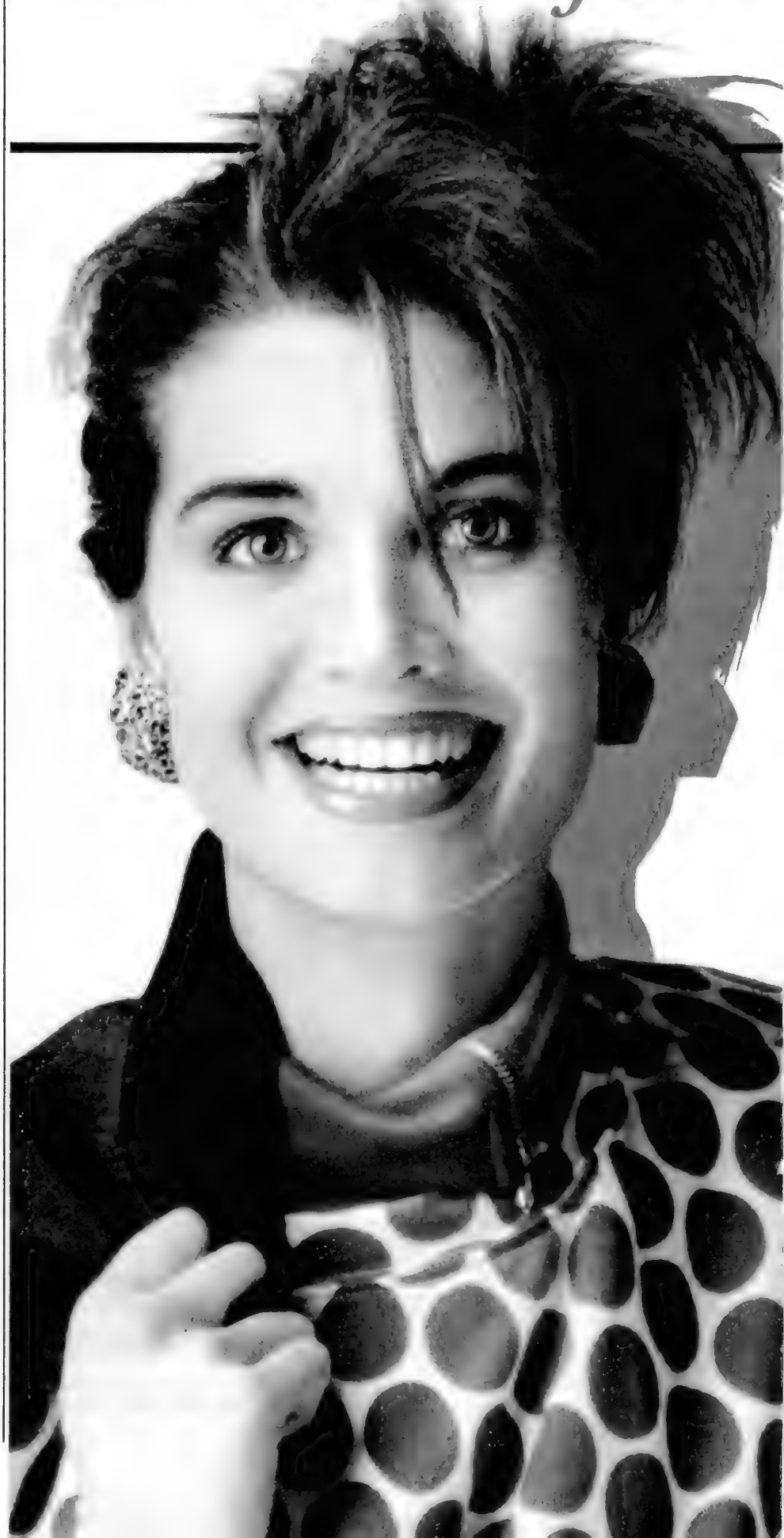
Direktor Henry hat einen „neuen Realismus" in der Branche ausgemacht, verursacht von Computern als Design-Werkzeugen, die in immer kürzeren Abständen immer mehr Produktvarianten möglich machen, ob bei Plastik-Skistiefeln, Kaffeemaschinen oder Kameras. „Leute, die alles zu Tode analysieren wollen, werden sich da schwertun", meint er, „es nützt nichts, ein ganzes Jahr für eine Idee zu brauchen, die dann keinen Markt mehr hat."

Die Studiengebühren der Geschwindschritt-Schule – acht Trimester werden in zwei Jahren und acht Monaten durchgepeitscht, kosten 48 000 Franken, Logis und Materialkosten zusätzlich – wertet Henry als zusätzliche Motivation. Ein Fehlschlag, sinniert er auf seinem Gesundheitsstuhl, würde da schwer wiegen, „um so mehr hängen die sich rein".

Die Studenten schließlich, denen schon an der Kleidung anzusehen ist, daß sie eine durchgestylte Umgebung schätzen, demonstrieren die Leistungsbereitschaft wie gewünscht. „Wir sind elitär", verkündet der 20 Jahre alte Amerikaner Michael Fink, „was die Lust aufs Lernen angeht."

Das stärkt auch das Ego. „Man kriegt hier eine neue Art von Selbstvertrauen", sagt Sylvia Götz, eine 21 Jahre alte Münchnerin, „man glaubt sagen zu können: ‚Hey, ich bin gut.'" ◆

Die fortschrittlich



sten Brother AX Portables, die es je gab.

Mit der Brother AX-45 machen Sie glatt den Schreibprofis Konkurrenz – bei der Ausstattung und dem Komfort: 2zeiliges Super-Display und 13,5KB Speicher, Zentrier- und Unterstreichautomatiken, Fettdruck und vieles mehr. Bis zu den Funktionen Suchen und Suchen/Ersetzen. Damit bearbeiten Sie Ihre Texte zuhause so perfekt und schnell wie die Profis im Büro. Und mit der elektronischen Steckkarte MC-1 (Option) erhält jedes Familienmitglied seinen eigenen externen Speicher mit 16KB.

DM 1.098,–*

Die Brother AX-35 bietet 40-Zeichen-Display und 6KB Speicher. Das reicht, um Referate für Schule, Uni, Protokolle, Kochrezepte, Rundschreiben o. ä. zu speichern, im Display zu korrigieren oder zu bearbeiten – schnell und elegant durch Komfortfunktionen wie Suchen und Suchen/Ersetzen. Natürlich alles formvollendet mit Fettdruck, Zentrier- und Unterstreichautomatiken, denn auch die Brother AX-35 bietet ungewöhnlichen Schreibkomfort, von dem so manche Sekretärin nur träumen kann.

DM 899,–*

Die Brother AX-15 last but not least. Das Einstiegsmodell – aber ganz schön oho: 1zeiliger Korrekturspeicher, WORD OUT/LINE OUT-Korrektursystem, Zentrier- und Unterstreichautomatiken, rechtsbündiger Ausdruck. Selbstverständlich auswechselbare Typenräder in der Brother Drop-in Schnellwechselkassette. Viel Leistung für wenig Geld – da macht das Schreiben richtigen Spaß.

DM 529,–*

*Unverbindliche Preisempfehlung

Brother AX-Portables. Die Fortschrittlichen.

Brother Schreibmaschinen gibt es überall dort, wo gute Schreibmaschinen zu haben sind.

Bitte besuchen Sie uns auf der
Hannover-Messe CeBIT
Halle 1, Stand 7e2

Offizieller Schreibmaschinen-Ausrüster der Olympischen Spiele 1988

WGJ HH

JAPANISCHE SPITZENTECHNOLOGIE. MADE IN EUROPE.

BROTHER INDUSTRIES (U.K.) LTD., WREXHAM

brother®
Die Zukunft heute

Ferne Greuel

Jahrzehntelang blieben alte und neue Nazis unbehelligt. Jetzt wird die Justiz aktiv.

Kugelsichere Weste und Schutzhelm liegen schon bereit, freiwillige Leibwächter machen sich fertig zum Einsatz. Der Beschützte, der 48jährige Ernst Zündel, freut sich: „So einen Prozeß hat es noch nie gegeben."

In dieser Woche steht Zündel, Einwanderer aus Wildbad im Schwarzwald, wohnhaft in Toronto, zum zweitenmal vor einem kanadischen Gericht. 1958 hatte er die Bundesrepublik Deutschland verlassen, weil er nicht in der „von den Amis aufgezwungenen Besatzungsarmee dienen wollte". Seitdem möchte er seine alten Landsleute von seiner neuen Heimat aus „reinwaschen".

Vor allem bestreitet Zündel, daß es einen „Genozid-Plan der deutschen Regierung im Dritten Reich gegeben hat, um die Juden oder Zigeuner oder irgend jemand anderen vorsätzlich durch Giftgas auszurotten".

Schriften wie „Hitler, wie wir ihn liebten und warum" oder „Starben wirklich sechs Millionen?" exportiert sein Verlag Samisdat von Toronto aus in über 40 Länder. Polizeifahnder halten Zündel für einen der weltweit größten Vertreiber antisemitischer Hetzliteratur.

Vor drei Jahren versuchte die kanadische Justiz erstmals, die Aktivitäten des Immigranten zu beenden. Für den rechtsradikalen Verleger gingen Neo-Nazis, Antisemiten und Antizionisten in den Zeugenstand und leugneten den Holocaust. Getreulich gab die kanadische Presse alle vorgebrachten Argumente wieder, Zündel landete mit dem Prozeß-Spektakel einen unverhofften Propaganda-Erfolg. Das Urteil, 15 Monate Haft, mußte später wegen eines Verfahrensfehlers aufgehoben werden – für die Kanadier, die sich vom Nazi-Bazillus längst frei gefühlt hatten, war es eine peinliche Blamage.

Nach 1945 hatte sich Kanada bei der politischen Überprüfung deutscher und österreichischer Einwanderer weitgehend auf die amerikanischen und britischen Geheimdienste verlassen. Das weite Land im Norden Amerikas wähnte sich so fernab von den Greueln dieser Welt, daß es im Strafgesetzbuch auf die Tatbestände „Kriegsverbrechen" und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" verzichtete.

Warnungen jüdischer Organisationen, alte Nazis hielten sich in Kanada versteckt, blieben lange unbeachtet. Erst 1983 faßte die Polizei auf Ersuchen der Bundesrepublik den ehemaligen SS-Mann Albert Helmut Rauca, der wegen Mordes an 11 584 litauischen Juden in Kaunas gesucht wurde. Rauca starb nach

Neo-Nazi Zündel
Propaganda vor Gericht

der Auslieferung in bundesdeutscher Untersuchungshaft.

Für neue Aufregung sorgte 1985 die – inzwischen widerlegte – Vermutung, KZ-Arzt Josef Mengele habe seinen Lebensabend in Kanada verbringen wollen. Kurze Zeit später behauptete das Simon Wiesenthal Center in Los Angeles, in Kanada seien bis zu 6000 Kriegsverbrecher untergetaucht, darunter Hunderte Mitglieder der aus Ukrainern bestehenden Waffen-SS-Division „Galizien".

Eine Regierungskommission unter der Leitung des Richters Jules Dechênes bestätigte vergangenes Jahr, daß gegen 20 Verdächtige genug Beweismaterial vorliege; 218 weitere Fälle würden noch untersucht. In einer Begleitstudie zur Dechênes-Kommission fand die Wissenschaftlerin Alti Rodal heraus, daß die Amerikaner in den ersten Nachkriegsjahren Kanada ohne Wissen der dortigen Behörden als „Abladeplatz" für Ex-Nazis mißbraucht hatten, die dem US-Geheimdienst CIA behilflich gewesen waren – vor allem bei der Spionage gegen die Sowjets.

Ministerpräsident Louis Saint-Laurent persönlich, so das Untersuchungsergebnis, habe 1949 auf Drängen des Vatikans die Aufnahme von Karol Sidor durchgesetzt. Sidor war Chef der paramilitärischen slowakischen Hlinka-Garde und erster Premierminister der von den Nazis besetzten Slowakei gewesen.

Nach diesen Enthüllungen bemühte sich die Regierung, die schockierten Kanadier mit einer raschen Gesetzesänderung zu beruhigen: Nun können Kriegsverbrechen, die außerhalb Kanadas begangen wurden, auch von einem kanadischen Gericht verfolgt werden.

Mitte Dezember 1987 wurde der 76jährige Imre Finta verhaftet, als er einen Bus aus Toronto in Richtung USA besteigen wollte. Er soll 1944 als Hauptmann in der ungarischen berittenen Polizei an der Deportation von 8615 Juden beteiligt gewesen sein. Nun erwartet Finta der erste Kriegsverbrecherprozeß auf kanadischem Boden.

Zuvor jedoch muß Kanadas Justiz mit Neo-Nazi Zündel fertig werden. Mahner wie der New Yorker Nobelpreisträger Elie Wiesel hatten geraten, den Mann einfach zu ignorieren. Doch Ontarios Generalstaatsanwalt Ian Scott entschied, das Verfahren neu aufzurollen.

Zündel will das Gericht erneut als Forum für seinen Geschichtsrevisionismus nutzen und Pläne von Auschwitz und Birkenau präsentieren, die beweisen sollen, daß „die Vergasung nicht dort stattgefunden hat, wo die Juden sagen, sie habe stattgefunden".

Zu Zündels aktivsten Helfern gehört die Österreicherin Eleonore Kien aus Graz-Raach. In Kanada sammelt sie un-

Alt-Nazi Finta
Bei der Ausreise gefaßt

ter den Deutsch-Kanadiern Geld für Zündel, in der Bundesrepublik forderte sie in einem internen Schreiben die „Burschenschaftler der Universität Freiburg" auf, sie sollten ihre Altherren ansprechen und „Zeugen suchen".

Die Kanadier hoffen, diesmal besser vorbereitet zu sein. Prominente Forscher sollen als Gutachter aussagen, darunter Raul Hilberg, Autor des Standardwerks „Die Vernichtung der europäischen Juden".

Wird Zündel rechtskräftig zu mehr als sechs Monaten Haft verurteilt, dürfte er in die Bundesrepublik abgeschoben werden – er besitzt noch immer die deutsche Staatsbürgerschaft.

Wie neu

Unter der Regierung des Sozialisten Papandreou sind die Griechen zu einem der größten Waffenlieferanten im Golfkrieg geworden.

In den Morgenstunden des Weihnachtstages 1987 zischten Granaten und Splitter über die Dächer des Dorfes Malakassa, etwa 40 Kilometer nördlich von Athen. Im nahen Armeedepot war ein Munitionslager in die Luft geflogen.

Die Behörden verhängten eine Nachrichtensperre: Öffentliche Nachforschungen schienen nicht zweckmäßig, denn die Geschosse waren, kurz vor Ablauf ihrer Verwendungsfrist, vermutlich für den Export in den Irak vorgesehen.

Athen wollte vertuschen, daß Griechenland in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten Lieferanten für beide Seiten im Golfkrieg geworden ist.

Offiziell empfiehlt sich der sozialistische Ministerpräsident Andreas Papandreou gern als Friedensapostel und Initiator für allerlei Abrüstungsinitiativen. Doch seit seiner Regierungsübernahme im Jahre 1981 haben sich Griechenlands Waffenexporte in den Nahen und Mittleren Osten verzehnfacht.

Die Waffenhändler erlösten 1986 rund 67 Millionen Dollar – gegenüber elf Millionen im Jahr zuvor. Im vergangenen Jahr stieg die Summe allein in der ersten Jahreshälfte schon auf 185 Millionen Dollar.

Aus eigener Produktion verkaufen die Griechen neben Handfeuerwaffen Munition jeder Art. Als begehrter Exportartikel hat sich das Gewehr G-3A3 erwiesen, das nach einer Lizenz der deutschen Firma Heckler & Koch hergestellt wird.

Kernstück der Rüstungsindustrie ist der staatliche Konzern „Hellenic Arms Industry", der nach eigenen Angaben 60 Prozent seiner Produktion im Ausland absetzt. Demnächst will die Firma ihr Angebot um Geschütze, Mörser, Haubitzen und Panzerabwehrwaffen erweitern. An zweiter Stelle steht die ebenfalls staatliche Munitionsfirma Pyrkal, die sich einen Auftrag über 400 000 Granaten vom Kaliber 105 Millimeter für den Irak gesichert hat.

Zwar ist die Ausfuhr von Rüstungsgütern in Nicht-Natoländer nach dem Waffenkontrollgesetz genehmigungspflichtig. Doch seit 1982 brauchen die Exporteure kein Endbestimmungszertifikat mehr vorzulegen. Ergebnis: Ganze Schiffsladungen voll Kriegsgerät werden praktisch unkontrolliert auf Umwegen verschoben. Lieferungen in den Nahen Osten lassen sich die Griechen meist mit Öl bezahlen, das Zwischenhändler an die staatliche Raffinerie in Aspropirgos bei Athen weiterleiten.

Die Griechen beschränken sich nicht darauf, ihre eigenen Erzeugnisse auszuführen. Bereitwillig helfen sie auch ausländischen Geschäftsfreunden, die daheim geltenden strengen Embargovorschriften für Krisengebiete zu umgehen. So importieren sie Mannschaftstransportwagen der österreichischen Firma Steyr-Daimler-Puch zur Weiterlieferung ins Golf-Gebiet.

Die italienische Firma Valsella Meccanotecnica schaffte heimlich Seeminen in den Iran – den Transport besorgten griechische Schiffe. Auch ein Teil der rund 500 000 Granaten, die von der französischen Firma Luchaire illegal in den Iran verkauft wurden, gelangten über Griechenland ans Ziel.

Im Dezember 1987 schloß Steyr mit der Fahrzeugindustrie Elbo in Thessaloniki – der ehemaligen Steyr-Hellas – einen Vertrag über den Bau des gepanzerten Mannschaftstransportwagens „Leonidas 2", einer Weiterentwicklung des Steyr-Fabrikates „Kürassier". Über die Deckung des griechischen Bedarfs hinaus wollen die Partner auch Verkaufschancen weltweit nutzen.

Als neuen Exportschlager wollen die Griechen demnächst das Flugabwehrsystem Artemis-30 auf den Markt bringen. Am Freitag vergangener Woche eröffnete Papandreou persönlich die Produktion in einer neuen Fabrik bei Athen. Die elektronische Feuerleitanlage steuert der deutsche Multi Siemens bei. Den ersten ausländischen Interessenten, Libyens Staatschef und Papandreou-Freund Muammar el-Gaddafi, mußten die Griechen allerdings auf amerikanischen Druck abschlägig bescheiden.

Nach den Golfstaaten gelten die Bahamas und Mexiko als wichtigste Kunden – beide Staaten sind wahrscheinlich nur Zwischenstationen auf dem verschlungenen Weg des Kriegsgeräts zu Endabnehmern, die besser nicht in der offiziellen Exportstatistik auftauchen.

Mitte Dezember enthüllte zum Beispiel der desertierte nicaraguanische Major Roger Miranda Bengoecha in Washington, er habe sich 1985 persönlich mit der Bitte um Waffenlieferungen an Papandreou gewandt und daraufhin kostenlos 5000 G-3-Gewehre erhalten. In Athen dementierte der Regierungssprecher lediglich die Schenkung, über die Lieferung selbst sagte er eine Untersuchung zu, deren Ergebnis noch aussteht.

Wenn es gilt, eilige Bestellungen zu erledigen, greifen die Griechen ohne große Bedenken auf die Reserven der eigenen Armee zurück: Um einen irakischen Auftrag über 580 000 Artilleriegranaten termingerecht erfüllen zu können, mußte sich Pyrkal einen Teil der Munition bei den hellenischen Streitkräften borgen.

Mit Gewinn vermarkten die Griechen auch ausrangierte Bestände ihrer Armee. Gelegentlich verlieren sie dabei den Überblick: Im Mai und Oktober 1986 wollte die Luftwaffe über internationale Ausschreibungen angeblich unbrauchbares Gerät zum Zehntel des Anschaffungswertes abstoßen. Eine Untersuchung ergab jedoch, daß mehr als 50 Prozent des zum Verramschen angebotenen Materials, darunter Ersatzteile für das Skyguard-Flugabwehrsystem und Elektronikteile, so gut wie neu waren:

Flugabwehrsystem Artemis: Neuer Schlager für den Exportmarkt?

HIER DROHT AIDS:

AIDS kann nur durch Eindringen des AIDS-Erregers HIV in die Blutbahn übertragen werden. Vor allem:

- **Durch Geschlechtsverkehr.**
  Partnerschaftliche Treue ist der beste Schutz.
  Kondome vermindern das Risiko!

- **Durch infiziertes Blut, vor allem beim gemeinsamen Gebrauch von Spritzen und Nadeln.**
  Keine Spritzen und Nadeln austauschen!
  Drogenberatung aufsuchen!

- **Durch eine angesteckte Mutter auf ihr Kind während der Schwangerschaft, bei der Geburt oder eventuell beim Stillen.**
  Vom Arzt oder Gesundheitsamt beraten lassen!

Das Wichtigste über Aids steht in dieser Anzeige. Mehr über die Krankheit, ihren Verlauf und über weitere Themen finden Sie in der Broschüre „Was jeder über AIDS wissen sollte". Sie beantwortet Ihnen die zwanzig wichtigsten Fragen. Die Broschüre können Sie bei der Bundeszentrale

DAS BUNDESMINISTERIUM FÜR JUGEND,

HIER NICHT:

Nach heutigem Wissen wird AIDS auf folgenden Wegen nicht übertragen:

- **Durch Körperkontakte wie Händeschütteln, Umarmen, Zärtlichkeiten oder Wangenküsse.**
- **Durch Anatmen oder Anhusten.**
- **Durch Besuche im Schwimmbad, in der Sauna oder beim Sport.**
- **Durch Zusammenleben mit Infizierten oder Kranken.**
- **Durch gemeinsames Arbeiten im Betrieb.**
- **Durch Benutzen von Toilette, Bad und Dusche.**
- **Durch Insektenstiche und Haustiere.**
- **Durch das Spenden von Blut.**

für gesundheitliche Aufklärung, Postfach 91 01 52, 5000 Köln 91 anfordern. Wenn Sie darüber hinausgehende Fragen gern persönlich besprechen möchten, rufen Sie bei uns an: Aids - Telefonberatung ☎ 02 21 / 89 20 31.

GIB AIDS KEINE CHANCE

Athen ließ die Ausschreibung annullieren.

Da kann es auch schon mal geschehen, daß Waffenlieferungen der Verbündeten auf mysteriöse Weise in fremde Hände gelangen. So entdeckten die Iraker bei einer abgestürzten iranischen Maschine Ersatzteile, die durch klare Markierung ihren Ursprung verrieten: Sie waren dem Nato-Mitglied Griechenland im Rahmen der Militärhilfe von den USA überlassen worden.

ÖSTERREICH

Golf und Tennis gut

Der kalte Sommer, zu dem der Winter in den Alpen bisher mißriet, macht den Hoteliers zu schaffen und treibt Liftbesitzer in den Konkurs.

Statt weißer Weihnachten und pfundiger Wedelwochen hatte der Skiort Kaprun am Fuß des Kitzsteinhorns den Gästen eine Überraschung zu bieten. Am 28. Dezember, dem Höhepunkt der weihnachtlichen Skisaison, wurde auf grüner Wiese der neue 18-Löcher-Golfplatz eröffnet.

Wintersportler, die mit Langlaufbrettern, Alpinskiern oder auch Snowboards angereist waren – darunter Altbundespräsident Walter Scheel und Hollands Prinzessin Margriet –, bekamen Golfschläger verpaßt.

Im Tiroler Brixental, das um diese Jahreszeit normalerweise unter weißer Pracht begraben liegt, wurde für Wintersportler ein Wettbewerb ausgeschrieben – wer mit dem wenigsten Schnee den größten Schneemann bauen könne.

Gastwirte und Hoteliers am Neusiedlersee priesen die laue Jahreszeit, die keiner mehr Winter nennen mochte, dagegen als „Geschenk des Himmels"; die Bedingungen seien ideal zum „Wintersurfen".

Die Tourismus-Manager Österreichs kämpfen mit dem Mut der Verzweiflung und einem Feuerwerk von spontanen Ideen um die Rettung der Wintersaison. Sie ist eine der wichtigsten Einnahmequellen des Landes. Denn im Fremdenverkehr gilt die Alpenrepublik nach wie vor als Großmacht.

Während in den Sommermonaten seit Jahren Einbußen zu verzeichnen waren, vor allem wegen des naßkalten Wetters, konnte der Wintertourismus stets zulegen. In der vorigen Skisaison wurden 47 Millionen Übernachtungen registriert, „eine absolute Rekordzahl", wie die Österreichische Fremdenverkehrswerbung voll Stolz vermeldete. Für dieses Jahr erwarteten Experten einen abermaligen Zuwachs von einem Prozent. Doch das verrückte Wetter hat einen dicken Strich durch die optimistische Rechnung gezogen.

„Schlimmer war's nur im Winter 1964", stöhnt Ernst Krimbacher, Streckenchef der berühmten Hahnenkamm-Abfahrt in Kitzbühel, ein Rennen, das diesmal wegen totalen Schneeausfalls, o Schande, an das Kärntner Skisportzentrum Bad Kleinkirchheim abgetreten werden mußte.

„Allein der Werbeverlust durch die Absage des Rennens geht in die Millionen", schätzt Kitzbühels Skiklubpräsident Kindl. Inzwischen steht „Österreichs mondänster Stadt mit Dorfcharakter" (das Wirtschaftsmagazin „Cash-Flow") weiterer Prestigeverlust bevor: Da auch der Januar bislang fast schneelos blieb, droht den „Roten Teufeln von Kitz", wie die rund 300 Skilehrer sich gern nennen lassen, das bittere Los, sich arbeitslos melden zu müssen.

Der Skiwinter findet allenfalls noch in Höhen über 1300 Meter statt, klagen die Tourismus-Experten. Aber praktisch alle Wintersportorte Ostösterreichs und rund zwei Drittel jener im Westen befinden sich in tieferen Lagen.

Mit Ausnahme von Kärnten und Osttirol bietet sich von Vorarlberg bis in die Steiermark überall das gleiche Bild: trockene Pisten, von knospenden Sträuchern gesäumt, traurig von den Seilen baumelnde Liftbügel und Gondeln, frustrierte Wintersportler, die in bunten Jogging-Anzügen schneefreie Loipen entlangtraben.

Aus dem niederösterreichischen Mannersdorf meldeten Spaziergänger eine Begegnung der seltsamen Art: ein Gespann von Sibirian Huskies, gelenkt vom Postbeamten Johann Söllner, das statt Schlitten einen dreirädrigen Wagen zum Trockentraining zog.

„Dramatische Einbrüche" werden bei den Seilbahn- und Liftgesellschaften registriert, die schon jetzt landesweit ein Minus von 23 Prozent (umgerechnet auf die ganze Saison) melden. Dieser Verlust ist nicht mehr aufzuholen, denn die meisten Liftbetreiber können die Saison auch bei optimaler Schneelage nicht ins Frühjahr hinein verlängern. Neben 4500 ständig Beschäftigten sind bei Schleppliften und Gondelbahnen etwa 13 000 Saisonarbeiter tätig, die meisten von ihnen Nebenerwerbsbauern oder Forstarbeiter. Und die werden im April wieder anderswo gebraucht.

Manche Liftbesitzer in Tallagen stehen vor dem Ruin. Auch in der besten Saison machen sie bis zu zwei Drittel des Umsatzes in den Weihnachtsferien. In dieser Zeit aber hatten sie diesmal Ausfälle bis zu hundert Prozent. Ähnliche Klagen sind vom Sportartikelhandel zu hören, der zu Weihnachten einen Umsatzrückgang von rund 30 Prozent erlitt.

Profitiert haben neben den Gemeinden südlich des Alpenhauptkammes (Kärnten und Osttirol) vor allem die Gletschergebiete und hochgelegene Skiorte. „Einige höher gelegene Ortschaften haben die gute Schneelage diskret verschwiegen, um die dort untergebrachten Urlauber nicht durch herangekarrte Tagesgäste zu vergrämen", rügt Martin Uitz von der Salzburger Tourismusgemeinschaft lokalen Egoismus.

Verschärft wird die Lage durch die hohe Verschuldung der österreichischen Betriebe. Seit 1976 ist die Kreditaufnahme doppelt so rasch gestiegen wie die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr. 1987 erreichten die Schulden die Rekordmarke von 65 Milliarden Schilling (knapp zehn Milliarden Mark). Das liegt an den teuren Investitionen, mit denen gestiegene Ansprüche befriedigt werden sollten: Wer im Prospekt nicht ein Hallenbad oder zumindest eine Sauna mit Whirlpool anpreist, kann kaum noch Gäste anlocken.

Wenn der Winter nicht doch noch kommt – und das sofort –, droht dem Gewerbe eine Konkurslawine. Naturschützer hingegen freuen sich: Die geschundenen Alpen können sich von den Skifahrern erholen.

Huskie-Gespann im Wintereinsatz: „Dramatische Einbrüche"

Spritze und Tabletten

Neuer Erfolg für Amerikas Nikotingegner: Auf Kurzstrecken-Flügen darf demnächst nicht mehr geraucht werden.

Als die Passagiere des TWA-Fluges 853 von Boston nach Los Angeles am Neujahrstag wieder sicheren Grund unter den Füßen hatten, war die Polizei schon da. Vier Fluggäste wurden festgenommen, ein paar andere zogen durch das Flughafengebäude und brüllten wild: „Fliegt nie TWA, fliegt nie TWA."

Die Randale und die Polizeiaktion waren kein später Silvesterscherz, sondern die Folge eines Streits hoch oben in der Luft: Die bis auf zwei Plätze ausgebuchte Maschine hatte so viele Nichtraucher an Bord nehmen müssen, daß die Flugleitung kurzerhand sämtliche Raucherplätze in der Economy- und in der Business-Klasse strich. Nur in der Ersten Klasse durfte noch gequalmt werden.

Doch kurz bevor der Jet die kalifornische Staatsgrenze überflog, zogen elf Raucher gierig ihre Packungen aus der Tasche und steckten sich eine Zigarette an. Als die Stewardessen die Nikotinsüchtigen zurechtweisen wollten, wurden die Paffer grob und schubsten die Damen durch den Gang.

Der Kapitän, oberste Instanz an Bord, forderte die Herren auf, das Qualmen einzustellen. Als dennoch weitergeraucht und weitergepöbelt wurde, verständigte der Pilot per Funk die Flughafenpolizei von Los Angeles. Sieben der Tabak-Helden schlüpften unerkannt durch, vier gerieten in die Polizeifalle.

Das Spektakel war der vorläufig letzte Höhepunkt im Streit der Nichtraucher gegen die Raucher Amerikas. Aber es fand, im Gegensatz zu anderen Konflikten dieser Art, in einer Grauzone zwischen bestehenden und drohenden Gesetzen statt.

Seit dem Neujahrstag 1988 hat Kaliforniens konservativer Gouverneur George Deukmejian per Gesetz ein absolutes Rauchverbot für sämtliche öffentlichen Verkehrsmittel zu Lande, zu Wasser und in der Luft erlassen, sofern ihre Fahrten in Kalifornien beginnen und enden. Aber das Gesetz ist umstritten, denn es kollidiert mit dem Bundesrecht.

Die Transportgesellschaften verhielten sich denn auch unterschiedlich. Als am Neujahrsmorgen der erste Greyhound-Bus die Grenze von Oregon nach Kalifornien überrollte, bat der Fahrer die Passagiere, nicht mehr zu rauchen – und die fügten sich. Die Eisenbahngesellschaft Amtrak dagegen erklärte bündig, sie stehe unter dem Gesetz des Bundes und nicht unter dem des Staates Kalifornien. Die Fluggesellschaften American Airlines und Alaska Airlines kündigten an, das Gesetz aus dem gleichen Grund ignorieren zu wollen.

Die kalifornische Fluggesellschaft Pacific Southwest wiederum opponierte zuerst, drehte dann aber bei. Delta Air-Lines, die um ihr Image bemühte Edel-Fluglinie aus Atlanta in Georgia, unterwarf sich ohne Widerspruch. An ihrem Schalter in Los Angeles prangt das Schild: „Rauchen in Kalifornien verboten."

Die Verwirrung der Fluggesellschaften ist verständlich – denn vom 22. April dieses Jahres an steht ihnen ein Bundesgesetz ins Haus, das einige Details anders regelt als das kalifornische Staatsgesetz: Es verbietet Rauchen pauschal auf Flügen bis zu zwei Stunden Dauer. Auf längeren Strecken darf gequalmt werden, egal wo die Maschine startet und landet. Immerhin, 80 Prozent aller US-Flüge werden damit künftig frei von blauem Dunst bleiben.

Chicago Sun-Times

„Viel Vergnügen in unserer neuen Raucher-Zone. Bitte vergessen Sie nicht, sich anzuschnallen"

Das Rauchverbot auf dem TWA-Flug aber war durch kein Gesetz gedeckt: Er hatte nicht in Kalifornien begonnen, sondern auf der anderen Seite des Kontinents, in Massachusetts; er dauerte auch nicht zwei, sondern sechs Stunden. Es ging allein um den Schutz der Nichtraucher – und damit wurde der Fall zum Symbol für die neue Aggressivität gegen die Raucher im Lande: Die brauchen, auch wenn sie im Recht sind, in den USA nicht mehr gefragt zu werden.

Seit Mitte der sechziger Jahre Rauchen erstmals als krebsauslösend angeprangert wurde, seit 1971 den Zigarettenfabriken Rundfunk- und Fernsehwerbung verwehrt wurde und seit feststeht, daß zumindest in geschlossenen Räumen Nichtraucher durch den Zigarettenkonsum anderer gesundheitlich geschädigt werden, ist die Anti-Raucher-Bewegung radikal im Vormarsch.

In mehr als 800 US-Städten sind inzwischen strenge Restriktionen gegen den Tabakqualm durchgesetzt worden. In staatlichen Dienststellen und öffentlichen Einrichtungen darf oft nicht mehr geraucht werden. Restaurants müssen zunehmend Nichtraucherzonen einrichten – eine Vorschrift, die es im benachbarten Kanada schon seit 1985 gibt.

In der Ski-Stadt Aspen in Colorado ist Rauchen jeder Art in sämtlichen Restaurants verboten. New Yorks Bürgermeister Ed Koch, mit sicherem Instinkt für Mehrheitsstimmungen, betreibt seit einem Jahr eine Anti-Raucher-Kampagne mit dem Ziel, öffentliche Räume rauchfrei zu halten. Sein Plan, an privaten Arbeitsplätzen die Nichtraucher entscheiden zu lassen, ob geraucht werden darf oder nicht, schlug allerdings fehl.

Die Long Island Railroad bei New York ließ in ihren Waggons Flugblätter verteilen, die zu einer öffentlichen Diskussion aufforderten: „Soll die Bahn von 1988 an nur noch Nichtraucherwagen führen?" Dabei machte das Unternehmen klar, daß Rauchen nicht nur schädlich, sondern auch dreckig ist. Der Reinigungsaufwand, teilte das Management der Kundschaft mit, sei in Raucherwaggons sechsmal höher als in Nichtraucherwagen. Und das koste eben Geld.

Wem es trotz solchen Drucks schwerfällt, sich vom Tabak zu lösen, dem bieten Ärzte neuerdings eine Blitzkur an: Den Medizinern war aufgefallen, daß Patienten nach einer Operation unter Vollnarkose acht Tage lang keine Rauchlust mehr verspürten. In einem Narkosestoff, so ihre Schlußfolgerung, müsse eine Art Nikotinblocker enthalten sein.

Diese Substanz wollen sie nun Amerikas Flugpassagieren per Spritze und anschließender Tablettenkur andienen. Die Therapie soll sofort wirken und wird von der Krankenkasse bezahlt. ◆

Skyline

Frankfurt – die Hauptstadt der Wende

SPIEGEL-Redakteur Rainer Weber über das Kraftzentrum der Republik

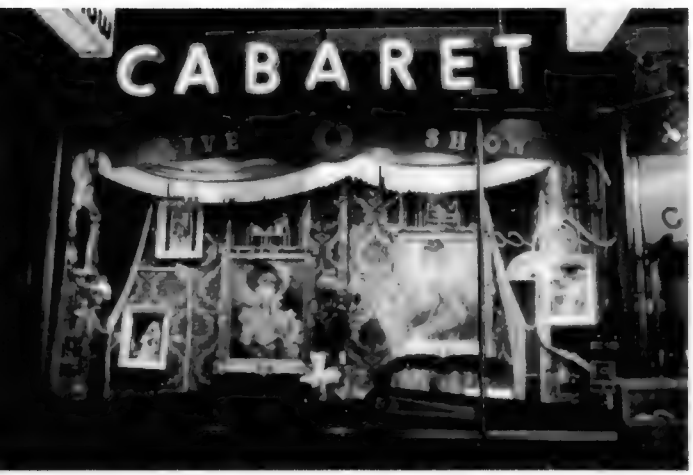
Frankfurt türmt sich auf wie seine Wolkenkratzer, brutal und geleckt, voller Größenwahn und von enthemmten Bürgern verleitet: 388 Banken und andere Kreditinstitute, die Japaner sind schon da (wenn Hongkong dichtmacht, kommen die Chinesen), die selbsternannte Crème der Werbewirtschaft ist da, und auf dem Airport findet alle 56 Sekunden eine Flugbewegung statt. Ganz hoch hinaus will Frankfurt. Aber es ist abstrakt wie die irrealen Finanzströme, die über den internationalen Kapitalmarkt geistern. Und es ist stets ein bißchen bieder.

Die Herren über diese Stadt sind auf seltsame Weise nicht präsent. Wie am Innenrand einer großen Schüssel hochgespült, sprenkeln die Villen der Banker und Manager den Taunus-Südhang des großen Geldes, der die Stadt von Norden her umschließt. Und ähnlich, wie allmorgendlich die Funktionäre der Wachstumsindustrien Geld- und Dienstleistungen von den Hochhäusern der Finanzmetropole in die City gesogen werden, so treffen ein paar Stunden später die Gattinnen ein, im Golf-GTI-Zweitwagen. Ihre Fummel kaufen sie bei Adressen

Devisenhandler

Goethe-Denkmal, Bank-Hochhaus

Flughafen



Rotlicht-Viertel

Innenstadt

Metropole Frankfurt: „Theorien, Modelle, Visionen und neugestylter Konservatismus"

exquisiten Dumpfsinns, wie „Annabel of Königstein".

Alles fließt. In die City ergießt sich allmorgendlich ein Pendlerstrom aus einem Einzugsgebiet, das für manche Unglückliche ans DDR-Randgebiet (100 Kilometer) reicht. Den rund 650 000 Frankfurtern stehen rund 240 000 Pendler gegenüber, was einem Volk ohne Parkraum seinen täglichen Krieg liefert. Jährlich 23 Millionen, am Tag 63 000, Passagiere schleusen sich durch den Frankfurter Flughafen, den nach London-Heathrow größten Flughafen Europas. Auf seine Landebahnen senken sich Jumbos und Airbusse (130 Gesellschaften) über achtspurige Autobahnen, 180 000 Fahrzeuge werden dort pro Tag registriert.

Frankfurt herrscht über ein Umland mit Chemiegiganten wie Hoechst (38 Milliarden Mark Jahresumsatz) oder der Autoschmiede Opel Rüsselsheim (4158 Stück am Tag). Im Großraum wird das höchste Bruttoinlandsprodukt (pro Kopf) der Republik erarbeitet.

Im flachen Süden, von Frankfurtern müde und zu Recht als „Pampa" abgetan, zerschmelzen die Dörfer, Autobahnen durchschneiden eine monotone Ebene. Um so strahlender erheben sich die Wolkenkratzer der Stadt. Das Westend-Center (94 und 72 Meter), das Messe-Hochhaus (117 Meter), der Uni-Turm (130 Meter), das Selmi-Hochhaus (142 Meter), die Bank für Gemeinwirtschaft (148 Meter), Dresdner (166 Meter) und die Spiegeltürme der Deutschen Bank (155 Meter).

Frankfurt ist die Pumpe der Republik, verkehrsgeographisch ihr Mittelpunkt, ihre eigentliche Hauptstadt. Immer

Der neue Citroën BX SELECTION

Schneeweiß

Das Sondermodell in limitierter Auflage.

Die gute Nachricht zuerst: Das neue BX Sondermodell Selection kostet mit Sonderausstattung weniger als ohne. Seine unverbindliche Preisempfehlung: DM 17.495,- ohne Überführung. Sein Vorteil gegenüber dem vergleichbaren Basismodell BX 14 RE: DM 1.200,-. *Nun die schlechte Nachricht: Seine Auflage ist auf 1.750 Exemplare limitiert. Wer zu den Auserwählten gehören will, sollte sich also nicht länger mit dieser Zeitschrift aufhalten, sondern sich schnurstracks zum nächsten Citroën-Händler begeben.* Der schneeweiße BX Selection erwartet Sie dort mit zartviolettem Streifendekor, farblich abgestimmten

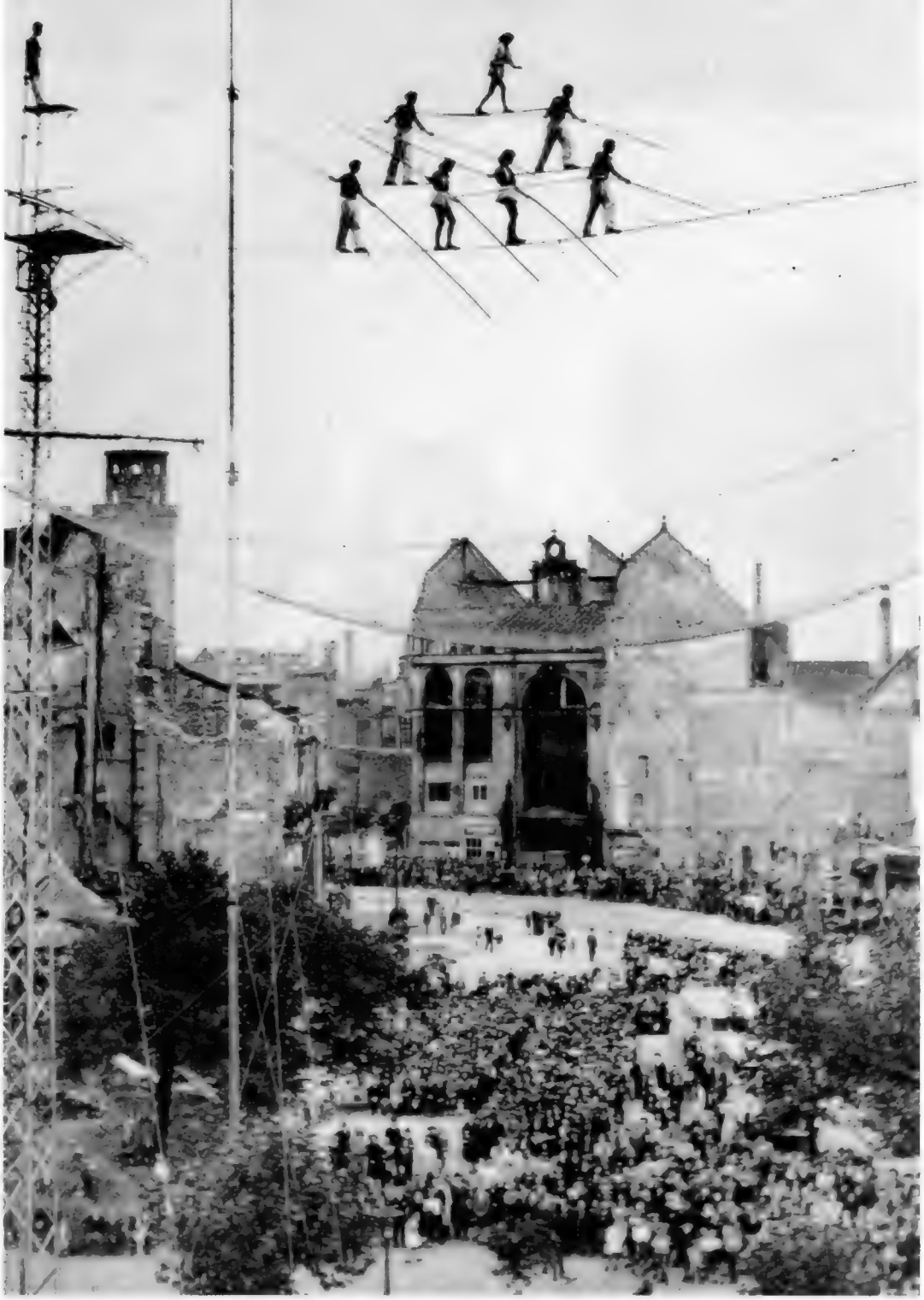
zum Sonderpreis und ein Zuschuß zum Sonderurlaub.

2,99% effektiver Jahreszins*.

Radkappen, Heckscheibenwischer und einem Stereo-Cassettenradio. Mit umfassenden Korrosionsschutz-Maßnahmen und dem HP-Fahrwerk, das in der Mittelklasse konkurrenzlos ist, ein Höchstmaß an aktiver Fahrsicherheit gewährleistet und den legendären Citroën-Fahrkomfort ermöglicht. Mit schadstoffarmen 52 kW (72 PS) und bis zu DM 378,- Steuerersparnis und einem bemerkenswerten Angebot der P.A.-Creditbank: **2,99% effektiver Jahreszins bei 20% Anzahlung und bis zu 36 Monaten Laufzeit. So läßt sich der feine BX Selection auch fein finanzieren. Schönen Urlaub!*

CITROËN
Die Kraft der Kreativität.

Citroën empfiehlt TOTAL.



Zerstörtes Frankfurt 1946: Idee der Tabula rasa für den Aufbau der Zukunftsgesellschaft

schon galt Frankfurt, *die Stadt*, als der idealtypische Austragungsort für die Konflikte der Nation.

Jeder Streit um Frankfurt exemplifizierte den Streit um die Identität der zweiten deutschen Republik. Und nur so sind die Verbissenheit und die Wut, die Leidenschaftlichkeit und die Haßliebe zu erklären, mit denen sich die Kontrahenten beim Streit um Fassbinders Frankfurt-Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod" ineinander verkrallten.

Der Streit um den „Müll" war doppelt schmerzlich für das kollektive Unterbewußtsein der Frankfurter, als er Wunden nicht nur der jüngsten, sondern auch der allerjüngsten Vergangenheit aufriß.

„Die Erde ist unbewohnbar wie der Mond", so hieß, 1973, der Titel des Frankfurt-Romans von Gerhard Zwerenz, der Fassbinder die Figuren für sein „Müll"-Stück geliefert hat – Zuhälter, Nutten und den „reichen Juden", der als Spekulant Wohnungen zerstört und Menschen aus ihrer Heimat vertreibt.

Frankfurt, unbewohnbar wie der Mond – das galt bis zu den frühen siebziger Jahren, als die City nichts weiter war als ein wüstes Konglomerat aus Bauzäunen und Baugruben. Es war die große Zeit der Hausbesetzungen und Straßenschlachten, die große Zeit anarchischer Streetfighter voll Wut und Verzweiflung. Frankfurt war, neben Berlin, die Hauptstadt der Revolte, und der Slogan zur Stadt lautete bloß: „Wie sie ist, ist sie Mist".

Doch das ist lange vorbei. Keine andere Stadt ist in ihrem Image in so kurzer Zeit von ganz unten nach ganz oben gekommen, von einer Stadt für „Kellerasseln" im Jahr 1973 („Wirtschaftswoche") bis zu einer Stadt voll „Licht, Luft und Lust" im Jahr 1987 („Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt").

Cool und mit selbstironischer Arroganz hat 1984 das Sponti-Blatt „Pflasterstrand" (Untertitel: „Metropolen Magazin"), das von Daniel Cohn-Bendit geleitet wird, 15 Gründe gefunden, „Frankfurt zur Bundeshauptstadt zu machen". Dazu zählt, neben den einschlägigen Würstchen, auch die Tatsache, daß die Stadt „Theorien, Modelle, Visionen" liefere sowie „neugestylten Konservatismus".

Genauso sehen das auch die politischen Gegner. „Noch" will er es „so" nicht unter Namen veröffentlicht sehen – aber ein CDU-Stadtverordneter bringt auf den Punkt, wovon Frankfurts CDU gern träumt: „Wallmann, nicht Kohl wird die Wende schaffen."

Die Träumerei enthält mehr Substanz, als es vordergründig scheint. Denn egal ob der penetrante Strahlemann Walter Wallmann, bis 1986 Frankfurter Oberbürgermeister, auf seinem Weg nach oben von Pfälzer Kanzlern, schwäbischen Schlaumeiern oder drögen Nordlichtern ausgebootet wird – niemand hat besser begriffen als Wallmann, jetzt hessischer Ministerpräsident, daß der Streit um die Zukunft auch eine Frage des Image ist, eine Frage der symbolischen Besetzung des öffentlichen Raums.

Wallmanns Frankfurter Wende – das ist eine Mischung aus dem Glanz des Wirtschaftswachstums und dem Schrecken der Gemütlichkeit, sie führt in eine Welt fröhlicher Ellenbogenbürger, die durch eine mit allen Mitteln herausgeputzte „urbane" Stadt flanieren. Sie soll Identifizierungsmöglichkeiten schaffen, mit Repräsentationsbauten als Imageträger (Alte Oper, Museen), postmodernen Erkerchen sowie prunkvollen Restaurierungen (Paulskirche). Und nichts hilft Wallmanns Wunschformel, daß Frankfurt gleich Urbanität gleich CDU sei, nachhaltiger auf die Beine als das stärkste öffentliche Symbol überhaupt, als die Frankfurter Skyline.

Die Stadt in der Mitte (50 Grad Nord, 9 Grad Ost) und mit der höchsten Verschuldung (6138 Mark pro Kopf, Stuttgart: 2256 Mark) der Republik gilt den Deutschen mal als Warnung, mal als Vorbild. Und die Metaphern reichen dann auch gleich bis New York und Chicago.

„Mainhattan hört Main-Radio", postuliert ein Reklamespruch, von „Mainhattan Acustik" schwärmt ein anderer, und auch gibt es ein Taxi-Unternehmen namens „Mainhattan". Reißenden Absatz findet eine Postkarte mit der Aufschrift „Frankfurt am Main/Wallstreet", und selbst ein Kunstjournal hat sich „bewußt" in der Kommerzstadt niedergelassen. Titel des Blatts: „Wolkenkratzer".

New York hier – Chicago und Mafia da. „Bankfurt, Krankfurt, Zankfurt", titelte im vorigen Februar der sozialdemokratische „Vorwärts" über die „marode Metropole" – und tat gerade so, als stammten die drei Reizwörter nicht ausnahmslos aus SPD-Zeiten, da die Stadt als unregierbar, bisweilen als mörderisch galt. Und, als stamme auch das Wort von Klein-Chicago am Main nicht aus alten roten Zeiten, legte der „Vorwärts" los:

> Tatsächlich aber zerfressen Aggressionen die herausgeputzte City. Aggressionen der Angst, Aggressionen der Selbstbehauptung, Aggressionen der Einsamkeit, Aggressionen der Triebe.
>
> Alle 23 Sekunden passiert ein Verbrechen. Jeden dritten Tag beendet ein Frankfurter freiwillig sein Leben. Schon in der City gelingen allmonatlich zwei Morde. An die 25 Brandanschläge registriert die Feuerwehr in derselben Zeitspanne. Allein bei Rauschgiftdelikten klettert die Statistik auf 6,7 Fälle täglich.
>
> Alle 24 Stunden werden in Frankfurt Frauen Opfer einer Vergewaltigung. Und jeder Schüler tobt seine Wut im Durchschnitt für 35 Mark an Tafeln und Projektoren aus. Immerhin schlagen derlei Demolierungen im Stadt-Haushalt mit insgesamt 2,4 Millionen Mark zu Buche. Einmal stündlich, exakt 8951mal im vorigen Jahr, reagieren sich irgendwelche Bürger irgendwo an Telephonzellen, Mülleimern, Wasserhäuschen oder Autos ab.

Das ist in anderen Städten kaum anders. Auffallend am Streit der Frankfur-

Protest in Frankfurt: Unfähigkeit zur Trauer?

Historisierendes Frankfurt: Schrecken der Gemütlichkeit

Fischer

Wallmann

Cohn-Bendit

Freiherr von Bethmann

Marika Kilius

Frankfurt-Prominenz: Tiefpunkte des Klatsch-Journalismus und Tango auf engstem Raum

ter über ihre Stadt aber ist die Intensität, mit der gestritten wird, der Riß geht manchmal mitten durch die Kombattanten selbst. „Keiner braucht es, dieses Frankfurt", schreibt Schriftstellerin Margot Lang, „das ist Bronchitis und Erstikkungsgefahr" – und stellt acht Seiten weiter im Text fest: „Ich liebe diese Stadt, die so unsagbar viele dunkle Seiten hat."

„Stallmief Frankfurt", tönt es in einem Sammelband mit wüsten Stories über Frankfurter Säufer, Kiffer, Bullen und, immer wieder, Selbstmörder. Der Titel des Buchs aber enthüllt die seltsame Faszination der Stadt, der auch erklärte Frankfurt-Gegner zu erliegen pflegen: „Frankfurt tanzt den Tango".

Es tanzt den Tango auf engstem Raum. Nur 20 Minuten genügen für einen Fußgänger, um den von einem siebenzackigen Parkanlagenring umschlossenen Stadtkern zu durcheilen. In Frankfurt entstehen gesellschaftliche und kulturelle Reibungspunkte auf kleinster Fläche.

Jäh wechseln die sozialen Kulturen. Wer vom teuren Holzhausenviertel ins kleinbürgerlich-alternative Nordend will, muß eine einzige Straße überqueren, von dort dauert es nur noch zehn Minuten Fußmarsch in den Osten, wo die ärmeren Metropolenbewohner leben.

Frankfurter Nähe links unten: Im Vorort Bockenheim hat ein ehemaliger Apo-Straßenkämpfer das Edelrestaurant „Gargantua" gegründet, wo der Minister a. D. und Taxifahrer a. D. Joschka Fischer sich den Wiesbadener Regierungsfrust von der Seele direkt und sichtbar auf die revolutionären Rippen zu essen pflegte – Tisch an Tisch mit dem sozialdemokratischen Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann, der einem christdemokratischen Oberbürgermeister dient.

Frankfurter Nähe rechts oben: „Annelie" Klomfass, die Sekretärin des Bundesbankpräsidenten Karl Otto Pöhl, die unter Verdacht geriet, den VW-Devisenhändler Joachim Schmidt mit Intimwissen aus der Hochfinanz bedient zu haben, kürte den Rechtsanwalt Klaus Guthke zum Rechtsbeistand. Der Herr ist in derselben Kanzlei tätig wie Kollege Hartmut Waschk, zufällig der Ehemann von des Bundesbankpräsidenten zweiter Sekretärin.

Das ist keineswegs ehrenrührig, aber nett zu wissen und, etwa in der City-Kneipe „Volkswirt", weiterzubabbeln. Denn niemand anderes als Kollege Guthke war es, der effizient und erfolgreich jene Bundesbankangestellten verteidigt hat, die mit der Vernichtung alter Banknoten beauftragt waren, was ihnen nicht unbedingt einleuchtete, so daß das eine oder andere Scheinchen, insgesamt etliche Millionen Mark, den Flammen entging und in ihre Taschen wanderte: So braucht es in Frankfurt vom Banker zum Ganoven auch räumlich nur einen kleinen Schritt.

Auf dieser engen Fläche aber wuchern Frankfurts Hoffnungen. Im Auftrag der Stadt legte das Planungsbüro Albert Speer die neuen Träume aufs Reißbrett – im Westen eine Wolkenkratzerreihe, die Lücken zwischen den vorhandenen werden aufgefüllt. Ganze „Achsen" von Hochhäusern sollen die Stadt durchkreuzen. Und schließlich, Entwicklung by Helmut Joos, der Plan eines 240 Meter hohen Häuschens, des größten Europas, 60 Stockwerke, in der Form irgendwo zwischen Titan-Rakete und Empire State Building, genannt „Campanile".

Der Größenrausch geht durch alle Parteien. „Kunden aus dem gesamten pazifischen Raum" meint der Frankfurter Oberbürgermeister Wolfram Brück für eine ab 1988 zu konzipierende Kunstmesse zu gewinnen.

Und der SPD-Oppositionsführer Volker Hauff hat einen Großstadt-Alptraum: „Was wird aus Frankfurt, wenn sich die Konkurrenzbeziehungen in der Welt auf vier zentrale Märkte, USA,

Japan, den Pazifikraum mit China und Westeuropa konzentrieren?“

Der Vision des neuen Frankfurt soll nun auch das vom wuseligen Großstadtleben erfüllte Bahnhofsviertel geopfert werden. Wie ein glitzernder Rammbock schiebt sich jetzt schon der Glasturm der Dresdner Bank in dieses letzte noch intakte und einzige tatsächlich kosmopolitische Frankfurter Viertel.

27 registrierte Bordelle, rund 10 000 Ausländer (die Hälfte illegal), 360 gastronomische Betriebe, knapp 30 Spielhallen und Spielkasinos, rund 1250 Dirnen (offizielle Zahl).

25 000 Menschen arbeiten und leben links und rechts der Kaiserstraße im Viertel mit der wilhelminischen Bausubstanz, das Rotlichtrevier ist nur ein Teil davon.

Doch Huren und Loddel, Farbige und Streuner passen schlecht ins Image der Frankfurter Saubermänner, deren sauberster, der Oberbürgermeister persönlich, kürzlich nicht mal an einer TV-Diskussion teilnehmen mochte, weil auch eine Dirne im Studio zu Wort kommen durfte.

Büroraum braucht die Stadt, der jetzige Oberbürgermeister Wolfram Brück weiß auch schon, wieviel: zwischen 200 000 und 400 000 Quadratmeter. Ein „Tor zu Frankfurt“ soll am Bahnhof neu erstehen, mit repräsentativen Fassaden und gestylten Leuchtern am Boulevard. Der Vormarsch der toten Hosen aus den Bankpalästen ins Viertel ist beschlossene Sache, die erste Peepshow hat schon dichtgemacht, nun kommt die kalte Pracht der Postmoderne.

Frankfurt hat seinen Buch-, Auto-, Frühjahrs-, Herbst- sowie etlichen anderen Messen in einer vom Architekten Oswald Mathias Ungers entworfenen, postmodern weißen, mit Rundbögen verzierten „Galleria“ ein Denkmal setzen lassen; ein „Messeturm“ und ein weiteres gigantisches Projekt in Messenähe sollen folgen.

Trinkhalle in Frankfurt: Stätten echter Kommunikation

Frankfurter Edel-Restaurant „Gargantua“: Trost für den Minister

Endgültigen „Erlebnischarakter“ (Messe-Chef Horstmar Stauber) wird dann der Manager erhalten, wenn erst einmal, „dem hedonistischen Gedanken unserer Zeit Rechnung tragend“, „Meilen zum Spazierengehen“ und Wasserflächen geschaffen sind, „wo auch der Manager mal barfuß drin herumplantschen kann“, bis die schwerwiegenden Entscheidungen der Wirtschaftsstrategen – rosa oder blaue Klobrillen? Dollar oder Yen? Ene, mene, mu? – in den Köpfen gebührlich herangereift sind.

Auch deshalb hat die Stadt sich so bedingungslos der sanften Hure Dienstleistungsgewerbe verschrieben, weil in

Frankfurt und um Frankfurt nichts existiert, was den ruppigen Kapitalistengalopp mit irgendwelchem Folklore- oder Traditions-Trott abmildern würde: Keine gefällige Wurstigkeit wie im Kölner Klüngel, kein samtweicher Boutiquen-Glanz des leuchtenden Schickimicki-München, keine Vierteleschlotzende Tümlichkeit Stuttgarts, kein Hamburger Hanseatendünkel, der in dem trüben Regenloch allen Ernstes „ein Hoch im Norden" herbeischwören möchte.

Winfried Hamann, Mitbegründer des Instituts für Urbanismusforschung „Urbi et Orbi", einer Art Denkfabrik für die Frankfurter Realogrünen um Daniel Cohn-Bendit und Joschka Fischer, hat es für die „Frankfurter Hefte" herausgefunden: „Wenn Merrill Lynch, eine der großen Informations- und Telekommunikationsgesellschaften der USA, in Frankfurt Domizil beziehen und via Satellit und New York Teleport den Zeitsprung überbrücken, um die in New York liegengebliebene Korrespondenz am nächsten Morgen in Frankfurt zu erledigen, dann wird deutlich, daß die Stadt an einem Wendepunkt hin zu einer der Metropolen der Zukunft steht."

Hamann, Jahrgang 1950, Hausbesetzungs-Veteranen noch als „Häuserrats"-Häuptling in bester Erinnerung, jetzt Mitorganisator der Jubiläumsausstellung „Mythos Berlin", vergleicht sein neues Frankfurt gern mit dem Berlin der Gründerzeit. Wie der damalige, so entwickle auch der heutige Parvenü unter Europas Metropolen

- ▷ rasante soziale Dynamik, ein risikowilliges Spekulantentum, urbanes „High-life-Gefühl"; Schnoddrigkeit und Zynismus;
- ▷ offiziellen Willen zur Feier und generösen Selbstdarstellung;
- ▷ eine Ellenbogen-Gesellschaft, die „selbst die noch mit einbezieht, die eigentlich gar nicht mitmachen wollen".

In dem Szenario fällt auf, daß in dieser Zukunftsvision kein Platz mehr ist für jene Gesellschaftsschicht, die früher als liberales oder Bildungsbürgertum bezeichnet wurde – und die im Rest der Kohlschen Republik ebenfalls keine nennenswerte Rolle mehr spielt.

Dabei war das starke, zum Großteil jüdische Bildungsbürgertum eines der hervorstechendsten Merkmale im Frankfurt der zwanziger Jahre. Der 1941 geborene Publizist Wolfgang Schivelbusch hat in seinem Buch „Intellektuellendämmerung" den beeindruckenden Versuch unternommen, die Protagonisten der damaligen kritischen Intelligenz, mithin die Kristallisationslinien liberalen und kulturbeflissenen Bürgertums, anhand einer Adressenliste einzukreisen.

Sie liest sich wie ein strategischer Aufmarschplan für die Häuserkämpfe im Frankfurter Westend der siebziger Jahre: Leerbachstraße – Paul Hindemith, Kettenhofweg – Karl Landauer, Westendstraße – Karl Mannheim, Guiollettstraße – Paul Oppenheim.

Im Frankfurter Westend befindet sich das 1923 gegründete, vom Sohn mit dem Kapital des Weizengroßhändlers Felix Weil erbaute „Institut für Sozialforschung", das sich nach der Emigration zur kritischen Frankfurter Schule Adornos, Horkheimers, Marcuses und Habermas' auswachsen sollte.

Geradezu idealtypisch läßt sich die Geschichte vom Niedergang des Frankfurter Bürgertums am Anwesen Siesmayerstraße 6 ablesen, Frankfurts bekanntestem Besetzerhaus; die Utopie dauerte knapp 15 Jahre lang, bis September 1986.

Um die Jahrhundertwende von dem Bankier Isaac Dreyfus erbaut, diente die Doppelstockvilla nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst als Quartier für Obdachlose, dann als Arbeiterwohnheim.

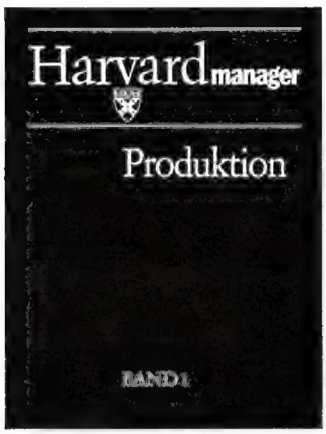
In den sechziger Jahren geriet das Anwesen zum Spekulationsobjekt. Das Haus wechselte mehrfach den Besitzer,

Besetztes Haus in Frankfurt 1980: Hauptstadt der Revolte

Harvard manager

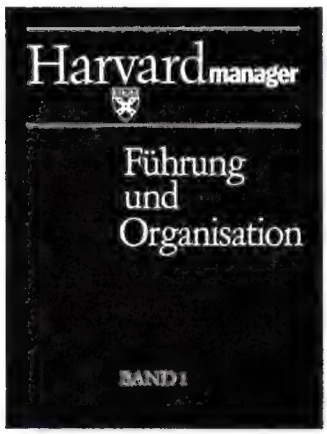
Exklusiv in Deutschland
Edition HARVARDmanager

In dieser Edition werden die wichtigsten in HARVARDmanager veröffentlichten Beiträge aus Harvard Business Review zum jeweiligen Thema zusammengefaßt. Diese Edition umfaßt bereits sechs Bände (Marketing Band 1 und Strategie und Planung Band 1 sind hier nicht abgebildet).



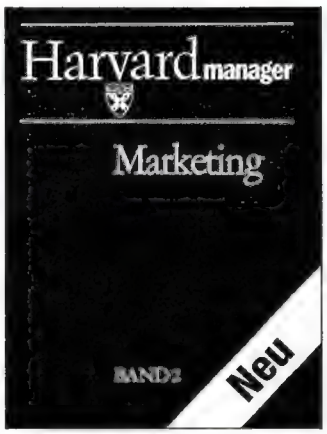
136 Seiten, DM 28,–

PRODUKTION Band 1: Die Fertigung – eine Lücke in der Unternehmensstrategie. Die Verknüpfung von Produkt- und Prozeßlebenszyklus. Dynamische Aspekte des Produkt- und Prozeßlebenszyklus. Werksleiter in der Klemme. Organisation der Fertigung. Möglichkeiten und Gefahren EDV-gesteuerter Fertigung. CAM setzt neue Maßstäbe für die Produktion. Bringt vertikale Integration Vorteile? So lassen sich die Vorlaufzeiten verkürzen. Kanban – Produktion ohne Zwischenlager. Qualitätskontrolle in der Sackgasse? Fertigung als Wettbewerbsfaktor. Die verborgene Fabrik. Welche Ausrede haben Sie für den Verzicht auf Just-in-Time? Wirkliche Roboter brauchen Führungsvorrichtungen.



160 Seiten, DM 32,–

FÜHRUNG UND ORGANISATION Band 1: Welche Führungsqualitäten braucht ein Manager? Die ruppige Persönlichkeit. Qualifikationskriterien für Topmanager. Der Managerberuf: Dichtung und Wahrheit. Effektives Führungsverhalten. Zeitvergeudung vermeiden. Macht motiviert. Führungsstil: demokratisch oder autoritär. Umgang mit Untergebenen: Substanz und Stil. Manager können Mitarbeiter in den Wahnsinn treiben. Ringkampf mit einer Qualle. Wie man Widerstände gegen Neuerungen abbaut. Strategien für den Wandel. Harte Kisten, zarte Seifenblasen und effektives Management. Die Bedeutung soziopolitischer Strategien.



148 Seiten, DM 30,–

MARKETING Band 2: Megamarketing. Haben Sie wirklich eine globale Strategie? Globales Marketing – nach Maß. Erfolgsstrategien im Kampf um Marktanteile. Kontersegmentierung als Marketingalternative. Markterfolge begünstigen Marketingträgheit. Die nächste Marketingstufe läßt sich vorhersehen. Auf der Suche nach dem wirklichen Käufer. Große Abschlüsse erfordern ein klares Konzept. Der Verkaufsabschluß ist erst ein Anfang. Was zeichnet einen guten Verkäufer aus? Wie läßt sich der Außendienst motivieren? Job Matching – so läßt sich die Verkäuferleistung steigern. Marketingerfolg durch Differenzierung. Die sechs Todfeinde neuer Marken. Wie Kundenbedürfnisse die Preisgestaltung beeinflussen. Nonstore Marketing: Renner oder Flop?

148 Seiten, DM 30,–

STRATEGIE UND PLANUNG Band 2: Vom richtigen und falschen Gebrauch strategischer Planung. Strategieplanung mit der Erfahrungskurve. Strategische Planung – rückwärts voran? Portfolios für Produkte und Geschäftsbereiche. Strategie in Dienstleistungsunternehmen. Lohnt sich eine formale Planung? Hemdsärmeliges Vorgehen bei langfristiger Planung. Managementstrategien für kleine und mittlere Unternehmen. Die Datenkommunikation verändert den Wettbewerb. Wettbewerbsvorteile durch Information. Zielorientierte Informationssysteme. Szenarien: Unbekannte Gewässer voraus. Auslandseigentum – Wenn das Gastland die Regeln ändert. Gute Geschäfte – auch nach der Revolution. Dauerhafte Wettbewerbsvorteile aufbauen.

Die Edition HARVARDmanager ist nur über die manager magazin Verlagsgesellschaft mbH erhältlich.

Bitte schicken Sie mir aus der Edition HARVARDmanager

___ Exempl. MARKETING Band 1, DM 32,–

___ Exempl. MARKETING Band 2, DM 30,–

___ Exempl. STRATEGIE UND PLANUNG Band 1, DM 30,–

___ Exempl. STRATEGIE UND PLANUNG Band 2, DM 30,–

___ Exempl. PRODUKTION Band 1, DM 28,–

___ Exempl. FÜHRUNG UND ORGANISATION Band 1, DM 32,–

(inkl. Porto und Versandkosten)

Ich zahle ☐ mit beiliegendem Scheck ☐ nach Erhalt der Rechnung

SP 3

Name, Vorname

Position, Beruf

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

manager magazin Verlagsgesellschaft mbH, Leser-Service, Postfach 11 10 60, 2000 Hamburg 11, Telephon (040) 30 07-624

PROTON®

TESTSIEGER HIFI VISION 7/87

»Der Sieg gebührt der Verstärkerkombination von Proton. Sie qualifizierte sich mit ausgezeichnetem Klang und gewaltigen Leistungsreserven«.
(2 x 1800 Watt DPD™)
Preis/Leistung: sehr gut

STEREO-Empfehlung: Exzellent ✸ ✸ ✸ 1/88

»Mit der Kombination P 1100/D 1200 ist mit dem Newcomer Proton auf Anhieb ein sehr guter Wurf geglückt. Dafür sprechen die sehr gute Klangqualität, die hohe Leistung und der interessante Preis«.
Qualitätsstufe: absolute Spitzenklasse

Im Vertrieb von: MAGNAT ELECTRONIK · Kelvinstraße 1-3 · 5000 Köln 50

Modell AS 40

Designer M. Brandis

NOBLER GESCHMACK HAT EINEN NAMEN.

ARTANOVA®

Swiss made

Händlernachweis durch: Verkaufsleiter Deutschland, J. Wensing, Kitschburger Straße 233, 5000 Köln 41

Wir stellen aus: Welttag des Wohnens, Köln, 24.1.1988, Halle 10.2 Gang N

ARTANOVA Horst AG, CH-6422 Steinen/Schwyz (Schweiz), Telefon 00 41/43/41 12 16

wobei der Gewinn ums Mehrfache stieg, bis es der Deutschen Bank in die Fänge geriet. Die will im Hintergarten ein kleines Hochhäuschen bauen, in der Villa selbst Manager einquartieren.

Sie werden in adäquater Nachbarschaft hausen. Bei Spitzenmieten von 20 Mark pro Quadratmeter wird das Viertel zum Tummelplatz gutverdienender Jung-Angestellter, die sich, Frankfurter Zeitgeist, in einem zum Edel-Imbiß umgebauten Lädchen verlustieren, wo zwischen Blanc de Blanc und Champagner schon mal ein Fernseher mit Börsenkursen das Geschehen diktiert.

Mehr als nur der Überempfindlichkeit linker Sensibelchen ist es zuzuschreiben, daß in der Wahrnehmung von Frankfurt-Kritikern (die meist auch Frankfurt-Liebhaber sind) das Stadtbild bestimmt wird von einer spezifisch Frankfurter, ostentativ knallharten Ellenbogenbürgerschaft, einer Art „Yuppie brutalis Frankfurtiensis", deren Mentalität zumindest dem „ruppigen Wirtschaftsplatz" („Handelsblatt") Frankfurt mehr als nur angemessen erscheint.

Es ist kein Zufall, daß 1987 gleich zwei Autoren Frankfurts neues „Justemilieu" beschrieben haben, das, im „Pflasterstrand", Burghard Schlicht an das Spekulations-Großbürgertum des Bürgerkönigs Louis Philippe erinnert (des ersten Landesvaters, der als „Birne" apostrophiert wurde), als, wie der Kunstsoziologe Arnold Hauser schrieb, „auf einmal das Geld das ganze öffentliche und private Leben" beherrschte.

Beobachtet Schlicht in der „Gründerzeitstimmung" des neuen Frankfurts „Nobel-Discos, Edel-Restaurants, Schicki-Boutiquen, Kaviar-Imbisse und Schampus-Schänken" und registriert „in den noch bestehenden Bordellen bereits eine Entwicklung zum Edelpuff", so fertigt der Journalist Reimar Oltmanns das arbeitende Personal, etwa der Werbe-Agenturen, treffsicher ab: „Herren des Imponiergehabes".

Das Maß der Wut ist verständlich. Denn im trauerunfähigen Frankfurt, das seine Geschichte konsequent zerstört, sein jüdisches Bürgertum ermordet hat, dessen neureiche Aufsteigerschicht der Nachkriegszeit kontur- und kulturlos geblieben ist, wird der städtische Diskurs hergestellt weitgehend von den alten 68ern und dem gemischten Milieu der Szene, dessen existentielle Erfahrungen die Bildungsreform der siebziger Jahre und die anschließende Arbeitslosigkeit sind – einerseits. Andererseits bevölkern mittlere Angestellte und schicke Yuppies die City der Edel-Bistros und Champagner-Tränken.

Wo aber die sogenannte bessere Gesellschaft, neben so unverwüstlichen Klatsch-Objekten wie Marika Kilius (Eislauf), weitgehend von Johann Philipp Freiherr von Bethmann (Familienbank) und Daniel Cohn-Bendit (Realissimo) bestimmt wird, haben Gesellschaftskolumnisten einen schweren Stand.

Frankfurt-Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod“: Verbissenheit und Wut

Volkstümelnde Artigkeiten zumeist über Gastwirte und ihre Frauen füllen die Klatschspalten der Metropolenpresse. Ein Tiefpunkt dieser Hohen Schule des Journalismus ist es gewesen, als die „Frankfurter Rundschau“ es für vermeldenswert hielt, daß ein gewisser Klaus Schlappner (Fußballtrainer) in der Fußgängerzone gesichtet worden sei.

Bieder, biederer, am biedersten: Seit sechs Jahren genehmigen sich die Frankfurter wieder einen Opernball, Eintritt 450 Mark. Als Gäste wirkten Hans-Dietrich Genscher und Heinz Schenk, und der Hessische Rundfunk hat das Ereignis live und, strafverschärfend, in Moderation des hessischen Schägbabblers Hans-Joachim Rauschenbach übertragen.

Frankfurts gnadenlose Selbstfeier läuft in einer von innen herausgeputzten Stadt, die City präsentiert sich mit harter Eleganz und penetranter Volkstümelei. „Freßgass“ benennen Dekor-Straßenschilder die zum Herzstück der City hochgestylte Fußgängerzone in der Kalbächer Gasse, mit Brunnen und Skulptur, wo Ladenmieten schon mal von 6500 auf 16 000 Mark steigen.

Durch diese noble Gasse schlendern, vorbei an neun Restaurants (alle mit Außenbetrieb), Delikatessen-Läden, Cafés und Modebuden, allabendlich flaniersüchtige Kosmopoliten. Die Straße mündet an der mit Bürgerspenden wiederaufgebauten wilhelminischen Alten Oper, die der glücklose ehemalige Oberbürgermeister Rudi Arndt („Dynamit-Rudi“) noch hatte in die Luft sprengen wollen.

Nichts aber belegt die Intensität Frankfurter Reibungspunkte zwischen schäbiger Vergangenheit und dem neuen Prunk so deutlich wie die Geschichte eines gegenüber der Alten Oper liegenden Etablissements: des Operncafés, eines Bistros und Restaurants, im Volksmund wegen der wichtigtuerischen Angeberschar drinnen „Café Wischtisch“ genannt.

Protest gegen Flughafen-Ausbau: Konflikte der Nation

Vor rund 20 Jahren war das Café Szene-Treff für Exi-Künstler, Möchtegern-Bohemiens und Kiffköpfe, die heiße Tips zu handeln pflegten, wie man in die mächtige, ausgebombte Opern-Ruine gegenüber gelangen und in den Katakomben unter dem Schutt wüste Orgien feiern konnte.

Lange vor der Bonner Wende erkannten zwei Freaks aus der Szene – mit Zottelhaaren und speckiger Weste der eine, mit hungrigem Blick und Geiernase der andere – den besonderen Wert des Opernplatzes.

Ein bescheidenes Vermögen hatten sie in einer schäbigen Kneipe im Osten der Innenstadt gemacht, einem wüsten Szene-Lokal pöbelnder Säufer, trauriger Poeten, dealender Eckenlungerer, entwurzelter Studenten und verzweifelter Kaputtniks.

Mit dem mühsam erzapften Kapital etablierten sie sich schließlich am Opernplatz. Der wurde, städtischerseits, mit Lüstern, Laternen und Marmorbrunnen fein herausgeputzt, und in den Laden an der Alten Oper strömten Frankfurts Yuppies und Zocker, die flotten Abteilungsleiter und flotten Genies flotter Geschäfte, im Schlepptau der Typ Mädel, mit dem man gesehen werden muß, will man was gelten in der Stadt.

Der Frankfurter Putzfimmel hat vorhersehbare Auswirkungen. Längst schon ausgegrenzt aus der City sind die Underdogs und Unangepaßten der Konsumgesellschaft, hinausgespült zu dem die Innenstadt umschließenden Parkring mit (wenigen) noch intakten Trinkhallen, an die Schalter-Tresen jener „Wasserhäuschen“ genannten einzigartigen Frankfurter Einrichtung, die schon wieder bedroht ist.

Mal werden diese echten Kommunikationsstätten, wo auch nach Ladenschluß noch eingekauft werden kann, von amtlichen Auflagen bedroht, weil keine Toiletten in der Nähe sind und die Trinker sich gelegentlich in die Büsche schlagen, mal werden sie in Wurst- und Hähnchenbratereien verwandelt.

Probleme werden nur verlagert, nicht gelöst. Eine von Walter Wallmanns

AUF LANGSTRECKEN ZEIGT SICH, WAS

Qantas fliegt mehr Passagiere nach Australien als jede andere Fluggesellschaft. Und da wir auf Langstrecke
Je länger Sie an Bord sind, um so deutliche

IN EINER FLUGGESELLSCHAFT STECKT . . .

eine einmalig lange Erfahrung besitzen, haben wir auch in Sachen Komfort und Service so einiges gelernt.
werden Sie den Unterschied spüren . . .

QANTAS Die Australische Fluglinie. Der Langstrecken-Experte.

ersten Amtshandlungen ist es gewesen, die sogenannte Haschwiese zu säubern, wo harmlose Kiffer ihrem Kleingewerbe nachgingen – in unverschämt kurzer Distanz zur Pracht der Alten Oper.

Rabiat und unter großem Beifall seiner Bürger ließ Wallmann den Platz räumen – mit dem zweifelhaften Erfolg, daß sich die entsprechende Szene an den Kaiserstraßen-Boulevard verlagerte: Effizient und auf kurzen Wegen konnten sich so Drogenkriminalität und Liebeskrankheiten, Prostitution und Asylantenproblematik durchmischen. Die City aber war clean.

Diese krachende und gleichsam sich selbst inszenierende Frankfurter Sauberkeit ist nur ein Teil in der wohlkalkulierten Strategie der Christdemokraten im Kampf um die Identität der heimlichen Hauptstadt – und damit um die Identität der zweiten deutschen Republik in der postmodernen Zukunftsgesellschaft.

Denn wer am schnellsten und nachhaltigsten die Symbole des öffentlichen Raums besetzt, der verankert im öffentlichen Bewußtsein die Gleichung der Wendezeit: Die Zukunft – das sind die Schwarzen.

Frankfurt-Messe-Bau „Galleria": „Meilen zum Spazierengehen"

Automobil-Messe in Frankfurt: Hedonistischer

Ausgesprochen generös zeigt sich die Stadt Frankfurt gegenüber der Zuwachsindustrie Kultur. An den Main hat die Stadt ein voluminöses Museumsufer mit sechs Museen geklotzt. Ein eigenes „Museum für moderne Kunst" ist im Bau, eine eigene Kunstmesse geplant – elf Prozent des Gesamthaushalts, 315 Millionen Mark, darf Kulturdezernent Hilmar Hoffmann dafür ausgeben.

Instinktsicher für publikumswirksame Effekte hecken Frankfurts Herren immer neue Pläne zur Ausschmückung des vielgeliebten Mainufers aus bis hin zu gewaltigen Illuminations-Spektakeln und dem Bau einer neuen Brücke, die speziell für Flaneure in Richtung Museumsufer ausgelegt sein soll.

Und das ganze Elend der SPD angesichts der treffsicheren CDU-Symbolik dokumentiert etwa die klägliche Antwort des SPD-Kultursprechers Klaus Sturmfels auf die hochfliegenden Main-Pläne: Man möge doch, meinte der Kulturexperte bieder, am Ufer ein paar nette, auf Pontons schwimmende Planschbäder verankern.

Am nachhaltigsten freilich wirken die Wolkenkratzer der City als Symbole, die Faszination geht quer durch die Parteien. „Nach Frankfurt einfliegen in der Dämmerung", sprach fürs Fernsehen Winfried Lauer, Geschäftsführer einer Werbeagentur, „wenn die Sonne untergeht und die Hochhäuser sind golden von der Sonne angestrahlt", dann kämen ihm die Tränen.

Sogar die alten Revoluzzer hat das neue Frankfurt-Gefühl gepackt. Daniel Cohn-Bendit, der 1980 jedes Haus, das

Gedanke unserer Zeit

Bäume überragt hätte, noch hatte verbieten wollen, bekennt, trotz „ambivalenten Verhältnisses" zu den Wolkenkratzern: „Im Sommer in Frankfurt mit einem Fahrrad rumfahren, Walkman zwischen den Ohren und beim Sonnenuntergang durch die Innenstadt, und die Skyline – das ist schön."

Hinter der neuen Liebe des grünen Spontis steckt mehr als nur die Sucht nach dem schönen Schein. Der Traum eines wahrhaft metropolen Frankfurt erhellt die utopische Hoffnung, daß mit der Entwicklung der Stadt zu einer „institutionalisierten, kosmopolitisierten, multikulturellen Gesellschaft" (Realo-Arbeitskreis „Urbi et Orbi") modellhaft alles Provinzielle, die dumpfdeutsche Vergangenheit abgeschlossen, gleichsam der Faschismus bewältigt sei – immerhin hat Frankfurt mit seiner internationalen Managerelite einen erfreulich hohen (wohlhabenden) Ausländeranteil.

Die Realität freilich sieht anders aus. Nichts kennzeichnet den Geist des Wende-Frankfurt treffender als jene „Ostzeile" genannte Scheußlichkeit auf dem Römerberg: Auf den kahlen Platz gegenüber dem gotischen Rathaus („Römer") haben die Frankfurter Stadtverschönerer eine Reihe von mittelalterlichen Giebelhäusern pflanzen lassen, sämtlich künstlich, sämtlich auf Betonfundament, mit angepappten Fassaden, Boutiquen, Kneipen und Andenkenläden bestückt. Das wird von Amerikanern gern geknipst.

Und wer den Schrecken dieser Butzenscheiben-Gemütlichkeit aus Disneyland überwunden hat, der wird optisch erschlagen vom Protz der puren Repräsentation, vom gigantischen Eingangsportal einer postfaschistischen Kunsthalle, die aussieht wie eine aufgeblasene Bundeskegelbahn. Wende-Frankfurt – das bedeutet: Zur Zukunft mit den Stilmitteln der Vergangenheit.

Zum Aufbau der Zukunftsgesellschaft, und sei sie noch so garniert mit wilhelminischem Prunk oder Wallmannschen Butzenscheiben, gehört der Kahlschlag, die Idee der Tabula rasa. Sie beherrschte die Stadt schon immer.

Die Trümmer rauchten noch, da konzipierten Stadtplaner das neue, moderne Frankfurt. Die Privatfirma Wayss &Freitag, die Metallgesellschaft Lurgi und die Holzmann AG, eben noch mit glänzenden Geschäftsergebnissen beim Westwall dabei, gründeten speziell für Frankfurt eine Trümmerverwertungs GmbH, die als Monopolist sämtliche Gebäudetrümmer in der Innenstadt auswerten und abräumen durfte. Bei der Gelegenheit wurde übrigens eine neuartige, aus Schutt gepreßte Masse erfunden, die den Stoff hergab, aus dem die Wiederaufbauträume waren: den Hohlblockstein.

Da City-Gelände enteignet worden war, entstand das neue Frankfurt nicht unter den Händen emsiger Trümmerfrauen, sondern auf dem Reißbrett der Planer: Vor dem geistigen Auge von 1946 stand die Skyline von 1986. Bürohäuser wurden konzipiert und gebaut, noch bevor die ärgste Wohnungsnot beseitigt war, Verkehrsschnittpunkte ebenso. Bis 1950 hatte sich die vermeintlich zukünftige Bundeshauptstadt rund die

Für Sie ausgewählt

Empfehlenswerte deutsche Internatsschulen

Das wird Ihrem Kind geboten:

- Unterricht in kleinen, überschaubaren Klassen
- Motivation durch engagierte, nette Lehrkräfte
- Gezielte Förderkurse und tägliche intensive Aufgabenbetreuung
- Die Möglichkeit, sich seinen Neigungen entsprechend zu entfalten
- Ein vielseitiges Angebot in Sport, Musik und Handwerk
- Erfolg in der Schule – Charakterbildung fürs Leben

1. Hermann Lietz-Schule Spiekeroog (Niedersachsen) Staatl. anerk. Gymnasium mit den Abschlüssen der 10. Klasse und des Abiturs. E ab Kl. 5; Fod. L ab Kl. 7. Segeln, Bootsbau, Surfen, Tierhaltung, Gartenbau, Theater, Chor.

2. Schule Marienau (Niedersachsen) Staatl. anerk. Gymn.: E/Fod. E/L. Vorzügl. Hausaufgabenbetreuung. Reiten auf eig. Pferden, Rhetorik, Computer. Eine Schule für die Zukunft!

3. Landschulheim am Solling (Niedersachsen) Staatl. anerk. Gymn.: Kl. 5–13 für M/J. Heimschule – 240 Schüler – in d. „Verein Dt. Landerz.heime". Kl. 5 E, Kl. 7 E/F od. Span., Kl. 11 Neubeginn Span.; 12/13 LK Spanisch.

4. Institut Schloß Herdringen (Nordrhein-Westfalen) Staatl. anerk. Priv. Aufbaugymn. für J/M, Kl. 7–13, Grund- und Hauptschule ext., E/L/F; aktive Freizeit: Sport, Unterhaltung, Fortbildung, Musik, Kunst.

5. Hermann Lietz-Schulen (Hessen) Staatl. anerk. Gymnasium und Realschule, alle Abschlüsse im Hause. Sprachenfolge: E; L/F ggf. Russisch. Kleine Klassen, Förderunterricht.

6. Schloß-Schule Kirchberg (Baden-Württemberg) Staatl. anerk. Gymnasium für J/M, math.-nat., kleine Klassen, 9 LK's. Sprachenfolge: Kl. 5 E, Kl. 7 F od. L. AG's in Handwerk, Sport, Kunst usw.

7. Landschulheim Schloß Stein (Bayern) Staatl. anerk. neusprachl. Gymnasium für J/M. Sprachenfolge: E/L/F. Abitur im Hause. Ca. 20 Arbeitsgemeinschaften und Neigungsgruppen.

ELTERN-INFO-TAGE

Die Schulleiter vieler Internate stehen Ihnen zu persönlichen Beratungsgesprächen an folgenden Tagen zur Verfügung:

Berlin,	24.01.88	Bremen,	12.02.88
Köln,	30.01.88	Hannover,	13.02.88
Düsseldorf,	31.01.88	Hamburg,	14.02.88
Stuttgart,	06.02.88	Würzburg,	19.02.88
Frankfurt,	07.02.88	Nürnberg,	20.02.88
Mannheim,	08.02.88	München,	21.02.88

Nähere Auskünfte sowie kostenlose Einlaßkarten: Telefon-Nr. 089/4487282 (Frau Maaß).

Fordern Sie bitte mit diesem Coupon unverbindliches Informationsmaterial über die gewünschten Internate an. (Nr. ankreuzen)

1 2 3 4 5 6 7

Name

Straße

PLZ/Ort

EURO-INTERNATSBERATUNG, Grillparzerstr. 46 8 München 80, Tel. 089/448728 2, Fax 089/471458

SCHNUPFEN?
SNUP
wirkt
sofort,
stundenlang
und
schont!
Nasenspray
SNUP SPRAY
7ml DM 4,95
KARLSPHARMA
Zusammensetzung:
2-(o-Isopropyl-phenoxy-methyl)-2-imidazolin-hydrochlorid 0,01 g/10 ml.
SNUP gibt es auch als Tropfen für Erwachsene und Schulkinder (0,1%) und für Kleinkinder und Säuglinge (0,05%).
Nicht anwenden bei trockenem Schnupfen und Überempfindlichkeit gegen Benzalkoniumchlorid.
Bei besonderer Empfindlichkeit gelegentlich Reizerscheinungen möglich.
KARLSPHARMA
Pharmazeutische Produkte GmbH 7500 Karlsruhe 41

Hälfte des Gebietes unter den öffentlichen Nagel gerissen.

Für die Verwaltungsspitzen der künftigen Regierungshauptstadt waren in Frankfurts zerbombter Innenstadt über 5000 Wohnungen und 3500 Büroräume hochgeknüppelt worden. Aus Berlin kamen Beamte in raschem Zuzug, so daß alteingesessene Frankfurter schon von einem „Berliner Viertel" am Main redeten. Aus Leipzig kamen Experten, wie der damalige Messechef, dann die Pelzhändler. AEG, damals noch nicht marode, verlegte das Hauptquartier an den Main.

Der nackte Überlebenswille Frankfurts in dieser Zeit aber offenbart auch die Unfähigkeit zur Trauer, und vielleicht ist es kein Zufall, daß Alexander Mitscherlichs gleichnamiges Buch in Frankfurt entstand – über die „Unwirtlichkeit unserer Städte".

Die Unfähigkeit zur Trauer ist geblieben. Nicht aus noch ein ob der Proteste junger Frankfurter Juden wußten verdrückte Frankfurter Vergangenheitsbewältiger, als bei Baggerarbeiten auf dem Gelände des ehemaligen Gettos unter anderem Reste eines jüdischen Ritualbades gefunden wurden, die die Wende-Exekutoren in wahrhaft metropolitaner Bauernschläue als Mahnmal in den Keller des neuen Stadtwerke-Gebäudes verbannen wollten.

Das Beispiel, kaum ein halbes Jahr alt, ist beste Frankfurter Tradition. Und die Wucht dieser Frankfurter Kahlschlagmentalität, zum Beispiel für eine autogerechte und doch nur heillos verstopfte City, hat Nachwirkungen.

Über die Schnellstraßen werden Fußgänger gehetzt wie die Hasen, und eine erstaunlich dummerhafte Straßenbaubehörde hat mancherorts nicht mal Fußgängerüberwege zustande gebracht.

Kein Frankfurter, der nicht die Kunst beherrschte, rückwärts gegen die Einbahnstraßen zu preschen, kein Frankfurter, der sich als Autofahrer beim Annähern an einen Zebrastreifen nicht auf ein Nervenduell mit Fußgängern und anderen Untermenschen einläßt.

Die Ruppigkeit hat auch ihre positiven Kehrseiten. Gerne treten Radfahrer die Rückspiegel von Autos ab, die ihre Wege behindern – die Stadt prägt ihre Menschen. Wie zur Entschädigung für geraubten Bewegungsraum haben sie sich ihre eigenen Schneisen und Trampelpfade in die Wiesen und die Parks geschlagen – eine so symbolisch verstehbare wie vergebliche Handlung.

Handlung im öffentlichen Raum aber ist niemals nur Aktion. Immer auch ist öffentliche Handlung Symbol, Zeichen, Chiffre. Im Frankfurt der achtziger Jahre, so scheint es, hat die Okkupierung des öffentlichen Raums durch die Wende- und Protz-Symbole der CDU gesiegt.

Ruhe herrscht in der Stadt. Und doch: Wer an der Oberfläche scharrt, der spürt wieder und noch immer Angst und Unbehagen. Wie eine Wiedergängergeschichte wirkte es in der Szene, als ein

Frankfurter Opernball in der Alten Oper, Straßenszene in Frankfurt: Probleme werden nur

verlagert, nicht gelöst

Polizeikontrolle in Frankfurt: „Alle 23 Sekunden ein Verbrechen"

durchgeknallter Desperado an der Startbahn West zwei Polizisten ermordete – irgendwas in der Art hatten manche immer schon kommen sehen. Denn die Zeichen standen an der Wand.

Die Guerilla kam nachts, überraschend und ohne feststellbares Muster. Mal traf es das Studentenhochhaus an der Uni, mal die Stadtverwaltung.

Die Symbolguerilla kletterte nachts an Mauern hoch. Das war alles. Einmal nur hat man eine Botschaft hoch oben an einer Mauer gefunden. Die unbekannten Täter, hieß es dort, kletterten „Gegen die W(a)ende". ◆

DAS NEUE AIRBUS A320-COCKPIT

ELEKTRONIK IST AUCH IM AUTO KEINE SPIELEREI.

Im Flugzeugbau ist Elektronik seit langem selbstverständlich. Sie entlastet den Piloten und ist ein wichtiger Sicherheitsfaktor. Gibt es einen Grund, im Automobilbau anders vorzugehen? Ein Blick ins Cockpit des neuen Senator zeigt, was wir von der Luftfahrt gelernt haben: Konzentration auf das Wesentliche, Information ohne Schnörkel.

DAS ZWEI-ZONEN-PRINZIP. In der inneren Zone, und damit direkt im Blickfeld, liegen alle Bedienungselemente, die für die Fahrt notwendig sind. In der äußeren Zone finden Sie alles, was weniger häufig genutzt wird.

DER COCKPIT-DIALOG. Wieviel Treibstoff ist im Tank? Wie weit komme ich damit noch? Kein Pilot würde sich mit der Antwort „halb voll" zufriedengeben. Der neue Senator CD gibt Ihnen die Antwort in Zahlen.

DIE SICHERHEITS-ELEKTRONIK. Sie steuert ABS, damit das einzigartige DSA-Fahrwerk auch beim Bremsen mit plötzlichen Hindernissen fertig wird. Sie regelt die Fahrwerksdämpfung (Ride-Control), damit Sie auf Knopfdruck auch sportlicher oder komforta-

OPEL GM

DAS NEUE SENATOR CD-COCKPIT

bler fahren können. Sie kontrolliert die neue 4-Gang-Automatik, damit sie samtweich schaltet und Sie zwischen drei Fahrprogrammen wählen können. Sie paßt die Lenkung kontinuierlich der Geschwindigkeit an (Servotronic), damit Sie jederzeit ein sicheres Gefühl für die Straße haben. Denn mit zunehmender Geschwindigkeit wird die Lenkung straffer. Und schließlich ist die Elektronik nicht nur für die Wirtschaftlichkeit der kraftvollen 6-Zylinder-Motoren verantwortlich, sondern auch für den geregelten Katalysator.

Wer jetzt noch sagt, Elektronik im Auto sei Spielerei, ist wohl nur durch eine Probefahrt zu überzeugen.

OPEL

ERLEBEN SIE DEN NEUEN SENATOR.

Sie sind herzlich eingeladen, das Buch über den neuen Senator zu lesen. Und Sie sind herzlich eingeladen, den Senator unverbindlich und ausführlich zu testen. Denn nichts überzeugt mehr als das eigene Erlebnis. Rufen Sie einfach unseren Senator-Service an. Zum Ortstarif:

✆ 0130-2040

Adam Opel AG, Abt. 9201, Senator-Service, D-6090 Rüsselsheim.

DER NEUE SENATOR. HIGH-TECH VON OPEL.

Schwergewichtsboxer Tyson, Gegner Berbick (1986): „Hinter jedem Schlag steckte eine mörderische Absicht"

„Biff! Zap! Pow! Er war wieder da"

SPIEGEL-Redakteur Rainer Paul über den Boxweltmeister Mike Tyson vor dem Titelkampf gegen Larry Holmes

„I need your love", singt Oliver McCall den Refrain des Songs mit, den er über seinen Walkman hört. Wiegend im Takt der Musik schreitet der schwarze Schwergewichtler aus Chicago, den sie „Atomic Bull" nennen, vor der Theaterbühne mit dem aufgestellten Boxring hin und her. Rufus „Hurricane" Hadley aus Las Vegas schlägt derweil auf den roten Sandsack mit Geraden und Haken ein. Ein gepreßtes Zischen aus der Nase begleitet jeden klatschenden Schlag. Glenn McCrory, ein aufgeschossener Jüngling aus dem englischen Newcastle, gibt keine Töne von sich. Er legt einen grünen Schwamm auf die Knöchel seiner rechten Hand und wickelt sich darüber eine rote Bandage.

Die drei Boxer bereiten sich darauf vor, verprügelt zu werden – von einem Mann, der seit Anfang Januar jeden Werktag pünktlich um 12.20 Uhr auf der mit schwarzem Tuch ausgehängten Bühne im vierten Stock des Casinohotels Trump Plaza in Atlantic City (New Jersey) seinen Auftritt hat: Mike Tyson, der Weltmeister aller Klassen der Berufsboxer. Seit August letzten Jahres trägt Tyson die Meistergürtel der drei konkurrierenden Weltboxverbände. Am Freitag dieser Woche verteidigt der 21jährige Schwergewichtler den Titel gegen einen seiner Vorgänger – gegen Larry Holmes, der mit 38 Jahren sein Vater sein könnte.

Tyson erscheint in langer weißer Unterwäsche, den Kopf leicht nach vorn gebeugt, mit dem Gang eines streifenden Tigers. Schnell und scheu blickt er aus tiefliegenden, schmalen Augen zu seinen Sparringspartnern und deren Betreuern.

Zum Aufwärmen greift er sich ein ledernes Springseil. Da der Champion nur 1,78 Meter mißt, ist das Tau zweimal geknotet, damit es nicht um ihn herumschlappert.

Ein paar Minuten lang sind im rotbestuhlten Theaterhalbrund nur das Pfeifen des Seils und die steptanzartigen Hüpfgeräusche des Meisters zu hören. McCall, 22, hat seinen Walkman abgelegt, Hadley, 24, bandagiert seine Fäuste, und McCrory, 23, zieht einen roten Unterleibsschutz über seine blaue Trainingshose. In stiller Ehrfurcht bereiten sich Tysons Sparringspartner auf die tägliche Keilerei mit dem Schläger aller Klassen vor.

Gekrönter Boxweltmeister Tyson (1987) „Am liebsten bin ich unsichtbar"

„Eisen-Mike" nennen sie ihn oder einen „jungen Stier", eine „Kampfmaschine" mit „tierischen Eigenschaften". Tyson fühlt sich „eher als Krieger", sagt er später, als der Schweiß von seinem hochgeschorenen Kopf tropft und an seinem Hals (Umfang: 60 Zentimeter), auf den ein Hut passen würde, hinunterrinnt.

In acht Runden zu je drei Minuten walkt er seine Trainingsgegner durch. Hadley winselt gegen Ende der zweiten Runde bei Tysons Körpertreffern wie ein getretener Hund. McCrory, immerhin Commonwealthmeister in der Cruisergewichts-Klasse (bis 88 Kilogramm), steigt nach sechs Minuten aus dem Ring. Sein Gesicht ist trotz Kopfschutz so verquollen, als hätte er stundenlang geheult. Nur McCall hält Tysons Trommelschlägen länger stand. Er geht nach vier Runden. Als er sich unbeobachtet wähnt, streckt er schmerzvoll die Muskeln.

„Diese Jungs haben viel Mumm, sie sind echte Kämpfer", sagt der Sprecher des Tyson-Clans, Steve Lott, der jede der täglichen acht bis zehn Sparringsrunden mit der Videokamera aufzeich-

Das neue USA-Angebot von DERTOUR Amerika ABC und Condor:

Ab sofort Frankfurter Preise für alle.

Wer nicht in Frankfurt wohnt, mußte bisher bei Condor-Flügen in die USA Extra-Kosten durch die Anreise in Kauf nehmen. Das ist vorbei. Mit DERTOUR Amerika ABC können Sie ab sofort zu Frankfurter Preisen auch von Bremen, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, Köln, München, Nürnberg und Stuttgart (via Frankfurt) in die USA fliegen. Und wer noch keine 26 ist, kann jetzt den neuen, noch günstigeren Jugendtarif buchen (nur ab Frankfurt). Fragen Sie in Ihrem Reisebüro nach DERTOUR Amerika ABC '88, dem USA-Programm des Deutschen Reisebüros mit Condor, Deutschlands beliebtem Ferienflieger.

	Normaltarif	Jugendtarif
Baltimore/Washington	ab DM 1.099,–	ab DM 937,–
Chicago	ab DM 1.089,–	ab DM 911,–
Cleveland	ab DM 1.089,–	ab DM 944,–
Denver	ab DM 1.409,–	ab DM 1.146,–
Detroit	ab DM 1.199,–	ab DM 960,–
Los Angeles	ab DM 1.449,–	ab DM 1.167,–
Minneapolis	ab DM 1.298,–	ab DM 911,–
New York	ab DM 989,–	ab DM 859,–
Orlando	ab DM 1.269,–	ab DM 1.041,–
San Francisco	ab DM 1.449,–	ab DM 1.167,–
Tampa	ab DM 1.269,–	ab DM 1.041,–

DERTOUR AMERIKA ABC

Condor
Die Ferienflieger der Lufthansa

Herausforderer Holmes, Holmes-Porträt: „Tyson ist der richtige Mann für mich"

net. Der Ernstfall allerdings läßt sich im Training nicht simulieren: „Gern hätten wir einen Boxer von Larry Holmes' Statur und Technik im Camp", sagt Lott, „wir hatten schon welche, doch die waren nach einer halben Runde kaputt."

Kaputt wie jener Charlie Smith, dem Tyson, nach den Worten seines Trainers Kevin Rooney, mit einem „perfekten Uppercut" vier Zähne ausschlug; oder jener 1,96 Meter messende Wes Smith, den Tyson an zwei aufeinanderfolgenden Trainingstagen niederschlug, ehe Rooney seinem Schützling Zurückhaltung empfahl: „Du bist doch kein Schlächter."

Das ist die Frage. 32mal stieg Tyson in seiner knapp dreijährigen Karriere als Profi in den Ring und gewann jedesmal, 28mal durch K.o. Sein kürzester Kampf dauerte nur eine halbe Minute: „In einem Ausbruch purer, in einem Ring selten gesehener Gewalttätigkeit", wie „Sports Illustrated" notierte, war Tyson beim ersten Rundengong auf seinen Gegner Marvis Frazier losgestürmt und hatte wie mit Dreschflegeln auf ihn eingeprügelt. Zwei gewaltige Schläge trafen das Kinn, Frazier war nach nur 30 Sekunden ausgeknockt.

Anschließend zeigte sich jene eigentümliche Wandlungsfähigkeit, die an vielen Box-Champions zu beobachten ist: Mr. Hyde hatte die Arbeit verrichtet, und der freundliche Dr. Jekyll erschien. Tyson eilte in die gegnerische Ecke und bat Joe Frazier, Ex-Weltmeister im Schwergewicht, sich um seinen Sohn und Schützling zu kümmern: „Es tut mir leid, daß es so passieren mußte." Später küßte er den jungen Frazier freundschaftlich auf die Wange.

Dem Weltmeister länger standzuhalten als Frazier ist offenkundig ein zweischneidiger Erfolg. Tyrell Biggs, sein letzter Gegner, taumelte im Oktober vergangenen Jahres in der siebten Runde orientierungslos durch den Ring. Seine Augen waren blaugeschlagen, eine Braue war knapp drei Zentimeter aufgeplatzt, Blut rann ihm über Nase und Wangen. „Biggs", beobachtete der amerikanische Box-Journalist William Nack, „sah aus, als hätte er einen Autounfall gehabt." Und „Sports Illustrated" fand für Tysons Boxkampfstil nur noch Worte aus dem stammelnden Comic-Vokabular: „Biff! Zap! Pow! Er war wieder da."

Tysons urwüchsige Kraft und sein unbeugsamer Wille zu siegen haben „ihn zum gefährlichsten Mann in der Schwergewichtskategorie" gemacht, befindet die amerikanische Schriftstellerin Joyce Carol Oates in ihrem jüngst erschienenen Essay „On Boxing". Doch daß kein anderer Boxer weit und breit in Sicht ist, der den Jüngling aus Catskill im US-Staat New York derzeit stoppen könnte, liegt offenkundig nicht nur an seiner Kraft. „Er schlägt Kombinationen, die ich nie zuvor gesehen habe", sagt beispielsweise der amerikanische Erfolgstrainer Angelo Dundee, der Muhammad Ali bei dessen Auf- und Abstieg betreute und beobachtete.

Ende vorletzten Jahres saß Dundee in der Ringecke von Trevor Berbick beim Kampf gegen Tyson. „Wann haben wir schon einen Boxer gesehen, der eine Rechte auf die Niere schlägt, unmittelbar danach einen Uppercut durch die Mitte, gefolgt von einem linken Haken, so schnell, als würde er eine Pistole abdrücken", schwärmte Dundee über Tysons Boxstil. Anderthalb Runden widerstand Berbick, dann war er seinen Titel los und Tyson, damals 20 Jahre alt, jüngster Schwergewichts-Weltmeister aller Zeiten.

Tyson sei in der Schwergewichtsszene „der Schimmer eines neuen Morgens, auf den die Boxwelt gewartet hat, seit Muhammad Ali sich in das Licht der untergehenden Sonne getrollt" habe, begrüßte damals Boxkritiker Dave Anderson, sonst ein eher nüchterner Beobachter, in der „New York Times" den neuen Champion, der neun Monate später auch die Konkurrenten der beiden anderen Verbände niedergekämpft hatte.

Der Mann aus der Morgenröte lernte schnell, daß ein wahrer Champion neben dem harten Punch andere ansprechende Marketing-Merkmale braucht. Zumal in Amerika zieht nichts besser, als wenn hinter dem strahlenden Heros noch der Junge von nebenan hervorlugt.

„Die Siege waren bittersüß für mich", sagt Tyson, „meiner Ma konnte ich die Zeitungsausschnitte meiner Erfolge nicht zeigen, und kein Cus war da, der meine Kämpfe hätte kritisch beurteilen können."

Mutter Lorna, sie starb 1982, und Cus D'Amato, sein Trainer, Ersatzvater und seit zwei Jahren tot, waren in Tysons Jugend die wichtigsten Bezugspersonen. Lorna Tyson – von Mikes Vater fehlt, zumindest öffentlich, jede Spur – zog ihren Sohn in den Schwarzengettos von Brownsville und Bedford-Stuyvesant im New Yorker Stadtteil Brooklyn groß. Mike sei „scheu und sanft" gewesen, betonte Lorna Tyson, er habe Brieftauben gehalten und „Gewalt verabscheut" – für einen Teenager gewiß nicht die besten Eigenschaften, im Getto-Alltag zu bestehen.

„Sie klauten mir meine Turnschuhe, meine Klamotten und verprügelten mich", erinnert sich Tyson. Den Beginn seiner Karriere muß man wohl auf jenen Tag datieren, an dem ihm ein Nachbarjunge eine seiner Tauben stehlen wollte und er zuschlug: „Es machte ungeheuren Spaß", sagt er mit seiner leicht lispelnden Stimme, „ich kloppte ihn windelweich und wurde alle Frustrationen los."

Die Szene wiederholte sich neun Jahre später in einem Boxring in Las Vegas gegen Berbick: „Da stieg ich hinein mit der Absicht, ihn zu zerstören. Hinter jedem Schlag steckte eine mörderische Absicht." Der Satz kommt mit beunruhigendem Gleichmut; milde ruhen seine Augen auf dem Gesprächspartner, kein Muskel scheint sich in der Erinnerung an den Kampf zu spannen.

Joyce Carol Oates hat den Boxring als jenen Ort beschrieben, an dem „die Gesetze einer Nation außer Kraft sind". Dort ließe sich töten, ohne im Sinne des Gesetzes zu morden.

Wie so viele Box-Größen vor ihm hat der Brooklyn-Boy Tyson die Gewalt als Karriere-Sprosse erfahren. Wie die Zerstörungswut gegen Berbick ihm den WM-Ruhm einbrachte, wurde er von den Mitgliedern der Gettobanden akzeptiert, nachdem er den Taubendieb verdroschen hatte. Die Gangs erkannten in Tysons Kraft eine Erfolgsgarantie für Überfälle auf Supermärkte und Passanten.

Tyson ging den beinahe schon klassischen Weg amerikanischer Boxer: In

Wenn Parkplätze wie Wiesen aussehen,

dann ist Beton der Grund dafür

Krakow Konzept, Rheinbach

Bisher waren Parkplätze nur für Autos da und deshalb waren sie versiegelt. Mit Rasensteinen oder Rasenpflaster aus Beton bleiben diese Plätze funktionstüchtig wie früher, zusätzlich aber bieten sie Natur und Grün neue Chancen. Ein Beispiel von vielen, wie man mit Beton zugleich umweltfreundlich und wirtschaftlich baut.

Beton

Alles über den werbeständigen, wohngesunden und wirtschaftlichen Baustoff Beton kostenlos anfordern. Stichwort: Minilex Beton

bei:
InformationsZentrum BETON
Postfach 510566
5000 Köln 51

Es kommt drauf an, was man draus macht

Schwergewichtler Ali, Holmes (1980)
Vom Ringrichter Kampfabbruch erfleht

einer Erziehungsanstalt kanalisierte ein Aufpasser, der ehemalige Profiboxer Bobby Stewart, die Wut und Aggressivität des Kraftmeiers. Stewart gab ihm die ersten Boxlektionen.

So gelehrig war der „schwer erziehbare" Tyson, der wegen seiner Einsilbigkeit überdies vielfach als „geistig zurückgeblieben" eingestuft wurde, daß Stewart sich alsbald gezwungen sah, „selbst zu trainieren, um die Fights mit Tyson zu überstehen".

Stewart stellte Tyson dem legendären Boxlehrer Cus D'Amato vor, unter dessen Anleitung schon Floyd Patterson und José Torres Weltmeister geworden waren. D'Amato sah sich den damals 13jährigen an und prophezeite ihm ohne Zögern, „eines Tages Weltmeister zu werden", wenn er auf ihn höre und seinen Anweisungen folge.

Der Boxlehrer wurde Tysons Bewährungshelfer, Trainer, Manager und Vormund. Tyson hörte zu und gehorchte, studierte besessen – bis heute – Hunderte Filme und Videobänder von Boxkämpfen und lernte vor allem Disziplin. „Egal wie gut du bist, ohne Disziplin bist du gar nichts", hatte ihm D'Amato eingetrichtert.

Diese Disziplin, verbunden mit oft verblüffender Unbekümmertheit und naiver Weltsicht, prägten das öffentliche Image des jungen Mannes: Box-Promoter pflegten das Bild vom erbarmungslosen Schläger, der aus der Vorzeit des Homo sapiens zu stammen scheint.

In seiner Anfangszeit als Profi boxte Tyson durchschnittlich alle drei Wochen. Jetzt, wo die Gegner knapp werden, verstreichen zwischen den Kämpfen schon mal Monate. In der Zwischenzeit „bin ich am liebsten unsichtbar". Der Champion unterscheidet sich kaum von irgendeinem Mr. Smith. Er sieht sich gern Videos an: „Boxkämpfe oder Karatefilme, oder ich gehe shopping. Das ist das Größte. Ich liebe Klamotten." 30 Versace- und 10 Armani-Anzüge (Größe 56) hängen im Schrank.

„Jungenhaft" sei er und „manchmal auch noch ziemlich unreif", findet er, doch im Ring spiele das keine Rolle, da ist er ganz sicher. „Es wird der glücklichste Tag meines Lebens, gegen Larry Holmes zu boxen, einen Mann, den ich bewundere." In der seltsamen Boxer-Logik fügt er hinzu: „Es wird ein Vergnügen sein, ihn zu schlagen."

Auch der 38jährige Holmes, inzwischen Großvater, ist siegessicher. „Tyson ist genau der richtige Mann für mich", prahlt der Veteran von 50 Profi-Fights, von denen er nur die letzten beiden umstritten gegen Michael Spinks verlor. Tyson werde ihn nämlich „nicht mit den Schlägen treffen, mit denen er die anderen malträtierte", begründet Holmes seine Zuversicht.

Daß er Tysons Rammbock-Schläge vermeiden muß, weiß Holmes besser als die meisten Menschen: „Jeder Schlag, der einen Boxer trifft, hat irgendeine Wirkung." Und, als erinnere er an das Schicksal des großen Muhammad Ali: „Ich will nicht, daß meine Kinder von mir sagen, ich sei etwas durcheinander." Diese Einsicht hatte ihn auch geleitet, als er Alis Comeback-Versuch 1980 vereitelte. So geschunden war ihm sein übergewichtiger und untrainierter Gegner erschienen, daß Holmes in der zehnten Runde mehrmals flehentlich den Ringrichter auffordernd zum Kampfabbruch angeblickt hatte.

Sollte Holmes am Freitagabend gegen Tyson in eine ähnlich mißliche Lage geraten, kann er auf solche Nachsicht nicht rechnen. „Der Ringrichter weiß selbst, was er zu tun hat", sagt Tyson, „ich bin im Ring, um zu boxen."

SEGELN

Schräge Vögel

Immer häufiger wird bei Regatten gemogelt. Dem Hamburger Skipper Thomas Friese droht eine zweijährige Sperre für Wettfahrten in deutschen Gewässern.

Der Anruf kam von der Londoner „Times". Ein Reporter wollte von Ulli Libor wissen: „Was sagen Sie dazu, daß ausgerechnet ein deutscher Skipper verdächtigt wird, ein Betrüger zu sein?"

Dem Vizepräsidenten des Deutschen Segler-Verbandes (DSV) fiel „zunächst nichts anderes" ein als die Entgegnung: „Wie bitte, das darf doch nicht wahr sein."

Es war so. Beim Admiral's Cup, der, wie alle zwei Jahre im Sommer 1987 vor dem englischen Cowes, im Ärmelkanal und in der Irischen See ausgesegelt wurde, war auf der für Österreich startenden „I-Punkt" des Hamburger Boutiquen-Besitzers Thomas Friese illegaler Ballast an Bord: Wasser.

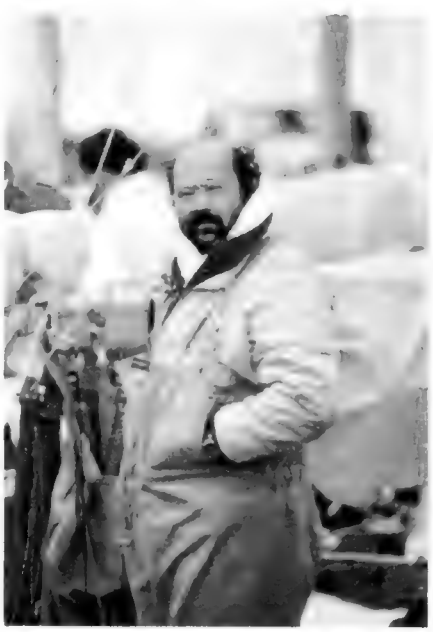
Heimlich und regelmäßig, so verriet ein reumütiges Besatzungsmitglied, der Australier Andrew Cape, zunächst der „Times" und dann den Rennorganisatoren, seien faltbare Plastiksäcke und -kanister an Bord geschafft und je nach Windstärke über Pumpen aufgefüllt oder entleert worden.

Durch dieses auf mindestens zwei Zentner geschätzte Zusatzgewicht konnte die „I-Punkt" härter am Wind gesegelt werden und ihre Geschwindigkeit dadurch um etwa 0,2 Knoten erhöhen. „Das scheint nur wie ein Klacks", so Libor, „schon bei einer Hundert-Meilen-Strecke ist es jedoch ein Brocken."

Die hehre Welt der Segler, meldete die „Times" am 31. August vorigen Jahres auf Seite eins, sei durch die Enthüllungen „auf der höchsten Ebene des Sports erschüttert worden".

Für die internationale Jury, die den Wasserfall verhandelte, war der Beweis der „groben Regelwidrigkeit" sowie der „groben Unsportlichkeit" erbracht. Das Urteil: Die Royal Yachting Association belegte Thomas Friese mit einem zehnjährigen Startverbot für alle Regatten in britischen Gewässern.

Am kommenden Wochenende befaßt sich auch das DSV-Präsidium mit dem Hamburger „I-Punkt"-Skipper. Friese drohen zwei Jahre Sperre für Wettfahrten im Bereich des Verbandes. „Er hat



Segler Friese
„Er hat einfach übertrieben"

Geschmack pur

Für eine Handvoll Dollar jede Menge Freiheit und Abenteuer.

Winter '87/88

USA-Flüge

Ab Düsseldorf

Los Angeles:
Mo. Do.
ab DM 1.469,–

Miami:
Do. So.
ab DM 1.299,–

New York:
So.
ab DM 999,–

San Francisco:
Mo. Do.
ab DM 1.469,–

Ab Frankfurt

Los Angeles:
Mo.
ab DM 1.469,–

Miami:
So.
ab DM 1.299,–

San Francisco:
Mo.
ab DM 1.469,–

Ab München

Los Angeles:
Do.
ab DM 1.469,–

Miami:
Do.
ab DM 1.299,–

New York:
So.
ab DM 999,–

San Francisco:
Do.
ab DM 1.469,–

Durch die Straßen von San Francisco schlendern, Miami Live statt Miami Vice erleben, die schönsten Seiten Amerikas entdecken – zu abenteuerlich günstigen Preisen. You're welcome!

LTU
INTERNATIONAL AIRWAYS

Urlaub auf der ganzen Linie.

einfach übertrieben", urteilte ein Präsidiumsmitglied, das Friese vor allem den Versuch anlastet, „die Segelwelt für dumm zu verkaufen".

Am 11. September etwa hatte Friese in einem Brief an die Londoner Organisatoren des Admiral's Cup um Nachsicht für sein Verhalten gebeten und zudem seine Regatta-Konkurrenten aufgefordert, künftig vom Betrug abzulassen. Doch bevor dieses Schreiben die Briten erreichte, war das Friese-Schiff erneut in Verdacht geraten: Diesmal soll der „I-Punkt"-Skipper bei der vor Kiel ausgesegelten Eintonner-Weltmeisterschaft Wasserballast an Bord genommen haben.

Das berichtete jedenfalls Crew-Mitglied Graeme Handley, ein Neuseeländer, vier Wochen nach der Anfang September beendeten Regatta schriftlich dem Kieler Yacht-Club. „Acht Meilen vor der Ziellinie", so Handley, „wurden die Plastikbehälter ausgeleert, in kleine Stücke zerschnitten und danach über Bord geworfen."

Nicht allein das Beweismaterial versank in der Ostsee, sondern auch die Illusion, daß im Segelsport nur Gentlemen an der Pinne stehen. „Betrug", bestätigte der Weltseglerverband IYRU, „ist in unserem Sport ein wachsendes Problem."

Bei den Olympischen Spielen werden die Segler zwar ständig von den Jury-Mitgliedern observiert. Mit Video-Kameras filmt die Konkurrenz beim America's Cup die gegnerischen Boote. Bootsumfang oder Segelgröße werden nachgemessen, jede Veränderung am Schiff wird argwöhnisch kontrolliert. Bei Langstreckenrennen aber, die oft über Nacht gesegelt werden, „läuft uns so mancher schräge Vogel aus dem Ruder", vermutet Libor.

Bei diesen bis über 380 Meilen führenden Wettfahrten – wie etwa bei der Eintonner-WM vor Kiel – wissen sich die Segler unbeobachtet. Statt den Motor lediglich anzuwerfen, um die zur Betreibung der Navigationsgeräte und Positionslampen erforderlichen Batterien aufzuladen, lassen einige Besatzungen folglich schon mal den Propeller mitlaufen.

Vor dem Start werden Rumpf, Ruder und Segelflächen vermessen, um den Rennwert für ein Boot zu ermitteln. Kein Konkurrent soll durch ein höheres Ballast-Gewicht oder größere Segel Vorteile erringen können. Differenzen werden bei verschiedenen Bootstypen durch „handicaps", Zeitgutschriften oder Abzüge, ausgeglichen.

Bis ins Detail ist deshalb festgeschrieben, wieviel Wasser etwa beim Admiral's Cup – legal – mitgeführt werden darf. Jeder Skipper weiß, daß etwa die Verlagerung von Ballast, gleich ob Tauwerk, eine Werkzeugkiste, Segel oder andere Ausrüstungsgegenstände, während des Rennens verboten ist. Dennoch: Kaum ein Skipper läßt sich die Chance entgehen, mit eben diesem beweglichen Ballast zu arbeiten.

Bei den deutschen Ausscheidungsrennen für den Admiral's Cup muß folglich inzwischen ein Teil der beweglichen Ausrüstung, etwa der Anker oder die Trinkwassertanks, plombiert werden. Ein Beweis mehr, argumentiert das Fachblatt „Yacht", „daß die Funktionäre bereits vor dem ‚I-Punkt'-Betrug wußten, was da draußen auf See geschieht".

Da tauschen Crews zuweilen – für die Nachtfahrt – ihre vermessenen Spinnaker heimlich gegen größere aus. Vor einer zu erwartenden Flautenfahrt werden die Batterien, so Libor, „aus Versehen" vergessen, ein Admiral's-Cupper wird dadurch um 80 Kilo leichter. In der „Yacht" konnten die Segler unlängst lernen, wie etwa die neun Besatzungsmitglieder eines Cuppers 180 Kilo illegalen Wasserballast an Bord nehmen können: Jeder der Segler trägt eine mit Wasser gefüllte Weste.

„Keine Illusionen" macht sich Segelfunktionär Libor: „Beinahe alle Regattasegler versuchen, jede Lücke im Regelwerk zu nutzen, und kreuzen hart an der Legalität", immer häufiger freilich, so der Silbermedaillen-Gewinner der Olympischen Spiele von 1968, „werden sie unverschämt".

Der Drang, die Konkurrenz auszutricksen, anstatt sie nach traditionellem Seglerbrauch im fairen Wettstreit zu besiegen, könnte eher zu- denn abnehmen. Die Industrie hat den elitären Wassersport als Werbeträger entdeckt, künftig soll beispielsweise bei Welt- und Europameisterschaften an 70 Prozent der Rumpfflächen und am Spinnaker Werbung erlaubt sein.

„Geld", prophezeit Peter Tallberg, der finnische Präsident des Weltseglerverbandes, „wird beim Segeln eine immer größere Rolle spielen."

Skipper wie der umstrittene Thomas Friese, der sein Schiff nach seinen Boutiquen benannte, bringen bei Erfolgen auf hoher See auch den Firmennamen in die Schlagzeilen.

Oft genug werden Besatzungsmitglieder, rennerfahrene Segler aus aller Welt, gegen Bezahlung angeheuert. Diese Crews, vor allem wenn sie darauf spekulieren, auch beim nächsten Admiral's Cup oder vor San Diego im America's Cup an Bord zu sein, fühlen sich dem Skipper verpflichtet – sie schweigen, selbst wenn betrogen wird.

„Mit soviel Geschicklichkeit" sei an Bord der „I-Punkt" manipuliert worden, beteuert der Segelmacher Hubert Raudaschl aus dem österreichischen St. Wolfgang in einem Brief an das Präsidium des DSV, daß er während der ersten vier Wettfahrten vor Cowes nichts mitbekommen habe – obwohl „ich sozusagen als Skipper fungierte".

Friese-Jacht „I-Punkt": Illegaler Ballast an Bord

Erst zwei österreichische Segelkameraden, die Raudaschls Verteidigungsschrift in einer eidesstattlichen Versicherung bestätigen, hätten ihn nach der Rückkehr in die heimatlichen Berge aufgeklärt. Und entsprechend „schockiert" über den „Gangster-Stil" an Bord des von ihm geführten Schiffes war der Österreicher im nachhinein schon.

Trotz dieser Versicherung mochte die mit der Aufklärung des Falles befaßte Jury an die Unschuld der Österreicher nicht recht glauben. Ihr Fazit: „Alle Crew-Mitglieder wußten von dem beweglichen Ballast." Raudaschl erhielt eine siebenjährige Sperre für Wettfahrten in britischen Gewässern, fünf Jahre wurden davon zur Bewährung ausgesetzt. ◆

VISIONEN EINES NEUEN AUTOMOBILS: DIE NEUEN 5ER

„WIR SIND ÜBERZEUGT, DASS DYNAMIK, ÄSTHETIK UND PRÄZISION EINE PERFEKTE VERBINDUNG EINGEHEN KÖNNEN."

AB 23. JANUAR BEI IHREM BMW HÄNDLER.

Freude
am
Fahren

Münchner Philharmoniker, Chefdirigent Celibidache: Die Kollegen erblaßten vor Neid

„Legt Feuer in den Orchestergräben!"

Dissonanzen in großen Orchestern: In der Bundesrepublik fordert die Gewerkschaft eine Änderung des Tarifsystems, der Bühnenverein sperrt sich, ein Streik wird nicht mehr ausgeschlossen. In den USA hat der angesehene Orchestermanager Ernest Fleischmann sogar das Ende der traditionellen Klangkörper ausgerufen.

Feierlich treten sie in Erscheinung, die Herren im Frack, die Damen knöchellang gewandet. Feierlich nehmen sie Platz und ihre edlen Instrumente an die Lippen, unters Kinn, zwischen die Beine. Feierlich streichen, tuten, blasen sie sodann aus dem ewigen Born abendländischer Tonkunst – unsere Philharmoniker, unsere Symphoniker, alle unsere Klangkörper voll reiner Harmonie.

Doch die Harmonie ist dahin, das Gerede um Gefüge und Gehälter der Orchester längst nicht mehr feierlich: Seit die Orchestergewerkschaft Teile der Tarifverträge gekündigt hat, wird der Streit um den Wohlklang als öffentlicher Dienst schriller und selbst ein Streik denkbar.

„70 Prozent" jener rund 80 bundesdeutschen Orchester, die von Kommunen oder Ländern unterhalten werden, seien „unterbezahlt", beschreibt Rolf Dünnwald, Geschäftsführer der Deutschen Orchestervereinigung in der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, den „unglaublichen Mißstand": Die Bezüge dieser Musiker lägen „unter denen eines Grundschullehrers" – und da ist was dran.

„Wo steht denn geschrieben, daß sie überhaupt wie Grundschullehrer besoldet werden müssen?" kontert Dieter Angermann, Geschäftsführender Direktor des Deutschen Bühnenvereins: Die Rechnung der Gewerkschaft sei „Schwindel", die Musiker würden „angemessen" entlohnt, hätten „großzügige Arbeitsbedingungen" und „viele Möglichkeiten, ihr Einkommen aufzubessern" – auch nicht falsch.

Anders als bei den meisten Arbeitnehmern, die jede Woche eine feste Stundenzahl rackern müssen, wird die Arbeitszeit von Orchestermusikern nach Diensten berechnet. Ein Dienst besteht aus einer (höchstens dreistündigen) Probe oder einer Aufführung. In acht – durch den Spielplan naturgemäß unterschiedlich ausgelasteten – Wochen, so der Berechnungsmodus, darf ein Musiker insgesamt maximal 64 Dienste leisten. Macht pro Woche: durchschnittlich acht Dienste oder 24 Stunden – eine nicht gerade unzumutbare Bürde.

Spezielle Klauseln verschaffen den Musikern zusätzlich Erleichterung. Wegen des tariflich fixierten „Verbots der übermäßigen Belastung" beispielsweise buchen sie mancherorts längere Werke, wie etwa Wagners „Meistersinger", als Doppeldienst ab. Auch die zweistündige Busfahrt zu einem auswärtigen Auftritt werten sie als Dienst. Gelegentlich werden nach langen Theaterferien sogar mehrere „Einspieltage" als Dienste gezählt, damit sich „ein Geiger", wie Angermann lästert, „seine vom vielen Baden im Mittelmeer aufgeweichten Fingerkuppen daheim in Ruhe wieder härten kann".

Durch die geschickt manipulierten Dienst-Leistungen, das zeigt die Praxis, bleibt den Musikern genügend Frei-Zeit für Nebenjobs. Dann tingeln (Spieler-Jargon: „strippen") sie auf privaten Soireen von Bankern oder Industriellen-Gattinnen, untermalen Hochzeiten und Beerdigungen („Grab-Mucke") und gastieren, oft nach einem von ihnen selbst profihaft aufgezogenen Verteilersystem, reihum als Aushilfen bei Nachbarorchestern, die Probe für 150, die Aufführung für 200 Mark, Star-Instrumentalisten für weit mehr. Clevere Spieler tricksen sich darüber hinaus auch während der Spielzeit leicht kurze Privat-Tourneen durch die Welt zusammen.

Tatsächlich wirkt das Gehaltsgefälle, Folge einer Bezahlung nach der Mannschaftsstärke der Orchester, grotesk und ungerecht. Mitglieder der vier Orchester der untersten Tarif-Kategorie D mögen, bei 2500 Mark Anfangsgehalt, durchaus ein Zubrot nötig haben. Bei größeren Klangkörpern indes fängt schon das letzte Pult mit 3400 Mark an und steigert sich bis 4900 Mark. Dazu kommen sehr oft diverse Funktionszulagen und die

üblichen Segnungen des öffentlichen Dienstes. Stimmführer und Solobläser streichen eine bis zu 20prozentige Zulage ein, Konzertmeister ein besonders dickes Extra.

Wie sich solche Wohltaten durchsetzen lassen, hat der Dirigent Sergiu Celibidache vorgemacht. Mit dem ebenso achtbaren wie nebulösen Anspruch, die von ihm geleiteten Münchner Philharmoniker auf Weltklasse zu bringen, trotzte er der Stadt eine Gehaltsaufbesserung ab, die die Seinen weit über die absolute Tarifspitze A fn 1 hob und die Kollegen ringsum vor Neid erblassen ließ. Doch nicht lange, dann zogen das Bayerische Staatsorchester, die Bamberger Symphoniker und das Orchester der Deutschen Oper Berlin nach; mit Beginn der nächsten Spielzeit schwingt sich auch das Philharmonische Staatsorchester Hamburg in diese Gehaltskoloraturen auf.

„Verrückt und verfehlt" findet der Dirigent Christoph von Dohnányi, 58, dieses preistreibende Poker auf Kosten der Steuerzahler und ohne Rücksicht auf künstlerische Qualität. Dohnányi spricht aus Erfahrung: Bevor er 1984 das berühmte Cleveland Orchestra übernahm und an dessen Spitze endgültig zum Weltstar wurde, hatte er sich, als Intendant der Hamburgischen Staatsoper, jahrelang mit deren – demnächst üppigst dotiertem – Orchester herumgeschlagen und dabei häufig öffentlich über lasche Dienstauffassung, mangelnde Kooperation und Mängel in der Spielkultur beschwert – Mißstände, für die auch er letztlich vor allem das Gehaltssystem der bundesdeutschen Orchester verantwortlich macht.

In den USA, so erläutert Dohnányi im nachfolgenden SPIEGEL-Gespräch, richte sich die Bezahlung nach der Qualität des Orchesters, und diese sei, schon um die Sponsoren bei Spendierlaune zu halten, in Cleveland ungleich höher als durchweg in Deutschland, genau wie die Ausbildung gründlicher, die Motivation stärker und das Engagement echter. Schalmeien aus der Neuen Welt?

„Legt Feuer in den Orchestergräben!" hetzte dagegen letztes Jahr ein Kenner der US-Szene ausgerechnet amerikanische Musikstudenten auf: Die Nachwuchsspieler sollten sich, forderte Ernest Fleischmann, Verwaltungsdirektor des Los Angeles Philharmonic Orchestra und weltweit einer der angesehensten Manager der Branche, als „Brandstifter" betätigen und das klassische Symphonieorchester, laut Fleischmann längst „tot", niederbrennen. Diese traditionelle Institution habe sich überlebt, weil die Musiker frustriert, die Programme eintönig, die Dirigenten inkompetent und die Zuhörer gelangweilt seien.

Doch in seiner Brandrede zauberte Fleischmann gleich einen Phönix aus der Asche: die „Community of Musicians", eine Gemeinschaft aus wenigstens 150 Instrumentalisten, die er alle in einem großen Pool vereinigen und für viele verschiedene Aufgaben gleichsam auf Abruf bereithalten will.

Dieses Super-Orchester, so Fleischmanns Zukunftsmusik, solle je nach Bedarf zu einem gigantischen Klangkörper gebündelt, auf Normalformat verteilt oder in viele Mini-Ensembles gesplittet werden. Außerdem könnten von Fall zu Fall Spezial-Teams für alte oder neue Musik, Jazz oder Folklore abgesondert und pädagogisch begabte Spieler für Lehrzwecke freigestellt werden. „Die Qualität der Aufführungen" werde jedenfalls „besser als je zuvor".

Da hat nun wiederum Dohnányi seine Zweifel. Er sieht in Fleischmanns Vorstoß vor allem den wichtigtuerischen Machtanspruch eines künftigen Ober-Managers, dessen Reform keines der aktuellen Orchesterprobleme lösen helfe.

Dennoch: Während sich in der Bundesrepublik die Herren Philharmoniker, Symphoniker, Intendanten, Kulturdezernenten und Gewerkschafter mal wieder wegen klingender Münzen die Meinung geigen, gibt Fleischmann mit seinen Spreng-Sätzen endlich mal dem ganzen Betrieb tüchtig Zunder.

„Sprengsätze ändern nichts"

SPIEGEL-Gespräch mit Stardirigent Christoph von Dohnányi

SPIEGEL: Herr von Dohnányi, als Chefdirigent des Cleveland Orchestra sind Sie in den USA so etwas wie ein Top-Star. 1986 waren Sie mit Ihrem Orchester in Europa, letzten Herbst in Japan zu Gast, beide Male mit großem Erfolg. Hängt für Sie der Himmel voller Geigen?

DOHNANYI: Nein, aber im Cleveland Orchestra voller wunderbarer Geigen, und nicht nur das. Ich bin hier sehr glücklich, es ist eine phantastische Arbeit, eine fabelhafte Atmosphäre, Freundschaft mit Professionalität verbunden.

SPIEGEL: In der Bundesrepublik geht es derzeit wieder mal ums Geld: Die Orchestergewerkschaft fordert Gehaltserhöhung, der Bühnenverein sperrt sich. Werden die deutschen Orchestermusiker angemessen bezahlt?

DOHNANYI: Zu meiner Zeit, also bis 1984, glaube ich sagen zu können: ja. Wenn allerdings anderswo, unter vergleichbaren Umständen, die Gehälter aufgestockt würden, möchte ich dies auch den Orchestermusikern zubilligen.

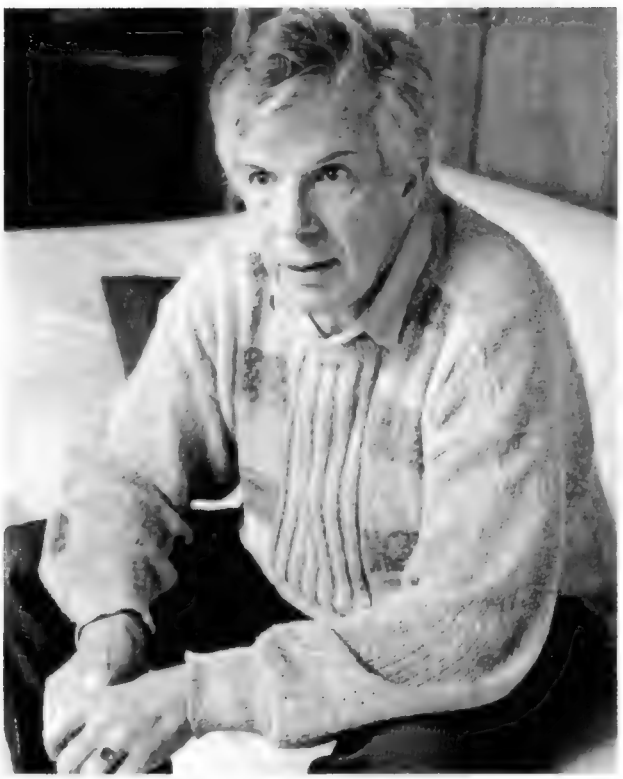
SPIEGEL: Finden Sie es richtig, daß der gute Cellist in Regensburg deutlich weniger auf dem Gehaltszettel hat als der gute Cellist in Hamburg oder Frankfurt?

DOHNANYI: Ich finde es richtig, weil es nun einmal aus vielen Gründen nicht anders möglich ist. Ob ich es gerecht finde, ist eine andere Frage. Jedenfalls bin ich mir sicher, daß der gute Regensburger Cellist früher oder später in Hamburg oder Frankfurt spielen und dann auch besser bezahlt wird.

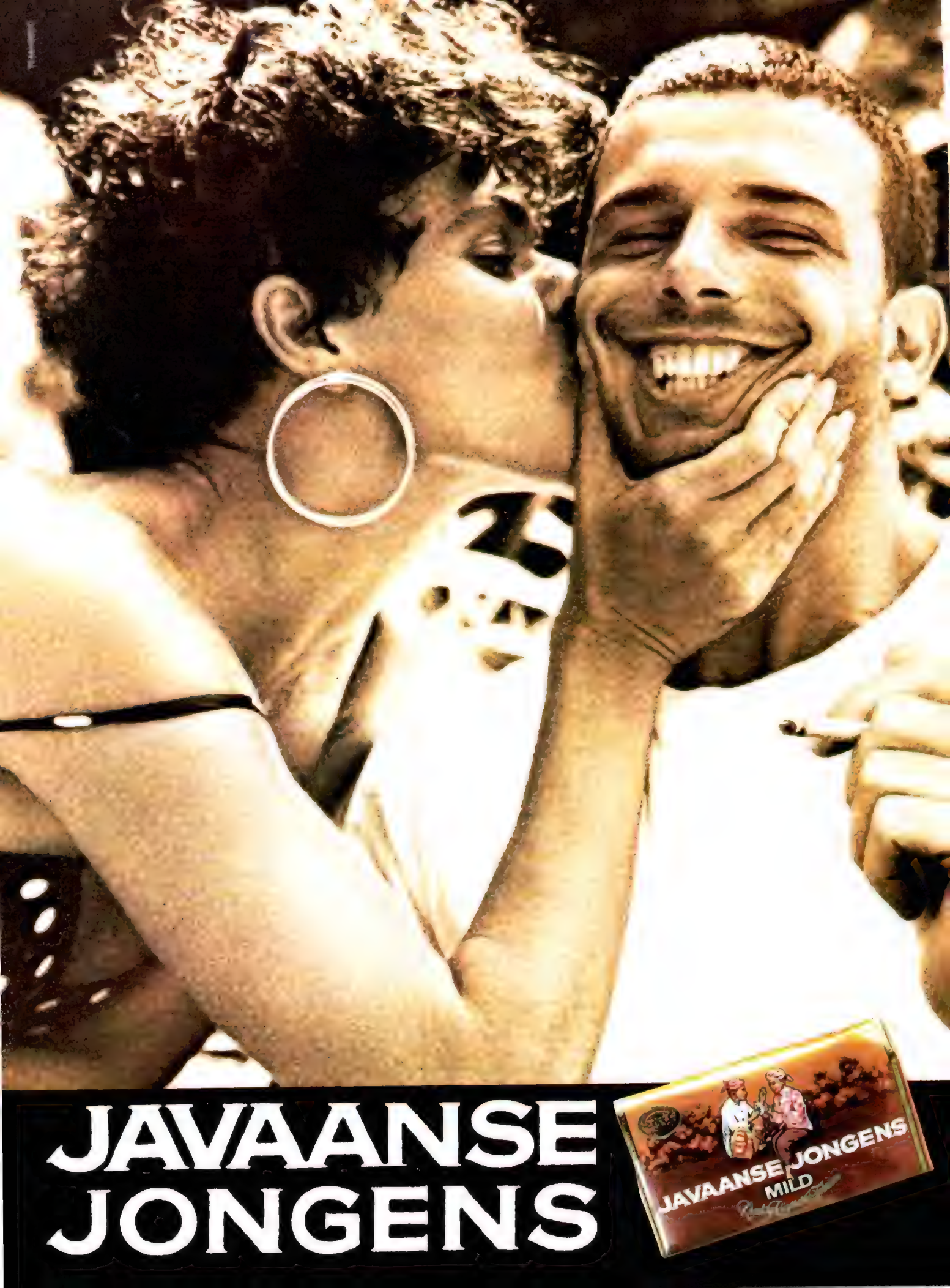
SPIEGEL: Wirken sich die ebenso oft behaupteten wie bestrittenen Nebengeschäfte der Musiker auf die Qualität der Orchester spürbar aus?

DOHNANYI: Da bleibe ich bei meinem hinlänglich bekannten Standpunkt: Ich war immer gegen alle Nebengeschäfte, die sich negativ auf den Betrieb, vor allem in der Oper, auswirken. Das ist vor allem immer dann der Fall, wenn Musiker aus anderen Orchestern als Aushilfen auftauchen, die die ganze Probenarbeit nicht mitgemacht haben.

SPIEGEL: 1984 haben Sie in Cleveland begonnen. Inzwischen scheint alles



Dirigent von Dohnányi
„Was macht der Musiker morgens zu Hause?"


JAVAANSE JONGENS
JAVAANSE JONGENS
MILD

Opern-Kritiker Boulez: „Sprengt sie in die Luft"

so glatt zu laufen, daß Sie ihren Vertrag bereits bis 1992/93 verlängert haben. Hat diese Harmonie Ihren tiefen Groll über die Hamburger Verhältnisse mittlerweile besänftigt?

DOHNANYI: Ach, wissen Sie, die Hamburger Geschichte sollten wir rasch abhandeln. Es genügt, wenn einer aus der Familie sich damit auseinandersetzen muß.

SPIEGEL: Sie meinen Ihren Bruder Klaus, den Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt?

DOHNANYI: Ja. Ein Problem in Hamburg war, unter anderen, mein Bruder. Der Politiker wollte Frieden, auch aus wahltaktischen und stadtpolitischen Gründen – Frieden in Oper und Konzert. Ich wollte aus künstlerischen Gründen Veränderungen, die in einem solchen Betrieb notwendigerweise mit Unfrieden verbunden sind. Den Intendanten „zum Anfassen", der die Oper nicht nur stadtpolitisch aus dem Gespräch brachte, den holte man dann später.

SPIEGEL: Was ist denn in Cleveland so ganz anders, abgesehen davon, daß Sie jetzt kein Opernhaus, sondern nur ein Orchester leiten?

DOHNANYI: Seitdem ich dieses Orchester in Cleveland dirigiere, habe ich noch nicht eine Minute erlebt – bei mir oder bei Gastdirigenten –, in der diese Musiker nicht ihr Allerbestes gegeben hätten. Das war ich von Hamburg nun wirklich nicht gewöhnt.

SPIEGEL: Bei Ihren Hamburger Querelen haben Sie sich gern auf einen Satz von Günther Rennert berufen: „Gehen Sie raus, und machen Sie sich unbeliebt!" Tun Sie das hier nicht?

DOHNANYI: Ich brauche mich nicht unbeliebt zu machen; denn die Ansprüche und Forderungen, die mich in Hamburg unbeliebt gemacht haben, die machen mich hier anscheinend beliebt.

SPIEGEL: Wie das? Musizieren Sie in Cleveland mit himmlischen Heerscharen voll Engelsgeduld?

DOHNANYI: Nein, aber einfach in einer viel sinnvolleren Orchesterstruktur. Natürlich hatten wir auch in Hamburg vorzügliche Musiker, gar keine Frage. Aber in Deutschland richtet sich zum Beispiel die Bezahlung der Orchestermusiker nach der Größe des Orchesters. Verrückt und verfehlt.

SPIEGEL: Mit dieser Meinung stehen Sie nicht allein.

DOHNANYI: Um so besser. Verrückt und verfehlt, weil ein Orchester mit 135 Mitgliedern an der Tarifspitze liegt, eines mit 98 erheblich darunter. Also geht es doch immer nur darum, die Orchester aufzublähen, damit die Leute Spitzengehälter beziehen und die Kommunen nach außen mit einem Spitzenorchester protzen – Spitze aber nur, was die Gehaltsklasse angeht. Die Qualität des Orchesters wird doch nicht durch die Größe bestimmbar.

SPIEGEL: Wieviel Mitglieder hat das Orchester in Cleveland?

DOHNANYI: Es hat 104 und läge damit in der bundesdeutschen Gehaltsstaffel vermutlich an dritter Stelle. Aber hier in den USA zählt nicht die Mitgliederzahl, sondern allein die Qualität des Orchesters. Wenn hier nicht erstklassige Arbeit geleistet wird, wäre die Existenz des Orchesters gefährdet.

SPIEGEL: Nach dem alten bösen Reim „Hire and fire"?

DOHNANYI: Der einzelne Musiker ist hier sozial genauso abgesichert wie in der Bundesrepublik und im restlichen Europa. Aber man verliert bei einem Qualitätsschwund das Interesse der Öffentlichkeit und damit das der privaten Sponsoren. Hier fragt man nach der größten Efficiency: Wann spielt ein Orchester am besten? Wenn die Musiker so viel wie möglich zusammenspielen, damit man Stärken und Schwächen gegenseitig kennenlernt. Die Leistung der Clevelander ist kein Mirakel, sondern ganz klar ein Resultat struktureller Vernunft: Das Orchester ist gerade so groß, daß jeder den anderen braucht und wirklich musikalisch kennt. Ein Aufschrei geht durch die Bundesrepublik, wenn in der Beckenbauer-Elf nicht die Richtigen zusammenspielen. Warum sollte das in einem Orchester nicht wichtig sein?

SPIEGEL: Und das war in Hamburg anders?

DOHNANYI: Ja, da haben die Stadtoberen einschließlich meines Brüderchens gesagt, wir brauchen ein größeres

Orchester-Kritiker Fleischmann: Alle Macht den Managern?

Hamburger Opernchef von Dohnányi (1979): „Genau wie auf dem Schwarzmarkt"

Orchester. Unfug! Separate Orchester für Oper und Konzert, das ließe ich gelten. Aber, sehen Sie: In Hamburg hatte ich zum Beispiel fünf oder sechs Flötisten. Die Möglichkeiten des Besetzungswechsels waren ungezählt. Wie kann man so Ensemble spielen? Meine Bläser hier in Cleveland spielen fast immer in gleicher Besetzung, und das ist besser für alle Beteiligten.

SPIEGEL: Nun, Herr von Dohnányi, scheint es uns aber an der Zeit, Ihre Clevelander Schalmeien mal ein bißchen zu stören. Die Orchester, in der Alten wie der Neuen Welt, sind faul und frustriert, sagt Ernest Fleischmann und beruft sich dabei auf Pierre Boulez, der 1967 im SPIEGEL gefordert hatte: „Sprengt die Opernhäuser in die Luft."

DOHNANYI: Wissen Sie, was Fleischmann bei seinem Vortrag im hiesigen Institute of Music behauptet und gefordert hat, kann mich nicht überzeugen und erst recht nicht erschüttern. Er hat seine Kritik nicht von der Musik her angesetzt – dem einzig legitimen Ansatzpunkt –, sondern von der Organisation. Das heißt: Alle Macht den Managern, und ich, der Ober-Manager, werde entscheiden und verteilen, wer was wann wo spielt oder nicht spielt. Er hatte doch schon Schwierigkeiten, *einen* Dirigenten für Los Angeles zu finden. Wie will er dann fünf oder sechs für seinen Pool zusammenbringen?

Wenn man einen großen Pool bilden würde, thronte darüber ein allmächtiger Manager wie die Glucke über den Küken. Schon bald würden in einem solch gigantischen Sammelbecken von 150 oder mehr Musikern wieder Hamburger Verhältnisse einreißen: Diese Musiker würden viel zu selten zusammen spielen, mit den bekannten abträglichen Folgen.

Ich bleibe dabei: Alles in einen großen Topf zu schmeißen und daraus den Musikbetrieb zu speisen, brächte nichts. Allenfalls ginge die in Deutschland geradezu einmalige Struktur der vielen kleinen und mittleren Opernhäuser und Symphonieorchester vor die Hunde.

SPIEGEL: Ist das nicht ein überlebter und in jedem Fall höchst kostspieliger Partikularismus?

DOHNANYI: Nein, es ist die Treue zu einer großen und erhaltenswerten Tradition. Wir brauchen doch nicht nur Spitzenorchester, sondern auch jene Mittelschicht, wo Spieler und Dirigenten erst zu Spitzenmusikern heranreifen können. Wo wir ansetzen müssen und wo auch Fleischmann ansetzen sollte, das ist bei der Ausbildung in den Musikhochschulen. Ich habe beispielsweise einmal angeboten, das Orchester der Musikhochschule Hamburg zu dirigieren. Gut, das Ganze fand, glaube ich, an einem Samstag statt, an einem sogenannten ungünstigen Tag. Was war? Da saßen ein paar Musikstudenten, darunter ein Oboer und zwei Zweite Violinen etcetera, und da habe ich gesagt: Servus, so kann man leider mit einem Studentenorchester nicht weiterkommen.

SPIEGEL: Und solche Erfahrungen machen Sie in Cleveland nicht?

DOHNANYI: In den ganzen USA nicht. Pierre Boulez war hier als Gastdirigent. Der ist nach den Proben rübergegangen ins Musikinstitut und hat da mit den Studenten zwei Stunden lang den ganzen „Sacre du printemps" von Igor Strawinski durchgearbeitet. Das meine ich mit Ausbildung und mit richtiger Motivation. In Deutschland führt mangelnde Motivation zu häufig zu dem Standpunkt vieler Orchesterleute, die selbst unter der Schlamperei, besonders an den Opernhäusern, leiden und sich dann sagen: Ich kriege mein Gehalt, egal wie gut oder schlecht ich spiele. Es muß schwer sein, bei deutschen Opernverhältnissen ein begeisterter Musiker zu bleiben.

SPIEGEL: Laut Fleischmann ist der Frust allerdings Allgemeingut, auch in den USA. Wenn die Musiker 24 Takte Pause haben, dann, sagt Fleischmann, gehen sie schnell mal zum Drink raus, sie quatschen im Orchestergraben, spielen Schach oder lösen Kreuzworträtsel.

DOHNANYI: Wenn solche Unsitten einreißen, hat das Orchester keinen starken Chefdirigenten. Irgendwas stimmt dann nicht. Wenn man wirklich als Musiker aufgewachsen ist und ausgebildet wurde, kann man nicht einfach Rätsel lösen anstatt Musik zu machen. Bei Herrn von Karajan oder Herrn Bernstein, um nur zwei große Namen zu

Pultstar Sinopoli: Kunstfeindliche Entwicklung?

nennen, würde kein Orchestermusiker in die Kantine gehen, wenn er ein paar Minuten Pause hat. Herr Fleischmann übertreibt.

SPIEGEL: Die Orchester in Bremerhaven, Hilchenbach oder Regensburg haben aber niemals das Vergnügen, unter besagten Größen zu spielen, sondern Orchester dieser Kategorie tun ihren Dienst womöglich unter Kapellmeistern, die ihnen noch den letzten Rest an Musizierfreude austreiben.

DOHNANYI: Das muß nicht sein . . .

SPIEGEL: . . . ist aber doch oft so . . .

DOHNANYI: . . . es muß nicht sein, wobei ich durchaus zugebe, daß schon eine unglaubliche Liebe zur Musik und sehr viel innere Disziplin dazu gehören, um mein Bestes zu geben, ohne daß je einer der Besten vor mir steht und dirigiert, ohne den Ruhm von Plattenaufnahmen und Fernsehauftritten und ohne den Beifall der Medien. Einfach nur den regelrechten Dienst tun.

SPIEGEL: Es läßt sich gut reden über Liebe zur Musik und über innere Disziplin. Aber wie, wenn da vorne einer rumfuchtelt, der vielleicht weniger Ahnung von der Musik hat als Sie selbst.

DOHNANYI: Ich kann mir schon vorstellen und kann auch nachempfinden, daß ein Musiker in solch einer Situation resigniert . . .

SPIEGEL: . . . und dann auf dem Notenständer den „Playboy" stehen hat, wie es Ihre Frau Anja Silja einmal beobachten konnte.

DOHNANYI: Das alles ändern Sie aber nicht dadurch, daß Sie, wie Fleischmann, einen großen Pool bilden und dann eben fünf mittelmäßige Dirigenten ans Werk setzen, die fünfmal, der Struktur entsprechend, mittelmäßige Musik machen. Ein ganz entscheidender Punkt ist doch auch die innere Verfassung eines Orchesters – wer dominiert da? Wenn da zehn Rabauken das Sagen haben, ziehen sich die anderen zurück, machen lustlos ihren Dienst und finden Freude bei Kammermusik oder ähnlichem. Aber damit ist dem *Orchester* nur wenig gedient.

SPIEGEL: Sprechen Sie bei den Rabauken aus Erfahrung?

DOHNANYI: Natürlich. Im Hamburger Orchester gab es solche Vorgänge und Erscheinungen, wo ein von einer Clique kommandiertes Verteilersystem für 1000 einträgliche Nebengeschäfte existierte.

SPIEGEL: Das ist nach unseren Recherchen keine Hamburger Spezialität.

DOHNANYI: Mag sein. Ich werde jedenfalls nie vergessen, wie ich bei einem Gastspiel in Moskau, in einem dunklen Tunnel zwischen unserem Hotel und dem Roten Platz, von Orchestermitgliedern angesprochen wurde, genau wie auf dem Schwarz- oder Rauschgiftmarkt, und mir gesagt wurde, daß es richtig sei, wie ich handelte, und daß ich durchgreifen sollte. Aber man könnte das aus Angst vor der Rache der anderen nicht öffentlich sagen.

SPIEGEL: Heute sind sich die meisten Herren Kapellmeister doch offenbar zu schade, richtig und ausdauernd mit ein und demselben Orchester zu arbeiten. Kaum haben sie einen Namen – von Können gar nicht zu reden –, dann tingeln sie in der weiten Welt herum. Wie soll der einzelne Orchestermusiker noch motiviert sein, wenn der Vorturner nur kommt, mit dem Stock wedelt, abkassiert und zum nächsten Engagement jettet?

DOHNANYI: Ja, das ist eine sehr große Gefahr. Wir haben einen sehr medienbestimmten Dirigentenmarkt und beobachten, wie große Talente schon in sehr frühem Entwicklungsstadium kaputtgemacht werden, weil Plattenfirmen oder andere Medien ihnen Aufgaben zumuten und zuschustern, denen sie überhaupt noch nicht gewachsen sind – eine wahrhaft kunstfeindliche Entwicklung.

SPIEGEL: Da es mal wieder die Medien sind – möchten Sie nicht einen Namen nennen, an wen Sie konkret denken?

DOHNANYI: Ungern, obwohl einer dieser Herren sich mal sehr wenig freundlich über mich geäußert hat. Sicher kann ein vergleichsweise junger Dirigent plötzlich zum Beispiel die Leitung eines großen Londoner Orchesters erben. Aber er muß dann dort auch wirklich kontinuierlich arbeiten und versuchen, etwas zu verändern und zu bewegen und dort zu bestehen . . .

SPIEGEL: . . . wir vermuten, Sie sprechen von Ihrem Kollegen Giuseppe Sinopoli.

DOHNANYI: Es geht mir nicht um eine bestimmte Person. Grundsätzlich sollte ein junges Talent mehr Zeit zur Entwicklung haben, sonst muß der Betreffende scheitern, und die Leidtragenden sind bloß die Orchestermusiker. Denn der gescheiterte Dirigent findet, hat er erst mal einen gewissen Namen und die Rückendeckung besagter Medien . . .

SPIEGEL: . . . in Sinopolis Fall die Rückendeckung der Deutschen Grammophon . . .

DOHNANYI: . . . ach, lassen wir doch Herrn Sinopoli in Frieden . . . also dann findet er rasch einen neuen, vielleicht noch publizitätswirksameren Posten . . .

SPIEGEL: . . . ja, den als Chefdirigent der Deutschen Oper Berlin.

DOHNANYI: Ich sage Ihnen, die Situation ist grotesk. Bleiben Sie eine für heutige Verhältnisse ungewöhnlich lange Zeit an einem Ort – ob Hamburg, Köln oder Frankfurt – und tun dort Ihre Arbeit mit Ernst und Erfolg, dann fragen doch die Lokalpolitiker, die diesbezüglich von nichts eine Ahnung haben, gleich: Warum ist der nicht woanders, will den sonst keiner? Ist man aber gefragt und beweist es, schimpfen sie genauso.

SPIEGEL: Kennen Sie so einen, dem das Pflichtbewußtsein angekreidet wurde?

DOHNANYI: Aber sicher, nehmen Sie Günter Wand. Der wird auf einmal

Dirigent Wand: Erst im hohen Alter Karriere gemacht

NICOLE WEHLING IM HAUS IHRER ELTERN IN ISERNHAGEN.

Kinder brauchen zum Spielen viel Platz und frische Luft. Nicoles Eltern haben sich deshalb den Traum vom Haus im Grünen erfüllt. Mit uns war die Finanzierung kinderleicht. Ein Beispiel von vielen.

Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft
Landschaftstraße 8
3000 Hannover 1
Telefon (05 11) 12 11-0

entdeckt, wie das ja heißt, mit über 70, obwohl er sicher nicht besser ist als mit 50. Nun heißt es auf einmal: Der Mann ist etwas Besonderes, der hat richtig gearbeitet, der war fest an einem Ort, nämlich in Köln, der hat nicht ständig hier und da gastiert. Hat auch nicht so ausgesehen, daß man gleich hätte sagen können oder mögen, das ist ein Porsche- oder Lamborghini-Fahrer. Er war Musiker und das viele Jahre hindurch „nur" in Köln, wo man ihn zuletzt geschmäht hat nach dem Motto „Ach ja, wir haben hier den ‚langweiligen' Wand".

SPIEGEL: Aber hat ihm – und da schließt sich doch der Kreis – nicht in Köln vor allem sein Orchester, das Gürzenich-Orchester, das Leben schwergemacht, weil er von diesem harte Arbeit und hohe Disziplin verlangte?

DOHNANYI: Sicher, Wand war nie ein bequemer Mann. Aber gerade deshalb hat er im hohen Alter noch regelrecht Karriere gemacht und viele preisgekrönte Schallplatten eingespielt. Ich freue mich für ihn. Bequeme Dirigenten sind oft auch zweitklassige Dirigenten . . .

SPIEGEL: . . . und wegen ihrer Bequemlichkeit eben auch bei manchen Orchestern sehr erwünscht.

DOHNANYI: Nicht bei den guten.

SPIEGEL: Zweitklassigkeit hin oder her. Einige Ihrer Kollegen sehen den wahren Feind des modernen Orchesters allerdings ganz woanders, nämlich bei den Gewerkschaften. Ist deren Einfluß denn wirklich verhängnisvoll?

DOHNANYI: Überhaupt nicht. An und für sich sind die Regelungen beispielsweise in der Bundesrepublik vernünftig, man kann gut damit arbeiten. Schlimm und im Negativen folgenreich ist, daß diese Regelungen, diese Verträge, von den Orchesterchefs gebrochen oder unterlaufen werden, die abhängig sind und deshalb um jeden Preis beliebt bleiben wollen.

SPIEGEL: Beliebt sein ist nicht verwerflich. Von diesem Narzißmus lebt der ganze Musikbetrieb.

DOHNANYI: Natürlich, es ist etwas Schönes, beliebt zu sein – so eitel sind wir alle. Ich habe in Hamburg nicht gern den großen Fighter gespielt. Aber ich sehe einfach nicht ein, daß man einem Orchester Zugeständnisse macht wie dieses: Ach, wenn ihr Armen abends 98 Minuten „Salome" von Richard Strauss spielt, dann braucht ihr natürlich morgens nicht zur Probe zu kommen. Da frage ich mich: Welcher Musiker hält das für angemessen und notwendig? Was macht der Musiker morgens zu Hause?

SPIEGEL: Vermutlich schläft er lange, frühstückt spät und freut sich seines Lebens im öffentlichen Dienst.

DOHNANYI: Gut, er schläft lange, genießt sein Privatleben, unterrichtet – alles okay. Aber er widmet sich nicht seiner Hauptaufgabe, der Orchesterarbeit in der Oper. Diese merkwürdigen Freiheiten und Freizeiten nehme ich übrigens nicht den Musikern übel, sondern den Intendanten und Direktoren, die sich darauf eingelassen und den Nebenvereinbarungen zugestimmt haben, die der Qualität des Orchesters schaden.

SPIEGEL: Sittenverfall bei den Musikern, Kompetenzverlust bei den Dirigenten, zunehmender Geldmangel bei den staatlichen Subventionsgebern – hat das klassische Symphonieorchester bei soviel Menetekeln denn überhaupt noch Zukunft?

DOHNANYI: Mit Sicherheit. Die Motivierung der Musiker muß schon bei der Ausbildung beginnen, dann kommt es erst gar nicht zu dem, was Sie „Sittenverfall" nennen. Die Zeit der großen Musikdirektoren, das muß man einfach sehen, geht wohl zu Ende, aus vielerlei Gründen; die Orchester werden sich mehr und mehr in eigener Verantwortung verwalten müssen und wollen. Und was die Finanzierung angeht, so wird jedenfalls auch in Deutschland wohl künftig das private und industrielle Mäzenatentum eine wichtige Rolle übernehmen. Der Staat wird irgendwann passen müssen, wenn es um weitere Kostensteigerungen geht.

SPIEGEL: Wie sind Ihre Erfahrungen mit privaten Sponsoren in den USA – reden die Ihnen gern rein?

DOHNANYI: Überhaupt nicht, noch nie. Ich habe volle Häuser, und das gibt mir völlige Freiheit der Programmgestaltung. Man schafft sich, das beweist meine Arbeit in Cleveland, nicht durch konservatives Gehabe ein gutes Publikum, sondern durch interessantes Musiktheater und durch interessante Programme in den Symphoniekonzerten. In Hamburg, wo ja überhaupt viel privates Getue und private Wichtigtuerei herrschen, haben sich gewisse Herren besondere Rollen angemaßt und so versucht, mir reinzureden. Das habe ich mir verbeten, mit all den bekannten Konsequenzen.

SPIEGEL: Während Ernest Fleischmann am liebsten in den Orchestergräben Feuer legen möchte, um die Institution Symphonieorchester auf dem Umweg über die Zerstörung zu festigen, geben Sie den Klangkörpern jede Menge Streicheleinheiten.

DOHNANYI: Nur wenn diese sinnvoll sind, also der Qualität unserer Orchester zugute kommen. Die Symphonieorchester, diese Enkelkinder einer Kreation des 19. Jahrhunderts, werden sich gewiß ändern, soviel ist klar. Aber mit Fleischmanns radikalen Sprengsätzen ändert man nichts, sondern man zerstört ein wunderbares Instrument. Wir alle, da bin ich mir ganz sicher, werden von den Symphonieorchestern überlebt werden, von den guten allemal.

SPIEGEL: Herr von Dohnányi, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Rock'n'Roll in der US-Provinz

Etwa 150 000 jugendliche Amerikaner toben ihre Energien als Freizeit- oder Profimusiker in Kneipen- und Garagenbands aus. Für sie ist Rock'n'Roll, anders als im Hollywood-Musikbusiness, noch immer ein Ausdruck von Frust und Rebellion. In seinem Film „Light of Day", der jetzt in Deutschland läuft, erzählt Regisseur Paul Schrader die Geschichte eines rockbesessenen Geschwisterpaars in der Industriemetropole Cleveland. Patti, gespielt von der US-Rocklady Joan Jett, und Joe (Michael J. Fox) mucken in einer Band und reiben sich auf an den Ansichten ihrer frömmelnden Mutter (Gena Rowlands). Trotz Längen überrascht Schraders Familien-Melodram durch die unverzuckert realistische Schil-

Schrader-Film „Light of Day"

derung des Arbeitermilieus, und entgegen allen genreüblichen Kino-Klischees winkt den Alltagshelden dieser Provinz-Szene nicht profitabler Ruhm, sondern eine Durchschnittsexistenz, die durch das Überlebensmittel Rock'n'Roll eine Zeitlang erträglicher wird.

Franz Kafka als Humorist

Die Götter der sogenannten ernsten Literatur – waren sie nicht manchmal auch zu gediegenem Blödeln aufgelegt? Der Satiriker Bernd Eilert beantwortet die irritierende Frage mit einem blasphemischen Ja und hat zum Beweis „Das Hausbuch der literarischen Hochkomik" zusammengestellt. Natürlich beschweren den Regalbieger (Haffmans Verlag, Zürich; 1580 Seiten; 50 Mark) Kostproben Seiner Heiterkeit Wilhelm Busch und des pfiffigen Lästermauls Jonathan Swift. Aber Eilert hat ihm auch den weithin verborgen gebliebenen Witz von Melancholikern wie Charles Baudelaire und düsteren Skeptikern wie Gottfried Benn einverleibt. Und sogar der traurige Dichter Franz Kafka ist mit einer Prosa („Der Dorfschullehrer") vertreten, an welcher der Herausgeber mit Recht rühmt, in ihr werde „permanenter Unsinn" geredet. Das Buch ist hochkomisch wie die Kritiker, die es mit vollem Ernst verreißen.

Guttuso-Gemälde „Caffè Greco", 1976

Kulturgeschichte des Kaffees

„Dieses nachgemachte Blut ist so balsamisch abgekocht", schwelgte ein deutscher Dichter zu Beginn des 18. Jahrhunderts: Er sprach vom Kaffee, der gut 100 Jahre nach ersten Gerüchten vom wundersamen „schwarzen Trank" aus dem Orient zum populären Genußmittel in Europa geworden war. Eine neue, reich illustrierte Kulturgeschichte untersucht den Weg des Kaffees vom Modezum Alltagsgetränk, das im 17. Jahrhundert die Morgensuppe vom Frühstückstisch verdrängte (Ulla Heise, „Kaffee und Kaffeehaus", Olms Presse; Hildesheim-Zürich-New York; 248 Seiten; 78 Mark). Besonderen Wert legt die Autorin auf die von der Forschung vernachlässigte Geschichte des proletarischen Kaffeehauses wie des einstigen Berliner „Café Filzlaus", von dem nur noch eine winzige Bleistiftskizze Heinrich Zilles überliefert ist.

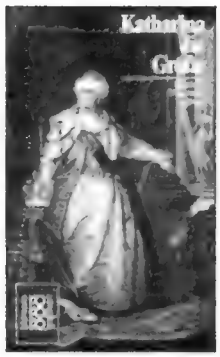
Zürcher Werbeplakat, 1920

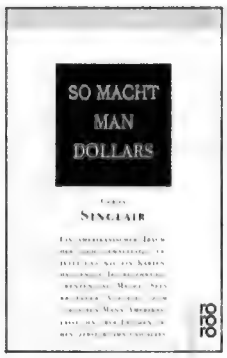
„The Blech": Witz und Avantgarde

Das Trio nennt sich „The Blech" und besteht, wie der Name schon andeutet, aus kompetenten Spinnern. Die zweite „Blech"-LP, Titel: „Zip Zip" (Vertrieb: EfA), bestätigt die Absicht der in Bayern lebenden Musiker Hubl Greiner, Rupert Volz und Therofal, „Gewohnheiten zu brechen, um Phantasieräume zu schaffen". Ihre oft lärmend kakophonischen, orientalisch angehauchten, von Free-Jazz-Splitterklängen, New Yorker Tanzrhythmen und Nonsens-Texten durchzogenen Kompositionen passen in keine Stilschublade. „The Blech" fühlt sich der Tradition der Dadaisten verpflichtet (die erste LP ist Hugo Ball gewidmet), und diesem Einfluß ist es zu verdanken, daß die Gruppe die seltene Verbindung von Witz und Avantgarde stiftet.

Trio „The Blech"

Rowohlt im Januar





Rollentausch

«Mit solch gnadenloser Boshaftigkeit ist ein modischer, falscher Rollentausch noch nie beschrieben worden, und nebenbei erledigt die Elsner mit wenigen sarkastischen Portraits auch die ganze Kulturschickeria mit ihrer dröhnenden Banalität», schreibt das «Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt» über **Gisela Elsners** Roman «Die Zähmung» (12187/DM 9,80).

«Die äußerste Grenze»

Der neue Roman von **Anja Lundholm** beschreibt eine junge Frau, die aus dem KZ Ravensbrück befreit wurde und im Prostituierten-Milieu des zerbombten Brüssel überlebt (12146/DM 6,80).

Zarin von Rußland

Eine der faszinierendsten Frauen der Geschichte, **«Katharina die Große»,** wird von Reinhold Neumann-Hoditz in der Bildmonographie 392 (DM 9,80) vorgestellt. Damit sind beinahe 400 Titel erschienen bei «rowohlts bildmonographien», die in diesem Monat ihr 30jähriges Jubiläum feiern.

«Streifen am Himmel»

hinterließen die Bomber der Alliierten im August 1944 über dem KZ Auschwitz-Birkenau. **G. L. Durlacher,** ein Überlebender, stellt in seinen Erinnerungen an Krieg und Verfolgung auch die Frage nach der Verantwortung der Alliierten (8383/DM 8,80).

Von Katzen und Elfen

Vom Star der Katzenfutterwerbung bis zur abgerissenen Streunerin – eigensinnige Wege geht die «Rote», Heldin in **Fee Zschokkes** liebevoller Katzengeschichte «Sieben Leben hat die Katze» (12213/DM 6,80).

Die Geschwister Susan und Colin begegnen nachts dem Herrn der Elfen; damit beginnt die phantastische Geschichte um Zauber und Alte Magie von **Alan Garner,** «Der Mond von Gomrath» (5929/DM 7,80).

Harte Dollars

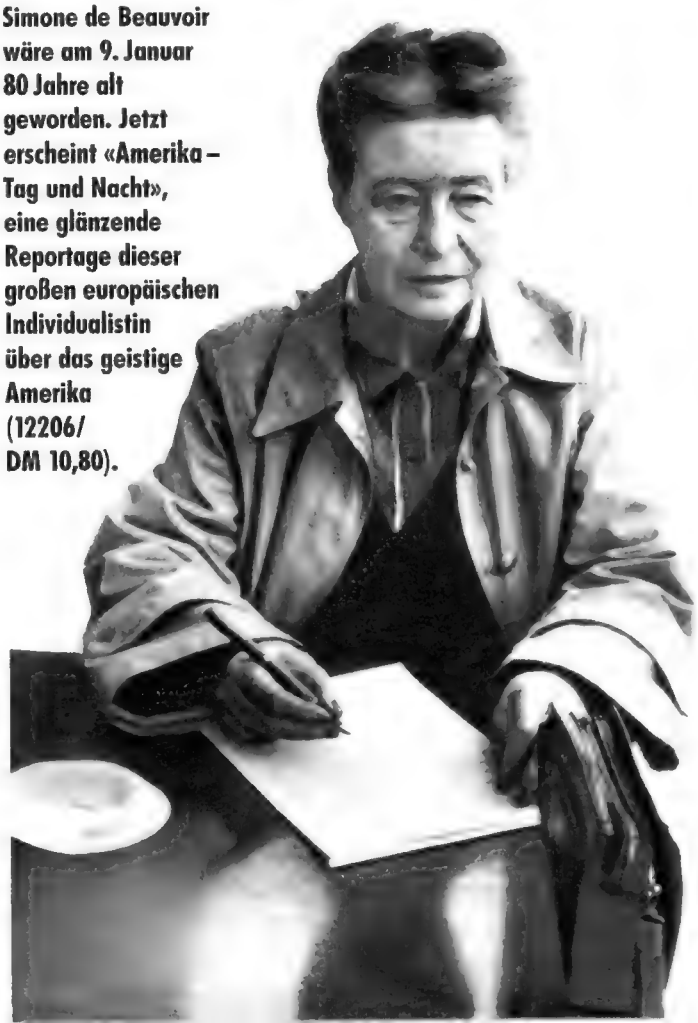
In seiner Gier nach Macht schreckt Jed Rusher vor nichts zurück. **Upton Sinclair** beschreibt seine Version vom amerikanischen Traum, der sich gewalttätig erfüllt und alles zerstört: «So macht man Dollars» (40024/DM 18,80) ist der neue Titel aus der Reihe Rowohlt Jahrhundert.

Neues bei «rowohlts enzyklopädie»

Edle Feste, eitle Gäste – in dem Band **«Öffentliche Festkultur»** beschreiben die Autoren die lebendige Vielfalt großer politischer Feste und Feiern von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg (462/DM 24,80).

Traugott König, Herausgeber der deutschen Ausgaben Jean-Paul Sartres, faßt Themen und Kontroversen des großen Sartre-Kongresses, der im Juli 1987 in Frankfurt stattfand, zusammen: **Sartre. Ein Kongreß** (475/DM 26,80).

Simone de Beauvoir wäre am 9. Januar 80 Jahre alt geworden. Jetzt erscheint «Amerika – Tag und Nacht», eine glänzende Reportage dieser großen europäischen Individualistin über das geistige Amerika (12206/DM 10,80).



Leben fürs Theater

Ida Ehre, die große alte Dame des deutschen Theaters, erzählt ihre Memoiren: «Gott hat einen größeren Kopf, mein Kind...» (12160/DM 8,80).

Hilfe für Therapeuten

Das Handbuch für Gesprächshelfer und Moderatoren gibt praktische **«Klärungshilfe»** in schwierigen Gesprächen. Tips und Anleitungen, die weiterhelfen, wenn nichts mehr zu gehen scheint (8406/DM 14,80).

Der erste Phil Parker

Phil Parker ist ein Held, weil ihn die Kugel erst nach Seite 200 erwischt. Ordnungshüter jagen Terroristen und alles, was sie dafür halten. Phil mittendrin und allein gegen alle im neuen Thriller von **Norbert Klugmann,** «Die Hinrichtung» (2837/DM 7,80).

«Mauersprünge»

von Ost nach West und umgekehrt – das Lesebuch über besondere Berliner Verkehrsformen schildert Grenzgänge, Liebesreisen, Stadtansichten. Neu bei Panther (12256/DM 9,80).

rororo

Der erste deutsche Taschenbuch Verlag

Kreide gefressen

IBM will gemeinsam mit Steve S. Chen, einem Ausnahme-Talent unter den Computer-Konstrukteuren, einen Rechner der Superlative bauen.

Keine Aktionärsversammlung vergeht ohne die Frage an Seymour Cray, was aus der Firma Cray Research werden solle, wenn ein Lastwagen den Firmeninhaber Cray überrolle: Auch ihn, pflegt der 61jährige Erbauer der schnellsten Computer der Welt zu erwidern, schrecke diese Vorstellung.

Immerhin, lange Zeit gab es eine Rückversicherung für den Gottvater der Supercomputer-Branche und seine Firma in Minneapolis (US-Staat Minnesota): Seit 1979 formte auch Steve S. Chen, Gottsohn in der Elektronenmagier-Hierarchie, neben Cray Kunstwerke aus Chips und hauchte ihnen Leben ein.

Doch im September letzten Jahres zerbrach das kongeniale Gespann. Enttäuscht über die Firmenpolitik, kehrte Chen der Firma Cray Research den Rücken. Der Weggang des 43jährigen Ausnahme-Konstrukteurs erschütterte den bedeutendsten Supercomputer-Hersteller der Welt, Cray-Aktien büßten jäh von ihrem Glanz ein.

Zur Jahreswende dann, vier Monate nach Chens Abgang bei Cray, sorgte eine dürre Mitteilung aus der Kleinstadt White Plains im Staate New York für ein Nachbeben, das die gesamte Zunft durchrüttelte: Der Computer-Gigant IBM hatte sich mit dem Supertalent Chen zusammengetan.

Bis Ende März will IBM ein Vertragswerk besiegeln, das Chen an „Big Blue" binden soll. Wie aus der IBM-Zentrale in Armonk (US-Staat New York) verlautete, beteiligt sich der Welt größter Computerbauer an der Chen-Firmengründung „Supercomputer Systems Inc." in Eau Claire (US-Staat Wisconsin).

Gegen ein Beteiligungs-Paket von noch unbekanntem Umfang will sich IBM den Einblick in die Küchengeheimnisse des Supercomputer-Zampanos sichern. Eine Handvoll erlesener Experten aus dem IBM-Stall, so die weitere Übereinkunft mit Chen, soll dem gebürtigen Taiwanesen zuarbeiten.

Innerhalb von fünf Jahren soll aus der Verbindung des marktschweren Elefanten mit der cleveren Maus das erste Produkt Serienreife erlangen: ein Computer der Superlative, ein Zahlenfresser, der einige hundertmal schneller zu rechnen vermag als der derzeitige Weltmeister der „Numbercruncher" aus dem Hause Cray, der „Cray 2".

Chens Rezept für den geplanten Supercomputer: 64 Hochleistungs-Prozessoren sollen gleichzeitig gemeinsam an Programmen werkeln, ultraschnelle Lichtverbindungen sollen die klassischen Leitungsbahnen aus Draht ersetzen.

Eine nach diesem Prinzip arbeitende Maschine hatte Chen auch für seinen Ex-Arbeitgeber Cray entwickeln wollen. Doch dem erschien das (auf 100 Millionen Dollar Entwicklungskosten geschätzte) Konzept so gewagt, daß er das „MP"-(„Multiple Processor"-)Projekt stoppte. Für Chen war das Grund genug, Cray zu verlassen.

Daß ausgerechnet der als konservativ eingestufte Branchenriese IBM nun Chens Talente kaufte, überraschte die Experten. An der Seite des Top-Konstrukteurs wagt IBM gleich zwei große Sprünge in unsicheres Terrain: den Einstieg in den kleinen Zirkel der Numbercruncher-Hersteller und den Aufbruch in die risikoreiche „Parallel-Architektur".

Seit Seymour Cray 1976 mit seinem Rechner „Cray 1" erst mal einen Standard für Supercomputer setzte, hatte sich IBM auf dem fortan von Cray bestimmten Markt nur als zuwartender Beobachter eingefunden. Noch als IBM 1987 mit dem Modell „3090 – 600 E VF" einen eigenen Rechner der Hochleistungsklasse vorstellte, stand der Konzern zu seiner Kernaussage: Computer mit Parallel-Architektur für kommerzielle Anwendungen seien ein zu kostspieliges und technisch riskantes Abenteuer.

IBM habe wohl „eine Menge Kreide fressen" müssen, um den Widerruf des Parallel-Postulats nun so glatt herauszubringen, spottete Danny Hillis, Enfant terrible unter den Supercomputer-Konstrukteuren. Big Blues Entscheidung für Chen, so Hillis, bedeute einen enormen Schub für die Parallel-Architektur: „Mit der Angst vor IBM im Rücken müssen sich nun alle sputen."

Chen, Mitarbeiter

Cray

Supercomputer-Konstrukteure*: Der Elefant geht mit der Maus

Die Experten sind sich mittlerweile einig: Nur durch das Verknüpfen zahlreicher parallel arbeitender Prozessoren in einem Rechenhirn läßt sich in den nächsten Jahren die von Industrie und Forschung gewünschte deutliche Leistungssteigerung erreichen.

Das bisherige, in den vierziger Jahren von dem US-Mathematiker John von Neumann erdachte Rechner-Prinzip, bei dem ein zentraler Prozessor die Informationen aus einem Arbeitsspeicher Schritt um Schritt abarbeitet, ist ausge-

* Mit Chen-Computer „Cray X-MP".

Auch international das erste Buch, das den geplanten Transfer von Markenimages systematisch analysiert:

IMAGETRANSFER

Ein Band der SPIEGEL-Verlagsreihe Fach & Wissen von Anneliese und Dr. Ralf Ulrich Mayer.

Für wen ist das Buch geschrieben?
Für alle, die die Markenführung beeinflussen: Produktmanager, Werbefachleute, Designer.

Und was nützt es dem Leser?
Es aktiviert, erweitert das markenstrategische Repertoire. Es führt schneller, rationeller, effektiver zu alternativen Realisierungsmöglichkeiten des Imagetransfers. Es vervollkommnet die professionelle Arbeitsweise: man findet zahlreiche Anhaltspunkte zur Erstellung von Checklisten im Einzelfall, für die Marktforschung. Darüber hinaus werden entscheidungsorientierte Handlungsanweisungen entwickelt.

Umfang: 186 Seiten mit zahlreichen Abbildungen.

Schutzgebühr: DM 36,–.

SPIEGEL-Verlag, Vertriebsabteilung, Postfach 11 04 20, 2000 Hamburg 11.

Lieferung gegen Vorkasse, im Inland portofrei. Überweisungen mit dem Vermerk „Imagetransfer" bitte auf das Konto Nr. 1413004 (BLZ 200 304 00), Bankhaus Marcard, Stein & Co., Hamburg.

reizt. Mit ihren Kunstwerken Cray X-MP und Cray 2 hatten Seymour Cray und sein Adlatus Chen dieses Von-Neumann-Prinzip an seine Grenzen getrieben. Im Cray X-MP etwa, Chens letzter Schöpfung, besorgen schon vier Prozessoren das Rechengeschäft: Sofern die Programme es erlauben, teilen die Prozessoren ihre logische Verrichtung untereinander auf und erreichen so die Rekordmarke von mehr als einer Milliarde „Gleitkomma-Operationen pro Sekunde" (so das Leistungsmaß der Superrechner-Branche). Maschinen dieser Leistung wurden bislang weltweit nur von fünf Anbietern geliefert – außer Cray tummelten sich bisher nur Control Data und drei japanische Firmen in dem Markt.

Mit der Vier-Prozessor-Technik verfügte die Firma Cray, die derzeit zwei Drittel des Bedarfs an Supercomputern in der Welt deckt, gleichsam über eine Vorstufe von Parallel-Architektur. Mehr als vorsichtige Schritte hin zu 8, später 16 Prozessoren aber erscheinen Cray vorerst noch als zu riskant.

Die bislang radikalste Abkehr vom klassischen Prinzip hat vor nahezu zwei Jahren der erst 30jährige Computer-Konstrukteur Hillis gewagt. 1983 gründete er in Cambridge (US-Staat Massachusetts) die Firma „Thinking Machine Corp." und stellte 1986 seinen Parallel-Computer „Connection Machine" vor (SPIEGEL 39/1986): In dem mattschwarzen Rechenwürfel verdauen 65 536 Prozessoren gemeinsam jeweils in Häppchen zerlegte Programme.

Zu einem Preis, der etwa einem Viertel der gut zwölf Millionen Dollar teuren Cray-Computer entspricht, erbringt der elektronische Tausendköpfler vergleichbare Hochleistung. Bislang freilich eignet sich Hillis' Prozessor-Arbeitsteilung nur für wenige Spezialprogramme, etwa Strömungsrechnungen.

Chen dagegen möchte einen Parallel-Superrechner „für den täglichen Gebrauch" entwickeln, nicht eine „Rennmaschine für Teststrecken". Die Aufgabe verlangt nach dem Mut des Pioniers ebenso wie nach dem breiten Rücken eines Konzerns wie IBM.

Warum, so formulierte IBM-Forscher Abraham Peled eines der Parallel-Rätsel, laufen auf manchen Parallel-Rechnern einige Probleme hundertfach schneller ab, für die andere, vergleichbare Computer genausoviel Zeit wie eine Von-Neumann-Maschine brauchen?

Wie, so lautet eines der Programm-Dilemmas, soll in Parallel-Rechnern verfahren werden, wenn mehrere Prozessoren zur selben Zeit dieselbe Information aus den Speichern abrufen?

Als „philosophisches Geschwätz" kanzelte Hillis solche Bedenken zaghafter Gemüter ab. Mit Chens Auftritt, hofft der Spötter, werde das Gerede enden: „Den Knoten von Problemen haut man am besten mit ein paar Demonstrationen durch."

WERBUNG

Mehr Zoff

Deutsche Werbeagenturen ermuntern ihre Kunden zu härterer Gangart: Konkurrenten werden miesgemacht, in Anzeigentexten wird geholzt wie nie zuvor.

Einen sicheren Weg in die Trunksucht hat Thomas Rempen, Chef der Düsseldorfer Werbeagentur HSR&S/SMS, ausgemacht. „Bei einem ordentlichen Glas Cognac" solle sich nur jeder deutsche Manager mal eine Zeitschrift vornehmen und alle Inserate laut vorlesen. „Spätestens nach der zehnten Anzeige", fürchtet Rempen, „braucht er das zweite Glas." Und wenn er dann noch weiter durchhalte, sei er „am Ende sinnlos besoffen".

Rempen ist nicht der einzige, der die eigene Branche miesmacht. „Die meiste Werbung", kritisiert Michael Schirner von KKG in Düsseldorf, „ist unter dem Niveau der Leute, die sie erreichen soll." Allzuoft werde dem Konsumenten die Werbebotschaft mit dem Holzhammer eingebleut: „Platthypothesen auf Obertertianerniveau", so sieht es der Kölner Marktforscher Udo Reuter.

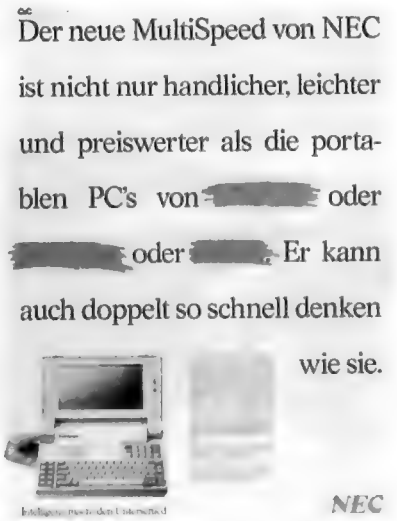
Die deutsche Werbewirtschaft, jammern ihre Spitzenkräfte, sei längst zu einem Tummelplatz stupider Reklame verkommen. Vorstände und Marketingmanager großer Konzerne würden durch ihre Vorliebe für biedere Kampagnen

Agentur-Chef Springer
„Noch härter rangehen"

Aggressive Werbe-Kampagnen: „Stets am Rande des Legalen"

den Trend in die Langeweile fördern. In der gesamten Bundesrepublik, klagt Erhard Bogdahn von der Frankfurter Agentur ABS, gebe es „nicht mehr als zehn Unternehmen, die Werbung richtig praktizieren".

Aber dafür gibt es nun immer mehr Ärger. Lautstark klotzen viele Firmen gegen die Konkurrenz, Pöbeleien in Anzeigen nehmen zu: Industrie- und Dienstleistungsfirmen rüsten zum ruppigen Schlagabtausch untereinander, die Anwälte bekommen neue Arbeit.



In den Anzeigen anderer Airlines, moserte beispielsweise die englische Fluglinie British Caledonian Airways in deutschen Zeitschriften, „lesen Sie wahrscheinlich mal wieder mehr oder weniger ein und dasselbe", zum Beispiel, daß einer der Mitbewerber „jetzt noch ein paar Peanuts mehr an Bord hat". Aber: „Warning", schlugen die Briten protzig Alarm, „using another Airline could be dangerous for your business." Als dann auch noch die deutsche Staatslinie angegriffen wurde („Jetzt fliegt uns auch die Lufthansa hinterher"), „gab es Zoff", berichtet Walther Kraft von der Frankfurter Werbeagentur FCB.

Attacke und Gegenattacke gehören zum neuen Ton nun auch beim Marktkrieg der Autovermieter. Als die Firma Sixt/Budget in überregionalen Tageszeitungen die Leser aufforderte, „nicht bei Luxorent oder Teurocar" zu buchen, konterte Konkurrent Autohansa: „Was wollen Sie mit einer Autovermietung, bei der Sie mit individuellen Wünschen das Nachsehen haben?"

Am heftigsten tobt der Werbekampf derzeit in der Automobilindustrie. Auf farbigen Doppelseiten zeigt Ford Wagen der Baureihen Orion und Escort, umlagert von staunenden Japanern. „Große Verblüffung in Fernost", texteten die Ford-Werber und zeigen einen vor Staunen ohnmächtig gewordenen Betrachter, während ein anderer Sohn Nippons auf die Knie sinkt und zum Samuraischwert greift – offenbar um angesichts der überlegenen Ford-Modelle seinem Leben als Automanager ein Ende zu setzen.

Die Japaner schießen zurück. In einer Nissan-Anzeige wird ein neuer Zwei-Liter-Motor gelobt, „der beispielsweise die derzeit im Dreier-BMW lieferbaren Vierzylinder allesamt ziemlich alt aussehen läßt". Umgekehrt macht wieder BMW (in der Hauszeitschrift „M") die Qualität ausländischer Zwölfzylinder-Wagen mies. „Limousinen wie der Jaguar XJ 12 hielten nicht immer die Balance zwischen Prestige und Praxis." Die (potentiellen BMW-)Käufer sollten doch nicht vergessen, daß „Zwölfzylinder immer auch alltagstauglich sein müssen".

Gefallen am rüden Umgang mit den Wettbewerbern finden mittlerweile Werbetreibende aller Branchen – es wird geholzt wie nie zuvor:

- ▷ McDonald's zitierte in ganzseitigen Inseraten einen angeblich neutralen Test-Esser, der „bei der Konkurrenz mehr als einen Reinfall erlebte".
- ▷ Das Herrenmagazin „Playboy" kanzelte die Blätter „Lui" und „Penthouse" verächtlich als „zwei abgeschlagene Verfolger" ab. Das Boulevardblatt „Hamburger Morgenpost" schoß gegen Springers „Bild" mit der Breitseite: „Wir erfinden keine Nachricht."
- ▷ Siemens machte Mitbewerber madig – „viele neue Herde gehören zum alten Eisen". An manchen Kochern sei „nur der Glanz neu, nicht aber der Stand der Technik".
- ▷ Die Computerfirma NEC fordert zum Vergleich mit anderen Produkten auf und liefert das Ergebnis gleich mit – das NEC-Gerät sei „handlicher, leichter und preiswerter".

„Sehr aggressive Werbung wird sich zunehmend durchsetzen", so Reinhard Springer von der Hamburger Agentur Springer & Jacoby. Auch mit der Optik springen manche Kampagnen den Betrachter ingrimmig an – so die Reklameserie von Citroën, bei der eine farbige Schöne mit wutverzerrtem, zähnefletschendem Gesicht den Turbo-CX als „Kurvenstar" mit „Muskelspiel" anpreist.

Häufig wandeln die Werber auf einem schmalen Grat zwischen Kreativität und Gesetzesbruch, „stets so am Rande des Legalen" (Springer). Wenn zu sehr auf die Konkurrenz eingedroschen wird, hagelt es Abmahnungen und Unterwerfungserklärungen.

Nach deutschem Gesetz ist die direkte vergleichende Werbung weitgehend verboten. Nur vorsichtig dürfen sich die Texter und Lay-outer an die Grenzen des Wettbewerbsrechts herantasten. Nicht selten wird gleichwohl mit voller Absicht das Gesetz verletzt. „Oft werden Konzeptionen gemacht", erklärt der Frankfurter Werbekaufmann Kraft, „nur um Abmahnungen und damit entsprechende PR zu bekommen." Trendsetter solcher Fetz-Kampagnen ist die Düsseldorfer Agentur Scope. „Wenn Sie

den auspacken, können alle anderen einpacken", trommelten die Werber für einen russischen Wodka – und mußten den Slogan prompt zurückziehen. Eine sofortige Abmahnung handelte sich die Agentur auch mit ihrer Krimsekt-Kampagne ein. Die Schlagzeile „Jetzt müssen sich Ihre Kunden nicht mehr nur mit Champagner begnügen" mißfiel den französischen Exporteuren; sie drohten mit ihren Anwälten.

Auch der Versuch, sich mit dem Kräuterhalbbitter „Balsam" an die seit Jahren bekannte „Jägermeister"-Kampagne dranzuhängen, brachte nur Ärger ein – wegen des Slogans „Auch für Meisterjäger und Forstgehilfen". Dennoch werten Scope-Mitarbeiter derartige Anzeigen als Erfolg, erst durch den juristischen Wirbel werde die Öffentlichkeit auf die Produkte richtig aufmerksam: „Das wird von uns gleich programmiert."

Mit spitzfindigen Formulierungen reizt vor allem die russische Automarke Lada die gesamte Konkurrenz. In ganzseitigen Anzeigen machte die Sowjetfirma zunächst artig darauf aufmerksam, daß „vergleichende Werbung in Deutschland verboten ist". „Dennoch", so die pfiffigen Lada-Werber, sei es ihnen gelungen, eine Gesetzeslücke aufzuspüren: „Mit unserem Rechtsbeistand haben wir Mittel und Wege gefunden, die Daten unserer ärgsten Konkurrenten zu veröffentlichen." Und schon folgt im Text, in Gestalt von vergleichenden Technik-Daten, der „direkte Schlagabtausch".

Die flotte Kampagne zahlte sich offenbar aus. Die backsteinförmige Sowjet-Schaukel, meldete die Hamburger Agentur Baader, Lang, Behnken, falle plötzlich auf „in der grauen Masse der variantkompakten Audifiestapolotoyotas".

„Wir würden gern noch härter rangehen", gesteht Werbemann Springer. Doch leider gebe es in den Führungsetagen der Firmen zu wenige Kunden, die „Mut haben und keine Hemmungen". Überhaupt werde in der Bundesrepublik die Bedeutung der Werbung immer noch vernachlässigt. Im Durchschnitt gäben die Unternehmen für Werbekampagnen drei bis fünf Prozent vom Umsatz aus. „Das ist doch Käse", kritisiert Springer, „nur wer 10 bis 15 Prozent reinsteckt, wird in Zukunft die Nase vorn haben."

LUFTFAHRT

Gefrorener Phönix

16 Jahre lag ein verunglücktes Forschungsflugzeug unter Schnee und Eis am Südpol. Nun fliegt es wieder.

Im fahlen Licht der antarktischen Mitternachtssonne hatte sich am Sonntagabend der vorletzten Woche die gesamte Belegschaft der amerikanischen Basis McMurdo Station am Flugplatz versammelt. Vier Minuten vor 23 Uhr brandete Beifall auf, die Flaschenkorken kalifornischen „Champagners" knallten in die trockene, minus 30 Grad kalte Luft des Südpolsommers.

Jubel und Schaumwein galten einem betagten viermotorigen Propellerflugzeug vom Typ LC-130 „Hercules", das Pilot Jack Rector, Commander der U. S. Navy, zuvor in fast fünfstündigem Flug aus der Tiefe des sechsten Kontinents nach McMurdo geflogen und sicher auf die Eispiste von Williams Field aufgesetzt hatte.

„Wir werden sie künftig ‚Phönix' nennen", gab Commander Rector bekannt: Wie in der griechischen Sage jener Vogel aus der Asche, so sei die propellergetriebene Hercules aus Eis und Schnee der Antarktis aufgestiegen – eine reichlich poetische Umschreibung für die Mühsal, die es gekostet hatte, den 16 Jahre lang tiefgefrorenen Metallvogel wieder flügge zu machen.

Passiert war das Malheur am 7. Dezember 1971. Damals hatte die Hercules, die einer französischen Antarktis-Expedition Nachschub gebracht hatte, kurz nach dem Start am Punkt „D-59" notlanden müssen. Zwei Motoren waren dabei so schwer beschädigt worden, daß es aussichtslos schien, die Maschine wieder flottzumachen. Sie wurde teilweise ausgeschlachtet, aus dem Inventarverzeichnis der Regierung getilgt und der südpolaren Umwelt überlassen.

Vor zehn Jahren besichtigten amerikanische Inspektoren die Unglücksstelle. Das Wrack war zu diesem Zeitpunkt schon tief verschneit, dank des trockenen und kalten Klimas jedoch von Rostfraß verschont geblieben. Trotz der Befürchtung von Skeptikern, die über die Jahre angehäuften Schneemassen könnten die Struktur der Maschine zerstört haben, schickte die National Science Foundation (NSF), die Amerikas Antarktisforschung betreibt, vorletztes Jahr ein sechsköpfiges Bergungsteam nach D-59.

„Wir mußten laut lachen", erinnerte sich Jim Mathews an die erste Reaktion des Bergungs-Teams beim Anblick des Wracks – nur noch die Schwanzflosse ragte etwa einen Meter hoch aus dem Schnee. Das Team begann dennoch zu buddeln, erst mit Spaten, später mit einem kleinen Bulldozer. Nach 23 Tagen lag das tiefgekühlte Flugzeug frei.

Letzten Herbst, zu Beginn des Südpolarsommers, rückten Flugzeugtechniker an. Sie überholten die Turbomotoren und Propeller und ersetzten die seinerzeit ausgeschlachteten Instrumente. Vorletzte Woche, wieder den Polarsommer nutzend, begann die letzte Phase der Eis-Bergung.

Notgelandeter „Hercules"-Transporter im Polareis: In 23 Tagen freigeschaufelt

Ganz aus eigener Kraft konnte die knapp 20 Jahre alte Hercules (mit nur 14 000 Betriebsstunden auf dem Flugschreiber) ihren Rückflug von D-59 dann doch nicht antreten. Wegen eines fehlenden Starters konnte Motor Nummer vier nicht angeworfen werden. Eine zweite C-130, die dem „Phönix" auch als Wegweiser vorausflog, wurde mit auf Hochtouren laufenden Triebwerken vor den lahmenden Flieger manövriert. Als künstliche Windmaschine setzte sie auch den vierten Propeller des Eisvogels in Drehung, der Motor sprang an. Nach einem kurzen Proberutschen über die Eispiste hob der brummende Metall-„Phönix" beim zweiten Startversuch problemlos ab.

Insgesamt kostete die Bergung aus dem ewigen Eis bislang eine halbe Million Dollar. Weitere neun Millionen sind nach NSF-Schätzung erforderlich, ehe das betagte Flugzeug wieder für die Antarktisforschung eingesetzt werden kann – immerhin 28 Millionen Dollar weniger, als die NSF für eine C-130-Neuanschaffung ausgeben müßte.

Am Anfang war der Schmerz

Eberhard Falcke über Christian Enzensbergers Roman „Was ist Was"

Christian Enzensberger, 56, Professor für Englische Literaturwissenschaft in München, hat das essayistische Werk „Größerer Versuch über den Schmutz" (1968) und die politische Ästhetik „Literatur und Interesse" (1977) veröffentlicht. – Eberhard Falcke, 38, lebt als Kritiker in München.

Von seinem „irrealen Leben" spricht Arthur Miller in seinen Memoiren wiederholt. Über dieses unwirkliche Leben hat er einen tatsächlichen Bericht geschrieben. Christian Enzensberger ist genau umgekehrt verfahren. Er hat eine Fiktion entworfen, um sich der Wirklichkeiten des eigenen Lebens zu versichern.

Enzensberger geht gründlich vor. Darum beginnt der Roman mit dem Anfang nicht nur einer, sondern zweier Geschichten. Der Anfang der einen liegt 50 Jahre und ein paar mehr zurück. Bei der anderen sind es an Jahren ein paar zehntausend: kein markierter Anfang, eher ein maßlos langsames Hereingleiten in den Gesichtskreis der Zurückblickenden. Über dem Anfang beider Geschichten liegt milchiger Dämmer. Hier ein Neugeborener, seine Welt und Nahrung: die Mutter, ein weicher weißer Berg. Da die Eiszeit: Vereinzelte Menschenhorden kleben an der Erde, stopfen in sich hinein, was ihnen greifbar ist.

Der erste Abschnitt von „Was ist Was" besteht aus drei Sätzen. Sie enthalten in Abkürzung den Plan des ganzen Unternehmens. „Zeit, zu handeln: es muß endlich etwas geschehen. Zeit, nicht zu handeln: es geschieht ja doch wieder nichts. Zeit, zu fragen, was warum geschah, warum nicht."

Handeln und nicht handeln: Erzählt wird die Geschichte vom dauernden Wechsel zwischen Bewegung und Stagnation, zwischen Fortschritt und Rückschritt, Holen, Verlieren und Wiederholen. Zeit, zu fragen, bleibt immer. Doch auch die Antworten kommen an kein Ende, wenn sie nicht zum Anfang zurückgehen. Die Suche nach der einen Ursache entdeckt hinter dieser eine andere und so weiter: Es ist ein Zurücktaumeln durch tausend falsche Wände, die unter dem Anprall der Frage zerbrechen.

Solcher Nachdruck ist in der deutschsprachigen Literatur augenblicklich selten. Meist lautet der Appell an die Leser entweder: Du sollst glauben! oder: Du sollst spielen! Glauben an gefälschte Voraussetzungen und Wahrheiten; spielen mit der wirklichen Unwirklichkeit der flimmernden Zeichen. Faulen Glauben und forcierte Späße sowie das Ansinnen, beides als ultima ratio zu nehmen – dergleichen erlaubt Christian Enzensberger sich nicht. Sein Ausgangspunkt ist stichhaltig: Am Anfang ist der Schmerz.

Der Nachdruck des Forschens führt hier also an den Anfang zurück – und zwar an den ursprünglichen. „Eine Geschichte mit dem Wehtun als Schlüssel": Dem Kind, aus dem Mutterleib herausgepreßt, widerfährt eine gewaltsame Ungleichzeitigkeit. Sein Körper erleidet die Abtrennung als Einzelwesen, lange bevor sein Bewußtsein denken kann: „Ich bin Ich". Wo vorher schaukelnde Einhüllung war, ist plötzlich Nichts; nichts, außer der Reaktion auf diesen Verlust: „Außer dem Wehtun nichts Wirkliches. Aber was verdammt tut da weh und wozu, worin liegt verdammt der Grund für dieses Wehtun, ein Nichts ist ein Nichts, wie soll daraus auf einmal ein derart wehtuendes Etwas geworden sein? Falsch. Das Wehtun kein Etwas, sondern ein Widerspruch." Kurz: Dieser Widerspruch erweist sich als haltbar, weil er äußerst wandelbar ist. So sehr, daß er auch nach 50, 60 Jahren von seiner Wirkungsmacht nichts eingebüßt hat. Soweit die Ebene der individuellen Biographie.

Christian Enzensberger:
„Was ist Was"
Greno Verlag
Nördlingen
612 Seiten
30 Mark

Neben die Geschichte seiner Ich-Figur stellt Enzensberger die gesamte Geschichte dieser seit je scheiternden Versöhnung: die Geschichte der Menschheit. „Der Plan: die zwei Geschichten, die keine sind, ineinanderfügen; zusehen, ob sie dann nicht eine werden."

Sie werden eine. Wenn auch nicht in jeder Hinsicht, so doch in einem Punkt. Das Gelenk zwischen persönlicher und allgemeiner Geschichte ist die Familie. Sie ist das Transportmittel des Immergleichen. Der Vater befiehlt; die Mutter verabschiedet ihre Illusionen; der Sohn hat sein Selbst zu verleugnen und sich dem Vatergesetz zu beugen: Ödipus-Allüren kommen überhaupt nicht in die Tüte. Für die Töchter beansprucht der Autor keine Zuständigkeit – wohl im Vertrauen darauf, daß sie ihre Geschichte inzwischen selbst schreiben.

Es ergibt sich folgendes Bild: Der Babba sitzt am *eibtis* und verwaltet so heilige Dinge wie das *buch*, die *biere*, den *beistiff*. Der Ma und dem *Istian* kehrt er geringschätzig den Rücken, was nicht heißt, daß er sie aus den Augen und ihnen ihre Freiheit läßt. Für den *Istian* ist der *bielbatz* da, wehe er erklimmt den *eibtis: wegda*. In der Babba-Welt macht der Babba die Gesetze. Den Babba am *eibtis* zu stören, getraut sich der *Istian* nur, wenn er Leistung vorzuweisen hat. Zum Beispiel wenn er aus *lötzen* das Bild von *Äppchen* und dem *Ösen Olf* zusammengesetzt hat. *Olf* heißt auch ein etwas älterer Nachbarsjunge, der alles besser kann als der *Istian*. Für den hat der Babba eine Schwäche. Als Stief- und Konkurrenzbruder wird *Olf* schließlich in die Familie aufgenommen. Später einmal wird er als berühmter Schriftsteller von sich reden machen.

Schriftsteller Enzensberger
Bielbatz für Istian

Das ist eine frühe biographische Phase. Die historische Parallelerzählung dazu umfaßt etwa: die Zeit der Jäger und Sammler und die Erfindung des Ackerbaus. *(Istian* betätigt sich ähnlich sinnreich im Sandkasten; wo *Olf* ihn herumkommandiert.) Wie der vom Mutterleib getrennte Neugeborene haben auch die ersten Männer unserer Gattung mit einem Handicap zu kämpfen: Verlust und Mangel sind ihr Weltbe-

beginn. Aber das ist der Motor, der alles voranbringt: „Die Leere und innere Hohlheit, die uns dazu zwang, das Neue zu suchen und zu erfinden und aus dem Nichts etwas zu machen."

Damit legen die Männer den Grundstein zu ihrem Erfolg, den die Welt so bald nicht mehr loswerden soll. Sie emanzipieren sich von der tumben Verblüffung über das mütterliche Ma-Ganze. Die Frauen sagen: „Das kommt und das geht." Die Männer wollen genauer wissen, wie das funktioniert. Sie experimentieren. Das Ergebnis ist praktische Erkenntnis: „Es kommt, wenn man es macht!" Sie entdecken die Methoden, sich die Welt zu unterwerfen, und stellen fest: Das Ma ist nicht das Ganze, nein, wir sind der Ursprung, weil wir ihn bewerkstelligen. Das Babba-Gesetz lautet fortan: Trennung von der Natur und Aufstieg zum Höheren.

Die Entwicklung der Menschengattung durch alle Zeiten hindurch und die Entwicklung des *Istian* zum Christian: Ein Stadium folgt auf das andere. Den Perversionen Neros gegenüber steht die Dekadenz der Familienordnung: Mutter und Sohn paktieren gegen den Vater – mit inzestuösem Einschlag –, der verabschiedet sich dafür mit einer Standpauke und kehrt erst Jahre später wieder zurück. Damit schließt der erste Teil des Romans, überschrieben: „Die Eroberung".

Zeitenwende: Im christlichen Abendland beginnt allzu vieles noch einmal ganz von vorn. Also: „Die Wiederholung" heißt der zweite Teil.

Ernst Haeckel, Entwicklungsbiologe, formulierte einst das „Biogenetische Grundgesetz": Die Entwicklungsgeschichte des Individuums ist die abgekürzte Wiederholung seiner Stammesgeschichte. Enzensbergers Parallelisierung von kleiner und großer Geschichte läßt sich auf einen verwandten Grundsatz bringen: Die Anpassungsdressur, der jeder einzelne unterworfen wird, ist die abgekürzte Wiederholung der Dressurgeschichte der ganzen Menschheit.

Nach dem Krieg – „der *didi*-Drang zu einem lebendigen Menschen hin" ist längst erwacht – verliebt der Jüngling sich in einen englischen Corporal, der durchbricht das Vatergesetz der Sohnesunterwerfung durch ermutigende Anerkennung. In der großen Geschichte nebenan wird Shakespeare abgehandelt. Hundert Seiten weiter. Das Lebensgefühl der fünfziger Jahre: Wiederholungen, *Les jeux sont faits, Warten auf Godot.* Parallel: Schopenhauer. 60 Seiten später: Drittes Reich – „Jede Vorstellung vom Allgemeinen hat sich in dem mörderischen Rückfall zerschlagen." Gegenüber der Hochschulprofessor. Zeit: siebziger Jahre. Giacomo, der Geliebte, sagt nach zwölf Jahren: *Ciao, Machs gut!* Außerdem muß der Zurückgebliebene feststellen, daß sein Fach, die Literaturwissenschaft, ihren Gegenstand verloren hat.

Soweit die zwei Geschichten des Romans. Das alles können nur knappe Andeutungen sein. Themenvielfalt, Stoffgehalt, Reflexionsweise, Stil, Erzählstrategie, Witz – das sucht seinesgleichen. Natürlich heißt das auch: Soll die Geschichte des Lesers, die er mit diesem Roman erlebt, glücken, sind Konzentration und Genauigkeit bei der Lektüre unerläßlich. Aber das muß niemanden abschrecken.

Auf seine Intentionen zugeschnitten erzählt Enzensberger einen Stoff – historischen, theoretischen, psychologischen – noch einmal, der bereits vielfach verbürgt ist. Offenbar läßt sich aber dieses weitgehend festgeschriebene Material – Geschichte, Geistesgeschichte, Erkenntnissysteme – nur bedingt im Erzählpro-

Bestseller

BELLETRISTIK

1	**García Márquez: Die Liebe in den Zeiten der Cholera** Kiepenheuer & Witsch; 39,80 Mark	(1)
2	**Simmel: Doch mit den Clowns kamen die Tränen** Droemer; 39,80 Mark	(2)
3	**Süskind: Das Parfum** Diogenes; 29,80 Mark	(4)
4	**Lenz: Das serbische Mädchen** Hoffmann und Campe; 34 Mark	(3)
5	**Ossowski: Wolfsbeeren** Hoffmann und Campe; 39,80 Mark	(5)
6	**Gordon: Der Medicus** Droemer; 44 Mark	(6)
7	**Fynn: Anna schreibt an Mr. Gott** Scherz; 16,80 Mark	(7)
8	**Süskind: Die Taube** Diogenes; 16,80 Mark	(9)
9	**Konzelmann: Der Diwan des Harun Al Rashid** Edition Weitbrecht; 38 Mark	(8)
10	**Allende: Das Geisterhaus** Suhrkamp; 38 Mark	(15)
11	**Miller: Zeitkurven** S. Fischer; 58 Mark	(11)
12	**Brösel: Werner – normal ja!** Semmel; 16,80 Mark	(14)
13	**McCullough: Die Ladies von Missalonghi** Heyne; 24,80 Mark	(13)
14	**King: Sie** Heyne; 19,80 Mark	
15	**Hemingway: Der Garten Eden** Rowohlt; 38 Mark	(10)

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom

zeß des Romans auflösen. Ausgerechnet das gehört aber zum Plan des Ganzen: Bekannte Elemente im Romandiskurs vollkommen zu verwandeln – als wäre es tatsächlich möglich, den Diskurs, dem sie entstammen, zu ignorieren. Kaum etwas wird mit seinem geläufigen Namen benannt. Beispiele: Christianisierung heißt Verhimmelung, Proletarier heißen Untersöhne, die Passage über das Dritte Reich ist überschrieben – ja, tatsächlich! –: Das Ma-Greuel.

Konsequent ist dieses Verfahren ohne Zweifel. Der erzählerische Forschungsgang in die eigene Geschichte erfordert eine eigene Benennungsarbeit. Über weite Strecken gelingt das auch aufs schönste. Da teilt die erneute Erfindung des Altbekannten tatsächlich Neues mit. In anderen Passagen allerdings mißlingt es. Da erscheint der Romantext nur als bemühte Maskierung jenes anderen Textes, der in Enzyklopädien, in Sach- und Fachbüchern nachzulesen ist.

Das sind Probleme der Konzeption. Sie verraten sich um so deutlicher, je konsequenter der Plan durchgeführt ist. Auch der wechselseitige Bezug der beiden Geschichten, der kleinen und der großen, birgt Schwierigkeiten. Vor allem bei zunehmender Annäherung an die Gegenwart stellt er sich manchmal nur mühsam her.

Allerdings hält Enzensbergers Roman einiges an Kritik aus. Möglichen Einwänden stehen fast immer Entdeckungen des Lesers gegenüber.

Der Roman kreist um die Frage, warum die Verhältnisse sich so beharrlich ihrer überfälligen Veränderung widersetzen. Die Erklärung dafür, daß alles beim Alten bleibt, liegt in folgender Klarstellung: Beim Alten handelt es sich nicht etwa um *das* Alte, sondern um *den* Alten. Die „Zwingburgen der Väterschaft" sind auf dem ursprünglichen Mangel errichtet, und der wird nie knapp. Darum: Haushalten in Gefühlswelt, Familie, Staat – der Babba wirds schon richten, und richten wird er insbesonders den Sohn, damit der später einmal dazu taugt, den Laden zu übernehmen. „Damit es etwas geben kann, darf es etwas anderes nicht geben, ganz einfach!"

Da das immer so weitergegangen ist, läßt sich folgern, daß das Prinzip Hoffnung ein falsches Versprechen war. Die hehre Rede davon eröffnet keinerlei Aussichten. Sie ist einfach eines von vielen Geräuschen auf der Tonspur des alten, abgenudelten „Unterdrückungspornos" mit automatischer Rückspulung. Freilich: Im Psycho-Haushalt hat Hoffnung weiterhin ihren Platz.

„Was ist Was" ist ein faszinierendes Experiment: Die Eroberung von Freiheit im Erfinden einer Gegengeschichte, durch die rehabilitiert wird, was im ewigen Drang zum Höheren untergegangen ist. „Das Untere kann auch schön sein! Dem will ich nach. Denn auch ich habe die Angst davor endlich verloren." Dieses Untere ist im wesentlichen gesellschaftlich zu identifizieren. Als regressiv stellt es sich in keinem Fall dar. Auch wenn Enzensberger beim Geburtsschmerz anfängt, hängt er nicht dem Traum aller schlichten Wiedergutmachungsutopien nach: Zurück zum wohligen Floaten im Fruchtwasser. Ganz anders: „Nicht mit mir! Soviel ist sicher. Ich lasse mich nicht hier miteinbalsamieren, in eure Therapien, eure Kosmetik. Was nachzuleben war, habe ich nachgelebt, das Ende der vorgebahnten Spur ist erreicht, ich kann mich fragen, *so oder anders?*"

Das steht im abschließenden dritten Teil – „Die Erfindung" – und heißt, streng genommen, nicht wenig. Die Gegengeschichtsschreibung ist mit diesem Roman ein Stück vorangekommen. ◆

SACHBÜCHER

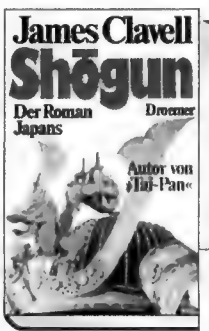
1	**Gorbatschow: Perestroika** Droemer; 36 Mark	(2)
2	**Schmidt: Menschen und Mächte** Siedler; 48 Mark	(1)
3	**Haffner: Von Bismarck zu Hitler** Kindler; 36 Mark	(3)
4	**Fisher-Ruge: Nadeschda heißt Hoffnung** Econ; 32 Mark	(5)
5	**Lindlau: Der Mob** Hoffmann und Campe; 36 Mark	(4)
6	**Norwood: Wenn Frauen zu sehr lieben** Rowohlt; 29,80 Mark	(6)
7	**Kronzucker: Unser Amerika** Rowohlt; 39,80 Mark	(7)
8	**Pu Yi: Ich war Kaiser von China** Hanser; 29,80 Mark	(8)
9	**Hoimar von Ditfurth: Unbegreifliche Realität** Rasch und Röhring; 39,80 Mark	(14)
10	**Capra: Das neue Denken** Scherz; 38 Mark	(13)
11	**Dambmann, Lange, Rohde: Mit Edmund Hillary durch den Himalaya** Herder; 39,80 Mark	(10)
12	**Däniken: Wir alle sind Kinder der Götter** C. Bertelsmann; 39,80 Mark	(9)
13	**Carnegie: Sorge dich nicht, lebe!** Scherz; 36 Mark	(12)
14	**Hoimar von Ditfurth: So laßt uns denn ein Apfelbäumchen pflanzen** Rasch und Röhring; 39,80 Mark	
15	**Hildebrandt: Was bleibt mir übrig** Kindler; 36 Mark	

Fachmagazin „Buchreport"

James Clavells
neue große Asien-Saga.

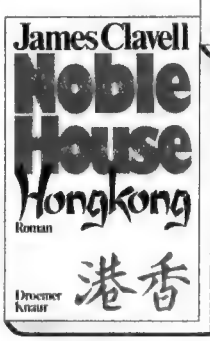
1008 Seiten. Geb. DM 44,–

Der Iran in den entscheidenden 24 Tagen nach dem Sturz des Schahs. Mit dem Atem des großen Romanciers und sicherem Gespür für dramatische Spannung hat James Clavell ein monumentales Mosaik komponiert, durch dessen vielfarbige Szenen trotz aller Aktualität die uralten Mythen Persiens und Vorderasiens schimmern.



Der Kampf englischer und chinesischer Geschäftsleute um eines der ältesten Handelsunternehmen Hongkongs.
878 S. Geb. 45,–

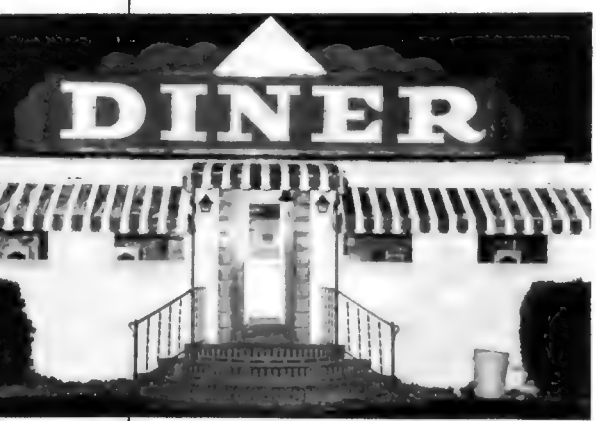
»Tai-Pan« – so nannte man Dirk Struan, der Hongkong zum »Juwel in der Krone Ihrer Britischen Majestät« gemacht hat.
798 S. Geb. 39,80



Clavells verfilmter Bestseller.
960 S. Geb. 42,–

Droemer Knaur®

„Empire"-Diner in New York



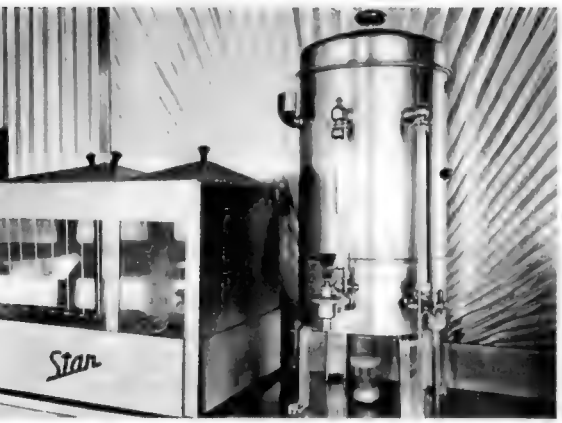
Diner-Eingang

Diner-Gäste, Diner-Interieur

Wundervolle Dinger

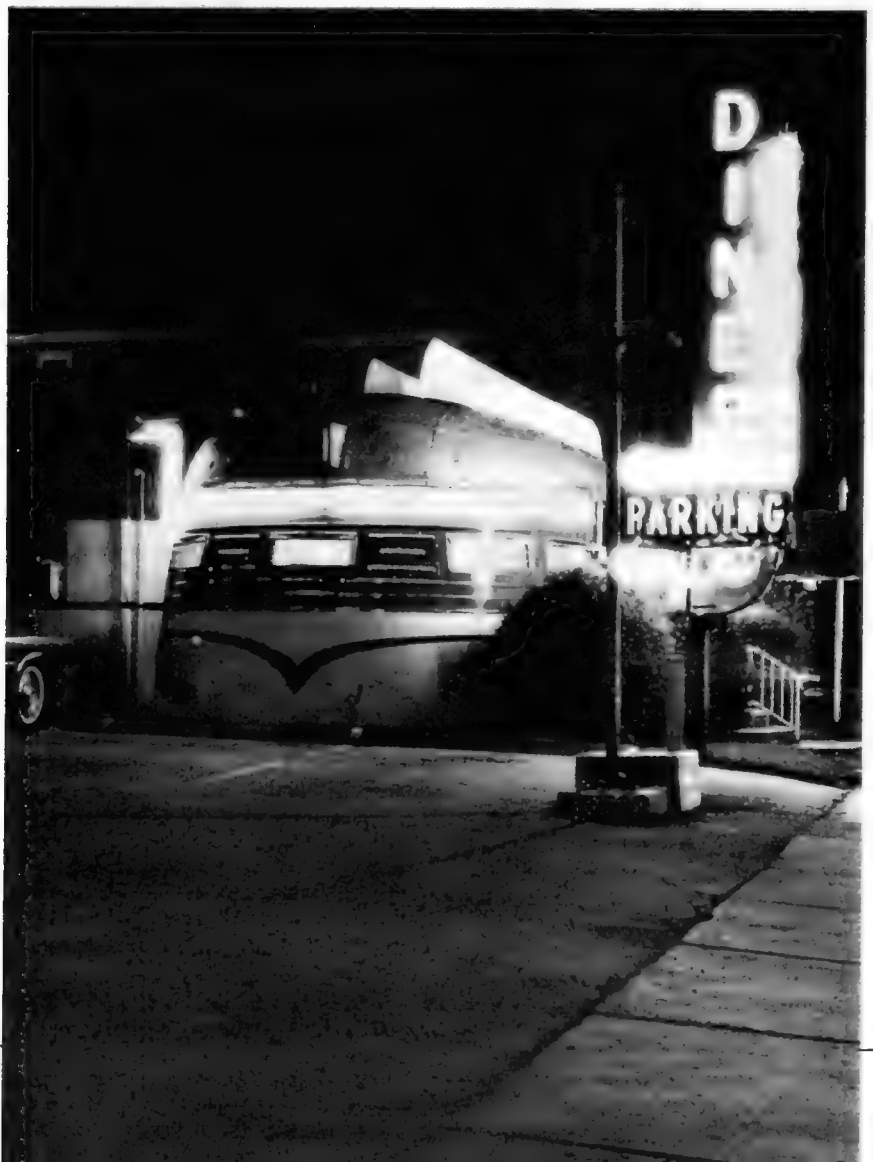
Der schickste, im Art-deco-Stil aus den vierziger Jahren, steht an New Yorks 10th Avenue, der mit wöchentlich 17 000 eiligen Gästen meistfrequentierte in Chicago und der am schönsten aufgedonnerte in San Francisco – der „Diner". Das uramerikanische Kulturgut ist aus rostfreiem Stahl vorgefertigt, mit Fliesen ausgelegt, einer Theke, Kunstlederbänken und kunststoffbeschichteten Tischen ausgestattet. Als „Eßplatz für jedermann" erfüllt der Diner seit Beginn des Jahrhunderts die elementaren Anforderungen der Amerikaner an ihre Gastronomie: Das mobile Restaurant konnte, ähnlich wie hierzulande über Wochenmärkte tingelnde Würstchenbuden, zum hungrigen Gast gebracht werden, gewährte schnellen Service zumeist rund um die Uhr und bot in aller Regel Essen à la Mama. Die an Speisewagen der Eisenbahn erinnernden Diners tauchten um die Jahrhundertwende vornehmlich in den Ostküsten-Staaten auf. Sie wurden, Autos gleich, massengefertigt und – von der Kaffeemaschine über Eisbox und Bratgrill bis zur Musikbox betriebsfertig ausgerüstet – mit Zugmaschinen zum Bestimmungsort gezogen. Kleinstädtische Geschäftsleute trafen sich in den Diners zum Arbeitsessen, College-Kids machten ihre Schularbeiten, und Trucker fühlten sich wie zu Hause, weil die Eßwagen stets gleich ausgestattet waren. 5000 dieser „wundervollen Dinger, die einfaches, billiges und magenfüllendes Essen" („Newsweek") servierten, standen zur Diner-Blütezeit in den fünfziger Jahren an den Main Streets und Highways. Ihre Zahl schrumpfte auf etwa die Hälfte, als Fast-

Diner-Bedienung, Diner-Essen



Diner-Ausstattung

„Moondance"-Diner in New York



Diner in Stromlinienform (l.), Diner-Theke

Restauranttyp „Diner"
Uramerikanisches Kulturgut

Food-Giganten wie McDonald's und Burger King mit ihren Hackkloßbrötchen in Mode kamen. Nun aber meldet der Verband der US-Restaurantindustrie achtprozentige Zuwachsraten bei den Diners und nennt deren Comeback „einen der heißesten Trends des Landes". Allerdings: Die neuen gleichen häufig nur äußerlich den klassischen Vorbildern, drinnen herrscht Nouvelle-Mampf-Chic. Ein Maître geleitet Gäste an reservierte Tische, und auf der Speisekarte stehen nun Lammkoteletts mit Minzsoße und marinierte Sellerieknollen – zu Nouvelle-Preisen, versteht sich.

Neuer „Fünfer"-BMW: „Mit diesem Auto machen wir uns unsere Konjunktur selber"

AUTOMOBILE

Hinten runter

Viel Vorschußlorbeer wird dem neuen „Fünfer" von BMW zuteil, der nun auf den Markt kommt.

Über eine drohende Rezession, eine Krise der Wirtschaft gar, können die Manager der Bayerischen Motoren Werke in München offenkundig nur lachen. Ja mei, eine Krise!

„Den Deutschen soll es so schlecht gehen?" fragte letzte Woche BMW-Chef Eberhard von Kuenheim, dessen Firma im vergangenen Jahr 460 000 Autos verkauft hat. Von Kuenheim gab auch gleich selber die Antwort: „Denen ging's noch nie so gut wie heute – was meinen Sie, wieviel Geld die hinlegen für einen 750er BMW!"

Nun können Autokäufer für eine weitere neue Generation von BMW-Kraftwagen gehörig hinblättern. Es sind die ofenfrischen Modelle der Fünfer-Baureihe, vom „520i" bis zum „535i", lieferbar in fünf Varianten, zu gesalzenen Preisen zwischen 38 500 und 62 000 Mark, bis zu 20 Prozent teurer als die Vorgängertypen.

Wer dem ersten Augenschein traut, wird wohl trotzdem den Kitzel des Kaufreizes zu spüren bekommen, so wohlschnittig ist das Kleid geraten – wie das eines luxuriösen Siebener-BMW in etwas kleinerem Format.

Wen schert es schon, daß dem BMW-Designer Claus Luthe wenigstens beim Entwurf des Hecks der Gedanke an das Mercedes-Benz-Vorbild den Federschwung beflügelt hat, wie so vielen anderen? Den Münchner Karosserie-Entwicklern gelang freilich eine bisher unbekannte Variante im Nachempfinden der Hochheck-Mode ihres Hauptkonkurrenten aus Stuttgart-Untertürkheim – sie haben die Linie des Mercedes-Coupés gleich mit einbezogen.

BMW-Chef von Kuenheim
„Wieviel Geld die hinlegen!"

„Mit diesem Auto machen wir unsere Konjunktur selber – das können wir uns, aufgrund der Vorausbestellungen, schon heute ausrechnen", meinte BMW-Arbeitsdirektor Franz Köhne jüngst auf der Premieren-Party. Weit über 20 000 Deutsche haben den Neuling „blind" geordert – das sind schon mehr Bestellungen, als BMW im ganzen letzten Jahr an alten Fünfern verkauft hat.

Die vertrauensvollen Blind-Besteller erwarben ein 4,72 Meter langes Vehikel, das eine ungewöhnliche Entwicklungsgeschichte hat. 1,7 Milliarden Mark wendeten die Münchner Ingenieure auf, um in fünfjähriger Arbeit den Neuling zur Reife zu bringen. Dabei übernahmen sie etliche Teile des Fahrwerks und der Karosserie von dem bereits bewährten Siebener-BMW. So kam es, daß der neue Fünfer in wichtigen Details „die härteste Erprobung gleich zweimal" (so Projektleiter Hans Heiland) durchstehen mußte.

Für den Antrieb griffen die Techniker auf modifizierte Motoren ihres Sortiments der Dreier- und Siebener-Klasse zurück: alles Sechszylinder-Triebwerke (vom 115-PS-Turbodiesel bis zum 211 PS starken 3,5-Liter); alle Benziner sind zu mehr als 200 km/h, der Typ „535" gar zu 235 km/h Geschwindigkeit fähig. Modernes Motormanagement sorgt dafür, daß trotz beträchtlicher Gewichtszunahmen von weit über 100 Kilogramm je Typ eine wirtschaftliche Fahrweise möglich ist. Andererseits blieb das von der BMW-Kundschaft als wichtigste Tugend geschätzte sportlich-spritzige Temperament nahezu ungeschmälert erhalten.

Die von BMW versammelten Autotester der Presse zeigten sich gerade von dieser Eigenschaft der komfortablen Münchner Schwergewichte derart angetan, daß manchem noch beim Abfassen der Testeindrücke über den neuen Wagen die PS durchgingen. Der Mann von „Bild" beispielsweise „riß" den Sechszylinder „durch enge Kurven", er „hetzte ihn durch tiefe Schlaglöcher", er „donnerte" ihn „über unbefestigte Randstreifen" und erteilte sodann „eine Eins für diesen Fünfer". Das Auto kann offenbar von jedermann ohne Bedenken gekauft werden.

Solcherart gepriesene Fahrleistungen kamen freilich nicht allein durch das gemeinsame Walten von kraftvoll stampfenden Hubkolben und modernen Fahrwerkelementen zustande. Vielmehr tat aerodynamische Feinarbeit (Ergebnis waren Luftwiderstandsbeiwerte von 0,30 bis 0,32, je nach Modell) ein übriges, und dies vor allem dort, wo das Auge des Betrachters nicht ohne weiteres hinblickt: am Unterboden.

Allein mit einer Glättung der vordem von Schalldämpfern und Katalysatorhül-

sen zerklüfteten „Kellerdecke“, das erkannten die um liebevolle Detailarbeit bemühten Techniker, war es nicht getan. Zwar sorgt der neuartige „Abrißspoiler“ an der Bugschürze für ein Unterdruckgebiet unter dem Motor, wodurch der Auftrieb gemindert wurde.

Es kam aber auch darauf an, diesen Bereich wiederum zu begrenzen, um störende, energiezehrende Verwirbelungen zu vermeiden. So beeinflußten die Aerodynamiker – in langwierigen Windkanaltests – die Strömung dergestalt, daß sie sich wie der Kamm einer Welle in der Mitte des Wagenbodens wieder ans Blech schmiegt.

Unter dem Heck wendeten die BMW-Ingenieure noch einen weiteren Trick an: Sie ließen den Boden rückwärts von der Hinterachse leicht ansteigen. Dadurch ergibt sich eine Art „Venturi-Düsen“-Effekt, der den Luftstrom beschleunigt; es entsteht abermals eine Unterdruckzone, die, so erläuterte Projektleiter Heiland, „das Auto hinten runterzieht“.

Als „Keimzelle für das Wachstum des ganzen Unternehmens“ feierte der BMW-Vorstandsvorsitzende von Kuenheim seine Fünfer-Baureihe, von deren neuestem Sproß er jährlich wenigstens 130 000 Stück fabrizieren will. Von den beiden Vorgänger-Typen waren binnen 16 Jahren 1,4 Millionen Exemplare gebaut worden.

Gram und Zoff hatten im Jahre 1981 die Premiere des nun abgelösten alten Fünfers begleitet. Damals hatte BMW dem Auto einen „neuen, progressiven Geist“ attestiert, obwohl sich der Wagen äußerlich kaum von seinem neun Jahre alten Vorgänger unterschied; „selten sah ein neuer Geist so alt aus“, schrieb der SPIEGEL danach.

Heute läßt sich eher das Gegenteil konstatieren – selten sah alter Geist so neu aus: Vom bisherigen Fünfer blieb nur „die C-Säule mit Gegenschwung“ (so BMW) übrig; dabei ist der hintere Rand des hinteren Seitenfensters nach vorn gekrümmt – ein Konzept, an dem BMW schon seit über einem Vierteljahrhundert festhält.

Doch unbeirrt meldeten sich auch gegen den neuen Fünfer die Kritiker zu Wort. So wurde beispielsweise bemängelt, daß der neue BMW Fünfer seinen 80-Liter-Tank unter dem Kofferraum hat – zu weit hinten und daher wohl wenig hilfreich bei einem Auffahrunfall.

„Wir gehen davon aus“, verteidigte sich ein BMW-Manager, „daß das Reserverad bei einem Aufprall mit abstützt.“

Auf Zweifler stießen auch die als lichttechnische Großtat (schon beim Siebener) gefeierten neuen „Ellipsoid-Scheinwerfer“ mit ihrer messerscharfen Abgrenzung zwischen Hell und Dunkel. Das Fehlen einer Grauzone aus Streulicht habe auch Nachteile, meinte „auto, motor und sport“-Chefredakteur und ZDF-Autotester Gert Hack: „Man sieht den Fußgänger erst, wenn er in seinem Blute liegt.“

VIDEO

Viel Verständnis

Der mehr als zehnjährige Systemstreit im Videolager ist zu Ende. Sony verkauft künftig auch VHS-Recorder.

Wie Verschwörer trafen sich wochenlang fünf Manager des japanischen Elektronik-Multis Sony zu geheimen Sitzungen. Das Thema schien ihnen so heikel, daß nicht einmal eine Sekretärin hinzugezogen wurde.

Am Montag vergangener Woche schließlich wurde das Ergebnis der ge-

Video-Kassetten (Beta, VHS): Sony schwenkt zur Konkurrenz

Sich selbst darstellen. In Messe und Ausstellung.

Sie selbst, Ihr Produkt,
Ihr Firmenimage soll kommunizieren.
Es bedarf eines Systems, das
zu Ihrer Firmenidentität paßt. In
Ästhetik, Funktionalität
und Variabilität. Ein ganzheitliches
Konzept also. Deshalb denken
wir architektonisch. Um Messe- und
Ausstellungsbau zu entwickeln,
in dem Sie sich wiederfinden können.

Ein Beispiel dafür aus unserem
System-Programm ist **Leitner_ 50.**
Leitner Ausstellungssysteme.
Aus Prinzip einfach. Bitte schreiben
Sie uns oder besuchen Sie unseren
Ausstellungsraum.

Leitner

Leitner GmbH, Ausstellungssysteme
Düsseldorfer Str. 14, D-7050 Waiblingen, Tel. 07151/1706-0

ic

Fern-reisen '88

einige Beispiele:

China 8 Tage DM 2512

Rundreise mit Yangtse	22 Tg.	DM 5215
China/Tibet-Rundreise	22 Tg.	DM 7210
China/Mongolei-Rundreise	26 Tg.	DM 6631

Südostasien

Bali Insel der Götter	15 Tg.	DM 2750
Große Rundreise: Singapore, Malaysia, Sumatra, Java, Bali...	25 Tg.	DM 4745

Lateinamerika

Mexico-Rundreise	8 Tg.	DM 2650
Brasilien-Rundreise	16 Tg.	DM 4075
5-Länder-Rundreise	21 Tg.	DM 5880

Karibik-Kreuzfahrt

mit 1 Woche Venezuela und Badefreizeit auf Aruba, 22 oder 15 Tg. ab DM 4840

Kostenlose Detailprospekte bei:

INTERCONTACT

5300 Bonn 2 · Mirbachstr. 16/3 · ☎ 0228/820000

REGENWALD

Das peruanische Amazonasgebiet ist dreimal so groß wie die Bundesrepublik. Noch ist es intakt. Aber wie lange noch?

Bulldozer sind bereits am Werk, Straßen werden in den Urwald geschlagen, Spekulation setzt ein, die Bodenschätze werden rücksichtslos ausgebeutet - nicht zuletzt weil die Regierung Perus unter dem Druck steht, die Auslandsschulden zu begleichen.

Damit werden die Lebensgrundlagen der Indianer-Völker Aguaruna und Huambisa zerstört. Seit einigen Jahren setzen sich die Indianer bereits zur Wehr: sie organisieren sich und fordern die ihnen zustehenden Rechte auf ihr Land.

Unterstützen auch Sie die Aguaruna und Huambisa in ihrem Überlebenskampf.

ASW,
Aktionsgemeinschaft
Solidarische Welt e. V.
Hedemannstraße 14
1000 Berlin 61
Tel. 030/251 02 65
Spendenkonto 555
Bank f. Gemeinwirtschaft,
BLZ 100 101 11

heimen Treffen auf einer Betriebsversammlung in der Kölner Zentrale mitgeteilt: Voraussichtlich von April an, so erfuhr die verblüffte Belegschaft, wird Sony in Europa Videorecorder des Konkurrenzsystems VHS verkaufen. Ein Sony-Angestellter nach der Versammlung: „Wir waren ziemlich platt."

Der Beschluß, Ende November in Tokio gefaßt, verblüffte nicht nur die Mitarbeiter. Ständig riefen am Tag darauf erstaunte Händler in Köln an; für eine Boulevardzeitung war es gar das „Thema des Tages".

Ron Sommer, Sonys neuer Deutschland-Statthalter, konnte die ganze Aufregung nicht verstehen. „Der Format-Krieg ist beendet, und wir sind nun der einzige Vollsortimenter im Videobereich – das ist alles", verkündete der ehemalige Nixdorf-Manager.

Als Eingeständnis einer Schwäche mochte Sommer den Schwenk zur Konkurrenz nun gar nicht sehen. Das sei „in Wahrheit eine Erfolgsstory, denn wir operieren aus einer Siegerposition".

Die eigenwillige Interpretation ist nur schwer nachzuvollziehen. Mit zwei rivalisierenden Systemen und unterschiedlichen Kassettenformaten hatten die japanischen Elektronikkonzerne vor mehr als zehn Jahren begonnen, den Konsumenten das Heimkino per Videoband nahezubringen. Sony startete mit dem System Beta, der weitaus größere Matsushita-Konzern zog mit dem Video Home System (VHS) nach. Das später von Philips ins Rennen geschickte dritte System, Video 2000, war von Anfang an chancenlos gegen die Japaner.

Matsushita vergab die Lizenzen zum Nachbau der VHS-Recorder fast umsonst. Selbst Firmen, die den Aufbau einer eigenen Videofabrik scheuten, wurden bereitwillig mit Geräten, unter dem gewünschten Markennamen, aus den Fabriken von Matsushita und seiner Tochter JVC beliefert. Sony dagegen überließ die Beta-Lizenz nur Firmen, die eine eigene Fabrikation aufbauten.

So drängten weltweit immer mehr VHS-Anbieter auf den Markt, Sonys Betamax fiel weit zurück. Inzwischen liegt der Anteil der Beta-Recorder am Videomarkt weltweit bei unter fünf Prozent; in Deutschland beträgt er gar nur noch 0,8 Prozent.

Vor knapp drei Jahren zog Sony die Notbremse. Stolz präsentierte der damalige Deutschland-Chef Jack Schmuckli ein neues Videosystem mit handlicheren Kassetten und kleineren Geräten: Video-8 sollte „im Heim-Videobereich eine neue Ära einleiten". Mutig behauptete Schmuckli: „Bis 1990 hat sich Video-8 als Weltstandard etabliert."

Davon kann, soviel ist sicher, keine Rede sein. Video-8 ist zwar kein Reinfall, doch nur im Bereich der tragbaren Kamera-Recorder setzten sich die Minikassetten bislang durch. In dieser schnell wachsenden Sparte – ihr Anteil am gesamten Videomarkt liegt bei 10 Prozent – ist Sony in Deutschland mit 30 Prozent Marktanteil führend.

Doch der Achtungserfolg konnte die Verluste auf dem VHS-dominierten Heimrecorder-Markt nicht wettmachen. Immerhin sackte der Anteil des Videogeschäfts am deutschen Gesamtumsatz bei Sony innerhalb weniger Jahre von mehr als 30 auf nun 22 Prozent.

Den Sony-Managern blieb gar nichts anderes übrig, als nun auch VHS-Geräte ins Sortiment aufzunehmen. So werden vom kommenden Jahr an neben gut drei Millionen Videomaschinen der Typen Beta und Video-8 auch die Recorder des lange bekämpften VHS-Formats von den Sony-Bändern laufen.

Bis es soweit ist, muß Sony sich auf Notlösungen einlassen. Die Konkurrenz zeigt dabei viel Verständnis: Die Geräte, die im April unter dem Sony-Label in die Geschäfte kommen, stammen aus den Fabriken des Hitachi-Konzerns.

FILM

Auf die Füße

„Die Katze". Spielfilm von Dominik Graf. Deutschland 1988; 117 Minuten; Farbe.

Ein Mann hetzt durch die Korridore eines Hotels. In der von Polizisten wimmelnden Tiefgarage wirft er sich zu Boden und robbt unentdeckt unter den Autos bis zu einem Tanklaster. Dort macht er sich an den Zuleitungsschläuchen zu schaffen und hantiert mit einem Feuerzeug an der lecken Verbindungsstelle. Während er sich hastig zurückzieht, explodiert der Wagen. Berstende Einzelteile fliegen durch die Flammen, brennende Polizisten torkeln aus den Qualmwolken. Probek (Götz George),

Gudrun Landgrebe, George in „Die Katze"
Hausfrau trifft Großstadt-Cowboy

der Urheber des Feuerzaubers, entschwindet im Halbdunkel.

George, der Lieblingsfahnder der Fernsehnation, präsentiert sich in einer für den Zuschauer ungewohnten Rolle: Als Schimanski in der Presse zum „schmuddeligsten Polizisten Deutschlands" gekürt, spielt er nun in Dominik Grafs Kinofilm „Die Katze" den adretten, aus dem Ei gepellten Bösewicht.

Probek steuert per Funk zwei Ganoven, die bei einem Banküberfall mehrere Geiseln nehmen. Er lauert in einem Hotel gegenüber dem Tatort und überwacht die Aktionen der Polizei. Teil des Plans ist es, die Frau des Bankfilialleiters (Gudrun Landgrebe), mit der Probek ein Verhältnis hat, als Überbringerin des Lösegeldes in das Komplott einzubauen.

Nach etlichen Pannen entdeckt die Polizei, daß sie es nicht nur mit zwei Tätern zu tun hat. Sie stellt den Drahtzieher Probek, der Einsatzleiter gibt ihn zum Abschuß frei. Zum Schluß präsentiert sich die Landgrebe leicht verstört, aber schwerreich mit drei Millionen Mark im Kofferraum und dem Ehemann im Schlepptau als überraschende Gewinnerin des Spektakels.

Spannung entsteht durch den schnellen Wechsel der drei Hauptschauplätze Bank, Hotel, Einsatzzentrale der Polizei. Die präzise geführte Kamera (Martin Schäfer) fährt meist ruhige Einstellungen, das Tempo wird durch die Konfrontation der Bilder bestimmt.

George kann zwar das Schimanski-Syndrom nicht ganz verbergen, spielt aber den Probek als eine Mischung aus einsamem Großstadt-Cowboy, eiskaltem Profi und Perfektionisten, der letztendlich nie sein Ziel erreicht. Ob im Bett, am Funkgerät oder mit dem Präzisionsgewehr, er präsentiert den Unverfrorenen, den es permanent fröstelt. Von Frauen bis zum Peilsender – er kennt nur Objekte: Funktionsstörungen sind Bedienungsfehler.

Lediglich zum Schluß mutet die Regie George allzuviel zu: Am Swimming-pool auf dem Dach des Hotels gibt er den sterbenden Schwan. Nachdem ihn mehrere Kugeln durchlöchert haben, wälzt er sich, heftig Blut spuckend, so lange auf dem Boden, bis er abstürzt, unten ein Glasdach durchbricht und endlich aufschlägt. Noch einmal muß er die Augen verdrehen, dann darf er endgültig dahinscheiden.

Gudrun Landgrebe zeichnet die Gattin des Filialleiters zwischen unzufriedener Hausfrau und durchtriebenem Eisberg. Während des Coups flattern die Nerven, doch am Ende behält sie als einzige die Übersicht. Sie ist die Katze, die immer auf die Füße fällt.

Trotz ungelenker Exposition gelang Regisseur Graf das spannende Psychogramm einer Geiselnahme, ein Thriller, der seine Spannung nicht aus Kilometern falscher Fährten und Bergen von Leichen, sondern aus handwerklichem Können schöpft.

In der Fremde

„Sierra Leone". Spielfilm von Uwe Schrader. Deutschland 1987; 92 Minuten; Farbe.

Heimkehren ist traurig, wenn einen niemand erwartet. Fred hatte sich das ganz anders vorgestellt. Drei Jahre lang hat er sich in Sierra Leone als Mechaniker „den Arsch aufgerissen", um nun mit einem hübsch dicken Portemonnaie heimkehren zu können – doch das neue Leben, von dem er geträumt haben mag, ist nicht zu haben, nicht einmal das alte findet er wieder.

Die Frau, in deren Arme er heimkehren wollte, erstarrt in Abwehr, als er plötzlich vor ihr steht; eine Freundin von früher, bei der er unterzukriechen versucht, rückt nach ein paar Nächten verstört von ihm ab; die alten Kollegen im Stahlwerk feiern ihn zwar ein Abend-Besäufnis lang als tollen Kerl, lassen ihn aber auch spüren, was er selbst schon begriffen hat: Einer von ihnen ist er nicht mehr. Es hat sich hier etwas verändert, sagt ihm der Werkmeister: „Weniger Leute, mehr Maschinen." Der Himmel über dem Ruhrgebiet ist ziemlich grau und ziemlich kalt.

Den Fred spielt Christian Redl. Es ist, erstaunlicherweise, nach fast 20 Theaterjahren seine erste Kinorolle. Und da steht ein Typ, von dem man nicht loskommt beim Zuschauen, obwohl er so wenig Gewinnendes hat: zäh, eckig, schwerfällig, ein dumpfer Brüter, der nicht aus seiner Haut kann, kahler Schädel und breite Nase, doch um seinen Mund spielt ein kindliches Lächeln, und in seinem Blick leuchtet hinter Erschöpfung und Niederlagen immer wieder die blöde Gewißheit, daß dieser Schrott, den das Heute ihm bietet, nicht alles gewesen sein kann. Redls ruhige, störrische Kraft hält diese Chronik einer hoffnungslosen Heimkehr zusammen.

Der Regisseur Uwe Schrader, Jahrgang 1954, vor vier Jahren für seinen Hochschul-Abschlußfilm „Kanakerbraut" gepriesen und mit Gold und Geld prämiert, hat sich durch den Überraschungserfolg dieser milieudichten Kreuzberger Kneipenstudie nicht verrückt machen lassen. Er geht bedächtig seinen Weg am Rand des Glamour-Business weiter, er richtet seinen nüchternen, unversülzten Blick auf eine Wirklichkeit, von der sich nichts Besseres sagen läßt, als daß es sie gibt und daß sie einen frösteln läßt.

Schraders proletarische Kohlenpott-Ballade „Sierra Leone", ebenso sorgsam und milieudicht inszeniert wie der Erstling, ist ein Klotz gegen die flinken, gelackten Hochglanzbilder, die das deutsche Kino fast nur noch zu bieten hat, ein Lokalaugenschein in den Niederungen des Alltags, über dessen Banalität keine Kinomusik wegtröstet.

„Sierra Leone"-Darsteller Redl, Ann Gisel Glass: Kaputter Kerl, zerzaustes Huhn

Dieser Film gibt keinen Blick in ein Zuhause, wo man freiwillig bleiben möchte. Er zeigt Hotelzimmer mit speckigen bunten Tapeten und Tütenlämpchen über dem Nachttisch; Kneipen mit Spielautomaten und einem schmierigen Resopal-Tresen, über den Pommes, Currywurst und Bier gehen; eine Türkenhochzeit, bei der die Geldscheine flattern; käsige Gesichter unter Neonröhren; Landstraßen, Tankstellen, graue Absteigen, Industrieschlote im Hintergrund.

Vielleicht begreift Fred erst, wie sehr er von all dem die Schnauze voll hat, sich selbst inbegriffen, als er stumpfsinnig auf

ICH HÖRE, ALSO BIN ICH

Es sieht so aus, als würde uns jeder Tag mit einer neuen, prächtigen Bilderflut bestätigen, das Auge sei unser wichtigstes, differenziertestes, sensibelstes Sinnesorgan.

Ich sehe, also bin ich?

Das ist, schlicht und einfach, eine Sinnestäuschung. Es soll kein Wettbewerb der Sinne sein, in den wir uns hier stürzen, und wahr ist, daß wir in einer Welt inten-

siver Zeichen, Farben, Signale, Formen, Bilder, kurz, in einer Welt leben, die eine Priorität des Auges suggeriert. Das Auge ist wach, es forscht, es ist aktiv, dringt ein in die Welt und konsumiert sie: TV, Video, Bilder liefern die Show.

Das Ohr?

Ist es verurteilt, lediglich die Tonspur dieser „lauten" Bilderwelt zu rezipieren? Auto? Disco? Rock? Jet und Preßluft-hammer?

Drehen wir den Lärm der Welt doch einmal zurück: Das Ohr ist wach, es signalisiert Stille. Hören wir in die Stille hinein, dann hören wir, wie fein es unterscheidet, unseren Atem, den Wind, der sich in den Blättern eines Baumes fängt, den Ruf des Vogels, das Rauschen des Meeres.

Das Ohr ist zwar passiv, dennoch hört es nie auf, uns Signale zu geben, die direkt unser Verhalten, unser Gemüt, unsere Stimmungen betreffen. Und das Ohr fängt früh an, das zu tun:

Lange bevor wir als Kinder die Welt mit den Augen wahrnehmen, haben wir die Mutter an ihrer Stimme, ja an ihrem Pulsschlag erkannt, haben wir Vertrautes und Fremdes über das Ohr zu trennen gelernt. Die wichtigste Form der Kommunikation, die Sprache, entwickelt sich ebenfalls über das Ohr. Bei der Vermittlung des Wissens in der Schule und Ausbildung ist Hören wichtiger als Sehen.

Und gelangt nicht auch auf wunderbare Art und Weise die Musik über das Ohr zu uns, als Botschaft, die eher als jede andere direkt in unsere Seele dringt?

Man braucht kein wissenschaftliches Experiment um zu erahnen, was einem Menschen fehlt, dem die Ganzheit der Sinne fehlt: die Welt wird Fragment und damit auch das Leben.

Neun Millionen mehr oder weniger stark Betroffene allein bei uns fordern dazu auf, das Problem der Hörminderung, der Hörschäden intensiver denn je anzugehen.

Rein technisch ist bereits vieles erreicht: die Hörgeräte von heute sind extrem klein und wirksam. Woran wir alle noch arbeiten müssen, ist tolerant und vorurteilsfrei all jenen gegenüber zu sein, die mit Hilfe der Technik ein Leben ohne Behinderung führen wollen und können.

Dies ist eine Information der Fördergemeinschaft Gutes Hören, Willibaldstraße 7, 8508 Wendelstein. (Wird fortgesetzt.)

? BESSER HÖREN

BEI HÖRPROBLEMEN WENDEN SIE SICH BITTE AN EINEN HÖRGERÄTE-AKUSTIKER, EINEN HALS-NASEN-OHREN-ARZT ODER AN UNS.

KRÜGER sagt Ihnen alles über Briefmarken.

Heute: Künstler-Ersttagsblätter (8)

Ein Künstler-Wettstreit entbrennt um jede Bundespostmarke.

Wettstreit der Markenschöpfer.

Wenn eine neue Briefmarke der Deutschen Bundespost an die Postschalter gelangt, ist ein harter Künstler-Wettstreit vorausgegangen. Namhafte Künstler werden von der Bundespost eingeladen, Entwürfe für ein bestimmtes Marken-Thema abzuliefern. Ein prominenter Kunstbeirat wählt aus den Entwürfen jenen aus, der als Briefmarke zur Ausführung kommen soll. Die übrigen Entwürfe verschwinden in den Tresoren des Postministers. Nur auf den numerierten Künstler-Ersttagsblättern werden auch die nicht zur Ausführung gekommenen Entwürfe in Originalfarben gezeigt. Die ausgeführte Original-Briefmarke mit dem amtlichen Ersttags-Sonderstempel ist auf dem Ersttagsblatt aufgebracht und mit Kommentar und Unterschrift des Künstlers begleitet. Die Künstler-Ersttagsblätter können infolge der kleinen limitierten Auflage nur im Abonnement bezogen werden, zum günstigen Abo-Anfangspreis von DM 7,50 pro Stück plus Postpreis der aufgeklebten Markenausgabe.

Das ist die exklusivste und wertvollste Möglichkeit, die Briefmarken der Bundesrepublik zu sammeln. Kreuzen Sie bitte im Info-Kupon die **Kennziffer 8** an, wenn Sie durch eine unverbindliche Ansichtssendung die Außergewöhnlichkeit dieser Künstler-Ersttagsblätter-Edition selbst erleben möchten. Eine echte Künstler-Edition die so preiswert ist!

KRÜGER

Unsere Marke ist Qualität.

8000 München 2
Bayerstrasse 27/A 470

KRÜGER, eines der größten Briefmarkenhäuser der Welt, zeigt in seiner Informationsserie, wie man das schönste Sammelhobby zeitgemäß anpackt. Sollten Sie nicht auf das Erscheinen der Sie besonders interessierenden Anzeigen-Folge warten wollen oder diese bereits versäumt haben, dann kreuzen Sie im Kupon jene Themen an, über die Sie unverbindlich informiert werden möchten.

Einsenden an KRÜGER, 8000 München 2, Bayerstr. 27/A 470

Informations-Gutschein

Die angekreuzten Sammel-Themen interessieren mich. Erbitte ausführliche Einzelheiten unverbindlich (per Post):

- ○ 1 Deutschland gesamt
- ○ 2 Bund & Bln.-Spezial
- ○ 3 DDR
- ○ 4 Europa
- ○ 5 Übersee
- ○ 6 Block Spezial
- ○ 7 Tierbriefmarken (WWF)
- ○ **8 Künstler-Ersttags-Editionsblätter**
- ○ 9 Deutsche Maximumkarten
- ○ 10 Deutsche Numisbriefe
- ○ 11 Nationenbriefe
- ○ 12 Die Papstreisen
- ○ 13 Amtl. Briefmarken-Jahrbücher
- ○ 14 Briefmarken-Sport-Lexikon

Genaue Anschrift bitte nicht vergessen, auf Postkarte kleben, oder im Kuvert einsenden.

Briefmarken sammeln – schöne Dinge im Leben.

einem Disco-Pissoir einen Ami-Soldaten zusammengeschlagen hat, mit dem seine Frau inzwischen zusammenlebt. Er setzt sich in sein Auto und haut ab, ziellos im Zickzack durchs Revier, auf dem Rücksitz ein zerzaustes Hühnchen, eine Streunerin, Träumerin (Ann Gisel Glass), die sich an ihn klammern will, obwohl er doch selbst keinen Halt hat. Er sucht etwas, vielleicht einen Job, vielleicht die Rückkehr nach Sierra Leone, er versackt. Und dann ist er weg, einfach weg. Nicht einmal seine Zahnbürste hat er mitgenommen.

Uwe Schrader dramatisiert nicht und fuchtelt nicht mit dem Zeigefinger herum. Er vertraut seiner Zuneigung, seinem Nähegefühl, seinem ganz eigenen Instinkt für Ort und Augenblick. Das ist alles, das hat nichts Exotisches, nichts Spektakuläres, nur den seltenen Schimmer der Wahrheit. Deshalb als Warnung, denn wer sieht das schon gern: In diesem Film ist die Bundesrepublik Deutschland zu erkennen. *Urs Jenny*

AFFÄREN

Putz am See

Soll Lothar-Günther Buchheims Expressionisten-Sammlung im bayrischen Feldafing ihr Heim bekommen?

Viele Jahre lang trug der bayrische Postbeamte Andreas Nebel dem Lothar-Günther Buchheim die Briefe ins Haus, in die steile Biersackstraße zu Feldafing am Starnberger See. Und „wir hatten immer ein gutes Verhältnis", sagt Nebel.

Wie sehr das nun zerrüttet ist, konnten Millionen von TV-Zuschauern am vorletzten Sonntag miterleben. Zu später Stunde, im ARD-Kulturmagazin „Titel, Thesen, Temperamente", nahm Buchheim, 69, den „Landbriefträger" Nebel, 45, schwer in die Zange.

„Waren Sie in Ihrem Leben überhaupt schon mal in einer bedeutenden Kunstsammlung?" inquirierte Buchheim. Und als die Antwort vage blieb, schoß der ehemalige Leutnant zur See den braven Land-Mann unerbittlich in den Grund: „Man kann mit einem Brunnenfrosch nicht vom Ozean reden."

Schauplatz der Buchheimschen Kanonade war das Feldafinger Wirtshaus „Poelt", wo „TTT"-Autor Tilman Jens (nach einem Buchheim-Interview) eine Bürgerbefragung über den „König von Feldafing" – eben Buchheim – drehte. Und Millionen TV-Zuschauer fragten sich hinterher, welcher Seeteufel den Weltberühmten geritten haben mag, dabei vor laufender Kamera den Spieß in Sachen Kunst zu markieren.

„Alle schießen sich auf mich ein", sagt Buchheim, „deswegen habe ich solchen Putz gemacht" – und als Gemeinderat (parteilos) von Feldafing zählt der Postbeamte Nebel eben zu den Leuten, die dem Lothar-Günther Buchheim zumindest Steine in den Weg legen: in den Weg zu einem Buchheim-Museum in Feldafing.

Es läuft nämlich im Augenblick der dritte Akt in einem Drama (oder einer Posse), das sich seit sieben Jahren hinzieht und sich wohl noch länger ziehen wird: Buchheim, Erfolgsautor („Das Boot"), Maler, Photograph und Verleger, sucht für seinen größten Schatz eine ständige, anständige Bleibe – für die größte Privat-Sammlung expressionistischer Kunst.

Kenner schätzen die über 500 Werke (darunter: Max Beckmann, Otto Dix,

Buchheim-Wunschmuseum „Maffei-Villa" in Feldafing: „Kollision zu erwarten"

Maler der „Brücke") auf einen Wert von wenigstens 100 Millionen Mark. Buchheim, ein besessener Hamsterer von allem, was irgendwie mit Kunst zu tun hat (darunter: Karussell-Tiere, Gallé-Vasen, Muscheln vom Strand), hatte die Preziosen bei Baisse vor allem in den fünfziger Jahren zusammengekauft.

Ein erster konkreter Ansatz, die Expressionisten in würdigem Rahmen fest zu hängen, war im Herbst 1980 in die Brüche gegangen. Buchheim überwarf sich mit dem Generaldirektor der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen, denen er einen Teil als Leihgabe überlassen hatte; er zog die Bilder zurück und schickte sie auf Welttournee.

Der zweite Versuch, 1982, schlug in Duisburg fehl. Ein elf Millionen teurer Erweiterungsbau des Lehmbruck-Museums sollte die Heimatlosen aufnehmen, Buchheim wurde von lokalen Insti-

Sammler Buchheim
„Weichen wir dem Mob?"

tuten dankbar zum Doktor und Professor ehrenhalber ernannt, aber 1986 war wieder Krach und Sense.

Der ungestüme Mensch, der sich in der Presse mittlerweile auch Titel wie das „Ungeheuer vom Starnberger See" eingehandelt hatte, sah nun das Gute vor der Tür liegen: den Jugendstil-Bau „Maffei-Villa" in einem Park-Areal hoch über dem See – über dem Starnberger See im Heimatort Feldafing.

Das ist gewiß der schönste Platz am Ort, ein wunderbares „Analogon", wie Buchheim sagt, zu jenem „Louisiana-Museum" in der Nähe Kopenhagens, das er als ideale „Symbiose von Natur und Kunst" hochhält. Vorteil überdies: „Maffei-Villa" samt Gelände gehören dem Freistaat Bayern.

So erhielt denn die Gemeinde Feldafing im Herbst vergangenen Jahres vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst ein Schreiben, in dem die „Maffei-Villa" als künftiges Pantheon der Buchheim-Expressionisten vorgeschlagen wurde; durch Zusatzbauten sollte der Hängeboden um 5000 Quadratmeter erweitert werden, Kosten (etwa 50 Millionen Mark) trägt der Freistaat.

Die Gemeinde zeigte sich der „Bedeutung und des hohen Kunstwertes der Sammlung von Herrn Prof. Buchheim" bewußt und stimmte dem „Bau des Museums grundsätzlich zu". Allerdings: Sie empfahl dafür ein Grundstück, das aus „verkehrstechnischen Gründen geeigneter erscheint"; also nix „Maffei-Villa".

Denn die „Villa"-Erweiterungen, schob die Gemeinde alsbald nach, stünden im „krassen Gegensatz" zur „erklärten Ortsplanungspolitik"; bei einem „baulichen Eingriff wäre mit massivem Widerstand der Feldafinger Bürger zu rechnen", und die „unmittelbare Nachbarschaft des gemeindlichen Sportgeländes" lasse „insbesondere an Wochenenden eine Kollision von Sport- und Museumsinteressen erwarten".

Just dieses Sportgelände, kein Schönheitsfleck, hatte im Jahr der Münchner Olympischen Spiele ein naher Anverwandter Buchheims hingepflastert: sein Bruder Klaus, damals Bürgermeister – gegen alle wütende Polemik Buchheims. Soll jetzt der Platz, nachträglich, die mäzenatische Stiftung und das geplante „Forschungszentrum des deutschen Expressionismus" verhindern?

Was nun? Die Frage – „Weichen wir dem Mob, oder bieten wir ihm die Stirn?" – werde er, sagt Buchheim, „mit dem Minister erörtern". Mittlerweile ist die Stimmung in Feldafing so garstig, daß sich Buchheim über Morddrohungen, eingeschlagene Fenster und beschmierte Wände beklagt; dazu hat er freilich kräftig beigetragen.

Denn er sieht im stillen Örtchen „latenten Nazismus" am Werk, der „Pogrom" gehe vom „Sportlerverband" aus, und es herrsche in Wirklichkeit der „Haß auf moderne Kunst"; ein „gewisser Mob" habe „wieder das Sagen", und für den sei „moderne Kunst entartete Kunst und entartete Kunst schändliche Kunst".

Da vergreift sich Buchheim freilich schrill in den Saiten und malt einen Teufel an die Wand, der ihm sehr gelegen käme. Buchheim hat sich durch eigenes Ungestüm genug Animosität in der 4900-Seelen-Gemeinde geschaffen, als daß es noch anderer Gespenster bedürfte.

Der Postbeamte Nebel, von Buchheim vor aller Welt zum ignoranten Brunnenfrosch deklariert, ist dem Professor darob nicht gram: „Ich laß ihn reden." Ein Lokaljournalist jedoch, der den TV-Akt als „menschlich fies" beschrieb, bekam Ende letzter Woche Buchheims starke Hand zu spüren – landesüblich als Watschn. ◆

Spielzeugpistolen verboten

Spielzeugpistolen, die richtigen Ballermännern täuschend ähnlich sind, lagen Weihnachten 1987 zum letzten Mal unter den Christbäumen von Los Angeles. Weil Polizisten und andere Bewaffnete beim Anblick sogenannter look-alike-guns häufig blankgezogen und deren Besitzer erschossen haben, verabschiedete der Stadtrat von Los Angeles eine Verordnung, um diese Art von Spielzeug vom Markt zu ver-

US-Kinder mit Spielzeugpistolen

drängen. Die größten Hersteller der Branche, die mit Spielzeugknarren auf einen Jahresumsatz von 200 Millionen Dollar kommen, reagierten prompt – sie wollen nur noch Pistolen in bunten Farben herstellen.

Lego-Vorstoß in die Schule

Anschauliches Leben in die trockene Computer-Welt im Schulunterricht will die Spielzeugfirma Lego bringen, mit deren bunten Kunststoffbausteinen und den daraus gesteckten Modellen Millionen von Kindern aufgewachsen sind. Auf Acht- bis Zehntkläßler zugeschnitten ist das von Lego entwickelte Programm „Technic Control", das derzeit auf Lehrerfortbildungskursen in acht Bun-

Italienischer Fernsehshowmaster Arbore, Tänzerinnen

Wunderbarer Kakao

Auf Kakao reimt sich die portugiesisch klingende Kunstvokabel „meravigliao" wunderbar. Den im Sambarhythmus gesungenen Kalauer ließ sich Italiens TV-Showmaster Renzo Arbore für seine neue satirische Unterhaltungssendung einfallen, in der er den Mißbrauch von Werbespots in italienischen Fernsehprogrammen persifliert. Der Jux zeigte unbeabsichtigte Wirkung. So eingängig war der Samba-Ohrwurm, daß TV-Zuschauer – sechs Millionen Italiener sehen pro Abend die Arbore-Show – das Schoko-Getränk auch kaufen wollten, bisher vergeblich. Ein Geschäft mit der gratis umworbenen, nichtexistenten Ware witterte der Kakao-Importeur Toschi aus Modena: Er sicherte sich „Cacao Meravigliao" am 22. Dezember als Markennamen. Die staatliche Fernsehgesellschaft RAI protestierte unverzüglich, denn auch sie wollte den Show-Erfolg kommerziell ausschlachten. Sie gibt vor, bereits im November das Copyright an dem Sambaschlager reserviert zu haben.

Computer-Unterrichtsmaterial von Lego

desländern vorgestellt wird. Das neue Unterrichtsmaterial vermittelt Grundbegriffe im Fachbereich Informatik und kann vor allem im Physikunterricht praxisnah eingesetzt werden. Mit dem einfachen Computerprogramm lassen sich aus Lego-Bausteinen, -Motoren, -Getrieben und -Sensoren zusammengesteckte Modelle von Waschmaschinen, Förderbändern, Riesenrädern und Zeichengeräten steuern. Im Umgang mit dem „Werkzeug Computer" räume die Lego-Software, wie die Spielzeugfirma rühmt, dem Schüler „ein Höchstmaß an Kreativität und eigenständiger Kontrolle" ein. Europäische Philologenverbände stuften die Kombination aus Bits und Bausteinen als „didaktisch bahnbrechend" ein.

Yuppies steigen auf Wodka um

Auf der ersten In- und Outliste des Jahres 1988 sind die Folgen des US-Börsensturzes bereits ablesbar: Die vom Schwarzen Montag im Oktober gebeutelten Yuppies haben ihre Trinkgewohnheiten geändert. Anstelle der zuvor bevorzugten null- oder schwachprozentigen Getränke wie Mineralwasser oder Schorle suchen die aufstiegsgebremsten oder abgestürzten Jungreichen, wie Amerikas Barkeeper berichten, zunehmend Zuflucht bei Hochprozentigem. Wie ehedem (und noch immer) ihre Eltern, ordern nun auch die Jungen Martinis, bei denen allerdings – abweichend vom klassischen Aperitif – Wodka statt Gin ins Glas kommt. „Eindeutige Wirkungstrinker" nannte ein Barkeeper aus Chicago die ehedem so nüchterne Kundschaft.

AEBI\ PARTNER

KEITH HARING, Künstler, auf Fiberglass-Chair (Design: Charles Eames). Vitra, Weil am Rhein, 07621/70 20.

vitra

personalien

Diana Blok, 35 (mittleres Photo, r., mit ihrer Schwester), in den Niederlanden lebende Photographin, beweist mit ihrer Kamera Familiensinn. Auf ihrer Suche nach „besonderen zwischenmenschlichen Beziehungen" bat sie Partner, Verwandte und ganze Familien ins Studio und photographierte sie nackt, ganz reduziert auf das menschliche Sein (Photos). Fest davon überzeugt, ihre Modelle nicht einem billigen Voyeurismus auszusetzen, glaubt die studierte Soziologin in den vertraulichen Posen und im Spiel von Licht und Schatten „eine andere Dimension des menschlichen Miteinander" zu enthüllen. Die Modelle sind ihrer Meinung – sie stammen fast ausschließlich aus dem Freundeskreis der in Uruguay geborenen Tochter einer argentinischen Mutter und eines holländischen Vaters. Im Herbst soll die Photoserie als Bildband erscheinen: Titel: „Blood Ties and other Bonds" (Bluts- und andere Bande).

Klaus Töpfer, 49, Bundesumweltminister, ist im eigenen Haus noch weitgehend unbekannt. Als er sich nach einem Besuch bei Freunden in Dortmund per Taxi vom Bonner Bahnhof bis zur Eingangstür seines Ministeriums fahren lassen wollte, scheiterte er an den Bundesgrenzschutzbeamten im Pförtnerhaus. Die erkannten ihn nicht und weigerten sich, für ihn den Schlagbaum zu heben. Töpfer versuchte vergebens seine Identität mit den Transnuklear-Unterlagen in seiner Aktentasche zu belegen. Erst als er seinen Paß zeigte, durfte der Chef an seinen Arbeitsplatz.

Friedhelm Farthmann, 57, SPD-Fraktionschef in NRW, erkor das Waidwerk zu seiner neuen Passion. Der Gewerkschafts-Professor, seit einiger Zeit Inhaber eines Jagdscheines, taucht sogar im Landtag gelegentlich in Jägerkluft auf. Bei einer Reise in die DDR hatte er als erster deutscher Politiker Schrotflinte, Kugelbüchse, Revolver und Messer im Gepäck. Als er kürzlich mit einem Waidgenossen, Justizminister Rolf Krumsiek, in einem Staatsforst auf die Jagd ging, schoß er eine Ricke. Krumsiek: „Junge Jäger sind eben schußgeil."

Peter Glotz, 48, seit kurzem Vorsitzender der südbayrischen SPD und Ex-Bundesgeschäftsführer seiner Partei, liebäugelt mit einer Rückkehr in seinen erlernten Beruf. Der Kommunikationswissenschaftler steht auf Platz eins der Berufungsliste für eine Professur „Medien- und Kulturmanagement" an der Freien Universität Berlin. Mitglieder der Berufungskommission, die ihn ohne Bewerbung und das übliche „Vorsingen" nominierte, gehen davon aus, daß der ehemalige Berliner Wissenschaftssenator Glotz „mittelfristig" seine Aktivitäten wieder nach Berlin verlegt. Glotz selbst betonte, er habe sich für sechs Jahre in Bayern verpflichtet und werde weder den Bezirksvorsitz noch sein Bundestagsmandat im Freistaat aufgeben. Trotz der Skepsis des gelehrten Genossen – „Ein Listenplatz ist noch kein Ruf" – stehen seine Chancen, den vom Chemie-Riesen Schering finanzierten Lehrstuhl zu bekommen, bestens: Die Kommission ließ Platz zwei ihrer Vorschlagliste frei und benannte lediglich zwei Kandidaten gleichberechtigt an dritter Stelle.

Hans-Dietrich Genscher, 60, Außenminister, zieht aus der Moskaureise des Nebenaußenministers Franz Josef Strauß persönliche Konsequenzen – in seinem Garten. Bislang standen vor dem Bonner Haus des Ministers zwei Gartenzwerge mit den Zügen Genschers und Strauß' Rücken an Rücken. Jetzt belohnte Genscher den Moskau-Flieger für die neu gewonnene Erkenntnis, daß Gorbatschow keinen Krieg wolle: Die Wichte schauen sich an (Photo).

Jacques Chirac, 55, duldet als Bürgermeister von Paris, was er als Premierminister von Frankreich ablehnt: Der sozia-

listische Abgeordnete und Pariser Stadtrat Georges Sarre enthüllte, daß Bewerber um einen Posten in der Verwaltung der Hauptstadt im Rahmen der normalen ärztlichen Untersuchung systematisch auch einem heimlichen Aids-Test unterzogen werden. So sei etwa ein Bademeister mit der Begründung abgelehnt worden, er sei HIV-positiv. Chiracs Gesundheitsministerin Michèle Barzach schmetterte bislang alle Forderungen nach systematischen Aids-Tests im Staatsdienst ab – ausdrücklich unterstützt von ihrem Parteifreund und Regierungschef.

Michail Gorbatschow, 56, Generalsekretär der KPdSU und „Mann des Jahres 1987" („Time"), faßte überlebensgroß auch auf neutralem Boden Fuß. Von der Wand einer Gaststätte im Schweizer Wintersportort Davos schaut er schmunzelnd auf Einheimische und Touristen herunter (Photo). Die Davoser haben nichts gegen den Riesen-Russen an der Wand, geschmacklos finden viele nur das rote Mal auf seiner Stirn: Das hat die Form des amerikanischen Kontinents.

Jo Müller, 41, Aufsichtsratsmitglied der Öko-Bank und Ex-Bundestagsabgeordneter der Grünen, muß wegen des alternativen Flügel-Zwistes um seinen Sitz in der neuen Bundestags-Enquetekommission zur „Technikfolgenabschätzung" bangen. Nachdem Müller, nach eigener Einschätzung „klein, flink und gemein", Umweltprofessor Günter Altner vom Freiburger Öko-Institut aus dem Rennen geworfen hatte, will die Bundestagsfraktion der Grünen ihre Entscheidung nun noch einmal überdenken. Auf Drängen des Ökosozialisten Eckhard Stratmann („Da muß 'ne Frau hin") soll Öko-High-Tech-Fan Müller durch die solcher Vorlieben unverdächtige „taz"-Redakteurin Imma Harms ersetzt werden. Müller: „Grüne Politik ist und bleibt ein wunderbares Rätsel."

Jean-Marie Le Pen, 59, französischer Präsidentschaftskandidat und Chef der rechtsextremen „Nationalen Front" (FN), stellte, offenbar von Mao und Gaddafi inspiriert, beim Parteitag der FN in Nizza eine eigene „Bibel", sein „kleines blaues Buch", vor. Mit dem Machwerk faßte Le Pen, der erst kürzlich den Holocaust als „Detail der Geschichte" abtat, seine Ansichten und Thesen in 130 „Definitionen" zusammen. Da heißt es unter dem Stichwort „Auschwitz": „Man kann über nichts mehr reden, sei es über Landwirtschaft, Wettervorhersage oder Medizin, ohne daß einem Auschwitz oder Buchenwald an den Kopf geworfen wird." Unter „Charter" notiert der Parlamentsabgeordnete: „Um alle Ausländer, die sich gegenwärtig illegal in Frankreich aufhalten, aus dem Land zu schaffen, würde man 13 Jahre und genau 36 865 Chartermaschinen benötigen."

ZITATE

„Ganz Paris träumt von der Liebe."

Erich Honecker, *DDR-Staatsratsvorsitzender, von Johannes Rau auf seinen Frankreich-Besuch angesprochen.*

★

„Ich habe nicht den Eindruck, daß er den Eindruck hat, daß er reisen möchte."

Helmut Kohl, *Bundeskanzler, über Norbert Blüms Reisepläne für Südafrika.*

„Selbstverständlich fährt Norbert Blüm nach Südafrika."

Thomas Kemper, *Sprecher der nordrhein-westfälischen CDU.*

★

„Ich dachte an Mutter und Vater und die Stärke, die sie mir gaben, an Gott und den Glauben und an die Trennung von Kirche und Staat."

George Bush, *US-Vizepräsident, über seine Gedanken, nachdem sein Bomber im Zweiten Weltkrieg von Japanern abgeschossen worden war.*

FRAGEN AN

PIEKE BIERMANN, 37. Als Vorstandsmitglied der Berliner Prostituierten-Selbsthilfegruppe „Hydra" gehört die feministische Autorin zu den Initiatoren des ersten „Hurenballs" am 6. Februar im Berliner ICC.

SPIEGEL: Sie haben vergebens nach einer Schirmherrin gesucht. Wer hat abgesagt?

BIERMANN: Fürstin Gloria, Senta Berger, Inge Meysel. Rita Süssmuth hat eine symbolische Eintrittskarte mit hundert Mark Aufpreis gelöst.

SPIEGEL: „Hydra" hilft Prostituierten im Beruf wie beim Umstieg. Kommen auch Huren zum Ball?

BIERMANN: Sonst wäre es ja kein Hurenball.

SPIEGEL: Berlin – für eine Nacht ohne käufliche Liebe?

BIERMANN: Womöglich erlauben sich nicht alle 2500 offiziellen Kolleginnen die 150 Mark Eintritt.

SPIEGEL: Müssen Freier Wiedersehens-Szenen fürchten?

BIERMANN: Prostituierte sind diskret. Vielleicht läuft es ja umgekehrt, wenn sich Freier an diesem Abend mal befreien.

SPIEGEL: Paßt ein rauschendes Fest zum Kern des Problems – Ausbeutung und Gewalt?

BIERMANN: Nicht Ausbeutung und Gewalt, sondern gesellschaftliche Diskriminierung und Stigmatisierung sind das Problem. Deshalb ist so ein Fest überfällig.

SPIEGEL: Sie fürchten keinen leeren Saal wegen der Berührungsängste bei den „Soliden"?

BIERMANN: Warum? Viele unserer besten Kunden lesen SPIEGEL oder machen ihn.

Albert-
Frankenthal

Unsere
Aufgabe:
Kommunikation

Wir haben täglich Kontakt mit Ihnen

Die Zeitung zum Frühstück. Die Illustrierte zur Unterhaltung. Fachzeitschriften zur Weiterbildung. Bücher zum Entspannen. Prospekte und Broschüren für Information und Verkauf. Wann immer Sie Bedrucktes zur Hand nehmen, stehen unsere Kontaktchancen gut. Denn mit unserem Programm leistungsfähiger Offset- und Tiefdruck-Rotationsmaschinen sorgen wir für Kommunikation. Und gehören weltweit zur elitären Spitzengruppe qualitativ hochwertiger Drucktechnologie.

Albert-Frankenthal

DRUCKTECHNIK FÜR DIE WELT

register

GESTORBEN

Tschiang Tsching-kuo, 77. In jungen Jahren wollte der spätere Staatschef des antikommunistischen Taiwan selbst ein rotes China schaffen. Sein Vater Tschiang Kai-schek, Präsident der chinesischen Republik, erlaubte ihm, in der Sowjet-Union zu studieren; danach arbeitete der Präsidentensohn noch bis 1937 in Stalins Reich. Wieder in China, wurde der mit einer Russin verheiratete Tschiang jedoch radikaler Kommunistenfresser. Nach Nationalchinas Niederlage gegen Mao Tse-tung und dem Rückzug auf die Insel Taiwan stieg Tschiang Tsching-kuo in der Hierarchie auf: 1965 wurde er Verteidigungsminister, 1972 Regierungschef; 1978, drei Jahre nach

dem Tod des Vaters, wählten ihn die alten Männer der Kuomintang, die immer noch wähnten, ganz China zu vertreten, zum Präsidenten der wirtschaftlich blühenden und diplomatisch isolierten Republik. Tschiang Tsching-kuo leitete im letzten Lebensjahr eine Liberalisierung des verkrusteten politischen Systems ein: Aufhebung des Kriegsrechts, Zulassung von Opposition, Reisemöglichkeiten für Taiwanesen in die Volksrepublik. Mit Tschiangs Tod – vergangenen Mittwoch in Taipeh – endet eine 60jährige Dynastie: Der Präsident hatte verfügt, daß keiner seiner Söhne sein Nachfolger werden dürfe.

Cornelius Mulder, 62. Mit einer starken Hausmacht in der herrschenden Nationalen Partei drängte der bullige Apartheid-Intellektuelle in den siebziger Jahren scheinbar unaufhaltsam an die Spitze der Regierung in Pretoria. Der einstige Lehrer für Geschichte, Afrikaans und Deutsch übernahm das für die weiße Herrschaft zentrale „Ministerium für Bantu-Verwaltung" und taufte es mit Blick auf den Propaganda-Effekt in „Ministerium für plurale Beziehungen und Entwicklung" um. Als Informationsminister schuf er einen millionenschweren Geheimfonds, um die regierungskritische Presse des eigenen Landes zu bekämpfen und in Amerika und Westeuropa mit Schmiergeldern an Politiker und Journalisten Stimmung für die südafrikanische Regierung zu machen. Enthüllungen über Mulders Machenschaften beschleunigten 1978 den Rücktritt des kränkelnden Premierministers Vorster,

brachten aber auch den Kronprinzen zu Fall: Weil Mulder in der Informations-Affäre das Parlament belogen hatte, rückte die Mehrheit der Nationalen Partei von ihm ab und wählte den Verteidigungsminister Pieter Willem Botha zum neuen Regierungschef. Mulder verlor alle Staatsämter, wurde aus der Regierungspartei ausgeschlossen und entwikkelte sich im politischen Abseits zum ultrarechten Kritiker der Botha-Politik. 1987 kehrte er als Abgeordneter der reaktionären Konservativen Partei ins Parlament zurück. Connie Mulder starb vergangenen Mittwoch in Johannesburg.

Isidor Isaac Rabi, 89. Im Zweiten Weltkrieg stellte der amerikanische Kernphysiker, Sohn jüdischer Einwanderer aus Galizien, sein Forschungstalent vorbehaltlos in den Dienst des Kampfes gegen Hitler. Rabi, der seinen Ruhm bahnbrechenden Erkenntnissen über die magnetischen Verhältnisse im Atomkern verdankte, stand an der Spitze des Teams, das am Massachusetts Institute of Technology die kriegswichtige Radartechnik entwickelte; 1943 wurde er als Berater in das Laboratorium von Los Alamos geholt und arbeitete an der Konstruktion der ersten Atombombe mit. Deren Zündung im Juli 1945 wurde für den Gelehrten zum Schlüsselerlebnis: „Mich überkam eine Gänsehaut, als ich mir klarmachte, was das hier für die Zukunft der Menschheit bedeutete." Mit dem Ansehen des Physik-Nobelpreisträgers wandte sich der 1967 emeritierte Rabi mit den Jahren immer schärfer gegen Politiker und Kollegen, die beim Anhäufen von atomaren Overkill-Kapazitäten Hand in Hand arbeiteten. Isidor Isaac Rabi starb vergangenen Montag in New York.

Beim Service für Bohrinseln macht Preussag klar Schiff.

Eine Bohrinsel ist von lauter Feinden umgeben. Wasser, dessen Salz die Aggregate angreift. Wetter, das oft die schlechtesten Bedingungen für die Arbeit schafft – und Meer, das keine Balken hat. So wird offshore zu einem harten Geschäft – in einem immer härter werdenden Wettbewerb.

Was können wir tun? Wir von PREUSSAG – viel.

Wir bieten der Bohrinsel einen Service, der sozusagen das Inseldasein aufhebt. Unser neues Versorgungsschiff zum Beispiel kann eine Reihe technischer Probleme gleich vor Ort lösen. Seine Größe macht es möglich. Zwei Schiffskörper, durch eine riesige Arbeitsfläche verbunden, gewährleisten Wartung, Installation, Reparaturen und Versorgung mit Energie und Material. Ein neues Kapitel Technik für Aufgaben, die nicht kleiner werden.

PREUSSAG

Zukunft für Ideen - Konzepte für die Zukunft

DIESE WOCHE IM FERNSEHEN

Montag, 18. 1.

21.15 Uhr. ARD. Der kurze Traum vom neuen Himmel

Ehemalige Rotgardisten erinnern sich an die Kulturrevolution. Film von Jürgen Bertram und Zhao Jie.

21.15 Uhr. ZDF. WISO

Themen: US-Handelsbilanzdefizit; Importhandel; deutsche Unternehmer auf den Philippinen; Energiesparen mit Staatshilfe.

21.15 Uhr. Nord III. Mambo

Das Berliner Pop-Magazin stellt die Musiker David Sylvian und Michael Feinstein vor sowie die Bands „Der Plan", „Planets" und „Voice of the Beehive". Zur 200-Jahr-Feier Australiens bringt die Sendung einen Bericht über die Rockszene des Känguruh-Kontinents.

23.00 Uhr. ARD. Der Tee im Harem des Archimedes

Eines öden Fernsehabends cinéastisch-gehobener Abschluß. Der Algerier Mehdi Charef, 35, drehte vor vier Jahren dieses Kinostück über die Freundschaft zwischen einem proletarischen Franzosen (Photo: Remi Martin mit Corine Blue) und einem Algerier. „Ein Film für frustrierte Sozialarbeiter", nörgelte die „taz". In Frankreich sahen eine halbe Million Zuschauer den Episodenfilm über Rassismus und die Sehnsüchte der Randgruppen.

Dienstag, 19. 1.

20.15 Uhr. ZDF. Der Hexer

Als dieser deutsche Edgar-Wallace-Krimi (Regie: Alfred Vohrer) vor mehr als zehn Jahren um die Mitternachtsstunde im ZDF lief, sahen ihn fast zehn Millionen Zuschauer, darunter 300 000 Kinder. Kein Grund zur Aufregung: Vohrers Werk mit deutschem Prominenz-Aufgebot (Joachim Fuchsberger, Heinz Drache, Siegfried Lowitz, Margot Trooger) wies schon bei der Premiere 1964 alle Zeichen von Senilität auf. Die „SZ": „Eine antiquierte, in jahrzehntealten Effekten schwelgende Technik, ein grobschlächtiger Inszenierungsstil."

21.00 Uhr. ARD. Monitor

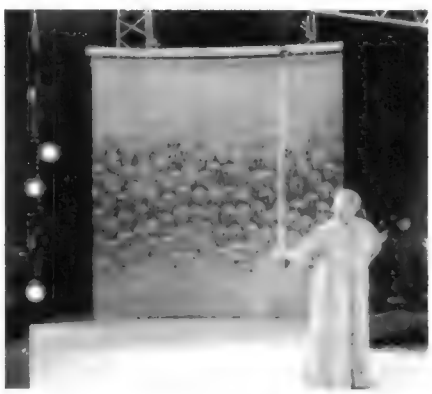
Themen: Hanauer Atomskandal; Werner Höfer; deutsche Waffen für Iran; Mißstände in Altenheimen.

22.25 Uhr. Nord III. Luis Trenker – Fast ein Jahrhundert

Das Auffi und Abbi im Leben des 95jährigen großen Kraxlers erzählt mit Filmausschnitten Hans-Jürgen Panitz.

23.00 Uhr. ARD. Prozesse der Weltgeschichte

Ach, du armer Sokrates! Sage es nun uns denn also, ob du diese Fernsehstunde von Dorothea Neukirchen verdient hast? Gezeigt werden soll, ehrenwerte Absicht, Philosophie im Fernsehen. Und der WDR hat sich eine ganze Serie mit



berühmten Prozessen, zum Beispiel gegen Jeanne d'Arc, Galilei, Jesus etc. ausgedacht. Doch die heutige Sendung, fast wäre es zu wünschen, könnte die letzte sein. Die Apologie, jene berühmte Verteidigungsrede des Sokrates, sollte eine Rekonstruktion aus Spielhandlung, Ortsbesichtigung und Reflexion moderner Jedermänner sein. Herausgekommen ist jedoch jede Menge unfreiwilliger Komik: Traugott Buhre (Photo) stampft, antik gewandet, über die Bühne und malmt bedeutungsschwer Platos Text, in dem das Papierdeutsch nur so raschelt. Hark Bohm mimt im Gespräch mit einer Videomacherin (Claudia Burckhardt) so unecht einen Regisseur, wie er ihn als wirklicher Regisseur nicht durchgelassen hätte. Und dann entfährt ihm ein „Dünkt dich nicht auch", der Small-talk geht in Tiefsinn über. Dazu wandeln die Akteure an Schauplätzen vorbei mit platt-assoziativem Bezug zum Text – das heutige Athen, Ausgrabungsfelder, Gefängnismauern: eine Art Ikonolalie, schier unerträgliche Bildergeschwätzigkeit.

Mittwoch, 20. 1.

20.15 Uhr. Nord III. Die Kieler Affäre

Michael Gaedes Dokumentation über Pfeiffer, Barschel und die Folgen.

22.40 Uhr. ZDF. Die Anstalt

Die Psychologiestudentin Anna (Susanne Granzer) läßt sich in eine Nervenklinik einweisen. Am eigenen Leibe macht sie dort beklemmende Erfahrungen: Die Anstalt entpuppt sich als stockkonservativ geführte Institution, in der der Chefarzt (Wolfgang Preiss, kürzlich als „Albert Schweitzer" auf dem Bildschirm) und sein tablettensüchtiger Stellvertreter (Wolfgang Ransmayr) die Patienten auf entwürdigende Weise behandeln. Erst als der Selbstversuch bekannt wird,

schwenken die Herren um und leiten Reformen ein . . . Dokumentarfilmer Hans-Rüdiger Minow, Jahrgang 1944, verzichtete bei seinem Spielfilm-Debüt 1978 (Szenenphoto) „bewußt auf die Darstellung eines sensationellen Horrorszenariums". Ihm kam es darauf an, „das Irrenhaus als soziales Abbild wahnwitziger alltäglicher Verhältnisse zu zeigen, in denen es fragwürdig geworden ist, zwischen geistiger Gesundheit und ihrem Gegenteil zu unterscheiden". Mit Gerd Baltus, Dieter Prochnow und Ursula Roche.

23.00 Uhr. ARD. Schreiben unterm Hakenkreuz, von der Ungnade der frühen Geburt

Unter Leitung von Hansjürgen Rosenbauer diskutieren über Journalisten im Dritten Reich: Axel Eggebrecht, Professor Bernd Föselmann (Historiker) und Volker Kühn (Filmemacher).

Donnerstag, 21. 1.

19.30 Uhr. Südwest III. Cisco Pike

US-Regissseur Bill L. Norton zeigt in seinem Debütfilm von 1971 nicht nur die glänzende Oberfläche der Pop- und Drogenszene von Los Angeles, sondern auch die Erfolgszwänge und Frustrationen. Es ist ein verzweifelter Kampf, den das zum Dealer abgerutschte Pop-Idol Cisco Pike (Photo: Gene Hackman) auszufechten hat: gegen das süße Drogenleben und die Gemeinheit eines Polizisten.

20.00 Uhr. West III. Der Kommissar und sein Lockvogel

Lino Ventura stapft in diesem französisch-italienischen Spielfilm von 1969 (Regie: José Giovanni) als degradierter Kommissar durch Pariser Vorortkinos, um Fummlern auf die Finger zu klopfen.

20.15 Uhr. Nord III. Auf Liebe und Tod

François-Truffaut-Film von 1983 mit Fanny Ardant und Jean-Louis Trintignant (Photo). Eine Eloge auf das Leben in der Provinz und eine Parodie auf den Mythos der „Schwarzen Serie" vom unschuldigen Hauptverdächtigen und der ihm treu durch dick und dünn folgenden Frau. Passend zum Thema ist der Streifen in Schwarzweiß gedreht.

22.00 Uhr. Nord III. Berlin im Film

Porträt der Stadt am Beispiel von Filmausschnitten, zusammengestellt von Michael Strauven. In Teil 1 geht es um die Zeit zwischen 1895 und 1945. Teil 2: Donnerstag, 4. 2., 22.05 Uhr.

Freitag, 22. 1.

21.45 Uhr. Nord III. Hessen III. III nach neun

Eingeladen: Theodor Landscheidt, ehemaliger Richter und Sonnenzyklenforscher, der den Börsenkrach vorhergesagt haben will; Schauspieler Ulrich Tukur; Sänger Bruce Low und ein Muskelpaket: Bodybuilder und Mister Universum 1987, Ralf Möller.

22.10 Uhr. ZDF. Aspekte

Themen: Mainzer Stadtschreiberin Sarah Kirsch; tschechischer Film über Fußball-Krawalle; Moskauer Theater.

23.45 Uhr. ARD. Der Bockerer

Politstück (1981) über einen renitenten kleinbürgerlichen Fleischhauer in Wien unter den Nazis. Altfilmer Franz Antel („Im singenden Rössl am Königssee") führte Regie. Die „Weltwoche" über den Film (Szenenphoto): „Mag dieser Film von der Regie her veraltet und verstaubt wirken, die Dialoge und der faszinierende Karl Merkatz als Bockerer machen diesen Nachteil wett."

4.30 Uhr. ARD. Box-WM im Schwergewicht

Mike Tyson gegen Larry Holmes. Aus Atlantic City. Siehe Seite 150.

Samstag, 23. 1.

20.15 Uhr. ARD. Cimarron

Aufwendige Pionier-Ballade von 1960 (Regie: Anthony Mann). Ein Abenteurer (Glenn Ford) versucht, sich in Oklahoma Land zu ergattern, geht aber leer aus und läßt sich mit seiner jungen Frau (Maria Schell) als Zeitungsverleger nieder. Er schreibt brav und unbestechlich nichts als die Wahrheit, was ihm Ärger einhandelt. Schließlich erwacht in ihm wieder der Wandertrieb, Maria Schell schlägt sich mit Sohn alleine durch.

23.20 Uhr. ZDF. Ein stahlharter Mann

Mit dem Güterzug aus dem geheimnisvollen Dunkel taucht Racheengel Charles Bronson (Photo, r.) im Straßenkämpfer-Milieu von New Orleans auf. Ein K.-o.-Haken führt ihn als Box-Talent ein, in den folgenden Kämpfen diktiert er die Bedingungen. Wie es sich gehört, entschwindet Bronson nach getanem Faustwerk wieder im Finstern. Regisseur Walter Hill versucht einigermaßen erfolgreich, Bronsons Hartleder-Mimik ein bißchen schauspielerisches Spiel zu entlocken.

23.30 Uhr. ARD. Der Tiger hetzt die Meute

Der Whiskeyschmuggler Gator McKlusky (Burt Reynolds) erfährt im Knast von der Ermordung seines kleinen armen Bruders. Um sich zu rächen, macht er mit der Bundesstaatsanwaltschaft gemeinsame Sache und legt am Ende einem bösen Schuft das Handwerk. Laut „FR" eine „gute Geschichte", aber von Regisseur Joseph Sargent (1972) zu rüde umgesetzt.

Sonntag, 24. 1.

20.15 Uhr. ZDF. Die fünf Geächteten

James Garner als Wyatt Earp und Doc Holliday (Jason Robards) – das berühmte Heldenduo kämpft auch in diesem Film von 1967 (Regie: John Sturges) für Recht und Gerechtigkeit. Der Film beginnt mit der Szene, mit der alle vorangegangenen Wyatt-Earp-Filme endeten, der Schießerei mit der Ike-Clanton-Gang um die Macht in Tombstone. Regisseur Sturges versucht, dem damaligen Vietnam-Zeitgeist entsprechend, die Legende vom gesetzestreuen Marshal zu revidieren. Earp erscheint als rachsüchtiger Scharfschütze, für den Haftbefehle Jagdscheine sind. Doch der Ansatz bleibt Absicht. Die „SZ": „Ein klassischer, vorzüglich choreographierter Western mit knappen, treffsicheren Dialogen."

23.10 Uhr. ZDF. Kenn' ich, weiß ich, war ich schon!

Monica Teuber, Regisseurin, Autorin und Hauptdarstellerin des Films, zeigt in diesem deutschen Spielfilm von 1980 eine Reflexion über den Schauspielerberuf: Ein Mädchen versucht sich vergebens als Mimin in billigen Italo-Western. Das „Filmecho" sprach von „brauchbaren Drehbucheinfällen", aber „zu vielen Gags".

HOHLSPIEGEL

Der „Bundestag Report" über eine Parlamentsrede Helmut Kohls: „Ausdrücklich hob er hervor, daß er dabei auch als Vorsitzender der CDU spreche, die damit sehr bittere Erfahrungen gemacht habe."

△

Jetzt ist es wieder soweit!
Auf vielfachen Wunsch führen wir für Damen und Herren den **3. Schafkopflehrgang für Anfänger** durch. Ab 2. Feb. erwerben Sie an vier Abenden (2./9./23. Feb. u. 1. März 1988) von 19 - 21 Uhr die Grundkenntnisse für das Finale, **den „Preisschafkopf" am 8. März 1988**
Gesamtkosten DM 60.- – Anmeldung ab sofort!
EDV - Schulungszentrum DSV - Sekretärinnen - Studio
INSTITUT FÜR BERUFSBILDUNG Drexler
REGENSBURG Landshuter Str. 19 Tel. (0941) 794422 24

Aus dem „Regensburger Wochenblatt".

△

Aus der Berliner „B.Z.": „Das Grundwasser in Regensburg ist teilweise hochgradig mit dem vermeintlich krebserregenden Giftstoff Trichlorethylen verseucht. Die Trinkwassergefährdung ist jedoch nicht gefährdet."

△

Uraufführung Ludwig van Beethoven:
3. Symphonie Es-Dur, op. 55 (Eroica)
Sawallisch, Schnaut
Anfang 11.30 Uhr

Aus dem Eröffnungsprogramm des Münchner Prinzregententheaters in der „Süddeutschen Zeitung".

△

Aus dem „Ortsblatt Oßweil" (Ludwigsburg): „Das Thema ‚Die Ortsnamen des Kreises Ludwigsburg' zog Interessierte von weither an, alt und jung, Lehrer und Arbeiter und sogar viele Frauen."

△

Aus einer Buchbesprechung in der „Zeit": „Das Einzugsgebiet dieser fast durchweg aus der ‚Negation der Negation' sich affirmierenden Vermittlungsarbeit, die ihre polemische Dynamik aus einer konsequent durchgehaltenen Frontstellung gegenüber dem – sagen wir mal pauschal: wahrnehmungsästhetischen und erkenntnistheoretischen Unmittelbarkeitsanspruch ‚postmoderner' Kulturproduktion gewinnt, erstreckt sich, bei stetiger Rück-Sicht auf einen Avantgardebegriff, der dem nach wie vor gängigen Innovationspostulat zugunsten einer radikalen Entkanonisierung – und Neubewertung – kultureller Traditionen den Abschied gibt, gleichermaßen auf Bild- und Wortkunst, auf Musik und Philosophie, auf Theater und Architektur, auf Mode, Medien und Design."

DIE KUNST DES LEBENS. (3)

Golf, sagte einmal jemand, ist ein verdorbener Spaziergang.

Wer immer Ihnen das erzählt haben mag, Herr Tucholsky – es tröstet uns wahrhaftig, daß man mit einem Gläschen Henkell Trocken nie etwas verderben kann.

HENKELL TROCKEN

RÜCKSPIEGEL

Zitate

Das französische Magazin „Le Point" zu Rudolf Augsteins SPIEGEL-Kommentar „WARNSCHLÄGE, PRÄZISE, WIRKSAM UND BEGRENZT" in Nr. 52/1987:

In einem scharf formulierten Leitartikel wendet sich Rudolf Augstein, Chef des einflußreichen Nachrichten-Magazins SPIEGEL, der nicht zum ersten Mal seine Frankophobie manifestiert, mit einer bitteren Replik gegen die jüngsten Vorschläge von François Mitterrand und Jacques Chirac zum militärischen Schutz, den Deutschland von Frankreich erwarten kann – im Gegensatz zu den überwiegend freundlichen Kommentaren west-deutscher Politiker und Journalisten zu den Ideen aus Paris. Der Grund für die französischen Vorschläge sind Augstein zufolge die kommenden Präsidentschaftswahlen; er meint, Frankreich verkaufe „Träume und Schäume" und schlage der Bundesrepublik einen „unkeuschen Handel" vor – „scheinbare Sicherheit großer Worte" im Austausch gegen wirtschaftliche Zugeständnisse.

△

Prälat Wilhelm Schätzler, Leiter des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz, im „Rheinischen Merkur – Christ und Welt" über Rudolf Augsteins Kommentar DIE ABTREIBUNG, EIN STELLVERTRETERKRIEG in Nr. 51/1987:

Man könnte zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht das warnende Beispiel der Nazizeitschrift „Der Stürmer" zeigen würde, wohin publizistische Verhetzung und Haß gegen Juden und Kirche geführt haben. Indem Herr Augstein in diesem Kommentar seine Halbbildung verschwenderisch ausbreitet, erweckt er zwar den Eindruck, seine Behauptungen seien sehr fundiert. Aber gerade das macht diese Art von Publizistik zu einer Gefahr für die Pressefreiheit.

Der SPIEGEL berichtete . . .

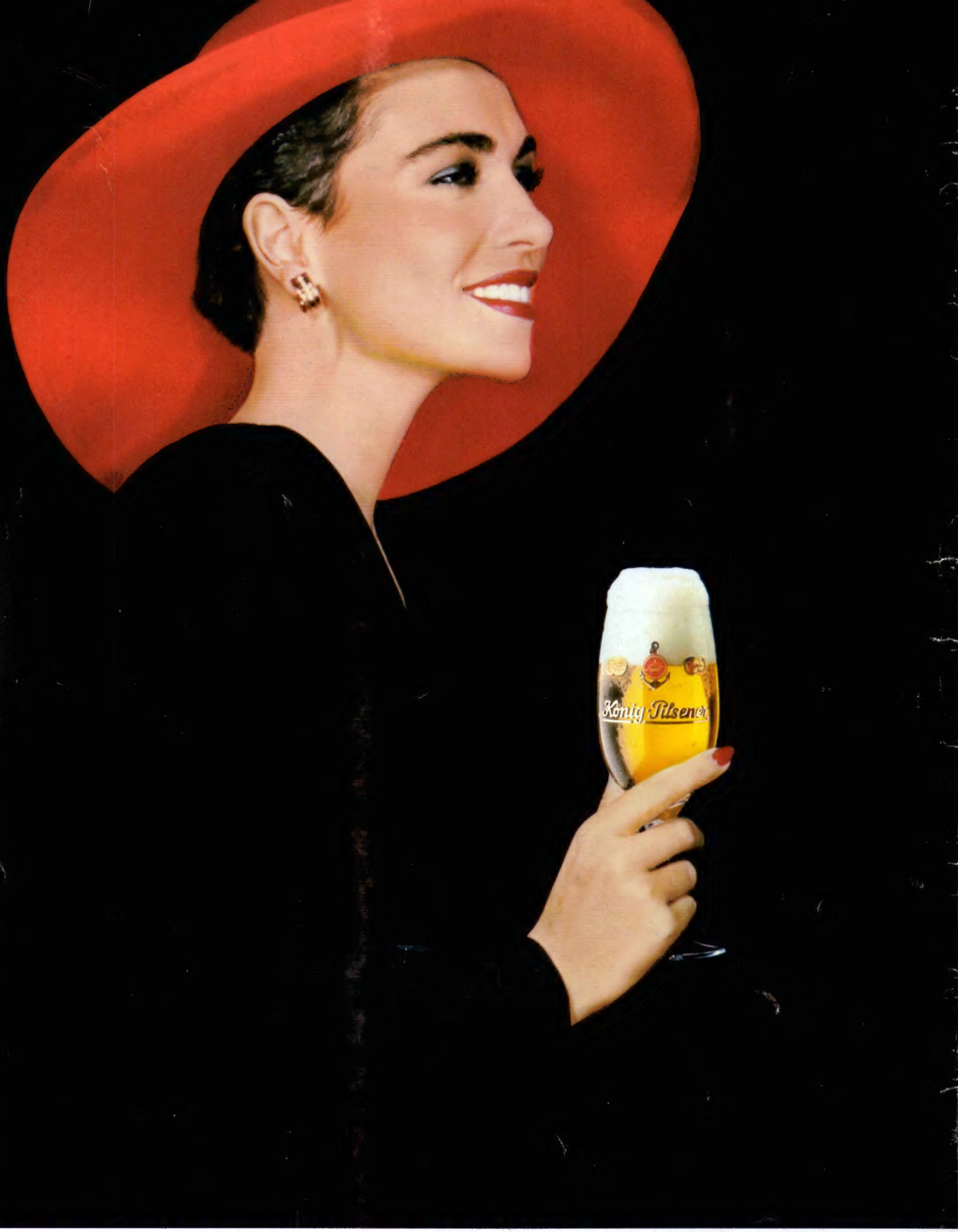
. . . in Nr. 10/1987 PARTEISPENDEN – MAUL AUFMACHEN über das Parteispendenverfahren gegen den Klöckner-Mitinhaber Jörg A. Henle, der bei der Umwegfinanzierung rund 1,3 Millionen Mark hinterzogen haben soll.

Nachdem das Duisburger Landgericht Henle freigesprochen hatte, weil ihm nicht mit der erforderlichen Sicherheit nachzuweisen sei, daß er die rechtswidrige Praxis gekannt habe, hob jetzt der Bundesgerichtshof (BGH) das Urteil auf. Zwar verneinte auch der BGH einen Vorsatz bei Henle, erklärte aber, es komme auch eine leichtfertige Steuerverkürzung (Steuerordnungswidrigkeit) in Betracht. Der Fall wurde an das Landgericht Duisburg zurückverwiesen.

PHILIP MORRIS
LIGHT AMERICAN

GESCHMACK EINER NEUEN GENERATION

Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,3 mg Nikotin und 4 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN)



DAME MIT KÖNIG